

DE GRUYTER

*Heidrun Kämper,
Albrecht Plewnia (Hrsg.)*

SPRACHE IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

PERSPEKTIVEN UND ZUGÄNGE

IDS

LEIBNIZ-INSTITUT FÜR
DEUTSCHE SPRACHE

JAHRBUCH 2021

Sprache in Politik und Gesellschaft

IDS

LEIBNIZ-INSTITUT FÜR
DEUTSCHE SPRACHE



Jahrbuch 2021

Redaktion
Melanie Kraus

Sprache in Politik und Gesellschaft



Perspektiven und Zugänge

Herausgegeben von
Heidrun Kämper und Albrecht Plewnia

DE GRUYTER

ISBN 978-3-11-077425-2

e-ISBN (PDF) 978-3-11-077430-6

e-ISBN (EPUB) 978-3-11-077448-1

ISSN 0537-7900

Library of Congress Control Number: 2021950676

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Satz: Carolin Häberle, Joachim Hohwieler und Sandra V. Steinert-Ramirez

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Vorwort

„Sprache in Politik und Gesellschaft“ – kaum jemals war das Thema der Jahrestagung des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache so aktuell wie im Jahr 2021. Vom 9. bis zum 11. März fand in diesem Jahr die 57. Jahrestagung statt, und erneut war sie in ihrer Durchführung, wie schon 2020, durch die Corona-Pandemie geprägt. Das dreitägige Programm wurde über eine Video-Konferenzplattform präsentiert, die Diskussionen fanden ebenfalls online statt.

Im Jahr der Bundestagswahl haben die Kontroversen um die deutsche Sprache weiter zugenommen. Die alles durchdringende Genderdebatte, Fragen der sprachlichen Bildung, sprachliche Integration, Hassrede – diese wenigen Beispiele mögen für die Bandbreite der Themen stehen, die öffentlich und politisch verhandelt wurden und werden. Die Organisatorinnen und Organisatoren der Tagung, Heidrun Kämper, Helmuth Feilke, Albrecht Plewnia, Britt-Marie Schuster und Angelika Storrer, haben in ihrer Planung der Tagung aber nicht nur die Ebene der sprachlichen Gegenstände berücksichtigt, sondern auch die des methodischen Zugangs zur Untersuchung derartiger Phänomene. Linguistische Teilbereiche im engeren Sinne, wie etwa das der Argumentationsforschung, wurden ebenfalls auf der Tagung berücksichtigt, wie es auch im Untertitel des Tagungsthemas „Perspektiven und Zugänge“ nahegelegt ist.

Sprache ist in mehrfacher Hinsicht ein wichtiges Thema in und für Öffentlichkeit und Politik. Politische Debatten vollziehen sich größtenteils im Medium der Sprache, und die sprachliche Aus- und Überformung in diesen Debatten bewirkt selbst schon eine ganz bestimmte Perspektivierung der Themen. Auch Wörter und Formulierungen werden immer wieder zum Gegenstand von Auseinandersetzungen, wenn es etwa darum geht, Sachverhalten im politischen Wettbewerb einen bestimmten „Dreh“ mit auf den Weg zu geben, oder im Fall offenkundiger Beleidigungen oder Diffamierungen. Und schließlich ist auch eine neue Konjunktur sprachpolitischer Themen zu verzeichnen, mit denen von den Parteien, etwa in Wahlprogrammen, oftmals indirekt auch andere, umfassendere politische Anliegen vermittelt werden.

Ein besonderes Element dieser Tagung bildete deshalb eine öffentliche Podiumsdiskussion, die durch ihre digitale Vermittlung besonderes Interesse hervorrufen konnte. Die Germanistin Konstanze Marx, der Schauspiel-Intendant Christian Holtzhauer, die Politikerin Renate Künast und der Sozialpsychologe Christian Gudehus diskutierten über den Themenkomplex „Sprache und Gewalt“ – in theoretischer Hinsicht, aber auch durchsetzt mit eigenen Erfahrungen, wie etwa denen von Renate Künast, als sie Personen, die sie in Sozialen Medien beleidigt und diffamiert hatten, persönlich besuchte.

Auch wenn die Tagung ausschließlich über das Internet durchgeführt wurde, so fehlten doch nicht diejenigen Elemente, die sonst ihren besonderen Reiz ausmachen. So wurde genauso wenig auf eine Methodenmesse verzichtet wie auf Verlagspräsentationen, und auch das Internationale Promovierendennetzwerk am IDS hat sich im Umfeld der Tagung virtuell zusammengefunden. Neben den Organisatorinnen und Organisatoren der Tagung im inhaltlichen Sinne möchte ich diesmal auch diejenigen danken, die zum Gelingen der Tagung und mittelbar damit auch zur Fortführung dieser Jahrbuchreihe beigetragen haben, den technischen und organisatorischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IDS.

Ein ganz besonderer Dank sowohl für die Organisation der Tagung als auch für die Arbeit an dem diesjährigen Jahrbuch gilt Heidrun Kämper, die damit nach 30 Jahren einen Schlusspunkt – nein, ein Ausrufzeichen! – hinter ihre aktive Tätigkeit am IDS setzt. Ihr sind wir zu großem Dank verpflichtet, und wir freuen uns, ihr auch weiterhin wissenschaftlich verbunden zu sein.

Henning Lobin
Leibniz-Institut für Deutsche Sprache
Wissenschaftlicher Direktor

Inhalt

Heidrun Kämper/Albrecht Plewnia

Sprache in Politik und Gesellschaft: Perspektiven und Zugänge — XI

Thomas Niehr

Politolinguistik – Bestandsaufnahme und Perspektiven — 1

Jürgen Spitzmüller

„Ye shall know the truth, and the truth shall make you free“

Positionierungsstrategien der Sprachwissenschaft im Kampf um
sprachideologische Deutungshoheit — 17

Andrea Römmele

Sprache und Kommunikation in der Politik — 35

Juliane Schröter

**Argumentation in der direkten Demokratie. Zugänge – Ergebnisse –
Perspektiven — 41**

Willibald Steinmetz

**Empörende Vergleiche im politischen Raum: Formen, Strategien,
Geschichte — 73**

Heidrun Kämper/Britt-Marie Schuster

Forschungskontext — 99

Heidrun Kämper

**Die Olympischen Sommerspiele 1936 – Diskurspraktiken im NS am
Beispiel — 103**

Mark Dang-Anh/Stefan Scholl

**Politisches Positionieren in der NS-Zeit: Zur sprachlichen Bearbeitung von
Identitätsdilemmata in Eingaben und Zellengesprächen — 123**

Britt-Marie Schuster

**Gegengemeinschaften bilden: Ein Beitrag zu einer linguistischen
Geschichtsschreibung des Widerstands (1933–1945) — 141**

Nicole M. Wilk

„Gegen die Hitlerdiktatur“ – Konstruktionsmuster des kollaborativen Widerstands zwischen 1933 und 1945 — 159

Friedrich Markewitz

Argumentieren im Widerstand — 179

Noah Bubenhofer

Exploration semantischer Räume im Corona-Diskurs — 197

Joachim Scharloth

Faltungen: Die Schließung des rechten Kommunikationssystems aus korpuspragmatischer Perspektive — 217

Ekkehard Felder/Marcus Müller

Diskurs korpuspragmatisch: Annotation, Kollaboration, Deutung am Beispiel von Praktiken des Moralisieren — 241

Henrike Helmer/Arnulf Deppermann

Verständlichkeit und Partizipation in den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21 — 263

Methodenmesse

Roman Schneider/Christian Lang/Sandra Hansen

Das Vokabular von Songtexten im gesellschaftlichen Kontext – ein diachron-empirischer Beitrag — 295

Christian Fandrych/Elena Frick/Julia Kaiser/Cordula Meißner/Annette Portmann/
Thomas Schmidt/Matthias Schwendemann/Franziska Wallner/Kai Wörner

ZuMult: Neue Zugangswege zu Korpora gesprochener Sprache — 305

Annamária Fábián/Torsten Leuschner/Igor Trost

Der internationale Arbeitskreis „Sprache, Geschichte, Politik und Kommunikation“ (SGPK) — 313

Eva Gredel/Leonie Bröcher/Angelika Storrer

Wikilog@bw: Linguistische Analysen zum Gender Bias in der Online-Enzyklopädie Wikipedia — 319

Silke Reineke/Thomas Schmidt

Das Archiv für Gesprochenes Deutsch und das Forschungs- und Lehrkorpus für Gesprochenes Deutsch

Audiovisuelle Dokumentation von Sprachgebrauch in Gesellschaft und Politik — 323

Sascha Wolfer/Alexander Koplenig/Frank Michaelis/Carolin Müller-Spitzer/
Jan Oliver Rüdiger

Wie können wir den Einfluss der Corona-Pandemie auf die Verteilungen im deutschen Online-Pressewortschatz messen und explorieren? — 331

Heidrun Kämper/Albrecht Plewnia (Mannheim)

Sprache in Politik und Gesellschaft: Perspektiven und Zugänge

Mit der Jahrestagung 2021 lenkte das Leibniz-Institut für Deutsche Sprache (IDS) den Blick auf die Wechselbeziehung zwischen Sprachgebrauch bzw. sprachlichem Handeln und der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit. Damit ist der Gegenstandsbereich der Tagung umrissen: Es geht um die politische und gesellschaftliche Dimension von Sprache. Das Institut entspricht mit diesem Tagungsthema in besonderer Weise seiner Aufgabe, die Sprache in der Gegenwart und in ihrer jüngeren Geschichte zu untersuchen.

Die Tagungsidee ist in einer Zeit entstanden, in der sich die Wissenschaft – und insbesondere die Geisteswissenschaften – die Frage nach ihrer Positionierung stellt. Die Herausforderungen, vor denen Politik und Gesellschaft heute stehen, haben viel mit der Infragestellung bisheriger Gewissheiten zu tun; vor diesem Hintergrund stehen die Geisteswissenschaften vor der Frage, ob und inwieweit sie sich in akademischer Distanz zur Gesellschaft sozusagen außerhalb stellen, oder ob und inwieweit sie sich als Teil der Gesellschaft sehen und Forschung mit einer Disposition zur Öffentlichkeit betreiben. Im ersteren Fall läge ihre Hauptaufgabe in der Bereitschaft, Erkenntnisse und Befunde der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und ihr z. B. die Ergebnisse sprachlicher Analysen zu vermitteln – damit hätte die Wissenschaft vornehmlich eine Beobachterrolle. Im zweiten Fall, bei der Disposition zur Öffentlichkeit, erhebt die Wissenschaft den Anspruch, die Rolle einer wahrnehmbaren Stimme innerhalb der Gesellschaft zu haben. Die Diskussion dazu wird innerhalb der Fächer geführt. Es finden sich eine Reihe von Ansätzen gesellschaftskritischer Perspektiven; die Frage, ob die Linguistik, die Soziologie, die Geschichtswissenschaft etc. politisch sein darf, muss, sollte, scheint mehrheitlich bejaht zu werden.

Mit diesem Anspruch bekommen Themenfelder aus dem Bereich ‚Sprache und Politik‘ sowohl gegenwarts- als auch vergangenheitsbezogen neue Relevanz. Neben den Themen, die die Forschungen zur Sprache und Politik bis heute prägen und zu denen etwa die ideologische bzw. ideologisierte Kommunikation gehört, zählen zu den wesentlichen thematischen Dimensionen außerdem: die Rolle der Sozialen Medien in der Demokratie, das Verhältnis von Öffentlichkeit und Macht, Vertrauensbildung und Gewaltausübung. Auch die bisher in der politolinguistischen Forschung wenig beachtete Dimension des Gefühlsausdrucks ist ein Thema von Relevanz. Dies sind nur einige der thematischen Dimensionen, die der Gegenstand hat. Im Zeichen der wirtschaftlichen Globalisierung und

eines weltweit agierenden Populismus ist darüber hinaus die Perspektive der internationalen Linguistik in besonderer Weise von großem Interesse.

Das Tagungsthema erschließt in unterschiedlichen Hinsichten einen weiten Horizont. Es ist sinnvollerweise transdisziplinär angelegt, sodass Politologie und Geschichtswissenschaft beteiligt sind. Rhetorik, Hermeneutik, Lexikologie, Diskurs-, Kommunikations- und Interaktionsanalyse sind einige der Zugänge, die diskutiert und etwa für die Sprachgeschichtsschreibung fruchtbar gemacht werden. Ein besonderer Akzent wird auf diverse Ansätze der Korpuslinguistik gelegt, die der Sprache-und-Politik-Forschung neue Perspektiven erschließen.

Die politisch orientierte Sprachwissenschaft steht in einer Forschungstradition. Den Beginn dieser Perspektive können wir, da ja Sprechen in der Politik genuin die politische Rede ist, in der klassischen Rhetorik verorten. Die moderne Forschungslinie „Sprache und Politik“ gibt es seit etwa sechzig Jahren, entstanden übrigens in ebenfalls hoch politisierter Zeit. Und wenn wir den Gegenstand ‚Sprache und Nationalsozialismus‘ hinzunehmen wollen, dann blicken wir auf über 75 Jahre einer Forschungsrichtung, die als „Politolinguistik“ seit langem einen eigenen Wissenschaftszweig darstellt. Grund genug, sich zu Beginn über dessen State of the Art zu vergewissern, nach den Meilensteinen der Forschung zu fragen, nach den Zugängen zu fragen, die immer komplexer geworden sind (der Beitrag von **Thomas Niehr** informiert über „Bestandsaufnahmen und Perspektiven“).

Der weite Blick auf Politik und Gesellschaft erfordert es, auch disziplinär den Horizont zu weiten: Mit dem Thema „Politik und Kommunikation“ haben wir uns aus politologischer Sicht befasst, und Transdisziplinarität bedeutet hier, den gemeinsamen Fokus auf einen Gegenstand zu richten, der dann natürlich disziplinär spezifische Zugänge erfährt. Kommunikation interessiert hier als Bedingung der repräsentativen Demokratie – und die Schnittfläche mit der linguistischen Perspektive ist groß (**Andrea Römmele** berichtet über „Sprache und Kommunikation in der Politik“). Intensiv ausbuchstabiert wird dies in zwei Fallstudien, die aus der Sicht der Linguistik das kommunikative Prinzip der Demokratie analysieren: Einerseits wird danach gefragt, inwiefern politische Kommunikation durch direktdemokratische Prinzipien geprägt wird – und vice versa (**Juliane Schröter** analysiert die „Argumentation in der direkten Demokratie“). Andererseits geht es um sprachliche und rhetorische Mittel im Zuge einer kontroversen Debatte, die in der deliberativen Demokratie verortet ist (**Henriette Helmer** und **Arnulf Depermann** entschlüsseln Fragen von „Verständlichkeit und Partizipation in den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21“). Aus Sicht der Geschichtswissenschaft wird ebenfalls ein Thema aufbereitet, das – hochpolitisiert – ein Zentrum gesellschaftlicher Diskurse darstellt: das Prinzip der Political Correctness (**Willibald Steinmetz** über „Empörende Vergleiche im politischen Raum“). Und wenn es um gemeinsame Schnittflächen geht, könnten diese gerade in Bezug auf das Thema

der Political Correctness nicht größer sein. Transdisziplinarität also stellte sich auf dieser Tagung mit diesem Thema als eine Notwendigkeit dar, die hier exemplarisch zeigt, dass die Thematik Fächer dort zusammenbringt, wo geteilte Gegenstände und diverse Perspektiven sich zu einem wissenschaftlichen Ganzen fügen.

Die Positionierung der Sprachwissenschaft in der Gesellschaft wird deutlich nicht zuletzt dort, wo es um sprachreflexive Fragen geht. Hier formuliert die Sprachwissenschaft Ansprüche. Und die soziolinguistische sprachanthropologische Sprachideologieforschung arbeitet diese Thematik im Sinn der Konstruktion von Expertise aus (**Jürgen Spitzmüller** stellt „Positionierungsstrategien der Sprachwissenschaft“ vor).

Mit der Verfügbarkeit großer Korpora und der Entwicklung entsprechender korpusanalytischer Methoden formuliert die Sprachwissenschaft – wie die Kulturwissenschaften generell – nicht nur neue Gegenstände, sondern entwickelt auch neue Methoden (die mittlerweile nicht mehr neu sind, sondern zum Standard gehören). Dies zeigen Beiträge, die einerseits sozusagen die Versöhnung des qualitativen mit dem quantitativen Zugang thematisieren. Am Beispiel rechter Positionen wird die Herausbildung zu einem gesellschaftlichen Weltbild korpus-technologisch exemplifiziert (so in den Beiträgen von **Noah Bubenhofer** zum Corona-Diskurs und von **Joachim Scharloth** zum Flüchtlings-Diskurs). Andererseits wird die Pragmatik in das korpusanalytische Spiel eingebracht, deren methodische Fragen am Beispiel sprachlicher Praktiken im Bundestag formuliert werden (**Ekkehard Felder** und **Marcus Müller** analysieren „Praktiken des Moralisieren“).

Die Forschungslinie ‚Sprache – Politik – Gesellschaft‘ hat natürlich nicht nur eine gegenwartsbezogene, sondern auch eine geschichtliche Dimension. Eine die Sprachwissenschaft und die Sprachgeschichte immer noch beschäftigende Phase ist die des Nationalsozialismus. Hier geht es um Perspektiven anderer als bisher vorrangig untersuchter Akteure, und es geht um andere, nämlich um soziopragmatische und kulturlinguistische Zugänge. Die Erprobung dieser Zugänge wird exemplarisch präsentiert, und es werden gleichzeitig neue sprachgeschichtliche Befunde vorgestellt (abgemessen wird dieses Feld durch die Beiträge von **Heidrun Kämper** zum „Olympiadiskurs 1936“, von **Mark Dang-Anh** und **Stefan Scholl** am Beispiel von „Eingaben und Zellengesprächen“, von **Britt-Marie Schuster** über „Gegengemeinschaften“, von **Nicole M. Wilk** über „Konstruktionsmuster des kollaborativen Widerstands“ sowie von **Friedrich Markewitz** über „Argumentieren im Widerstand“).

Im Rahmen der IDS-Jahrestagung fand auch dieses Mal wieder eine Methodenmesse statt, auf der die Nutzung von verschiedenen projektspezifischen Tools demonstriert und entsprechende Forschungsdesigns vorgestellt wurden. Die sechs Beiträge dieser Methodenmesse runden den vorliegenden Band ab.

Die Tagung, deren Vorträge hier dokumentiert werden, hat durch ihre transdisziplinäre Anlage unter Einbeziehung von Politologie und Geschichtswissenschaft in unterschiedlichen Hinsichten einen weiten Horizont erschlossen. Unser Anliegen ist es, das Tagungsthema nicht nur an Fachkolleginnen und Fachkollegen zu adressieren, sondern ebenso an Lehrende und Lernende, Journalisten und Journalistinnen, Politiker und Politikerinnen.

Thomas Niehr (Aachen)

Politolinguistik – Bestandsaufnahme und Perspektiven

Abstract: In dem einleitenden Beitrag wird ein Überblick über die Erforschung politischer Sprache von der Nachkriegszeit an gegeben. Im Zusammenhang mit frühen Publikationen wird auf die Diskussion anfänglicher methodischer Desiderata eingegangen, die prägend für die Geschichte der Politolinguistik war. Nach einer Klärung des Gegenstandsbereichs der Politolinguistik wird die Entwicklung dieser Forschungsrichtung dargestellt, die sich als eine Bewegung von der Analyse kleinerer Einheiten (Ideologiewortschatz) hin zu größeren Einheiten (politische Kampagnen/Diskurse) darstellen lässt. Die Reflexion auf das Selbstverständnis der Politolinguistik, möglichst deskriptiv vorzugehen und von der Bewertung der analysierten Gegenstände abzusehen, scheint dabei immer wieder auf.

1 Einleitung

Der folgende Beitrag soll einen Überblick über ein linguistisches Teilgebiet geben, das seit 25 Jahren mit dem etwas sperrigen Namen *Politolinguistik* bezeichnet wird. Dieser ihrerseits sperrigen Formulierung ist bereits zu entnehmen, dass die Erforschung politischer Kommunikation nicht erst vor 25 Jahren begonnen hat. Tatsächlich hatte sich jedoch vorher keine prägnante Bezeichnung durchgesetzt. Dies änderte sich mit einem Aufsatz von Armin Burkhardt (1996), in dem er nicht nur diesen Namen vorschlug, sondern auch eine gewisse Methodenarmut der Politolinguistik beklagte. Ob und inwieweit die von Burkhardt beklagten Missstände inzwischen behoben sind und wie sie zustande gekommen sind – darüber soll im Folgenden überblicksartig berichtet werden.

2 Gegenstandsbereich

Die Polito-Linguistik¹ lässt sich in die (manchmal abwertend) so genannten Bindestrich-Linguistiken² einreihen: Während sich die Sozio-Linguistik mit dem Verhältnis von Sprache und Gesellschaft, die Historio-Linguistik mit der Entwicklung der Sprache in der Zeit, die Medien-Linguistik mit der Sprache der Medien beschäftigt, bereitet das Kompositum *Polito-Linguistik* Verständnisschwierigkeiten. Denn die Politolinguistik beschäftigt sich keineswegs ausschließlich mit der Sprache von Politikerinnen und Politikern, sondern mit politischer Kommunikation im weitesten Sinne. Dieser Hinweis scheint wichtig, weil der Terminus *Politolinguistik* gerade auch von Studierenden häufig in enger Bedeutung verstanden wird. Demgegenüber betont bereits Burkhardt (1996, S. 76), dass Politolinguistik einen weiteren Bereich abdeckt und abdecken sollte, den er selbst mit „öffentliche Kommunikation über politische Fragen“ umschreibt.³ Die unterschiedlich weite Auffassung des Gegenstandsbereichs der Politolinguistik spiegelt sich auch in der Terminologie zur Abgrenzung dieser linguistischen Teildisziplin wider: Es ist die Rede von *Sprache in der Politik*, von *Sprache der Politik* oder auch von *Sprache und Politik*. Inzwischen wird häufig explizit die pragmatische Komponente betont, indem Ausdrücke wie *Sprachverwendung*, *Sprachgebrauch* etc. verwendet werden.⁴ Daraus lässt sich schließen, dass Politolinguistik als eine Spielart der sogenannten Angewandten Linguistik verstanden wird, einer Linguistik, die weniger an der Beschreibung des Sprachsystems einer Sprache als vielmehr an der Realität sprachlicher Kommunikation, realer Kommunikationsakte interessiert ist.

Folgt man in dieser Frage der Auffassung Burkhardts, dann lassen sich folgende Gegenstandsbereiche der Politolinguistik abgrenzen.

1 Hier zu Illustrationszwecken entgegen der Konvention mit Bindestrich geschrieben.

2 Ein früher Beleg für diesen Ausdruck findet sich bei Gauger/Oesterreicher/Windisch (1981, S. 51).

3 Die Beschränkung auf öffentliche Kommunikation ist allerdings keineswegs zwingend. Auch nicht-öffentliche oder private Kommunikation über politische Fragen kann zum Untersuchungsgegenstand der Politolinguistik werden. Dass politolinguistischen Analysen tatsächlich fast ausschließlich öffentliche Kommunikation zugrunde liegt, dürfte durch die bessere Verfügbarkeit des sprachlichen Materials begründet sein.

4 So lauten die Titel von Einführungen in die Politolinguistik etwa „Vom politischen Gebrauch der Sprache“ (Schröter/Carius 2009) oder „Sprache und Sprachverwendung in der Politik“ (Girnth 2015). Bereits bei Dieckmann (1975) findet sich der Untertitel „Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache“. Eine Aufsatzsammlung Dieckmanns (1981) trägt den Titel „Politische Sprache. Politische Kommunikation“.

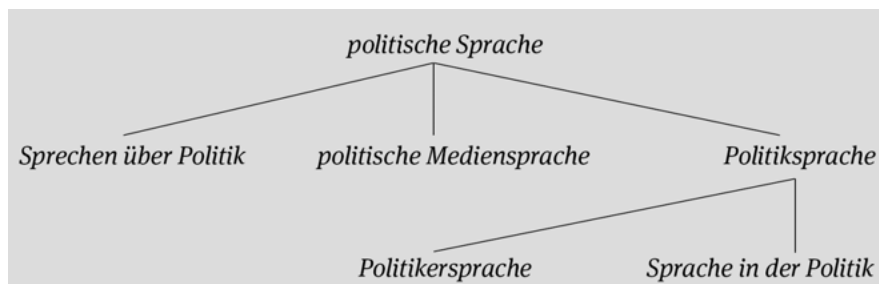


Abb. 1: Gegenstandsbereiche der Politolinguistik (nach Burkhardt 1996, S. 81)

In der Abbildung kommt zwar auch die *Politikersprache* vor, aber mit der *politischen Mediensprache* und insbesondere dem *Sprechen über Politik* wird das Untersuchungsgebiet erheblich größer, nahezu unüberschaubar und gleichzeitig methodisch sehr viel herausfordernder. Auf den ersten Blick wird zudem deutlich, dass die Sprache von Politikerinnen und Politikern nur einen von mehreren Gegenstandsbereichen darstellt.

Unabhängig davon und selbst wenn man statt von *Sprache der* bzw. *in der Politik*⁵ von *politischer Kommunikation* spricht, bleibt zunächst offen, wie *Politik* bzw. das Attribut *politisch* aufzufassen sei. Auch hier sind unterschiedliche Standpunkte eingenommen worden (vgl. Dieckmann 2005, S. 12f.). Mit Walther Dieckmann, den man wohl guten Gewissens als einen der Gründerväter der Disziplin bezeichnen darf, wird an dieser Stelle eine Auffassung favorisiert, nach der Politik als staatliches oder auf den Staat bezogenes Handeln von Individuen und Gruppen verstanden wird (vgl. ebd., S. 13). Die sprachlich-kommunikativen Anteile derartigen Handelns sind demnach der Untersuchungsgegenstand der Politolinguistik. Insofern lässt sich feststellen, dass die Politolinguistik sich in erster Linie thematisch (und nicht methodisch) definiert: Kommunikation, die in diesem Sinne als politisch klassifiziert wird, ist ein potenzielles Analyseobjekt der Politolinguistik.

Dass politische Sprache zum größten Teil keine Fachsprache ist, ergibt sich daraus, dass Fachsprachen insbesondere durch eine für Außenstehende schwer

⁵ In neueren Publikationen ist meist – wenn auch unbestimmter – von „Sprache und Politik“ (Niehr/Kilian/Wengeler (Hg.) 2017) oder auch von „Sprache in Politik und Gesellschaft“ (Roth/Wengeler/Ziem (Hg.) 2017) die Rede. Die Bezeichnung „Politolinguistik“ findet sich bei Klein (2014a) und Niehr (2014a) im Titel.

verständliche Lexik charakterisiert werden können.⁶ Für den Vermittlungscharakter der politischen Sprache, insbesondere für „die Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaften zu erzeugen“⁷, wäre prinzipielle Schwer- bzw. Missverständlichkeit ein erhebliches Manko.

Versuche, das Vokabular der politischen Sprache zu klassifizieren, gehen auf Dieckmann (2005) und Klein (2005) zurück. Beide unterscheiden die folgenden vier Bereiche:

1. Institutionsvokabular
2. Ressortvokabular
3. Ideologievokabular
4. Allgemeines Interaktionsvokabular⁸

Damit soll der Erkenntnis Rechnung getragen werden, dass politische Sprache ein „Inventar von Wörtern [darstellt, Th.N.], die als Ausschnitt aus dem Gesamtwortschatz zur Politik gehören“ (Dieckmann 2005, S. 16). Nur am Rande sei vermerkt, dass es keine spezielle Grammatik der politischen Sprache gibt; auch dies dürfte damit zusammenhängen, dass weite Teile politischer Sprache sich an eine größere Öffentlichkeit richten und sprachliche Hürden auf lexikalischer und/oder grammatischer Ebene sich kontraproduktiv auswirken dürften.

3 Geschichte

Will man die Geschichte einer Disziplin in den Blick nehmen, so kommt man meist nicht umhin, den Beginn dieser Disziplin mehr oder weniger willkürlich zu setzen. Bei der Politolinguistik lässt sich dafür argumentieren, dass das Interesse an den Wirkmechanismen der NS-Sprache ein entscheidender Impuls für ihre Entwicklung gewesen ist. Dabei wird keineswegs übersehen, dass es immer schon und immer noch enge Bezüge zwischen politolinguistischen Analysen und der

⁶ Vgl. Fluck (1996, S. 12). Fluck (ebd., S. 75) gelangt folgerichtig zu der Erkenntnis, „daß von der Existenz einer einheitlichen politischen Fachsprache nicht gesprochen werden kann“. Dies hängt auch mit unterschiedlichen Kommunikationsbereichen zusammen, in denen Politisches artikuliert wird: „Tatsächlich besteht ein erheblicher Unterschied, ob zum Beispiel eine politische Kommunikation unter Fachleuten des Finanzministeriums, innerhalb einer Partei oder zwischen einem Politiker und seinen Wählern stattfindet.“ (ebd., S. 76f.). Vgl. zu den Schwierigkeiten einer varietätenlinguistischen Einordnung politischer Sprache auch den Überblick bei Efing (2017).

⁷ So definiert Lübke (1975, S. 107) Politik.

⁸ Vgl. mit einschlägigen Beispielen Dieckmann (2005, S. 16–21) und Klein (2005, S. 132–135).

(antiken) Rhetorik gibt.⁹ Sicherlich gibt es auch schon vor dem 20. Jahrhundert sprachreflexive Auseinandersetzungen mit politischer Sprache.¹⁰ Definitiv aber lässt sich sagen, dass sowohl die NS-Sprache wie auch später das sogenannte DDR-Deutsch und die Frage nach einer „gefrorenen Sprache in einem gefrorenen Land“ (Handt (Hg.) 1964) zwei Entwicklungen befördert haben. Die erste ist in einer vermehrten Beschäftigung mit politischer Sprache zu sehen. Die zweite ist eine Folge der ersten: Es entwickelte sich eine Methodendiskussion über die linguistischen Standards der Politolinguistik *avant la lettre*.

Die wichtigsten frühen Analysen zur und Auseinandersetzungen mit der NS-Sprache sind in zwei Büchern niedergelegt, dem „Wörterbuch des Unmenschen“ (Sternberger/Storz/Süskind 1968) und der „Lingua Tertii Imperii“ (*LTI*) (Klemperer 2007). Beide Werke würde man heute eher unter der Rubrik Sprachkritik verbuchen, wobei Klemperer als Philologe ‚linguistischer‘ argumentiert als Sternberger/Storz/Süskind (1968) das tun.¹¹ Der Politolinguistik war immer schon ein aufklärerischer Impetus eigen, insofern gibt und gab es auch immer Bezüge zur Sprachkritik. Auch dies wurde schon relativ bald zu einem Kritikpunkt. Insbesondere das Wörterbuch des Unmenschen stand im Zentrum der Kritik. So monierte von Polenz schon in einem Aufsatz aus dem Jahre 1963 „die philologische Betrachtungsweise“ (von Polenz 1968, S. 300) der feuilletonistischen Sprachkritik Sternbergers und seiner Co-Autoren, die von einem Hochsprach-Ideal ausgehe und dieses absolut setze. Damit aber würden falsche sprachkritische Maßstäbe gesetzt: „Wo Geistigkeit gar nicht beabsichtigt ist, kann nur nach Nützlichkeit und sachlicher Angemessenheit gewertet werden“ (ebd., S. 299). Es sei deshalb verfehlt, die Verführungsmacht der Sprache „im spröden Mitteilungsstil des Verwaltungs- und Wirtschaftslebens [zu] suchen (ebd., S. 307), denn – so schreibt von Polenz: „Das Unheil haben über Deutschland und die Welt nicht die Rationalisten der Verwaltung, Wirtschaft und Technik gebracht, sondern die Demogagen, Ideologen und politischen Romantiker mit ihren ‚schönen‘ Worten“ (ebd.). Insofern verfehle das Wörterbuch des Unmenschen sein Ziel, denn der zentrale ideologische Wortschatz des Nationalsozialismus komme dort gar nicht vor. Weiterhin sei das titelgebende Wort *Unmensch* seinerseits zu kritisieren gewesen:

⁹ Davon zeugen beispielsweise Publikationen wie „Politik und Rhetorik“ (Klein 2019) oder das „Handbuch politische Rhetorik“ (Burkhardt (Hg.) 2019).

¹⁰ „Seitdem der Mensch eine Sprache hat, vermag er auch Sprachkritik zu üben.“ Mit diesem Satz beginnen Kilian/Niehr/Schiewe (2016, S. 1) ihre Einführung in die Sprachkritik. Er dürfte analog für politische Sprache gelten.

¹¹ Es gibt eine große Fülle von Sekundärliteratur zu beiden Werken. Einen aktuellen Überblick bieten die Handbuchartikel von Kämper (2020) und Mell (2020).

Wir hatten ja unsere sprachlichen Erfahrungen mit Naziwörtern wie *der Deutsche*, *der deutsche Soldat*, *die deutsche Frau*, *der Jude*, *der Weltjude*, *der Untermensch*, *der Russe* usw., ich selbst auch mit gleichartigen Leerformeln der miterlebten zweiten deutschen Diktatur in der DDR, wo von *der Werktätige*, *der Sowjetmensch*, *der sozialistische Mensch* usw. die Rede war. Es kommt hinzu dass *der Unmensch*, ebenso wie das Adjektiv *unmenschlich*, zu den sehr vagen, weil nur negierend binären Werturteilen gehört, die in der politischen Propaganda oft eine verführerische Rolle spielten: *nichtarisch*, *entartet*, *undeutsch*, *Ungeist*, *Unwesen*, *unamerikanisch*, *Unwort* usw. Vor solchen Leerformeln mussten wir unsere Studierenden in der Nachkriegszeit warnen [...]. Wir brauchten damals wie heute mehr differenzierte historisch-politisch verifizierbare Begriffe für die Neubegründung einer gesellschafts- und gegenwart-bezogenen Sprachgermanistik, vor allem in unseren Lehrveranstaltungen. (von Polenz 2005, S. 104f.; Hervorhebungen im Original)

Das Wörterbuch des Unmenschen sei ein moralisierendes Werk, in dem umstandslos unter Berufung auf Humboldt ‚Sprachgemeinschaft‘ und ‚geistige Volksgemeinschaft‘ identifiziert würden: „Vor der Ableitung eines ‚deutschen Geistes‘ aus deutscher Sprache ist im positiven wie im negativen Sinne heute Vorsicht geboten.“ (von Polenz 1968, S. 290). Stattdessen sei der Blick auf Parole-Phänomene zu richten: „Nicht die Wörter selbst wirken moralisch oder unmoralisch, sondern allein ihr Gebrauch durch bestimmte Sprecher in bestimmten Sprachsituationen“ (ebd., S. 306f.).¹²

Auch an den späteren Analysen zum sogenannten sprachlichen Ost-West-Problem¹³ entzündeten sich methodologische Debatten, die auf Defizite bei der Analyse politisch-ideologischer Kommunikation aufmerksam machten. Hier sind insbesondere die Anmerkungen Dieckmanns zu erwähnen, der bereits 1967 in einer scharfen Kritik, die er selbst als „rein destruktiv“ bezeichnet (Dieckmann 1967, S. 137), deutlich auf methodische Mängel aufmerksam macht, wenn er schreibt: „Das methodische Interesse ist – mit wenigen Ausnahmen – nur schwach entwickelt und wird häufig genug vom politischen überdeckt.“ (ebd., S. 136). Es werde in den von ihm analysierten Publikationen „handfeste Politik getrieben“ (ebd., S. 159), einem publizierten Vortrag bescheinigt er, dass er mit Sprachwissenschaft „kaum etwas zu tun“ habe (ebd.). Dies liege daran, dass die von ihm kritisierten Arbeiten allesamt ein „Anliegen“ hätten, und dieses sei nicht vorrangig sprachwissenschaftlich, sondern eher politisch, menschlich oder ethisch

¹² In einer Rückschau zum sogenannten Streit über Sprachkritik räumt von Polenz (2005, S. 103f.) allerdings ein, dass seine frühe, strukturalistisch orientierte Kritik dem Anliegen der Sprachkritiker um Sternberger nicht gerecht werden konnte, weil sie blind war für soziopragmatische Zusammenhänge. Vgl. dazu ausführlicher auch Schiewe (2018), der hier unterschiedliche Denkstile (sensu Ludwik Fleck) ausmacht.

¹³ Vgl. die Zusammenstellung von Hellmann/Schröder (Hg.) (2008).

begründet (vgl. ebd., S. 165). Es fänden sich „Klage über die Teilung, Anklage der SED; Mitleid mit den Unterdrückten, Furcht vor den Machthabern und ihrer Propaganda, Prophezeiung einer schrecklichen Zukunft, wenn die Teilung anhält“ (ebd.). Demgegenüber konstatiert Dieckmann (ebd.):

Die Sprachwissenschaft spricht politisch notwendigerweise eine Sprache der Ohnmacht. Sie weiß keinen Weg zur Wiedervereinigung und kennt kein Mittel, die Auseinanderentwicklung innerhalb der deutschen Sprache bei andauernder politischer Teilung aufzuhalten. [...] Zum politischen Problem der Teilung hat die Sprachwissenschaft nichts zu sagen, was man nicht auch ohne sie wüßte.

Aus dieser sehr klaren Kritik lässt sich eine methodische Maxime ableiten, die auch heute noch als Standard der Politolinguistik¹⁴ gelten kann: Zwar gibt es keine wertfreie Wissenschaft, aber dennoch sollte eine vorurteilslose Beschreibung des zu analysierenden Sprachmaterials angestrebt werden. (Die Wahl des Forschungsgegenstandes selbst dürfte ja häufig bereits politisch motiviert sein.) Diese politische Motivation darf sich aber nicht in den Analysen dergestalt niederschlagen, dass diese nur oder vor allem die politische Haltung des Analysierenden bestätigen bzw. wissenschaftlich verbrämen. Vor der erklärenden Interpretation politischen Sprachgebrauchs hat daher immer eine möglichst genaue Deskription zu stehen.¹⁵

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die weitere Geschichte der Politolinguistik, so lässt sich eine Entwicklung von der Analyse kleinerer zu größeren Einheiten feststellen. Während frühe Publikationen häufig auf Einzelwörter und deren ‚tatsächliche‘ Bedeutung fixiert blieben, ohne ihren Stellenwert im jeweiligen sprachlich-ideologischen Gefüge zu berücksichtigen¹⁶, wurde der Horizont wortbezogener Analysen mit Josef Kleins linguistischer Auffächerung der Metapher vom Begriffe Besetzen¹⁷ und Fritz Hermanns’ Entdeckung deontischer Bedeutungs-

¹⁴ Vgl. dazu schon Dieckmann (1975, S. 24f.) sowie Burkhardt (1996, S. 82–85).

¹⁵ Die hier nur in groben Umrissen skizzierte Diskussion zur Methode der Politolinguistik wiederholte sich später in den Auseinandersetzungen zwischen deskriptiver und kritischer Diskursanalyse; vgl. dazu weiter unten Abschnitt 4 sowie ausführlicher Niehr (2015).

¹⁶ Zur Kritik an derartigen Analysen mit zahlreichen zeitgenössischen Beispielen vgl. Dieckmann (1967, S. 146–151).

¹⁷ Vgl. dazu die Sammelbände von Klein (Hg.) (1989) und Liedtke/Wengeler/Böke (Hg.) (1991). Die Analyse semantischer Kämpfe ist seitdem aus der Politolinguistik nicht mehr wegzudenken; zu Weiterentwicklungen vgl. etwa die Handbuchartikel von Klein (2017a), Niehr (2017), Wengeler (2017). Neuere Analysen beziehen häufig quantifizierende Verfahren ein, die durch die computergestützte Analyse großer Textkorpora möglich geworden sind; vgl. dazu Ziem (2017a, 2017b).

bestandteile¹⁸ Ende der 1980er Jahre erheblich erweitert. Diese Perspektive, die sogenannten semantischen Kämpfe zu analysieren, war insofern ein Fortschritt, als nun der Blick nicht mehr auf einzelne sprachliche Zeichen und ihre scheinbar feststehende Bedeutung gerichtet wurde. Vielmehr wurden nun mögliche Strategien der Zeichenbenutzer, mithin die Pragmatik des Zeichengebrauchs, ins Zentrum der Analyse gerückt. Derartige Analysen konnten einerseits an die in der Sprachwissenschaft etablierte Tradition der Begriffsgeschichte anknüpfen, erweiterten sie jedoch in mehrfacher Hinsicht. Erstens wurden die so verstandenen Begriffe als Parole-Phänomene analysiert, mithin standen und stehen Sprachverwendungszusammenhänge im Vordergrund und nicht das Sprachsystem. Fast zwangsläufig einher ging damit zweitens eine Abwendung von der „kanonisierten Höhenkammliteratur“¹⁹ hin zu alltagsnäheren Quellen – seien es politische Reden, Grundsatz- und Wahlprogramme, Bundes- wie Landtagsdebatten, Wahlplakate oder auch massenmediale Texte –, anfänglich hauptsächlich Zeitungstexte, später auch TV-Beiträge und Internetquellen. Auch die bis in das 19. Jahrhundert zurückgehende Schlagwortforschung profitierte von dieser pragmatischen Wende. Publikationen wie „Brisante Wörter“ (Strauß/Haß/Harras 1989) oder „Kontroverse Begriffe“ (Stötzel/Wengeler 1995), um nur die bekanntesten zu nennen, entstammen im weitesten Sinne dieser lexikografischen Tradition und bilden gleichzeitig eine Brücke zur sich später etablierenden Diskursanalyse. Sie bilden diese Brücke, weil die Autorinnen und Autoren davon ausgehen, dass „in der Öffentlichkeit häufig mit Absicht versucht wird, mit Hilfe des Wortgebrauchs und mit Hilfe bestimmter Argumentationen Handlungsorientierungen zu erzeugen“ (Stötzel/Wengeler 1995, S. 1). Das Ziel der Darstellung bestand darin zu zeigen, „wie Sprachgebrauch in das Handeln gesellschaftlicher Gruppen eingebettet ist, d.h. wir wollten zu konkreten Interpretationen der Rolle der Sprache im sozialen Handeln kommen“ (ebd., S. 10). Sichtet man die damaligen Studien, dann zeigt sich unmittelbar ihre Nähe zu den späteren diskursanalytischen Arbeiten. Diese ergibt sich einerseits durch die Ablösung von einer begriffsgeschichtlich bedingten Fixierung auf einzelne Ausdrücke. Über bestimmte Lexeme und ihre Thematisierung hinaus werden die mit ihrer Hilfe gestützten Argumentationen im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext dargestellt und interpretiert. Andererseits erfolgt in diesen Arbeiten eine Hinwendung zu Textkorpora, um dem Anspruch gerecht zu werden, den öffentlichen Sprachgebrauch (und nicht nur willkürlich ausgewählte Einzeltexte desselben) zu analysieren.

¹⁸ Vgl. Hermanns (1989, 2002).

¹⁹ Vgl. dazu Müller/Schmieder (2016, S. 379–382).

Damit war der erste Schritt hin zu einer Entwicklung getan, die auch für die Geschichte der Linguistik charakteristisch ist: von den kleineren zu den größeren Einheiten. Hier wie dort setzte sich die Erkenntnis durch, dass der Satz keineswegs die größte von der Linguistik zu analysierende Einheit ist. Die allmähliche Etablierung der Textlinguistik und der sich ab der Jahrtausendwende anschließende Siegeszug der Diskursanalyse sind dafür die fachgeschichtlichen Zeugen.

In der Politolinguistik lässt sich eine parallele Entwicklung feststellen. Mit der Einbeziehung pragmatischer Elemente wurde es zunehmend nötig, die Wort- und Satzgrenzen zu überschreiten. Zwar kann auch der Satz in politolinguistischen Kontexten von Interesse sein²⁰, aber will man Wahlkämpfe oder politische Kampagnen in den Blick nehmen, ist die Erweiterung mindestens auf die Textebene unerlässlich.

Von dort – Stichwort *Text* bzw. *Textkorpus* – gelangt man zur linguistischen Diskursanalyse, die ja ihren Ausgang von der Textlinguistik nahm. Und es stellt sich die Frage, inwieweit die Etablierung verschiedener Spielarten der Diskursanalyse seit den 1990er Jahren die Politolinguistik überflüssig gemacht hat. Oder anders gefragt: Worin unterscheiden sich Diskursanalyse und Politolinguistik eigentlich?

4 Politolinguistik und Diskursanalyse

Während die Politolinguistik im weitesten Sinne thematisch bestimmt werden kann – es geht um linguistische Analyse politischer Kommunikation –, trifft genau dies für die Diskursanalyse nicht zu.²¹ Schaut man sich den für die Herausbildung der Diskursanalyse wichtigen Aufsatz von Busse/Teubert (1994) an, so zeigt sich bereits dort, dass Diskursanalyse prinzipiell für alle diskursiv verhandelten Themen offen ist:

Unser sprachwissenschaftliches Interesse an Diskursen entspringt der Absicht, die sprachlichen Manifestationen alternativer Sichtweisen und Vorstellungswelten, Gedanken und Bedeutungsparadigmen, der epistemischen Voraussetzungen und Leitelemente, die das Thema bzw. den Untersuchungsgegenstand bestimmen, ausfindig zu machen, zu dokumentieren und zueinander in Beziehung zu setzen. (Busse/Teubert 1994, S. 18)

²⁰ Vgl. dazu Kleins Beschäftigung mit salienten Sätzen in Klein (2013, 2014b, 2014c, 2017b).

²¹ Ausführlicher wird das Verhältnis von Politolinguistik und Diskursanalyse bei Niehr (2013) dargestellt.

Nicht von ungefähr bleiben in dieser Passage „Thema bzw. [...] Untersuchungsgegenstand“ unbestimmt. Im Fokus stehen vielmehr „die semantischen Voraussetzungen, Implikationen und Möglichkeitsbedingungen [...], die für einzelne Aussagen charakteristisch sind“ (ebd., S. 23), sowie mögliche Methoden ihrer linguistischen Erforschung.

Diskursanalyse ist also im Gegensatz zur Politolinguistik nicht thematisch, sondern in erster Linie methodisch bestimmt. Schon im Aufsatz von Busse/Teubert wird großer Wert auf Methodenfragen gelegt, und das ist auch bei zahlreichen diskursanalytischen Arbeiten zu beobachten, die seither erschienen sind.²² Auch die Entwicklung verschiedener sogenannter Schulen beruht ja (neben gemeinsamen Grundannahmen) auf unterschiedlichen methodischen Ausprägungen von Diskursanalyse.²³ Die Entwicklung derartiger Schulen führte teilweise sogar dazu, dass beim Streit über methodologische Fragen tendenziell gemeinsame Ziele aus den Augen verloren wurden.

Eine Parallele zu den frühen Auseinandersetzungen um das Wörterbuch des Unmenschen, zusammengefasst unter dem Label *Streit um Sprachkritik in den 1960er Jahren*, fand sich in den Diskussionen zwischen linguistischer Diskursanalyse und sogenannter Kritischer Diskursanalyse, auf die hier nicht eingegangen werden kann.²⁴ Innerhalb der Politolinguistik ergibt sich die analoge Fragestellung, inwieweit Analysen, die das Prädikat ‚deskriptiv‘ für sich in Anspruch nehmen, ausreichend sein können. Insbesondere in Zeiten, in denen demokratische Grundwerte infrage gestellt und demokratiefeindliche Bestrebungen offensiv diskursiv vertreten werden, gewinnt diese Frage erneut an Brisanz.

Unabhängig davon bleibt festzustellen, dass sich Politolinguistik und Diskursanalyse nicht lediglich als verschiedene Ausrichtungen der Linguistik verstehen, die sich mit gleichartigen Phänomenen beschäftigen.²⁵

²² Vgl. dazu auch die im Sammelband von Busse/Teubert (Hg.) (2013, S. 401–425) abgedruckte Bibliografie.

²³ Vgl. dazu den Überblick bei Spitzmüller/Warnke (2011, S. 78–120).

²⁴ Vgl. für einen ersten Überblick die Darstellungen bei Spitzmüller/Warnke (2011, S. 97–114) und Niehr (2014b, S. 50–65) sowie detaillierter die Beiträge im Sammelband von Meinhof/Reisigl/Warnke (Hg.) (2013) sowie Reisigl (2018), Reisigl/Vogel (2020) und Niehr (2015).

²⁵ Dies zeigt sich beispielsweise auch daran, dass in dem von Angermüller et al. (Hg.) (2014) herausgegebenen interdisziplinären Handbuch zur Diskursforschung u. a. Disziplinen wie Human-geografie, Erziehungswissenschaft, Psychologie und Religionswissenschaft als diskursforschungsauffin aufgeführt werden. Sie müssen zwar keineswegs unpolitisch sein, lassen sich aber weder als linguistische noch als andere Spielarten einer Analyse politischer Kommunikation verstehen.

5 Neuere Entwicklungen der Politolinguistik

Betrachtet man die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in der Politolinguistik, so lässt sich – mit aller Vorsicht – ein Trend zur Multimodalitätsforschung feststellen.²⁶ Erste Entwicklungen in diese Richtung ergaben sich durch das sogenannte *Infotainment* und die häufig beklagte *Talkshowisierung* von Politik, d.h. die Verlegung politischer Debatten von den mit Entscheidungsvorbereitung und -findung beauftragten politischen Gremien in die Massenmedien. So gaben Holly/Kühn/Püschel (Hg.) bereits 1989 einen Sammelband mit dem Titel „Redeshows. Fernsehdiskussionen in der Diskussion“ heraus, und Klein (1990) analysierte ein Jahr später die sogenannten Elefantenrunden drei Tage vor der Wahl.

In der Politolinguistik wird mithin zunehmend eine reine Sprachanalyse unter Vernachlässigung der anderen Codesysteme als defizitär gegenüber der kommunikativen Realität wahrgenommen (vgl. Niehr 2014a, S. 52; Domke/Meier 2017, S. 236), „da der ganz überwiegende Teil der Politikvermittlung in Sprach-Bild-Kombinationen stattfindet, etwa in Schrift-Bild-Kombinationen der Printmedien, mehr noch in den audiovisuellen Texten des Fernsehens“ (Holly 2005, S. 285). Das gilt erst recht für die typischerweise multimodalen Angebote in digitalen Medien. Für die Politolinguistik lässt sich im Rückblick feststellen, dass die geschilderte Auseinandersetzung mit politisch relevanten TV-Sendungen ihre logische Fortsetzung gefunden hat, indem Internetpräsenzen, die in den 1990er Jahren verbreiteten Internet-Gästebücher, Facebook-Seiten und inzwischen auch Social Media in den Blick genommen wurden (vgl. Diekmannshenke 2017). Insbesondere die Analyse ganzer Wahlkampagnen, die mit Pappert (2011, S. 258) als „nur noch inszenierte Spektakel“ angesehen werden können, kann gar nicht anders als unter Einbeziehung aller verwendeten semiotischen Ressourcen gelingen. Dies wird etwa am Beispiel des Wahlplakat-Bustings evident, das Michel/Pappert (2018a, S. 4) als Resemiotisierung kennzeichnen, bei der „die materielle Oberfläche für vom Textmuster nicht vorgesehene Gebrauchsweisen genutzt wird“. Man wird selbst solch einem seit vielen Jahrzehnten bekannten Phänomen nicht annähernd gerecht werden können, indem man sich lediglich auf seine sprachlichen Elemente bezieht.

²⁶ Einen ersten Überblick vermitteln die Handbuchbeiträge in Klug/Stöckl (Hg.) (2016) sowie – bezogen auf Diskurslinguistik – Spitzmüller (2018). Politolinguistische Multimodalitätsanalysen finden sich u. a. bei Domke/Meier (2017), Luginbühl (2017), Luginbühl/Scarvaglieri (2018) und Michel/Pappert (2018a, 2018b).

Fasst man diese Entwicklungen abschließend zusammen, so lässt sich eine Bewegung der Politolinguistik erkennen, und zwar vom Einzelwort zum Text²⁷, von dort zur Intertextualität und schließlich zur Transtextualität, verstanden als Analyse von Kampagnen oder Diskursen. Mit der wachsenden Komplexität der Analyseobjekte bedurfte es einer angepassten Methodik: Da ein politischer Text mehr als eine Ansammlung von Wörtern des Ideologie-Wortschatzes ist, bedarf es zu seiner Analyse anderer Instrumente, die etwa auf Metaphorik und Argumentation, auf Textaufbau- und -strategien einzugehen in der Lage sind. Und für die Analyse ganzer Kampagnen oder Diskurse bedarf es einer umfassenden Hermeneutik²⁸, die zusätzlich z. B. auf Fragen der Farb- und Bildgestaltung, der Animation und des Designs eingeht.

Eine so verstandene Politolinguistik, die nicht ein abstraktes Sprachsystem, sondern kommunikativ handelnde Akteure (Individuen oder Gruppen) mit vielfältig unterschiedlichen Intentionen in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, lässt sich dem Paradigma einer kulturwissenschaftlich orientierten Linguistik zuordnen (vgl. Niehr 2016). Sie wird dem sozialen und kommunikativen Charakter politischer Kommunikation am ehesten gerecht werden können.

Literatur

- Angermüller, Johannes/Nonhoff, Martin/Herschinger, Eva/Macgilchrist, Felicitas/Reisigl, Martin/Wedl, Juliette/Wrana, Daniel/Ziem, Alexander (Hg.) (2014): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. 2 Bde. (= Diskursnetz 1/2). Bielefeld: transcript.
- Burkhardt, Armin (1996): Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung. In: Klein, Josef/Diekmannshenke, Hans-Joachim (Hg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. (= Sprache, Politik, Öffentlichkeit 7). Berlin/New York: De Gruyter, S. 75–100.
- Burkhardt, Armin (Hg.) (2019): Handbuch Politische Rhetorik. (= Handbücher Rhetorik 10). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der Historischen Semantik. In: Teubert, Wolfgang/Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz (Hg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 10–28.

²⁷ Ein breit rezipierter Ansatz zur Kategorisierung politischer Textsorten ist der von Klein (2000); einen Überblick über neuere Entwicklungen bieten Schröter (2017), Stein (2017) und Girnth (2017).

²⁸ Vgl. hierzu die Beiträge des von Hermanns/Holly (Hg.) (2007) herausgegebenen Sammelbandes.

- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (Hg.) (2013): *Linguistische Diskursanalyse: neue Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Dieckmann, Walther (1967): Kritische Bemerkungen zum sprachlichen Ost-West-Problem. In: *Zeitschrift für Deutsche Sprache* 23, 1–2, S. 136–165.
- Dieckmann, Walther (1975): *Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache*. 2. Aufl. (= Sprachwissenschaftliche Studienbücher 2). Heidelberg: Winter.
- Dieckmann, Walther (1981): *Politische Sprache, politische Kommunikation. Vorträge, Aufsätze, Entwürfe*. (= Sprachwissenschaftliche Studienbücher Abt. 1). Heidelberg: Winter.
- Dieckmann, Walther (2005): Deutsch: politisch – politische Sprache im Gefüge des Deutschen. In: Kilian, Jörg (Hg.): *Duden: Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat*. (= Thema Deutsch 6). Mannheim/Berlin: Dudenverlag, S. 11–30.
- Diekmannshenke, Hajo (2017): Massenmedien als Handlungsfeld III: digitale Medien. In: Roth/Wengeler/Ziem (Hg.), S. 354–370.
- Domke, Christine/Meier, Stefan (2017): Multimodalität. In: Roth/Wengeler/Ziem (Hg.), S. 234–256.
- Efing, Christian (2017): Varietätenlinguistische Einordnung. In: Niehr/Kilian/Wengeler (Hg.): Bd. 1, S. 3–19.
- Fluck, Hans-Rüdiger (1996): *Fachsprachen. Einführung und Bibliographie*. 5., überarb. u. erw. Aufl. (= UTB 483). Tübingen/Basel: Francke.
- Gauger, Hans-Martin/Oesterreicher, Wulf/Windisch, Rudolf (1981): *Einführung in die romanische Sprachwissenschaft*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Girnth, Heiko (2015): *Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*. 2., überarb. u. erw. Aufl. (= Germanistische Arbeitshefte 39). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Girnth, Heiko (2017): Textsorten. In: Niehr/Kilian/Wengeler (Hg.): Bd. 2, S. 597–606.
- Handt, Friedrich (Hg.) (1964): *Deutsch – gefrorene Sprache in einem gefrorenen Land? Polemik, Analysen, Aufsätze*. Berlin: Literarisches Colloquium.
- Hellmann, Manfred W./Schröder, Marianne (Hg.) (2008): *Sprache und Kommunikation in Deutschland Ost und West. Ein Reader zu fünfzig Jahren Forschung*. (= Germanistische Linguistik 192/194). Hildesheim: Olms.
- Hermanns, Fritz (1989): *Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. In: Klein, Josef (Hg.): *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 69–149.
- Hermanns, Fritz (2002): Dimensionen der Bedeutung I: Ein Überblick. In: Cruse, D. Alan/Hundsnurscher, Franz/Job, Michael/Lutzeier, Peter Rolf (Hg.): *Lexikologie. Ein internationales Handbuch zur Natur und Struktur von Wörtern und Wortschätzen*. 1. Halbbd. (= Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 21.1). Berlin/New York: De Gruyter, S. 343–350.
- Hermanns, Fritz/Holly, Werner (Hg.) (2007): *Linguistische Hermeneutik. Theorie und Praxis des Verstehens und Interpretierens*. (= Reihe Germanistische Linguistik 272). Berlin/New York: De Gruyter.

- Holly, Werner (2005): Audiovisualität und Politikvermittlung in der Demokratie.
In: Kilian, Jörg (Hg.): Duden: Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat.
(= Thema Deutsch 6). Mannheim/Berlin: Dudenverlag, S. 278–293.
- Holly, Werner/Kühn, Peter/Püschel, Ulrich (Hg.) (1989): Redeshows. Fernsehdiskussionen in der Diskussion. (= Medien in Forschung und Unterricht 26). Tübingen: Niemeyer.
- Kämper, Heidrun (2020): Kritik am Sprachgebrauch im Nationalsozialismus: *LTI* und *WdU* – Zwei frühe Beispiele für Sprachkritik nach 1945. In: Niehr, Thomas/Kilian, Jörg/Schiewe, Jürgen (Hg.): Handbuch Sprachkritik. Berlin: Metzler, S. 49–56.
- Kilian, Jörg/Niehr, Thomas/Schiewe, Jürgen (2016): Sprachkritik. Ansätze und Methoden der kritischen Sprachbetrachtung. 2., überarb. u. aktual. Aufl.
(= Germanistische Arbeitshefte 43). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Klein, Josef (Hg.) (1989): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klein, Josef (1990): Elefantenrunden „Drei Tage vor der Wahl“. Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendung 1972–1987. Einführung und Text-Transkription. Baden-Baden: Nomos.
- Klein, Josef (2000): Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Brinker, Klaus/Antos, Gerd/Heinemann, Wolfgang/Sager, Sven F. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. 1. Halbbd. (= Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 16.1). Berlin/New York: De Gruyter, S. 732–755.
- Klein, Josef (2005): „Grundwortschatz“ der Demokratie. In: Kilian, Jörg (Hg.): Duden: Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat. (= Thema Deutsch 6). Mannheim/Berlin: Dudenverlag, S. 128–140.
- Klein, Josef (2013): Der saliente politische Satz – ein Kristallisationspunkt kollektiven Wissens. In: Kilian, Jörg/Niehr, Thomas (Hg.): Politik als sprachlich gebundenes Wissen. Politische Sprache im lebenslangen Lernen und politischen Handeln. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 8). Bremen: Hempen, S. 137–158.
- Klein, Josef (2014a): Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze.
(= Sprachwissenschaft 23). Berlin: Frank & Timme.
- Klein, Josef (2014b): Sätze in der Politik – Struktur. Salienz. Resonanz. In: Klein, S. 115–126.
- Klein, Josef (2014c): Die Pragmatik des salienten Satzes – in politischen und historischen Diskursen zentral, in der Linguistik vernachlässigt. In: Klein, S. 127–148.
- Klein, Josef (2017a): Um Begriffe kämpfen. In: Niehr/Kilian/Wengeler (Hg.): Bd. 2, S. 773–793.
- Klein, Josef (2017b): Saliente Sätze. In: Roth/Wengeler/Ziem (Hg.), S. 139–164.
- Klein, Josef (2019): Politik und Rhetorik. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Klemperer, Victor (2007): LTI. Notizbuch eines Philologen 22. Aufl.
(= Reclam Taschenbuch 20149). Stuttgart: Reclam.
- Klug, Nina-Maria/Stöckl, Hartmut (Hg.) (2016): Handbuch Sprache im multimodalen Kontext.
(= Handbücher Sprachwissen 7). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Liedtke, Frank/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.) (1991): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lübbe, Hermann (1975): Der Streit um Worte. Sprache und Politik. In: Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hg.): Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter. (= Initiative 5). Freiburg i. Brsg./Basel/Wien: Herder, S. 87–111.
- Luginbühl, Martin (2017): Massenmedien als Handlungsfeld II: audiovisuelle Medien.
In: Roth/Wengeler/Ziem (Hg.), S. 334–353.

- Luginbühl, Martin/Scarvaglieri, Claudio (2018): Diskursive Interdependenz im Abstimmungskampf. Die Plakate der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und ihre Verarbeitung in verschiedenen Kommunikationsbereichen. In: Pappert, Steffen/Michel, Sascha (Hg.): Multimodale Kommunikation in öffentlichen Räumen. Texte und Textsorten zwischen Tradition und Innovation. (= Perspektiven germanistischer Linguistik 14). Stuttgart: ibidem, S. 159–186.
- Meinhof, Ulrike Hanna/Reisigl, Martin/Warneke, Ingo H. (Hg.) (2013): Diskurslinguistik im Spannungsfeld von Deskription und Kritik. (= Diskursmuster 1). Berlin: Akademie-Verlag.
- Mell, Ruth Maria (2020): Wortkritik im „Streit über die Sprachkritik“. In: Niehr, Thomas/Kilian, Jörg/Schiewe, Jürgen (Hg.): Handbuch Sprachkritik. Berlin: Metzler, S. 57–65.
- Michel, Sascha/Pappert, Steffen (2018a): Wahlplakat-Busting. Formen und Funktionen einer (neuen) Textmuster Mischung. In: Zeitschrift für Angewandte Linguistik 68, S. 3–33. DOI: 10.1515/zfal-2018-0002.
- Michel, Sascha/Pappert, Steffen (2018b): Wahlplakat-Busting: Kommunikative Spuren der Aneignung von Wahlplakaten im öffentlichen Raum. Fallanalysen – Forschungsfragen – Perspektiven. In: Pappert, Steffen/Michel, Sascha (Hg.): Multimodale Kommunikation in öffentlichen Räumen. Texte und Textsorten zwischen Tradition und Innovation. (= Perspektiven germanistischer Linguistik 14). Stuttgart: ibidem, S. 187–199.
- Müller, Ernst/Schmieder, Falko (2016): Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium. (= Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 2117). Berlin: Suhrkamp.
- Niehr, Thomas (2013): Politolinguistik – Diskurslinguistik: Gemeinsame Perspektiven und Anwendungsbezüge. In: Roth, Kersten Sven/Spiegel, Carmen (Hg.): Angewandte Diskurslinguistik. Felder, Probleme, Perspektiven. (= Diskursmuster 2). Berlin: Akademie-Verlag, S. 73–88.
- Niehr, Thomas (2014a): Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. (= UTB 4173). Göttingen/Bristol: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Niehr, Thomas (2014b): Einführung in die linguistische Diskursanalyse. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Niehr, Thomas (2015): Politolinguistik und/oder Sprachkritik? Das Unbehagen in und an der Deskriptivität. In: Linguistik Online 73, 4, S. 139–152. DOI: 10.13092/lo.73.2197.
- Niehr, Thomas (2016): Kulturwissenschaftliche Orientierung in der Politolinguistik. In: Jäger, Ludwig/Krapp, Peter/Holly, Werner/Weber, Samuel (Hg.): Sprache – Kultur – Kommunikation. Ein internationales Handbuch zu Linguistik als Kulturwissenschaft. Language – culture – communication. An international handbook of linguistics as cultural discipline. (= Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 43). Berlin: De Gruyter Mouton, S. 851–862.
- Niehr, Thomas (2017): Lexik – funktional. In: Niehr/Kilian/Wengeler (Hg.): Bd. 1, S. 149–168.
- Niehr, Thomas/Kilian, Jörg/Wengeler, Martin (Hg.) (2017): Handbuch Sprache und Politik. In 3 Bänden. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 21, 1–3). Bremen: Hempen.
- Pappert, Steffen (2011): Politische Sprache und Kommunikation im Wahlkampf. In: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 58, 3, S. 258–268.
- Polenz, Peter von (1968): „Sprachkritik und Sprachwissenschaft“. Auszug aus: Neue Rundschau 1963, 74, 3. In: Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süskind, Wilhelm Emanuel: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Neue erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streites über die Sprachkritik. 3. Aufl. Hamburg/Düsseldorf: Claassen, S. 289–310.

- Polenz, Peter von (2005): Streit über Sprachkritik in den 1960er Jahren. In: *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* 2, S. 97–111.
- Reisigl, Martin (2018): Diskurslinguistik und Kritik. In: Warnke, Ingo H. (Hg.): *Handbuch Diskurs*. (= *Handbücher Sprachwissen* 6). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 173–207.
- Reisigl, Martin/Vogel, Friedemann (2020): *Kritische Diskursanalyse/CDA*. In: Niehr, Thomas/Kilian, Jörg/Schiewe, Jürgen (Hg.): *Handbuch Sprachkritik*. Berlin: Metzler, S. 189–195.
- Roth, Kersten Sven/Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.) (2017): *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft*. (= *Handbücher Sprachwissen* 19). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Schiewe, Jürgen (2018): Linguistik und Sprachkritik. Über den misslungenen Versuch einer Ausgrenzung. In: Andersen, Christiane/Fix, Ulla/Schiewe, Jürgen (Hg.): *Denkstile in der deutschen Sprachwissenschaft. Bausteine einer Fachgeschichte aus dem Blickwinkel der Wissenschaftstheorie Ludwik Flecks*. (= *Philologische Studien und Quellen* 265). Berlin: Erich Schmidt, S. 261–289.
- Schröter, Melani (2017): Texte und Textsorten. In: Roth/Wengeler/Ziem (Hg.), S. 212–233.
- Schröter, Melani/Carius, Björn (2009): *Vom politischen Gebrauch der Sprache. Wort, Text, Diskurs*. (= *Leipziger Skripten* 5). Frankfurt a.M./Berlin/Bern: Lang.
- Spitzmüller, Jürgen (2018): Multimodalität und Materialität im Diskurs. In: Warnke, Ingo H. (Hg.): *Handbuch Diskurs*. (= *Handbücher Sprachwissen* 6). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 521–540.
- Spitzmüller, Jürgen/Warnke, Ingo H. (2011): *Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Stein, Stephan (2017): Textanalyse. In: Niehr/Kilian/Wengeler (Hg.): Bd. 1, S. 298–317.
- Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süskind, Wilhelm Emanuel (1968): *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Neue erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streites über die Sprachkritik*. 3. Aufl. Hamburg/Düsseldorf: Claassen.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. (= *Sprache, Politik, Öffentlichkeit* 4). Berlin/New York: De Gruyter.
- Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela (1989): *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*. (= *Schriften des Instituts für Deutsche Sprache* 2). Berlin/New York: De Gruyter.
- Wengeler, Martin (2017): Wortschatz I: Schlagwörter, politische Leitvokabeln und der Streit um Worte. In: Roth/Wengeler/Ziem (Hg.), S. 22–46.
- Ziem, Alexander (2017a): Lexik – korpusanalytisch. In: Niehr/Kilian/Wengeler (Hg.): Bd. 1, S. 169–193.
- Ziem, Alexander (2017b): Wortschatz II: quantifizierende Analyseverfahren. In: Roth/Wengeler/Ziem (Hg.), S. 47–68.

Jürgen Spitzmüller (Wien)

„Ye shall know the truth, and the truth shall make you free“

Positionierungsstrategien der Sprachwissenschaft im Kampf um sprachideologische Deutungshoheit

Abstract: Der Beitrag beleuchtet die seit den Anfängen der Fachgeschichte geführte Debatte um die Positionierung der Sprachwissenschaft zur bzw. in der Gesellschaft mit Blick auf die Frage, inwieweit das Fach eine Deutungshoheit in sprachreflexiven Fragen beanspruche, beanspruchen könne oder solle. Es werden vier Strategien diskutiert, mit denen versucht wurde und wird, einen solchen Anspruch in der Gesellschaft zu proklamieren bzw. zu zementieren.

Vor dem disziplinären Hintergrund der soziolinguistisch-sprachanthropologischen Sprachideologieforschung, die auch linguistische Positionen unter *Sprachideologien* fasst, werden die sprachwissenschaftlichen Positionierungsversuche dabei als diskursiv gerahmte, aber kontextsensitive Manöver in einem ‚Kampf um sprachideologische Deutungshoheit‘ verstanden.

1 Einleitung: Sprachwissenschaft und ihre „Disposition zur Öffentlichkeit“

Im Gedenken an Jan Blommaert (1961–2021).

In der Tagungsankündigung, die den Vortragenden der IDS-Jahrestagung 2021 mit der Vortragseinladung zugegangen ist, werfen die Tagungsorganisator:innen¹ die Frage auf, wie sich die Sprachwissenschaft als Geistes- und Kulturwissenschaft „in einer Zeit [...], in der sich Wissenschaft, und insbesondere die Geisteswissenschaften, die Frage nach ihrer Positionierung stellen“, zur Gesellschaft verhalten solle, „ob und inwieweit sie sich außerhalb der Gesellschaft, oder in sie hinein stellen, ob und inwieweit sie Forschung mit einer Disposition zur Öffent-

¹ Abweichend von den Richtlinien der Buchreihe verwendet dieser Beitrag aus Gründen der Inklusivität non-binäre Genderformen.

lichkeit betreiben“ solle.² „Forschung mit einer Disposition zur Öffentlichkeit“ zu betreiben, so wird weiter ausgeführt,

bedeutet: nicht nur die Bereitschaft haben, Erkenntnisse und Befunde der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und ihr z. B. die Ergebnisse sprachlicher Analysen zu vermitteln – das wäre eine Position außerhalb der Gesellschaft, in der die Wissenschaft die Beobachterrolle hätte. Sondern es geht bei einer Disposition zur Öffentlichkeit um den Anspruch, die Rolle einer Voice (Blommaert³) innerhalb der Gesellschaft zu haben.

Das ist mit Blick auf das Thema, das der vorliegende Beitrag – durch die Tagungsankündigung angeregt – diskutiert, bemerkenswert. Denn zwar sind Fragen nach dem Verhältnis von Sprachwissenschaft und ‚Öffentlichkeit‘ im Kontext von IDS-Jahrestagungen historisch rekurrent und salient (was angesichts der exponierten institutionellen Position und der Stiftungsziele des IDS⁴ auch nicht überrascht): Zumindest als ‚rauschender Diskurs‘ (Foucault 1997, S. 33) durchziehen diese Fragen in verschiedenartiger Ausprägung einen Großteil der Jahrestagungen, seit das IDS beim dritten Jahrestreffen (1967) erstmals einen Rahmentitel, *Sprachnormung und Sprachpflege*⁵, festgelegt hatte; dezidiert im Mittelpunkt standen sie bei der IDS-Jahrestagung 1998 (vgl. Stickel (Hg.) 1999), auf die wir gleich noch einmal zurückkommen.

Bemerkenswert ist allerdings die Betonung der Tagungsorganisator:innen, dass Sprachwissenschaft sich *in* (und nicht *gegenüber*) der Gesellschaft positionieren müsse, dass sie also *Teil* (und nicht nur *im Dialog mit*) der Öffentlichkeit sei. Denn oft genug, wenn sich das Fach mit seinem Verhältnis zur Öffentlich-

² Tagungsabstract der 57. Jahrestagung des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache, „Sprache in Politik und Gesellschaft: Perspektiven und Zugänge“. www1.ids-mannheim.de/aktuell/veranstaltungen/tagungen/2021.html (Stand: 22.4.2021).

³ Dies verweist (implizit) auf Blommaert (2005, S. 4 f.): „Voice stands for the way in which people manage to make themselves understood or fail to do so. In doing so, they have to draw upon and deploy discursive means which they have at their disposal, and they have to use them in contexts that are specified as to conditions of use. Consequently, if these conditions are not met, people ‚don’t make sense‘ – they fail to make themselves understood – and the actual reasons for this are manifold“.

⁴ Vgl. zu den ursprünglichen Stiftungszielen Moser (1967), zu den (weitgehend deckungsgleichen) aktuellen § 2 der Satzung des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache (IDS) unter www1.ids-mannheim.de/fileadmin/org/pdf/IDS_Satzung_2020-05-18.pdf (Stand: 23.4.2021). Vgl. auch das „Leitbild des IDS“ unter www.ids-mannheim.de/fileadmin/org/pdf/Leitbild.pdf (Stand: 23.4.2021).

⁵ Vgl. Moser (Hg.) (1968), insbesondere die Beiträge von Tschirch (1968), von Polenz (1968b) und Weisgerber (1968) sowie die Podiumsdiskussion (Höllerer 1968), an der unter anderem Peter von Polenz, Karl Korn, W. E. Süskind und Hugo Moser beteiligt sind.

keit befasst, wird insinuiert, dass es sich bei ‚der Öffentlichkeit‘ um eine Sphäre handle, die jenseits der Grenzen der Akademie liege, von dieser also separiert sei. Damit verbunden ist nicht selten eine Essentialisierung ‚der Sprachwissenschaft‘ auf der einen und ‚der Öffentlichkeit‘ auf der anderen Seite (vgl. Nussbaumer/Peyer 1998, S. 352). Beides zeigt sich etwa, wenn diskutiert wird, wie ‚die Sprachwissenschaft‘ mit ‚der Öffentlichkeit‘ in einen Dialog treten und Erkenntnisse ‚aus der Akademie‘ (besser) ‚in die Öffentlichkeit‘ kommunizieren könne (vgl. bspw. Dieckmann 1991; Sieber/Sitta 1992; Trabold 1993; Wimmer 1994; Hoberg 1997; vgl. dazu auch Spitzmüller 2019).

Dies war auch bei der oben erwähnten IDS-Jahrestagung 1998 der Fall. Schon im Tagungstitel *Sprache – Sprachwissenschaft – Öffentlichkeit* (vgl. Stickel (Hg.) 1999) wurde eine (zu überbrückende) Separierung der Sphären graphisch angedeutet, welche dann auch in vielen Vorträgen und der Podiumsdiskussion präsupponiert und weiter ausgedeutet wurde (vgl. bspw. Jäger 1999; Jung/Wengeler 1999; Wimmer 1999).

Ausgedeutet wurde sie auch im luziden und launischen Eröffnungsvortrag der Tagung, den der damalige Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Literaturwissenschaftler Werner Welzig gehalten hatte (vgl. Welzig 1999). Allerdings tat er dies offenbar (wie auch die Reaktionen auf den Vortrag vor Ort zeigten) nicht in der erwarteten Art und Weise, denn zwar reproduzierte auch Welzig die Vorstellung geteilter Sphären, nicht jedoch die Annahme, dass ein Brückenbau notwendig sei.

Welzig hatte, verpackt in die Analogie des Märchens vom Rotkäppchen, den Auftrag, den die Tagungsorganisator:innen ihm gegeben hatten, über den „Nutzen der Geisteswissenschaften und wie ihn die Öffentlichkeit sieht“ zu sprechen, brüsk zurückgewiesen und dem Auditorium geraten, sich von der (wie Welzig betont: von den Geisteswissenschaften selbst vage imaginierten) ‚Öffentlichkeit‘ – in Welzigs Analogie der ‚böse Wolf‘ im Märchen, der dem geisteswissenschaftlichen Rotkäppchen an den Kragen möchte –, nicht verführen zu lassen:

Ich halte es für unerträglich, daß wir, statt unsere Arbeit vorzuführen, uns über deren „Nutzen“ auslassen, daß wir, von Unsicherheit gepeinigt permanent einen „Nutzen“ thematisieren. [...] Beschwörend und zugleich in einem sehr unbestimmten Sinne reden wir von „Öffentlichkeit“ und fragen nach deren Vorstellung vom „Nutzen“ unseres Tuns. Auf diese Weise hoffen wir zu kaschieren, daß wir selbst gar nicht mehr wissen, was wir tun sollen und tun wollen. „Hochverehrtes Publikum, was willst du, daß wir sollen tun?“ Die Geburt der Arbeitsvorhaben aus dem Geiste der Meinungsumfrage, so lautet das Lösungswort unserer Tage. (Welzig 1999, S. 14)

Das war als rhetorische Watschen gemeint, und diese hat wohl auch gegessen. In ihrem Tagungsbericht notieren Markus Nussbaumer und Ann Peyer:

Es war ein gewagter, ein unerwarteter und provozierender Anfang, auf den das Publikum teils ratlos, teils mit Heiterkeit und Zustimmung, teils verärgert und mit heftigem Widerspruch reagierte. Der Auftakt war insofern geglückt. (Nussbaumer/Peyer 1998, S. 353)

Welzigs Argumentation ist für das Thema des vorliegenden Beitrags deswegen interessant, weil sie eine von verschiedenen Strategien repräsentiert, mit denen Fachvertreter:innen auf die Frage reagieren, wie sich die Sprachwissenschaft zur außerfachlichen (sprachinteressierten) Welt – dem „exoterischen Kreis“, wie man es mit Ludwik Fleck (1999, S. 138 f.) ausdrücken kann – positionieren solle.

In diesem Beitrag werden vier Strategien diskutiert, die sich in der deutschsprachigen Sprachwissenschaft (in verschiedenen Phasen der Fachgeschichte) besonders ausgeprägt finden:

1. Die Souveränitätsstrategie (Öffentlichkeit ignorieren),
2. Die Aufklärungs- oder Erleuchtungsstrategie (Öffentlichkeit belehren),
3. Die ethnologische Strategie (Öffentlichkeit verstehen),
4. Die Spiegelungsstrategie (gesellschaftliche Positionierung der Sprachwissenschaft reflektieren).

Diese Strategien werden im Folgenden jeweils genauer vorgestellt und kritisch diskutiert (Abschn. 2–5). Das Fazit (Abschn. 6) kontextualisiert sie mit Blick auf situatives (Rollen-)Handeln.

2 Die Souveränitätsstrategie (Öffentlichkeit ignorieren)

Die oben zitierte Argumentation Welzigs repräsentiert eine Strategie, die man wohlwollend *Souveränitätsstrategie*, etwas kritischer auch *Ignoranzstrategie* nennen kann. Die zugrunde liegende Haltung ist: ‚Wir lassen uns unsere Agenda nicht (von Fachfremden) vorschreiben!‘. Wissenschaft, so die damit verbundene Überzeugung, müsse souverän und unbeeinflusst von politischen oder gesellschaftlichen Verwertungsansprüchen arbeiten. Man könne zwar die Arbeit ‚vorführen‘ (wie Welzig es ausdrückt), ob diese Vorführung dem Publikum passe oder nicht, sei aber zweitrangig und könne jedenfalls nicht forschungsleitend sein.

Eine solche Position war nun aber schon 1998 – das wusste auch Welzig allzu gut – nicht mehr leicht zu vertreten, und sie wurde es mit zunehmender hochschulpolitischer Verpflichtung auf das, was man heute *Third Mission* nennt, und mit dem Erstarken außerakademischer Expertise-Akteursgruppen, immer weniger. Im Zuge des von Bettina Bock und Gerd Antos (2019) so genannten „Struktur-

wandels von Experten und Laien“ hat sich – jedenfalls in der Wahrnehmung der Wissenschaften – der Kampf um Deutungshoheiten in komplexer Weise verschoben und diversifiziert. Die Rollen, so Antos und Bock, seien nicht mehr so klar verteilt, wie sie es einmal waren:

Während man früher den ‚Experten‘ pauschal den nicht sachkundigen, so genannten ‚blutigen Laien‘ gegenüberstellte, hat sich seit geraumer Zeit aus einer Reihe von Gründen ein sozialer als auch wissenssoziologischer Strukturwandel vollzogen, was teilweise zu einer ‚Entgrenzung‘ und damit verbunden: zu einer auch terminologischen Verwischung zwischen Laien- und Expertentum geführt hat. (Bock/Antos 2019, S. 55)

Als Beispiele für diesen Strukturwandel nennen Bock/Antos (ebd., S. 58 f.) die Konzepte

1. Laien als Experten (Bedeutung einer „Laienkompetenz“),
2. Citizen Science,
3. „Bürger schaffen Wissen“ (durch Foren oder Selbsthilfegruppen) und
4. Selbstermächtigungs-Gruppen („Der Laie als Experte in eigener Sache“).

Wie sehr dieser Strukturwandel den heutigen akademischen Alltag prägt, ist für die in diesem Bereich Tätigen wohl offensichtlich: Die zunehmende Forderung nach Einbezug von sogenannten Laien- oder Bürgerwissen in Forschungsprojekte (*Citizen Science*) oder auch die Bedeutung, die sogenannte Third-Mission-Aktivitäten in individuellen und institutionellen Evaluationen inzwischen einnehmen, sind hierfür Indizien, mit denen Wissenschaftler:innen regelmäßig zu tun haben (vgl. Claes 2005; Luginbühl/Schröter (Hg.) 2018; Bock/Antos 2019). Welzig würde wohl sagen: Der ‚böse Wolf‘ liegt mitten im Bett der ‚guten alten‘ Wissenschaft, die er sich schon längst einverleibt hat.

Allerdings muss man darauf hinweisen, dass das Bild der einst ‚souveränen Wissenschaft‘ – jedenfalls, was die Geistes- und Sprachwissenschaft betrifft – wohl eine idealisierte Konstruktion ist. Wie etwa Knobloch (2005) mit Blick auf die Auseinandersetzung der sogenannten „volkhafte Sprachforschung“ mit den als ‚gesellschaftsfremden Lautverschiebern‘ geschmähten Junggrammatikern und Bauman/Briggs (2003) mit Blick auf anthropologische Sprachforschung gezeigt haben, reicht die Auseinandersetzung um die Frage, wie sich Sprachwissenschaftler:innen zur Öffentlichkeit zu verhalten haben, mindestens bis ins 19. Jahrhundert zurück. Möglicherweise ist sie sogar eine unmittelbare Folge der Entstehung des Konzepts ‚Öffentlichkeit‘, das sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts diskursiv konsolidiert, und der damit parallel verlaufenden Institutionalisierung und Szientifizierung philologischer Disziplinen (vgl. dazu Schiewe 2003, 2004).

Agha (2007) geht sogar so weit zu konstatieren, dass der Deutungshoheitsanspruch der modernen Linguistik gegenüber anderen Disziplinen und gegenüber

nicht-akademischen Akteuren über das, was sie als Gegenstand konstruiert, die Voraussetzung dafür war, dass sich die Linguistik – die spät zum Spiel kam – als eigene Disziplin überhaupt konstituieren konnte. Die mit dem Namen *Saussure* – bekanntlich über komplexe Rezeptionsgeschichten in zu diskutierender Art und Weise (vgl. Joseph 2012) – verbundene Konstruktion eines Objekts *langue* garantierte demzufolge dem neuen Fach eine disziplinäre Einheit und Identität, indem es ihm erlaubte, sich von den anderen Fächern, die sich schon länger systematisch mit Sprache befasst haben, abzugrenzen:

[...] Saussure's argument for an exclusive focus on *langue* is not an argument from a sole claim to systematic method, but from the more fragile attempt to claim a proprietary domain. Indeed, the Saussurean project achieves a disciplinary unity for „linguistics“ by carving out from among all the forms of study that engage *systematically* with language in his time (viz., psychology, anthropology, and philology; Saussure nowhere argues that these disciplines are unsystematic) the forms of study that more narrowly constitute – by his metonymic reduction – the proprietary sphere of his „linguistics.“ (Agha 2007, S. 222; Herv. i. Orig.)

Ähnlich argumentiert Cameron (1995) mit Blick auf den von ihr identifizierten ‚Deskriptions-Präskriptions-Binarismus‘, der die ‚moderne Linguistik‘ umfassend geprägt habe und diese insbesondere auch gegenüber nicht-linguistischen Formen der Sprachreflexion abhob:

Prescriptivism [...] is the disfavoured half of a binary opposition, ‚descriptive/prescriptive‘; and this binarism sets the parameters of linguistics as a discipline. The very first thing any student of linguistics learns is that ‚linguistics is descriptive not prescriptive‘ – concerned, in the way of all science, with objective facts and not subjective value judgements. Prescriptivism thus represents the threatening Other, the forbidden; it is a spectre that haunts linguistics and a difference that defines linguistics. (Cameron 1995, S. 5)

Zwar ist dieses Selbstverständnis seit den 1990er Jahren im Fach deutlich ins Wanken geraten. ‚Kritische‘ Varianten der Sprachwissenschaft wie die Kritische Diskursanalyse und die Kritische Soziolinguistik möchten sich dieser Trennung nicht länger unterwerfen oder stellen sie sogar grundsätzlich infrage (vgl. etwa Reisigl/Warnke 2013). Allerdings hat das Selbstverständnis jedenfalls die ‚moderne Linguistik‘ in ihrer Positionierung zur Gesellschaft und zu nicht-linguistischer Sprachreflexion massiv geprägt (vgl. Spitzmüller 2019) – eine Positionierung, in der die nun folgende zweite Strategie besonders leitend wurde.

3 Die Aufklärungs- oder Erleuchtungsstrategie (Öffentlichkeit belehren)

Diese zweite, für die moderne Linguistik typische Positionierungsstrategie nenne ich die *Aufklärungs- oder Erleuchtungsstrategie*. Die zugrunde liegende Haltung ist: ‚Wir bringen euch Wahrheit bzw. Wissen!‘. Wissenschaft, so die damit verbundene Überzeugung, verfügt über einen exklusiven Zugang zu Erkenntnis, die sie aber der außerwissenschaftlichen Welt vermitteln möchte und sollte. Diese Strategie ist mithin, wie auch gleich eindrücklich deutlich werden wird, häufig mit einer gehörigen Portion Missionarismus verbunden.

Ein sehr bekanntes Beispiel für diese Strategie ist der sogenannte *Streit über die Sprachkritik*,⁶ den Peter von Polenz vor allem mit dem Publizisten und Politikwissenschaftler Dolf Sternberger (recht erfolglos) geführt hat (vgl. Schiewe 1998, S. 242–249; siehe auch Niehr i. d. Bd.). Der seinerzeit frisch auf ein Ordinariat berufene von Polenz hatte im Rahmen dieses Streits der publizistischen Sprachkritik (und insbesondere den Autoren des *Wörterbuchs des Unmenschen*) die sprachreflexive Überlegenheit deskriptiver Language-Analysen deutlich zu machen versucht (vgl. von Polenz 1968a, S. 307 f.). Dies allerdings hat Sternberger in einer klugen und sehr lesenswerten Replik, und notabene nachdem er den *Cours de Linguistique Générale* selbst gelesen hatte, als unbefriedigend und reduktionistisch zurückgewiesen. Sternbergers weitsichtiges und offenbar von Humboldt geschultes Argument, der Strukturalismus befördere eine „Absonderung der Sprache vom sprechenden Menschen“ (Sternberger 1968, S. 313), hat letztlich auch von Polenz selbst überzeugt, nachdem dieser vom Strukturalismus zur soziopragmatischen Sprachwissenschaft konvertiert war und seine Positionierung einer bemerkenswerten selbstkritischen Reflexion unterzogen hatte:

[...] mit dieser Art von Sprachwissenschaft konnte man doch nur die innersprachliche Struktur untersuchen. Sie war zu wirklichkeits- und gesellschaftsfern. Also wäre eine neue Sprachwissenschaft zu entwickeln gewesen. (von Polenz in Heringer 1982, S. 164)

Ein anderes, nicht weniger bekanntes Beispiel soll im Folgenden etwas ausführlicher diskutiert werden, zumal der Beitragstitel daraus entnommen ist.⁷ Es geht um einen Text, der paradigmatisch für die Aufklärungs-/Erleuchtungsstrategie

⁶ Der Streit ist dokumentiert in Sternberger/Storz/Süskind (1968).

⁷ Das Zitat ist natürlich seinerseits ein Zitat, Joh. 8:32, in der Version der *King James Bible*: „Then said Jesus to those Jews which believed on him, If ye continue in my word, then are ye my disciples indeed; And ye shall know the truth, and the truth shall make you free.“ (Lutherbibel:

steht, das Büchlein *Leave Your Language Alone!*, das der damals an der Cornell University als Associate Professor für Linguistik und Romanistik lehrende Robert Anderson Hall im Jahr 1950 publiziert hat, mit dezidiertem Adressat an die ‚sprach-interessierte Öffentlichkeit‘ („the general public“; Hall 1950, S. vii).

Hall diskutiert in dem Buch sprachliche Zweifelsfälle, zu deren Klärung man gerne – vom Autor konsequent in Scare-Quotes gesetzte – ‚Autoritäten‘ zurate ziehe, „dictionaries, grammars, or individuals whose word we are willing to take“ (ebd., S. 2). Diese, so Hall, seien nun aber unzuverlässig, subjektiv und im Urteil willkürlich, und deshalb nicht hilfreich. Er fährt fort:

Is there any source for accurate and reliable information about language, which will be more dependable and less likely to throw us into an intellectual and emotional tailspin than the „authorities“ that try to correct us?

There is. For the last hundred and fifty years, a number of scholars have been working on the study of language from a scientific point of view. They are often called simply *linguists*; but, as many people use the word *linguist* to mean a polyglot – somebody who knows a lot of languages – the person who has made a scientific study of language often prefers the term *scientific linguist* or *linguistic scientist* or *linguistician*. The work they engage in is called *linguistics*. By now, linguistics has amassed a store of knowledge which is accurate and reliable enough to decide on such points as these we worry about. (Hall 1950, S. 2; Herv. i. Orig.)

Nachdem er seine Leser:innen mit diesen unbekannten Helden bekannt gemacht hat, gibt Hall ihnen auf ihre (vom Autor antizipierten) besorgten Fragen unter anderem folgende beruhigenden Antworten:

There is no such thing as good and bad (or correct and incorrect, grammatical and ungrammatical, right and wrong) in language. [...]

All languages and dialects are of equal merit, each in its own way. (Hall 1950, S. 6)

In diesem Stil fährt das Buch fort, um auf rekurrente metasprachliche Fragen aus Sicht der modernen Linguistik zu antworten. Der durchgängige Subtext ist: ‚Fürchtet euch nicht! Wir Linguist:innen sagen euch: Alles ist gut!‘. Der Autor schließt sein Traktat mit folgendem bemerkenswerten Plädoyer:

[...] the message that linguistics has for our society at present is primarily the one that we have used as the title of this book: *LEAVE YOUR LANGUAGE ALONE!* We put it this way on purpose, to emphasize that any meddling with our language, by ourselves or others in the

„Wenn ihr bleiben werdet an meinem Wort, so seid ihr wahrhaftig meine Jünger und werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.“).

name of „correctness“, of spelling, or of nationalism, is harmful. [...] this message is both negative and positive. It is negative, in that it warns us to give up, to abandon entirely the old dogmatic, normative, theological approach of traditional grammar and of social snobbery; and to substitute the relativistic, objective approach of scientific study and analysis. It is positive, in that it tells us, once we've cleared the ground in this way, to go ahead and to find out for ourselves what the facts really are, to analyze and describe them as accurately as we can, and then to apply the knowledge we have obtained in that way. In both these respects, the contribution of linguistics is simply a part of the effort of all science in modern democratic society, to find out the truth and to act upon it; in this sense, the linguist, like other scientists, may take as his motto the noblest of all slogans: „Ye shall know the truth, and the truth shall make you free.“ (Hall 1950, S. 248 f.)

Folgt man der Argumentation von Zygmunt Bauman (1987), dann ist die von Hall hier vertretene Position typisch für ‚moderne Intellektuelle‘ (und mithin wäre die moderne Linguistik auch eine typische moderne Wissenschaft). Diese von Bauman als *Legislator* (‚Gesetzgeber‘) bezeichnete Position geht von der Annahme eines bestimmten Personen exklusiv zugänglichen ontologisch wahren Wissens aus, welche es den Wissenden ermöglicht, autoritative Aussagen zu Sachverhaltsbereichen zu machen:

The typically modern strategy of intellectual work is one best characterized by the metaphor of the ‚legislator‘ role. It consists of making authoritative statements which arbitrate in controversies of opinions and which select those opinions which, having been selected, become correct and binding. The authority to arbitrate is in this case selected by superior (objective) knowledge to which intellectuals have better access than the non-intellectual part of society. (Bauman 1987, S. 4)

In der Postmoderne sei diese zunehmend von der Figur des *Interpreters*, also des ‚Übersetzers‘, abgelöst worden (vgl. ebd., S. 5). Diese basiere nicht mehr auf der Annahme einer exklusiven Wahrheit, sondern auf der Annahme, dass verschiedene Formen des Wissens existierten, zwischen denen vermittelt werden müsse. Der Intellektuelle fungiere mithin primär als Übersetzer zwischen den Welten. Bauman (ebd.) betont aber auch, dass die postmoderne Position auf die moderne verwiesen sei und diese als Kontrapunkt voraussetze.

4 Die ethnologische Strategie (Öffentlichkeit verstehen)

Nun ist diese von Bauman so genannte ‚postmoderne Position‘ eine, die sich eingebettet in eine weitere, neuere Strategie auch in der Sprachwissenschaft findet. Ich möchte diese, in Ermangelung eines besseren Einfalls, die *ethnologische Stra-*

ategie nennen. Die zugrunde liegende Haltung ist: ‚Wir versuchen euch zu verstehen!‘. Wissen, so die damit verbundene Überzeugung, findet man nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Alltagswelt. Für ein Verständnis alltagsweltlicher Prozesse wird die Kenntnis dieses alltagsweltlichen Wissens als wesentlich erachtet.

Typische Proponenten sind einerseits alle Formen der Angewandten Sprachwissenschaft, die es sich zum Ziel gesetzt haben, für bestimmte Akteursgruppen Position zu beziehen (etwa die Kritische Soziolinguistik), mit Blick auf das vorliegende Thema aber insbesondere alle Formen der Sprachreflexionsforschung, die sogenanntes ‚Laienwissen‘ zu Sprache zu ergründen versuchen, also etwa die Laienlinguistik, Folk Linguistics oder auch Spracheinstellungs- und Teile der Sprachideologieforschung (vgl. dazu einführend Antos/Niehr/Spitzmüller (Hg.) 2019).

Ob man auch die Arbeiten, die vor allem ab den 2000er Jahren unter der Flagge *Wissenstransfer* segelten, hierzu zählen soll, wäre zu diskutieren. Denn auch wenn man die *Transfer*-Metapher im Sinne des Bauman’schen *Interpreting* lesen kann, so gibt es doch viele Arbeiten in diesem Kontext, die eher einer Aufklärungsstrategie verpflichtet zu sein scheinen, jene nämlich, die den Transfer als einen Transport gesicherter Wissensbestände von der Wissenschaft in die Öffentlichkeit verstehen und vor allem danach fragen, wie dieser ‚störungsfrei‘ gelingen könne (vgl. dazu Spitzmüller 2011). Dies steht in der Tradition der frühen *Public-Understanding-of-Science*-Forschung, der aber, wie seit den 1990er Jahren intradisziplinär vermehrt kritisiert wurde (vgl. bspw. Wynne 1991; Lévy-Leblond 1992), ein problematisches (Rohrpost-)Modell des Wissenstransfers und eine Defizit-Konzeption von Öffentlichkeit zugrunde liegt. Die in diesem Kontext vorgeschlagene Neuorientierung hin zu einem *Scientific Understanding of Publics* (ebd.) hingegen, und mithin der Teil der Wissenstransferforschung, der diese Neuorientierung mitvollzogen hat, steht mit der ethnologischen Strategie im Einklang.

Die ethnologische Strategie konstruiert zwar ‚Wissenschaft‘ und ‚Gesellschaft‘/ ‚Öffentlichkeit‘ ebenfalls als zwei separate Sphären, aber nicht als zwei epistemologisch ungleiche Räume, von denen einer voller Wissen ist, das dem anderen fehlt. Statt von einem Wissensvakuum auszugehen, das gefüllt werden müsse und auch einfach gefüllt werden könne, geht es hier darum, verschiedene Formen des Wissens miteinander zu kalibrieren, gegebenenfalls zu harmonisieren oder aber deren Konflikt zu beschreiben. Und der ‚Laie‘ wird von einem lauschenden Empfänger aufgewertet zu einem Akteur, von dem die Wissenschaft lernen kann (vgl. Spitzmüller 2021).

Allerdings birgt auch die ethnologische Strategie Gefahren. Unter anderem birgt sie die Gefahr, dass die Erforschung von ‚Laienwissen‘ dieses (gegenüber

dem sogenannten sprachwissenschaftlichen Wissen) exotisiert, vielleicht auch verniedlicht und homogenisiert. Möglicherweise birgt sie auch die Gefahr, dass das Ganze – um es bewusst pointiert auszudrücken – zu einer Art linguistischer Freak-Show verkommt, in der Sprachwissenschaftler:innen sich entweder über laienlinguistische Vorstellungen amüsieren oder aber – was nicht unbedingt weniger problematisch ist – sich in der Rolle der großen Versther:innen der Alltagswelt gefallen, die sie umgekehrt nun ihren Fachkolleg:innen im Bauman’schen Sinne ‚übersetzen‘ (vgl. dazu ausführlich Spitzmüller 2019).

5 Die Spiegelungsstrategie (Sprachwissenschaft reflektieren)

Dieser Gefahr versucht die letzte Strategie, die in diesem Beitrag diskutiert wird, entgegenzutreten. Ich möchte sie – auch und gerade angesichts der Problematisierung, der diese Metapher im Anschluss an Rortys (1979) Kritik des Reflexionsparadigmas unterzogen wurde⁸ – die *Spiegelungsstrategie* nennen. Die dieser Strategie zugrunde liegende Haltung ist: ‚Wir versuchen, uns (im Blick auf euch) besser zu verstehen!‘. Sprachwissenschaft, so die zentrale Annahme, ist eine Gruppe sozialer Akteur:innen mit spezifischen Interessen, die diese Akteur:innen gegenüber außerfachlichen Akteur:innen zu vertreten versuchen. Diese Interessen seien keineswegs, wie etwa die Aufklärungsstrategie insinuiert, selbstlos und rein objektbezogen, sondern es gehe hier auch um Autoritäts- und Geltungsansprüche, Wünsche nach Anerkennung und mithin Identitätsarbeit.

Sprachwissenschaftler:innen werden somit, in Blommaerts (1999, S. 9) Terminologie, als *ideology brokers* verstanden („categories of actors who [...] claim authority in the field of debate“), die Partei in einem Kampf um Deutungshoheit („struggle for authoritative entextualization“) sind:

The struggle develops usually over *definitions* of social realities: various representations of reality which are pitted against each other – discursively – with the aim of gaining authority for one particular representation. (Blommaert 1999, S. 9; Herv. i. Orig.)

Im Fall der Sprachwissenschaft ist dieser Kampf häufig (wenn auch nicht exklusiv) ein Kampf um sprachideologische Deutungshoheit, also um die Frage, wel-

⁸ Den Hinweis darauf verdanke ich Beate Henn-Memmesheimer. Vgl. zusammenfassend zur Reflexionskritik Jahraus (2011).

che sprachbezogene Definition sozialer Wirklichkeit Gültigkeit beanspruchen kann. Dem liegt ein in der Sprachanthropologie und der hiervon inspirierten Soziolinguistik verbreiteter weiter und nicht-pejorativer Begriff von Sprachideologie zugrunde, unter den sämtliche (auch sprachwissenschaftliche) Bewertungen und Einschätzungen sprachlicher Phänomene gerechnet werden können, wie bereits der Initiator des Ansatzes Michael Silverstein im begriffsprägenden Aufsatz klarstellt:

I do not address myself only to articulated beliefs that are incorrect or contemptible. I should clarify that ideologies about language, or linguistic ideologies, are *any* sets of beliefs about language articulated by the users as a rationalization or justification of perceived language structure and use. [...] We need have no conceit one way or the other [...] that automatically privileges so-called „scientific“ description, or automatically condemns native ideological rationalization. (Silverstein 1979, S. 193; Herv. i. Orig.)

Nicht alle Arbeiten zu Sprachideologien teilen diese umfassende Perspektive (viele könnte man eher der ethnologischen, manche auch der Aufklärungsstrategie zurechnen), doch zeigen Arbeiten wie Gal/Woolard (2014) oder Bauman/Briggs (2003), die spezifisch die diskursive Konstruktion von Öffentlichkeit und Autorität durch die Sprachwissenschaft in den Blick nehmen, das Potenzial der von Silverstein avisierten exhaustiven Konzeption.

Wesentlich für die Spiegelungsstrategie ist, wie gesehen, der reflexive Blick auf das eigene Fach. Statt eines *Public Understanding of Science* (Aufklärungsstrategie) oder eines *Scientific Understanding of Publics* (ethnologische Strategie) ist das Ziel hier also gewissermaßen ein *Scientific Understanding of Self*, in dem vor allem die Frage im Mittelpunkt steht, was uns die Positionierungsversuche der Sprachwissenschaft in/zu der Gesellschaft und die Form ihrer Versuche, Expertise zu konstruieren und zu behaupten (vgl. Carr 2010; Spitzmüller 2021), über die Sprachwissenschaft als gesellschaftliche Akteurin sagen.

Im Versuch der Reflexivität liegen auch einige Gefahren, mit denen diese Strategie umgehen muss. Eine Gefahr ist vielleicht, dass aus der Spiegelung eine Selbstbespiegelung – und im schlechtesten Fall gar der Versuch einer Selbsttherapie – wird. Gravierender allerdings scheint mir die von der Kritik des Reflexionsparadigmas herausgearbeitete Gefahr zu sein, dass – wie Jahraus (2010) es formuliert hat – bei der Bespiegelung die Medialität des Spiegels vergessen wird. Weniger metaphorisch ausgedrückt: Reflexion erfordert einen Hintergrund, vor dem und eine Form, in der reflektiert wird, und beide sind für das Reflexionsergebnis nicht irrelevant. Was aber im Fall sprachwissenschaftlicher Selbstreflexion genau dieser Hintergrund – also der ‚Spiegel‘ – ist (Gesellschaft und gesellschaftliches Handeln?) und wie die Form die Reflexion trägt und prägt, ist keinesfalls trivial und viel zu wenig diskutiert. Hinzu kommt, um in der Metaphorik

zu bleiben, dass man im Spiegel ja nicht sich selbst sieht, sondern ein Abbild, das man für sich selbst hält: Jede Reflexion ist eine Reproduktion (Jahraus 2010, S. 249–251). Das kann man konstruktivistisch mit dem Hinweis beiseite zu wischen versuchen, dass es außer Abbildern ohnehin nichts gibt. Wie man mit der Abbildhaftigkeit (wir können auch sagen: Diskursivität) von Reflexionsprozessen theoretisch und methodologisch umgeht, ist damit aber nicht beantwortet, und diese Frage ist wichtig und intrikat.

6 Dynamik und Diskursivität der Dispositionen: Fazit

Der Sprachwissenschaft stehen, wie dieser Beitrag gezeigt hat, verschiedene (erprobte) Möglichkeiten zur Verfügung, eine „Disposition zur Öffentlichkeit“ zu entwickeln, sich also zur oder in die Gesellschaft zu stellen, Strategien mit jeweils spezifischen Fallstricken, aber auch einer jeweils spezifischen Geschichte und Geschichtlichkeit. Die vier Strategien, die hier beleuchtet wurden, können dabei sicherlich um weitere ergänzt und die präsentierten Skizzen müssen zweifellos an vielen Stellen noch differenziert werden.

Eine wichtige Differenzierung möchte ich abschließend explizieren.⁹ Ich habe davor gewarnt, Sprachwissenschaft und Öffentlichkeit zu homogenen, klar abgrenzbaren und separaten Sphären zu essentialisieren (wie dies einige der Strategien präsupponieren). Gleichmaßen muss aber auch vor der Versuchung gewarnt werden, Sprachwissenschaftler:innen mit homogenen und statischen Handlungsweisen zu assoziieren. Sprachwissenschaftler:innen sind soziale Akteur:innen, die – wie alle sozialen Akteur:innen – in unterschiedlichen Kontexten und vor unterschiedlichen Adressat:innen unterschiedlich handeln. Wir argumentieren in der Kaffeepause einer Tagung anders als auf dem Podium¹⁰ und anders als im Seminarraum, im Gespräch mit Journalist:innen, in der Diskussion mit Sprachkritiker:innen, am Sprachberatungstelefon, wenn wir im Freizeit-Smalltalk nach unserer Arbeit gefragt werden, und anders als in der für viele persönlich existenziellen und mithin prekären Rolle der:des Antragstellenden oder Sich-Qualifizierenden. Mit anderen Worten: Auch Sprachwissenschaftler:innen

⁹ Ich danke Jannis Androutsopoulos dafür, auf die Wichtigkeit der Explizierung des folgenden Aspekts hingewiesen zu haben.

¹⁰ Dieses (im Rahmen einer früheren IDS-Jahrestagung entwickelte) Szenario verdanke ich Kersten Sven Roth.

tragen unterschiedliche Hüte, ihre Identitäten sind komplex und hybrid. Entsprechend argumentieren sie auch, wenn sie über ‚ihren‘ Gegenstand sprechen, nicht immer gleich und nicht immer in denselben Rollen, sondern zuweilen als Expert:in, zuweilen als Lehrende:r, zuweilen (hoffentlich) als Lernende:r, zuweilen als Wissenschaftspolitiker:in, vielfach durchaus auch als Alltagssprecher:in und Bürger:in, die sie ja auch sind, und vermutlich nicht selten in einer komplexen und polyphonen Melange dieser Rollen.

Die kommunikative Konstruktion einer ‚Disposition zur Öffentlichkeit‘ ist also nicht nur die soziale Positionierung eines Fachs, sondern auch der Versuch einer sozialen Positionierung von Personen, die zugleich eine Disposition zu diesem Fach markieren – eine Markierung, die je nach Kontext, Ziel und Adressatenkreis deutlich differieren kann. Daher ist vor der Versuchung zu warnen, Strategien wie die hier diskutierten eindeutig mit bestimmten Teildisziplinen, Personen oder auch fachgeschichtlichen Epochen zu verkoppeln. Es handelt sich wohl eher um aufführbare Rollenskripte, die in Positionierungsprozessen herangezogen und interpretiert werden, in welchen sich akademische Akteur:innen zwischen dem, was sie als ‚ihr Fach‘, und dem, was sie als ‚Öffentlichkeit‘ oder ‚Gesellschaft‘ verstehen, in Stellung zu bringen versuchen. Dabei ist jede der genannten Größen als dynamisches und interpretatives Phänomen zu verstehen.

Gleichwohl sind aber die skizzierten Strategien nicht einfach Kostüme von der Stange, die sich Akteur:innen nach Belieben überstreifen können. Wie die Ausführungen gezeigt haben, haben all diese Strategien ihre Geschichte, und auch ihr argumentativer Wert verändert sich im Verlauf der Fachgeschichte. Dispositionsmöglichkeiten sind also nicht nur dynamisch, sondern durch diskursive Rahmung auch ideologisch alloziert bzw. (metapragmatisch ausgedrückt) sozial registriert (vgl. Spitzmüller 2013). Welchen Strategien man folgt, ist somit nicht nur kontextabhängig, eine gewählte Strategie ist aufgrund ihrer diskursiven und ideologischen Konnotation immer auch kontextualisierend. Positionierungsstrategien sind, wie alle kommunikativen Handlungen, also stets doppelt indexikalisch: kontextgeprägt und kontextprägend (vgl. Silverstein 2003).

Auch deshalb kann es auf die Frage, welche Strategie man einschlagen sollte, keine pauschale Antwort geben. Wichtig ist aber, dass man sich über die Strategien, ihre Diskursivität und ihre Dynamiken sowie über die Gesellschaftlichkeit und das Öffentlichsein sprachwissenschaftlichen Tuns regelmäßig verständigt, darüber nachdenkt und durchaus auch streitet. Dass das IDS dafür traditionell ein Forum bietet – und wie im eingangs geschilderten Fall auch ein Forum, in dem hin und wieder die Wellen hochschlagen –, kann man gar nicht laut genug begrüßen.

Literatur

- Agha, Asif (2007): The object called „language“ and the subject of linguistics. In: *Journal of English Linguistics* 35, 3, S. 217–235.
- Antos, Gerd/Niehr, Thomas/Spitzmüller, Jürgen (Hg.) (2019): *Handbuch Sprache im Urteil der Öffentlichkeit*. (= *Handbücher Sprachwissen* 10). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Bauman, Richard/Briggs, Charles L. (2003): *Voices of modernity. Language ideologies and the politics of inequality*. (= *Studies in the Social and Cultural Foundations of Language* 21). Cambridge: Cambridge University Press.
- Bauman, Zygmunt (1987): *Legislators and interpreters. On modernity, post-modernity and intellectuals*. Cambridge: Polity Press.
- Blommaert, Jan (1999): The debate is open. In: Blommaert, Jan (Hg.): *Language ideological debates*. (= *Language, Power and Social Process* 2). Berlin/New York: Mouton de Gruyter, S. 1–38.
- Blommaert, Jan (2005): *Discourse. A critical introduction*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bock, Bettina/Antos, Gerd (2019): ‚Öffentlichkeit‘ – ‚Laien‘ – ‚Experten‘. Strukturwandel von ‚Laien‘ und ‚Experten‘ in Diskursen über ‚Sprache‘. In: Antos/Niehr/Spitzmüller (Hg.), S. 54–79.
- Cameron, Deborah (1995): *Verbal hygiene*. London: Routledge.
- Carr, E. Summerson (2010): Enactments of expertise. In: *Annual Review of Anthropology* 39, S. 17–32.
- Claes, Tom (2005): Defining ‚the university‘. From ‚ivory tower‘ to ‚convenience store‘. In: McMahon, Frank/Claes, Tom (Hg.): *Probing the boundaries of higher education*. (= *At the Interface* 12). Oxford: Inter-Disciplinary Press, S. 35–49.
- Dieckmann, Walther (1991): Sprachwissenschaft und öffentliche Sprachdiskussion – Wurzeln ihres problematischen Verhältnisses. In: Wimmer, Rainer (Hg.): *Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch*. (= *Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache* 1990). Berlin/New York: De Gruyter, S. 355–371.
- Fleck, Ludwik (1999): *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. 4. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1997): *Die Ordnung des Diskurses [L'ordre du discours]*. Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970. Mit einem Essay von Ralf Konersmann. Erw. Ausg. (= *Fischer Wissenschaft* 10083). Frankfurt a. M.: Fischer.
- Gal, Susan/Woolard, Kathryn A. (2014): Constructing languages and publics. Authority and representation. In: Gal, Susan/Woolard, Kathryn A. (Hg.): *Languages and publics. The making of authority*. (= *Encounters* 2). London/New York: Routledge, S. 1–11.
- Hall, Robert Anderson (1950): *Leave your language alone!* Ithaca: Linguistica.
- Heringer, Hans Jürgen (1982): Der Streit um die Sprachkritik. Dialog mit Peter von Polenz. In: Heringer, Hans Jürgen (Hg.): *Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik*. Tübingen: Narr, S. 161–175.
- Hoberg, Rudolf (1997): Öffentlichkeit und Sprachwissenschaft. In: *Muttersprache* 107, 1, S. 54–63.
- Höllerer, Walter (1968): Sprachwissenschaft und Sprachkritik. Ergebnisse einer Diskussion. In: Moser (Hg.), S. 185–188.
- Jäger, Ludwig (1999): Linguistik und Öffentlichkeit. Aspekte eines schwierigen Verhältnisses. In: Stickel (Hg.), S. 243–261.

- Jahraus, Oliver (2010): Der fatale Blick in den Spiegel. Zum Zusammenhang von Medialität und Reflexivität. In: *Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft* 55, 2, S. 247–259.
- Jahraus, Oliver (2011): Sinn und Spiegel. Zum Verhältnis von pragmatischer und fundamentaler Hermeneutik bei Rorty und Luhmann. In: Buschmeier, Matthias/Hammer, Espen (Hg.): *Pragmatismus und Hermeneutik. Beiträge zu Richard Rortys Kulturpolitik*. (= *Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft, Sonderheft* 11). Hamburg: Meiner, S. 89–107.
- Joseph, John E. (2012): *Saussure*. (= *Cahiers Ferdinand de Saussure* 66). Oxford: Oxford University Press.
- Jung, Matthias/Wengeler, Martin (1999): Wörter – Argumente – Diskurse. Was die Öffentlichkeit bewegt und was die Linguistik dazu sagen kann. In: Stickel (Hg.), S. 143–171.
- Knobloch, Clemens (2005): „Volkhafte Sprachforschung“. Studien zum Umbau der Sprachwissenschaft in Deutschland zwischen 1918 und 1945. (= *Reihe Germanistische Linguistik* 257). Tübingen: Niemeyer.
- Lévy-Leblond, Jean-Marc (1992): About misunderstandings about misunderstandings. In: *Public Understanding of Science* 1, 1, S. 17–21.
- Luginbühl, Martin/Schröter, Juliane (Hg.) (2018): *Geisteswissenschaften und Öffentlichkeit. Linguistisch betrachtet*. (= *Sprache in Kommunikation und Medien* 11). Frankfurt a. M./Bern/Berlin: Lang.
- Moser, Hugo (1967): Ziele und Aufgaben des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim. In: Moser, Hugo (Hg.): *Satz und Wort im heutigen Deutsch. Probleme und Ergebnisse neuerer Forschung*. (= *Sprache der Gegenwart 1/Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1965/1966*). Düsseldorf: Schwann, S. 9–14.
- Moser, Hugo (Hg.) (1968): *Sprachnorm, Sprachpflege, Sprachkritik. Jahrbuch 1966/1967*. (= *Sprache der Gegenwart 2/Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1966/1967*). Düsseldorf: Schwann.
- Nussbaumer, Markus/Peyer, Ann (1998): „Sprache – Sprachwissenschaft – Öffentlichkeit“. 34. Jahrestagung des Instituts für Deutsche Sprache, Mannheim, 10. bis 12. März 1998. In: *Zeitschrift für Germanistische Linguistik* 26, 3, S. 352–360.
- Polenz, Peter von (1968a): Sprachkritik und Sprachwissenschaft. In: Sternberger/Storz/Stiskind, S. 289–310. [Erstm. ersch. 1963. In: *Neue Rundschau* 74, S. 391–403].
- Polenz, Peter von (1968b): Sprachkritik und sprachwissenschaftliche Methodik. In: Moser (1968), S. 159–184.
- Reisigl, Martin/Warneke, Ingo (2013): Diskurslinguistik im Spannungsfeld von Deskription, Präskription und Kritik. Eine Einleitung. In: Meinhof, Ulrike Hanna/Reisigl, Martin/Warneke, Ingo H. (Hg.): *Diskurslinguistik im Spannungsfeld von Deskription und Kritik*. (= *Diskursmuster – Discourse Patterns* 1). Berlin: Akademie-Verlag, S. 7–35.
- Rorty, Richard (1979): *Philosophy and the mirror of nature*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Schiewe, Jürgen (1998): *Die Macht der Sprache. Eine Geschichte der Sprachkritik von der Antike bis zur Gegenwart*. München: Beck.
- Schiewe, Jürgen (2003): Über die Ausgliederung der Sprachwissenschaft aus der Sprachkritik. Wissenschaftsgeschichtliche Überlegungen zum Verhältnis von Normsetzung, Normreflexion und Normverzicht. In: Linke, Angelika/Ortner, Hanspeter/Portmann-Tselikas, Paul R. (Hg.): *Sprache und mehr. Ansichten einer Linguistik der sprachlichen Praxis*. (= *Reihe Germanistische Linguistik* 245). Tübingen: Niemeyer, S. 401–416.
- Schiewe, Jürgen (2004): *Öffentlichkeit. Entstehung und Wandel in Deutschland*. Paderborn/München: Schöningh.

- Sieber, Peter/Sitta, Horst (1992): Sprachreflexion in der Öffentlichkeit. Die öffentliche Sprachkritik als Indikator öffentlichen Sprachbewußtseins. In: *Der Deutschunterricht* 44, 4, S. 63–83.
- Silverstein, Michael (1979): Language structure and linguistic ideology. In: Cline, Paul R./Hanks, William/Hofbauer, Carol (Hg.): *The elements. A parasection on linguistic units and levels.* April 20–21, 1979. (= Chicago Linguistic Society: Papers from the Regional Meeting 15). Chicago: Chicago Linguistic Society, S. 193–247.
- Silverstein, Michael (2003): Indexical order and the dialectics of sociolinguistic life. In: *Language & Communication* 23, 3–4, S. 193–229.
- Spitzmüller, Jürgen (2011): Sprachkritik und ‚Wissenstransfer‘. Wege zu einem kritischen Selbstverständnis. In: Schiewe, Jürgen (Hg.): *Sprachkritik und Sprachkultur. Konzepte und Impulse für Wissenschaft und Öffentlichkeit.* (= Greifswalder Beiträge zur Linguistik 6). Bremen: Hempen, S. 167–177.
- Spitzmüller, Jürgen (2013): Metapragmatik, Indexikalität, soziale Registrierung. Zur diskursiven Konstruktion sprachideologischer Positionen. In: *Zeitschrift für Diskursforschung* 1, 3, S. 263–287.
- Spitzmüller, Jürgen (2019): Sociolinguistics going ‚wild‘. The construction of auratic fields. In: *Journal of Sociolinguistics* 23, 5, S. 505–520. DOI: 10.1111/josl.12383.
- Spitzmüller, Jürgen (2021): His Master’s Voice. Die soziale Konstruktion des ‚Laien‘ durch den ‚Experten‘. In: Hoffmeister, Toke/Hundt, Markus/Naths, Saskia (Hg.): *Laien, Wissen, Sprache. Theoretische, methodische und domänenspezifische Perspektiven.* (= Sprache und Wissen 50). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 1–23.
- Sternberger, Dolf (1968): Gute Sprache und böse Sprache. Zehn Thesen. In: Sternberger/Storz/Süskind, S. 311–327. [Erstm. ersch. 1963. In: *Neue Rundschau* 74, S. 403–414].
- Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süskind, W. E. (1968): *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Neue erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streites über die Sprachkritik.* 3. Aufl. Frankfurt a. M./Berlin: Ullstein.
- Stickel, Gerhard (Hg.) (1999): *Sprache – Sprachwissenschaft – Öffentlichkeit.* (= Jahrbuch des Instituts für Deutsche Sprache 1998). Berlin/New York: De Gruyter.
- Trabold, Annette (1993): *Sprachpolitik, Sprachkritik und Öffentlichkeit, Anforderungen an die Sprachfähigkeit des Bürgers.* Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Tschirch, Fritz (1968): Stehen wir in einer Zeit des Sprachverfalls? In: Moser (Hg.), S. 106–131.
- Weisgerber, Leo (1968): *Wissenschaft und Sprachpflege.* In: Moser (Hg.), S. 204–210.
- Welzig, Werner (1999): Was trägst du unter der Schürze? Vom Nutzen der Geisteswissenschaften und wie ihn die Öffentlichkeit sieht. In: Stickel (Hg.), S. 4–15.
- Wimmer, Rainer (1994): Interessierte Öffentlichkeit für eine germanistische Linguistik? In: *Mitteilungen des deutschen Germanistenverbandes* 41, 3, S. 51–56.
- Wimmer, Rainer (1999): Podiumsdiskussion. Was nun? Wie kann man das Verhältnis Sprachwissenschaft – Öffentlichkeit verbessern? Fünf Statements von Rudolf Hoberg, Fritz Kuhn, Eva Neuland, Achim Struchholz, Annette Trabold. In: Stickel (Hg.), S. 262–282.
- Wynne, Brian (1991): *Knowledges in context.* In: *Science, Technology, & Human Values* 16, 1, S. 111–121.

Andrea Römmele (Berlin)

Sprache und Kommunikation in der Politik

Abstract: Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten ist eine notwendige Bedingung für repräsentative Demokratien. Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wofür Parteien und Kandidaten stehen. Gleichzeitig müssen diese über Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung informiert sein. Kurzum: ohne Kommunikation funktioniert repräsentative Demokratie nicht. Politik und politische Kommunikation sind für die allermeisten von uns aber nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar erfahrbar – hier spielen die Medien als „Fenster zur Welt“ eine zentrale Rolle. In aller Kürze werden wir uns der Bedeutung der medialen Veränderung (Radio, Fernsehen, Internet, soziale Medien) für die politische Kommunikation nähern. Hierum geht es in einem ersten Teil meines Beitrags. Daran anschließend, im zweiten Teil: Streit! Die politische Auseinandersetzung als Herzstück der Demokratie und besondere Form der Kommunikation. Hart in der Sache, anständig im Ton um die beste politische Lösung ringen – so der Idealfall. Doch wo findet diese Auseinandersetzung statt? Im dritten Teil des Beitrags wird das Konzept der Öffentlichkeit genauer beleuchtet. Vor wenigen Jahrzehnten unterhielt man sich über dieselbe Sendung, die man am Abend davor gesehen hatte – das „rituelle Zusammensein der Nation“. Heute leben wir in geteilten und getrennten Öffentlichkeiten. Filterbubbles, Echokammern. Welche Auswirkungen lassen sich daraus für die demokratische Debatte und die politische Kommunikation ableiten? Im vierten Abschnitt widmet sich der Beitrag großen Fragen, ohne abschließende Antworten zu liefern: Braucht es Regulierung? Kann Kommunikation überhaupt reguliert werden? Und von wem?

1 Einleitung

Politische Kommunikation besteht heutzutage aus vielen unterschiedlichen Formen. Politisch zu kommunizieren bedeutet, mit einer bestimmten Technik zu kommunizieren zur Erreichung eines bestimmten Ziels. Vereinfacht gesagt mit dem Ziel, die Meinungsbildung anderer Personen in einer bestimmten Art und Weise zu beeinflussen. Dieses Ziel gilt nach wie vor, auch wenn die Möglichkeiten dazu mit der technischen Entwicklung immer vielfältiger geworden sind.

Die politische Kommunikation hat sich stets die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu Nutze gemacht. Von Gutenbergs Druckerpresse über Zeitungen, das Radio, Fernsehen, das Telefon bis zu den verschiedenen Möglichkeiten, im

Internet aufzutreten, wird jedes Kommunikationsmittel auch zur politischen Kommunikation benutzt. Mit dem technischen Fortschritt hat dabei auch die viel zitierte Macht der Bilder an Bedeutung gewonnen. Von Babys küssenden Politikern im Wahlkampf bis zu den zunehmend zu beobachtenden Deep fakes – also manipuliertem Videomaterial – werden über Visualisierungen Stimmungen erzeugt, Unterstützer und Unterstützerinnen mobilisiert und politische Gegner und Gegnerinnen diffamiert. Nicht zuletzt wegen des hohen Aufwands, der mit der Produktion von Bildern verbunden ist, bleibt die Sprache aber das entscheidende Symbolsystem der Politik. Trotz des vielen Klagens, dass in der Politik zu viel geredet und zu wenig gehandelt würde, lässt sich beides nicht unabhängig voneinander denken. Sprache ist ein Symbolsystem, das abhängig ist von den Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnissen, in denen sie verwendet wird. Sprache kann Hass, Ausgrenzung und Unterdrückung transportieren, aber auch Integration, Beteiligung und Solidarität.

2 Die vier Funktionen politischer Kommunikation

Für die vier wichtigen Funktionen politischer Kommunikation spielt Sprache eine entscheidende Rolle. Sie legitimiert, repräsentiert, informiert und mobilisiert:

1. Die legitimatorische Bedeutung von Sprache in der Politik wird am deutlichsten beim Blick in die Herzkammer unserer Demokratie: das Parlament. Die Abgeordneten liefern sich hier Debatten, in denen sie durch Kommunikation ihre Handlungen und die ihnen übertragene Macht rechtfertigen. Sie erklären, begründen und legitimieren damit ihre getroffenen Entscheidungen und stellen sie hier öffentlichkeitswirksam dar, um den Repräsentierten die Möglichkeit zu geben, das politische Handeln zu bewerten und zu entscheiden, ob dieses weiterhin in ihrem Sinne geschieht oder nicht. Legitimität ist in Demokratien das entscheidende Kriterium zur Ausübung von Macht. Politiker/-innen werben in Wahlkämpfen, um sie zu erlangen, müssen aber ebenfalls anschließend immer weiter kommunizieren, um ihre Legitimität zu erhalten. Politische Kommunikation ist in Demokratien also notwendigerweise ein stets laufender, niemals endender Prozess.
2. Die zweite wichtige Funktion ist die Repräsentation. Eine Demokratie hat kein homogenes, sondern ein pluralistisches Gesellschaftsbild. Das bedeutet, dass diese Vielfalt auch in der politischen Praxis erkennbar sein muss. Dazu muss politische Kommunikation hier in zwei Richtungen erfolgen. Die Repräsentanten müssen zum einen Input aus der Bevölkerung einholen und so die

Bedürfnisse, Wünsche, Ideale und Vorstellungen aufnehmen, denen sie in ihren politischen Handlungen Gestalt geben sollen. Außerdem macht es ein pluralistisches Gesellschaftsbild unmöglich, die Bevölkerung als einheitliche Gruppe darzustellen. Ihre Diversität muss daher ebenfalls in ihrer Repräsentation wiederzufinden sein. Dies wäre die zweite Richtung, die von den Repräsentanten hin zur Bevölkerung geht. Die Bevölkerung muss nicht nur über politische Prozesse und Vorgänge informiert werden, sondern ihr müssen auch unterschiedliche Positionen und Meinungen dazu angeboten werden. Unterschiedliche Positionen, Standpunkte, Hintergründe müssen in politischen Prozessen wiederzufinden sein, indem sie sicht- und hörbar gemacht werden. So lassen sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen und auch Minderheiten durch Sprache integrieren. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass durch mangelnde Repräsentation oder bewusste Ausgrenzung auch eine Desintegration vorgenommen werden kann. Um Repräsentation herzustellen, bedarf es dieses kontinuierlichen Austausches durch politische Kommunikation.

3. Eine weitere Funktion der politischen Kommunikation ist die Information. Unsere Kenntnisse über politische, politisierte und politisch-relevante Vorgänge erhalten wir in der Regel nicht, indem wir sie erleben, sondern indem jemand über sie kommuniziert. Wenn Demokratien den Anspruch haben, dass das Volk der Souverän ist, dann benötigt es Informationen über die Vorgänge, zu denen es sich eine Meinung bilden soll. Diese Informationen stammen in den allermeisten Fällen aus den Medien. Die mediale Einordnung wird durch die politische Einordnung ergänzt. Diese kann von Parteien, Verbänden oder anderen politischen Akteuren erfolgen. Die Vielzahl von politischen Sachverhalten macht eine Vorstrukturierung notwendig, da unsere Ressourcen nicht ausreichen, sie alle eingehend zu durchdringen. Politische Kommunikation trägt zur Meinungsbildung bei, indem sie verschiedene politische Einordnungen zugänglich macht, ohne dass man sie selbst erarbeiten muss.
4. Darüber hinaus gehört die Mobilisierung zu den Funktionen der politischen Kommunikation. Politik ist schon immer mit Leidenschaften und Emotionen verbunden. Diese müssen aktiviert werden, um zu politischen Handlungen aufzufordern. Politische Kommunikation und Sprache hat Konsequenzen. So kann beispielsweise diskriminierende und demokratiefeindliche Sprache Demokratie beschädigen. Die Verrohung der Sprache, die wir längst nicht mehr nur im Internet beobachten können, hat ganz konkrete Konsequenzen. Betrachten wir die vergangenen fünf Jahre, lässt sich beispielsweise ein Anstieg an politisch motivierten Straftaten feststellen. Das mag unterschiedliche Gründe haben, aber es ist ebenfalls so, dass immer mehr der Straftäter

davon ausgehen, dass sie im Namen der Mehrheit der Gesellschaft handeln. Die Rechtfertigung für rassistische Straftaten holen sich die Täter in der diskriminierenden Sprache von vielen.

Mobilisierung muss aber selbstverständlich nicht automatisch schlecht sein. Eine mitreißende Rede kann Menschen verbinden, sie inspirieren und zu Anstrengungen befähigen, die notwendig sind, um die Gesellschaft zu verbessern. Mobilisierung ist, wie politische Kommunikation überhaupt, weder gut noch schlecht, sondern ein Tool, das sich für verschiedenste Zwecke einsetzen lässt.

3 Es muss gestritten werden

Politisch zu kommunizieren ist nicht an bestimmte Standpunkte und Positionen geknüpft, sondern geschieht unabhängig davon. Politisch zu agieren, bedeutet auch überzeugen zu wollen, und um zu überzeugen, ist Kommunikation notwendig. Aufgrund der Vielzahl an verschiedenen Standpunkten ist daher der Streit elementarer Bestandteil der politischen Kommunikation in Demokratien. Wie alle gesellschaftlichen Prozesse sind auch politische Prozesse immer Ergebnis von Aushandlungsprozessen. Politische Kommunikation findet nicht im leeren Raum statt, sondern im Wettbewerb mit anderen Kommunikatoren. Derzeit wird die Sprache (mal wieder) selbst politisiert. In der sogenannten Gender-Debatte geht es um korrekte Schreibweisen zur gleichberechtigten Ansprache sämtlicher Geschlechter. Viele Menschen fühlen sich und andere durch die häufige Verwendung der männlichen Schreibweise nicht ausreichend in der Sprache repräsentiert. Da Sprache auch immer gesellschaftliche Realitäten abbildet, ist ihre beständige Anpassung elementar. Sprache ist schon immer prozesshaft und jedes Jahr entstehen neue Wörter, fremdsprachige Begriffe finden Einzug ins Deutsche und durch Einwanderung entwickeln sich neue Sprachformen. Auch gesellschaftliche Veränderungen schlagen sich in unserem Sprachgebrauch nieder. Es ist noch nicht lange her, dass eine „unverheiratete Frau“ automatisch als Frau ohne Partner beziehungsweise als „Fräulein“ galt. Mittlerweile schließt das Attribut „unverheiratet“ eine glückliche und möglicherweise auch lebenslange Liebesbeziehung nicht mehr aus. Solche Veränderungen entstehen in erster Linie im alltäglichen Gebrauch. Sprache hat eine große (politische) Bedeutung, und deshalb muss man im Umgang mit ihr sensibilisieren. Unsere Sprache ist hochpolitisch und damit automatisch etwas, über das man streitet. Dieser Streit muss immer wieder neu geführt werden. Er ist niemals abgeschlossen und stets Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

4 Öffentlichkeit(en)

Um solche Debatten überhaupt führen zu können, bedarf es zunächst einer politischen Öffentlichkeit, die den Raum bietet, innerhalb dessen unterschiedliche Akteure mittels ihrer Sprache in den Austausch und die Debatte treten können. Grob gesagt beschreibt der Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas damit eine Öffentlichkeit, in der sich die Bevölkerung austauscht und die unabhängig von der herrschenden Elite existiert. Eine Öffentlichkeit, frei von staatlicher Zensur, die auch als Plattform für Kritik an Staat und Eliten dient.

In der von Habermas beschriebenen Idealform existiert eine solche Öffentlichkeit allerdings nicht. Zum einen sind die Chancen auf Durchsetzung der eigenen Position aufgrund unterschiedlicher Ressourcen ungleich in der Gesellschaft verteilt. Plakativ gesprochen hat die Bürgerinitiative, die gegen den Bau eines Autobahnabschnitts kämpft, weniger Möglichkeiten als das Verkehrsministerium, das den Bau umsetzen will. Die Initiative ist zwar nicht chancenlos, aber sie hat weniger Chancen. Hinzu kommt das Problem, dass sich die Öffentlichkeit in zunehmendem Maße fragmentiert. Nicht zuletzt die Verlagerung immer größerer Kommunikationsanteile ins Digitale trägt dazu bei. Die Fülle an (vermeintlichen) Quellen für Informationen hat für viele die Tageszeitung genauso ersetzt wie das quasi-rituelle Beisammensein der Nation während der Tagesschau. Die Anzahl der in der Gesellschaft existierenden Ansichten darüber, was Tatsache ist und was nicht, steigt an, und eine gemeinsame Diskussionsbasis wird kleiner. Das macht Debatten anstrengender und erhöht den Anreiz, sich ihnen zu entziehen. Das ist ebenfalls deutlich leichter geworden. Wer nicht auf der Suche nach Meinungsaustausch ist, sondern nur nach Selbstbestätigung sucht, findet für jede noch so krude These schnell eine Echokammer oder Filterblase, in der man sich der Zustimmung anderer sicher sein kann. In solchen Teilöffentlichkeiten kann sich Sprache viel schneller radikalieren als in Kontexten, in denen man Kritik und Gegenrede erhält. So führt der mangelnde Austausch in geteilten Öffentlichkeiten zu einem Anstieg der Polarisierung innerhalb der Gesellschaft.

5 Regeln

Wie oben bereits geschrieben, ändern sich die Regeln des akzeptierten Sprachgebrauchs immer wieder. Sie unterscheiden sich allerdings ebenfalls je nachdem, in was für Öffentlichkeiten man sich bewegt. Wir müssen uns nur vor Augen führen, wie unterschiedlich unser Sprachgebrauch ist, wenn wir uns bei einem Vorstellungsgespräch befinden, die Eltern treffen oder einen Abend mit Freund/-innen

in der Kneipe verbringen, um zu verstehen, welchen Einfluss diese Regeln auf uns haben. Das Gesetz verbietet uns zwar nicht, uns bei den Eltern des neuen Partners genauso vorzustellen wie bei der letzten Kneipenbekanntschaft, aber wir werden damit sehr wahrscheinlich Irritation, Ärger oder Schlimmeres auslösen. Ständig wenden wir bestimmte Regeln an, sind uns ihrer aber oftmals nicht bewusst, weil sie uns als etwas Selbstverständliches erscheinen. Zwar gibt das Grundgesetz vor, was von der Meinungsfreiheit abgedeckt ist und was nicht, aber diese Grenzen sind bewusst offengehalten. Abgesehen davon, dass es definiert, dass als verfassungswidrig, beleidigend oder menschenverachtend einzustufende Inhalte nicht von Meinungsfreiheit abgedeckt werden.

Es gibt aber auch ungeschriebene Regeln, die nicht von bestimmten Rollen abhängig sind. Sie gelten für ganze Gesellschaften, und (fast) jeder hält sich (je nach aktueller Teilöffentlichkeit) daran, auch wenn man nirgends dazu verpflichtet wird. Nicht nur das Gesetz, sondern auch die Gesellschaft bestimmt, was sagbar ist und was nicht. Es sind vor allem die ungeschriebenen Regeln, die unsere Debattenkultur bestimmen und immer wieder verändern. Wer die Entstehung, die Empörungsdynamiken und Erregungspotenziale unserer Debatten verstehen möchte, muss sich mit diesen ungeschriebenen Sprachcodes und ihrer Veränderung auseinandersetzen. Die Auseinandersetzung darüber, ob eine bestimmte Aussage sagbar ist oder nicht, wird im gesellschaftlichen Diskurs geführt.

6 Fazit

So beeinflusst Sprache unser politisches Denken, aber genauso beeinflussen politische Debatten auch, wie wir miteinander sprechen. Dazu braucht es kein „Sprachministerium“, das uns vorschreibt, was „gute“ und was „schlechte“ Begriffe sind, sondern eine Sensibilisierung der politischen Öffentlichkeit. Eine Sensibilisierung dahingehend, dass nicht alles, was innerhalb der Grenzen der Meinungsfreiheit sagbar ist, auch akzeptiert werden muss. Demokratie lässt sich mit demokratischen Mitteln abschaffen und benötigt daher mündige Bürger und Bürgerinnen, die sich um ihren Schutz bemühen. Und zwar in beide Richtungen. Man muss aufstehen gegen diskriminierende Sprache, aber auch genauso den freien, demokratischen Diskurs verteidigen. Grenzen des Sagbaren dürfen nicht leichtfertig gesetzt werden. Sich von einer Satire verletzt zu fühlen oder auch ein unbedacht gewähltes Wort kann zwar zu Widerspruch und auch Streit führen, aber nicht automatisch zur Ausgrenzung aus dem Diskurs.

Juliane Schröter (Genf)

Argumentation in der direkten Demokratie. Zugänge – Ergebnisse – Perspektiven

Abstract: Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen politischer Argumentation und politischem System in der Schweiz. Vor allem mit Verweisen auf Ergebnisse aus den Sozialwissenschaften wird zunächst plausibilisiert, dass es ein anhaltendes internationales Interesse an direkter Demokratie gibt und dass die (halb)direkte Demokratie in der Schweiz insgesamt gut funktioniert. Anschließend argumentiert der Beitrag dafür, dass die politische Kommunikation und im Besonderen die politische Argumentation in der Schweiz nicht nur von der (halb)direkten Demokratie geprägt sind, sondern auch zu deren Funktionieren beitragen. Zu diesem Zweck werden vorrangig Ergebnisse verschiedener Studien aus dem SNF-Forschungsprojekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ (2018–2021) aufeinander bezogen. Zusammengefasst deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die politische Kommunikation und Argumentation für die erfolgreiche Existenz direktdemokratischer Instrumente eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben.

1 Einführung

Mein Beitrag beschäftigt sich mit einem Beispiel für die „Wechselbeziehung zwischen Sprachgebrauch [...] und der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit“, (Kämpfer/Plewnia i. d. Bd.) um die es in diesem Jahrbuch u. a. gehen soll: mit dem Verhältnis zwischen politischer Argumentation und politischem System in der Schweiz.

Ich wähle dieses Beispiel, weil es einen besonderen Erkenntnisgewinn verspricht: Es gibt ein anhaltendes internationales Interesse an direkter Demokratie, die (halb)direkte Demokratie in der Schweiz funktioniert insgesamt gut, und es ist anzunehmen, dass die politische Kommunikation und im Besonderen die politische Argumentation in der Schweiz nicht nur von der (halb)direkten Demokratie geprägt sind, sondern auch zu deren Funktionieren beitragen.

Die drei zuletzt genannten Behauptungen möchte ich im Folgenden begründen. Während ich mich bei der Begründung der ersten beiden Behauptungen, um die es in Abschnitt 2 und 3 geht, vor allem auf Ergebnisse aus den Sozialwissenschaften stütze, möchte ich die dritte Behauptung in Abschnitt 4 vorrangig mit-

hilfe von Ergebnissen aus dem SNF-Forschungsprojekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ (2018–2021) erhärten. Einige Überlegungen zu den Erkenntnisgrenzen des Forschungsprojekts und zur Bedeutung der vorgestellten Resultate für die zeitgenössischen Forderungen nach mehr direkter Demokratie außerhalb der Schweiz schließen den Beitrag ab.

2 Das internationale Interesse an direkter Demokratie

Es gibt verschiedene Anzeichen für ein internationales Interesse an direkter Demokratie in den letzten Jahrzehnten und in der Gegenwart. Ein erstes Anzeichen sind entsprechende Feststellungen in sozial- und insbesondere politikwissenschaftlichen Publikationen. Ein Interesse an und ein Trend zu direkter Demokratie werden mittlerweile sogar von politologischen Lehrbüchern und Überblickswerken konstatiert (vgl. z. B. Kost 2013, S. 9; Vatter 2020, S. 351).

Ein zweites Indiz für ein internationales Interesse an direkter Demokratie bildet die große Zahl von Ländern, die in den letzten Jahrzehnten bürgerinitiierte direkt-demokratische Instrumente auf nationaler Ebene eingeführt haben. Wie David Altman in seiner Studie „Citizenship and contemporary direct democracy“ (2019, S. 80) verdeutlicht, sind solche direktdemokratischen Instrumente auf nationaler Ebene vor allem seit 1990 in vielen Staaten etabliert worden.

Drittens lassen sich dezidiert sprachliche Hinweise auf ein internationales Interesse an direkter Demokratie finden. So verrät z. B. die Art und Weise, wie der Ausdruck *direkte Demokratie* jenseits der Schweiz in der deutschen Alltagssprache gebraucht wird, viel über verbreitete Einstellungen der Kommunizierenden gegenüber dem damit Bezeichneten. Informationen über den Gebrauch des Ausdrucks in seinen verschiedenen Flexionsformen erhält man mit einer einfachen Kookkurrenzanalyse im Deutschen Referenzkorpus (DEREKO). Abbildung 1 zeigt das Ergebnis dieser Analyse für „alle öffentlichen Korpora des Archivs W (mit Neuakquisitionen)“, ¹ und zwar die Top-30-Kookkurrenzen (oder -Kollokationen) geordnet nach LLR.

¹ Die Suchanfrage, die am 4.1.2021 gestellt wurde, lautete *&direkt /+w1 &Demokratie*. Vor der Anzeige der Treffer wurden Komparativ- und Superlativformen von *&direkt* manuell ausgeschlossen. Die Kookkurrenzanalyse wurde mit folgenden Einstellungen durchgeführt: „Analyse-Kontext: 5. Wort links bis 5. Wort rechts“, „[a]uf 1 Satz beschränkt: ja“, „als Kook.-Partner: Treffer ausschließen“, „Granularität: grob“, „Zuverlässigkeit: normal“, „Clusterzuordnung: eindeutig“,

#	Total	Anzahl	LLR	Kookkurrenzen
1	630	630	7025	Föderalismus
2	1694	1064	4151	Schweiz
3	3998	2304	3709	mehr
4	4392	394	3318	Elemente
5	4588	196	2313	Omnibus
6	4596	8	1971	Bürgerbeteiligung Forschungsstelle Philipps-Universität Marburg
	4598	2		Bürgerbeteiligung Forschungsstelle Philipps-Universität
	4607	9		Bürgerbeteiligung Forschungsstelle Marburg
	4614	7		Bürgerbeteiligung Forschungsstelle
	4720	106		Bürgerbeteiligung
7	4999	279	1896	Stärkung
8	5307	308	1846	Instrument
9	5414	107	1737	Neutralität
10	5646	232	1524	Instrumente
11	5745	99	1373	Volksbegehren
12	5823	78	1267	Volksabstimmung Organisation
	5887	64		Volksabstimmung
13	5975	88	1226	Volksabstimmungen
14	6231	256	1129	Ausbau
15	6313	82	1057	Bundesebene
16	6353	40	1002	Volksentscheide
17	6358	5	961	Beschleunigung Volksinitiative Denner-Initiative
	6394	36		Beschleunigung Volksinitiative
	6419	25		Beschleunigung Denner-Initiative
	6483	64		Beschleunigung
18	6657	174	895	Formen
19	6755	98	879	Elementen
20	6963	208	808	Volk
21	7236	273	799	Mehr
22	7445	209	795	System
23	7488	43	794	EFDD Freiheit Europa
	7490	2		EFDD Freiheit
24	7637	147	718	Freiheit
25	7689	52	664	Konkordanz
26	7790	101	651	Einführung
27	7842	52	634	Volksrechte
28	8101	259	631	Schweizer
29	8133	32	630	Volksinitiative
30	8199	66	621	repräsentativen

Abb. 1: Übersicht über die wichtigsten Kookkurrenzen von *direkter Demokratie* im DeReKO (Belica 1995)

Es fällt auf, dass *direkte Demokratie* in den verschiedenen möglichen Flexionsformen überzufällig häufig mit Wörtern wie *mehr*, *Stärkung*, *Ausbau*, *Beschleunigung*, *Einführung* usw. vorkommt, nicht aber mit *weniger*, *Schwächung*, *Abbau* etc. Diese Kookkurrenzen sind deutliche Anhaltspunkte dafür, dass in den öffentlichen Diskussionen der letzten Jahre und Jahrzehnte im deutschsprachigen Raum Forderungen nach mehr direkter Demokratie dominant gewesen sind. Dies bestätigt

„Lemmatisierung: nein“, „Funktionswörter: ignorieren“, „Autofokus: aus“ (Belica 1995). Nach einer persönlichen Auskunft von Cyril Belica am 5.1.2021 per E-Mail ist eine Kookkurrenzanalyse bei dieser Anfrage unproblematisch, obwohl ein Abstandoperator verwendet wurde, der in anderen Fällen zu unzuverlässigen Ergebnissen führen kann.

sich bei der Durchsicht der Kontexte, in denen die erwähnten Kookkurrenzen zu finden sind. Die Durchsicht ergibt zugleich, dass die Forderungen sich oft auf Deutschland oder Österreich bzw. auf deutsche oder österreichische Länder beziehen. Angesichts des internationalen Interesses an direkter Demokratie liegt es nahe, sich der Schweiz zuzuwenden.

3 Die Schweiz als gut funktionierende (halb)direkte Demokratie

In der politologischen Literatur ist unbestritten, dass die Schweiz das ‚direktdemokratischste‘ Land der Welt ist (vgl. z. B. Kost 2013, S. 75, 80, 87, 92; Vatter 2020, S. 351). Allerdings ist es genau genommen nicht richtig, die Schweiz als *direkte Demokratie* zu bezeichnen. Das politische System der Schweiz enthält nämlich auch Elemente einer repräsentativen Demokratie, insbesondere ein gewähltes Parlament auf der Bundesebene, die *Bundesversammlung*.² Aus diesem Grund wird die Schweiz oft *halbdirekte Demokratie* genannt.

Direktdemokratische Elemente gibt es in der Schweiz auf der kommunalen, *kantonalen* und auf der Bundesebene, die in der Schweiz auch als *eidgenössische* Ebene bezeichnet wird. Auf der Bundesebene verfügt die Schweiz über drei direkt-demokratische Instrumente: die *Volksinitiative*, das *fakultative* und das *obligatorische Referendum*. Die wichtigsten Kennzeichen dieser drei Instrumente gemäß der schweizerischen *Bundesverfassung* sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Wichtig für die Einschätzung ihrer Bedeutung ist, dass die drei direktdemokratischen Instrumente auf der Bundesebene nicht nur ‚auf dem Papier‘ existieren, d. h. in der *Bundesverfassung*, sondern dass sie auch regelmäßig und in den letzten Jahrzehnten sogar verstärkt angewandt werden (vgl. Bundesamt für Statistik 2021).

Die Schweiz hat jedoch nicht nur auf der Achse *Repräsentativ- vs. Direktdemokratie* eine besondere Stellung. Dasselbe gilt auf der Achse *Mehrheits- vs. Konsensdemokratie*. Arend Lijphart (2012, S. 245), der die zuletzt genannte Unterscheidung wesentlich geprägt hat, bezeichnet die Schweiz als „the clearest [...] prototype“ einer Konsensdemokratie. Eine Konsensdemokratie ist ihm zufolge auf Machtteilung, auf eine breite Beteiligung verschiedener Gruppen am Regieren und auf einen breiten Konsens über politische Entscheidungen angelegt (vgl. Lijphart 2012, S. 2, 33–40). Einige Charakteristika des politischen Systems der

² Um Missverständnisse zu vermeiden, werden Fachausdrücke für Institutionen und Elemente einzelner politischer Systeme im ganzen Beitrag kursiv geschrieben.

Schweiz unterstützen die Beteiligung vieler sozialer Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen und fördern die Suche nach einem Konsens unter ihnen besonders stark, so etwa der ausgeprägte Föderalismus und die Vertretung aller wichtigen Parteien des Parlaments im *Bundesrat*. Zu diesen Charakteristika gehören auch und gerade die *Volksinitiative* und das *fakultative Referendum*. Sie bringen nämlich das Parlament und die Regierung dazu, stets von vornherein nach konsensuellen Lösungen zu suchen, um Volksabstimmungen zu vermeiden.

Tab. 1: Übersicht über die Kennzeichen der direktdemokratischen Instrumente auf der Bundesebene (vgl. Anonym 1999/2021, vor allem Art. 136–142, 192–195; (Fach)Ausdrücke, die aus der *Bundesverfassung* übernommen wurden, sind kursiv geschrieben)

Instrument	Mögliche Wirkung des Instruments	Voraussetzungen für die Abstimmung	Voraussetzung(en) für die Annahme der Vorlage
Volksinitiative	<i>Totalrevision</i> oder <i>Teilrevision der Bundesverfassung</i> (evtl. stattdessen <i>Annahme eines Gegenentwurfs der Bundesversammlung</i>)	Unterschriften von <i>100.000 Stimmberechtigten</i> innerhalb von <i>18 Monaten</i> ; bei <i>Teilrevision der Bundesverfassung</i> zusätzlich formale Voraussetzungen	Zustimmung der <i>Mehrheit der Stimmenden</i> und der <i>Kantone</i> (normalerweise)
Fakultatives Referendum	Verhinderung eines <i>Bundesgesetzes</i> , eines <i>Bundesbeschlusses</i> bestimmter Art oder eines <i>völkerrechtlichen Vertrags</i> bestimmter Art	Unterschriften von <i>50.000 Stimmberechtigten</i> oder Forderung von <i>8 Kantonen</i> innerhalb von <i>100 Tagen</i> nach der <i>amtlichen Veröffentlichung des Erlasses</i>	Zustimmung der <i>Mehrheit der Stimmenden</i>
Obligatorisches Referendum	<i>Änderung der Bundesverfassung</i> , <i>Beitritt zu einer Organisation für kollektive Sicherheit</i> , zu einer <i>supranationalen Gemeinschaft</i> oder <i>Bundesgesetz</i> bestimmter Art	bei <i>Teilrevision der Bundesverfassung</i> formale Voraussetzungen	Zustimmung der <i>Mehrheit der Stimmenden</i> und der <i>Kantone</i> (normalerweise)

Aufgrund der vorgestellten Besonderheiten des politischen Systems der Schweiz ist die Frage, wie gut die Demokratie in der Schweiz funktioniert, besonders inte-

ressant. Dafür, dass die Demokratie in der Schweiz insgesamt gut, im internationalen Vergleich sogar herausragend gut funktioniert, sprechen zunächst Umfragen zur Demokratiezufriedenheit. So hat das Autorenteam des derzeit neuesten Schweizer „Sozialberichts“ die Daten des „European social survey“ 2014 zur Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung verschiedener Länder miteinander verglichen und dabei festgestellt, dass die Zufriedenheit in der Schweiz ausnehmend groß ist (vgl. Ehrler et al. (Hg.) 2016, S. 214 f.).

Weiterhin deuten verschiedene Demokratie-Indizes darauf hin, dass die Qualität der Demokratie in der Schweiz im internationalen Vergleich auffallend hoch ist (vgl. z. B. das „Democracy barometer“ von Engler et al. 2020 oder das „Global democracy ranking“ von Campbell et al. 2016).

Schließlich kann man sich mithilfe der existierenden sozialwissenschaftlichen Studien ein genaueres Bild davon machen, wie sich die direktdemokratischen Elemente des politischen Systems der Schweiz auf diese auswirken. Nach einer systematischen Auswertung der vorhandenen, durchaus kontroversen Studien kommt Adrian Vatter (2020, S. 393, vgl. S. 366–394) zu dem Schluss, dass die „positiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Volksrechte [in der Schweiz überwiegen]; „Schwachstellen“ sind ihm zufolge primär im relativ großen Einfluss „von gut organisierten Interessenverbänden und [...] im ungenügenden Schutz von Minderheitenrechten“ zu erkennen. Angesichts des anhaltenden internationalen Interesses an direkter Demokratie und in Anbetracht der stark ausgeprägten und insgesamt gut funktionierenden direktdemokratischen Instrumente in der Schweiz, bietet es sich an, die Schweiz als politolinguistisches „laboratoire helvétique“ genauer zu studieren (z. B. Sciarini/Tresch 2017, S. 517).

4 Politische Kommunikation und Argumentation in der Schweiz

Im Folgenden möchte ich argumentieren, dass zwischen dem politischen System, und zwar den direktdemokratischen Instrumenten, und der politischen Kommunikation und Argumentation in der Schweiz eine Interdependenz besteht, ein Verhältnis der gegenseitigen Beeinflussung also. Dabei beschränke ich mich in meinen Ausführungen auf Beobachtungen und Überlegungen, die die Bundesebene betreffen.

4.1 Politische Kommunikation in der Schweiz

Einige grundlegende Besonderheiten der politischen Kommunikation in der Schweiz, die für die angenommene Interdependenz sprechen, sind die folgenden:

Zunächst veranlassen eidgenössische Volksabstimmungen der genannten drei Typen regelmäßig ex- und intensive, stark argumentative politische Diskurse zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen. Dabei sind Volksabstimmungen weniger als *Diskursgeneratoren*, denn als *Diskurskatalysatoren* zu betrachten: Volksabstimmungen verursachen normalerweise keine vollkommen neuen politischen Diskurse; sie überführen vielmehr Diskurse, die zu besonders strittigen gesellschaftlichen Fragen bereits geführt werden, in medial prominente, sprachregionenübergreifende Diskurse, die auf einzelne Abstimmungsvorlagen zugespielt sind. Da die Diskurse, in deren Zentrum sich eine Abstimmungsvorlage befindet, eine notwendige Bedingung für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung der Stimmberechtigten sind, tragen sie zweifellos zum Funktionieren der direktdemokratischen Instrumente bei.

Des Weiteren haben die *Volksinitiativen* und *Referenden* auf der Bundesebene seit Beginn ihrer Einführung im 19. Jahrhundert zur Ausbildung zahlreicher, zum Teil stark argumentativer Textsorten geführt. Hier sind z. B. zu nennen

- die Listen, mit denen für *Volksinitiativen* oder *fakultative Referenden* Unterschriften gesammelt werden,
- die Stimmzettel, mit denen bei Volksabstimmungen über die Vorlagen entschieden wird,
- die „Erläuterungen des Bundesrates“, eine offizielle Broschüre, die vor jeder Volksabstimmung von der *Bundeskanzlei* herausgegeben, an alle Stimmberechtigten versandt wird und wesentliche Informationen zu den Vorlagen enthält,
- die TV-Ansprachen des *Bundesrates* vor Volksabstimmungen,
- die Plakate, die vor Volksabstimmungen im öffentlichen Raum präsent sind, und
- die Argumentarien, in denen die *Initiativ-* oder *Referendumskomitees* sowie auch Interessensgruppen vor Volksabstimmungen ihre wichtigsten Argumente präsentieren.

Dass diese für die Schweiz sehr wichtigen und zentralen politischen Textsorten in Deutschland nicht existieren, schränkt die Möglichkeiten stark ein, die politische Kommunikation und Argumentation in beiden Ländern vergleichend zu untersuchen. In der Schweiz existieren die Textsorten hingegen über die Sprachregionen hinweg, wobei ihre Texte in der Regel in mindestens zwei, oft in drei oder sogar in allen vier Landessprachen in wörtlicher Übersetzung vorliegen. Wenn man davon ausgeht, dass Textsorten musterhafte Lösungen für rekurrente kommunikative

Probleme sind, müssen die erwähnten Textsorten etwas zur Lösung des ‚kommunikativen Problems Volksabstimmung‘ beitragen und für die erfolgreiche Existenz der direktdemokratischen Instrumente bedeutsam sein. Welche Leistung die Textsorten im Einzelnen erbringen, müsste man aber natürlich für jede von ihnen genauer bestimmen.

Schließlich haben sich mit den drei direktdemokratischen Instrumenten selbstverständlich auch Besonderheiten im Bereich der Lexik entwickelt, die in den Diskussionen und Argumentationen vor Volksabstimmungen immer wieder auftauchen, z. B.:

- (1) „Souverän“ – „souverain“ – „sovrano“ – „suveran“,
 - (2) „Wahl“ – „élection“ – „elezione“ – „elecziun“ im Unterschied zu „Abstimmung“ – „votation“ – „votazione“ – „votaziun“,
 - (3) „Gegenentwurf“ – „contre-projet direct“ – „controprogetto“ – „cuntraproposta directa“,
 - (4) „doppeltes Ja“ – „double oui“ – „doppio sì“ – „gea dubel“.
- (Schweizerische Bundeskanzlei (Hg.) 2012, S. 11, 47, 55, 59 f., 82)

Solche politischen Termini, deren Bedeutung von der *Bundeskanzlei* eindeutig bestimmt ist, ermöglichen eine präzise Kommunikation und Argumentation über die Verfahren und Ergebnisse von Volksabstimmungen in allen vier Landessprachen. Sie spielen somit für einen reibungslosen sprachübergreifenden Austausch über die direktdemokratischen Instrumente eine wichtige Rolle.

4.2 Politische Argumentation in der Schweiz

4.2.1 Zugänge

Vor allem mithilfe von Ergebnissen aus dem Forschungsprojekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ möchte ich nun zeigen, inwiefern die direktdemokratischen Instrumente speziell das politische Argumentieren in der Schweiz prägen. Zugleich möchte ich darlegen, inwiefern anzunehmen ist, dass gerade das politische Argumentieren auf die direktdemokratischen Instrumente zurückwirkt, indem es deren Funktionieren unterstützt.

Das Forschungsprojekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ (Projekt-Nr. PP00P1_170479) wird vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung SNF von 2018 bis 2021 finanziert.³ Das Team des

³ SNF-Forschungsprojekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ (2018–2021): www.zhaw.ch/de/linguistik/forschung/politisches-argumentieren-in-der-schweiz/ (Stand: 12.4.2021).

Projekts untersucht die Argumentation vor eidgenössischen Volksabstimmungen an verschiedenen exemplarischen Ausschnitten aus der Deutschschweizer Abstimmungskommunikation. Das Datenmaterial wurde so ausgewählt, dass es die Informationsquellen abdeckt, die die meisten Abstimmenden nutzen. Welche Informationsquellen sie hauptsächlich nutzen, ist aus den offiziellen Nachbefragungen bekannt, die im Auftrag der *Bundeskanzlei* nach den Abstimmungen durchgeführt werden. Demnach werden „Artikel in Zeitungen“, das „Bundesbüchlein“, d. h. die „Erläuterungen des Bundesrates“, „Abstimmungssendungen am Fernsehen“ sowie – gemäß den letzten Nachbefragungen, zu denen zum Schreibzeitpunkt eine Publikation vorlag – auch „News-Seiten im Internet“ von besonders vielen Abstimmenden und zugleich mit besonders hoher „Nutzungsintensität“ zur „Informationsgewinnung“ verwendet (z. B. Golder et al. 2021, S. 13, vgl. S. 12–14).

Dementsprechend ist im Forschungsprojekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ bisher folgendes Datenmaterial untersucht worden: Schröter (2019) hat die TV-Ansprachen des *Bundesrates* vor Volksabstimmungen untersucht. Vor einer Volksabstimmung wendet sich jeweils ein Mitglied des *Bundesrates* in einer kurzen Fernsehansprache an die Bevölkerung, um den Standpunkt und die Argumente der Regierung zu einer Vorlage zu erläutern. Die TV-Ansprachen werden auf Deutsch, Französisch und Italienisch produziert und ausgestrahlt. Das Korpus der Studie besteht aus elf transkribierten deutschsprachigen Ansprachen aus der Zeit zwischen 2010 und 2017.

Schröter (2020) hat die „Erläuterungen des Bundesrates“ analysiert, die vor jeder Volksabstimmung von der *Bundeskanzlei* herausgegeben und an alle Stimmberechtigten versandt werden. Zu jeder Vorlage enthält diese Broschüre u. a. eine Argumentation des *Bundesrates*, in der er seinen Standpunkt und seine Argumente vorstellt. Im Falle von *Volksinitiativen* und *fakultativen Referenden* präsentieren auch die *Initiativ-* bzw. *Referendumskomitees* ihren Standpunkt und ihre Argumente in einer eigenen Argumentation. Die „Erläuterungen des Bundesrates“ erscheinen in allen vier Landessprachen. Quantitativ-korpuslinguistisch wurden alle Argumentationen des *Bundesrates* und der *Komitees* aus den deutschsprachigen Erläuterungen von Mitte 2012 bis Mitte 2017 ausgewertet, qualitativ-hermeneutisch hingegen acht Argumentationen des *Bundesrates* und acht Argumentationen der *Komitees*. Da sich die Argumentationen des *Bundesrates* und der *Komitees* in einigen Hinsichten auffällig stark voneinander unterscheiden, werden alle quantitativen Werte im Folgenden für jede der beiden Argumentationsgruppen separat angegeben.

Hauenstein (i. Vorb.) untersucht Zeitungsartikel, in denen Argumente für und/oder gegen eine Abstimmungsvorlage präsentiert werden. Es handelt sich um Artikel aus vier Deutschschweizer Zeitungen, zwei Qualitätszeitungen („Tages-Anzeiger“, „Neue Zürcher Zeitung“) und zwei Boulevard-Zeitungen („Blick“, „20 Minu-

ten“). Insgesamt werden 412 Artikel behandelt, die mehrere Textsorten abdecken (schwerpunktmäßig Berichte, Kommentare und Leserbriefe); weiterhin sind Artikel vertreten, die vor allem für eine Vorlage eintreten, vor allem gegen eine Vorlage eintreten oder vor allem die Argumente des Pro- und Contra-Lagers referieren.

Baumgartner (i. Vorb.) analysiert TV-Diskussionen, in denen über eine Abstimmungsvorlage debattiert wird. Ausgewertet werden sogenannte *Abstimmungs-Arenen*, in denen prominentes Politpersonal Argumente für und gegen eine Vorlage austauscht. Die Diskussionssendung „Arena“ gilt als eine Institution des Deutschschweizer Fernsehens und wird mit Untertiteln auch im italienischsprachigen Schweizer Fernsehen gesendet; in der Westschweiz gibt es hingegen eine eigene, vergleichbare Sendung. Drei Folgen der „Arena“ sind vollständig transkribiert worden; auch quantitativ sind davon bisher die zwölf Eingangs- und zwölf Schlussplädoyers der Gäste ausgewertet worden, d. h. die Abschnitte zu Beginn und am Ende der Folgen, in denen die Gäste ihren Standpunkt mit Argumenten begründen sollen.

Schröter (i. Vorb.) schließlich setzt sich mit Argumentarien aus dem Internet auseinander, in denen *Initiativ-* oder *Referendumskomitees* vor Volksabstimmungen ihre wichtigsten Argumente präsentieren. Solche Argumentarien werden normalerweise in mehrere Landessprachen übersetzt. Untersucht wurden 15 deutschsprachige Argumentarien von *Initiativ-* oder *Referendumskomitees* zu Abstimmungsvorlagen und 15 weitere deutschsprachige Argumentarien von andersartigen Organisationen zu anderen Sachfragen, die es ebenfalls gibt. Alle folgenden Angaben aus dieser Studie beziehen sich ausschließlich auf die Argumentarien mit Bezug auf Volksabstimmungen.⁴

Die genannten Studien, die im Forschungsprojekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ entstanden sind und entstehen, haben gegenüber der bisher vorliegenden Forschungsliteratur zum selben Gegenstand den Vorteil, dass sie alle mit einheitlichen Analysebegriffen, einer vergleichbaren Methodik (vgl. dazu Schröter 2021) und mit serielltem Untersuchungsmaterial arbeiten. Alle Untersuchungen betreffen darüber hinaus Datenmaterial zu mehreren, thematisch ganz unterschiedlichen Volksabstimmungen, wobei immer mindestens der Abstimmungstyp der *Volksinitiative* und des *fakultativen Referendums* abgedeckt sind.

⁴ In den Grafiken dieses Beitrags wird der Verweis auf die erwähnten fünf Studien mit folgenden Siglen abgekürzt: Der Verweis auf Schröter (2019) wird mit *TV-Ansprachen* abgekürzt, der auf Schröter (2020) mit *Erläuterungen*, derjenige auf Hauenstein (i. Vorb.) mit *Zeitungsartikel*, derjenige auf Baumgartner (i. Vorb.) mit *TV-Diskussionen* und derjenige auf Schröter (i. Vorb.) mit *Online-Argumentarien*.

Aus diesen Gründen kann man die Studien besonders gut in einer Meta-Studie aufeinander beziehen.⁵

Selbstverständlich gibt es aber eine Reihe von weiteren Forschungsbeiträgen zum politischen Argumentieren in der Schweiz, die jeweils andere, eigene Zugänge gewählt haben. Es gibt zum einen linguistische Forschungsliteratur – wenn auch nicht so viel, wie man es angesichts der Relevanz des Themas erwarten könnte. Bereits häufiger oder eingehender behandelt worden sind etwa TV-Diskussionssendungen (z. B. Luginbühl 1999; Jacquin/Zampa 2016), die „Erläuterungen des Bundesrates“ (z. B. Margreiter 2001; Haltmeier 2010; Klein 2018), Zeitungsartikel einschließlich Leserbriefen (z. B. Niehr 2004), Abstimmungsplakate (zentral Demarmels 2009) und die Kommunikate der rechtskonservativen bzw. rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) (z. B. Luginbühl 2010; Luginbühl/Scarvaglieri 2018; Schröter/Thome 2020). Diese Forschungsbeiträge gehen jedoch methodisch äusserst unterschiedlich vor, das Argumentieren steht zum Teil nicht in ihrem Zentrum, und einige von ihnen analysieren auch nur einzelne Kommunikate. Mit ihnen allein kann man deshalb nicht zu einem ‚bigger picture‘ des politischen Argumentierens vor eidgenössischen Volksabstimmungen gelangen.

Zum anderen liegt sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur vor. Besonders interessant sind im vorliegenden Zusammenhang erstens Veröffentlichungen zur (argumentativen) Kommunikation im Kontext von Volksabstimmungen bzw. zu den entsprechenden Kampagnen (z. B. viele Studien in Kriesi (Hg.) 2011; Milic/Rousselot/Vatter 2014; mehrere Beiträge zu Scholten/Kamps (Hg.) 2014) und zweitens Publikationen, die sich – oft unter Bezug auf Parlamentsdebatten – für die Deliberation und deren Qualität in der Schweiz interessieren (z. B. Bächtiger 2005; Bächtiger/Hangartner 2010; Jarren/Oehmer/Wassmer 2010; Pedrini 2015). In vielen dieser sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen ist die Bildung, Abgrenzung und Operationalisierung der Untersuchungskategorien allerdings aus linguistischer Sicht nicht klar genug oder zu grob. Auch wenn eine vollständige Diskussion der Ergebnisse der Forschungsliteratur in diesem Beitrag aus Platzgründen nicht möglich ist, spreche ich im Folgenden doch sozialwissenschaftliche und linguistische Studien an, die zu Resultaten geführt haben, die in eine ähnliche Richtung wie die nun vorgestellten weisen. Ich berücksichtige allerdings nur Studien, denen seriellles Datenmaterial zugrunde liegt.

⁵ Einige Deutungen der im Folgenden vorgestellten Ergebnisse wurden bereits in Schröter (2019; 2020) vorgeschlagen.

4.2.2 Ergebnisse

Die Argumentationen, die bisher im Projekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ untersucht worden sind, weisen deutliche Unterschiede auf (vgl. dazu exemplarisch Schröter 2020, S. 131–135). Sie haben aber auch zahlreiche Gemeinsamkeiten, und um diese soll es hier gehen.

1. Die Auseinandersetzung mit den erwähnten fünf Studien zeigt zunächst, dass das untersuchte Datenmaterial zu je einer Abstimmungsvorlage über die verschiedenen Textsorten hinweg ein Geflecht bildet, das sehr eng miteinander verwoben ist. Offensichtlich liegen Diskurse mit ausgeprägten intertextuellen Beziehungen vor. In der Übersicht über das analysierte Material wird deutlich, dass die verschiedenen Texte (wozu ich hier auch Reden und Gespräche rechne) einander sehr oft zitieren. Insbesondere die Argumente werden häufig zitiert, sei es direkt oder – häufiger – indirekt, gekennzeichnet oder – häufiger – ungekennzeichnet.

Zu diesem Ergebnis hat der Abgleich von Topoi, die in den Einzelstudien gefunden worden sind, aber vor allem auch die gemeinsame Analyse von Datenmaterial zur Herstellung von *Inter-Coder-Reliability* im Forschungsteam geführt. Das Ergebnis lässt sich weniger quantifizieren als mit Beispielen belegen. Ein Extrembeispiel zeigen Abbildung 2 und 3: Verglichen worden sind darin ein Argumentarium eines *Initiativkomitees* aus dem Internet und ein Ausschnitt aus den „Erläuterungen des Bundesrates“. Grau markiert sind die Stellen, die im Wortlaut identisch sind. Sie machen offensichtlich praktisch die ganzen Texte aus.

Man kann dieses Recyclieren von Textstellen und Argumenten zum Teil recht gut mit den Vorgaben für den politischen Prozess erklären, der vor jeder Volksabstimmung steht. *Initiativ-* und *Referendumskomitees* beispielsweise müssen ja zunächst mit Argumenten Unterschriften für die von ihnen geplante *Volksinitiative* oder das von ihnen geplante *fakultative Referendum* gewinnen. Wenn die *Initiative* oder das *Referendum* dann zustande gekommen ist und die Komiteemitglieder in den „Erläuterungen des Bundesrates“ ihren Standpunkt und ihre Argumente darlegen können, liegt es nahe, dass sie dafür auf bereits vorhandene Formulierungen und vorausgehende Überlegungen zurückgreifen. Die Mitarbeitenden von Zeitungen, die über anstehende Volksabstimmungen berichten, konsultieren häufig wiederum die „Erläuterungen“ usw.

Die vielfache Wiederaufnahme und Wiedergabe derselben Argumente hat unweigerlich zur Folge, dass die wichtigsten Argumente einer relativ gro-

ßen Gruppe von Stimmberechtigten bekannt sind, egal, welche Medien und anderen Informationsquellen sie bevorzugt rezipieren. Dass die sogenannte *vorlagenspezifische Informiertheit* der Stimmenden im Allgemeinen tatsächlich relativ hoch ist, belegen die erwähnten Nachbefragungen, die im Auftrag der *Bundeskanzlei* nach den Volksabstimmungen durchgeführt werden (vgl. z. B. Milic/Feller/Kübler 2020, S. 14). Dass diese *vorlagenspezifische Informiertheit* dem Funktionieren der direktdemokratischen Instrumente zuträglich ist, dürfte unumstritten sein.

Argumente

Das missratene Jagdgesetz bringt wildlebende Tierarten noch stärker in Bedrängnis. Geschützte Tiere können abgeschossen werden, ohne dass sie je einen Schaden angerichtet haben. Selbst in Wildtierschutzgebieten wird geschützten Tieren nachgestellt. Statt den Umgang mit dem Wolf pragmatisch zu regeln, gefährdet das neue Gesetz den Artenschutz in der Schweiz. Nur ein «Nein» sichert den Schutz von Biber, Höckerschwan, Luchs und weiteren Tierarten.

Unnötig und kompliziert

Zahlreiche neue Bestimmungen sind unnötig und kompliziert. Schon mit dem geltenden Gesetz können die Kantone wo nötig Einzeltiere geschützter Arten abschiessen. Die Kantone können – mit Zustimmung des Bundes – heute schon ganze Bestände geschützter Arten regulieren.

Abschüsse auf Vorrat

Das revidierte Jagdgesetz macht Abschüsse «auf Vorrat» möglich: So können Tiere geschützter Arten in namhafter Zahl geschossen werden, ohne dass sie je Schäden angerichtet hätten (Art. 7a, Abs. 2, lit. b) und ohne dass zumutbare Massnahmen (z. B. Herdenschutz) ergriffen wurden. Sie werden geschossen, einfach, weil sie da sind.

Biber, Luchs, Schwan etc. in Gefahr

Geschützte Tierarten können vom Bundesrat jederzeit auf die Liste der regulierbaren Arten gesetzt werden, ohne dass das Volk oder das Parlament etwas dazu sagen können. Der Bundesrat kann z. B. Biber, Luchs, Fischotter, Graureiher oder Höckerschwan als regulierbar erklären (Art. 7a, Abs. 1 lit. c). Der Schutz dieser Tiere darf aber nicht verwässert werden.

Feldhasen endlich schützen

Bedrohte Arten wie Feldhase, Birkhahn, Schneehuhn und Waldschnepfe gehören unter Schutz gestellt – stattdessen können sie weiterhin gejagt werden (Art. 5, Abs. 1). Auch die Abschaffung der grausamen und jagdlich nicht notwendigen Baujagd auf den Fuchs wurde verpasst. Lauter vertane Chancen, das Jagd- und Schutzgesetz auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Bergwald schützen

Luchs und Wolf verhindern den übermässigen Verbiss des Jungwaldes durch Hirsch und Reh. Sie sichern als Teil des Ökosystems artenreiche und stabile Schutzwälder. Die Tiere verfrüht zu regulieren, schadet dem Wald und ist aus forstlicher Sicht deshalb kontraproduktiv.

Zurück an den Absender

Ein «Nein» sichert den Artenschutz und verhindert einen Wildwuchs von kantonale verschiedenen Lösungen beim Umgang mit geschützten Tierarten. Das neue Parlament kann danach ein ausgewogenes Gesetz schaffen, das den Schutz wildlebender Tiere und eine pragmatische Regulierung des Wolfes beinhaltet. Ein «Nein» ist kein Votum gegen die Jagd.

Argumente Referendumskomitee

Das missratene Jagdgesetz bringt wildlebende Tierarten noch stärker in Bedrängnis. Geschützte Tiere können abgeschossen werden, ohne dass sie je einen Schaden ange richtet haben. Selbst in Wildtierschutzgebieten wird geschützten Tieren nachgestellt. Statt den Umgang mit dem Wolf pragmatisch zu regeln, gefährdet das neue Gesetz den Artenschutz in der Schweiz. Nur ein Nein sichert den Schutz von Biber, Höckerschwan, Luchs und weiteren Tierarten.

Unnötig und kompliziert

Zahlreiche neue Bestimmungen sind unnötig und kompliziert. Schon mit dem geltenden Gesetz können die Kantone wo nötig Einzeltiere geschützter Arten abschiessen. Die Kantone können – mit Zustimmung des Bundes – heute schon ganze Bestände geschützter Arten regulieren.

Abschüsse auf Vorrat

Das revidierte Jagdgesetz macht Abschüsse «auf Vorrat» möglich: So können Tiere geschützter Arten in namhafter Zahl geschossen werden, ohne dass sie je Schäden angerichtet hätten (Art. 7a, Abs. 2, lit. b) und ohne dass zumutbare Massnahmen (z. B. Herdenschutz) ergriffen wurden. Sie werden geschossen, einfach, weil sie da sind.

Biber, Luchs, Schwan etc. in Gefahr

Geschützte Tierarten können vom Bundesrat jederzeit auf die Liste der regulierbaren Arten gesetzt werden, ohne dass das Volk oder das Parlament etwas dazu sagen können. Der Bundesrat kann z. B. Biber, Luchs, Fischotter, Graureiher oder Höckerschwan als regulierbar erklären (Art. 7a, Abs. 1 lit. c). Der Schutz dieser Tiere darf aber nicht verwässert werden.

Feldhasen endlich schützen

Bedrohte Arten wie Feldhase, Birkhahn, Schneehuhn und Waldschnepfe gehören unter Schutz gestellt – stattdessen können sie weiterhin gejagt werden (Art. 5, Abs. 1). Auch die Abschaffung der grausamen und jagdlich nicht notwendigen Baujagd auf den Fuchs wurde verpasst. Lauter vertane Chancen, das Jagd- und Schutzgesetz auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Bergwald schützen

Luchs und Wolf verhindern den übermässigen Verbiss des Jungwaldes durch Hirsch und Reh. Sie sichern als Teil des Ökosystems artenreiche und stabile Schutzwälder. Die Tiere verfrüht zu regulieren, schadet dem Wald und ist aus forstlicher Sicht deshalb kontraproduktiv.

Zurück an den Absender

Ein «Nein» sichert den Artenschutz und verhindert einen Wildwuchs von kantonal verschiedenen Lösungen beim Umgang mit geschützten Tierarten. Das neue Parlament kann danach ein ausgewogenes Gesetz schaffen, das den Schutz wildlebender Tiere und eine pragmatische Regulierung des Wolfes beinhaltet. Ein «Nein» ist kein Votum gegen die Jagd.

Empfehlung des Referendumskomitees

Darum empfiehlt das Referendumskomitee:

Nein

jagdgesetz-nein.ch

Abb. 2 und 3: Vergleich zweier Texte, der exemplarisch die ausgeprägten intertextuellen Beziehungen im Untersuchungsmaterial belegt (markiert sind die im Wortlaut identischen Textstellen) (Verein „Jagdgesetz NEIN“ o. J.; Schweizerische Bundeskanzlei (Hg.) 2020b)

2. Aus der Analyse der argumentativen Makrostruktur der Argumentationen, d. h. bei der Identifikation des oder der Standpunkte und der untergeordneten Argumente, hat sich in allen fünf Studien ergeben, dass das Untersuchungs-

material stark von der Praktik des Argumentierens dominiert ist.⁶ Argumentation ist aus Sicht des Forschungsprojekts eine „primär sprachliche Praktik als Prozess und Produkt“, die „auf eine Überwindung oder Verringerung des Zweifels an einem Standpunkt oder der Verschiedenheit von Standpunkten zielt“ und die „aus mindestens einem argumentativen Schluss besteht“. Ein argumentativer Schluss wiederum „[setzt] sich aus einem Set von Prämissen [...] und einer Konklusion [...] zusammen“; davon „[wird] mindestens eine der Prämissen explizit formuliert [...], während die weiteren Prämissen und selbst die Konklusion implizit bleiben können“ (Schröter/Thome 2020, S. 265; vgl. Schröter 2019, S. 298; Schröter 2021, S. 1–3). Weiterhin fällt auf, dass die einzelnen untersuchten Argumentationen klar auf einen bis maximal zwei Standpunkte konzentriert sind: *JA* oder *NEIN* bzw. *Die Abstimmungsvorlage ist zu befürworten* oder *Die Abstimmungsvorlage ist abzulehnen*.⁷ Im untersuchten Material tun die Kommunizierenden also generell nicht viel mehr oder anderes, als für oder gegen die Vorlage zu argumentieren, die zur Abstimmung steht. Beschuldigungen anderer politischer Akteure beispielsweise, Wahlversprechen, Selbstlob durch Hinweis auf die eigenen politischen Erfolge oder auch nur Argumente für alternative politische Vorschläge – das alles kommt entweder gar nicht oder in minimalem Umfang vor.

Da theoretisch auch Überlappungen von Praktiken denkbar sind – man kann z. B. erzählen, um zu argumentieren –, lässt sich auch dieses Ergebnis nicht gut quantifizieren, jedoch problemlos mit Beispielen visualisieren. Ein typisches Beispiel für das Vorherrschen des Argumentierens in einem Text findet sich in Abbildung 4. In diesem Transkript einer TV-Ansprache des *Bundesrates* sind die Teile grau markiert, die nicht der Argumentation zugerechnet werden können. Dies sind sichtlich nur sehr wenige.

⁶ Weitere Studien weisen in dieselbe Richtung: Schröter/Thome (2020, S. 290) etwa, die Argumentationen der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) über verschiedene Textsorten hinweg miteinander verglichen haben, konstatieren, dass die „Texte der SVP stets eine deutlich höhere argumentative Dichte auf[weisen] als die FPÖ-Texte derselben Textsorte“. Das bedeutet, dass sie mehr Argumente pro 100 Wörtern enthalten. Und Hänggeli/Bernhard/Kriesi (vgl. 2011, S. 79, 81), die Texte unterschiedlicher Textsorten zu mehreren Volksabstimmungen auf *frames* hin untersucht haben, beobachten dementsprechend, dass sogenannte *contest frames*, die ihnen zufolge auf Personen und auf die Auseinandersetzung konzentriert sind, gegenüber *substantive frames*, die laut ihnen die eigentliche Sachfrage betreffen, selten sind.

⁷ Eine klare Zuspitzung auf JA oder NEIN stellen auch Luginbühl (vgl. 1999, S. 115) für die Leitfragen der Diskussionssendung „Arena“ sowie Demarmels (vgl. 2009, S. 145 f.) für die Standpunkte in Abstimmungsplakaten fest.

00:00:00:03 00:00:02:09 liebe mitbürgerinnen und mitbürger
 00:00:02:09 00:00:02:21 (0.49)
 00:00:02:21 00:00:06:05 am achtundzwanzigsten februar zweitausendundsechzehn
 00:00:06:05 00:00:06:16 (0.43)
 00:00:06:16 00:00:12:22 stimmen wir über die initiative für ehe und familie gegen die
 heiratsstrafe ab
 00:00:12:22 00:00:13:17 (0.82)
 00:00:13:17 00:00:19:20 die initiative verlangt dass die ehe gegenüber anderen
 lebensformen nicht benachteiligt wird
 00:00:19:20 00:00:20:02 (0.28)
 00:00:20:02 00:00:24:01 insbesondere nicht bei den steuern und bei den
 sozialversicherungen
 00:00:24:01 00:00:25:01 (0.99)
 00:00:25:01 00:00:31:04 was die sozialversicherungen betrifft wird heute der überwiegende
 teil der verheirateten paare
 00:00:31:04 00:00:31:14 (0.43)
 00:00:31:14 00:00:34:01 gegenüber unverheirateten paaren
 00:00:34:01 00:00:34:07 (0.21)
 00:00:34:07 00:00:35:21 nicht mehr benachteiligt
 00:00:35:21 00:00:36:07 (0.45)
 00:00:36:07 00:00:39:15 es stimmt zwar dass ehepaare bei der a ha vau
 00:00:39:15 00:00:39:21 (0.25)
 00:00:39:21 00:00:43:05 nicht in den genuss von zwei vollen einzelrenten kommen
 00:00:43:05 00:00:44:00 (0.78)
 00:00:44:00 00:00:50:03 dafür können ehepaare aber von verschiedenen leistungen und
 beitrags erleichterungen profitieren
 00:00:50:03 00:00:50:11 (0.32)
 00:00:50:11 00:00:53:14 die unverheirateten paaren nicht zustehen
 00:00:53:14 00:00:54:08 (0.76)
 00:00:54:08 00:00:55:07 das hat zur folge
 00:00:55:07 00:00:55:14 (0.26)
 00:00:55:14 00:00:58:04 dass ehepaare bei den sozialversicherungen
 00:00:58:04 00:00:58:12 (0.32)
 00:00:58:12 00:01:03:08 heute insgesamt sogar besser abgesichert sind als
 konkubinatspaare
 00:01:03:08 00:01:04:00 (0.65)
 00:01:04:00 00:01:09:23 aus der sicht von bundesrat und parlament ergibt sich deshalb hier
 keinerlei handlungsbedarf
 00:01:09:23 00:01:10:23 (1.0)
 00:01:10:23 00:01:14:06 etwas anders sieht es bei der direkten bundessteuer aus
 00:01:14:06 00:01:14:21 (0.59)
 00:01:14:21 00:01:18:08 zwar gibt es in der schweiz keine generelle heiratsstrafe mehr
 00:01:18:08 00:01:18:22 (0.57)
 00:01:18:22 00:01:20:03 die initiative
 00:01:20:03 00:01:20:08 (0.21)
 00:01:20:08 00:01:24:19 betrifft daher nur noch rund achtzigtausend zweiverdienerehepaare
 00:01:24:19 00:01:25:03 (0.37)
 00:01:25:03 00:01:33:09 die bei der direkten bundessteuer mehr bezahlen müssen als
 unverheiratete paare in vergleichbaren wirtschaftlichen verhältnissen
 00:01:33:09 00:01:34:09 (0.97)
 00:01:34:09 00:01:38:11 der bundesrat hat das problem erkannt und arbeitet an konkreten
 lösungen
 00:01:38:11 00:01:39:00 (0.55)
 00:01:39:00 00:01:44:17 um die auch vom bundesgericht als verfassungswidrig ge

eingestufte schlechterstellung von Ehepaaren
 00:01:44:17 00:01:45:02 (0.42)
 00:01:45:02 00:01:48:07 gegenüber unverheirateten paaren zu beseitigen
 00:01:48:07 00:01:49:01 (0.77)
 00:01:49:01 00:01:54:05 die meinungen über das künftige besteuierungsmodell liegen aber
 nach wie vor weit auseinander
 00:01:54:05 00:01:55:00 (0.8)
 00:01:55:00 00:02:00:20 das heutige steuersystem sieht die gemeinsame besteuierung von
 ehemann und ehefrau vor
 00:02:00:20 00:02:01:13 (0.72)
 00:02:01:13 00:02:06:13 die initiative will diesen grundsatz ausdrücklich in der verfassung
 verankern
 00:02:06:13 00:02:07:07 (0.76)
 00:02:07:07 00:02:10:19 damit wäre eines der möglichen neuen besteuierungsmodelle
 00:02:10:19 00:02:11:01 (0.27)
 00:02:11:01 00:02:17:01 nämlich der wechsel zur individuellen besteuierung von ehemann
 und ehefrau ausgeschlossen
 00:02:17:01 00:02:17:21 (0.83)
 00:02:17:21 00:02:19:07 noch ein letzter punkt
 00:02:19:07 00:02:19:20 (0.51)
 00:02:19:20 00:02:22:01 die initiative definiert die ehe
 00:02:22:01 00:02:22:13 (0.47)
 00:02:22:13 00:02:28:22 als eine auf dauer angelegte und gesetzlich geregelte
 lebensgemeinschaft von mann und frau
 00:02:28:22 00:02:29:13 (0.66)
 00:02:29:13 00:02:33:16 diese auffassung der ehe entspricht der heutigen auslegung der
 verfassung
 00:02:33:16 00:02:34:07 (0.65)
 00:02:34:07 00:02:36:16 im parlament wird darüber diskutiert
 00:02:36:16 00:02:36:22 (0.26)
 00:02:36:22 00:02:40:05 ob die ehe künftig allen paaren offenstehen soll
 00:02:40:05 00:02:40:24 (0.75)
 00:02:40:24 00:02:43:02 bei einer annahme der initiative
 00:02:43:02 00:02:43:08 (0.24)
 00:02:43:08 00:02:46:24 würde diese diskussion bis auf weiteres verunmöglicht
 00:02:46:24 00:02:47:20 (0.84)
 00:02:47:20 00:02:49:00 ich komme zum schluss
 00:02:49:00 00:02:49:18 (0.72)
 00:02:49:18 00:02:54:13 bei der direkten bundessteuer hat der bundesrat den
 handlungsbedarf schon länger erkannt
 00:02:54:13 00:02:54:22 (0.35)
 00:02:54:22 00:02:57:04 und arbeitet an konkreten lösungen
 00:02:57:04 00:02:58:00 (0.85)
 00:02:58:00 00:03:04:07 die initiative dagegen ist mit offenkundigen mängeln verbunden
 und bringt nicht die erhofften wirkungen
 00:03:04:07 00:03:05:05 (0.92) f
 00:03:05:05 00:03:11:01 aus all diesen gründen empfehlen ihnen bundesrat und parlament
 die initiative abzulehnen

Abb. 4: Text, der exemplarisch die starke Dominanz der Praktik des Argumentierens im Untersuchungsmaterial belegt (markiert sind die Teile, die nicht der Argumentation zugerechnet werden können) (Bundesrat 2013⁸)

⁸ Für alle zitierten mündlichen Äußerungen eines Mitglieds des *Bundesrates* gilt, dass dieses für den Wortlaut des Transkripts nicht verantwortlich ist.

Dass so diszipliniert für oder gegen die jeweilige Vorlage argumentiert wird, ist partiell auf gesetzliche Vorgaben zurückzuführen. So sind zumindest die Abstimmungskommunikation des *Bundesrates* sowie die „Erläuterungen des Bundesrates“ in ihren Grundzügen gesetzlich geregelt und u. a. zur *Sachlichkeit* verpflichtet. Im „Bundesgesetz über die politischen Rechte“ heißt es (Anonym 1976/2015, Art. 10a, 11):

Art. 10a Information der Stimmberechtigten

1 Der Bundesrat informiert die Stimmberechtigten kontinuierlich über die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen. 2 Er beachtet dabei die Grundsätze der Vollständigkeit, der Sachlichkeit, der Transparenz und der Verhältnismässigkeit. 3 Er legt die wichtigsten im parlamentarischen Entscheidungsprozess vertretenen Positionen dar. [...]

Art. 11 Abstimmungsvorlage, Stimmzettel und Erläuterungen

1 Der Bund stellt den Kantonen die Abstimmungsvorlagen und Stimmzettel zur Verfügung. 2 Der Abstimmungsvorlage wird eine kurze, sachliche Erläuterung des Bundesrates beigegeben, die auch den Auffassungen wesentlicher Minderheiten Rechnung trägt. [...] Für Volksinitiativen und Referenden teilen die Urheberkomitees ihre Argumente dem Bundesrat mit; dieser berücksichtigt sie in seinen Abstimmungserläuterungen. Der Bundesrat kann ehrverletzende, krass wahrheitswidrige oder zu lange Äusserungen ändern oder zurückweisen.

Man kann vermuten, dass die Abstimmungskommunikation des *Bundesrates* sowie insbesondere die viel rezipierten „Erläuterungen des Bundesrates“ eine Art Vorbildfunktion haben oder zumindest die Vorstellungen der anderen politischen Akteure von einer angemessenen Abstimmungsargumentation stark beeinflussen. Dass das Vorherrschen der Praktik des Argumentierens und deren Konzentration auf die jeweilige Vorlage wiederum der *vorlagen-spezifischen Informiertheit* der Stimmberechtigten zugute kommen, scheint mir unzweifelhaft. Beides unterstützt somit wiederum das Funktionieren der direktdemokratischen Instrumente.

3. Bei der Analyse der argumentativen Makrostruktur der Argumentationen ist darüber hinaus in allen fünf Studien deutlich geworden, dass pro Argumentation fast immer mehr als ein Argument, aber weniger als zehn Argumente für den vertretenen Standpunkt vorgebracht werden. Es gibt nur sehr wenige Ausnahmen von dieser Regel.

Anders als die bisherigen Ergebnisse kann man dieses Ergebnis sehr gut quantifizieren. Wie Abbildung 5 dokumentiert, werden über die Studien hinweg im Durchschnitt pro Argumentation zwischen knapp drei und etwas über fünf Argumente für den Standpunkt gegeben (Argumente, die wiederum Argumente stützen, wurden nicht berücksichtigt). Die Argumente für den Standpunkt kann man somit normalerweise an einer, maximal an zwei Händen abzählen. Oft werden die Argumente zudem sehr deutlich durch Gliederungssignale markiert.

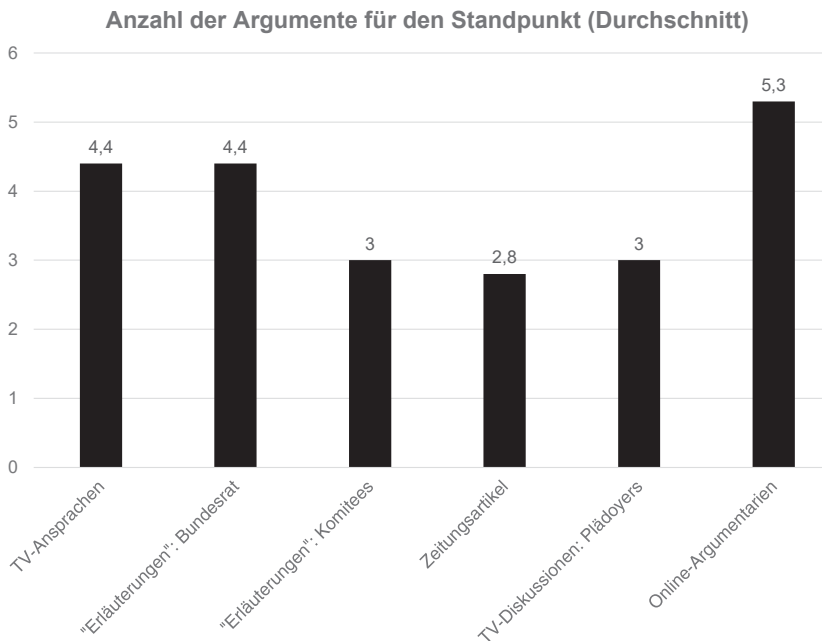


Abb. 5: Grafik, die die begrenzte Anzahl von Argumenten für den Standpunkt im Untersuchungsmaterial belegt⁹

Die Überschaubarkeit der Argumente für den Standpunkt lässt sich schwerlich mit gesetzlichen oder anderen Vorgaben für die direktdemokratischen Instrumente begründen. Allerdings lässt sich die begrenzte Anzahl wie im Übrigen auch die deutliche Kennzeichnung der Argumente durchaus als funktional für die direktdemokratischen Instrumente verstehen: Man kann argumentieren, dass beides zu einer im positiven Sinne populistischen, volksnahen Argumentation führt, nämlich dazu, dass die zentralen Argumente für jede und jeden gut erfassbar und gut erinnerbar sind und dass sie sich problemlos in der Anschlusskommunikation reproduzieren lassen.

⁹ Da in der Studie Hauenstein (i. Vorb.) auch Artikel analysiert werden, die die Standpunkte und Argumente des Pro- und des Contra-Lagers referieren, wurde in dieser Studie die durchschnittliche Anzahl der Argumente für einen der möglichen Standpunkte berechnet. Dementsprechend wurde auch der Anteil pragmatischer Argumente mit Bezug auf alle Argumente für einen der möglichen Standpunkte berechnet (vgl. Abb. 6).

4. Aus der Analyse der argumentativen Mikrostruktur der Argumentationen, d. h. bei der genaueren Bestimmung der Argumente, hat sich in allen fünf Studien ergeben, dass es sich bei den Argumenten für den Standpunkt großmehrheitlich um kausale Argumente handelt. Genauer gesagt, liegen Argumente vor, die man traditionell als *pragmatische Argumente* bezeichnet (vgl. Perelman/Olbrechts-Tyteca 1971, S. 266).¹⁰ Bei einem pragmatischen Argument wird die Bewertung einer Folge auf die Ursache übertragen. Rekonstruiert man argumentative Schlüsse mit drei Prämissen und einer Konklusion, lautet das Schema für pragmatische Argumente (vgl. dazu wie auch zur Rekonstruktion argumentativer Schlüsse mit drei Prämissen Schröter 2021, S. 48, 15–17):

1. Prämisse: Wenn etwas für die Folge gilt, gilt es auch für die Ursache.
2. Prämisse: A ist die Folge, B (hier: die Abstimmungsvorlage B) ist die Ursache.
3. Prämisse: A ist zu befürworten/abzulehnen.

Konklusion: B (hier: die Abstimmungsvorlage B) ist zu befürworten/abzulehnen.

Ein konkretes Beispiel für einen solchen Schluss, das aus den „Erläuterungen des Bundesrates“ stammt, ist: „Die Unternehmenssteuerreform III stärkt die Attraktivität der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb“; deshalb „empfehlen Bundesrat und Parlament, das Unternehmenssteuerreformgesetz III anzunehmen“ (Schweizerische Bundeskanzlei (Hg.) 2016, S. 36 f.). Explizit formuliert werden hier die zweite Prämisse und die Konklusion. Die erste Prämisse hingegen wird, wie allgemein üblich, nicht ausformuliert. Die dritte Prämisse wiederum wird mit dem Wort *Attraktivität* impliziert – einem Wort, dessen Bedeutung eine positive Bewertung umfasst.

Auch dieses vierte Ergebnis lässt sich gut quantifizieren: Aus Abbildung 6 geht hervor, dass der Anteil der pragmatischen Argumente an allen Argumenten für den Standpunkt über die Studien hinweg bei über 76% liegt (Argumente, die wiederum Argumente stützen, wurden nicht berücksichtigt). Ein Ergebnis, das ebenfalls allen Studien gemeinsam ist und mit diesem direkt zusammenhängt, ist, dass viele übliche Argumentationsschemata und Subtypen dieser Schemata kaum oder gar nicht zur Stützung des Standpunkts angewendet werden. Ad-hominem-Argumente z. B., die einen Standpunkt da-

10 Passend dazu weist Demarmels (2009, S. 197) darauf hin, dass auf Abstimmungsplakaten häufig auf die „Wirkungsweise“ der Abstimmungsvorlagen Bezug genommen wird. Schröter/Thome (vgl. 2020, S. 290 f.) zeigen zudem, dass zwar sowohl die SVP als auch die FPÖ über verschiedene Textsorten hinweg viele pragmatische Argumente verwenden, dass die SVP dies aber noch häufiger als die FPÖ tut.

mit zu stützen versuchen, dass sie eine Person disqualifizieren, die den gegenteiligen Standpunkt vertritt, sind selten oder kommen gar nicht vor.¹¹

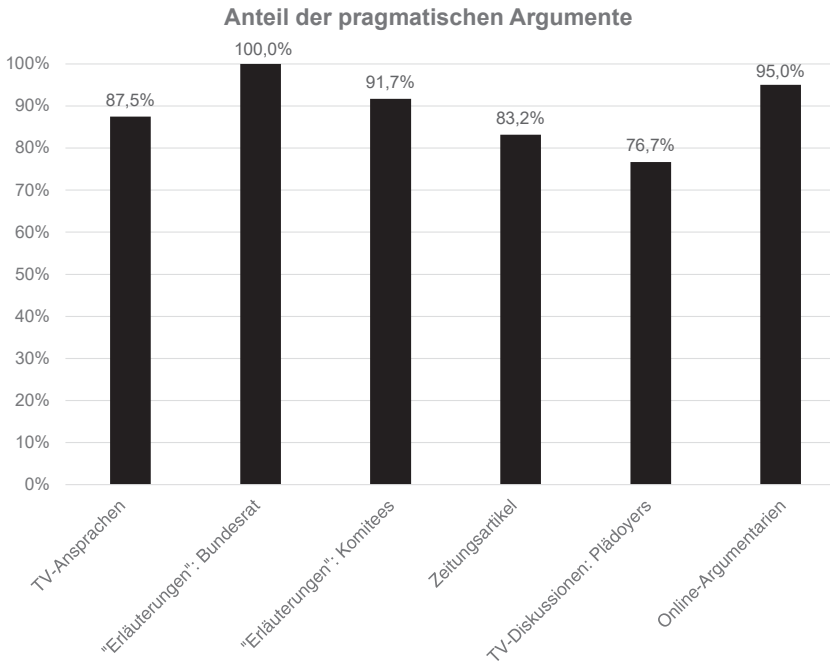


Abb. 6: Grafik, die belegt, dass im Untersuchungsmaterial pragmatische Argumente die große Mehrheit der Argumente für den Standpunkt bilden

Dass Argumente über Folgen so präsent sind, lässt sich durchaus auf die direktdemokratischen Instrumente zurückzuführen, wie sie in der *Bundesverfassung* verankert sind. Da mit einer Abstimmungsvorlage die Rechtslage verändert werden kann, liegt es nahe, sich über die Auswirkungen der veränderten Rechtslage Gedanken zu machen und folglich pragmatische Argumente zu bilden.

¹¹ Demarmels (2009, S. 198) konstatiert für Abstimmungsplakate ebenfalls, dass „[n]ur selten [...] eine Person als Argument ins Feld geführt [wird]“. Und Jarren/Oehmer/Wassmer (2010, S. 57) kommen in ihrer Auswertung von deutschen und Schweizer Debatten im Parlament zu dem Schluss, dass „[i]m Schweizer Parlament [...] weniger Akteure oder Personengruppen als Sachverhalte“ kritisiert werden.

Zugleich lässt sich die Häufung pragmatischer Argumente als funktional für die direktdemokratischen Instrumente deuten: Da jedes pragmatische Argument mögliche Folgen der Abstimmungsentscheidung betrifft, kann man davon ausgehen, dass es die betreffende Volksabstimmung als relevant für die politische Zukunft erscheinen lässt. Pragmatische Argumente führen den Stimmberechtigten somit indirekt die eigene Verantwortung für die Zukunft des Landes vor Augen.

5. Bei der Analyse der argumentativen Makro- und Mikrostruktur der Argumentationen hat sich in allen fünf Studien gezeigt, dass pro Argumentation nur wenige oder gar keine Argumente gegen den eigenen Standpunkt entkräftet, also aufgegriffen und zurückgewiesen, werden.

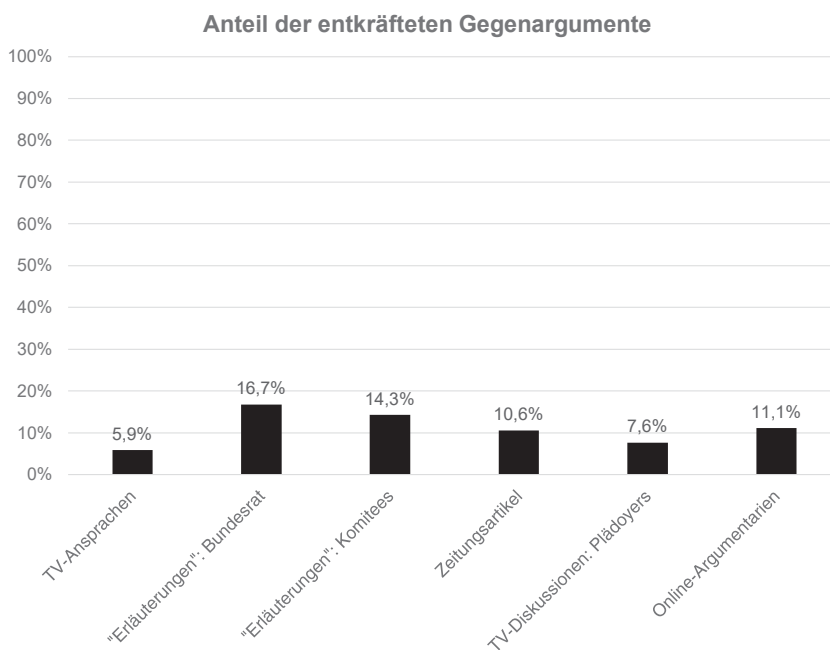


Abb. 7: Grafik, die belegt, dass im Untersuchungsmaterial nur wenige Argumente gegen den eigenen Standpunkt entkräftet werden¹²

¹² In der Studie Hauenstein (i. Vorb.) werden auch Artikel analysiert, die die Standpunkte und Argumente des Pro- und Contra-Lagers referieren. Sie wurden jedoch bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt.

Erneut ist eine Quantifizierung problemlos möglich: Abbildung 7 macht ersichtlich, dass der Anteil der entkräfteten Argumente gegen den Standpunkt an allen Argumenten für oder gegen den Standpunkt über das gesamte Untersuchungsmaterial hinweg gering ist. Er liegt stets zwischen knapp 6% und knapp 17% (Argumente, die wiederum Argumente stützen, wurden nicht berücksichtigt).

Wenn ein Gegenargument entkräftet wird, geht der Entkräftung häufig die explizite Anerkennung einer Gemeinsamkeit mit dem gegnerischen Lager voraus, wie die folgenden Beispiele aus einem Zeitungsartikel (Leserbrief), einer TV-Diskussion und einem Online-Argumentarium veranschaulichen:

- (1) Dass wir in den Strassen- und Agglomerationsverkehr in den nächsten Jahren mehr investieren müssen, ist unbestritten. Dazu bedarf es aber keines neuen Instruments (Wäfler 2017),
- (2) und es git gwüssi probleem und do bin ich au mit de initiante äinig (0.45) aber die initiative (0.55) löst käis vo dene probleem [Übersetzung J. S.: Und es gibt gewisse Probleme, und diesbezüglich bin ich auch mit den Initianten einig, aber die Initiative löst keines dieser Probleme] (Simonetta Sommaruga, Redaktion „Arena“ 2014),
- (3) Schengen hat Vorteile für die Schweizer Volkswirtschaft und Sicherheit, das ist unbestritten. [...] Die Behauptung, dass die Schweiz bei Ablehnung des Waffengesetz [sic!] automatisch aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen wird, ist falsch. (IGS Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz o. J.)

Auch der weitgehende Verzicht auf Angriffe auf gegnerische Argumente und die häufige Abmilderung solcher Angriffe durch die Betonung einer geteilten Ansicht ist kaum durch gesetzliche oder andere Vorgaben für die direktdemokratischen Instrumente verursacht. Wiederum lässt sich aber eine positive Rückwirkung auf die direktdemokratischen Instrumente unterstellen: Wenn man Gegenargumente entkräftet, dann bringt das zwingend Widerspruch zum Ausdruck. Insofern kann man sagen, dass das Argumentieren vor Volksabstimmungen wenig darauf angelegt ist, der Gegenseite ausdrücklich zu widersprechen. Dadurch und durch die Betonung einer geteilten Ansicht vor einer Entkräftung wird es der Gegenseite leichter gemacht, das Gesicht zu wahren und ohne Verärgerung auf die Argumentation zu reagieren. Möglicherweise lässt sich darin eine unterschwellige Konsens- oder Kooperationsorientierung erkennen, die allzu starke Verwerfungen zwischen dem Pro- und dem Contra-Lager verhindert.¹³

¹³ Bächtiger (2005, S. 156, vgl. S. 155–159, 191) und Bächtiger/Hangartner (vgl. 2010, S. 622 f.) beobachten interessanterweise, dass parlamentarische Debatten in einem „Consensus Setting“

6. Die Analyse der Lexik der Argumentationen hat in allen fünf Studien eine weitere Besonderheit zutage gefördert: Die Pronomen bzw. Artikelwörter *wir*, *uns* und *unser* werden weit überwiegend auf ein umfassendes Kollektiv bezogen, das man als die Schweizer Bevölkerung oder als die Schweizer Stimmberechtigten verstehen kann. So heisst es z. B. *wir alle*, *wir als Bürger*, *wir Schweizer* bzw. *unsere Gesellschaft*, *unser Land*, *unsere Wirtschaft* usw.

Zu diesem Ergebnis sind die fünf Studien – je nach Umfang und Art des Korpus – durch Kollokations- und/oder Konkordanzanalysen gekommen. Deshalb liegen nicht für alle Studien Angaben darüber vor, wie groß der Anteil des beschriebenen Gebrauchs von *wir*, *uns* und *unser* an allen Vorkommen von *wir*, *uns* und *unser* ist. Abbildung 8 fasst die vorliegenden Prozentangaben zusammen (für *unser* wurden alle Flexionsformen berücksichtigt). Sie liegen immer bei oder über 80%, mehrfach sogar bei 100%.

Der häufige sozial inkludierende Gebrauch von *wir*, *uns* und *unser* ist nach meiner Einschätzung kaum direkt von Vorgaben des politischen Systems geprägt. Allerdings gibt es im deutschsprachigen „Leitfaden zum Verfassen von Botschaften des Bundesrates“ eine verbindliche Sprachregelung für *Botschaften* des Bundesrates, d. h. für Erläuterungen von *bundesrätlichen* Entwürfen für *Bundesgesetze*, *Verordnungen* und *Bundesbeschlüsse*, die lautet: „Der Bundesrat spricht von sich nicht in der ersten Person Plural ‚wir‘, sondern – wenn überhaupt – in der dritten Person Singular ‚der Bundesrat‘“ (Schweizerische Bundeskanzlei (Hg.) 2020a, S. 90). Diese Vorgabe mag indirekt dazu beitragen, dass der *Bundesrat* *wir*, *uns* und *unser* auch jenseits von *Botschaften* kaum je zu Selbstreferenz verwendet – und dass andere politische Akteure dies genauso handhaben. Feststellen lässt sich in jedem Fall eine

mit großer Koalition bzw. im Schweizer *Nationalrat* respektvoller ablaufen als parlamentarische Debatten in anderen Konstellationen bzw. im deutschen *Bundestag*. Vergleichbar damit gehört zu den zentralen Analyseergebnissen von Jarren/Oehmer/Wassmer (vgl. 2010, S. 59), dass Debatten in der Schweizer *Bundesversammlung* insgesamt viel konsensorientierter als im deutschen *Bundestag* sind. Luginbühl (vgl. 1999, S. 185–247) beschreibt demgegenüber verschiedene Formen von *verbaler Gewalt* bei eingeladenen politischen Gästen der Diskussionssendung „Arena“; er weist allerdings darauf hin, dass es sich um „inszenierte verbale Gewalt“ handelt und dass auch „kooperatives Gesprächsverhalten inszeniert“ wird (ebd., S. 245 f.). Zu fragen wäre, ob die *inszenierte verbale Gewalt* der Sendung nicht möglicherweise auch oder sogar eher von unbeabsichtigten kooperationsorientierten Kommunikationsroutinen konterkariert wird. In jedem Fall liegt der Verdacht nahe, dass das starke Interesse der bisherigen Forschung an der Sendung „Arena“ paradoxerweise gerade darin begründet ist, dass dort in einer Weise argumentiert und kommuniziert wird, die in der Schweiz nicht den Normalfall darstellt.

medien-, textsorten-, themen- und akteursübergreifende Kommunikationsroutine, die sich offenbar mit der Nutzung der direktdemokratischen Instrumente über die Jahrzehnte hinweg eingespielt hat.

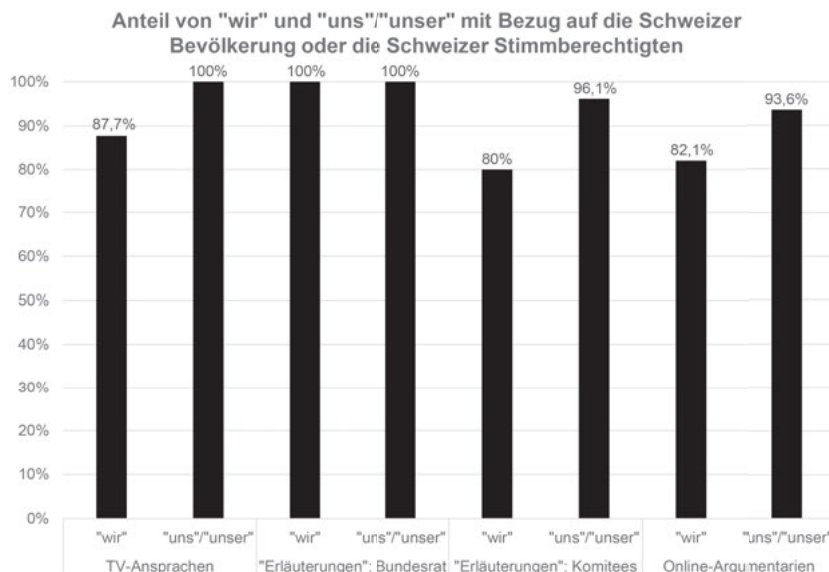


Abb. 8: Grafik, die belegt, dass *wir*, *uns* und *unser* im Untersuchungsmaterial weit überwiegend für ein umfassendes Kollektiv gebraucht werden

Diese Routine kann als förderlich für das Funktionieren der direktdemokratischen Instrumente eingeschätzt werden: Durch den Gebrauch von *wir*, *uns* und *unser*, der weit überwiegend auf ein umfassendes Kollektiv bezogen ist, werden alle oder zumindest sehr viele der potenziellen Rezipierenden der jeweiligen Argumentation verbal in eine Großgruppe integriert und wird die Argumentation auf die Interessen dieser Großgruppe ausgerichtet. Man kann deshalb annehmen, dass der festgestellte Gebrauch auf subtile Weise vermittelt, dass es eine kohärente ‚Schweizer Gesellschaft‘ gibt und nach den besten politischen Lösungen für diese zu suchen ist. Auch hierin lässt sich eine unterschwellige Konsens- oder Kooperationsorientierung wahrnehmen.

5 Perspektiven

In den vorausgehenden Abschnitten habe ich zunächst vor allem mit Verweisen auf Ergebnisse aus den Sozialwissenschaften zu belegen versucht, dass es ein anhaltendes internationales Interesse an direkter Demokratie gibt und dass die (halb)direkte Demokratie in der Schweiz insgesamt gut funktioniert. Anschließend habe ich dafür argumentiert, dass die politische Kommunikation und speziell die politische Argumentation in der Schweiz nicht nur von der (halb)direkten Demokratie geprägt sind, sondern auch zu deren Funktionieren beitragen. Um diese These zu erhärten, habe ich vorrangig die Ergebnisse verschiedener Studien aus dem SNF-Forschungsprojekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ aufeinander bezogen.

Dabei hat sich gezeigt, dass in der politischen Argumentation zumindest der Deutschschweiz trotz großer Vielfalt und Unterschiedlichkeit einige Besonderheiten medien-, textsorten-, themen- und akteursübergreifend sehr weit verbreitet sind. Viele, aber nicht alle dieser Merkmale kann man als von den direktdemokratischen Instrumenten geprägt ansehen. Bei allen Merkmalen kann man zudem eine Rückwirkung auf die direktdemokratischen Instrumente annehmen. Man kann sie so interpretieren, dass sie zum praktischen Funktionieren von *Volksinitiativen* und *Referenden* beitragen, indem sie die politische Informiertheit und das politische Verantwortungsbewusstsein der Stimmberechtigten sowie eine unerschwellige Orientierung aller Beteiligten auf Konsens oder Kooperation hin unterstützen. Darauf ist ein politisches System mit ausgeprägten direktdemokratischen Elementen zweifellos angewiesen. Eine zentrale Voraussetzung für diese Leistung der politischen Argumentation ist allerdings, dass die Stimmberechtigten Argumenten überhaupt ihr Augenmerk bzw. Gehör schenken. Dass Argumente für die Entscheidung der Stimmberechtigten wichtig sind, ist in sozialwissenschaftlichen Studien verschiedentlich belegt worden (vgl. z. B. Kriesi 2005, S. 194, 222).

Ist die Schweiz also ein Eldorado der Argumentationskultur im wertenden Sinne, ein Hort der sachlichen und höflichen Argumentation nach allen nur denkbaren Regeln der Kunst? Das ist sie nicht, jedenfalls dann nicht, wenn damit gemeint ist, dass es nicht auch problematische, provozierende Argumentationen gäbe. Es gibt solche Argumentationen, und zwar insbesondere auf Abstimmungsplakaten bzw. Kampagnengrafiken sowie von rechtskonservativer bzw. rechtspopulistischer Seite.¹⁴ Bezeichnenderweise werden solche Kommunikate aber in

¹⁴ Luginbühl (2010, S. 193 f., 197, vgl. S. 193–201) zeigt verschiedene „illegitime“ Praktiken“ wie die „Inszenierung von Tabubrüchen“ oder „Formen kalkulierter Ambivalenz“ an SVP-Plakaten

der Öffentlichkeit häufig intensiv diskutiert und stark kritisiert. Das spricht dafür, dass sie weithin als Bruch mit den ungeschriebenen Normen für die Kommunikation und Argumentation vor Volksabstimmungen wahrgenommen werden.

Angesichts dessen stellen sich sofort die Fragen, wie sich das politische Argumentieren in der Schweiz entwickelt und ob problematische, provozierende Argumentationen in den letzten Jahren häufiger geworden sind. Auf diese Fragen kann das synchron angelegte Forschungsprojekt „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ jedoch keine Antworten geben, und auch die sonstige Forschungsliteratur hat sie bislang nicht beantwortet. Ebenso sind die Möglichkeiten sehr begrenzt, ausgehend vom Forschungsprojekt wie auch ausgehend von den anderen bisherigen Publikationen etwas über das Verhältnis zwischen deutschen, französischen, italienischen und rätoromanischen Argumentationen in der Schweiz auszusagen. In Erinnerung zu rufen ist allerdings, dass viele wichtige, diskurszentrale und stark argumentative Texte vor Volksabstimmungen in direkter Übersetzung in drei oder sogar allen vier Landessprachen verfügbar sind (für eine sozialwissenschaftliche Untersuchung, nach der die Differenzen in der politischen *Deliberation* von Angehörigen verschiedener Sprachregionen der Schweiz nicht groß sind, vgl. zudem Pedrini 2015, S. 16, 20).

Trotz dieser Grenzen haben die Ergebnisse, die in diesem Beitrag vorgestellt wurden, eine deutliche „Disposition zur Öffentlichkeit“ (Kämper/Plewnia i. d. Bd.). Sie sind nämlich für die laufenden öffentlichen Diskussionen über die Möglichkeiten und Grenzen von mehr direkter Demokratie außerhalb der Schweiz unmittelbar von Bedeutung. Die beschriebenen Besonderheiten der politischen Kommunikation und Argumentation in der zeitgenössischen (Deutsch)Schweiz können aus guten Gründen als ein zentraler Faktor dafür gelten, dass die (halb)direkte Demokratie in der Schweiz bislang so gut funktioniert. Sie deuten stark darauf hin, dass es für die erfolgreiche Einführung direktdemokratischer Instrumente mehr braucht als nur entsprechende gesetzliche Bestimmungen – nämlich vor allem kommunikative und argumentative Routinen, die sich vermutlich einzig im Laufe der Zeit durch zunehmende Erfahrung mit Sachabstimmungen von begrenzter Reichweite, etwa auf kommunaler und Landesebene, herausbilden können.

und -Anzeigen auf, wobei er konzediert, dass sich vergleichbare Praktiken auch bei anderen Parteien finden. Zu SVP-Plakaten sowie auch Reaktionen anderer Schweizer Parteien darauf vgl. ebenso Luginbühl/Scarvaglieri (2018, S. 162–174).

Quellen

- Anonym (1976/2015): Bundesgesetz über die politischen Rechte (BPR) vom 17. Dezember 1976 (Stand am 1. November 2015). Internet: www.fedlex.admin.ch (Stand: 10.8.2021).
- Anonym (1999/2021): Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 1. Januar 2021). Internet: www.fedlex.admin.ch (Stand: 10.8.2021).
- Bundesamt für Statistik (2021): Anzahl abgestimmte Vorlagen. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Internet: www.bfs.admin.ch/bfs/de/home.html (Stand: 10.8.2021).
- Bundesrat (2013): [TV-Ansprache zum] Bundesbeschluss über die Familienpolitik. Produziert von SRG SSR. Video bereitgestellt von SRG SSR. In: Schröter, Juliane/Keller, Stefan: Transkripte von elf Video-Ansprachen der Schweizer Regierung vor Volksabstimmungen. DOI: 10.5281/zenodo.1324476.
- IGS Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz (o. J.): Schengen ist nicht in Gefahr, deine Freiheit hingegen schon. Internet: <https://eu-diktat-nein.ch> (Stand: 17.11.2020).
- Redaktion „Arena“ (2014): Abstimmungs-Arena. Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“. Produziert von SRG SSR. Transkribiert von Sauer, Luzia/Keller, Stefan/Baumgartner, Gerda. Internet: www.srf.ch/sendungen/arena/abstimmungs-arena-volksinitiative-gegen-masseneinwanderung-2 (Stand: 10.8.2021).
- Schweizerische Bundeskanzlei (Hg.) (2012): ABC der politischen Rechte/des droits politiques/dei diritti politici/dals dretgs politics/of political rights. Bern: Schweizerische Bundeskanzlei. Internet: www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-41050.html (Stand: 10.8.2021).
- Schweizerische Bundeskanzlei (Hg.) (2016): Volksabstimmung vom 12. Februar 2017. Erläuterungen des Bundesrates. Bern: Schweizerische Bundeskanzlei. Internet: www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20170212.html (Stand: 10.8.2021).
- Schweizerische Bundeskanzlei (Hg.) (2020a): Botschaftsleitfaden. Leitfaden zum Verfassen von Botschaften des Bundesrates. 5., überarb. Aufl. Bern: Schweizerische Bundeskanzlei. Internet: www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/sprachen/hilfsmittel-textredaktion/leitfaden-fuer-botschaften-des-bundesrates.html (Stand: 10.8.2021).
- Schweizerische Bundeskanzlei (Hg.) (2020b): Volksabstimmung 27. September 2020. Erläuterungen des Bundesrates. Bern: Schweizerische Bundeskanzlei. Internet: www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20200927.html (Stand: 10.8.2021).
- Verein „Jagdgesetz NEIN“ (o. J.): Argumente. Internet: <https://jagdgesetz-nein.ch> (Stand: 10.8.2021).
- Wäfler, Markus (2017): Nein zum Strassenfonds. In: Neue Zürcher Zeitung (5.1.2017). Internet: <https://professional.dowjones.com/factiva/> (Stand: 10.8.2021).

Literatur

- Altman, David (2019): *Citizenship and contemporary direct democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bächtiger, André (2005): *The real world of deliberation. A comparative study of its favorable conditions in legislatures*. (= Berner Studien zur Politikwissenschaft 12). Bern: Haupt.

- Bächtiger, André/Hangartner, Dominik (2010): When deliberative theory meets empirical political science. Theoretical and methodological challenges in political deliberation. In: *Political Studies* 58, S. 609–629.
- Baumgartner, Gerda (i. Vorb.): Zwischen Konfrontation und Konzession. Argumentative Strategien in der Deutschschweizer TV-Sendung „Arena“. In: *Politisches Argumentieren in der Schweiz*. Online-Tagung, 18. und 19. Februar 2021. Genf: Université de Genève.
- Belica, Cyril (1995): Statistische Kollokationsanalyse und -clustering. Korpuslinguistische Analysemethoden. Mannheim: Leibniz-Institut für Deutsche Sprache. Internet: <https://cosmas2.ids-mannheim.de/cosmas2-web/> (Stand: 10.8.2021).
- Campbell, David F. J./Pözlbauer, Paul/Barth, Thorsten D./Pantelić, Ivan (2016): The democracy ranking of the quality of democracy. Comprehensive scoreboards and scoreboards for the dimensions. List of indicators. Wien: The Democracy Ranking Association. Internet: <http://democracyranking.org> (Stand: 10.8.2021).
- Demarmels, Sascha (2009): Ja. Nein. Schweiz. Schweizer Abstimmungsplakate im 20. Jahrhundert. Konstanz: UVK.
- Ehrler, Franziska/Bühlmann, Felix/Farago, Peter/Höpflinger, François/Joye, Dominique/Perrig-chiello, Pasyualina/Suter, Christian (Hg.) (2016): Sozialbericht 2016. Wohlbefinden. Zürich: Seismo.
- Engler, Sarah/Leemann, Lucas/Abou-Chadi, Tarik/Giebler, Heiko/Bousbah, Karima/Bochsler, Daniel/ Bühlmann, Marc/Hänni, Miriam/Heyne, Lea/Juon, Andreas/Merkel, Wolfgang/ Müller, Lisa/Ruth, Saskia/Wessels, Bernhard (2020): Democracy barometer. Data 2020. Codebook. Version 7. Aarau: ZDA. Internet: <https://democracybarometer.org> (Stand: 10.8.2021).
- Golder, Lukas/Mousson, Martina/Keller, Tobias/Venetz, Aaron/Rötheli, Valentina (2021): VOX-Analyse November 2020. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 29. November 2020. Bern: GFS BERN. Internet: https://vox.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2021/02/d_vox_schlussbericht_def-1.pdf (Stand: 10.8.2021).
- Haltmeier, Benjamin A. (2010): Die Topik der Distanz. Regierungskommunikation im Kontext der Volksinitiative. In: Roth/Dürscheid (Hg.), S. 147–164.
- Hänggli, Regula/Bernhard, Laurent/Kriesi, Hanspeter (2011): Construction of the frames. In: Kriesi, Hanspeter (Hg.): *Political communication in direct democratic campaigns. Enlightening or manipulating?* Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 69–81.
- Hauenstein, Alexandra (i. Vorb.): Argumentieren in der direkten Demokratie. Zu einer sprachlichen Praktik in Tageszeitungen im Kontext von Schweizer Volksabstimmungen. Diss. Auszüge in: *Politisches Argumentieren in der Schweiz*. Online-Tagung, 18. und 19. Februar 2021. Genf: Université de Genève.
- Jacquin, Jérôme/Zampa, Marta (2016): Do we still need an army like in the First World War? An argumentative analysis of a television debate on abolishing compulsory military service in Switzerland. In: *Discourse and Communication* 10, 5, S. 479–499.
- Jarren, Otfried/Oehmer, Franziska/Wassmer, Christian (2010): Konfliktbearbeitung in der Politik. Eine Sprachanalyse von Parlamentsdebatten in der Schweiz und Deutschland. In: Roth/Dürscheid (Hg.), S. 33–62.
- Klein, Josef (2018): Abstimmungserläuterungen. Die zentrale Textsorte der schweizerischen Direktdemokratie und ein Beispiel erfolgreichen populistischen Argumentierens. In: Bock, Bettina M./Dreesen, Philipp (Hg.): *Sprache und Partizipation in Geschichte und Gegenwart.* (= Sprache – Politik – Gesellschaft 25). Bremen: Hempen, S. 91–108.
- Kost, Andreas (2013): *Direkte Demokratie*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.

- Kriesi, Hanspeter (2005): *Direct democratic choice. The Swiss experience*. Lanham: Lexington.
- Kriesi, Hanspeter (Hg.) (2011): *Political communication in direct democratic campaigns. Enlightening or manipulating?* Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Lijphart, Arend (2012): *Patterns of democracy. Government forms and performance in thirty-six countries*. 2. Aufl. New Haven, CT: Yale University Press.
- Luginbühl, Martin (1999): *Gewalt im Gespräch. Verbale Gewalt in politischen Fernsehdiskussionen am Beispiel der „Arena“*. (= Zürcher germanistische Studien 54). Bern/Berlin/Frankfurt a.M.: Lang.
- Luginbühl, Martin (2010): *Die Schweizerische Volkspartei (SVP). Ein linguistischer Streifzug*. In: Roth/Dürscheid (Hg.), S. 187–203.
- Luginbühl, Martin/Scarvaglieri, Claudio (2018): *Diskursive Interdependenz im Abstimmungskampf. Die Plakate der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und ihre Verarbeitung in verschiedenen Kommunikationsbereichen*. In: Pappert, Steffen/Michel, Sascha (Hg.): *Multimodale Kommunikation in öffentlichen Räumen. Texte und Textsorten zwischen Tradition und Innovation*. (= Perspektiven germanistischer Linguistik 14). Stuttgart: Ibidem, S. 159–186.
- Margreiter, Ralf (2001): *Persuasion in den Abstimmungserläuterungen zur Alpen-Initiative. Das hohe Ross des Bundesrates?* In: *LeGes* 12, 1, S. 9–44.
- Milic, Thomas/Feller, Alessandro/Kübler, Daniel (2020): *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020*. Aarau/Lausanne/Luzern: FORS/ZDA/LINK. Internet: www.voto.swiss/wp-content/uploads/2020/11/VOTO_Bericht_27.09.2020_DE.pdf (Stand: 10.8.2021).
- Milic, Thomas/Rousselot, Bianca/Vatter, Adrian (2014): *Handbuch der Abstimmungsforschung*. (= Politik und Gesellschaft in der Schweiz 2). Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Niehr, Thomas (2004): *Der Streit um Migration in der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Österreich. Eine vergleichende diskursgeschichtliche Untersuchung*. (= Sprache. Literatur und Geschichte 27). Heidelberg: Winter.
- Pedrin, Seraina (2015): *Does culture matter for deliberation? Linguistic speech cultures and parliamentary deliberation in Switzerland*. In: *Journal of Public Deliberation* 11, 1, Art. 8, S. 1–17.
- Perelman, Chaïm/Olbrechts-Tyteca, Lucie (1971): *The new rhetoric. A treatise on argumentation*. Notre Dame: University of Notre Dame Press.
- Roth, Kersten Sven/Dürscheid, Christa (Hg.) (2010): *Wahl der Wörter – Wahl der Waffen? Sprache und Politik in der Schweiz*. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 4). Bremen: Hempen.
- Scholten, Heike/Kamps, Klaus (Hg.) (2014): *Abstimmungskampagnen. Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schröter, Juliane (2019): *The TV addresses of the Swiss government before popular votes. A case study of argumentation in direct democracy*. In: *Journal of Argumentation in Context* 8, 3, S. 285–316.
- Schröter, Juliane (2020): *Contradiction by default. On the discourses before popular votes in Switzerland*. In: Warnke, Ingo H./Hornidge, Anna-Katharina/Schattenberg, Susanne (Hg.): *Kontradiktorische Diskurse und Macht im Widerspruch*. Wiesbaden: Springer VS, S. 121–146.
- Schröter, Juliane (2021): *Linguistische Argumentationsanalyse*. (= KEGLI 26). Heidelberg: Winter.
- Schröter, Juliane (i. Vorb.): *Das Argumentarium. Eine Schweizer Textsorte inner- und ausserhalb der Politik*. In: *Politisches Argumentieren in der Schweiz*. Online-Tagung, 18. und 19. Februar 2021. Genf: Université de Genève.

- Schröter, Juliane/Thome, Sebastian (2020): SVP – FPÖ. Argumentationen zweier rechtspopulistischer Parteien im Vergleich. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 50, 2, S. 259–302.
- Sciarini, Pascal/Tresch, Anke (2017): Votations populaires. In: Knoepfel, Peter/Papadopoulos, Yannis/Sciarini, Pascal/Vatter, Adrian/Häusermann, Silja (Hg): Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique suisse. 6. Aufl. Zürich: NZZ Libro, S. 497–523.
- Vatter, Adrian (2020): Das politische System der Schweiz. 4., vollst. aktual. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Willibald Steinmetz (Bielefeld)

Empörende Vergleiche im politischen Raum: Formen, Strategien, Geschichte

Abstract: Ist von empörenden Vergleichen die Rede, denken wir zuerst an Nazi- und Holocaust-Vergleiche. Diese Vergleiche und die Reaktionen darauf unterliegen sprachlichen Mustern und verfolgen politische Strategien, deren typisierende Analyse – anhand von Beispielen aus dem deutschen und nicht-deutschen Raum – im Zentrum des Aufsatzes steht. Das Frageinteresse zielt darüber hinaus auf eine Geschichte des empörenden Vergleichens in der historischen Langzeitperspektive. Empörende Vergleiche können formal als Gleichsetzungen, Komparationen oder als hierarchisierende Unterscheidungen auftreten. Ihre Hauptfunktionen sind das Diffamieren politischer Gegner, das Erheischen von Anerkennung, vor allem als Opfer erlittenen Unrechts, sowie die provozierende Verletzung von Sprachnormen zwecks Ausweitung der Grenzen des Sagbaren.

1 Was sind und zu welchem Ende untersuchen wir ‚empörende Vergleiche‘?

Eine junge Gegnerin der Corona-Politik erklärt auf einer ‚Querdenker‘-Demo, sie fühle sich „wie Sophie Scholl [...] seit Monaten hier im Widerstand“ (Süddeutsche Zeitung, 22.11.2020). Andere Protestierende vergleichen auf selbstgebastelten Schildern Angela Merkel und das Bevölkerungsschutzgesetz vom November 2020 mit Adolf Hitler und der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom Februar 1933 (journalistenwatch.com 2020). Impfgegner lassen sich gelbe Judensterne mit der Aufschrift „ungeimpft“ auf ihre T-Shirts drucken (stern.de 2020). Dies ist nur eine kleine Auswahl an jüngst im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gezogenen Vergleichen, die in Presse, Fernsehen und Sozialen Medien Wellen der Empörung, mitunter auch satirische Bemerkungen auslösten.

Das Phänomen der empörenden Vergleiche ist nicht neu.¹ Die Vergleichsobjekte und Vergleichshinsichten mögen in kurzer Folge wechseln, dagegen schei-

¹ Der Aufsatz entstand im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Bielefelder Sonderforschungsbereichs (SFB) 1288 „Praktiken des Vergleichens. Die Welt ordnen und verändern“ (TP E01: Historische Semantik des Vergleichens, 16.–21. Jahrhundert).

nen die sprachlichen und visuellen Formen dieser Vergleiche, ebenso wie ihre politisch-strategische Verwendung und die mehr oder weniger heftigen Reaktionen gewissen Mustern zu folgen. Als empörend werden Vergleiche empfunden, wenn sie Einzelpersonen oder Menschengruppen in beleidigender Weise verunglimpfen, Gewaltregime und deren Verbrechen verharmlosen und damit die Opfer jener Regime verhöhnen. Es kann vorkommen, dass die Vergleichenden aus Naivität oder im Zuge einer lebhaften Auseinandersetzung ein Gespür für Verhältnismäßigkeit vermissen lassen. Entschuldigungen, sofern glaubwürdig, werden in solchen Fällen eher akzeptiert, doch für prominente Personen, besonders Spitzenpolitiker/-innen, können derart unbedachte Vergleiche, eben wegen ihrer Gedankenlosigkeit, einen Karrierebruch nach sich ziehen. Größer und anhaltender ist die Empörung, wenn es die Vergleichenden offenkundig darauf anlegen, andere zu provozieren oder herabzusetzen. Entschuldigungen werden in diesen Fällen nicht selten so formuliert, dass sie keine ehrliche Distanzierung erkennen lassen, was die Empörung oft noch steigert.

Unter ‚empörenden Vergleichen‘ sollen in diesem Aufsatz Vergleiche verstanden werden, bei denen der *Akt des Vergleichens selbst*, also die Wahl der Vergleichsobjekte und -hinsichten, die Verwendung bestimmter sprachlicher Ausdrücke und visueller Darstellungen oder eine dem Vergleich unterstellte Absicht, öffentliche Empörung auslösen. Ob eher der Inhalt, die Form oder die Absicht oder alle zusammen empörend wirken, hängt von den spezifischen Umständen ab: dem Status des oder der Vergleichenden, dem Tonfall, der genauen Wortwahl. Als ‚öffentlich‘ gilt Empörung hier dann, wenn sie sich über private Räume oder geschlossene Netzwerke hinaus in die Massenmedien (Presse, Fernsehen) fortpflanzt. Auch breit streuende Kettenreaktionen auf Twitter und ähnlichen Plattformen zählen in diesem Sinne als öffentlich. Eine Verzögerung zwischen Äußerung und negativer Resonanz ist möglich; im Regelfall folgt aber unter den gegenwärtigen medialen Bedingungen politischer Kommunikation die Entrüstung innerhalb kürzester Zeit. Die sich Empörenden können die Vergleichenen selbst oder Dritte sein, und häufig antworten die Empörten ihrerseits mit Vergleichen, die wiederum die Urheber des ursprünglichen Vergleichs empören. Spätestens wenn es zu derartigen Eskalationen kommt, pflegt eine Metadiskussion über Kriterien legitimen Vergleichens einzusetzen, die ebenfalls als Teil des Geschehens zu interpretieren ist, auch wenn sie sich bisweilen weit vom ersten anstößigen Vergleichsakt entfernt.

Von den ‚empörenden Vergleichen‘ im soeben definierten Sinne abzugrenzen ist ein Vergleichstyp, den man als ‚skandalisierenden Vergleich‘ bezeichnen

könnte.² Darunter sind Vergleiche zu verstehen, die auf *Vorgänge oder Situationen* aufmerksam machen (sollen), über die sich sowohl die Vergleichenden als auch die Verglichenen oder Dritte empören. Das könnte zum Beispiel ein Ländervergleich sein, der die Ungleichbehandlung verschiedener Mitgliedsstaaten durch eine internationale Organisation (Völkerbund, UNO) aufdeckt, die sich zuvor auf eine allseits anerkannte Gleichbehandlungsnorm verpflichtet hat. Die Empörung richtet sich hier gegen den inkriminierten Sachverhalt, nicht gegen den Akt des Vergleichens selbst. Freilich ist es nicht ausgeschlossen, dass auch ein solcher skandalisierender Vergleichsakt von Dritten oder einer Teilmenge der Verglichenen wiederum als empörend empfunden wird, etwa dann, wenn ein so verglichener Mitgliedsstaat sich zu Unrecht einer Kategorie zugeordnet sieht, der er sich nicht zugehörig fühlen will. Auch ein wohlmeinender, im advokatorischen Sinne, geäußelter Vergleich kann also wegen seiner Form oder seines Inhalts bei den Verglichenen – oder Dritten – zu empörten Reaktionen führen. Die Grenzen und Überschneidungen zwischen den beiden Typen sind nur im Einzelfall zu bestimmen.

Ob die eingangs erwähnte Vermutung zutrifft, dass empörende Vergleiche hinsichtlich ihrer sprachlichen Gestalt, strategischen Verwendung und öffentlichen Resonanz stabilen Mustern folgen, ob diese Grundmuster sich ihrerseits über längere Zeiträume hinweg verändern oder nur variantenreich wiederholen, sind Fragen, die bei der bisherigen Erörterung des Phänomens zu kurz gekommen sind. Der vorliegende Aufsatz kann hierzu aufgrund der unbefriedigenden Forschungslage nur erste Überlegungen beisteuern. Wissenschaftliche Untersuchungen, die es besonders von linguistischer Seite in größerer Zahl gibt, haben sich fast ausschließlich auf die Praxis der Nazi- und Holocaustvergleiche und demzufolge auf den Zeitraum seit 1945 konzentriert (vgl. Stötzel 1989; Eitz/Stötzel 2007, S. 76–100, 295–317, 342–360, 489–504; Eitz/Stötzel 2009, S. 12–38, 142–163, 483–505; Weinert 2018; Giesel 2019; Poitschek 2021). Angesichts der mitunter geradezu reflexhaften Fixierung politischer Akteure, übrigens nicht nur in Deutschland und Österreich, auf diesen einen Ereigniskomplex, den „Nazi-Komplex“ (Stötzel 1995), als Referenzgröße für diffamierende, provozierende oder relativierende Vergleiche ist die Konzentration nicht verwunderlich. Den genannten linguistischen Arbeiten verdanken wir detaillierte, auf reichem Quellenmaterial beruhende Analysen der sprachlichen Erscheinungsformen von NS- und Holocaustvergleichen, darüber hinaus auch Erkenntnisse zu den Empörungs- und

² Ich übernehme diese Unterscheidung von meiner Bielefelder Kollegin Ulrike Davy, der ich zugleich für kritische Lektüre und zahlreiche Hinweise danke.

Entschuldigungspraktiken, die diesen Vergleichen zu folgen pflegen (zu letzteren auch Wodak 2015, S. 62–64).

Die geschichtswissenschaftliche Forschung hat sich ebenfalls wiederholt den Nazi- und Holocaustvergleichen zugewandt, zum einen, eher Einzelfälle kommentierend, im Kontext von Studien zur Aufarbeitung, Erinnerung, Verdrängung oder Leugnung der NS-Vergangenheit in der deutschen Politik und Öffentlichkeit seit 1945 (z. B. Danyel (Hg.) 1995; Dubiel 1999; Paul 2003), zum anderen grundsätzlicher, verstärkt seit dem ‚Historikerstreit‘ von 1987, mit dem Ziel, die Frage der Vergleichbarkeit oder Singularität des Holocaust und des NS-Regimes zu klären (z. B. Margalit/Motzkin 1997; Mecklenburg/Wippermann (Hg.) 1998; Möller (Hg.) 1999; Cesarani 2001; Marchart 2003; Steinbacher (Hg.) 2012; Hachtmann 2017). Vor allem die an zweiter Stelle genannten Arbeiten, wenngleich als Metadiskussionen über Kriterien legitimen Vergleichens angelegt, verstehen sich teilweise selbst als Interventionen in aktuelle politische Debatten und sind daher für die hier interessierende Frage nach den sich ändernden oder wiederholenden Mustern empörender Vergleiche oft weniger aufschlussreich als die linguistischen Publikationen. Es gibt allerdings eine kleinere Zahl historischer Studien, die sich ganz im Sinne der hier verfolgten Fragerichtung mit den Formen, Strategien und Funktionen von NS- und Holocaustvergleichen im politischen Raum befassen und dabei übrigens die auf den deutschsprachigen Raum zentrierte Perspektive zugunsten einer transnationalen Sicht überwinden (Schiffrin 2001; Wette 2004; Mercer 2017; Heerten 2011; 2017, S. 175–204).

Auch der vorliegende Aufsatz stützt sich empirisch auf Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, vor allem NS- und Holocaustvergleiche. Sie werden hier jedoch weniger um ihrer selbst willen, sondern in der Absicht untersucht, ein vorläufiges typologisches Instrumentarium zu gewinnen, mittels dessen man sich einer (welt)historischen, das heißt epochen-, länder- und auch religionsübergreifenden Analyse des Phänomens annähern könnte.³ Die Betonung liegt dabei auf dem Wort vorläufig. Denn es ist keineswegs auszuschließen, dass es *jenseits* der NS-Vergleiche, *vor* der Schwelle von 1933/45 und *außerhalb* des europäisch-atlantischen Raums Praktiken des empörenden Vergleichens gab (und gibt), die sich den hier beschriebenen Mustern nicht fügen. Gleichwohl dürften die folgenden Überlegungen auch bei der definitorischen Bestimmung weiterer Formen empörenden Vergleichens hilfreich sein.

³ Der Verfasser bereitet zusammen mit Ulrike Davy (Bielefeld) eine größere historische Studie zu ‚empörenden Vergleichen‘ vor, die bis in die Vormoderne seit dem 16. Jahrhundert zurückreichen wird und auch rechtshistorische und juristische Aspekte einbeziehen soll.

Um die hier anvisierte Typenbildung vorzubereiten, beginne ich mit einer kurzen Diskussion *basaler Elemente* des Vergleichens (Abschn. 2). Es folgt ausgehend von Beispielen der Versuch, die Vielfalt empörender Vergleichspraktiken auf wenige *sprachliche Grundformen* zu reduzieren (Abschn. 3). Dabei beziehe ich auch visuelle Medien und Text-Bild-Relationen ein. Anschließend nähere ich mich den empörenden Vergleichen unter dem Aspekt ihrer *strategischen Verwendung* und beleuchte drei Hauptfunktionen: die Diffamierung von Gegnern, den Kampf um Anerkennung (etwa als Opfer), schließlich die Provokation (Abschn. 4). Den Abschluss bilden provisorische Überlegungen zu möglichen Suchbewegungen für eine – noch zu schreibende – epochen-, länder- und religionsübergreifende *Geschichte* empörender Vergleichspraktiken (Abschn. 5).

2 Basale Elemente des Vergleichens: *comparata*, *tertium*, Gleichartigkeitsannahme

Um von einer Praktik des Vergleichens sprechen zu können, müssen bestimmte Mindestbedingungen erfüllt sein (vgl. Davy et al. 2019). Zunächst müssen zwei oder mehr miteinander verglichene Entitäten (*comparata*) erkennbar sein: *x* ist wie *y*, *a* ist besser als *b*, *c* ist anders als *d*. Weiterhin muss auf ein *tertium comparationis* oder mehrere *tertia* Bezug genommen werden, also auf Hinsichten, anhand derer verschiedene Schattierungen von Differenz, Ähnlichkeit oder Gleichheit ausgehandelt werden. Es geschieht durchaus nicht selten, und manchmal mit Absicht, dass ein *comparatum* oder das *tertium* ungenannt bleiben und auf den ersten Blick nicht erkennbar sind, sodass die Leser/-innen, Hörer/-innen oder Betrachter/-innen auf diese Weise in eine tastende „Suchbewegung“ verwickelt werden (von Sass 2011, S. 38). Aber jeder Person, die Vergleiche aktiv mitteilend oder deutend vollzieht, ist bewusst, dass es mindestens zwei *comparata* und ein *tertium* geben muss.

Neben der Existenz von *comparata* und *tertia* – und von letzteren zu unterscheiden – gibt es eine dritte Mindestbedingung, die allerdings häufig übersehen wird, weil sie in aller Regel unausgesprochen bleibt. Es ist die Annahme, dass die verglichenen Entitäten *in mindestens einer Hinsicht gleichartig* seien, kürzer gesagt: eine *Gleichartigkeitsannahme* (vgl. Davy et al., S. 6–9). Nehmen wir zur Veranschaulichung das Beispiel der Verleihung des Literaturnobelpreises. Mit Blick auf die vom Komitee zu beurteilenden Texte wird *prima facie* unterstellt, dass es sich um ‚Literatur‘ handle, dass sie also *in dieser Hinsicht* gleichartig seien. Wenn allerdings die unausgesprochene Erwartung, es handle sich um Literatur, irritiert wird, etwa weil zu entscheiden ist, ob ein Korpus von Pop-Songs oder ein historiographisches Werk für den Nobelpreis in Frage kommen, wird die sonst

versteckte Annahme thematisiert. Und erst wenn die Gleichartigkeitsannahme bejaht wird, beginnt der eigentliche Vergleich, bei dem dann die *tertia* ins Spiel kommen, die zu einem Ranking der Texte führen: *tertia* wie etwa ein hoher Idealismus der Autorin, eine einmalige Frische der Sprache oder die Wiederbelebung einer vom Vergessen bedrohten Kultur. Gleichartigkeitsannahmen beruhen also, wie in diesem Beispiel, auf Kategorisierungen, die oft ungenannt bleiben. Manchmal fehlen sogar lexikalisierte abstrakte Begriffe, in denen sich die unterstellte Gleichartigkeit fassen ließe.

Gerade im Fall von empörenden Vergleichen nun, so meine Vermutung, kreist die öffentliche Erregung oft darum, dass vermeintlich selbstverständliche, unreflektiert eingeführte Gleichartigkeitsannahmen skandalisiert werden. Das ist häufig gemeint, wenn ausgerufen wird, dieses oder jenes sei ‚doch nicht vergleichbar‘. Bestritten wird dann nicht, dass man zwei Entitäten vergleichen kann. Bestritten wird vielmehr, dass sich eine Gleichartigkeitsannahme (eine Kategorie) finden lässt, welche die verglichenen Entitäten wenigstens in einer Hinsicht als gleichartig erscheinen lässt. Vergleiche von historischen oder aktuellen Völkermorden mit der Shoah sind dafür ein markantes Beispiel. Natürlich kann man die Shoah mit anderen Menschheitsverbrechen vergleichen, und wenn man es in redlicher Absicht und mit methodisch gesicherten Verfahren tut, wird man zur Erkenntnis gelangen, dass sie in vielerlei Hinsicht anders und insofern einzigartig war. Strittig ist insoweit nicht die Vergleichbarkeit als solche, sondern die Frage, ob sich eine Gleichartigkeitsannahme finden lässt, die sich etwa in einer Kategorie wie ‚Genozid‘ begrifflich fassen ließe. Das Unbehagen gegenüber solchen Kategorisierungen rührt daher, dass eine solche Kategorie zu unangemessenen Gleichsetzungen missbraucht werden kann.

Während diese Streitfragen in den historischen Wissenschaften differenziert verhandelt werden (z. B. in Steinbacher (Hg.) 2012; aus autobiografischer Perspektive: Klüger 2003, S. 70, 111), haben ausgefeilte Überlegungen zur Problematik von versteckten Gleichartigkeitsannahmen und Kategorienbildungen im politischen Alltag keinen Platz. Stattdessen werden dort stets die umgangssprachlichen Ausdrücke ‚vergleichbar‘ bzw. ‚unvergleichbar‘ bemüht, die jedoch, nimmt man den Wortsinn ernst, irreführend sind. Denn Unvergleichbarkeitsbehauptungen haben eine paradoxe Struktur. Auch wer behauptet, irgendetwas, zum Beispiel die Shoah, sei ‚unvergleichbar‘, muss, um dies sagen zu können, bereits verglichen haben; oder er/sie reagiert darauf, dass andere solche Vergleiche schon vollzogen haben (vgl. Grosser 1993, S. 46). Sehr oft besteht allerdings der Sinn einer Unvergleichbarkeitsbehauptung – bezogen auf die Shoah – nicht darin, zu bestreiten, dass man sie, etwa unter wissenschaftlichen Fragestellungen, mit anderen historischen Ereignissen vergleichen *kann*, sondern es geht darum, zu fordern, dass man solche Vergleiche nicht ziehen *soll*, und zwar insbesondere

dann nicht, wenn das historische Ereignis für gegenwärtige Zwecke instrumentalisiert und auf diese Weise relativiert wird.

Empörend, so meine erste Schlussfolgerung, sind vor allem solche Vergleiche, bei denen unreflektiert Gleichartigkeit unterstellt oder eine fragwürdige Kategorisierung vorgenommen wird; außerdem Vergleiche, die angeblich ähnliche Sachverhalte oder Personen nur als Vorwand aufrufen, um völlig andere (politische) Zwecke zu verfolgen. Unvergleichbarkeits- bzw. Singularitätsbehauptungen sind in solchen Fällen – sprachpolitisch – als Abwehr gegen die Zumutungen des Gleichmachens und Vereinnahmens zu verstehen.

3 Sprachliche Grundformen des empörenden Vergleichens: Gleichsetzung, Komparation, hierarchisierende Unterscheidung

Nimmt man die NS- und Holocaustvergleiche als Testfall, scheint es sich bei der Mehrzahl empörender Vergleiche – formal gesehen – um *Gleichsetzungen* zu handeln. Beginnen wir zur Abwechslung einmal mit einem Beispiel aus einem nicht-deutschen, US-amerikanischen Kontext. Am 18. Juni 2019 schrieb die demokratische Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez auf Twitter (@AOC, 18.6.2019):



Abb. 1: Tweet von Alexandria Ocasio-Cortez vom 18. Juni 2019

Innerhalb eines Monats folgten auf diese Message über 45.000 Retweets, viele davon zustimmend, fast ebenso viele ablehnend. Noch am gleichen Tag, offenbar in Reaktion auf die ersten wütenden Antworten, schob die demokratische Abgeordnete eine erläuternde Botschaft nach (@AOC, 18.6.2019):



Abb. 2: Nachgereicherter Tweet von Alexandria Ocasio-Cortez, ebenfalls vom 18. Juni 2019

Ocasio-Cortez' präzisierende Unterscheidung zwischen ‚einfachen‘ Konzentrationslagern und Vernichtungslagern war ungeeignet, den Entrüstungsturm noch zu stoppen. Gewiss war die von ihr gewählte sprachliche Form, die direkte Gleichsetzung (*xy ist ein Konzentrationslager*), besonders provokativ. Aber es ist zu bezweifeln, dass andere mögliche Formen der Gleichsetzung (*xy ist wie ein Konzentrationslager*, *xy ist genauso schlimm wie ein Konzentrationslager*) weniger empörend gewesen wären. Das Ausmaß der Erregung kam vor allem dadurch zustande, dass Ocasio-Cortez mit ihrem explizit – an der Sprachoberfläche – vollzogenen Konzentrationslager-Vergleich implizit zwei weitere Gleichsetzungen insinuierte und damit die Gefühle zweier großer Gruppen verletzte.

Eine der beiden impliziten Gleichsetzungen war an die Republikaner adressiert: Indem die Trump-Regierung ‚Konzentrationslager‘ errichtet, handelt sie genauso wie seinerzeit die Nazis. Diese diffamierende Gleichsetzung rief Anhänger/-innen des damaligen Präsidenten auf den Plan. Sie kehrten den Vorwurf um und hielten der Obama-Administration vor, *sie* sei es gewesen, die zuerst diese ‚Konzentrationslager‘ eingerichtet habe; nur habe man sich das damals mit ‚neostalinistischer Lügenpropaganda‘ und ‚liberalen Wortverdrehungs-Spielen‘ heuchlerisch schöneredet. Ein Twitter-Nutzer namens *America is under Siege* schrieb am 20. Juni 2019 in unnachahmlichem Verschwörungstheoretiker-Stil:

The 'CONCENTRATION CAMPS' were so super cool under the Obama administration that we never heard a single peep about them from you whacked out leftists or the globalist cabal's neo-Stalinist criminal media complex's cultural Marxist fake news propagandists.

Und eine weitere, offenbar sprachwissenschaftlich geschulte Nutzerin namens *Mindy Robertson* ergänzte am 21. Juni 2019:

You don't get to use a term associated with the horrors of the holocaust, just to play your bullsh*t liberal word association game. The Left cannot continue to skew the connotation of words just to avoid addressing their own hypocrisy and errors.

Es ist bemerkenswert, aber für die Reaktionswellen auf empörende Vergleiche im Twitter-Zeitalter nicht untypisch, dass bereits wenige Tage nach dem ersten anstößigen Tweet nicht nur ähnliche – und zusätzliche – diffamierende Vergleiche auf die Gegenseite gemünzt wurden (die Obama-Regierung hat ‚Konzentrationslager‘ errichtet; ihre linksradikalen Propagandisten bedienen sich ‚neo-stalinistischer‘ Methoden), sondern auch eine Metadiskussion über legitimen und illegitimen Sprachgebrauch in Gang gesetzt wurde.

Während Ocasio-Cortez die wütenden Repliken von republikanischer Seite erwartet, wenn nicht provoziert haben dürfte („shrieking Republicans“), waren für sie und ihre demokratischen Parteifreunde die Proteste aus einer anderen Richtung deutlich unangenehmer. Sie gingen von jüdischen Holocaust-Überlebenden und Organisationen des Holocaust-Gedenkens aus und reagierten auf Ocasio-Cortez' zweite implizite Gleichsetzung: Die Lagerinsassen an der mexikanischen Grenze werden laut Ocasio-Cortez' Tweet „brutalisiert“, unterliegen „dehumanisierenden Bedingungen und sterben“. Unmöglich, bei dieser Wortwahl nicht an die Gefangenen der NS-Konzentrationslager, insbesondere die Juden, zu denken. Das Simon Wiesenthal Center reagierte noch am gleichen Tag, wies den Konzentrationslager-Vergleich durch den Hinweis auf „#Dachau“ zurück und erklärte die Gleichsetzung von Präsident Trump (= @POTUS) mit einem Nazi für eine reißerische, verletzende Kränkung der „Vergangenheit“, wobei „Vergangenheit“ hier verkürzend für die damaligen Opfer stand (@simonwiesenthal, 18.6.2019):



Abb. 3: Tweet des Simon Wiesenthal Centers vom 18. Juni 2020

Zudem kritisierte das Simon Wiesenthal Center die nur rhetorische Verwendung eines Vergleichs, der zur Lösung des Problems, nämlich des „humanitären Desasters“ an der mexikanischen Grenze, nichts beitrage. Mit ähnlichen Argumenten distanzierte sich bald darauf, wie in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* berichtet wurde, der damals noch aussichtsreiche demokratische Präsidentschaftsbewerber Bernie Sanders von Ocasio-Cortez' Konzentrationslager-Vergleich (*Haaretz*, 19.6.2019). Einige Tage später griff auch das *United States Holocaust Memorial Museum* mit einem grundsätzlichen Statement in die Debatte ein. Es erhob Einspruch gegen jede Form von Analogie zwischen dem Holocaust und anderen historischen oder aktuellen Ereignissen (USHMM, 24.6.2019). Obwohl das USHMM explizit nur Analogien, also *gleichsetzendes* Vergleichen oder starke Ähnlichkeitsbehauptungen, verurteilte, sahen sich durch diese Intervention namhafte Fachhistoriker/-innen herausgefordert, den Wert vergleichender Forschungen allgemein, und so auch den Nutzen von Analogien, für die Holocaust-Erziehung in einem offenen Brief zu verteidigen (New York Review of Books, 1.7.2019):

Scholars in the humanities and social sciences rely on careful and responsible analysis, contextualization, comparison, and argumentation to answer questions about the past and the present. By “unequivocally rejecting efforts to create analogies between the Holocaust and other events, whether historical or contemporary,” the United States Holocaust Memorial Museum is taking a radical position that is far removed from mainstream scholarship on the Holocaust and genocide. And it makes learning from the past almost impossible.

„Lernen aus der Vergangenheit“, so die über 500 Unterzeichner/-innen des offenen Briefs, kann eine Rechtfertigung für Vergleiche, ja sogar für Analogien, sein, sofern sie ethisch verantwortungsbewusst und methodisch kontrolliert durchgeführt werden. Spätestens mit dieser weltweit, auch in Deutschland, beachteten Stellungnahme (Frankfurter Rundschau, 9.7.2019) hatte die Debatte über Ocasio-Cortez' polemischen Tweet die Metaebene des Streits um die Singularität des Holocaust erreicht.

Der Verlauf dieser US-amerikanischen Debatte kann als exemplarisch angesehen werden – sowohl für das Erregungspotenzial von NS- und Holocaustvergleichen, als auch für die Bandbreite möglicher Reaktionen und die Geschwindigkeit, mit der sich die Empörungs-, Distanzierungs- und auch Zustimmungswellen in verschiedene Öffentlichkeiten und Medien hinein fortpflanzen. Wie in diesem Fall wirken NS- und Holocaustvergleiche generell vor allem deshalb anstößig, weil sie mehr oder weniger explizit fast immer eine doppelte Gleichsetzung suggerieren: Die eine Gruppe wird mit den Tätern (Nazis), die andere mit den Opfern (Juden, KZ-Gefangenen) gleichgesetzt, und beide derart identifizierte oder in eine starke Ähnlichkeitsbeziehung gerückte Gruppen bzw. deren Fürsprecher, Anhänger oder Nachfolger fühlen sich zu Protesten herausgefordert.

Es scheint für den beschriebenen Empörungseffekt relativ unerheblich zu sein, in welcher konkreten sprachlichen, performativen oder visuellen Form die anstößige Gleichsetzung geschieht. Neben direkten Gleichsetzungen mit oder ohne Vergleichspartikel („*x ist wie* ein Konzentrationslager“, „*x ist* ein Konzentrationslager“) sind andere Formen möglich. Dazu gehören zusammengesetzte Substantive wie beispielsweise das von einem jungen Hamburger Mitglied der Partei „Die Linke“ zum Entsetzen der Fridays-for-Future-Bewegung verwendete Wort „Klima-Holocaust“ (Der Westen, 31.1.2020); oder die bei Rechtsradikalen anlässlich von „Trauermärschen“ zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens seit einigen Jahren übliche Rede vom „Bombenholocaust“ (vgl. Benz 2016, S. 219; Zeit online, 12.2.2018). Ähnlich provozierend wirken situativ eingesetzte, gegen anwesende Gegner gerichtete Nazi-Gesten (Hitlergruß), nonverbale Zeichen (Hakenkreuz) oder Reizvokabeln wie das von Silvio Berlusconi im EU-Parlament auf Martin Schulz bezogene Wort „Kapo“ (Süddeutsche Zeitung, 4.7.2003). Rhetorische Fragen, die eine Wiederkehr des Gleichen präsupponieren („hatten wir *das* nicht *schon einmal?*“), können bei entsprechend abrufbarem Wissen der Anwesenden ebenfalls als Gleichsetzungen mit NS-Praktiken verstanden werden. Ohne Mühe lesbar sind schließlich nach Art eines Diptychons nebeneinandergestellte Bilder, die den Betrachter zu einem gleichsetzenden Vergleich auffordern. Als prägnantes Beispiel sei auf eine Kampagne der Tierrechts-Organisation PETA verwiesen, die im Jahr 2004 unter dem Motto „[d]er Holocaust auf Ihrem Teller“ lanciert wurde. Eines der von PETA verbreiteten Doppelbilder zeigt auf der linken Seite ein bekanntes Foto ausgemergelter KZ-Gefangener in engen mehrstöckigen Betten, auf der rechten Seite eine Legebatterie mit Hühnern (VgT Schweiz, 20.3.2004/1.7.2007). Ein am oberen Bildrand einmontiertes Spruchband („Wo es um Tiere geht, wird jeder zum Nazi“) untermauert den ohnehin unmissverständlichen visuellen Vergleich. Zu beobachten ist hier erneut die Strategie der doppelten Gleichsetzung: Wer Fleisch aus Massentierhaltung isst oder die Massentierhaltung duldet, ist ein Nazi (Textbotschaft). Und die Haltung der Hühner in den Käfigen ist genauso zu beurteilen wie die Einpferchung der Gefangenen in den Konzentrationslagern (Bildbotschaft). Der Zentralrat der Juden in Deutschland klagte 2004 erfolgreich vor dem Berliner Kammergericht gegen die Kampagne; sieben der acht von PETA verbreiteten Bilder wurden in Deutschland verboten, und im Jahr 2009 bestätigte das Bundesverfassungsgericht das Urteil (Jüdische Allgemeine, 2.4.2009).

Sind Gleichsetzungen die bei weitem häufigste Form des empörenden Vergleichens, so gibt es auch Beispiele für die Nutzung der *Komparation*. Sogar mit Blick auf die Nazis und ihre Verbrechen ist es denkbar, dass jemand auf die Idee käme zu behaupten, irgendjemand oder etwas sei *schlimmer* (gewesen) als diese. Tatsächlich dürfte man in der frühen westdeutschen Nachkriegsgeschichte sol-

che Steigerungsformen gar nicht so selten finden, insbesondere in Kontexten, in denen es um den ‚Opfer‘-Status der Deutschen am Kriegsende ging. So erklärte im August 1947 kein geringerer als Konrad Adenauer, damals Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, dass bei den Vertreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten „noch unendlich viel größere Leiden angerichtet worden [seien] als in den Konzentrationslagern“ (zit. nach Paul 2003, S. 45). Von Protesten gegen diese Aussage, die er auf dem Parteitag der CDU in der britischen Zone getätigt hatte, ist nichts bekannt. Geschadet hat sie Adenauer jedenfalls nicht – ein Indiz dafür, wie schwach bei vielen Deutschen nur wenige Jahre nach dem Holocaust das Verständnis für die Gefühle der NS-Opfer und ihrer überlebenden Angehörigen war. Vierzig oder fünfzig Jahre später, nach der Sensibilisierung durch die Fernsehserie *Holocaust* (1979) und den Historikerstreit (1987), hätte eine ähnliche Komparation eines Spitzenpolitikers wahrscheinlich einen Aufschrei der Empörung ausgelöst.

Eine andere Form der Komparation wäre ein Satz wie ‚xy ist der oder das *schlimmste* seit den Nazis‘. Das vielleicht bekannteste Beispiel hierfür ist Willy Brandts Beschimpfung des damaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler in einem Fernsehduell mit Helmut Kohl im Mai 1985: „Ein Hetzer ist er“, so Brandt, „seit Goebbels der schlimmste Hetzer in diesem Land“ (Bonner Runde, 12.5.1985). An diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr die Bedeutung der Gleichartigkeitsannahme. Formal, an der Sprachoberfläche, handelt es sich um eine Komparation: Geißler ist dem Wortsinn der Aussage zufolge *weniger schlimm* als Goebbels es war. Aber die Provokation kommt durch die Gleichartigkeitsannahme zustande, hier explizit ausgedrückt in der Kategorie ‚Hetzer‘.

Festzuhalten ist, dass Komparationen ebenso empörend wirken können wie Gleichsetzungen. Mögen sie auch im Hinblick auf den Holocaust oder die Nazis seltener vorkommen, so heißt dies keineswegs, dass sie in früheren Geschichtsepochen und bezogen auf *comparata* wie etwa historische Figuren, die als Bösewichte galten (die Jakobiner im Frankreich der Restaurationsära, der Papst oder Luther in den Konfessionskämpfen des 16. Jahrhunderts) nicht viel häufiger gewesen sein können.

Außer Gleichsetzungen und Komparationen gilt es eine dritte Grundform des Vergleichens auf ihr Erregungspotenzial hin zu prüfen: Feststellungen weitreichender oder völliger Andersartigkeit, also Unterscheidungen. Auch derartige Vergleiche können empörend wirken, und zwar vornehmlich dann, wenn mit der Darstellung der Andersartigkeit eine negative Bewertung oder, bei mehreren verglichenen Entitäten (zum Beispiel Menschengruppen), eine *Hierarchisierung* einhergeht. Die klassischen Fälle sind herabsetzende Äußerungen gegenüber anderen Völkern, Minderheiten, Immigranten sowie generell alle Rassismen, Sexismen usw., die bei den Leser/-innen oder Hörer/-innen stets – allerdings oft implizit –

einen Vergleich mit einer ‚Wir‘-Gruppe evozieren sollen. Sprachlich können derartige Vergleiche etwa in der Gestalt kontrastierender parataktischer Konstruktionen auftreten: ‚x ist zivilisiert, y ist barbarisch‘. Möglich sind auch temporalisierende Vergleiche, bei denen eines der *comparata* ungenannt bleiben kann: ‚xy ist hoffnungslos rückständig‘ (verglichen mit uns). Allerdings können herabsetzende Vergleiche – formal gesehen – auch als Gleichsetzung auftreten: ‚xyz benehmen sich wie die Vandalen‘ (sind also nicht auf dem Stand der gegenwärtigen Zivilisation); ‚abc sind wilde Tiere‘ (und daher unterhalb der Schwelle zur Menschheit, also ‚Untermenschen‘).

Schließlich eignen sich auch visuelle Bilder, mit oder ohne Text, zur Darstellung einer Unterscheidung, die darauf setzt, dass die Betrachter/-innen einen hierarchisierenden Vergleich vollziehen. Als Beispiel sei auf ein Plakat verwiesen, mit dem die AfD im Mai 2019 in den Europa-Wahlkampf zog. „Damit aus Europa kein ‚Eurabien‘ wird“, lautete die ins Auge springende Textbotschaft. Das Plakatbild griff auf ein Gemälde des französischen Malers Jean-Léon Gérôme von 1866 zurück. Es zeigte durch Kopfbedeckungen (Turban, Fes) und dunklere Hautfarbe als Muslime kenntlich gemachte Männer, offensichtlich Sklavenhändler, die einer nackten weißen Frau im Vordergrund prüfend auf den Zahn fühlen. Die Scham der Frau wurde auf dem Plakat durch ein AfD-blaues Band mit der Aufschrift „Europäer wählen AfD!“ überdeckt (Tagesspiegel, 12.4.2019). Bild und Text suggerierten einen doppelten Temporalvergleich: einerseits einen kontrastierenden Vergleich des gegenwärtigen ‚weißen‘ Europa mit einem vergangenen, ‚dunklen‘ und sklavenhändlerischen Orient, andererseits einen Vergleich dieses gegenwärtigen Europa mit einem vorgestellten zukünftigen Zustand, in dem durch die Einwanderung muslimischer Männer das ‚weiße‘ Europa, symbolisiert durch die Frau, auf einen ‚orientalischen‘, früheren Zivilisationszustand gleichsam zurückgeworfen würde. Die Empörung resultierte außerdem daraus, dass, wie der *Tagesspiegel* aufdeckte, die auf dem Plakat in Anführungszeichen gesetzte Bezeichnung „Eurabien“ von dem rechtsextremistischen norwegischen Massenmörder Anders Breivik geprägt worden war.

4 Strategischer Gebrauch empörender Vergleiche: Diffamieren, Anerkennung gewinnen, Provozieren

Die mit empörenden Vergleichen im politischen Raum verfolgten Intentionen können im Detail vielfältig sein. Sie lassen sich aber weitgehend drei Haupttypen

zuordnen: der Diffamierung von Gegnern, dem Streben nach Anerkennung für eigenes Leid, der Provokation durch gezielte Tabubrüche zwecks Ausweitung der Grenzen des Sagbaren.

Dass Vergleiche mit Hitler, den Nazis und deren Verbrechen – oder in früheren Epochen mit anderen historischen Übeltätern und Untaten – häufig der *Diffamierung* von innenpolitischen Gegnern und äußeren Feinden dienen, ist evident. Die Praxis an sich dürfte universal und zeitlos sein. Beispiele aus der jüngeren Zeitgeschichte sind genannt worden; weitere hier aufzuführen, würde zu weit führen und ist für die Bestätigung der vorläufigen Typologie auch nicht nötig. Aus historischer Sicht ist es zweifellos lohnend, eine Langzeitgeschichte des diffamierenden Vergleichens einschließlich der dadurch ausgelösten Emotionen zu schreiben. Neben der vordergründigen Frage nach den wechselnden Referenzobjekten, also den jeweils ultimativen Bösewichten, Verbrechen oder Übeln in bestimmten Zeiten und Räumen, wäre vor allem zu klären, ob sich die Verlaufsformen und Reaktionsmuster geändert haben, etwa durch Medienumbrüche. Weiterhin müsste man untersuchen, inwieweit sich die Diffamierungs, Erregungs- und Entschuldigungspraktiken je nach Art des Konflikts unterscheiden, so etwa wenn es um innere (nahe) Gegner geht, mit denen man weiter kommunizieren muss, oder um äußere (ferne) Feinde, deren Empörung nicht unmittelbar auf die Vergleichenden zurückfällt. Schließlich wäre mit Blick auf die Zeitgeschichte seit 1945 zu prüfen, ob die seit einigen Jahrzehnten zweifellos erhöhte Sensibilität für verletzendes Sprechen – Stichwort ‚Political Correctness‘ – die Strategien des diffamierenden Vergleichens und die Reaktionen darauf verändert hat. Zum letztgenannten Punkt folgen weiter unten noch einige Bemerkungen.

Zuvor jedoch sei auf den zweiten Typ des strategischen Gebrauchs empörender Vergleiche eingegangen, die Nutzung zum Zweck des *Erheischens von Anerkennung*, insbesondere für erfahrenes Leid. Selbstvergleiche mit anderen – früheren und gegenwärtigen – Opfergruppen sind strukturell immer möglich, und auch hier dürfte man nicht fehlgehen in der Annahme, dass es sich um eine Praxis handelt, für die man auch in älteren Geschichtsepochen Beispiele finden kann. Im Prinzip handelt es sich zunächst um *skandalisierende* Vergleiche, die auf ein erlittenes Unrecht, etwa einen Völkermord, aufmerksam machen wollen. Zu *empörenden* Vergleichen werden sie dann, wenn sich die zum Vergleich herangezogenen Opfergruppen, beispielsweise die jüdischen NS-Opfer bzw. deren Nachfahren, gegen die explizite Gleichsetzung oder implizite Gleichartigkeitsannahme wehren, die in dem jeweiligen Vergleich enthalten sind. Das Beharren auf der Einzigartigkeit des jeweils erlittenen Leids ist dann die Gegenstrategie der Wahl. Es steht nun zu vermuten, dass das *Empörungspotenzial* derartiger Vergleiche gestiegen ist, seitdem die NS-Verbrechen und besonders der Holocaust zum weltweiten und ultimativen Maßstab für den Status eines Opfers geworden sind, dem

Anerkennung, Hilfe oder Entschädigung gebühre. Die späten 1960er Jahre scheinen dabei eine wichtige Schwelle auf dem Weg zur Universalisierung des Holocausts als Referenzgröße gewesen zu sein.

Ein frappantes Beispiel aus der Schwellenzeit der späten 1960er Jahre ist die propagandistische Nutzung des Auschwitz-Vergleichs – der Begriff ‚Holocaust‘ war damals noch nicht geprägt – durch die sezeptionistische Seite im nigerianischen Bürgerkrieg um Biafra von 1968. Der Historiker Lasse Heerten hat gezeigt, dass sich international tätige Fürsprecher/-innen der Sezessionisten ikonographisch und rhetorisch des Vergleichs mit dem Schicksal der Juden und anderer Konzentrationslager-Opfer bedienten, um Sympathie für die aufständischen Igbo zu wecken und die internationale Gemeinschaft zu einer (nicht nur humanitären) Intervention in den Konflikt zu drängen. Aktivisten der Biafra-Sezessionisten bezeichneten die Igbo damals als „die Juden Afrikas“ (Heerten 2017, S. 184 f.), und Bilder der verhungerten oder an Hunger gestorbenen Biafra-Kinder, die an bekannte Fotos von Gefangenen oder Leichen aus den befreiten NS-Konzentrationslagern erinnerten, gingen um die Welt. Die von der Gesellschaft für bedrohte Völker herausgegebene Zeitschrift *Pogrom* brachte im August 1970 auf dem Titelseitencover eine als Diptychon angelegte Zeichnung (Heerten 2011, S. 14). Sie erinnerte durch die Bildbotschaft an die Konzentrationslager-Insassen und stellte mit der auffälligen Gegenüberstellung der großen Kapitallettern A (für Auschwitz) und B (für Biafra) eine Parallele zum Judenmord in den Vernichtungslagern her (Abb. 4).

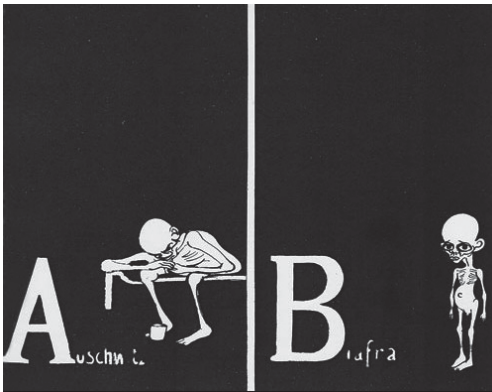


Abb. 4: Auschwitz-Biafra, *Pogrom* 1, Nr. 4/5, August/September 1970, Titelseite (aus: Heerten 2011, S. 14)

Heerten hat ebenfalls belegt, dass sich jüdische Organisationen in den USA und andernorts damals, in den späten 1960er Jahren, nicht nur engagiert an den

Hilfsaktionen für die Igbo beteiligten, sondern auch die Parallelen zum Judenmord in Europa keineswegs anstößig fanden, ja zum Teil sogar selbst zogen. Die Mahnung, dass Derartiges ‚nie wieder‘ geschehen dürfe, und die Möglichkeit, einen zu befürchtenden Völkermord in Afrika noch verhindern zu können, rechtfertigten in ihren Augen die Analogien zum eigenen früheren Schicksal. So druckte etwa die in New York erscheinende *Jewish Press* die Anzeige eines Biafra-Hilfskomitees ab, die oberhalb eines typischen Biafra-Kinder-Fotos in fettgesetzten Lettern die Zahl „6 million“ zeigte und den Hilfeaufruf unter dem Foto mit den ebenfalls groß und fett gesetzten Worten „Dear God, not again“ einleitete (Heerten 2017, S. 181 f., 196, 203). Heerten kommt aufgrund seiner Befunde zu dem einleuchtenden Schluss, dass die im Zuge der Biafra-Unterstützung angestellten Vergleiche erheblichen Anteil daran hatten, die erstmals 1943/44 vom polnischen Völkerrechtler Raphael Lemkin geprägte Kategorie ‚Genozid‘ mit dem Geschehen, das später als ‚Holocaust‘ auf den Begriff gebracht wurde, in Verbindung zu bringen und beides überhaupt erst ins historisch-politische Bewusstsein einer breiten Weltöffentlichkeit zu heben, so dass Staaten wie etwa Großbritannien sich nun erst genötigt sahen, die schon 1948 verkündete UN-Konvention gegen Genozide zu ratifizieren (Heerten 2017, S. 178, 189, 202).

Der hier vorgeschlagenen Terminologie folgend, müsste man die Auschwitz-Vergleiche während des Biafra-Bürgerkriegs als (erfolgreiche) ‚skandalisierende Vergleiche‘ bezeichnen. Empörend wirkten sie in den späten 1960er Jahren offenbar noch nicht, obwohl sie sprachlich-formal und rhetorisch-strategisch nicht anders funktionierten, ja sogar drastischer ausfielen, als Alexandria Ocasio-Cortez‘ umstrittener Konzentrationslager-Vergleich von 2019. Die daraus abzuleitende These wäre, dass zwischen 1970 und 2020 ein Sensibilisierungsprozess stattgefunden haben muss. Wenn die erfolgreiche Biafra-Kampagne einen Anstoß dazu gab, durch vergleichende Bezüge auf den Judenmord (seit 1979 ‚Holocaust‘) weltweit Anerkennung für die Opfer zu gewinnen, war es die seitdem einsetzende Multiplikation ähnlicher Kampagnen, die zu vermehrtem Nachdenken über die Unverhältnismäßigkeit derartiger Vergleiche geführt hat. Empörte Reaktionen gegen die darin enthaltenen Gleichartigkeitsannahmen waren die Folge, und das Insistieren auf der Singularität des Holocaust ergab sich als logische Konsequenz. Die rezente Einführung der hebräischen Bezeichnung ‚Shoah‘ war schließlich der Versuch, diesem einmaligen Geschehen einen nicht austauschbaren Namen zu geben. Die in der neueren historischen Genozid-Forschung unter dem Stichwort „Opferkonkurrenz“ thematisierten Auseinandersetzungen (vgl. Sémelin 2007, S. 13–15, 335–396, 416–421; Nietzel 2010) sind als Teil des Sensibilisierungsprozesses der Jahrzehnte seit 1970 zu verstehen. Darüber hinaus wäre zu prüfen, ob der hier skizzierte Verlauf ein wiederholbares, auch in früheren Geschichtsepochen auffindbares Muster darstellt: Erfolgreiche skandalisierende Vergleiche

rufen Nachahmungseffekte hervor, diese lösen bei einigen so Vergleichenen verstärktes Unbehagen wegen der (Un-)Verhältnismäßigkeit dieser Vergleiche und in der Folge vermehrte Empörung aus, bis es zur offensiven Gegenstrategie des Singularitätspostulats kommt.

An dieser Stelle findet nun der dritte Typ der strategischen Verwendung empörender Vergleiche, die *Provokation*, ihren Platz. Es ist nach dem zuvor Gesagten evident, dass sich mit der gestiegenen Sensibilität für die (Un-)Angemessenheit von NS- und insbesondere Holocaustvergleichen in den vergangenen Jahrzehnten die Wahrscheinlichkeit erhöht hat, dass derartige Vergleiche zu Provokationszwecken unternommen werden. Ihre (gefühlte) Zunahme gerade in jüngster Zeit dürfte auch diesem Effekt geschuldet sein. Eine gesellschaftlich breit geteilte Norm des zulässigen Redens lässt ihre gezielte Verletzung für diejenigen zu einer attraktiven Option werden, die entweder lediglich sich selbst und ihr Anliegen in ein möglichst grelles Licht rücken wollen oder aber – grundsätzlicher und schwerwiegender – die betreffende Norm und die ihr zugrundeliegenden Annahmen nicht anerkennen und bekämpfen.

Die Grenzen zwischen naiv-unbedachten Provokationen, die ‚nur‘ dem Zweck dienen, irgendeine eigene Betroffenheit zu unterstreichen, und gezielten Provokationen, die es darauf anlegen, die Grenzen des Sagbaren auszudehnen, sind fließend und nur im Einzelfall genauer zu bestimmen. Wenn ein Spitzenpolitiker wie der damalige hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) im Jahr 2002 in einer Debatte über Vermögenssteuerpläne der SPD im Hessischen Landtag dem Verdi-Vorsitzenden Bsirske vorwarf, er habe durch das Nennen der Namen von höher zu steuernden Reichen „Menschen mit einer neuen Form von Stern an der Brust“ kenntlich gemacht, so bewegte er sich damit ziemlich knapp entlang der Grenze zwischen bloß unreflektiertem Sprachgebrauch und gezielter Provokation; seine durch die Proteste im Landtag erzwungene Entschuldigung, er habe sich da wohl „vergaloppiert“, wurde von den Anwesenden jedenfalls nur widerwillig angenommen (vgl. Weinert 2018, S. 214–220). Eher dem Subtyp naiv-unbedachter Provokation zuzurechnen sind einige der jüngst vorgefallenen, eingangs erwähnten Selbstgleichsetzungen mit NS-Opfern im Zusammenhang mit den Corona-Protesten, etwa die ‚gefühlte‘ Affinität der jungen ‚Querdenkerin‘ zu Sophie Scholl, mit erheblichen Einschränkungen auch die inszenierte Selbststigmatisierung der Impfgegner mit ‚ungeimpft‘-Judensternen.

Vollends zur Kategorie des gezielten Tabubruchs zwecks Ausdehnung der Grenzen des Sagbaren gehören die Versuche rechtsextremer Parteien, durch historische Vergleiche die NS-Herrschaft und damit auch den Holocaust zu verharmlosen, so wenn Alexander Gauland (AfD) am 2. Juni 2018 in einer Rede vor jungen Parteimitgliedern erklärte, Hitler und die Nazis seien „nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte“ (afdbundestag.de/Gauland, 2.6.2018). Aggres-

siver noch die Opfer des Holocaust verhöhnend und aufs Neue bedrohend sind verbale Anspielungen auf das Vokabular und die Praxis des Judenmords, wie sie auf einem Wahlplakat zu lesen waren, das die NPD im August 2011 anlässlich des Wahlkampfs zum Berliner Abgeordnetenhaus an vielen Orten der Stadt, unter anderem vor dem Jüdischen Museum, aufhängte. „GAS geben“ lautete die – in Anführungszeichen gesetzte – Textbotschaft. Das Hintergrundbild zeigte den NPD-Spitzenkandidaten in Lederkluft auf einem Motorrad sitzend. Dass die scheinbar harmlose Bildbotschaft die menschenverachtende und kodiert-antisemitische Textbotschaft nicht verdecken konnte, bewiesen die empörten Reaktionen vieler Berliner/-innen auf dieses Plakat (spiegel.de, 11.8.2011, mit Foto; vgl. auch Weinert 2016, S. 56, 126, 210). Es ist für die rechtsextremistischen Grenzüberschreitungen typisch, dass sie juristisch anfechtbare Aussagen zu vermeiden suchen; ein Vergleich zwischen der NS-Judenvernichtung und den Zielen der NPD liegt an der Sprach- und *Bildoberfläche* nicht vor. Die Urheber derartiger Texte und Bilder setzen aber darauf, dass die einverständigen Adressaten, also die Anhänger der rechtsextremistischen Parteien, einen solchen Vergleich vollziehen und die Botschaft (rücksichtsloses Vorgehen gegen alle als ‚nicht-deutsch‘ angesehenen Personen) sehr wohl verstehen.

Beunruhigend an den provozierenden Vergleichsstrategien der Rechtsradikalen sind nicht nur die Aussagen selbst, sondern auch die Gefahr, dass sie ihren Urhebern scheinbar unausweichlich Terraingewinne zu beschern drohen. In jedem Fall erzeugen sie mediale Aufmerksamkeit – im heutigen Zeitalter überbordender Information die vielleicht wichtigste Währung im politischen Meinungskampf. Entschließen sich die Demokraten zum Gegenangriff, antworten die Rechtsradikalen mit dem bei ihnen beliebten Sprachspiel der Selbstdarstellung als Opfer von vermeintlichen ‚Meinungsdiktaten‘, angeblich übertriebener ‚Political Correctness‘ und ‚Lügenpresse‘-Kampagnen. Lassen die Gegner hingegen derartige Äußerungen unkritisiert durchgehen, sei es aus Nachlässigkeit oder weil sie die Sprachstrategien der versteckten NS-Parallelen nicht erkennen oder auf eine Gegenstrategie des Beschweigens setzen, haben die Rechten ebenfalls einen Gewinn erzielt, denn dann haben sie die Grenzen des ungestraft Sagbaren erneut ein Stück weit verschoben. Empörung allein dürfte nicht genügen, um diesen Effekt zu vermeiden. Aufklärung über die Funktionsweise der offenen wie versteckten NS- und Holocaustvergleiche bleibt die beste verfügbare Gegenwehr.

5 Ausblick: vorläufige Bemerkungen zu einer Geschichte des empörenden Vergleichens

Eine Geschichte der sprachlichen, visuellen und performativen Formen sowie der Konjunkturen, strategischen Verwendungen und Effekte des empörenden Vergleichens, die den Rahmen der Zeitgeschichte nach 1945 verlässt und ältere Epochen sowie nicht-westliche Weltregionen einbezieht, ist noch nicht geschrieben. Die in diesem Aufsatz anhand neuerer NS- und Holocaustvergleiche entwickelten typologisierenden Versuche können dafür nicht mehr als einen ersten Anhaltspunkt bieten. Drei Bemerkungen zu möglichen Richtungen weiterer Forschung seien hinzugefügt.

Erstens. Ich gehe davon aus, dass Konflikte innerhalb und zwischen Religionsgemeinschaften und Konfessionen in der europäischen Geschichte von den Ketzerverfolgungen des Mittelalters über die Reformationszeit bis in die Kulturkämpfe des 19. Jahrhunderts den vielleicht wichtigsten Stoff für empörende Vergleiche geliefert haben. Im Rahmen dieser Konflikte dürfte eine Form des empörenden Vergleichens prominent sein, die nicht in die Muster der diffamierenden, skandalisierenden, Anerkennung erheischenden und provozierenden Vergleiche passt, die in diesem Aufsatz präsentiert wurden. Gemeint sind Vergleiche, die den jeweiligen Gott oder einen Heiligen oder Propheten mit Vorgängen, Vorstellungen oder Personen, auch anderen Göttern, gleichsetzen oder auch nur assoziieren und damit gegen ein religiöses Vergleichsverbot verstoßen, das zumindest den monotheistischen Religionen gemeinsam ist. Man könnte hier von ‚blasphemischen Vergleichen‘ sprechen.

Zweitens. Anknüpfend an die in diesem Aufsatz angebotenen Überlegungen zu den Formen und Konjunkturen empörender NS- und Holocaustvergleiche könnte man die These prüfen, dass es für empörende Vergleiche generell so etwas wie einen historischen ‚Lebenszyklus‘ gibt (teilweise angelehnt an Weinert 2016, S. 104–107): Auf eine *Latenzphase*, also eine lediglich skandalisierende oder naiv-unbedachte Verwendung bei nur gelegentlicher Aufregung in Extremfällen, würde eine *Thematisierungsphase* folgen, in der von Einzelfällen abstrahierend eine Metadiskussion über die jeweilige Vergleichspraxis selbst beginnt. Durch diese Metadiskussion mit ausgelöst, würde sich eine *Dynamisierungsphase* anschließen, die durch ein Wechselspiel von erhöhter Sprachsensibilität einerseits, dadurch gesteigertem Provokationspotenzial andererseits und somit insgesamt vermehrten Gebrauch entsprechender Vergleiche gekennzeichnet ist. Diese Phase würde übergehen in eine *Ritualisierungsphase*, in der es zur Erstarrung der Vergleichspraxis in Routinen kommt, die auch spielerischen Charakter (Satire) annehmen können. Schließlich könnte man eine *Phase des Verschwindens* annehmen, in der die

öffentliche Erinnerung an denjenigen Problemkomplex verblasst, durch den die Empörungsbereitschaft ausgelöst wurde. Vergleiche mit Bezügen auf die Terrorherrschaft der Jakobiner sind heute nicht mehr geeignet, Empörung hervorzurufen. Im Fall des NS und des Holocaust allerdings ist nicht einmal die vorletzte Phase (Ritualisierung) erreicht, und es steht erst recht nicht zu erwarten, dass die letzte Phase (Verschwinden) in absehbarer Zukunft eintreten wird. Die voraussichtlich noch lange Persistenz des NS und des Holocaust als Referenzpunkt für empörende Vergleiche könnte damit zusammenhängen, dass sich die erinnernden und vergleichenden Bezüge darauf seit den 1960er Jahren globalisiert haben, damit nicht mehr national oder konfessionell eingegrenzt sind und folglich in immer neuen Konstellationen abrufbar bleiben.

Drittens. Gegen die Annahme eines Verblassens des Holocaust als Referenzgröße für Vergleiche könnten auch die medialen Strukturveränderungen der Jahrzehnte seit etwa 2000 sprechen. Der Übergang von der *one-to-many*-Kommunikation der klassischen Massenmedien (die zugleich stark nationalsprachlich gebunden blieben) hin zur universalen Gleichzeitigkeit einer *many-to-many*-Kommunikation der sogenannten Sozialen Medien könnte dazu führen, dass es immer neue Gruppen geben wird, die sich fortwährend oder von neuem – ähnlichen Vergleichsmustern folgend – empören. Die kritische Metadiskussion wirkt in diese Empörungsschleifen hinein (als eine Stimme unter vielen), ohne die Vergleichspraktiken selber oder die Reaktionen darauf nennenswert zu ändern.

Um diese letzte Hypothese zu stützen, könnte man auf Godwin's Law verweisen. Dieses Gesetz, benannt nach seinem Erfinder Mike Godwin, lautet: „As an online discussion grows longer, the probability of a comparison involving Nazis or Hitler approaches 1“ (Washington Post, 14.8.2017). Mike Godwin hat übrigens die Angewohnheit, sich in Online-Diskussionen, in denen es zu NS-Vergleichen kommt, aktiv einzumischen. In der Debatte über Ocasio-Cortez' Vergleich der Flüchtlingslager an der Grenze zu Mexiko mit den NS-Konzentrationslagern war das der Fall. Drei Tage nach Ocasio-Cortez' ursprünglichem Tweet meldete sich ein gewisser Mister Kookookajoo mit der Frage zu Wort, wann man endlich die „Debatte über das richtige Reden über das Geschehen“ hinter sich lassen werde, um etwas zur Beendigung des Geschehens (an der Grenze) zu tun (@MrKookookajoo, 21.6.2019). Godwin antwortete, dass die einzige Möglichkeit, über die Debatte über das (richtige) Sprechen hinwegzukommen, darin bestehe, nicht daran teilzunehmen (@sfmnemonic, 21.6.2019):



Abb. 5: Tweet von Mister Kookookajoo und Retweet von Mike Godwin, 21.6.2021

Dieser Aufsatz hat hoffentlich gezeigt, dass es keineswegs zielführend ist, sich aus der Debatte über empörende Vergleiche herauszuhalten, dass man sie vielmehr sprach- und geschichtswissenschaftlich informiert führen sollte, um diese Praktiken besser zu verstehen und vielleicht sogar eindämmen zu können.

Twitter- und Internetquellen

- @AOC [Alexandria Ocasio-Cortez] (18.6.2019): twitter.com/AOC/status/1140968240073662466?s=20; twitter.com/AOC/status/1140990518974976000?s=20 (Stand: 15.7.2019).
- @MrKookookajoo (21.6.2019): twitter.com/MrKookookajoo/status/1141856406989135877?s=20 (Stand: 15.7.2019).
- @sfmnemonic [Mike Godwin] (21.6.2019): twitter.com/sfmnemonic/status/1141856602397597697?s=20 (Stand: 15.7.2019).
- @simonwiesenthal (18.6.2019): twitter.com/simonwiesenthal/status/1141085228070395904?s=20 (Stand: 15.7.2019).
- afdbundestag.de/Gauland, Alexander (2.6.2018): Wortlaut der umstrittenen Passage der Rede von Alexander Gauland. Beim Kongress der Jungen Alternative am 2. Juni [2018]. <https://afdbundestag.de/wortlaut-der-umstrittenen-passage-der-rede-von-alexander-gauland/> (Stand: 26.4.2021).
- Bonner Runde (12.5.1985): Willy Brandt über Heiner Geißler. In: Youtube: „Legendärer Kanzlerstreit“. Bonn: ARD/ZDF. <https://youtu.be/l5QLzifftAE> (Stand: 23.4.2021).
- Frankfurter Rundschau (9.7.2019): Sind Holocaust-Vergleiche tabu? Alexandria Ocasio-Cortez löst Debatte in den USA aus. Beitr. v. Arno Widman. www.fr.de/kultur/alexandria-ocasio-cortez-streit-ueber-holocaust-vergleich-12776838.html (Stand: 15.7.2019).
- Haaretz (19.6.2019): ‚I have not used that word‘. Bernie Sanders distances himself from AOC’s ‚concentration camps‘ comparison. www.haaretz.com/us-news/.premium-bernie-sanders

- distances-himself-from-aoc-s-concentration-camps-comparison-1.7394013 (Stand: 15.7.2019).
- journalistenwatch.com (2020): Merkel, 2020: „Bevölkerungsschutzgesetz“/Hitler, 1933: „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“. Foto. www.journalistenwatch.com/wp-content/uploads/2020/11/demo-corona-1.jpg (Stand: 17.4.2021).
- Jüdische Allgemeine (2.4.2009): PETA-Kampagne: Unvergleichbar. Karlsruhe verbietet PETA-Kampagne. Beitr. v. Katrin Richter. www.juedische-allgemeine.de/allgemein/unvergleichbar/ (Stand: 15.2.2021).
- New York Review of Books (1.7.2019): An open letter to the director of the US Holocaust Memorial Museum. Beitr. v. Omer Bartov, Doris Bergen, Andreas Orzoff, Timothy Snyder, Anika Walke. www.nybooks.com/daily/2019/07/01/an-open-letter-to-the-director-of-the-holocaust-memorial-museum/ (Stand: 15.7.2019).
- spiegel.de (11.8.2011): NPD-Wahlkampf. „Gas geben“-Slogan empört Berliner Politiker. Beitr. v. Annelie Naumann. www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-wahlkampf-gas-geben-slogan-empoert-berliner-politiker-a-779022.html (Stand: 26.4.2021).
- stern.de (2020): Judenstern mit Aufschrift 'ungeimpft' auf T-Shirt. Foto. <https://image.stern.de/9283152/16x9-940-529/7d0af81bb336590bb45dcbfc4eedd3c4/Ax/umgeimpft.jpg> (Stand: 17.4.2021).
- Süddeutsche Zeitung (4.7.2003): Dokumentation des Konflikts: Schulz, Berlusconi, Schröder und das Europa-Parlament. www.sueddeutsche.de/politik/dokumentation-des-konflikts-schulz-berlusconi-schroeder-und-das-europa-parlament-1.651304 (Stand: 23.4.2021).
- Süddeutsche Zeitung (22.11.2020): Vorfall bei „Querdenken“-Demo: „Ja hallo, ich bin Jana aus Kassel“. Eine Frau, die gegen die Corona-Politik der Regierung demonstriert, stellt in Hannover einen verquerten Sophie-Scholl-Vergleich an. Das dazugehörige Video macht im Netz die Runde. Beitr. v. Peter Burghardt. www.sueddeutsche.de/politik/hannover-sophie-scholl-querdenken-coronavirus-1.5123595 (Stand: 15.2.2021).
- Tagesspiegel (12.4.2019): AfD Europawahlkampf in Berlin. Die nackte Frau und die bösen Turbanträger. Mit Abb. Beitr. v. Alexander Fröhlich. www.tagesspiegel.de/berlin/afd-europawahlkampf-in-berlin-die-nackte-frau-und-die-boesen-turbantraeger/24214994.html (Stand: 15.2.2021).
- USHMM (24.6.2019) = United States Holocaust Memorial Museum: Statement regarding the museum's position on Holocaust analogies. www.ushmm.org/information/press/press-releases/statement-regarding-the-museums-position-on-holocaust-analogies (Stand: 15.7.2019).
- VgT Schweiz (20.3.2004/1.7.2007) = Verein gegen Tierfabriken Schweiz: Holocaust der Tiere – der umstrittene PETA-Vergleich. Der oberste Gerichtshof Österreichs gibt PETA recht. Beitr. v. Erwin Kessler, Präsident VgT. Artikel mit Bilderserie. Aktual. am 1.7.2007. www.vgt.ch/news2004/040320.htm (Stand: 15.2.2021).
- Washington Post (14.8.2017): Internet culture. The creator of Godwin's Law explains why some Nazi comparisons don't break his famous internet rule. Beitr. v. Abby Ohlheiser. www.washingtonpost.com/news/the-intersect/wp/2017/08/14/the-creator-of-godwins-law-explains-why-some-nazi-comparisons-dont-break-his-famous-internet-rule/ (Stand: 26.4.2021).
- Der Westen (31.1.2020): Fridays for Future: Klimaaktivist Tom Radtke sorgt mit Aussage für Entsetzen: „Klima-Holocaust“. Essen: Funke Medien Nordrhein-Westfalen. www.derwesten.de/politik/fridays-for-future-tom-radtke-holocaust-luisa-neubauer-id228264323.html (Stand 23.4.2021).

Zeit online (12.2.2018): Dresden im Februar: Zwischen AfD und Neonazis. Beitr. v. Christoph Hedtke, Henrik Merker. In: Blog „Störungsmelder“. Artikel mit Bilderserie. U. a. Foto einer Demonstrantengruppe mit Transparent ‚Bombenholocaust‘. https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/02/12/dresden-im-februar-zwischen-afd-und-neonazis_25551 (Stand: 23.4.2021).

Literatur

- Benz, Wolfgang (2016): Die Funktion von Holocaustleugnung und Geschichtsrevisionismus für die rechte Bewegung. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. 2., aktual. u. erw. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 211–228.
- Cesarani, David (2001): Does the singularity of the Holocaust make it incomparable and inoperative for commemorating, studying and preventing genocide? Britain's Holocaust Memorial Day as a case study. In: The Journal of Holocaust Education 10, 2, S. 40–56.
- Danyel, Jürgen (Hg.) (1995): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. (= Zeithistorische Studien 4). Berlin: Akademie-Verlag.
- Davy, Ulrike/Grave, Johannes/Hartner, Marcus/Schneider, Ralf/Steinmetz, Willibald (2019): Grundbegriffe für eine Theorie des Vergleichens. Ein Zwischenbericht. (= Praktiken des Vergleichens. Working Paper des SFB 1288 3). Bielefeld: Universität Bielefeld. DOI: doi.org/10.4119/unibi/2939563.
- Dubié, Helmut (1999): Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München: Hanser.
- Eitz, Thorsten/Stötzel, Georg (2007): Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch. Bd. 1. Hildesheim: Olms.
- Eitz, Thorsten/Stötzel, Georg (2009): Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch. Bd. 2. Hildesheim: Olms.
- Giesel, Linda (2019): NS-Vergleiche und NS-Metaphern. Korpuslinguistische Perspektiven auf konzeptuelle, strukturelle und funktionale Charakteristika. (= Linguistik – Impulse & Tendenzen 84). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Grosser, Alfred (1993): Verbrechen und Erinnerung. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
- Hachtmann, Rüdiger (2017): Wie einzigartig war das NS-Regime? Autoritäre Herrschaftssysteme der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Vergleich – ein Forschungsbericht. In: Neue Politische Literatur 62, 2, S. 229–280.
- Heerten, Lasse (2011): A wie Auschwitz, B wie Biafra. Der Bürgerkrieg in Nigeria (1967–1970) und die Universalisierung des Holocaust. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 8, 3. Internet: <https://zeithistorische-forschungen.de/3-2011/4516> (Stand: 11.8.2021).
- Heerten, Lasse (2017): The Biafran War and postcolonial humanitarianism. Spectacles of suffering. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Klüger, Ruth (2003): Weiter leben. Eine Jugend. Ungek. Ausg., 11. Aufl. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

- Marchart, Oliver (2003): Umkämpfte Gegenwart. Der „Zivilisationsbruch Auschwitz“ zwischen Singularität, Partikularität, Universalität und der Globalisierung der Erinnerung. In: Uhl, Heidemarie (Hg.): Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts. (= Gedächtnis, Erinnerung, Identität 3). Innsbruck: StudienVerlag, S. 35–65.
- Margalit, Avishai/Motzkin, Gabriel (1997): Die Einzigartigkeit des Holocaust. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 45, 1, S. 3–18.
- Mecklenburg, Jens/Wippermann, Wolfgang (Hg.) (1998): „Roter Holocaust“? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus. Hamburg: Konkret-Literatur-Verlag.
- Mercer, Ben (2017): Specters of fascism. The rhetorics of historical analogy in 1968. In: The Journal of Modern History 88, 1, S. 96–129.
- Möller, Horst (Hg.) (1999): Der Rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“. München: Piper.
- Nietzel, Benno (2010): Asymmetrie, Opferkonkurrenz, Reziprozität. Zur Erforschung transnationaler Wiedergutmachungsprozesse seit Ende des Kalten Krieges. In: Hofmann, Birgit/Wezel, Katja/Hammerstein, Katrin/Fritz, Regina/Trappe, Julia (Hg.): Diktaturüberwindung in Europa. Neue nationale und transnationale Perspektiven. (= Akademiekonferenzen 2). Heidelberg: Winter, S. 53–68.
- Paul, Johann (2003): Debatten über Nationalsozialismus und Rechtsextremismus im Landtag Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 2000. (= Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen 14). Düsseldorf: Landtag Nordrhein-Westfalen.
- Poitschek, Agnes Maria (2021): Der „Nazi-Vergleich“ im Diskurs um die Präsidentschaft Donald Trumps in der deutschen Presse. Masterarb. Betreuer: Jürgen Spitzmüller. Wien: Universität Wien.
- Schiffirin, Deborah (2001): Language and public memorial: America's concentration camps. In: Discourse & Society 12, 4, S. 505–534.
- Sémelin, Jacques (2007): Säubern und Vernichten. Die Politik der Massaker und Völkermorde. Hamburg: Hamburger Edition.
- Steinbacher, Sybille (Hg.) (2012): Holocaust und Völkermorde. Die Reichweite des Vergleichs. Hrsg. im Auftr. des Fritz-Bauer-Instituts. (= Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 2012). Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Stötzel, Georg (1989): Zur Geschichte der NS-Vergleiche von 1946 bis heute. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 261–276.
- Stötzel, Georg (1995): Der Nazi-Komplex. In: Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (Hg.): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. (= Sprache, Politik, Öffentlichkeit 4). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 355–382.
- von Sass, Hartmut (2011): Vergleiche(n). Ein hermeneutischer Rund- und Sinkflug. In: Mauz, Andreas/von Sass, Hartmut (Hg.): Hermeneutik des Vergleichs. Strukturen, Anwendungen und Grenzen komparativer Verfahren. (= Interpretation interdisziplinär 8). Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 25–47.
- Weinert, Frederik (2016): Mit Hitler zum Medienskandal. Skandal oder Skandalisierung? Eine medien- und kommunikationslinguistische Analyse von NS-Vergleichen und Verweisen auf den Nationalsozialismus als Auslöser für öffentliche und massenmediale Empörung. Diss. Passau: Universität Passau. Internet: <https://opus4.kobv.de/opus4-uni-passau/frontdoor/index/index/docId/453> (Stand: 11.8.2021).

- Weinert, Frederik (2018): Nazi-Vergleiche und Political Correctness. Eine sprach- und kommunikationswissenschaftliche Analyse. (= Nomos Universitätsschriften. Medien und Kommunikation 5). Baden-Baden: Nomos.
- Wette, Wolfram (2004): Saddam Hussein als Widersänger Hitlers? NS-Vergleiche in der Kriegspropaganda von Demokratien. In: Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter (Hg.): Demokratien im Krieg. (= AFK-Friedensschriften 31). Baden-Baden: Nomos, S. 109–126.
- Wodak, Ruth (2015): The politics of fear. What right-wing populist discourses mean. Los Angeles/London/New Delhi: Sage.

Heidrun Kämper (Mannheim)/Britt-Marie Schuster (Paderborn)

Forschungskontext

Die folgenden Beiträge von Heidrun Kämper, Britt-Marie Schuster, Nicole Wilk, Friedrich Markewitz, Mark Dang-Anh und Stefan Scholl stehen im Kontext zweier von der DFG geförderter Forschungsprojekte, die unter dem Gesichtspunkt einer sprachlichen Sozialgeschichte 1933 bis 1945 – als Tandemprojekte – seit 2018 von Britt-Marie Schuster, Nicole Wilk und Friedrich Markewitz in Paderborn und von Mark Dang-Anh, Stefan Scholl und Heidrun Kämper am IDS realisiert werden. Es sind jeweils Dreijahresprojekte, die 2021 abgeschlossen werden.

Zur Einordnung der genannten Beiträge soll zuvor kurz in die Projektkonzeption eingeführt und ein Überblick über die Forschungsgegenstände gegeben werden.¹

Dem Zugang zu den beiden Kooperationsprojekten liegt eine nach Akteuren unterscheidende Analyseperspektive zugrunde. Die Akteursspezifizierung der Untersuchung ist deshalb elementar, weil die Position der Sprechenden und ihre Funktion im Diskurs der entscheidende soziopragmatische Faktor ihres Sprachgebrauchs generell ist. Darüber hinaus kann für die Jahre 1933 bis 1945 festgestellt werden: Der Sprachgebrauch derjenigen Akteure, die das Regime repräsentieren, Hitler und Goebbels insbesondere, ist recht gut untersucht, während wir wenig wissen über den Sprachgebrauch der breiten Gesellschaft und der von ihr Ausgeschlossenen. Im Sinn einer sprachlichen Sozialgeschichte liegt daher der Fokus auf einer sprachlichen Realität, die bisher wenig sprach-, kommunikations- und diskursgeschichtliche Aufmerksamkeit erfahren hat.

Unsere Forschungen folgen dem Prinzip, die historisch für die Jahre 1933 bis 1945 relevanten und an spezifische Akteure rückgebundenen sprachlichen Realisationsformen zu beschreiben. Diese Akteursspezifität entspricht z. B. der Frage der perspektivenbedingten Sachverhaltskonstituierung oder der akteursabhängigen Referenz auf das nationalsozialistische Exklusionsprinzip oder akteursspezifischer sprachlicher Praktiken, wie z. B. Positionierungen, deontischer Markierungen und Argumentationsweisen.

Entsprechend ist das Korpus aufgebaut: Die Texte sind den Kategorien NS-Apparat, Integrierte Gesellschaft (diese weiter unterschieden nach NS-affin und dissident), Ausgeschlossene und Widerstand zugewiesen. Es handelt sich um edierte Texte oder um in Archiven erhobene Sprachdaten, die digitalisiert und in eine Datenbank überführt wurden.

¹ Das Projektkonzept ist ausführlich dargestellt in Kämper (2018) und Schuster (2018).

Die Texte werden zum größten Teil in DEREKO über COSMAS recherchierbar sein, sobald die Nutzungspermits der Verlage vorliegen. In Hinsicht auf zentrale Schriften des Widerstandskorpus ist eine Verfügbarkeit als Volltexte angestrebt.

Es kam also einerseits insbesondere auf die sprachliche Realität an, die von Akteuren der „Durchschnittsgesellschaft“, von den Ausgeschlossenen und von Mitgliedern des Widerstands geschaffen wurde. Es sind dies diejenigen Akteure, die also nicht zu der Domäne zählten, die den NS als Diskursmächtige repräsentierten. Zum andern geht es um heterogene sprachliche Formen des Widerstands, die in ihrer Diversität und Funktionalität bisher noch nicht beschrieben wurden.

Die Ergebnisse der Projekte werden in einem zweibändigen Sammelband zur Sozialgeschichte des Nationalsozialismus und in einer Monografie zur Widerstandskommunikation niedergelegt: Die Analysen im Sammelband haben drei Schwerpunkte: den der Textkommunikation, den der kommunikativen bzw. situationsbedingten Praktiken und den zentraler Konzepte. Mit der Perspektive der Textkommunikation werden diejenigen Textformen vorgestellt, die gerade in der NS-Zeit von besonderer Relevanz waren, wie z. B. Reden und Tagebücher, Briefe, Denk- und Flugschriften und widerständische Postkarten. In dem Kapitel der Kommunikationspraktiken und -situationen werden Ausschnitte zentraler Sprachrealitäten der NS-Zeit exemplarisch aufgearbeitet. Auf der dritten Beschreibungsebene der zentralen Konzepte werden exemplarisch lexikalisch-semantische Schlüsseleinheiten wie *Arbeit*, *Blut*, *Führer*, *Freiheit* u. a. bearbeitet. Damit wird der Gegenstand in der dichtesten Form seines Gebrauchs repräsentiert. Auch die Konzepte werden konsequent akteursdifferenziert rekonstruiert. Der Sammelband wie auch die Monografie zur Widerstandskommunikation greifen Impulse der historischen Soziopragmatik, der Kulturlinguistik und der linguistischen Kommunikationsgeschichte auf. In der Widerstandsmonografie liegt der Schwerpunkt aus den sprachlich-kommunikativen Praktiken des Sich-Widersetzens. Ausgehend von zentralen Bestimmungsmerkmalen des Widerstands, zu denen zentral die Verteidigung des eigenen Selbst- und Weltverständnisses und das Auflehnen gegen Herrschaftsdiskurse/-praktiken gehören, werden Praktiken der Selbst-, Beziehungs- und Sachverhaltverhaltenskonstitution sowie Praktiken des Widerlegens und Widersprechens und der Gegenwehr thematisiert. Dabei stellt sich insbesondere heraus, dass der widerständige Sprachgebrauch vielfältige Anschlüsse an die dem Nationalsozialismus vorgängigen politischen und soziokulturellen Traditionen erkennen lässt.

Diese Diversität der Gegenstände erfordert entsprechend angepasste methodische Zugänge. Die Beiträge erschließen insgesamt ein weites Spektrum an Zugängen, die aus der Anpassung an die diversen Gegenstände resultiert. Grundsätzlich sind die Zugangsweisen der linguistischen Hermeneutik und einem entsprechenden close reading der Textkommunikate verpflichtet. Subsidiär werden

allerdings auch korpuslinguistische Verfahren genutzt. Die Widerstandsmonografie stützt sich zusätzlich auf die Auswertung der manuellen Annotation der o. g. Praktiken. Einen Einblick in Fragestellungen und Zugangsweisen geben die folgenden Beiträge von Heidrun Deborah Kämper zur raumzeitlichen Perspektivierungsstrategien des Olympiadiskurses 1936, der Beitrag von Stefan Scholl und Mark Dang-Ahn zum politischen Positionieren, von Britt-Marie Schuster zur sprachlichen Konzeption von Eigengruppen im Widerstand, zu Sprachgebrauchsmustern mit *gegen* von Nicole M. Wilk und zu Argumentationsweisen im Widerstand von Friedrich Markewitz.

Dieses Programm kann nur der Beginn einer Forschung sein, die eine umfassende Sichtung der sprachlichen Realität der menschenverachtendsten und gewalttätigsten Epoche überhaupt zum Gegenstand hat. Es soll mit diesem Aufschlag dazu beigetragen werden, die sprachliche Diversität dieser Epoche weiter zu erforschen und die methodische Vielfalt ihrer sprachwissenschaftlichen Aufbereitung zu erproben. Damit ist auch die Geschichtswissenschaft eingeladen, einen präziseren Blick auf die historische Realität, im Sinn einer sprachlichen Realität, zu lenken.

Literatur

- Kämper, Heidrun (2018): Sprachliche Sozialgeschichte 1933 bis 1945 – ein Projektkonzept. In: Kämper, Heidrun/Schuster, Britt-Marie (Hg.): Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus. Bremen: Hempfen, S. 9–25.
- Schuster, Britt-Marie (2018): Heterogene Widerstandskulturen zwischen 1933 und 1945 und ihre sprachlichen Praktiken – ein Projekt. In: Kämper, Heidrun/Schuster, Britt-Marie (Hg.): Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus. Bremen: Hempfen, S. 27–53.

Heidrun Kämper (Mannheim)

Die Olympischen Sommerspiele 1936 – Diskurspraktiken im NS am Beispiel

Abstract: Der folgende Beitrag vollzieht, nach Akteuren und Texten bzw. Kommunikationsformen unterschieden, Bezugnahmen auf die Olympischen Sommerspiele 1936 als eine multiperspektivische Konstruktionen nach.

Methodisch werden – für die Perspektive der NS-Akteure – die Zugänge der Raumlinguistik genutzt und entsprechende Referenzen als Verräumlichungs-Akte beschrieben. Unter der Voraussetzung, dass die offizielle Berichterstattung der Olympia-Zeitung die Funktion hatte, einen geistig-kulturellen Zusammenhang zwischen der klassischen Antike und der nationalsozialistischen Gegenwart herzustellen, werden exemplarisch spezifische Raum- und Zeitkonstruktionen analysiert. Mit der Behauptung der Identität der klassischen Antike mit dem Nationalsozialismus wird Rechtfertigungspotenzial geschaffen; unter dem Schutz des Prestiges dieser Kulturepoche und ihrer Hervorbringungen hat man Handlungsspielraum.

Für die Perspektive von Dissidenten und Ausgeschlossenen werden Bezugnahmen zeitlinguistisch im Sinn von Chronoferenzen dargestellt. Diese konzipieren die Spiele als ein transitorische Realität schaffendes Zeitereignis, mit einem markierten Beginn und Ende, vor allem aber mit temporären Phänomenen, i. e. der auf die Spiele zeitlich begrenzten Aussetzung von Exklusionsmaßnahmen.

Im Zeichen von Täuschung und Entlarvung werden die kommunikativen Akte akteursspezifisch zusammengefasst.

Aufgrund der Multiperspektivität der Akteure, die auf den Diskurs zu den olympischen Sommerspielen 1936 Bezug nehmen, ist er ein agonales Zentrum mit disparaten akteursabhängigen Lesarten. Der Hauptfokus des Beitrags wird auf die Frage gerichtet, wie Beteiligte aus zwei antagonistischen Diskurspositionen (der NS-Affinen und der Ausgeschlossenen) auf die olympischen Spiele Bezug nehmen, um die aufgrund je spezifischer Haltungen konträren Ereigniskonstitutionen „olympische Sommerspiele“ sichtbar zu machen. Voraussetzend, dass Raum und Zeit soziale, sprachliche Konstruktionen sind, wird exemplarisch die raumzeitliche Dimension des Diskurses im Sinn des akteursdifferenzierten Zugangs empirisch fundiert erfasst. Grundlage sind für die NS-affine Perspektive die Olympia-Zeitung, für die Perspektive der Ausgeschlossenen Tagebucheinträge. Damit werden Zugänge zu Formen der Faktizitätsherstellung und kommunikativer Praktiken akteursdifferenziert mit Analysen raumzeitlicher Referenzen kombiniert.

Auf der Grundlage ausgewählter Beispiele werden die Bezugnahmen methodisch als sprachliche Praktik des Place-Making und als zeitbezogene Sinnkonstituierung im Sinn von Chronoferenzen (Landwehr 2020) beschrieben.

1 Die olympischen Sommerspiele 1936 – ein raumzeitliches Kommunikationsereignis

Die olympischen Spiele 1936 sind eine Prestigeveranstaltung. Sie gingen als

die ersten Medienspiele in die Geschichte ein [...]. Die umfangreiche Medienberichterstattung war Teil eines großen Propaganda-Plans, mit dessen Umsetzung man bereits Jahre vor den Spielen begonnen hatte. (Eckhardt 2010, S. 235)

Als solches Ereignis sind sie ein höchst komplexer semiotischer und damit auch linguistischer Diskursgegenstand. Aus einer Vielzahl potenzieller Zugänge wird im Folgenden die raum-zeitliche Dimension des Diskurses methodisch exemplarisch erschlossen. Der Hauptfokus wird dabei auf die Frage gerichtet, wie Beteiligte aus zwei entgegengesetzten Diskurspositionen (NS-affin vs. Ausgeschlossene) auf die olympischen Spiele Bezug nehmen. Aufgrund akteursbestimmter Haltungen zu den Spielen werden damit konträre Ereigniskonstitutionen „olympische Sommerspiele“ sichtbar gemacht.¹ Dass mit dieser Fokuserweiterung hinsichtlich der Sprachteilnehmenden die nachfolgende Analyse der sprachlichen Wirklichkeit näher kommt, liegt auf der Hand.

Exemplarische Textgrundlage für die NS-affine Perspektive ist die Olympia-Zeitung, deren Autoren ganz offensichtlich den Presseanweisungen des Propagandaministeriums folgen. Ausgeschlossene thematisieren die Spiele in dem Alltagskontext ihrer Tagebücher.

Der Diskurs der Olympischen Sommerspiele 1936 ist aufgrund der Multiperspektivität der Akteure, die auf ihn Bezug nehmen, ein agonales Zentrum mit disparaten akteursabhängigen Lesarten.² Allerdings müssen wir hier einen einschränkenden Hinweis geben: Wenn wir agonalen Diskurs verstehen als einen

1 In Bezug auf den Aspekt der Ereigniskonstituierung beziehe ich mich auf Felder (2013). Er gebraucht den Terminus „Faktizitätsherstellung“, den er motiviert mit der Unterscheidung zwischen Daten im Sinn von unstrittigen Fakten und Fakten als von Diskursakteuren mit Sinn versehen und damit bestreitbar.

2 Agonale Zentren entstehen, wenn „zwei oder mehr Konzepte in einem Diskurs konfligieren und für einen Diskurs als charakteristisch gelten“ (Felder 2013, S. 21).

„Wettkampf um Geltungsansprüche von Faktizität und ihren Äußerungspraktiken“ (Felder 2013, S. 18), dann sind die Bedingungen dieses Wettkampfs zu spezifizieren, denn ihre Ungleichartigkeit in Bezug auf die Akteure schränkt Multiperspektivität ein: Die Faktizitätsherstellung der Ausgeschlossenen ist zeitgenössisch kein Diskurselement der Öffentlichkeit, ihre Diskursbeiträge sind insofern zeitgenössisch keine Wettbewerbsteilnehmer, die Ausgeschlossenen hatten keine Möglichkeit, sich wahrnehmbar am Diskurs zu beteiligen – diesen Status erhalten sie erst durch die analytische Retrospektive.

2 Raum, Ort und Zeit – methodische Zugänge

Die Fokussierung auf Raumkonzepte setzt voraus, dass Raum, als bewusst geformt und organisiert, eine „soziale Konstruktion“ (Bachmann-Medick 2009, S. 284) ist. Jan Blommaert (2013) beschreibt in diesem Sinn physischen als sozialen, kulturellen und politischen Raum mit je spezifischen Effekten und Funktionen:

Physical space is also social, cultural and political space: a space that offers, enables, triggers, invites, prescribes, proscribes, polices or enforces certain patterns of social behavior; a space that is never no-man's-land, but always *somebody's* space; a *historical* space, therefore, full of codes, expectations, norms and traditions; and a space of *power* controlled by, as well as controlling, people. (Blommaert 2013, S. 3)

In die Kategorie des Place-Making gefasst: Place-Making, oder Ortsherstellung (vgl. Busse/Warnke (Hg.) 2014, S. 1 u. ö.), ist eine sprachliche Praktik der Sinnkonstituierung, die sich auf öffentliche Räume bezieht. Das Konstrukt „öffentlicher Raum“ manifestiert sich sprachlich. Insofern ist Place-Making im Sinn von „Produktion von Raum durch sprachliche Kategorien“ (ebd., S. 2) eine sprachlich repräsentierte Sinnzuschreibung, die öffentlichem Raum mittels Raumreferenzen und Raumprädikationen im kommunikativen Vollzug Bedeutung bzw. spezifische Relevanz zuweist.³

Da der Diskurs in hohem Maß auch eine zeitliche Dimension hat, muss diese in die Analyse einbezogen werden. Wenn Raum-Linguistik die Versprachlichung

³ Vgl. exemplarisch auch Domke (2010). An dieser Stelle nicht geführt werden kann eine Diskussion zweier spezifischer Ortskonzepte der Kulturgeschichte: einerseits das Chronotopos-Konzept von Michail Bakhtin (entwickelt 1937/38, publiziert 1975), andererseits das Konzept der Heterotopie von Michel Foucault (2017 [1966]). Beide Konzepte haben auch linguistisch adaptierbares Erklärungspotenzial, worauf an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann.

eines Ereignisses durch seine Orientierung im Raum ist, können wir transponieren: „Zeit-Linguistik“ hat die Versprachlichung eines Ereignisses im Sinn einer temporalen Zuordnung zum Gegenstand.⁴ Solche temporalen Relevantsetzungen sind in der Terminologie Landwehrs Chronoferenzen. Gemeint sind Bezugnahmen „auf nicht-gegenwärtige Zeiten“, die Imagination von „Vergangenheiten und Zukünfte[n] unterschiedlicher Art [...], um diese zu anwesend-abwesenden Zeiten zu machen“ (Landwehr 2020, S. 245). Wir werden sehen, wie solche zeitbezogenen Bezugnahmen in den beiden Teildiskursen eine je spezifische Funktion erfüllen.

3 Dimensionen der Ereigniskonstituierung

Nachfolgend unterscheiden wir die zwei antagonistischen Akteurspositionen ‚NS-affin‘ (exemplifiziert mit Berichten von ausgewählten Sportjournalisten, die für die Olympia-Zeitung den Fackellauf nachvollzogen haben) und ‚Ausgeschlossene‘ (mit authentischen Bezugnahmen auf die olympischen Spiele in ihren Tagebüchern oder mitgeteilten Referenzen in Berichten).

Wir werten diese Diskursbeiträge antipodischer Beteiligter als diskurstypische Realisierungen des Ereignisses ‚olympische Sommerspiele‘.

3.1 Den Raum vermessen

Ein wesentlicher Gegenstand der olympischen Berichterstattung ist vor Beginn der Spiele der Fackellauf, beginnend in Olympia, endend in Berlin.⁵ Er hat, indem sein Anfang und sein Ende derart toponymisch markiert ist, eine linear-zweidimensionale Struktur. Zwar: Dies sind die unspezifischen Bedingungen des Berichts, der einen Weg von A nach B beschreibt, und die zur Berichterstattung einer solchen Konstellation ebenso gehören wie die Funktion der journalistischen Wiedergabe

⁴ Ableitbar ist eine solche „Zeitlinguistik“ aus der Zeitsoziologie. Sie hat die soziale Konzeption von Zeit zum Gegenstand und legt dazu einen gesellschaftlichen Zeitbegriff zugrunde. Pioniere des Konzepts von Zeit als soziales Konstrukt sind Sorokin/Merton, die es in einem Aufsatz aus dem Jahr 1937 entwickeln: „the calendrical reference itself becomes significant only when it is transformed into social time“ (ebd., S. 619). Sie unterscheiden eine rein quantitative, kalendrische oder Newtonsche Zeit (im Sinn eines einfachen Kontinuums) und eine qualitative, soziale Zeit, der diverse Eigenschaften zugeschrieben werden: „social time, in contrast to the time of astronomy, is qualitative and not purely quantitative“ (S. 623).

⁵ Der Fackellauf ist, im Gegensatz zum olympischen Feuer, keine antike Institution (vgl. Lehmann 2004; Chapoutot 2014, S. 179–181).

des Fackellaufs in der Olympiazeitung: Sie hat – wie jede Berichterstattung – die Funktion, Teilnahme zu suggerieren. Bühler (1931) nennt zur Kategorisierung entsprechender Zeigwörter diesen deiktischen Modus „Deixis am Phantasma“; er ist durch die Nichtidentität der Sprechsituation von Sprecher und Hörer gekennzeichnet und der demonstratio ad oculos nicht verfügbar.

Nazistische Spezifik kommt jedoch insofern ins Spiel, als „Deixis am Phantasma“ darin besteht, Kommunikationspartner mit bestimmten „Wahrnehmungsdaten“ zu versehen. Da dies ein Vorgang des „Hinlenkens“ ist, haben wir es mit einem hohen Konstruktpotenzial der Berichterstattung zu tun.⁶ Dieses Potenzial besteht in der strategisch kalkulierten Relevantsetzung und Kodierung zum einen ausgewählter spezifischer Orte, zum andern der Fackel selbst, sowie schließlich der den Lauf rezipierenden Menschen. Mit Bezugnahmen wie diesen vollziehen die Textautoren je spezifische Sinngebungsakte, von denen im Folgenden zunächst einige Beispiele gegeben werden.

Wir grüßen die Ursprungsstätte einer Idee, die sich die ganze Welt erobert hat. Wir können erzählen vom Siege dieses Menschheits-Ideals, dem man in unserem Lande ein Fest bereitet wie nie zuvor in seiner tausendjährigen Geschichte von Herakles und Pelops bis Theodosius. (Olympia-Zeitung, 21.7.1936)

Der Ort des antiken Olympia wird als Ideengeber konzipiert, um von diesem Abstraktum aus die geistige Verbindung in das „Dritte Reich“ herzustellen, ausgeführt mit einer All-Aussage eines räumlichen Absolutums (*die ganze Welt*), einem Superlativ (*wie nie zuvor*) und einer großen Zahl (*tausendjährigen Geschichte*). Für das Dritte Reich wird damit beansprucht, legitimer Exekutor des Ideals zu sein.

[...] während im Olympischen Dorf zu Berlin Böllerschüsse den dort versammelten Olympiakämpfern den Start zum Fackellauf ankündigen, eilt der griechische Sportler durch die Landschaft Elis als Sendbote und Träger einer Idee, deren Fest die ganze Welt in 10 Tagen in Berlin feiern will. (Olympia-Zeitung, 21.7.1936)

Hohes Vergegenwärtigungspotenzial generieren zudem zeitliche Parallelisierungen, in diesem Fall mit dem Zeitdeiktikum *während*, das zwei Geschehnisse

6 „Der am Phantasma Geführte kann nicht dem Pfeile eines vom Sprecher ausgestreckten Armes und Zeigefingers mit dem Blicke folgen, um das Etwas *dort* zu finden; er kann nicht die räumliche Herkunftsqualität des Stimmklanges ausnützen, um den Ort eines Sprechers zu finden, welcher *hier* sagt; er hört in der geschriebenen Sprache auch nicht den Stimmcharakter eines abwesenden Sprechers, welcher *ich* sagt.“ (Bühler 1931, S. 125).

(*Böllerschüsse und eilt der griechische Sportler*), die räumlich weit voneinander entfernt stattfinden (*Olympischen Dorf zu Berlin* und *Landschaft Elis*), aufeinander bezieht. Mit *Träger einer Idee* wird dem die Verbindung der beiden Orte herstellenden *griechischen Sportler* die Funktion zugeschrieben, als *Sendbote* eine geistige Linearität des olympischen Prinzips (wir können voraussetzen, dass auf das friedliche Kräfteressen junger Menschen angespielt wird) herzustellen, die von der griechischen Antike bruchlos in das „Dritte Reich“ führt.

Dass der Fackel selbst in der Berichterstattung höchste Aufmerksamkeit geschenkt wird, hat mit ihrem symbolischen Potenzial zu tun. Als Lichtquelle gilt sie als göttliches oder auch (wie die Swastika) als Sonnensymbol, sie ist ein mystisches Symbol, dessen Wirkmacht der NS auf vielfältige Weise nutzt und durch diverse Praktiken umsetzt⁷:

[...] um 11.40 Uhr taucht die junge Maria die Fackel in das Altarbecken, und die Flamme lodert empor! Unterstaatssekretär Georgakopoulos spricht, nach ihm der deutsche Geschäftsträger, Gesandter Pistör. Er schließt mit den Worten: „Du, an uralter, geweihter Stätte entzündetes Feuer, nimm deinen Lauf und grüße die in meiner Heimat aus der ganzen Welt versammelten jugendlichen Kämpfer, grüße auch meinen Führer und sein ganzes deutsches Volk!“ Das Horst-Wessel-Lied erklingt, danach die griechische Hymne. (Olympia-Zeitung, 21.7.1936)

Nachdem das zur Entzündung der Flamme verwendete Feuer in einem Hohlspiegel von einer jungen Griechin in antik anmutendem Gewand entzündet wurde, kommen die namentlich genannten politischen Akteure in dieses als religiösen Akt interpretierte (*Maria, Altarbecken*) Spiel. Das Ende des deutschen Beitrags innerhalb dieser Zeremonie wird dann zitiert – und damit der Teil der Rede, in dem der Redner wiederum durch sprachlich-abstrakte Distanzverkürzung einen direkten Bezug der beiden Orte zueinander herstellt, ergänzt durch eine ideologisierende Personen- (*Führer*) und eine kollektivierende Referenz (*ganzes deutsches Volk*). Beide Referenzobjekte sind mit Possessivpronomen (*mein, sein*) versehen, deren verschiedene Objekte insofern aufeinander bezogen sind, als das zweite Objekt *Volk* mit dem entsprechenden Possessivpronomen *sein* an das erste Objekt *Führer* gebunden ist. Als Beendigungssequenz dieser Phase wählt der Autor die Beschreibung eines Hörerlebnisses, dessen ideologisierendes Element der Name

⁷ Zu verweisen ist auf die häufig praktizierten nächtlichen Fackelumzüge. „Die Nazis waren skrupellose Pyromanen. Mit Fackelzug und Feuerwerk machten sie Stimmung, wo immer sie konnten. Feuermetaphorik, Verbrennungsprojektionen und -rituale gehörten zur mystisch-irrationalen Vorstellungswelt und zum Fundus der NS-Regisseure. Auch Hitlers pyromanische Phantasien sind in diesem Zusammenhang zu sehen.“ (Reichel 1996, S. 128).

Horst-Wessel-Lied darstellt, das 1929 entstand und seit dem gewaltsamen politisch motivierten Tod seines Urhebers als „SA-Hymne“ gesungen wurde. Es galt seit Beginn der NS-Herrschaft als zweite Nationalhymne, die immer auf die „erste“ folgte. In dem beschriebenen Szenario fungiert das Lied als „erste“ deutsche Nationalhymne, gefolgt von der *griechischen Hymne*. Die Einlassung dieses auf bestimmte Weise nazistischsten aller nazistischen Texte mit Formulierungen wie

[...] SA marschiert / Mit ruhig festem Schritt [...] Die Straße frei / Den braunen Bataillonen
[...] Es schau'n aufs Hakenkreuz voll Hoffnung schon Millionen [...] Schon flattern Hitlerfahnen über allen Straßen [...]

– die Einlassung also gerade dieses Textes in gerade dieses Szenario – kann als die extreme Verdichtungsform der raum-zeitlichen Engführung von Antike und Gegenwart gelesen werden.

Insofern Olympia und Berlin in dieser Weise in Beziehung gesetzt werden, hat diese Verräumlichung auch eine zeitliche Dimension: Olympia steht für die klassische Antike, Berlin für die Gegenwart mit ihrem jeweiligen Evokationspotenzial. Im Sinn eines *conceptual blending*⁸ wird die konzeptuelle Domäne der klassischen Antike und die konzeptuelle Domäne der nationalsozialistischen Gegenwart auf dem Weg des „*partial matching*“ (Fauconnier/Turner 2002, S. 47) so zu dem neuen zeitlichen Konzept, i. e. „*blending*“ „Das deutsche Reich steht in der Tradition der klassischen Antike“ gefügt.⁹ Es ist jedoch herauszustellen, dass das *Blending*-Modell in unserem Zusammenhang nicht als unbewusster Prozess zu denken ist.¹⁰ Es ist vielmehr eingefügt in ein kommunikativ-soziales Szenario, und nicht nur dieses, sondern wir beschreiben diesen Effekt darüber hinaus als eine strategische kommunikative Bewirkungsabsicht der Berichterstattung mit dem Ziel der Legitimierung, das *Blending*-Produkt als Behauptung. Chapoutot

8 Diese von Fauconnier/Turner (2002) eingeführte Kognitionstheorie bezieht sich auf unbewusste, Identitäts- und Analogiebeziehungen herstellende Prozesse des Erkennens von Formen („*imaginative work*“, Fauconnier/Turner 2002, S. 8) in Alltagssituationen und damit der Generierung von Wissen. Indessen ist das Prinzip des *Blending* sehr gut auf den vorliegenden Sachverhalt zu übertragen.

9 Hinzuweisen ist auf zwei nicht-sprachliche *Blending*-Effekte dieser selben konzeptuellen Engführung, nämlich zum einen die Riefenstahl-Filme zu den olympischen Sommerspielen, zum andern die Architektur Speerscher Provenienz mit ihren zahlreichen Zitaten der klassischen Antike. Vgl. zu dem Verhältnis zwischen „Nationalsozialismus und Antike“ Chapoutot (2014).

10 „After a blend has been constructed, the correspondences – the identities, the similarities, the analogies – seem to be objectiveley part of what we are considering, not something we have constructed mentally.“ (Fauconnier/Turner 2002, S. 19).

(2014) leitet die Herstellung dieses Konnexes aus der nationalsozialistischen Rassenideologie ab: Die Vorstellung einer „Rassenidentität“, die Integrierung der antiken Griechen in die nordische Rasse und die damit erreichte Zuweisung eines gemeinsamen Ursprungs, m. a. W. „die rassistische Aneignung einer der nordischen Rasse einverleibten griechischen und römischen Identität“ (ebd., S. 24) begründet der Autor divers: Heilung des nach dem Ersten Weltkrieg verletzten Nationalstolzes (ebd., S. 18) und mit dem „Bezug zur Antike ... seine [des Nationalsozialismus] Gesellschaft, sein Reich und seine Körper denken, sprachlich fassen und entwickeln zu können“ (ebd., S. 402 f.), sind zwei Begründungsaspekte. Im Sinn einer sprachlichen Praktik sollte der funktionale Aspekt der Legitimierung einbezogen werden: Mit der Behauptung der Identität der klassischen Antike mit dem Nationalsozialismus wird Rechtfertigungspotenzial geschaffen, unter dem Schutz des Prestiges dieser Kulturepoche und ihrer Hervorbringungen hat man Handlungsspielraum.

Die raum-zeitliche Linearisierung ist eine Strategie, um eine Traditionslinie zu konstituieren. Zu der strategischen Berichterstattung gehört jedoch nicht nur diese Schaffung eines raum-zeitlichen Kontinuums zwischen Olympia und Berlin, sondern es werden punktuell auch Orte journalistisch relevant gesetzt, die zwischen Olympia und Berlin während des Laufs passiert werden im Sinn spezifischer Place-Making-Akte:

Triumphzug durch tschechisches Land, durch die Fluren und Wälder Böhmens. [...] wir wurden Zeugen der feierlichen Uebergabe der Flamme aus den Händen der österreichischen Fackelläufer an die tschechischen Läufer [...] Im Dunkel der sternklaren Nacht heben sich die Barockfassaden der Hussitenkirche, des Kinski-Palastes, der uralten deutschen Thein-Kirche ab, die einstmals Nürnberger Kaufleute in Prag im Mittelalter durch den Baumeister Ungelt erbauten, und der Glockenturm des Rathauses, der einstmals den tödlichen Fenstersturz der böhmischen Adligen erlebt hat, die in die Hellebarden der untenstehenden Söldner stürzten. (Olympia Zeitung, 1.8.1936)

In diesem Fall wird punktuell eine Raum-Zeit-Konfiguration realisiert, die im Sinn einer Renationalisierung Bedeutungspotenzial aktiviert. Die Autoren renationalisieren ehemals deutsche, inzwischen tschechoslowakische bzw. österreichische Territorien durch den Gebrauch deutscher Toponyme (*Böhmen*, *böhmisch*) und den von Herkunftsbezeichnungen (*deutsche Thein-Kirche*, *Nürnberger Kaufleute*). Mit Bezugnahmen wie diesen kreieren die Autoren Potenzial, das im Jahr 1936 den nationalen Anspruch legitimiert, der im Oktober 1938 (Besetzung des Sudetenlandes) und im März 1939 (Besetzung der Tschechoslowakei) dann eingelöst wurde.

Die Relevantsetzungen der am Fackellauf zuschauend teilnehmenden und nicht in räumlicher Einheit lebenden Menschen gehören ebenfalls zu der Legiti-

mationspotenzial herstellenden Gesamtkonzeption der Berichterstattung.¹¹ Sie werden systematisch als jubelnde – und damit als zustimmende – Gemeinschaft imaginiert. Diese Imaginierung vollziehen die Autoren der Berichte mit der sprachlichen Praktik eines im Sinne Simmels vergesellschaftenden Akts.¹² Unter der Voraussetzung, dass die

räumliche Spannungskapazität einer Vergesellschaftung [...] unter gleichen Gefühls- und Interessenbedingungen von dem vorhandenen Maß von Abstraktionsfähigkeit abhängig (Simmel 2006 [1903], S. 233)

ist, stellt diese Beziehung der Einheit die Berichterstattung über den Lauf her: Sie referiert auf die Akteure der Zuschauer, die ihre Zustimmung durch Jubel und Begeisterung ausdrücken, ebenso in legitimierender Funktion. Mit Simmel schaffen die Berichte „das Bewußtsein der gesellschaftlichen Einheit“, in diesem Fall durch „das Wissen um die gemeinsamen Berührungspunkte“ (Simmel 2006 [1903], S. 240). Dieses Wissen wird berichtend hergestellt, der „gemeinsame Berührungspunkt“ ist die Fackel. Die Kodierungen der Berichterstattung sind also die Faktoren jener Vergesellschaftung, die notwendig sind, damit Gemeinschaft entsteht.¹³ Insofern stellen diese Kodierungen jene Abstraktionsfähigkeit her, die Voraussetzung ist für die „Fähigkeit, über das sinnlich Nächste hinauszuempfinden“, für den „Triumph[...] der nur durch ihren Inhalt wirksamen Mächte über die, die auf räumliche Gegenwart gestellt waren“ (Simmel 2006 [1903], S. 234):

11 Zur Funktion von Menschen im funktional definierten Raum vgl. Habscheid/Reuther (2013, S. 135): „Wann immer wir im öffentlichen Raum mit anderen interagieren oder auch ihnen erkennbar keine Aufmerksamkeit widmen, positionieren wir uns auf der Basis vielfältiger Wahrnehmungsmodi (visuell, auditiv, taktil etc.) und semiotischer Systeme (Blickverhalten, Sprache, Proxemik etc.) in der einen oder anderen Art von Relation zu ihnen und damit an einem Knotenpunkt der Interaktionsordnung“.

12 Simmel fragt in seiner soziologischen Raum-Studie danach, „welches Maß räumlicher Nähe oder räumlicher Entfernung eine Vergesellschaftung von gegebenen Formen und Inhalten entweder fordert oder verträgt“ (Simmel 2006 [1903], S. 232 f.)

13 Funktional nicht identisch mit dem Fackellauf, aber als Prinzip der Verräumlichung durch reisendes Aufsuchen von Orten/Plätzen vergleichbar, beschreibt Simmel das Umherreisen der deutschen Kaiser in ihren Reichen mit dem Zweck des „Zusammenschluss[es] der verschiedenen Reichsteile“ (Simmel 2006 [1903], S. 241) mit der „vereinheitlichenden Wirkung des Wanderns auf die fixierte Gruppe, die durch das Hin- und Herziehen einzelner Elemente ihr räumliches Außereinander funktionell zu überwinden strebt“ (ebd.). Einen ähnlichen Effekt erzeugt die Narration des Fackellaufs.

[...] auf dem weiteren Wege über Meißen, Großenhain bis hinunter an die preußische Grenze bleibt es immer das gleiche Bild: rechts und links der Straße stehen dichte Menschenmauern bis zu zehn Reihen tief, die den Fackellauf sehen wollen. Und morgen ist die Fackel in Berlin ...! (Olympia-Zeitung, 1.8.1936)

Die Massen werden mit All-Aussagen als groß und divers vorgestellt, als eine Gemeinschaft, die durch ihr gemeinsames Ziel der Teilhabe an dem Ereignis gebildet ist:

Ganz Sachsen ist nun auf den Beinen. In Dresden blieb keiner in seinen vier Wänden. Kranke, Gebrechliche fahren in Krankenstühlen hinunter an die Elbe, wo der Weiheakt stattfindet. Zweihunderttausend waren es mindestens, die an den Ufern, auf den Booten, auf den acht vor Anker liegenden Dampfzügen, auf dem Strome beinahe vier Stunden warteten. (Olympia-Zeitung, 1.8.1936)

Auch wird die Zustimmungsgemeinschaft präsentiert (und damit bei den lesend Teilhabenden erzeugt) durch hyperbolisierende Geräuschetaphorik, Ausdruck begeisterter Anteilnahme und geräuschvoll ausgedrückter Gefühle:

Kaum ist der olympische Fahnenaufmarsch vollendet, als auch schon vom Königsufer her das Brausen vernehmbar wird. Es schwillt zum Orkan an, als die Fackel sich dem Altar nähert und auf diesem das Feuer entzündet. (Olympia-Zeitung, 1.8.1936)

Diese soziopragmatischen Beschreibungselemente zur Konzeption einer kollektiven Begeisterungs- und Zustimmungsgemeinschaft zusammengefasst sind Realisate der Darstellungsstrategie: Die Menschen im Raum des Geschehens ‚Fackellauf‘ sind nicht am Geschehen passive Unbeteiligte, sondern interagierend-aktive, zusammen mit den Läufern eine Aktions-Gemeinschaft bildende, durch hohe Emotionalisierung Zustimmung ausdrückende Partizipanten. Die Fackel hat dabei – ich beziehe mich noch einmal auf Simmel – als „Interessengegenstand“ die mobile Version der „fixierten Örtlichkeit“, als „Drehpunkt soziologischer Beziehung“ besondere Bedeutung.¹⁴ Die Weckung des „Bewußtsein[s] der Dazugehörigkeit“ (Simmel 2006 [1903], S. 230) – die Vergesellschaftung in der Terminologie Simmels – erfolgt durch nationalisierende Referenzakte, die die Transiträume des Fackellaufs als Hegemonialräume konzipieren, verdichtet in dem Symbol der Fackel.

¹⁴ „Die Bedeutung als Drehpunkt soziologischer Beziehung kommt der fixierten Örtlichkeit überall da zu, wo die Berührung oder Vereinigung sonst voneinander unabhängiger Elemente nur an einem bestimmten Platz geschehen kann.“ (Simmel 2006 [1903], S. 230).

Insofern der Fackellauf ein teleologischer Geschehensablauf ist, wird auch sein Ende markiert. Die seinen Beginn kennzeichnende Sinngebung wird in der Berichterstattung dieser Phase entsprechend aufgenommen:

Das Feuer ist da, das Feuer aus Olympia! 3100 Kilometer ist es durch sieben Länder getragen worden, nun ist es im Herzen Berlins. Der Läufer [...] ersteigt die Stufen und taucht die Fackel in die riesige Schale. Die Flamme schlägt empor! Sie brennt im Angesicht des alten, ehrwürdigen Repräsentanten deutscher Geschichte, des Schlosses, im Angesicht des Gotteshauses, des Berliner Doms und des feierlichen, altersgrauen Säulenbaues, das [!] die Schätze Griechenlands birgt, des Landes, das wir hiermit so tiefgeföhlt ehren. Die Menschen starren gebannt auf die Flamme und schweigen ergriffen. In diesem Augenblick ist die Stätte, dieses Fleckchen deutsche Erde, der Mittelpunkt der Welt. Die große Feier schließt mit einem Heil auf unseren Führer. (Olympia-Zeitung, 2.8.1936)

Auch in diesem Bericht haben wir es mit sprachlicher Distanzverkürzung zu tun, wiederum durch Nennung des Herkunfts- und Zielorts (*das Feuer aus Olympia [...] nun ist es im Herzen Berlins*). Die Verortung der Flamme vollzieht der Autor in einem säkulare und sakrale deutsche und griechische Geschichte kontrahierenden Place-Making-Akt (*im Angesicht des [...] feierlichen, altersgrauen Säulenbaues, der die Schätze Griechenlands birgt, des Landes, das wir hiermit so tiefgeföhlt ehren*). Die umgebende historische Bebauung wird so mit das Geschehen der Gegenwart legitimierender Bedeutung versehen. Gegen Ende des Textes wird der Ort des Geschehens zu einem zeitlich markierten (*in diesem Augenblick*) singulären Platz verdichtet (*Mittelpunkt der Welt*), dessen Bedeutung durch die sprachliche Verkleinerung und Nationalisierung (*Fleckchen deutsche Erde*) erhöht.

Wie können wir den linguistischen Fall dieser spezifischen Relevantsetzungen in den Berichten über den Fackellauf terminologisch erfassen? Es handelt sich um sprachliche Konstruktionen, die ich, terminologisch orientiert an Habscheid/Reuther (2013)¹⁵, Verräumlichung nennen und die ich mit Place-Making-Akten in Beziehung setzen möchte.

¹⁵ Gegenstand dieses Beitrags ist die „semiotische [...] ‚Landschaft‘ von schriftlichen Zeichen und Texten“ (Habscheid/Reuther 2013, S. 127), die am Beispiel des Sicherheitsdiskurses (etwa an Flughäfen) theoretisch verortet wird. Die Autorin und der Autor entwickeln ein Forschungsdesign im Sinn einer „Analyse der diskursiven und soziomateriellen Strukturen öffentlicher Orte“, die aus ihrer Sicht „in besonderer Weise darüber Aufschluss geben [kann], wie unsere Gesellschaft und ihre Institutionen mit Themen von allgemeinem Belang, z. B. Fragen der öffentlichen Sicherheit, sprachlich und zugleich praktisch umgehen“ (ebd., S. 133).

Verräumlichung im vorliegenden Fall strategischer Berichterstattung entsteht, wenn geografisch zerdehnte Sachverhalte und Orte mit dem Ziel, räumliche (und damit auch geistige) Zusammenhänge zu schaffen, kodiert und kontextualisiert werden. Sachverhalte und Orte verräumlichen, bedeutet hier nicht nur, verbal Raum zu schaffen, der durch die Verbalisierung von Distanzen und von Strecken des linearen Kontinuums der von Ort zu Ort zurückgelegten Entfernung entsteht, sondern Verräumlichung ist ein spezifischer Sinngebungsakt, bei dem eine Vielzahl von Place-Making-Akten sprachlich so zusammengefügt werden, dass sozusagen eine räumliche Logik entsteht. Die Verräumlichung von Sachverhalten und Orten ist also mehr als die Summe von Place-Making-Akten, insofern als diese in einen kohärenten Sinnzusammenhang gestellt werden. Jeder einzelne sprachlich geschaffene Ort ist damit Element des mit Bedeutung versehenen Gesamtgefüges und erfährt von diesem seine Relevanz.

Dieses Muster als solches ist strukturell angelegt, das Evidenz hat immer dann, wenn die Distanz zwischen zwei Orten bzw. der Weg von einem Ort zu einem anderen Ort zu versprachlichen ist. Indes wird in der nationalsozialistischen Olympia-Zeitung, im nationalsozialistischen Kontext generell, dieses Muster strategisch angewendet: Es sind die jeweiligen Sinngebungsakte – in Bezug auf die Orte der klassischen Antike einerseits und des gegenwärtigen Berlin andererseits mit ihrem jeweiligen Evokationspotenzial, und in Bezug auf die passierten renationalisierten Transitorie – die die Strategie zu einer spezifisch nationalsozialistisch ideologisierten machen.

3.2 Das Ereignis verzeitlichen

Während die Autoren der Olympia-Zeitung im Zuge ihrer Berichterstattung die raumzeitliche Dimension durch die Verschränkung von Ferne und Vergangenheit mit Nähe und Gegenwart relevant setzen und damit Täuschungsakte vollziehen, wird der Diskurs zu den Spielen von den Ausgeschlossenen mit dem Ziel der Entlarvung geführt, die Temporalität und Transitorik markiert. Die Spiele werden als ein eine transitorische Realität schaffendes Zeitereignis konzipiert, mit einem markierten Beginn und Ende, vor allem aber mit temporären Phänomenen. Mit diesen Relevantsetzungen von Ereignissen des Diskurses als temporär vollziehen die Dissidenten und Ausgeschlossenen Entlarvungsakte.

In einem Tagebucheintrag berichtet Harry Graf Kessler von der temporären Aussetzung einer rassistischen Exklusionsstrategie, die dem Organisator der Spiele, Theodor Lewald, erlaubte, seine Arbeit fortzusetzen:

[...] jetzt [gibt es] in Deutschland nicht bloß ‚Ehren-Arier‘¹⁶ [...], sondern auch ‚Zeit-Arier‘ [...] Lewald [ist] für die Zeit bis zu den Olympischen Spielen zum Arier ernannt worden [...] Nach den Spielen wird Lewald dann endgültig Nicht-Arier. (Kessler 1996, Tagebucheintrag 6.6.1935)

Was beschreibt der Diarist Kessler hier? Er referiert einen besonders brachialen kommunikativen Akt von temporärer „exkludierender Inklusion“.¹⁷ *Zeit-Arier* bezeichnet den temporären Zustand des Arierseins und suggeriert damit die Temporalität eines Zustands, der in der offiziellen nazistischen Lesart einem zeitlichen Wandel gerade nicht unterlegen sein kann.¹⁸ Indes: Wer zeitweise Arier ist, bestimmt das Regime, lautet die Aussage zu diesem Akt. *Nicht-Arier* als Synonym für *Jude* bildet hier eine parallel konstruierte antonymische Entsprechung zu *Zeit-Arier*. Auf die olympischen Spiele als Zeitphänomen bezogen haben wir es mit einem antizipatorischen Konzept zu tun. Die Antizipation bezieht sich auf das „Nicht-mehr-Ariersein“ Lewalds *nach den Spielen*. Wir sehen hier: Musterhaftigkeit rassistisch-antisemitischer Texte bildet eine Referenzebene innerhalb der Akteursgruppierung ‚NS-Apparat‘, die dann evident wird, wenn das Muster außer Kraft gesetzt wird. Dieses Muster bilden Akte der Exklusion. Die Nomination *Zeit-Arier* markiert den Musterbruch. Die Heterokonzeption von von der „Volksgemeinschaft“ aus rassistischen Gründen Ausgeschlossenen war (nicht nur) während der Olympiade ein volatiler, den Erfordernissen des Ereignisses angepasster Zustand¹⁹, wodurch der Status ‚vorübergehend nicht-exkludiert‘ geschaffen wurde.

¹⁶ Dieser Ausdruck, in der Bedeutung „weitgehende ‚Gleichstellung [von sog. Mischlingen] mit Deutschblütigen““ (Benz (Hg.) 2007, S. 483), wurde vermutlich nicht in offizieller amtlicher Kommunikation verwendet (vgl. Steiner/von Cornberg 1998, S. 162).

¹⁷ Übrigens: Sie ist eine seit dem 18. Jahrhundert bekannte Praktik, die etwa das Konzept der sog. „Schutzjuden“ hervorbrachte: „dieser Sondermodus der Inklusion/Exklusion wurde von aufwendigen paradoxen Legitimationssemantiken begleitet, die einerseits die grundsätzliche Nicht-Zugehörigkeit der Juden zur christlichen Herrschaft sicherstellten, andererseits den Ausnahmefall bis auf Widerruf zuließen.“ (Uerlings/Patrut 2013, S. 23)

¹⁸ Vgl. zu *Arier* und *Jude* (mit den jeweiligen Derivaten und Wortbildungsreihen, die auf die Bedeutung der Ausdrücke im Diskurs schließen lassen) Schmitz-Berning (1998, s.v. *Arier*, s.v. *Jude*).

¹⁹ Es gab die Möglichkeit, von der Anwendung des Reichsbürgergesetzes befreit zu werden. § 7 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz lautet: „Der Führer und Reichskanzler kann Befreiungen von den Vorschriften der Ausführungsverordnungen erteilen.“ Erklärt wird diese Möglichkeit mit Nützlichkeitsbegründungen Hitlers: „So konsequent und unerbittlich Hitler und seine Gefolgsleute gegenüber den sog. Volljuden waren, so ambivalent war Hitlers Einstellung gegenüber den jüdischen Mischlingen. Offenbar wollte er sich in Einzelfällen ein ‚Hintertürchen‘ offenlassen, denn Hitler wußte nur zu genau, daß er auf eine große Zahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Kunst und Wissenschaft und sogar seiner engeren Umgebung nicht verzichten konnte, obwohl sie jüdische Vorfahren hatten oder ‚jüdisch versippt‘ waren. Ohne Zweifel war daran gedacht, für solche Personen mit Hitlers Zustimmung eine Besserstel-

Die ausdrucksseitig nicht-exkludierende Kategorie *Zeit-Arier* entspricht dieser Klassifizierung.

Insofern die verzeitlichenden Referenzen der Dissidenten und Ausgeschlossenen Entlarvungsakte darstellen, sind aus Sicht dieser Akteure die Spiele entsprechend ein Anlass, mit ihrem zeitlichen Ende, also in transitorischem Sinn, die Aufhebung der Verbote zu antizipieren. Der sprachliche Ausdruck dieser Antizipationen ist deshalb ein Entlarvungsakt, weil strukturell jede Entlarvung gleichzeitig eine Referenz auf die Täuschung ist. Die Entlarvungen der Ausgeschlossenen beziehen sich insbesondere auf die Aufhebung der diskriminierenden Restriktionen, die Spiele werden entsprechend als Ereignis konzipiert, dessen zeitliches Ende die Aufhebung der Diskriminierungsverbote bedeutet:

Man rechnet damit, daß der Judenterror nur mit Rücksicht auf die Olympiade vorübergehend gemildert sei und daß auch die Nürnberger Gesetze nach der Olympiade in voller Schärfe durchgeführt werden, insbesondere der Wirtschaftsboykott. (Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1980, S. 28)

Dieser Bericht dokumentiert dieses komplexe sprachliche Handlungsmuster der Entlarvung. *Vorübergehend* und *nach* sind die Deiktika, die die Olympiade verzeitlichen und damit zugleich diejenigen lexikalischen Einheiten, die die Entlarvung mit ausdrücken. Im Vollzug dieser Entlarvung wird auf die Täuschung referiert.

Dass die Täuschung bereits vor Beginn durch verzeitlichende Sinngebungen der Spiele vollzogen wurde, dokumentiert ein Eintrag von Klemperer, der vier Wochen vor dem 1. August antizipierend mit *Ghettoisierung* seine Angst vor umfassenden Repressionen nach dem Ende ausdrückt.²⁰ Ebenfalls antizipierend verweist Klemperer mit der Formulierung *wenn die Judenschonzeit vorüber ist* auf den momentanen Zustand (*Judenschonzeit*) und sein Ende, metaphorisch einen enthumanisierenden Ausdruck aus der Jägersprache verwendend und damit

lung zu ermöglichen. [...] Nach Erlass der Nürnberger Gesetze bedeutete die Erteilung einer Befreiung die rechtliche Gleichstellung eines Juden mit einem jüdischen Mischling oder die Besserstellung eines jüdischen Mischlings oder gar die Gleichstellung mit Deutschblütigen. Die Ausnahmen waren an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft. Befreiungen sollten nur in besonderen Ausnahmefällen und in erster Linie im Interesse der Allgemeinheit und nicht des Gesuchstellers erfolgen.“ (Steiner/von Cornberg 1998, S. 146 f.).

20 Ich fragte Ellen Wengler, die uns besuchte, ob sie die Hypothek auf das Haus erhöhen wolle, damit es sicher an sie falle, wenn nach der Olympiade Ghettoisierung eingeführt werde: Sie hat kein Geld frei. (Klemperer 1995, Tagebucheintrag 5.7.1936).

gleichzeitig die Selbstwahrnehmung des Gejagtseins ausdrückend.²¹ Mit näherkommendem Ende der Spiele ist dieses zunehmend ein emotionsbelastetes Ereignis, das Klemperer drei Tage vor ihrem Ende als Beginn einer Ereignisfolge kontextualisiert, kulminierend in der Zerstörung ausdrückenden Metapher *Explosion*. Er schreibt aus der Sicht der NS-Akteure, wenn er die antizipierte Repression als *natürlich* bewertet, und drückt damit gleichzeitig eine Art Wahrheitswert seiner Antizipation aus.²²

Wir können festhalten: Während die Täuschung in der Umkehr der vom NS zunächst vorgegebenen rassistisch-exkludierenden in eine zeitlich begrenzte nicht-exkludierende Sinnorientierung besteht, ist die Entlarvung darin begründet, dass aufgrund fehlender oder nicht akzeptierter Relevanzstrukturen die Täuschung zumindest angezweifelt wird. Die Bezugnahmen der Ausgeschlossenen und Dissidenten auf die olympischen Spiele dokumentieren insofern das komplexe sprachliche Handlungsmuster des Diskurses – die komplexe Semiotik der Täuschung und ihre Entlarvung.

4 Täuschung ohne Getäuschte

Der Zusammenhang zwischen der Täuschung und ihrer Entlarvung tritt unter den kommunikativen und diskursiven Bedingungen der olympischen Spiele hoch verdichtet zutage.

Der Diskurs zu den olympischen Spielen ist seitens der NS-affinen Berichterstatte der Olympia-Zeitung ein komplexer Täuschungsakt, der die Botschaft ‚Deutschland – ein friedlich-freundliches Land der Weltgemeinschaft‘ kommuniziert. Diese Botschaft generiert u. a. die Sinngebung einer Traditionslinie der klassischen Antike mit der NS-Gegenwart. Seitens des Regimes wird sie durch die Aussetzung des zuvor geltenden diskriminierenden, besonders des antisemi-

21 Wir waren angesehene Leute. Was sind wir jetzt? Und was werden wir in zwei Monaten sein, wenn die Judenschonzeit der Olympiade vorüber ist und wenn der Schweizer Prozeß gegen den Gustloff-Mörder verhandelt wird? (Klemperer 1995, Tagebucheintrag 16.7.1936).

22 Die Olympiade geht nächsten Sonntag zu Ende, der Parteitag der NSDAP kündigt sich an, eine Explosion steht vor der Tür, und es ist natürlich, daß man sich zuerst gegen die Juden abreagieren wird. So vieles ist aufgehäuft. Der Gustloffprozeß kommt im September; die Danziger Sache ist nur vertagt, die »verbündeten« Polen haben den französischen General Gamelin zum Marschall gemacht, Mussolini hat straflos Abessinien eingesteckt – und seit ein paar Wochen ist der spanische Bürgerkrieg im Gang. (Klemperer 1995, Tagebucheintrag 13.8.1936).

tischen Restriktionssystems vermittelt. Die Ausgeschlossenen und Dissidenten kommunizieren über die Spiele entsprechend mit Entlarvungsakten. Für sie sind die Spiele ein transitorisches Ereignis, das ihre öffentlich wahrnehmbare Exklusion und Diskriminierung für die Dauer der Spiele aussetzt. Mit Transitorik bezeichnenden Chronoferenzen konstituieren die Ausgeschlossenen und Dissidenten die olympischen Spiele als temporäres Ereignis, geben damit ihrem Ende pointiert den Sinn: Ende von Nicht-Exklusion und erneuter Beginn von Verfolgung und Diskriminierung.

Das bedeutet, dass die akteursdifferenzierte Modellierung dieses Diskurses hohe Plausibilität hat: Er ist hinsichtlich seiner zeichenhaften Repräsentierung seitens des NS-Apparats ein Täuschungs-, hinsichtlich der Bezugnahmen auf dieses Ereignis seitens der Dissidenten und der Ausgeschlossenen ein Entlarvungsdiskurs.

Sprachliche Täuschung ist die

absichtliche und direkte Irreführung mittels einer [interaktiven] sprachlichen Handlung. [...] Der Adressat einer Täuschungshandlung gelangt zu falschen Annahmen, da er [...] annimmt, daß die mit einer bestimmten Äußerung regelhaft verbundenen Intentionen und Voraussetzungen tatsächlich bestehen. Sprachliche Täuschung läßt sich also beschreiben als sprachliches Handeln unter Verletzung von Regeln des Sprachgebrauchs, wobei die Regelverletzungen absichtlich sind und verdeckt bleiben müssen. (Giese 1992, S. 75)

Täuschung ist gegenstandsbezogen eine spezifische Praktik politischer Kommunikation der eine Diktatur repräsentierenden Akteure. Als intentionaler Akt hat sie in der Diktatur die Funktion, einen der Wahrnehmung des Regimes abträglichen oder erwünschten Sachverhalt kommunikativ so zu realisieren, dass die Getäuschten das Täuschungsobjekt für wahr halten.

Wir haben uns auf den Olympia und Berlin, Antike und Gegenwart von 1936 als Einheit konzipierenden Aspekt der Berichterstattung bezogen. Solche Raumkonzepte als Gegenstände von Sinnzuschreibungen im Diskurs zu den olympischen Sommerspielen 1936 in der Olympia-Zeitung sind machtsymbolische Relevantsetzungen von Raum, die das deklarative Grundmotiv der topografischen Bezugnahmen auf die Spiele repräsentieren: Olympia und Berlin bilden eine Raum-Einheit. Das Spezifische des journalistischen Berichts über dieses Ereignis ist entsprechend dieser Intention die Repräsentation eines strategisch interpretierten Raum-Konzepts vom griechischen Olympia in das deutsche Berlin. Olympia und Berlin werden verräumlicht. Durch die Kontextualisierung der Antike mit der Gegenwart, von Olympia mit Berlin entsteht Raum im Sinn eines Traditionskontinuums. Die Behauptung dieses Kontinuums, also die Täuschung, schafft Legitimationspotenzial – dieses ist die Funktion der Berichterstattung. Wir können sagen: Die Berichterstattung über den Fackellauf steht in dem Dienst, die

NS-Herrschaft durch territorial-geistige Kontinuitätsbehauptungen zu legitimieren, Zustimmung zu erreichen.

Entlarvung als intentionaler Akt in der Diktatur hat demgegenüber die Funktion, diese Realisierung als Täuschung zu qualifizieren. Die Ausgeschlossenen und Dissidenten sind, als zeitsensitive Adressaten der Täuschungsakte, entsprechend im Hinblick auf diese Temporalität aufmerksam. Denn sie sind von der Endlichkeit der Spiele und der entsprechenden Endlichkeit exkludierender Maßnahmen betroffen. Aus ihrer Sicht sind die Spiele daher ein diskursiv transitorisch relevant gesetztes Zeit-Ereignis.

Beide Aspekte der Ereigniskonstituierung machen deutlich: Die Spiele sind ein diskursiv konstituiertes Zeitereignis, es wird auf sie auf der Folie einer Zeitordnung referiert. Mit diesen temporalen Relevantsetzungen haben wir Positionsdifferenzen der Akteure unterschieden, die sich sozusagen zeitlinguistisch manifestieren.

Täuschung als Akt der Verkehrung von „Wahrheit“ und Entlarvung als Akt der Korrektur des propositionalen Gehalts des Täuschungsinhalts und damit der Restituierung von „Wahrheit“²³ stellen damit eine Sprachhandlungssequenz dar, deren kommunikativ-interaktives Potenzial zwar nicht dem etwa von Frage und Antwort entspricht, das aber doch einer inneren Logik der Komplementarität folgt. Entlarvung ist somit als ein komplexer sprachlicher Akt zu beschreiben, der aus der Zuschreibung besteht – eine Aussage wird als Täuschung erkannt und als solche bezeichnet – und aus der Behauptung eines Sachverhalts – der im Widerspruch zu dem in der Täuschung behaupteten Sachverhalt steht.²⁴

5 Fazit

Die olympischen Sommerspiele 1936 sind ein Diskursgegenstand, dessen Analyse es erlaubt, exemplarisch den Zusammenhang zwischen seiner Beschaffenheit und der Position der an diesem Diskurs teilnehmenden Akteure zu verdeutlichen.

Mit den Ansätzen einer Raum- und Zeitlinguistik haben wir das den Diskurs zu den olympischen Spielen 1936 kommunikativ-pragmatisch kennzeichnende Prinzip der Täuschung und Entlarvung aufgewiesen. Der akteursdifferenzierende

²³ „Wahrheit“ ist deshalb in Anführungszeichen notiert, weil es natürlich nicht um eine absolute Wahrheit gehen kann, sondern um die, die die jeweiligen Akteure als Wahrheit anerkennen.

²⁴ In diesem Sinn unterscheidet Falkenberg „methodisch zwischen Problemen der Zuschreibung und Problemen der Konstitution“ (Falkenberg 1982, S. 11).

Zugang erlaubt, die Spezifika der Konstituierung eines Ereignisses zu erfassen, das in antagonistischer Weise Relevanz für die beiden Akteursgruppierungen hat.

Mit dieser Beschreibung des Diskurses wird beispielhaft die Akteursbedingtheit einer Sachverhaltskonstituierung deutlich. Im sprachgeschichtlichen und im kommunikativ-pragmatischen Kontext ist damit Präzision und Detailliertheit im Zuge der Rekonstruktion einer sprachlichen Wirklichkeit gewährleistet, deren Erkenntniswert nicht bezweifelt werden kann.

Quellen

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1980): Deutschlandberichte 1936. In: Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei 1934–1940. Bd. 3. 5. Aufl. Salzhause: Nettelbeck.
- Kessler, Harry Graf (1996): Tagebucheintrag 6.6.1935. In: Pfeiffer-Belli, Wolfgang (Hg.): Harry Graf Kessler. Tagebücher 1918–1937. Frankfurt a. M./Leipzig: Insel.
- Klemperer, Victor (1995): Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941. Bd. 1. Hgg. v. Walter Nowojski, u. Mitarb. v. Hadwig Klemperer. Berlin/Darmstadt: Aufbau/Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Olympia-Zeitung (21.7.1936): Olympia-Zeitung: offizielles Organ der 11. Olympischen Spiele 1936 in Berlin. Nr. 1, 21. Juli 1936. https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/olympia_zeitung1936 (Stand: 12.8.2021).
- Olympia-Zeitung (1.8.1936): Olympia-Zeitung: offizielles Organ der 11. Olympischen Spiele 1936 in Berlin. Nr. 12, 1. August 1936. https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/olympia_zeitung1936 (Stand: 12.8.2021).
- Olympia-Zeitung (2.8.1936): Olympia-Zeitung: offizielles Organ der 11. Olympischen Spiele 1936 in Berlin. Nr. 13, 2. August 1936. https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/olympia_zeitung1936 (Stand: 12.8.2021).

Literatur

- Bachmann-Medick, Doris (2009): Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Bachmann-Medick, Doris (2018): Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Originalausg. 6. Aufl. Reinbek/Hamburg: Rowohlt.
- Bakhtin, Michail M. (1937/38): Chronotopos. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2008.
- Bakhtin, Michail M. (1986): Formen der Zeit und des Chronotopos im Roman. Untersuchungen zur historischen Poetik. In: Bakhtin, Michail: Untersuchungen zur Poetik und Theorie des Romans. Hgg. v. Edward Kowalski, Michael Wegner. Berlin: Aufbau-Verlag, S. 262–507.
- Benz, Wolfgang (Hg.) (2007): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. 5., aktual. u. erw. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Blommaert, Jan (2013): *Ethnography, superdiversity and linguistic landscapes. Chronicles of Complexity*. Bristol/Buffalo/Toronto: Multilingual Matters.
- Bühler, Karl (1931): *Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache*. Stuttgart/New York: Fischer 1982.
- Bühler, Karl (1934): *Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache*. Jena: Gustav Fischer.
- Busse, Beatrix/Warnke, Ingo H. (Hg.) (2014): *Place-Making in urbanen Diskursen*. (= Diskursmuster 7). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Chapoutot, Johann (2014): *Der Nationalsozialismus und die Antike*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Domke, Christine (2010): *Texte im öffentlichen Raum. Formen medienvermittelter Kommunikation auf Bahnhöfen*. In: Bucher, Hans-Jürgen/Gloning, Thomas/Lehnen, Katrin (Hg.): *Neue Medien – neue Formate: Ausdifferenzierung und Konvergenz in der Medienkommunikation*. (= Interaktiva 10). Frankfurt a. M.: Campus, S. 257–281.
- Eckhardt, Frank (2010): *Olympia im Zeichen der Propaganda. Wie das NS-Regime 1936 die ersten Medienspiele inszenierte*. In: Heidenreich, Berndt/Neitzel, Sönke (Hg.): *Medien im Nationalsozialismus*. Paderborn: Schöningh, S. 235–251.
- Falkenberg, Gabriel (1982): *Lügen. Grundzüge einer Theorie sprachlicher Täuschung*. (= Linguistische Arbeiten 86). Tübingen: Niemeyer.
- Fauconnier, Gilles/Turner, Mark (2002): *The way we think. Conceptual blending and the mind's hidden complexities*. New York: Basic Books.
- Felder, Ekkehard (2013): *Faktizitätsherstellung mittels handlungsleitender Konzepte und agonaler Zentren. Der diskursive Wettkampf um Geltungsansprüche*. In: Felder, Ekkehard (Hg.): *Faktizitätsherstellung in Diskursen. Die Macht des Deklarativen*. (= Sprache und Wissen 13). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 13–28.
- Foucault, Michel (2017 [1966]): *Die Heterotopien*. In: Foucault, Michel: *Die Heterotopien/Les hétérotopies. Der utopische Körper/Le corps utopique*. Zwei Radiovorträge. Zweisprachige Ausgabe, 3. Auflage. Übers. v. Michael Bischoff, mit einem Nachw. v. Daniel Defert. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 9–22.
- Giese, Bettina (1992): *Untersuchungen zur sprachlichen Täuschung*. (= Reihe germanistische Linguistik 129). Tübingen: Niemeyer.
- Habscheid, Stephan/Reuther, Nadine (2013): *Performatisierung und Verräumlichung von Diskursen. Zur soziomateriellen Herstellung von ‚Sicherheit‘ an öffentlichen Orten*. In: Felder, Ekkehard (Hg.): *Faktizitätsherstellung in Diskursen. Die Macht des Deklarativen*. (= Sprache und Wissen 13). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 127–145.
- Kämper, Heidrun (2018): *Sprachliche Sozialgeschichte 1933 bis 1945 – ein Projektkonzept*. In: Kämper, Heidrun/Schuster, Britt-Marie (Hg.): *Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus*. (Sprache – Politik – Gesellschaft 24). Bremen: Hempen, S. 9–25.
- Landwehr, Achim (2020): *Diesseits der Geschichte. Für eine andere Historiographie*. Göttingen: Wallstein.
- Lehmann, Stephan (2004): *Sport der Hellenen – Die Berliner Ausstellung von 1936 und der jüdische Archäologe Alfred Schiff (1863–1939)*. In: Stadion 29, Sonderband Olympic Games – Olympische Spiele – Jeux Olympiques, S. 199–220.
- Reichel, Peter (1996): *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*. München/Wien: Hanser.
- Schmitz-Berning, Cornelia (1998): *Vokabular des Nationalsozialismus*. Berlin/Boston: De Gruyter.

- Schuster, Britt-Marie (2018): Heterogene Widerstandskulturen zwischen 1933 und 1945 und ihre sprachlichen Praktiken – ein Projekt. In: Kämper, Heidrun/Schuster, Britt-Marie (Hg.): Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus. (Sprache – Politik – Gesellschaft 24). Bremen: Hempen, S. 27–52.
- Simmel, Georg (2006 [1903]): Die Großstädte und das Geistesleben. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Sorokin, Pitirim/Merton, Robert K. (1937): Social time: a methodological and functional analysis. In: *American Journal of Sociology* 42, 5, S. 615–629. http://www.chronos.msu.ru/EREPORTS/sorokin_social.pdf (Stand: 1.4.2021).
- Steiner, John M./Cornberg, Jobst Freiherr von (1998): Willkür in der Willkür. Befreiung von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 46, 2, S. 143–188.
- Uerlings, Herbert/Patrut, Iulia-Karin (2013): Inklusion/Exklusion und die Analyse der Kultur. In: Patrut, Iulia-Karin/Uerlings, Herbert (Hg.): *Inklusion/Exklusion und Kultur. Theoretische Perspektiven und Fallstudien von der Antike bis zur Gegenwart*. Köln: Böhlau, S. 9–46.

Mark Dang-Anh/Stefan Scholl (Mannheim)

Politisches Positionieren in der NS-Zeit: Zur sprachlichen Bearbeitung von Identitätsdilemmata in Eingaben und Zellengesprächen

Abstract: Ausgehend von spezifischen historischen Diskursbedingungen und anknüpfend an Ansätze der Positionierungstheorie untersucht der Beitrag sprachliche Praktiken politischer Positionierung von Akteuren der integrierten Gesellschaft während des Nationalsozialismus. Am Beispiel einer Eingabe eines Katholiken sowie eines abgehörten Zellengesprächs zweier Wehrmachtssoldaten wird diskursanalytisch herausgearbeitet, wie verschiedene Identitätsdilemmata sprachlich verhandelt wurden und wie die Akteure dabei auf vorliegende politische Positionierungsangebote zurückgriffen, zugleich aber versuchten, ihre Positionen individuell auszugestalten.

1 Einführung: Positionierungstheorie und NS-Forschung

Die Welt ändert sich dadurch, wie wir in ihr und über sie sprechen. Wir verstehen den sich permanent vollziehenden Wandel der Gesellschaft und des gesellschaftlich Bedeutsamen entsprechend als durch Zeichenprozesse gestaltet, die durch unterschiedlich zueinander positionierte Akteure interaktional bzw. kommunikativ in sprachlichen und sozialen Praktiken verfertigt werden. Was das übergeordnete Thema dieses Bandes, Sprache in Politik und Gesellschaft, angeht, so müssen wir gemäß dieser Annahme einer semiotischen Prozessierung differenzieren: Nicht die Sprache steht im Fokus einer sprachwissenschaftlichen und -geschichtlichen Politik- und Gesellschaftsanalyse, sondern der Sprachgebrauch; nicht *die* Politik oder *die* Gesellschaft sind primär die für uns interessanten Gegenstände, sondern vielmehr das Politische und Gesellschaftliche in ihren sprachlichen Hervorbringungen.

Die Aushandlung des Politischen¹ wiederum ist vielschichtig: Sie vollzieht sich vor allem zwischenmenschlich, ragt aber in ihrer Bedeutung über das Individuelle und Momentane hinaus. Es sind dabei vor allem die Fragen der sprachlichen Verhandlungen von *Identität*, die die Konstitution des Politischen bestimmen. Hier kommt die politische Positionierung ins Spiel: Sich politisch zu positionieren bedeutet, sich bezüglich des gemeinschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Zusammenlebens zu äußern und Identitäten vor diesem überindividuellen und übersituativen Hintergrund in Kommunikationssituationen sprachlich hervorzubringen und auszuhandeln.

Im Rahmen des Projekts „Sprachliche Sozialgeschichte 1933 bis 1945“ interessieren wir uns dabei vor allem dafür, wie sich die integrierten Gesellschaftsmitglieder, das heißt die große Masse der nicht aus rassistischen Gründen von der ‚Volksgemeinschaft‘ Ausgeschlossenen, zur Zeit des Nationalsozialismus sprachlich politisch positionierten.² Diese Akte umfassen zweifellos eine große Bandbreite sprachlich-kommunikativer Praktiken und zugehöriger Äußerungsorte, von unterschiedlichen Ausführungen des Hitlergrußes in der Öffentlichkeit über beiläufige Bemerkungen unter Bekannten bis hin zu wortreichen Ausführungen der eigenen Einstellung und Sichtweise in Tagebüchern oder Feldpostbriefen. Im Folgenden werfen wir anhand zweier unterschiedlicher und sehr spezifischer Kommunikationssituationen Schlaglichter auf einige Charakteristika sprachlich vollzogener politischer Positionierungspraktiken während der NS-Zeit. Wir betrachten zum einen ein Schreiben, das prototypisch für die Textsorte Eingabe, also briefliche Schreiben von Bürger/-innen an staatliche Behörden und/oder Parteiinstanzen der NSDAP, steht. Zum anderen analysieren wir einen Ausschnitt eines abgehörten Zellengesprächs deutscher Wehrmachtsangehöriger in einem US-Kriegsgefangenenlager. In beiden Fällen erfolgt die Analyse anhand eines singulären Belegs. Diese wurden allerdings aus größeren Korpora jeweils so ausgewählt, dass die Ergebnisse der Analyse durchaus generalisierbar sind.³ So unter-

1 Wir beschränken uns gemäß unserem Schwerpunkt auf die *politische Positionierung* hier auf den Begriff des Politischen. Das Gesellschaftliche ist in diesen Begriff, entsprechend der von uns in diesem Absatz vorgeschlagenen Arbeitsdefinition, eingebunden. Vgl. vertiefend hierzu aus geschichtswissenschaftlicher Sicht Steinmetz/Haupt (2013); Weidner (2012).

2 Vgl. zum Forschungsprojekt die vorstehenden Ausführungen von Heidrun Kämper und Britt-Marie Schuster in diesem Band; vgl. zum Projekt und zur Akteursdifferenzierung auch Kämper (2018). Wir bedanken uns bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Förderung des Projekts.

3 Im Falle der Eingaben wurde durch Stefan Scholl ein Korpus von ca. 500 Schreiben aus verschiedenen deutschen Archiven zusammengestellt, die Transkripte der abgehörten Zellengespräche wurden durch Mark Dang-Anh in den National Archives der USA erhoben. Vielen Dank

schiedlich diese Situationen und Figurationen zudem sein mögen – in beiden spielen politische Positionierungen eine herausragende Rolle, und wir verfolgen bei unseren Beleganalysen die These, dass die Beteiligten unter den jeweils spezifischen Bedingungen einen gewissen Drang besaßen beziehungsweise einem gewissen Zwang ausgesetzt waren, sich politisch zu positionieren.

Von der historischen NS-Forschung wird diese Mischung aus „Bekenntniszwang und Bekenntnisdrang“ (Nolzen o. D.) in jüngerer Zeit verstärkt als Kennzeichen des nationalsozialistischen Mobilisierungs- und Disziplinierungsregime betont: „Jeder musste sich seiner Stellung im volksgemeinschaftlichen Gefüge diskursiv und durch symbolische Akte stets aufs Neue versichern“, so Steber/Gotto (2014, S. 440). Allerdings waren die Zugehörigkeitskriterien „in vielerlei Hinsicht inkohärent und uneindeutig“, was zu „ständigen Aushandlungsprozessen“ führte, aber auch „Handlungsspielräume eröffnete [...]“ (ebd., S. 441). Mit ähnlicher Stoßrichtung hat Janosch Steuer (2017, S. 70) hervorgehoben, „dass sich seit dem Frühjahr 1933 die Frage der eigenen Position nicht mehr allein als eine der politischen Bewertung, sondern als eine der persönlichen Zuordnung stellte“.

Nimmt man diese Anregungen der historischen NS-Forschung auf, stellt sich die Frage nach den sprachlichen Realisierungen dieser Zuordnungs- und Positionierungspraktiken umso vehementer: In welchen Situationen und auf welche Weise konstituierten die Zeitgenossen sich selbst und ihr Verhältnis sprachlich gegenüber dem Nationalsozialismus, der ‚Volksgemeinschaft‘, den ‚Volksgenossen‘ etc.? Welche Positionierungsangebote in Form von Narrativen oder Leitkonzepten nahmen sie auf, welche wiesen sie zurück oder formten sie um? Welche Uneindeutigkeiten taten sich auf, welche Aushandlungsprozesse lassen sich beobachten? Diesen Fragen soll im empirischen Teil, perspektivisch angeregt von Erkenntnissen der Positionierungsforschung, nachgegangen werden.

Doch zunächst werfen wir einen Blick auf den theoretisch-methodologischen Hintergrund der Positionierungstheorie, die ihren Ursprung in der *discursive psychology* hat (vgl. Hollway 1984; Davies/Harré 1990; Harré/van Langenhove 1991) und durch die Sprachwissenschaft u. a. interaktionslinguistisch (vgl. Deppermann 2013, 2015; Beeching/Ghezzi/Molinelli 2018; Weiser-Zurmühlen 2021), soziolinguistisch (vgl. Du Bois 2007; Spitzmüller 2013; Spitzmüller/Flubacher/Bendl 2017), diskurslinguistisch (vgl. Spieß 2018) und gesprächsrhetorisch (vgl. Wolf 1999; Reitemeier/Spranz-Fogasy 2003) weiterbearbeitet wurde. Eine vorrangige Stellung nimmt dabei die an Narration und Identität interes-

an Felix Römer (London) für die Bereitstellung eines Probesamples während der Vorbereitung des US-Archivaufenthalts.

sierte Forschung ein (s. u.; vgl. Bamberg 1997; Lucius-Hoene/Deppermann 2004; Bamberg/Georgakopoulou 2008; de Fina 2013). Unter Positionierung verstehen wir mit Lucius-Hoene/Deppermann (2004, S. 168) die

diskursiven Praktiken mit denen Menschen sich selbst und andere in sprachlichen Interaktionen auf einander bezogen als Personen her- und darstellen, welche Attribute, Rollen, Eigenschaften und Motive sie mit ihren Handlungen in Anspruch nehmen und zuschreiben, die ihrerseits funktional für die lokale Identitätsher- und -darstellung im Gespräch sind [sic].

Hier wird deutlich, dass sich die konversationsanalytisch orientierte Forschung auf die lokale Konstitution von Identitäten fixiert. Gleichwohl sind Positionierungen als indexikalische Kontextualisierungsleistungen (vgl. Auer 1996) zu betrachten, die entsprechend an situationsübergreifende Rahmungen anknüpfen.

U. a. derartige transsituative Positionierungsaspekte nimmt ein besonders etablierter Strang der Positionierungsforschung in den Blick, der sich vornehmlich mit narrativen Identitätskonstruktionen in Interaktionen beschäftigt. Bamberg/Georgakopoulou (2008), die für den Ansatz von kurzen Erzählungen – *small stories* – in der Narrations- und Identitätsanalyse plädieren, sehen in der positionierungstheoretischen Analyse vor allem eine Möglichkeit der Verbindung von Mikro- und Makrokategorien. Sie setzen für die Positionierungsanalyse drei Ebenen an: 1) Positionierungen der Figuren innerhalb einer erzählten Geschichte, 2) die Interaktionssituation, in der eine Geschichte erzählt wird, und 3) die Ebene der „social positions and discourses above and beyond the here-and-now“ (Bamberg/Georgakopoulou 2008, S. 380), die transsituative Positionierungen in Relation zu größeren Rahmungen umfasst.

Diese dritte Ebene zeigt die Verbindungen auf zwischen mikroanalytisch zu erfassenden Positionierungen in Interaktionssituationen bzw. lokalen Erzählungen und den in ihnen sprachlich bearbeiteten übergreifenden Narrativen und Diskursen. Bamberg (1997) bezeichnet die positionierende Einordnung in übergeordnete Rahmungen als *Positioning Level 3* (vgl. auch Bamberg/Georgakopoulou 2008; De Fina 2013).

Unser Fokus auf politische Positionierung setzt an Level 3-Positionierungspraktiken an. Damit verfolgen wir einen bereits in den Anfängen bei Davies/Harré (1990) erkennbaren und hier fortgeführten Ansatz einer praxeologischen Diskursforschung, die sich vor allem für die Fragen des Politischen und Gesellschaftlichen als in diskursiven Praktiken indexikalisch hervorgebracht interessiert. Mit Bamberg (2010, S. 4) verstehen wir Positionierungspraktiken dabei insbesondere als sprachliche Bearbeitungen von *Identitätsdilemmata*:

Any claim of identity faces three dilemmas: (i) sameness of a sense of self across time in the face of constant change; (ii) uniqueness of the person vis-à-vis others in the face of being the same as everyone else; and (iii) the construction of agency as constituted by self (with a self-to-world direction of fit) and world (with a world-to-self direction of fit).

In den Umbruchsituationen zu Beginn und gegen Ende des Nationalsozialismus, so unsere Annahme, standen die Akteure aufgrund des Positionierungsdrucks hinsichtlich der sprachlichen Hervorbringungen von Identitäten in Positionierungspraktiken vor besonderen Herausforderungen. Dementsprechend entstanden im NS Identitätsdilemmata vor allem hinsichtlich:

- a) der Wahrung biografischer Kontinuität angesichts eines fortwährenden sozialen und politischen Wandels, die im NS aufgrund rassistisch begründeter Exklusionspraktiken lebens- bzw. existenzbedrohend sein konnte,
- b) der Aufrechterhaltung individueller *Eigenständigkeit* angesichts gesellschaftlicher Deindividualisierungen, deren Einschränkung bis hin zum Verlust vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik drohte, und
- c) der Spannung zwischen eigenen und fremden Zuschreibungen von *Agentivität*, vor allem unter den besonderen Verhältnissen ausgeprägter Machtasymmetrien zur Zeit des NS.

Die politischen Positionierungspraktiken untersuchen wir im Folgenden vor dem historischen Hintergrund spezifischer Kommunikationssituationen in Umbruchsituationen des Nationalsozialismus: in einer Eingabe an Behörden bzw. NSDAP-Parteiinstanzen des Jahres 1935 (Kap. 2) und in einem abgehörten Zellengespräch von Wehrmachtssoldaten in Kriegsgefangenschaft in einem US-Verhörlager gegen Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 (Kap. 3).

2 Politisches Positionieren in Eingaben

Eingaben, das heißt Bittgesuche und Beschwerdeschreiben, die einzelne Personen in eigener Sache brieflich an staatliche oder Parteiinstanzen richteten, waren während des Nationalsozialismus weit verbreitet. Genau wie in vorhergehenden Zeiten adressierten die Menschen die unterschiedlichen Ebenen des Herrschaftssystems – von städtischen Behörden, Kreis- und Gauleitungen der NSDAP bis hin zu den obersten Reichsministerien und Hitler selbst – mit ihren Bitten, Beschwer-

den, Hinweisen und Problemen.⁴ Eingaben sind für unsere Perspektive auf sprachliche Praktiken politischer Positionierung äußerst aufschlussreich, zugleich aber auch sehr speziell. Bereits beim Akt des Eingabeeinreichens handelt es sich um eine spezifische Form der Positionierung. So erkennt etwa der oder die Schreibende mit dem Einreichen einer Eingabe die Zuständigkeit des Adressaten sowie dessen potenzielle Macht, die Dinge in seinem oder ihrem Interesse zu beeinflussen, an. Das Schreiben von Eingaben vollzieht sich also innerhalb eines vordefinierten Gefüges von (Macht-)Positionen, das wiederum durch die Regularität der Eingabepraktiken stabilisiert wird. Innerhalb dessen finden Positionierungsaushandlungen statt, die individuell sind, den grundsätzlichen Rahmen jedoch anerkennen und in der Regel unberührt lassen. Im spezifischen Kontext des Nationalsozialismus, der, wie weiter oben ausgeführt, von einem hohen Druck zu politischer Affinitätsbekundung geprägt war, bedeutete dies, dass die Schreibenden vor der Herausforderung standen, ihre legitime Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus bzw. der ‚Volksgemeinschaft‘ zu bekunden, sich affirmativ zu positionieren sowie das eigene Anliegen und die eigene Person in nationalsozialistische Diskurse einzuschreiben (vgl. hierzu Horan 2014; Scholl 2019a). Die adressierte Instanz musste demzufolge von der Legitimität des Anliegens, aber vor allem auch der Legitimität der schreibenden Person überzeugt werden. Dies konnte besonders dann spannungsreich sein, wenn Beschwerden vorgebracht wurden oder wenn die eigene Person oder das eigene Anliegen mit politischen Maßnahmen des Nationalsozialismus konfligierte.

Der folgende Beleg zeugt von einer solchen Spannung und gibt zudem einen Einblick in typische Positionierungspraktiken, wie sie in Eingaben während des NS zu finden sind. Es steht für eine Reihe von Schreiben, in denen sich als überzeugte Christen identifizierende Personen versuchten, ihren religiösen Glauben mit einer Positionierung zum Nationalsozialismus zu verbinden. Wie die jüngere Forschung unterstreicht, ist das Verhältnis von Nationalsozialismus und christlichem Glauben keineswegs ausschließlich als ein dichotomes, sich gegenseitig ausschließendes anzusehen.⁵ Vielmehr richtet sich der heuristische

⁴ Auch wenn Eingaben in einigen Detailstudien einbezogen wurden, fehlt es bislang an einer systematischen Untersuchung des Eingabewesens während des Nationalsozialismus. Vgl. hierzu mit weiterführenden Literaturangaben (Scholl 2019a; 2019b, S. 433–437).

⁵ Zugleich gilt es zu konstatieren, dass sich ebenso zahlreiche Eingaben finden lassen, in denen sich christliche Gläubige über anti-kirchliche Maßnahmen des NS-Regimes beschwerten und dieses zum Teil heftig kritisierten. Dies zeigt, wie vielfältig und heterogen individuelle Verhaltensweisen und Positionierungspraktiken während des Nationalsozialismus waren.

Fokus auf das mögliche „Wechselspiel‘ von religiösen und politischen Identitäten“ (Blaschke/Großbölting 2018, S. 14) und fragt nach Angeboten und Realisierungen „hybrider Gläubigkeit“ (ebd., S. 19; vgl. auch Gailus/Nolzen 2011).

Im April 1935 richtete der Katholik Hanns L. ein Schreiben an einen der Adjutanten Adolf Hitlers, Fritz Wiedemann. Wie aus dem Brief hervorgeht, hatte er sich bereits einige Monate vorher in einer ähnlichen Angelegenheit an Wiedemann gewandt, den er aus gemeinsamen Zeiten im „Stahlhelm“ kannte, dem national-konservativen „Bund der Frontsoldaten“. Leider ist dieser erste Brief nicht erhalten. Im hier nun untersuchten Schreiben, das eineinhalb Seiten umfasst, geht es L. um die Vereinbarkeit seines katholischen Glaubens mit einer Parteiaufnahme in die NSDAP (Hanns L. 1935). Nach einer längeren Anfangspassage, in der er ausführlich auf die gemeinsame Vergangenheit eingeht, kommt er zum Kern seines Anliegen:

Beleg 1:

Dieses Vertrauen, das ich zu Ihnen hege, hat mich auch im September vorigen Jahres ermutigt, Sie um Ihre Hilfe anzugehen. Und das gleiche Vertrauen hat mich auch veranlasst, Ihnen im letzten Brief eine gewisse Frage, die für uns Katholiken große Bedeutung hat, vorzulegen. Es sind wohl Gründe vorhanden, die Sie hinderten, auf die Beantwortung dieser Fragen einzugehen, da die Beantwortung zu allgemeinen Wert gehabt hätte. Ich bitte Sie, Herr Hauptmann, wollen Sie mir nicht böse sein, wenn ich mich heute nochmals, allerdings nicht mit einer Frage allgemeiner Gültigkeit, sondern bloß meine Person betreffend, an Sie wende. Man ist in letzter Zeit wiederholt an mich herangetreten von Partei-Instanzen, mit der Mahnung oder dem Rat, ich sollte mich bei nächster Gelegenheit in die Partei aufnehmen zu lassen. Meine Befürchtung kennen Sie aus dem letzten Brief. Ich stehe treu zum Führer, möchte aber auch meinem katholischen Glauben unbedingt die Treue wahren, entsprechend dem Motto aus ‚Dreizehnlinden‘: ‚Erst gehörst Du Deinem Gott – Ihm zunächst der Heimerde‘; oder in biblischer Fassung: ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers und Gott, was Gottes ist‘. Ich glaube, dass der Führer nicht verlangen wird, dass man ihm Treue schwört unter Begehung eines Treuebruchs gegen Gott. Letzteres ist aber verlangt, wenn Rosenberg sagt: ‚Wer Nationalsozialist ist, hat aufgehört Katholik oder Protestant zu sein.‘ Ich bitte Sie nicht mehr um eine allgemein gültige Darlegung, sondern um Ihren persönlichen, den Intentionen des Führers entsprechenden Rat: Kann ich ohne Gefährdung des katholischen Glaubens Parteimitglied werden? Darf ich auch

als Parteimitglied restlos zu meinem katholischen Glauben, zu den Dogmen und Vorschriften der Kirche stehen? Ich denke, wer seinem Gott treu ist, wird auch dem Führer gewiss treue Gefolgschaft leisten. [...]

Mit vorzüglicher Hochachtung und Deutschem Gruss

bin ich Ihr sehr ergebener

[Unterschrift].

Als erstes soll hervorgehoben werden, dass der Anlass, sich zu positionieren, von außen an den Verfasser herangetragen wurde, sprachlich ausgedrückt durch die Formulierung: „Man ist in letzter Zeit wiederholt an mich herangetreten von Partei-Instanzen, mit der Mahnung oder dem Rat, ich sollte mich bei nächster Gelegenheit in die Partei aufnehmen zu lassen.“ Mit dieser Formulierung wird zugleich offengelassen, ob es überhaupt seinem intrinsischen Wunsch entspricht, Mitglied in der NSDAP zu werden. Das Identitätsdilemma, das durch diese Positionierungsaufforderung erwächst und das L. durch seine Eingabe aufzulösen gedenkt, entsteht wiederum aus widersprüchlichen sozialen Kategorisierungen, die in zeitgenössischen nationalsozialistischen Diskursen vorlagen. Gemeint sind einerseits kirchenkritische bis -feindliche Teildiskurse, die zum Teil sehr offensiv vertreten wurden, etwa in den Zeitschriften „Der Stürmer“ und dem „Schwarzen Korps“ (vgl. Roos 2014; Zeck 2002) oder auch in Veröffentlichungen Alfred Rosenbergs. Diese standen andererseits im Gegensatz zu ebenfalls prominenten Bekundungen, beispielsweise im sogenannten 25-Punkte-Programm der NSDAP oder in Reden Adolf Hitlers, die „Freiheit aller religiösen Bekenntnisse“ zu achten (allerdings mit dem Zusatz „soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen“) und „in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums“ zu sehen (25-Punkte-Programm 1920; Hitler 1933). Der Verfasser der Eingabe bewegt sich im Rahmen dieses Spannungsfeldes und unterbreitet ein eigenes, alternatives Positionierungsangebot, für das er offizielle Bestätigung sucht.

Primär markiert er sich als gläubiger Katholik. Schreibt er bereits in der Eingangssequenz von „uns Katholiken“, für die die Angelegenheit von großer Bedeutung sei, verwendet er im weiteren Verlauf des Schreibens gleich dreimal die Wendung „katholischer Glauben“, in zwei der Fälle schreibt er, durch die Verwendung des Possessivums noch verstärkt, explizit von „meinem katholischen Glauben“. Diese primäre Identifikation gerät durch die neuartige Positionierungsaufforderung, in die nationalsozialistische Partei einzutreten, unter Druck. Der

Verfasser schreibt diesbezüglich von „Befürchtung“ und „Gefährdung“. Diese „Gefährdung“, die zugleich seine Primärpositionierung in Frage stellen würde, wird durch eine zitierende Referenz expliziert: Es ist der Verweis auf die Aussage Alfred Rosenbergs, des führenden anti-kirchlichen NS-Ideologen: „Wer Nationalsozialist ist, hat aufgehört Katholik oder Protestant zu sein.“ Dem setzt L. eine alternative politische Positionierung entgegen, nämlich die Vereinbarkeit von katholischer und nationalsozialistischer Zugehörigkeit, die sprachlich vor allem durch die wiederholte Verwendung von Ich+Verb-Formulierungen indiziert wird („Ich stehe“, „ich glaube“, „Ich denke“). Des Weiteren nutzt er autoritative Referenzen zur Stützung seines Positionierungsentwurfs in Form eines Bibelzitats sowie eines literarischen Verweises. Diese beiden Referenzen dienen zur Untermauerung seiner Positionierung, die, und das ist wohl das Entscheidende, sich an das ‚Treue‘-Konzept bindet. ‚Treue‘ taucht in adjektivischer, adverbialer und substantivischer Form ganze sechs Mal in dem kurzen Schreiben auf. Es ist auf der sprachlichen Ebene in diesem Fall das zentrale positionierungsrelevante Lexem. Tatsächlich eignet sich der Verfasser des Schreibens damit ein zentrales (und vielleicht sogar das zentrale) Leitkonzept nationalsozialistischer Zugehörigkeitsdiskurse an und überträgt es auf seine doppelte Identifikation. Treue zum ‚Führer‘ und Treue zu Gott: eine sehr auffällige, im Kontext des allfälligen Führerkults aber gar nicht überraschende, Parallelisierung.

Dass es L. bei seinem Positionierungsversuch vor allem um Anerkennung durch eine offizielle Autorität ging, ein Merkmal politischer Positionierung, das im Falle der Eingaben besonders ausgeprägt ist, lässt sich speziell an den Frage­sätzen erkennen, die er formuliert („Darf ich [...]“, „Kann ich [...]“). Leider ist kein Antwortschreiben erhalten, in dem diese Fragen beantwortet worden wären. Interessanterweise wurde die Eingabe allerdings behördenintern an eine „Abteilung für den kulturellen Frieden“ mit der Bitte um Klärung weitergeleitet. Von dort kam einen Tag später die Auskunft, dass der Eintritt in die Partei „auch für den überzeugten Katholiken, der sich vorbehaltlos bereits zum Führer bekennt, keine Bedenken haben“ könne. „Ein Deutscher Katholik, der nicht mehr an den Rudimenten des politischen Katholizismus“ hänge, könne und dürfe „sich also in Reih und Glied stellen, wenn er sich die Freiheit und Klarheit der Sicht erhalten hat“ (von Detten 1935). Ob Hanns L. diese Antwort auf sein Identitätsdilemma erhielt, und vor allem ob ihn diese Antwort zufrieden stellte, lässt sich nicht ermitteln. In Ansätzen wird allerdings sichtbar, dass die politischen Positionierungsversuche, die Verfasser/-innen von Eingaben gegenüber offiziellen Instanzen vornahmen, zum Teil intern weiterverhandelt und in manchen Fällen auch beantwortet wurden.

Im vorliegenden Beispiel, das allerdings aussagekräftig für eine große Zahl ähnlicher Schreiben ist, handelte es sich um den Versuch, innerhalb eines spannungsreichen Feldes – der Vereinbarkeit von christlichem Glauben und nationalsozialistischer Parteizugehörigkeit – einen eigenen Positionierungsentwurf anzubringen und zu legitimieren, der um bestehende soziale Kategorisierungen herum navigierte, die wiederum explizit referenziell aufgerufen wurden. Als charakteristisch wurde außerdem herausgestellt: die Betonung der eigenen Sichtweise, maßgeblich belegt durch Ich-Phrasen, das Zitieren autoritativer Referenzen als Legitimierungsstrategie sowie die affirmative Aneignung zentraler nationalsozialistischer Leitkonzepte, in diesem Fall: ‚Treue‘. Diese Elemente könnten – zumindest für den eingegrenzten Bereich der Textsorte Eingabe – neben weiteren zu ermittelnden als charakteristisch für die sprachliche Realisierung politischer Positionierungspraktiken während des Nationalsozialismus angesehen werden. Genauere Aussagen hierüber erlaubt indes erst die Einbeziehung eines größeren Korpus von Eingaben, dessen Untersuchung Musterhaftigkeiten wie Abweichungen herauszuarbeiten hätte (vgl. Dang-Anh/Scholl i. Ersch.).

3 Politisches Positionieren unter Kriegsgefangenen

Bei dem im Folgenden analysierten Beleg handelt es sich um ein Protokoll eines abgehörten Zellengesprächs. Es dokumentiert ein Gespräch zweier Wehrmachtsoldaten in einem US-Kriegsgefangenenlager. In dem geheimen Lager namens *Fort Hunt* wurden von 1942 bis 1945 über 3.000 deutsche Kriegsgefangene systematisch verhört. Dabei waren in ausgewählten Zellen versteckt Mikrofone angebracht. Die Gespräche der Gefangenen wurden mitgehört und bei Bedarf aufgezeichnet (vgl. Römer 2012, S. 31–34). Der Beleg stammt aus einem Korpus von knapp 20.000 digitalen Faksimiles unterschiedlicher Dokumenttypen.⁶

Das Gespräch ereignete sich laut Protokoll am Nachmittag des 14. Februar 1945, also in der Endphase des Zweiten Weltkriegs. Es unterhalten sich ein Unteroffizier der Luftwaffe, Walter F., und ein Pionier des Heeres, Oscar E. (Abhörprotokoll 1945; vgl. zu diesem Beleg auch Römer 2012, S. 106).

⁶ Die im Rahmen des DFG-Projekts (vgl. Fn. 2) erhobenen digitalen Faksimiles konnten mit Mitteln des Leibniz-Forschungsverbunds „Historische Authentizität“ (LFVHA) in Teilen zu Volltexten erfasst werden. Vielen Dank an den LFVHA für die Förderung.

Beleg 2:

- 1 Ps/W 's Attitude.
- 2 F: Also, wenn man sieht, wie man in folge seiner Dummheit so restlos fuer bloed verkauft worden ist, - gut man sieht ja ein, wir sind Verbrecher, aber jetzt sollen wir Anti-Nazi sein. Wenn ich sage ich bin Anti-Nazi, dann bin ich Anti-Deutscher.
- 3 E: Wer sagt denn das?
- 4 F: Das sagt mir doch mein Gefuehl so. Da muesste ich doch gegen mich selber sein, ich muesste mich selber in den Arsch beissen.
- 5 E: Was verstehst Du denn unter Deutsch sein? Wie verbindest Du Nationalsozialismus mit Deutsch?
- 6 F: Alle waren sie doch Nationalsozialisten. Weil sich alle restlos fuer bloed haben verkaufen lassen. Restlos bloed war das ganze. Ich kann ja auch sagen, ich war kein Nazi, - was heisst Nazi? Ich war aber begeistert fuer den Mann, ich habe mir gesagt, der schafft endlich mal Ordnung.

F. leitet seine Äußerung mit „Also, wenn man sieht“ (2) ein und projiziert damit ein Konditionalgefüge – eine syntaktische Projektion, die zwar im Verlauf nicht eingelöst wird, aber gerade deshalb einen Authentizitätshinweis auf den gesprachlichen Ursprung des Materials liefert (vgl. Auer 2000). Dabei verwendet F. das Pronomen „man“ generisch und, wie sich zeigen wird, sprecherinklusiv (vgl. Zifonun 2000). ‚Sehen‘ hat hier eine epistemische Lesart: Das Folgende wird als gemeinsam erkennbarer Gegenstand, Erzählung oder Tatsache objektiviert, es scheint sozusagen nur allzu verständlich und nachvollziehbar. ‚Sehen‘ bedeutet hier also auch, zu einer Erkenntnis zu gelangen, und die lautet, dass „man in folge seiner Dummheit so restlos für bloed verkauft worden ist“ (2). Diese Passivformulierung ist deagentivierend (vgl. Polenz 1985) – wer hier jemanden „für bloed verkauft“, bleibt offen. Der eigenen Machtlosigkeit wird dabei in mehrfachem Sinne Ausdruck gegeben: der Grad der Agency der mit „man“ (2) generisch referierten Gruppe wird in dieser Retrospektive auf ein äußerst niedriges Niveau herabgesetzt (*mitigation of agency*, vgl. Duranti 2004). Vor diesem Hintergrund erscheint die konzessive Folgeäußerung „gut man sieht ja ein, wir sind Verbrecher“ (2) geradezu verharmlosend, weil durch die eigene, vergangene Dummheit erklärbar. Worin

dabei die Verbrechen bestanden, die dieser sozialen Kategorisierung zugrunde liegen, wird nicht expliziert. Durch den pronominalen Wechsel von „man“ zu „wir“ wird deutlich, dass das „man“ zuvor sprecherinklusiv und, in der situativen Interaktion zweier Wehrmachtssoldaten, wohl auch Hörerinklusiv verwendet wird.

Es folgt die Äußerung, die für die politische Positionierung dieses Belegs zentral ist: „aber jetzt sollen wir Anti-Nazi sein. Wenn ich sage ich bin Anti-Nazi, dann bin ich Anti-Deutscher“ (2). Das adversative „aber“, das die Folgeäußerung in Relation zum vorher Gesagten setzt, verstärkt den Eindruck, dass es sich bei der Kategorisierung als „Verbrecher“, im Gegensatz zur nun diskutierten Benennung „Anti-Nazi“, um etwas vergleichbar Harmloses handelt. Das Modalverb „sollen“ zeigt hier an, dass die explizite soziale Kategorisierung von Dritten vorgenommen wurde. Dies ist also eine der Interaktion vorgängige, deontische Fremdpositionierung, deren Urheber ungenannt bleiben. Die oben vorgenommene Selbstpositionierung „Verbrecher“ ist demnach als *second order positioning* (Harré/van Langenhove 1991) aufzufassen, eine Reaktion auf die Fremdpositionierung „Anti-Nazi“ durch Dritte. Die weitere Diskussion dieser Positionierung wiederum ist ein *third order positioning*, das sich nun in einem Konditionalgefüge fortsetzt: „Wenn ich sage ich bin Anti-Nazi, dann bin ich Anti-Deutscher“. Inwiefern sich F. hier zu der sozialen Kategorisierung evaluativ positioniert, lässt sich ohne weitere Kontextualisierungshinweise nur erahnen.

Dazu müssen wir einen Blick auf die Folgeturns werfen, eine Frage-Antwort-Sequenz (3–4). Zunächst wirft E. die Frage nach dem Urheber der Ausgangspositionierung auf: „Wer sagt denn das?“ (3). F.'s Antwort ist unbestimmt, er verweist stattdessen auf einen inneren, affektiven Begründungszusammenhang: „Das sagt mir doch mein Gefühl so. Da müsste ich doch gegen mich selber sein [...]“ (4). Die Äußerung, er müsse „gegen [s]ich selber sein“, vereindeutigt nun, dass er die Positionierung als „Anti-Nazi“ (2) ablehnt, und es lässt sich ableiten, dass ‚Deutscher‘ als Antonym zu „Anti-Deutscher“ F.'s priorisierte Identitätszuschreibung ist. Es eröffnet sich also, vor dem Hintergrund der deontischen Fremdpositionierung als „Anti-Nazi“, ein Identitätsdilemma: Wer „Anti-Nazi“ ist, kann kein ‚Deutscher‘ sein.

Bei der Erörterung der Sozialkategorie ‚Anti-Nazi‘ hilft uns die historisch-praxeologische Einordnung in die Medienpraktiken des Verhörlagers *Fort Hunt*, die sich aus dem Archivmaterial erschließen lassen: Die Kriegsgefangenen wurden nicht nur abgehört, sondern auch verhört, und zu diesen Verhören wurden Berichte angefertigt, aus denen hervorgeht, dass das US-Militär die Gefangenen in die Kategorien ‚Nazis‘ und ‚Anti-Nazis‘ einteilte (vgl. Reiß 2002, S. 182–190; Römer 2012, S. 104–110). Dies geschah auf Grundlage der Verhöre und wurde dann in den Berichten dazu festgehalten. Die Einschätzung dieser Kategorisierung konnte sich über die Dauer der Gefangenschaft dabei durchaus auch ändern.

Das Lager war baulich so arrangiert und die Verhöre derart organisiert, dass die Gefangenen nach den Verhören in die Zellen mit anderen Insassen gingen. Die US-Amerikaner erhofften sich dadurch, dass die Gefangenen über die Verhöre redeten und hörten diese Interaktionen dann ab. Die Positionierung durch die Etikettierung „Anti-Nazi“ war dabei in das Dispositiv ‚US-Kriegsgefangenschaft‘ und die Figuration im Lager eingeschrieben und wurde durch die Verhör- und Protokollierpraktiken der US-Offiziere manifestiert.

Die derartige initiale institutionalisierte Positionierung wurde auch in den Interaktionen der Gefangenen rege diskutiert und führte zu *third order positionings* in den Gefängniszellen (siehe Beleg 2, 5–6). Neben der obligatorischen externen Positionierung entfaltet sich nun auch interaktional Positionierungsdruck. So fragt E. nach der Relation von „Deutsch sein“ und „Nationalsozialismus“ (5). Auffällig ist hierbei die prädikative Verwendung sozialer Kategorien. Auch in den anderen expliziten Etikettierungen ist die Verbindung mit *sein* zu finden: „wir sind Verbrecher“, „jetzt sollen wir Anti-Nazi sein“, „ich bin Anti-Nazi“ und „bin ich Anti-Deutscher“ (2). Dadurch erfolgen neben den Benennungen auch Existenz-Zuschreibungen zu den jeweils pronominal referierten Identitäten. Die Fragen, die E. stellt, zielen in den Kern des Identitätsdilemmas: die Vereinbarkeit einer nationalsozialistischen mit einer deutschen Identität. F. begegnet dem nun mit einem weiteren Tempuswechsel in die Vergangenheitsform, die er in seinem gesamten Turn bezüglich seiner Haltung zum Nationalsozialismus beibehält. Ebenso wechselt er erneut die pronominale Referenz: „Alle waren sie doch Nationalsozialisten“ (6). Während „alle“, wie oben „man“ generisch verwendet wird, zeigt die Verbindung mit „sie“ im Gegensatz dazu die Sprecherexklusion an. Die Zuschreibung „Nationalsozialisten“ macht F. hier also nicht für sich geltend. Er führt stattdessen erneut die deagentivierende Begründung an, alle hätten sich „restlos für blöd [...] verkaufen lassen“ (6) und wiederholt sie im Anschluss gänzlich ohne personale Referenz. In Bezug auf den Nationalsozialismus schwindet also Agentivität sukzessive, erst die eigene und dann auch diejenige Dritter bis zur mithin trotzig anmutenden Banalisierung: „restlos blöd war das Ganze“ (6). Darauf erfolgt erneut ein Referenzwechsel auf das Selbst: F. beansprucht die Möglichkeit, sich nicht als Nazi zu kategorisieren, und stellt die Bedeutung des sozialkategorialen Ausdrucks „Nazi“ in Frage. Schließlich drückt er seine Affirmation für Hitler, „den Mann“ (6), aus, der somit als Personifizierung des Nationalsozialismus konstituiert wird. Eine mögliche Lesart ist hierbei, dass mit der erfolgten Personifizierung einer prominenten dritten Person (Hitler) die Distanzierung der eigenen Person des Erzählers vom Nationalsozialismus erfolgt. F. zieht für seine, qua Tempus als mittlerweile vergangen markierte, Positionierung sowohl einen emotiven Aspekt, seine Begeisterung für Hitler, als auch einen rationalen Aspekt heran. Mit dem Topos, dass

Hitler „endlich mal Ordnung schaffte“ (6), reproduziert der Sprecher dabei einen gängigen Topos, der sich im Nationalsozialismus vor allem auf Rassismus und Disziplin bezog (vgl. Saupe 2010).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich aus der kommunikativen Figuration des Verhörlagers ein Positionierungsdruck ergibt, der auch in den Interaktionen der Gefangenen eine Rolle spielt. Die expliziten Kategorisierungen „Nazi“ und „Deutsch“ führen offenbar zu einem Identitätsdilemma, das auf mehreren Ebenen bearbeitet wird: Erstens temporal, d. h. durch mehrmalige Tempuswechsel: Der Nationalsozialismus wird im Februar 1945 in der Vergangenheit dargestellt. Brüche in der Identitätszuschreibung sind somit auch durch narrative Brüche gekennzeichnet. Zweitens referenziell: Positionszuschreibungen werden vor allem durch Wechsel der pronominalen Referenz variiert. Und schließlich, damit zusammenhängend, agentiv: d. h. durch grammatische Deagentivierung, aber auch durch mitigierende Agency-Zuschreibungen, in denen der eigenen Identität ein eher geringer Grad der Handlungsträgerschaft im Nationalsozialismus zugewiesen wird (vgl. Dang-Anh 2020).

4 Fazit

Ohne dass an dieser Stelle ein abschließendes Ergebnis unserer laufenden Forschungsvorhaben präsentiert werden kann, sollen zusammenfassend einige Überschneidungspunkte skizziert werden, die dazu anregen, der Frage nach den sprachlichen Realisierungen politischer Positionierung während des Nationalsozialismus weiter nachzugehen.

Wie wir betont haben, waren die sehr unterschiedlichen kommunikativen Konstellationen, die wir beleuchtet haben, geprägt von einem hohen Positionierungsdruck, aber auch individuellem Bekenntnisdrang – und das vor allem bezüglich einer *politischen* Positionierung. Dies mag durchaus ein Spezifikum des Nationalsozialismus sein, gilt aber vielleicht für autoritär verfasste Gesellschaften insgesamt: Es ging für die einzelnen Menschen während dieser Zeit ubiquitärer Freund-Feind-Definitionen, ständiger Inklusionsaufforderungen und Exklusionsdrohungen nicht nur um eine bloße Bewertung des politischen Geschehens, sondern um die eigene Verortung, die eigene Positionierung *im* politischen Geschehen, mithin die Herstellung und Demonstration politischer Zugehörigkeit. In beiden Fällen hatten wir es zudem mit einer Umbruchsituation

zu tun, in der ältere Identifikationen (als Katholik bzw. als Anhänger Adolf Hitlers) in Frage gestellt wurden und eine Neupositionierung notwendig wurde. Vor dem übersituativen und überindividuellen Hintergrund der nationalsozialistischen Diktatur, bzw. dessen absehbaren Ende, bearbeiteten die Akteure ihre jeweiligen Identitätsdilemmata in ihren Interaktionen und Texten. Hierbei griffen sie auf vorliegende Positionierungsangebote zurück, versuchten aber gleichzeitig, ihre Positionen individuell auszugestalten.

Eine praxeologische Diskursforschung kann – wenn sie den Fokus auf das Zusammenspiel übergreifender Diskurse und lokaler, situativer sowie individuell ausgestalteter sprachlicher Ausprägungen richtet – einen erheblichen Teil dazu beitragen, sprachliche Praktiken politischer Positionierung in ihrem historisch-politischen Kontext offenzulegen. Der Weg zu einem fundierten historischen Verständnis von Politik und Gesellschaft führt also, so hoffen wir gezeigt zu haben, über die Analyse der sprachlichen und kommunikativen Praxis, durch die und in der Politik und Gesellschaft, aber auch die eigene Position hierin, zuallererst hervorgebracht und immer aufs Neue ausgehandelt werden.

Quellen

- 25-Punkte-Programm (1920): Das 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 24. Februar 1920. In: documentArchiv.de. <http://www.documentArchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html> (Stand: 29.4.2021).
- Abhörprotokoll (1945): Ausschnitt aus dem Abhörprotokoll „Room Conversation, 15 February 1945, 1500, Extracted“. National Archives and Records Administration (NARA), Research Group 165, Entry P-179A, Box 464. Maryland/Washington D.C.: National Archives and Records Administration.
- Hanns L. (1935) = Hanns L. an den Adjutanten des Führers, Herrn Hauptmann a. D. Wiedemann, 8.4.1935. In: Institut für Zeitgeschichte (Hg.) (1983): Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes: Regesten, Bd. 1, 1. München: Oldenbourg/Saur. Microfiche-Nr. 124 01515-01516.
- von Detten (1935) = H. von Detten an Fritz Wiedemann, 9.4.1935. In: Institut für Zeitgeschichte (Hg.) (1983): Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes: Regesten, Bd. 1. München: Oldenbourg/Saur. Microfiche-Nr. 124 01508-01510.
- Hitler, Adolf (1933): Rede vor dem Reichstag am 23. März 1933. In: Verhandlungen des Deutschen Reichstags: Reichstagsprotokolle, 1933. VIII. Wahlperiode, 2. Sitzung, 23. März 1933. https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w8_bsb00000141_00032.html (Stand: 29.4.2021).

Literatur

- Auer, Peter (1996): From context to contextualization. In: *Links & Letters* 3, S. 11–28.
- Auer, Peter (2000): On line-Syntax – Oder: was es bedeuten könnte, die Zeitlichkeit der mündlichen Sprache ernst zu nehmen. In: *Sprache und Literatur* 31, S. 43–56.
- Bamberg, Michael G. W. (1997): Positioning between structure and performance. In: *Journal of Narrative and Life History* 7, 1–4, S. 335–342.
- Bamberg, Michael (2010): Who am I? Narration and its contribution to self and identity. In: *Theory & Psychology* 21, 1, S. 1–22.
- Bamberg, Michael/Georgakopoulou, Alexandra (2008): Small stories as a new perspective in narrative and identity analysis. In: *Text & Talk* 28, 3, S. 377–396.
- Beeching, Kate/Ghezzi, Chiara/Molinelli, Piera (Hg.) (2018): Positioning the self and others. Linguistic perspectives. (= *Pragmatics & Beyond New Series* 292). Amsterdam/Philadelphia: Benjamins.
- Blaschke, Olaf/Großbölting, Thomas (2018): Einführung und Problemskizze: Was glaubten die Deutschen 1933–1945? In: Blaschke, Olaf/Großbölting, Thomas (Hg.): Was glaubten die Deutschen zwischen 1933 und 1945? Religion und Politik im Nationalsozialismus. (= *Schriftenreihe „Religion und Moderne“* 18). Frankfurt a. M.: Campus, S. 9–40.
- Dang-Anh, Mark (2020): Excluding agency: infrastructural and interactional practices of exclusion in the national socialist dispositif of field post. In: *M/C Journal* 23, 6, S. 1–10.
- Dang-Anh, Mark/Scholl, Stefan (i. Ersch.): Digital discourse analysis of language use under national socialism: methodological reflections and applications. In: Buda, Frederike/Timpe, Julia (Hg.): Writing the digital history of Nazi Germany. Potentialities and challenges of digitally researching and presenting the history of the “Third Reich”, World War II and the Holocaust. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Davies, Bronwyn/Harré, Rom (1990): Positioning: the discursive production of selves. In: *Journal for the Theory of Social Behaviour* 20, 1, S. 43–63.
- De Fina, Anna (2013): Positioning level 3: connecting local identity displays to macro social processes. In: *Narrative Inquiry* 23, 1, S. 40–61.
- Deppermann, Arnulf (2013): How to get a grip on identities-in-interaction: (what) does ‘positioning’ offer more than ‘membership categorization’? Evidence from a mock story. In: *Narrative Inquiry* 23, 1, S. 62–88.
- Deppermann, Arnulf (2015): Positioning. In: De Fina, Anna/Georgakopoulou, Alexandra (Hg.): The handbook of narrative analysis. New York: Wiley & Sons, S. 369–387.
- Du Bois, John W. (2007): The stance triangle. Subjectivity, evaluation, interaction. In: Englebretson, Robert (Hg.): Stancetaking in discourse. (= *Pragmatics & Beyond New Series* 164). Amsterdam/Philadelphia: Benjamins, S. 139–182.
- Gailus, Manfred/Nolzen, Armin (Hg.) (2011): Zerstrittene „Volksgemeinschaft“. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Harré, Rom/van Langenhove, Luk (1991): Varieties of positioning. In: *Journal for the Theory of Social Behaviour* 21, 4, S. 393–407.
- Hollway, Wendy (1984): Gender difference and the production of subjectivity. In: Henriques, Julian/Hollway, Wendy/Urwin, Cathy/Venn, Couze/Walkerline, Valerie (Hg.): Changing the subject: psychology, social regulation and subjectivity. London: Methuen, S. 227–263.

- Horan, Geraldine (2014): „Lieber, guter Onkel Hitler“: a linguistic analysis of the letter as a national socialist text-type and a reevaluation of the “Sprache im/des Nationalsozialismus” debate. In: Davies, Peter/Hammel, Andrea (Hg.): New literary and linguistic perspectives on the German language, national socialism, and the Shoa. (= Edinburgh German Yearbook 8). Rochester/New York: Camden House, S. 45–58.
- Kämper, Heidrun (2018): Sprachliche Sozialgeschichte 1933 bis 1945 – ein Projektkonzept. In: Kämper, Heidrun/Schuster, Britt-Marie (Hg.): Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 24). Bremen: Hempen, S. 9–25.
- Lucius-Hoene, Gabriele/Deppermann, Arnulf (2004): Narrative Identität und Positionierung. In: Gesprächsforschung – Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion 5, S. 166–183.
- Nolzen, Armin (2019): Zum Sagen gezwungen? Janosch Steuwer liest Tagebücher aus der NS-Zeit und lotet Selbstreflexionen der Zeitgenossen aus. In: Literaturkritik.de, 8.7.2019. Internet: www.literaturkritik.de/steuwer-ein-drittes-reich-wie-ich-es-auffasse-zum-sagen-gezwungen,25801.html (Stand: 29.4.2021).
- Polenz, Peter von (1985): Deutsche Satzsemantik. Grundbegriffe des Zwischen-den-Zeilen-Lesens. (= Sammlung Götschen 2226). Berlin/New York: De Gruyter.
- Reiß, Matthias (2002): „Die Schwarzen waren unsere Freunde“. Deutsche Kriegsgefangene in der amerikanischen Gesellschaft 1942–1946. (= Krieg in der Geschichte 11). Paderborn: Schöningh.
- Reitemeier, Ulrich/Spranz-Fogasy, Thomas (2003): Konfrontative Positionierung in Schlichtungsgesprächen. In: Jahrbuch Deutsch als Fremdsprache 29, 1, S. 135–166.
- Römer, Felix (2012): Kameraden. Die Wehrmacht von innen. München: Piper.
- Roos, Daniel (2014): Julius Streicher und „Der Stürmer“, 1923–1945. Paderborn: Schöningh.
- Saupe, Achim (2010): Von „Ruhe und Ordnung“ zur „inneren Sicherheit“. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositive. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 7, 2, S. 170–187.
- Scholl, Stefan (2019a): Beschwerde- und Bittschreiben von Mannheimer Bürger/innen während des Nationalsozialismus: Eine Analyse alltagsprachlicher Kollusion anhand von ausgewählten Beispielen. In: SPRACHREPORT 4/2019, S. 6–16.
- Scholl, Stefan (2019b): Für eine Sprach- und Kommunikationsgeschichte des Nationalsozialismus. Ein programmatischer Forschungsüberblick. In: Archiv für Sozialgeschichte 59, S. 409–444.
- Spieß, Constanze (2018): Stancetaking- und Positionierungsaktivitäten im Öffentlichen Metasprachdiskurs über jugendliche Sprechweisen Eine Analyse von User*innen-Kommentaren im Web. In: Ziegler, Arne (Hg.): Jugendsprachen/Youth languages. Aktuelle Perspektiven internationaler Forschung/Current perspectives of international research. Berlin/Boston: De Gruyter, S. 147–188.
- Spitzmüller, Jürgen (2013): Metapragmatik, Indexikalität, soziale Registrierung. Zur diskursiven Konstruktion sprachideologischer Positionen. In: Zeitschrift für Diskursforschung 3, S. 263–287.
- Spitzmüller, Jürgen/Flubacher, Mi-Cha/Bendl, Christian (2017): Soziale Positionierung als Praxis und Praktik. Einführung in das Themenheft. In: Wiener Linguistische Gazette 81, S. 1–18.
- Steber, Martina/Gotto, Bernhard (2014): Volksgemeinschaft im NS-Regime. Wandlungen, Wirkungen und Aneignungen eines Zukunftsversprechens. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 62, 3, S. 433–455.

- Steinmetz, Willibald/Haupt, Heinz-Gerhard (2013): The political as communicative space in history: the Bielefeld approach. In: Steinmetz, Willibald/Gilcher-Holtey, Ingrid/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): *Writing political history today*. (= *Historische Politikforschung* 21). Frankfurt a. M./New York: Campus, S. 11–36.
- Steuer, Janosch (2017): „Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse“. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933–1939. Göttingen: Wallstein.
- Weidner, Tobias (2012): Die Geschichte des Politischen in der Diskussion. (= *Das Politische als Kommunikation* 11). Göttingen: Wallstein.
- Weiser-Zurmühlen, Kristin (2021): Vergemeinschaftung und Distinktion: Eine gesprächsanalytische Studie über Positionierungspraktiken in Diskussionen über TV-Serien. (= *Reihe Germanistische Linguistik* 327). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Wolf, Ricarda (1999): Soziale Positionierung im Gespräch. In: *Deutsche Sprache* 27, S. 69–94.
- Zeck, Mario (2002): Das Schwarze Korps. Geschichte und Gestalt des Organs der Reichsführung SS. (= *Medien in Forschung und Unterricht, Serie A* 51). Tübingen: Niemeyer.
- Zifonun, Gisela (2000): „Man lebt nur einmal.“ Morphosyntax und Semantik des Pronomens *man*. In: *Deutsche Sprache* 28, S. 232–253.

Britt-Marie Schuster (Paderborn)

Gegengemeinschaften bilden: Ein Beitrag zu einer linguistischen Geschichtsschreibung des Widerstands (1933–1945)

Abstract: In diesem Beitrag steht die sprachliche Konstitution von Eigengruppen und mit diesen assoziierten Partnergruppen im Vordergrund, deren zentrale Sprachgebrauchsmuster gezeigt werden. Der Beitrag basiert auf Auswertungen der im Projekt „Heterogene Widerkulturen: Sprachliche Praktiken des Sich-Widerstehens von 1933 bis 1945“ erstellten manuellen, soziopragmatisch orientierten Annotationen von 140 Widerstandstexten sowie auf korpuslinguistischen Auswertungen des Gesamtkorpus (554 Texte). Es soll gezeigt werden, dass eine linguistische Auseinandersetzung mit dem Gegenstand Ergebnisse der Widerstandsgeschichte produktiv vertiefen kann. So lässt allein schon die Betrachtung des pronominalen Referierens Schlüsse auf die sozialkulturelle Bindung der Widerstandsakteur/-innen zu.

1 Zielstellung und Gliederung

Sowohl in der Geschichts- als auch der Sprachwissenschaft ist die sprachliche Verfasstheit von Widerstandskommunikaten bisher kaum thematisiert worden. Die geschichtswissenschaftliche Widerstandsforschung kann zwar auf eine jahrzehntelange Forschungsgeschichte zurückblicken (vgl. Steinbach 2001; Benz 2018), wohingegen sich die Sprachwissenschaft erst in den letzten Jahren diesem Forschungsfeld zugewandt hat (vgl. etwa Schuster 2018; Markewitz/Schuster/Wilk 2020). Dennoch möchte der Beitrag zeigen, dass eine geschichtswissenschaftliche Betrachtung des Widerstands ohne Einbezug einer linguistischen Geschichtsschreibung, die den Sprachgebrauch der Widerstandskommunikate in den Blick nimmt, unvollständig bleibt. Eine derartige linguistische Geschichtsschreibung nimmt dabei Perspektiven der linguistischen Kultur- und Kommunikationsgeschichte respektive der älteren und jüngeren Soziopragmatik (vgl. Schröter/Linke 2019; Linke 2014, 2018) auf.

Ein potenzieller Dialog zwischen den Fächern ergibt sich dadurch, dass Widerstandshandeln in der Geschichtswissenschaft auf soziale Vergemeinschaftungsinstanzen (etwa Milieus, politische Gruppierungen) zurückgeführt worden ist. Widerstand soll auf der Bewahrung und Verteidigung eines Selbst-, Fremd- und Weltverständnisses basieren, das dem Nationalsozialismus vorgängig ist. Dass sich diese Verständnisse wesentlich durch Kommunikation vermitteln und an Sprache respektive musterhaft realisierten, verbalen Praktiken zeigen, blieb bisher weitgehend unberücksichtigt. Die linguistische Kultur- und Kommunikationsgeschichte begreift nun gerade entsprechende Praktiken als ihr Arbeitsfeld und untersucht „historische Sprachwelten“ in der Absicht,

die in ihnen zum Ausdruck kommenden kulturellen Selbst- und Weltdeutungen, die sozio-kulturellen Orientierungssysteme sowie die Normen, Werte, Einstellungen und Gefühle der entsprechenden Kommunikationsgemeinschaften zu erfassen (Linke 2018, S. 348).

Durch Texte vermittelte Widerstandskommunikation ist dahingehend zu befragen, wie, vermittelt über grundsätzliche Funktionen der Kommunikation, Traditionsanschlüsse hergestellt werden. Zu diesen Funktionen gehören (a) ein Selbst zu präsentieren, (b) sich zu anderen in Beziehung zu setzen und (c) eine Perspektive auf Wirklichkeit zu offenbaren.

Der Beitrag thematisiert die sprachliche Konstitution von Eigengruppen und von mit diesen Eigengruppen assoziierten Partnergruppen. Er greift damit ein wesentliches Moment gesellschaftspolitischer Kommunikation und Rhetorik auf (vgl. u. a. Lobenstein-Reichmann 2017). Im Zentrum stehen das pronominale und nominale Bezugnehmen auf sowie das Charakterisieren von Personen und Personengruppen und ihre musterhaften Realisierungen, die auf ihr Kontextualisierungspotenzial für bestimmte Richtungen des Widerstands und entsprechende Traditionsanschlüsse hin untersucht werden. Das Bezugnehmen auf sich und andere und das Charakterisieren werden hier als wesentliches Mittel der Beziehungsgestaltung gesehen (vgl. Palander-Collin 2011, S. 84). Die Texte eröffnen so einen Zugang zu dem von den Verfasser/-innen entworfenen Beziehungsgeflecht, das auf gegnerische Gesinnungsgemeinschaften schließen lässt.

Zunächst werden einige Gesichtspunkte thematisiert, unter denen die Widerstandsgeschichte widerständiges Handeln betrachtet hat (Abschn. 2). Dann wird kurz dargestellt, wie diese Gesichtspunkte in eine kultur- und kommunikationsgeschichtliche Betrachtung des Widerstands einfließen und wie das Bilden von Eigen- und Partnergruppen auf der Basis des HetWiK-Korpus (554 Widerstandsdokumente) untersucht worden ist (Abschn. 3). Die Ergebnisse der Untersuchung werden im vierten Abschnitt vorgestellt: Sprachgebrauchsmuster werden unterschieden in musterhaft geprägte Handlungsweisen, mit denen sich das Selbst zu

einem größeren Kollektiv zuordnet (Abschn. 4.1), und solche, mit denen Beziehungen zu Partnergruppen hergestellt werden (Abschn. 4.2). Zuletzt werden Schlüsse aus den Befunden abgeleitet (Abschn. 5).

2 Sprach- und Geschichtswissenschaft im Dialog

Jahrzehntelange Debatten in der Geschichtswissenschaft, was unter Widerstand zu verstehen ist, haben ergeben, dass diesem nicht Personen zugerechnet werden, die punktuell non-konform handelten oder deren weltanschauliche Dissidenz zur inneren Emigration führte. Unter Widerstand ist zu verstehen:

Aus der allgemeinen und ziellosen Ablehnung des Regimes wird Widerstand durch Aktion und durch das Bekenntnis und die Bereitschaft, Konsequenzen der eigenen Haltung und daraus resultierender Handlung zu tragen. Ein zentrales Element von Widerstand ist die ganz persönliche Gefährdung dessen, der sich erkennbar auflehnt. Eine zentrale Voraussetzung ist die Bewahrung eigener Identität, das Festhalten an Normen und Werten, die Verweigerung von Anpassung und Kompromiss, [...]. (Benz 2018, S. 17 f.)

Dieses *Bewahren*, *Festhalten* und *Verweigern von* ist in der Geschichtswissenschaft oft auf den prägenden Faktor des sozialen Milieus und damit oft verbundene parteipolitische Bindungen zurückgeführt worden (vgl. Paul/Mallmann 1995). Die Annahme einer potenziellen Milieubindung erlaubt einen

Blick auf die überindividuellen, gesellschaftlichen Voraussetzungen des Widerstands, auf jene sozialen Segmente und Traditionen, Gruppenbildungen und Überzeugungen, die eine Fundamentalopposition gegenüber dem Regime überhaupt erst möglich machten [...]. Es blieb – beim 20. Juli ebenso wie bei den Kommunisten, Sozialdemokraten und Katholiken – *ein im Grunde konservatives Unternehmen*, dessen Träger auf die eigene Erfahrungs- und Ideenwelt im Kaiserreich und in den Weimarer Jahren zurückgriffen [...]. (Paul/Mallmann 1995, S. 15 f.; Herv. B.-M. Sch.)

Milieus sollen, vermittelt durch soziale Gruppen, nicht nur ein Filter der Deutung und Bewertung von Selbst und Welt sein, sondern Handlungs-, Solidar- und Gesinnungsgemeinschaften, die eine eigene kommunikative Kultur ausprägen. Zur Erfassung von Milieuzugehörigkeiten sowie Gruppenbindungen kommen prinzipiell alle sprachlichen Einheiten und ihr Zusammenspiel sowie Praktiken und deren Muster in Betracht, die einen sozialen Stil und auch Gruppen erkennbar werden lassen (vgl. Neuland 2018, S. 282–288). Im Kontext des Widerstandshandelns geht es um im Sprachgebrauch indizierte Anschlüsse an eine vorgängige soziale, sprachlich-kommunikative Praxis, die für den Zweck des Widerstands-

handelns funktionalisiert wird. Die Nachverfolgung der Kontextualisierung von Traditionsanschlüssen in Widerstandstexten ist bisher aber ebenso wenig geleistet worden wie die Bestimmung dessen, woran der bürgerliche, sozialistische etc. Widerstand sprachlich erkennbar wird.

Die Erforschung der Widerstandskommunikation ist auch in einer weiteren Hinsicht noch nicht klar profiliert, nämlich in ihrem Bezug zu und ihrer Auflehnung gegen nationalsozialistische(n) Herrschaftsdiskurse(n)/-praktiken: Während im geschichtswissenschaftlichen Diskurs „Herrschaft als soziale Praxis“ (i. S. v. Lütke (Hg.) 2018) umfassend profiliert und der Nationalsozialismus als Handlungsgemeinschaft begriffen worden ist, die mittels diskursiver Inklusions- und Exklusionspraktiken hergestellt wird, wurde Widerstandskommunikation bisher noch nicht in einer vergleichbaren praxeologischen Perspektive betrachtet. Die geschichtswissenschaftliche Forschung hat sich hier bisher auf die Handlungsbedingungen konzentriert, unter denen sich Widerstand entfaltet; ebenso auf organisatorische, individual- und kollektivbiografische Aspekte des Agierens im Geheimen. Das sprachliche Dagegen-Handeln steht nicht im Fokus.

Die Bildung von Eigen- und Partnergruppen berührt darüber hinaus die auf die Verstehbarkeit und Akzeptanz zielende Gestaltung der Textkommunikation (vgl. Hausendorf et al. 2017, S. 67), die von der Geschichtswissenschaft wenig betrachtet worden ist. Es wird vorgeschlagen, sie als Ausdruck eines einen Text durchwirkendes „audience design“ zu verstehen (im Sinne von Clark/Carlson 1982). Mit Hausendorf et al. (2017, S. 43–46) ist zudem auf den Unterschied zwischen Textkommunikation und Interaktion zu verweisen. Zwar ist Textkommunikation, wie wohl jede Form der Verständigung, musterhaft geprägt; sie besitzt jedoch auch Spielräume: Die Konstitution von Eigen- und Partnergruppen ist in Texten selbstverständlich nicht in actu und vor dem Hintergrund einer prozessualen, wechselseitigen Ratifizierung zu beobachten. Da eine Bindung an den gemeinsamen Interaktionsraum in Texten fehlt, verschiebt sich die Gestaltung auf die sich selbstautorisierende, wenngleich auf Akzeptanz zielende Konstitution einer Eigengruppe und ihrer möglichen Partnergruppen. Dabei kann ihre Formung als Reaktion auf nationalsozialistische Inklusions- und Exklusionspraktiken verstanden werden.

3 Gegengemeinschaften untersuchen

Um der Vielfältigkeit der Widerstandstexte gerecht zu werden, wurde ein Modell entwickelt, bei dem u. a. Praktiken der Identitäts- und Beziehungskonstitution von anderen Praktiken der Sachverhaltskonstitution, des Widerspruchs und des

Widersprechens sowie der Gegenwehr unterschieden wurden (vgl. Schuster 2018). Praktiken werden dabei als *Handlungsweisen* betrachtet, die eine immanente Historizität besitzen, musterhaft sprachlich realisiert werden und deren Muster zusammenführend ein Kontextualisierungspotenzial im Hinblick auf die Akteursposition, die Traditionsbestände (u. a. Textmuster) sowie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus besitzen. Diesem Modell entsprechend wurden 140 Widerstandstexte auf 26 Ebenen mit CATMA 5.0 vollständig annotiert, mehr als 400 weitere Texte stehen digitalisiert zur Verfügung. In die nachfolgende Auswertung gehen die Annotationen zu den Praktiken der Identitäts- und Beziehungskonstitution, mit flankierenden Blicken auf das Gesamtkorpus ein. Die Annotationsebenen mit den entsprechenden Tags sind in Tabelle 1 aufgelistet.

Tab. 1: Überblick über die genutzten Annotationsebenen

Annotationsebene: Identitätskonstitution	Tags (Anzahl)
Annotationsebene Selbstzuordnung	
SELB_Nennen-und-Zeigen	2.581
SELB_Namen	426
SELB_Charakterisieren	1.056
Annotationsebene: Beziehungskonstitution	
Annotationsebene Adressat inkludierend	
AD-inklu_Nennen-und-Zeigen	3.363
AD-inklu_Namen	32
AD-inklu_Charakterisieren	481
Annotationsebene Adressat exkludierend	
AD-exklu_Nennen-und-Zeigen	215
AD-exklu_Namen	17
AD-exklu_Charakterisieren	56
Annotationsebene Fremdgruppe inkludierend	
FG-inklu_Nennen-und-Zeigen	6.033
FG-inklu_Namen	896
FG-inklu_Charakterisieren	1.616
Annotationsebene Fremdgruppe exkludierend	
FG-exklu_Nennen-und-Zeigen	1.452
FG-exklu_Namen	273
FG-exklu_Charakterisieren	611

Das im Projekt „Heterogene Widerstandskulturen: Sprachliche Praktiken des Sich-Widersetzens von 1933 bis 1945“ vorgenommene Annotieren basiert auf Guidelines

und ist dennoch mit Formen des *close reading* eng verbunden. Die Textlektüre, die den Text als holistische Gestalt wahrnimmt, die auf die Auswertung spezifischer Annotationen fokussierte Textuntersuchung sowie die korpuslinguistische Erschließung typischer Muster sind vielfach aufeinander bezogen.

Das Konzept „Eigen-/Partnergruppe“ erfordert darüber hinaus einen multiperspektivischen Zugang. Folgende Blickpunkte lagen der Auswertung zugrunde:

- a) Die Analyse erschließt Handlungen des pronominalen und nominalen Referierens, der Namensgebung sowie des Charakterisierens vom syntagmatischen Kotext mit Blick auf den Gesamttext.
- b) Die Analyse der entsprechenden Handlungen ermöglicht einen Zugriff auf (soziale) Kategorisierungen. Die Wahl bestimmter Ausdrücke gibt ferner Aufschluss über die mit einem Ausdruck verbundenen Perspektivierungen und Relevanzsetzungen.
- c) Mit der Konstitution von Eigen- und Partnergruppen sind ferner Positionierungen verbunden (vgl. Lucius-Hoene/Deppermann 2004, S. 168), die Beziehungen zwischen ihnen nahelegen. Beziehungen können sowohl horizontal und vertikal konstituiert werden, also im Sinne von sozialer Gleich- oder Überordnung, als auch in Hinsicht auf soziale Nähe und Distanz (i. S. v. Linke/Schröter 2017, S. 12).

4 Die sprachliche Konstitution von Eigen- und Fremdgruppen

4.1 *Wir Kommunisten*: Das Selbst Kollektiven zuordnen

Aus den Auswertungen ergibt sich, dass die Autor/-innen pronominal häufiger als mit jeder anderen sprachlichen Einheit mit *wir* auf sich Bezug nehmen (vgl. Abb. 1).

Wer mit einem *Wir* gemeint ist, erschließt sich durch Kotext wie Gesamttext. Dabei kann die durch *wir* repräsentierte Gruppe hinsichtlich ihrer Mitglieder spezifiziert werden, etwa durch Formen des nominalen Referierens, oder vage bleiben. Ferner kann erkennbar werden, ob andere Gruppen, etwa die Adressat/-innen, inkludiert oder exkludiert werden. Eine vage bzw. unbestimmte *Wir*-Gruppe kann darauf hindeuten, dass der antizipierte Leserkreis diese identifizieren kann oder dieser Gruppe als zugehörig konzipiert wird.

Mit einem *Wir* wird grundsätzlich die Existenz einer Gruppe behauptet und nahegelegt, dass es relevante, kotextuell spezifizierte oder nicht-spezifizierte Ge-

meinsamkeiten zwischen Gruppenmitgliedern gibt. Die Konstitution einer Wir-Gruppe ist deshalb auch als eine intersubjektiv erschließbare Deutung sozialer Beziehungen und Verhältnisse zu sehen.

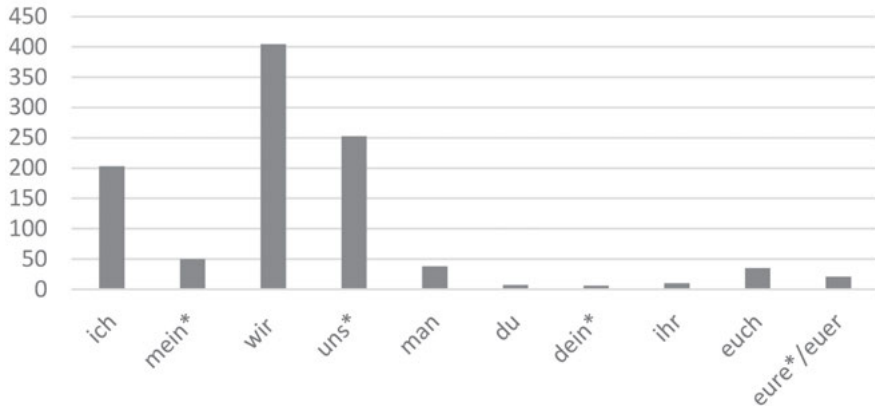


Abb. 1: Pronominales Referieren mittels Pronomen auf der Annotationsebene 1 (ohne Privatbriefe)

Vertreter/-innen des Widerstands der Funktionseliten, v. a. des zivilen und militärischen Widerstands, zielen grundsätzlich auf die Bildung von Wir-Gruppen, die ihrem konspirativ aufgebauten Beziehungsnetzwerk entsprechen und keine Adressat/-innen oder andere Gruppen inkludieren. *Wir* kann jedoch auch eine Eigengruppe meinen, die über den Widerstandskreis hinausweist. Dieses *Wir* verweist, anders als das adressatenexklusive *Wir* des konservativen Widerstands, oft auf ein größeres, nicht durch persönliche Bekanntschaft fundiertes Kollektiv. Das Pronomen zeigt die eigene Zugehörigkeit zu einem größeren Ganzen an, es subsummiert jedoch auch andere unter dieses größere Kollektiv: Diese Zuordnung zu einem Kollektiv erfolgt bei linken und konfessionellen Gruppen anhand spezifischer Muster. Ein zentrales Muster ist, dass das Pronomen „wir“ mit einer engen und weiten Apposition verknüpft wird, vergleiche etwa:

wir Kommunisten (Saefkow 1997 [1944], S. 79); wir, die junge Generation (Deutsches Initiativkomitee 1989, S. 182); Wir, Jehovas Zeugen, früher Bibelforscher genannt (Zeugen Jehovas 2016 [1937], S. 1); Wir deutschen Sozialdemokraten (Wels 2016 [1933], S. 2); Wir marxistischen Sozialisten (Neu Beginnen 1985 [1934], S. 25)

Mit dem nahezu alle Textsorten umspannenden Sprachgebrauchsmuster *Wir X* wird die Existenz einer über die Kategorisierung spezifizierbaren Gruppe behauptet und über den mit der Kategorisierung verbundenen Wissensrahmen eine Ge-

meinsamkeit evoziert, die sich auf Elemente einer gemeinsamen Weltanschauung bezieht. Es wird damit ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis nahegelegt, das dem Herrschaftsdiskurs zuwiderläuft. Im bürgerlich-konservativen Widerstand kommen derartige Selbstpositionierungsausdrücke nicht vor bzw. wird die Selbstpositionierung hier nur durch *wir Deutschen* repräsentiert. Er verzichtet weitgehend darauf, sich politischen Richtungen zuzuordnen, was auf ein überparteiliches Verständnis seines Engagements hindeutet.

Auch beim nominalen, die Verfasser/-innen inkludierenden Referieren zeigt sich die Kennzeichnung weltanschaulicher und politischer Orientierungen und Organisationsstrukturen durch entsprechende Selbstkategorisierungen. Bezugnahmen auf die Bezeichnungen zuvor etablierter Parteien und Institutionen sind metonymisch zu deuten und schließen die Verfasser/-innen und teils auch die sich einer politischen Weltanschauung zugehörig fühlenden Adressat/-innen ein: In kirchlichen Kreisen dominieren Bezugnahmen auf *die Kirche* oder *das Christentum* sowie Bezugnahmen auf spezifische Organisationseinheiten wie *der Rat der evangelischen Kirche* und deren Mitglieder. Bei linksgerichteten Exil-Parteien und Widerstandszirkeln zeigen sich neben Bezugnahmen auf Parteien und ihre Gliederungen Appellativa wie *Arbeiterbewegung* oder *Arbeiterklasse*. Personenbezeichnungen spielen grundsätzlich eine untergeordnete Rolle. Die Relevanzsetzung der politischen Orientierung erstreckt sich bis hin zu perspektivanzeigenden Sprachgebrauchsmustern wie *vom marxistischen/demokratischen/sozialistischen Standpunkt aus* und ist als Versuch zu werten, die potenzielle Wirkmächtigkeit des Widerstands nahezulegen.

Dies bestätigt sich auch durch den Gebrauch von Adjektiven. Wie Tabelle 2 zeigt, sind es überwiegend relationale und nicht qualitative Adjektive.

Tab. 2: Frequenz von Adjektiven auf der Basis der auf der Annotationsebene 1 gesetzten Tags

Lemma	Frequency	Lemma	Frequency	Lemma	Frequency
1 deutsch	253	14 antifaschistisch	28	27 wahr	15
2 evangelisch	72	15 letzt	26	28 möglich	15
3 sozialistisch	69	16 ander	26	29 lang	14
4 groß	56	17 gut	24	30 jüdisch	14
5 kommunistisch	52	18 international	23	31 bekennend	14
6 politisch	51	19 sozialdemokratisch	22	32 erst	14
7 christlich	39	20 [number]	22	33 früh	14

Lemma	Frequency	Lemma	Frequency	Lemma	Frequency
8 rot	38	21 weit	20	34 persönlich	13
9 neu	38	22 tief	19	35 bereit	13
10 frei	35	23 gemeinsam	19	36 bulgarisch	13
11 eigen	35	24 schwer	19	37 dumm	12
12 ganz	34	25 hoch	17	38 inner	12
13 revolutionär	28	26 einzig	16	39 klar	11

Die hohe Belegdichte für *deutsch* erklärt sich wesentlich durch die Bezugnahme auf landesgebundene Organisationseinheiten wie *die deutsche Arbeiterbewegung*; *Vertreter der deutschen Emigration in Deutschland*; *die vorläufige Leitung der deutschen evangelischen Kirche*. Zudem wird erkennbar, dass jeweils die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe (*sozialistisch, rot, international*) oder Weltanschauung (*evangelisch, christlich, bekennend*) spezifiziert wird. Schließlich ist das auftretende *wahr* vor dem Hintergrund einer Positionierung zur Gegnergruppe zu sehen; wenn etwa von der „wahren Kirche Christi“ (Bonhoeffer 2002 [1933], S. 234) oder von „allen wahren Patrioten“ (Schulze-Boysen 2016 [1942], S. 1) die Rede ist. Auffällig ist, dass sich das Selbst kaum als moralisch überlegen qualifiziert, wohingegen die hier nicht im Blickpunkt stehende Gegnergruppe häufig moralisch disqualifiziert wird.

Nominale Prädizierungen mit *wir sind/waren* werden dazu genutzt, sich als Teil eines Kollektivs zu bestimmen:

wir Kommunisten waren immer Teil der Arbeiterklasse (Saefkow 1997 [1944], S. 79); wir sind die Erben der unvergänglichen Überlieferungen der Renaissance und des Humanismus (Sopade 2016 [1934], S. 2); Die Sozialistische Aktion ist eine überparteiliche Volksbewegung zur Rettung Deutschlands (Mierendorff 2016 [1943], S. 1).

Mittels Possessiva ausgedrückte Zugehörigkeitsrelationen bestätigen die Engführung auf die mit den Selbstkategorisierungen verbundenen Wissensrahmen. Dies betrifft z. B. die Zugehörigkeit von Personen und Gruppen zu einem entworfenen Kollektiv „unter unseren illegalen Kämpfern“ (Hitler kann nicht alles 1938, S. 7). Spezifische Handlungen und Handlungsverpflichtungen – „unserem Amt und unserer Hirtenmission gehorchend“ (Papst Pius XI. 2016 [1937], S. 2) – sowie typische Handlungsinstrumente beziehen sich zumeist auf die Verantwortlichen eines Textes und das durch sie repräsentierte Netzwerk.

Interessant ist die Verwendung von *unser Volk*: Mit Volk wird auf jene Bevölkerungsteile Bezug genommen, die nicht notwendig der Eigen- oder potenziellen

Partnergruppen angehören und für die man sich nichtsdestotrotz verantwortlich fühlt. Die Diagnose, dass die deutsche Bevölkerung Opfer eines terroristischen Regimes ist, teilen nahezu alle Widerstandsgruppen: „11 Jahre lang hat unser Volk ihn regieren lassen oder unser Volk ist in der schamlosesten Weise [...] betrogen worden“ (Beck/Goerdeler 2016 [1944], S. 3).

Auch die Anrede der in den Schriften inkludierten Adressat/-innen rückt die Mitgliedschaft zu einem Kollektiv sowie Berufsrollen in den Vordergrund, etwa: „Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!“ (Knöchel 2016 [1942], S. 7) oder „Soldaten der Arbeit! Soldaten an allen Fronten!“ (Hübener 1941, S. 1). Die Anreden sind, sofern einer Kategorisierung ein Anredepronomen folgt, als Apostrophen zu verstehen: „Deutscher Handelsmann-Gewerbetreibender und Industrieller, Ihr alle habt den wirtschaftlichen Wiederaufstieg des Deutschen Reiches erwartet“ (Harnier Gruppe 1994 [1936], S. 121). Es schließt sich an die vorhergehenden Befunde an, dass die Angeredeten kaum hinsichtlich bestimmter Eigenschaften qualifiziert werden; einzig das relationale Adjektiv „deutsch“ erscheint häufiger.

4.2 *Wir rufen Euch zu: Sich zu Partner/-innen in Beziehung setzen*

Durch ein inkludierendes *Wir* wird ein gemeinsamer Erfahrungshorizont unterstellt, der sich v. a. auf das Leiden im NS bezieht; das *Wir* ist eine Schicksalsgemeinschaft:

Als die neueste „Errungenschaft“ des Nazi-Sozialismus haben wir nun auch die Kartoffelkarte (Der Vorbote 1969 [1941], S. 186); HJ, SA, SS haben uns in den fruchtbarsten Bildungsjahren unseres Lebens zu uniformieren, zu revolutionieren, zu narkotisieren versucht (Scholl/Schmorell/Huber 2016 [1943], S. 1); ich meine durchaus uns selber, die wir hier versammelt sind, die wir es uns noch nicht abgewöhnt haben, unseren Tageslauf mit Gebet zu beginnen. (Niemöller 1946, S. 5)

Häufig werden Gruppen genannt, mit denen gemeinsam gehandelt, zusammengearbeitet und gekämpft wird oder werden soll. Grundsätzlich gilt, dass es sich um einen gerade stattfindenden oder noch auszuführenden Kampf handelt und so eine Bereitschaft bekundet oder ein in die Zukunft gerichtetes Versprechen gegeben wird. Die Wichtigkeit der Partnergruppen ist an den häufig vertretenen *mit* (*all*-)Präpositionalphrasen, die teils als Attribute, teils als Komplemente gebraucht werden, erkennbar:

Tab. 3: Realisierung des Sprachgebrauchsmusters *mit all- ander- ADJ NN* (Auswahl)

der Sturz des Regimes im Bündnis	mit allen antifaschistischen Kräften und mit allen revolutionär demokratischen Elementen	Neu Beginnen (1985 [1934], S. 110)
und zeigen immer mehr die Bereitschaft,	mit allen anderen Antifaschisten zusammenzugehen	Hitler kann nicht alles (1938, S. 8)
Der Sturz Hitlers ist deshalb das Ziel, fuer das wir kämpfen werden gemeinsam	mit allen demokratischen Kräften in Europa	Wels/Vogel (1994 [1939], S. 142)
der Stunde diktiert werden. Die Zusammenarbeit	mit allen anderen Völkern wird gebieterisch notwendig	Reuter (1973 [1943], S. 524)
der Arbeiterklasse entsteht in der Bündnispolitik	mit allen anderen antifaschistischen Gruppen die Gefahr	Jacob (1998 [1944], S. 482)
zu sehen, die es uns ermöglicht,	mit allen anderen antifaschistischen Kräften ein weit	Saefkow (1997 [1944], S. 84)

Für die Relationierung des Selbst zu anderen ist ein weiteres Muster charakteristisch: *wir + wissen (uns)*. *Wissen* ist im Sinne von ‚Kenntnis von etwas haben‘ zu verstehen. Das Wissen bezieht sich auf Menschen, die in irgendeiner Form unter dem NS leiden und einer Fürsprache bedürfen. Diese Form der Faktizitätsherstellung ist in allen Schriften vorhanden und mit einem Vertretungsanspruch verbunden: „Wir wissen gut genug, daß es auch in Deutschland unendlich viele Menschen gibt, die diese Vorbedingung erfüllen“ (Reuter 1973 [1943], S. 523). Bei der reflexiven Verwendung von *wissen* wird durch das Reflexivpronomen ein Bezug zu einer homogenen Entität der Gruppe hergestellt und gleichsam auf gemeinsame Verpflichtungen oder Handlungen verwiesen: „Wir wissen uns jedenfalls bei unseren Darlegungen [...] nur von der einen Pflicht getrieben, den leidenden, verwirrten und gefährdeten Gliedern der evangelischen Kirche [...] zu helfen“ (Leitung und Rat der Evangelischen Kirche 2016 [1936], S. 1).

Unter den Belegen, die für das In-Beziehung-Setzen charakteristisch sind, ragen solche hervor, bei denen die Verfasser/-innen eine gemeinsame Sprachhandlung kennzeichnen, die vor einem imaginierten Auditorium zu erfolgen

scheint: „Aus Kerker und Exil sprechen wir: Es ist das schaffende Volk Deutschlands, an das wir glauben, für das für kämpfen und opfern“ (Sopade 2009, S. 83). Es wird hier eine raumübergreifende, gemeinsame Stimme entworfen, die selbst unter den widrigsten Gegebenheiten ‚hörbar‘ bleibt.

Neben der Kennzeichnung von Texten als *Aufruf* sind besonders die Kommunikationsverben *auf-* und *zurufen* charakteristisch. *Aufrufen* erfordert ein präpositionales, *rufen* ein Akkusativkomplement, mit denen u. a. die jeweilige Gruppe und der jeweils betroffene Adressatenkreis gemeint ist, wobei zumeist eine sehr große Gruppe angesprochen werden kann: „[...] wir rufen auf zu der Millionen umfassenden stahlharten Einheitsfront. Wir rufen auf zum eisernen Massenwiderstand gegen die Papen, Hitler, Schacht“ (KPD 1975 [1933], S. 35). Das Kommunikationsverb *zurufen* (und vergleichbare Formulierungen mit *Ruf*) ist mit einem besonderen Muster verbunden, da auf den Zuruf eine direktive Sprachhandlung folgt: Eine Aufforderung zu einer Handlung, die eine adressierte Gruppe ausführen soll. Jemanden etwas zuzurufen und damit eine Relevanzhochstufung vorzunehmen, ist bis heute in der politischen Kommunikation etabliert.

Tab. 4: Realisierungen von Sprachgebrauchsmustern mit (zu)rufen

Und darum rufen Wir dieser Jugend zu:	Singt Eure Freiheitslieder, aber vergeßt über ihnen nicht die Freiheit der Kinder Gottes.	Papst Pius XI. (2016 [1937], S. 4)
Wir rufen dem deutschen Volke zu:	Erkämpft Eure Freiheit! Stürzt Hitler!	Wels/Vogel (1998 [1939], S. 142)
Darum rufen wir euch zu:	Lasst euch euren freien Willen, das kostbarste, was ihr besitzt, nicht nehmen.	Hübener (2016 [1941], S. 1)
Kommunisten [...] rufen allen aufrechten Deutschen zu:	Her zu uns! Zum Kampf gegen Hitler!	Saefkow (1957 [1944], S. 174)
[...] zum Schluss rufen wir Dir unser Lösungswort im Kampf für ein freies Deutschland zu:	TOD DEM FASCHISMUS!!!	Bästlein (1998 [1944], S. 436)
[...] in dieser Stunde müssen wir Euch zurufen, daß	dass es unsere vornehmste Aufgabe ist, tapfer und geduldig den vielfach entehrten deutschen Namen wieder rein zu waschen.	Beck/Goerdeler (2016 [1944], S. 4)

Aus dem bisher Thematisierten geht hervor, dass der Ausweis, welcher Gesinnung man angehört, zentral ist. Die politische/weltanschauliche Bindung entscheidet darüber, wer zur Eigengruppe gerechnet wird, und mit wem ein potenzielles Bündnis einzugehen ist. Insbesondere Gruppierungen aus dem linken und christlichen Spektrum legitimieren ihr Handeln dadurch, dass sie sich als Teil von Kollektiven ausweisen, die im NS trotz Verfolgung weiterbestehen. So wird eine Gegenöffentlichkeit erhalten, die sich insbesondere im linken Widerstand anhand der Agonalitätslinien früherer Auseinandersetzungen, insbesondere in der Endphase der Weimarer Republik, entfaltet hat. Die Mitwirkung weiter Teile der Bevölkerung am NS ist ebenso wenig Gegenstand wie die schon vor dem NS beginnende Milieuerosion. Im Zentrum stehen der Erhalt und das Bestärken des eigenen Milieus.

Dennoch gilt dies nicht unterschiedslos: Mit zunehmender Kriegsdauer werden eindringliche Mahnungen, sich schuldig zu machen, häufiger. Das *Wir* wird zur moralischen Instanz, die belehren und aufrütteln will. So erkennt z. B. Willy Brandt die Verstrickung der deutschen Bevölkerung deutlich an:

Tatsache ist, dass das Hitlerregime sich bei seiner Rüstungs- und Kriegspolitik auf einen allzu grossen Teil des deutschen Volkes stützen konnte. Tatsache ist weiter, dass im Laufe dieser Jahre die schlimmsten Verbrechen an anderen Völkern von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes verübt [worden] sind [...]. (Brandt 2000 [1944], S. 164)

Die Aufkündigung einer ansonsten sichtbaren Solidarität mit der deutschen Bevölkerung wird vor allem an jenen Widerstandsbewegungen erkennbar, die sich während des Nationalsozialismus herausbilden und z. T. überparteilich und überkonfessionell zusammengesetzt sind. Aufrütteln will so die *Weisse Rose*, etwa mit der Äußerung: „Wir schweigen nicht, wir sind Euer böses Gewissen“ (Scholl/Schmorell 2016 [1942], S. 2).

Die Schriften des Widerstands der zivilen und militärischen Funktionseliten im Umfeld des Goerdeler-Kreises sind, was die Formung der Eigengruppe anbelangt, nach dem bisher Gesagten auffällig. Fast sämtliche der thematisierten Sprachgebrauchsmuster sind dort nicht nachweisbar, das *Wir* ist kaum kategorisiert und lässt kein Zusammenspiel mit anderen Gruppen erkennen. In der Regierungserklärung, die nach dem gelungenen Staatsstreich hätte im Rundfunk gesendet werden sollen, heißt es:

Wir sind Männer, die ein böses Erbe übernehmen, ohne über die bisherigen ungetreuen Verwalter unserer Schicksale zu schimpfen. Wir sind Männer, die es gewohnt waren, unsere Pflicht auch unter den widerwärtigsten Umständen zu tun [...]. (Goerdeler 2016 [1944], S. 103)

Der Personenkreis qualifiziert sich durch die Bindung an Pflicht, durch einschlägige politische Erfahrungen und durch persönliche Integrität. Durch diese sich selbst zugeschriebenen Persönlichkeitsmerkmale soll es ihnen möglich sein, angemessen zu führen und sich insbesondere schützend vor ein vom NS betrogenes Volk zu stellen.

5 Fazit

In der Widerstandskommunikation bleiben ‚alte‘ Deutungsmuster erhalten. Es ist insgesamt zu unterscheiden zwischen:

- a) einem *Wir*, das ein weltanschauliches Kollektiv mit breiter Basis präsentiert und sich den Herrschenden gegenüberstellt, sich durch Selbstkategorisierungen im linken Traditionsstrang verortet und auf eine vom Nationalsozialismus unversehrte Bevölkerung hofft;
- b) einem *Wir*, das eine spezifische Eigengruppe repräsentiert, die ihren politischen Führungsanspruch als selbstverständlich erachtet und auf politische Kategorisierung und Kollektivbildungen verzichtet;
- c) schließlich einem *Wir*, das eine spezifische Eigengruppe darstellt, die sich als moralische Instanz begreift, zur Umkehr mahnt und stärkere oder schwächere Distanz zur Bevölkerung bekundet.

Gruppenbildungen rufen durch die Art ihrer Herstellung Gemeinschaftskonzepte wach, ohne dass der sprachliche Ausdruck „Gemeinschaft“ genannt werden muss. Jedes pronominale und nominale Referieren im Text unterstellt die Existenz des Referierten und ist als eine potenzielle Restituierung vorgängiger Identitätsangebote, weltanschaulicher Diskurse und sozialer Ordnungen zu verstehen. Sicher zeigt sich das Aufrechterhalten von Gesellschaftsmodellen nicht nur an der sprachlichen Konstitution von Eigen- und Partnergruppen. Sie ist jedoch ein wichtiger sprachlicher Baustein.

Von der Bildung der Eigen- und Fremdgruppen ausgehend zeigen sich Kontinuitätslinien, die bis in deutsche Nachkriegsdiskurse hineinreichen: Die deutsche Bevölkerung, für die man spricht, wird als Opfer weniger Täter betrachtet. Da sich viele Widerstandsakteur/-innen wesentlich auf ihr Milieu richten, lässt sich die Opfer-Vorstellung wohl nicht nur als ein rhetorischer Schachzug auffassen. Den Verheißungen der ‚Volksgemeinschaft‘ werden bewährte Gesinnungsgemeinschaften gegenübergestellt: Widerstand wird damit, darauf deuten viele der Befunde hin, zu einem „im Grunde konservativen Unternehmen“ (Paul/Mallmann 1995, S. 16).

Literatur

- Bästlein, Bernhard (1998 [1944]): Lieber Freund! „Der Feind hört mit“. In: Hochmuth, Ursel (Hg.): Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942–1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein. (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand/A 4). Berlin: Hentrich & Hentrich, S. 431–436.
- Beck, Ludwig/Goerdeler, Carl Friedrich (2016 [1944]): Regierungserklärung. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 10.1. Entwurf einer Regierungserklärung von Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler, Sommer 1944. Rekonstruktion nach Unterlagen der „Gestapo-Sonderkommission 20. Juli 1944“ (Abschrift). Berlin: Bundesarchiv, S. 1–5. Internet: www.gdw-ber-lin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_10.1_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Benz, Wolfgang (2018): Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler. München: Beck.
- Bonhoeffer, Dietrich (2002 [1933]): Die Kirche vor der Judenfrage. In: Bethge, Eberhard (Hg.): Dietrich Bonhoeffer. Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft. 17., aktual. Aufl. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, S. 234–238.
- Brandt, Willy (2000 [1944]): Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten. In: Einhardt, Lorenz (Hg.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 2: Zwei Vaterländer (1940–1947). Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., S. 154–205.
- Clark, Herbert H./Carlson, Thomas B. (1982): Hearers and speech acts. In: *Language* 58, 2, S. 332–373.
- Der Vorbote (1969 [1941]): Informations- und Kampforgan gegen den Hitlerfaschismus. In: Oppenheimer, Max (Hg.): Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes. Frankfurt a. M.: Röderberg.
- Deutsches Initiativkomitee zur Vorbereitung des Weltjugendkongresses gegen Krieg und Faschismus (1989): An die Jugend Deutschlands. In: Jahnke, Karl-Heinz/Buddrus, Michael (Hg.): Deutsche Jugend 1933–1945. Eine Dokumentation. Hamburg: VSA, S. 181–183.
- Goerdeler, Carl Friedrich (2016 [1944]): Rundfunkansprache (Entwurf). In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 10.4. Entwurf der für den 20. Juli 1944 vorbereiteten Rundfunkansprache von Carl Friedrich Goerdeler. Rekonstruktion nach Unterlagen der „Gestapo Sonderkommission 20. Juli 1944“ (Abschrift). Berlin: Bundesarchiv, S. 103–104. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_10.4_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Harnier Gruppe (1994 [1936]): Tausend Tage Drittes Reich. In: Aretin, Karl Otmar von/Cartarius, Ulrich (Hg.): Opposition gegen Hitler. Bilder, Texte, Dokumente. Aktual. Neuausg. des 1984 erstm. veröff. Bd. Berlin: Siedler, S. 121.
- Hausendorf, Heiko/Kesselheim, Wolfgang/Kato, Hiloko/Breitholz, Martina (2017): Textkommunikation. Ein textlinguistischer Neuanatz zur Theorie und Empirie der Kommunikation mit und durch Schrift. (= Reihe Germanistische Linguistik 308). Berlin/Boston: De Gruyter Mouton.
- Hitler kann nicht alles (1938). In: Freiheit. Organ für Frieden, Freiheit, Recht und Wohlstand. Rhein-Ruhr Nordwest, S. 4–10.
- Hübener, Helmuth (1941): Im Jahr einundvierzig. Flugblatt. Internet: www.was-konnten-sie-tun.de/uploads/tx_iobio/h_huebener_flugblatt_11692_12_07.pdf (Stand: 29.7.2021).

- Hübener, Helmuth (2016 [1941]): Hitlerjugend. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 13.6. „Hitlerjugend“. Flugblatt von Helmuth Hübener, 1941. Berlin: Bundesarchiv, S. 1. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_13.6_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Jacob, Franz (1998 [1944]): Am Beginn der letzten Phase des Krieges (IV). In: Hochmuth, Ursel (Hg.): Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942–1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein. (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand/A 4). Berlin: Hentrich & Hentrich, S. 477–491.
- Knöchel, Wilhelm (2016 [1942]): Der Friedenskämpfer. Sonderausgabe Juni 1942. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Sonderausgabe der illegalen Flugschrift „Der Friedenskämpfer“ vom Juni 1942, verfasst von der Widerstandsgruppe um Wilhelm Knöchel und im Ruhrgebiet verbreitet. 2. Aufl. Duisburg: Landesarchiv NRW Rheinland, S. 1–13. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_4.5_DE-2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- KPD (1975 [1933]): Gross-Alarm. In: Altman, Peter/Brüdigam, Heinz/Mausbach-Bromberger, Barbara/Opppenheimer, Max (Hg.): Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933–1945 in Bildern und Dokumenten. Frankfurt a. M.: Röderberg-Verlag, S. 35.
- Leitung und Rat der Deutschen Evangelischen Kirche (2016 [1936]): Der Wortlaut der Protestschrift der Deutschen Evangelischen Kirche an Reichskanzler Hitler. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 5.2. Denkschrift der vom Bruderrat gewählten Vorläufigen Leitung und des Rats der Deutschen Evangelischen Kirche an Adolf Hitler vom 28. Mai 1936. Berlin: Privat, S. 1–4. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_5.2_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Linke, Angelika (2014): Kommunikationsgeschichte. In: Ägel, Vilmos/Gardt, Andreas (Hg.): Paradigmen der aktuellen Sprachgeschichtsforschung. (= Jahrbuch für germanistische Sprachgeschichte 5). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 22–45.
- Linke, Angelika (2018): Kulturhistorische Linguistik. In: Deppermann, Arnulf/Reineke, Silke (Hg.): Sprache im kommunikativen, interaktiven und kulturellen Kontext. (= Germanistische Sprachwissenschaft um 2020 3). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 347–384.
- Linke, Angelika/Schröter, Juliane (2017): Sprache in Beziehungen – Beziehungen in Sprache. Überlegungen zur Konstitution eines linguistischen Forschungsfeldes. In: Linke, Angelika/Schröter, Juliane (Hg.): Sprache und Beziehung. (= Linguistik – Impulse & Tendenzen 69). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 1–32.
- Lobenstein-Reichmann, Anja (2017): Eigenes und Fremdes konstruieren. In: Niehr, Thomas/Kilian, Jörg/Wengeler, Martin (Hg.): Handbuch Sprache und Politik. In 3 Bänden. Bd. 2. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 21.2). Bremen: Hempen, S. 811–832.
- Lucius-Hoene, Gabriele/Deppermann, Arnulf (2004): Narrative Identität und Positionierung. In: Gesprächsforschung – Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion 5, S. 166–183.
- Lüdtke, Alf (Hg.) (2018): Herrschaft als soziale Praxis: Historische und sozial-anthropologische Studien. 1., durchges. Aufl. (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 91). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Markewitz, Friedrich/Schuster, Britt-Marie/Wilk, Nicole M. (2020): Was bedeutet Ehre? Diskurs-ethische Überlegungen zu den BBC-Reden Thomas Manns. In: Kämper, Heidrun/Warneke, Ingo H. (Hg.): Diskurs – ethisch. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 26). Bremen: Hempen, S. 9–32.

- Mierendorff, Carlo (2016 [1943]): Sozialistische Aktion. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 12.2. Aktionsprogramm des Kreisauer Kreises nach einem Entwurf von Carlo Mierendorff, auf dem Pfingsttreffen 1943 in Kreisau beraten. 2. Aufl. Berlin: Privat, S. 1–2. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_12.2_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Neu Beginnen (1985 [1934]): Neu Beginnen! Faschismus oder Sozialismus. Als Diskussionsgrundlage der Sozialisten Deutschlands. In: Löwenthal, Richard (Hg.): Die Widerstandsgruppe „Neu beginnen“. 2. Aufl. (= Beiträge zum Widerstand 20). Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, S. 18–34.
- Neuland, Eva (2018): Sprachgebrauch in Jugendgruppen. In: Neuland, Eva/Schlobinski, Peter (Hg.): Handbuch Sprache in sozialen Gruppen. (= Handbücher Sprachwissen 9). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 276–292.
- Niemöller, Martin (1946): Weihnachtspredigt 24.12.1944 im Konzentrationslager Dachau. In: Niemöller, Martin (Hg.): „... zu verkündigen ein gnädiges Jahr des Herrn!“. Sechs Dachauer Predigten. München: Kaiser, S. 5–12.
- Palander-Collin, Minna (2011): Variation and change in patterns of self-reference in early English correspondence. In: Culpeper, Jonathan (Hg.): Historical sociopragmatics. (= Benjamins Current Topics 31). Amsterdam/Philadelphia: Benjamins, S. 83–108.
- Papst Pius XI. (2016 [1937]): Mit brennender Sorge. Über die Lage der katholischen Kirche im Deutschen Reich. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 5.3. Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI. vom 14. März 1937 an die deutschen Bischöfe und an die Weltkirche, heimlich in Deutschland gedruckt und am 27. März 1937 von den Kanzeln verlesen. 2. Aufl. Düsseldorf: Stadtarchiv Düsseldorf, S. 1–4. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_5.3_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Paul, Gerhard/Mallmann, Klaus-Michael (1995): Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus. (= Widerstand und Verweigerung im Saarland 3). Bonn: Dietz.
- Reuter, Ernst (1973 [1943]): Brief an Thomas Mann. In: Hirschfeld, Hans Emil (Hg.): Schriften, Reden. Bd. 2: Artikel, Briefe, Reden: 1922 bis 1946. Unter Mitarbeit von Ernst Reuter. Berlin: Propyläen, S. 520–525.
- Saefkow, Anton (1957 [1944]): Wo bleibt der gesunde Menschenverstand. In: Nitzsche, Gerhard (Hg.): Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes 1942–1945. Berlin: Dietz, S. 169–174.
- Saefkow, Anton (1997 [1944]): Nichts entsteht auf dieser Welt ohne Kampf und ohne Opfer! In: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand in Deutschland 1933–1945. Ein historisches Lesebuch. Orig.-Ausg., 2., durchges. Aufl. München: Beck, S. 78–83.
- Scholl, Hans/Schmorell, Alexander (2016 [1942]): Flugblätter der Weißen Rose IV. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 15.4. Viertes Flugblatt der Weißen Rose verfasst von Hans Scholl und Alexander Schmorell, Juli 1942. 2. Aufl. Berlin: Bundesarchiv, S. 1–2. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_15.4_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Scholl, Hans/Schmorell, Alexander/Huber, Kurt (2016 [1943]): Komillitoninnen! Komillitonen! In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 15.6. Sechstes Flugblatt der Weißen Rose, verfasst von Kurt Huber, Februar 1943. 2. Aufl. Berlin: Bundesarchiv, S. 1. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_15.6_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).

- Schröter, Juliane/Linke, Angelika (2019): Sprachgeschichte als Kommunikationsgeschichte. In: Bär, Jochen A./Lobenstein-Reichmann, Anja/Riecke, Jörg (Hg.): Handbuch Sprache in der Geschichte. (= Handbücher Sprachwissen 8). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 371–390.
- Schulze-Boysen, Harro (2016 [1942]): Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk. Agis-Flugblatt. Unter Mitarb. v. John Sieg. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 14.1. „Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk.“ Flugschrift von Harro Schulze-Boysen unter Mitarbeit von John Sieg im Februar 1942 in mehreren hundert Exemplaren in Berlin versandt. Berlin: Bundesarchiv, S. 1–6. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_14.1_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Schuster, Britt-Marie (2018): Heterogene Widerstandskulturen zwischen 1933 und 1945 und ihre sprachlichen Praktiken – ein Projekt. In: Kämper, Heidrun/Schuster, Britt-Marie (Hg.): Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 24). Bremen: Hempen, S. 27–53.
- Sopade (2009): Für Deutschland – gegen Hitler! In: Langkau-Alex, Ursula (Hg.): Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. Bd. 2: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. Reprint. (= Deutsche Volksfront 1932–1939 2). Berlin: Akademie-Verlag, S. 83–89.
- Sopade (2016 [1934]): Sozialistische Aktion. Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 4.2. Erstes Exilprogramm (Prager Manifest) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPADE) vom Januar 1934. Mehr als 10.000 Exemplare dieser Ausgabe werden nach Deutschland geschmuggelt. 2. Aufl. 2016. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, S. 1–2. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_4.2_DE-2.Aufl_RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Steinbach, Peter (2001): Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien. 2., wesentl. erw. Aufl. Paderborn u. a.: Schöningh.
- Wels, Otto (2016 [1933]): Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sitzung am 23. März 1933. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 4.1. Rede des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Otto Wels im Reichstag am 23. März 1933 gegen das „Ermächtigungsgesetz“. Die Rede wird 1933 in dieser Form als Flugblatt verteilt. 2. Aufl. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 1–2. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_4.1_DE-2.Aufl_RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).
- Wels, Otto/Vogel, Hans (1994 [1939]): An das deutsche Volk. Unter Mitarb. v. SOPADE. In: Aretin, Karl Otmar von/Cartarius, Ulrich (Hg.): Opposition gegen Hitler. Bilder, Texte, Dokumente. Aktual. Neuausg. des 1984 erstm. veröff. Bd. Berlin: Siedler, S. 142.
- Zeugen Jehovas (2016 [1937]): Offener Brief: An das bibelgläubige und Christus liebende Volk Deutschlands! In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Faksimile 5.5. Offener Brief der Zeugen Jehovas, Juni 1937. Das Flugblatt wird in mehreren zehntausend Exemplaren in Deutschland heimlich gedruckt und am 20. Juni 1937 in einer einzigen Aktion verteilt. 2. Aufl. Duisburg: Landesarchiv NRW Rheinland, S. 1–2. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_5.5_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 29.7.2021).

Nicole M. Wilk (Paderborn)

„Gegen die Hitlerdiktatur“ – Konstruktionsmuster des kollaborativen Widerstands zwischen 1933 und 1945

Abstract: Der Beitrag untersucht korpuspragmatisch am Beispiel der Präpositionalphrasen mit *gegen* Varianten der Gegenwehr in der Zeit des Nationalsozialismus. Im Vordergrund stehen Flugblätter, Programmschriften und Zeitungsartikel, die unter den Bedingungen von Verfolgung, Exil oder Desertation kollaborativ verfasst wurden. Eine Spur zu diesen Dokumenten, die die Heterogenität und die Konfliktlinien des Widerstands auf Textebene widerspiegeln, legt die Korpusauswertung mithilfe der soziopragmatischen Annotationen aus dem Paderborner HetWik-Projekt. Methodisch werden *gegen*-Phrasen anhand ihrer Füllerprofile und Kollokatoren einzelnen Handlungsmustern zugeordnet. Im Ergebnis zeigt sich der Solidarisierungseffekt von situativ verfestigten Kollokationen sowie eine (selbst)kritische Reflexion von NS-Feindschaften.

1 Einleitung

In seinem Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil hält Plum (1970, S. 434) ernüchtert fest, dass nach wenigen Jahren im Exil „die Pariser Volksfront zerfiel“ und sich auf der Konferenz am 10. April 1937 „das Scheitern des Experiments“ abzeichnete. Ganz ähnlich bescheinigt Benz (2018, S. 113) der Volksfront „Realitätsferne“ und kommt im Kapitel „Illusionen des Widerstands“ zu dem Schluss, dass „[d]ie Hoffnung auf eine Volksfront als gemeinsame sozialistische und demokratische Organisation [...] der politischen Realität am Ende der NS-Diktatur nicht stand[hie]lt.“

Im Folgenden möchte ich zeigen, dass Zusammenschlüsse des deutschen Widerstands zur Bildung einer Volks- oder Einheitsfront mehr als nur Experimente und Illusionen gewesen sind, auch wenn sie gemessen an der Verwirklichung des Umsturzes ohne Erfolg blieben. Sie sind sprachliche Zeugen eines Demokratisierungsprozesses und führen vor Augen, dass die Herausforderung des Widerstands nicht allein darin lag, die Hitler-Diktatur abzulehnen, sondern das propagandistische Dagegen in den Widerstandsinszenierungen der „Feinde

der Demokratie“ (vgl. Eitz/Engelhardt 2015, S. 100)¹ aufzudecken und zu diesem Dagegen ein einendes Dafür zu formulieren. Diesen Prozess verdeutliche ich korpuspragmatisch anhand der teilweise annotierten HetWik-Korpora mit ihren Auswertungsmöglichkeiten entlang der Metadaten Zeitabschnitt, Gattung und Akteursgruppe.

2 Fragestellung

Gegnerschaft zum NS-Regime variiert hinsichtlich der Genres, der politischen Fahnenwörter und Argumentationsmuster und nicht zuletzt der „Verstrickungen“ in den propagandistischen Sprachstil der Diktatur (vgl. Ising 1988, S. 406). Widerstandstexte tragen die „Handschrift“ ihrer jeweiligen soziopolitischen und beruflichen Kommunikationsdomäne. Die Akteursgebundenheit korrespondiert mit drei Phasen, die Broszat (1986, S. 295) für Widerstandshandlungen in der NS-Zeit unterscheidet: 1. die nationalsozialistische Machtdurchsetzung 1933/34 mit dem kommunistisch-sozialistischen Widerstand im proletarischen Milieu, 2. die Konsolidierungs- und Erfolgsphase des Regimes zwischen 1935 und 1940/41 mit einer partiellen Resistenz und „Volksopposition“ insbesondere der kirchlich-religiösen Gruppen und 3. der Fundamentalopposition der Umsturzplanung konservativer Eliten seit 1938, die u. a. in die Operation Walküre am 20. Juli 1944 mündet. In jeder Phase haben sich Menschen in Ausnahmeständen der Illegalität und des Exils zu Widerstandskreisen zusammengeschlossen, um oppositionelle Texte zu verfassen. Loyalitäten entstanden durch soziale Zugehörigkeit, Unrechtserfahrung, Vertreibung und die Solidarisierung mit Opfergruppen des NS. Inwiefern aber hinterlassen Solidarisierungshandlungen Spuren der Konsensbildung in Texten? Verändert sich die sprachliche Gegenwehr unter den Bedingungen der Kollaboration?

Im Mittelpunkt der korpuslinguistischen Modellierung der Entwicklung von Widerstandspraktiken stehen kombinatorische Variationen der *gegen*-Phrasen im

¹ Selbst KPD und SPD unterschätzten die Gefahr, die von einer Beteiligung der NSDAP an der Regierung ausgehen würde (vgl. Mehringer 1983, S. 338; Weber 2001, S. 21). In der kommunistischen Polithetorik der 1930er Jahre hieß es, der Weg in die proletarische Revolution werde erst dann frei, wenn der Nationalsozialismus „abgewirtschaftet“ habe (vgl. Weber 2001, S. 7) und in linken wie bürgerlichen Kreisen war die Ansicht vorherrschend, die Nationalsozialisten werden sich schnell „an der Macht verbrauchen“ (vgl. Jesse 1987, S. 619). Auch glauben viele mitunter nicht an die Umsetzung des rassenpolitischen Programms und der Judenverfolgung (vgl. Winkler 1987, S. 205).

Zeitraum von 1933 bis 1945. Anhand ihrer syntagmatischen Einbettung in verschiedene Kollokationsnetze wird mikrohistorisch die ausschnittshaft erkennbare Entwicklung kollektiver Deutungsmuster und gemeinsamer Werte im Widerstand fokussiert.

3 Theoretischer Hintergrund

Für die Ko-Konstruktion von Bedeutung in Gesprächen ist Situativität „under the pressure of the emotive and social atmosphere“ (Linell 2005, S. 19) leitend. Der konversationsanalytisch inspirierte Gedanke einer „joint construction“ lässt sich, wie Hausendorf et al. (2015) zeigen, auf „textkommunikative Verdichtungen“ im Schriftmedium übertragen. Ähnlich wie beim Editieren von Internetpostings wird der kollaborative Widerstandstext im „*textual achievement*“ (Hausendorf et al. 2015, S. 134, Hervorh. i. Orig.) auf die Sichtweisen aller Beteiligten abgestimmt. Das kommunikative Geschehen speist sich dabei aus unterschiedlichen individuellen Notlagen und Zielperspektiven. In den Re-Kontextualisierungen (vgl. van Dijk 2008) einer kollektiven Autorschaft entsteht auf diese Weise eine gemeinsame Situationsdefinition, die aus den Schilderungen der Lage Forderungen ableitet. In der Referenz auf die politische Situation stellen die Texte diejenigen Fakten argumentativ dar und her, die bekannt sein müssen, um (Auf-)Forderungen verständlich zu machen (vgl. Markewitz i. d. Bd.).

Während sich die persönliche Situation im Widerstand für Militärs zunächst anders darstellt als für die Arbeiterschaft, für jüdische Deutsche anders als für christliche, für die KPD anders als für die SPD usw., entstehen mit der Verschärfung der außenpolitischen Lage zunehmend Allianzen zwischen Angehörigen verschiedener Widerstandskreise. Gemeinsame Motive und soziale Zugehörigkeiten werden durch die geteilte Situationsdefinition neu hervorgebracht:

Thus, contexts are subjective episodic models (experiences) of participants dynamically construed (and updated) during interaction. (van Dijk 2008, S. 241)

Aus persönlichen Berichten und Tagebüchern geht selten etwas über die Umstände der Textentstehung und Überarbeitung hervor. Die wenigen Hinweise z. B. auf die Planungen zum 20. Juli 1944, auf die Gründung von Widerstandsnetzwerken im zerbombten Berlin (z. B. Saefkow-Jakob-Bästlein Gruppe), auf Volksfrontstrategien im Pariser Exil (z. B. SoPaDe) und in russischer Kriegsgefangenschaft (z. B. NKFD) offenbaren schwierige Prozesse der Einigung beim gleichzeitigen Willen, das Regime zu stürzen und den Krieg und die rassistisch motivierten Ermordungen zu beenden (zu Einigungsprozessen im Exil vgl. Langkau-Alex 2005,

S. 147–195). Im verdichteten Kollektivtext sind somit Bruchlinien anhand von widersprüchlichen Zukunftsmodellen und Unstimmigkeiten in der Umsetzung von Umsturzplänen zu erwarten.

Von einer einheitlichen Haltung oder Einstellung im Sinne des Stancetaking ist mit Blick auf die kollaborativen Prozesse im deutschen Widerstand ab den 1940er Jahren nur bedingt auszugehen.² Die damit aufgeworfene Frage, wie sich solidarisierende Gegenwehr sprachlich niederschlägt, orientiert sich an der Vorstellung ko-konstruktiver Positionierungen in einem über das Produkt erschließbaren Interaktionskontext, von dem der vorliegende Beitrag freilich nur einen kleinen Ausschnitt betrachten kann.

4 Methodisches Vorgehen

Das Hervorbringen einer gemeinsamen Haltung gegenüber einem Sachverhalt ist auf sprachlicher Ebene als Re-Kombination von Zeichen in einem neu perspektivierten Zusammenspiel beschreibbar. Die Frage nach dem Umbau phrasaler Einheiten und ihrer veränderten Kontextualisierung war in der korpuslinguistischen Auswertung leitend und wurde am Angelpunkt einer Wortform untersucht, die der Einfachheit halber nicht flektierbar und dennoch lexikalisch für den Widerstandskontext prägend ist: die Präposition *gegen*. Sie befindet sich in kontrastiven Korpusabfragen mit Vergleichskorpora anderer Akteursgruppen und Zeiträume auf den oberen Rängen der Signifikanzskala³ und ist für das Widerstandshandeln insgesamt konstitutiv. In ähnlicher Weise machen Baker et al. (2008, S. 289 f.) die Verbform *pose as* zum Ausgangspunkt ihrer korpuslinguistischen Untersuchung in Boulevard- und Qualitätspresse, um das Spektrum an sprachlichen Einstellungshandlungen zu Immigrant/-innen zu erheben.

Den Einstieg in die korpuspragmatische Analyse bildet die Erfassung aller Kollokationspartner innerhalb der Präpositionalphrasen mit *gegen*, d. h. der Bezugsnomen auf der linken Seite und der rechtsseitigen Nominalfüller ggf. in Kombination mit Attributen. Die Füller wurden unter semantischen Gesichtspunkten sortiert und die so gebildeten Samples auf kookkurierende Wortformen, Phraseme, Metaphern und Handlungscharakteristika geprüft. In dieser Suchbe-

² Für einen instruktiven Überblick zu Konzepten der Positionierung, Subjektivierung und des Stancetaking im Diskurs vgl. Spitzmüller/Flubacher/Bendl (2017).

³ Die in AntConc 5.3.8 ermittelte Keyness der Wortform *gegen* liegt für die Teilkorpora der NS-Akteure und der integrierten Gesellschaft jeweils bei 310 und 1.831. Für ein Kontrastkorpora zur Stadtgeschichtskommunikation 1945–2015 ergibt sich ein Wert von 606.

wegung von einem kookkurrierenden Element zum nächsten werden (Deutungs-) Muster erkennbar:

Each grammatical feature will probably correlate with just one meaning, unless it is a very common word, or a word of very multifarious meaning, in which case the same grammar may apply to two or three meanings. But the coincidence of distinct environmental patterns with the shades of meaning of a word is remarkable, and is confirmed all the more as we examine the detail in more and more instances. (Sinclair 2004, S. 19)

Kombinatorische Varianz und Cluster (*nested constructions*) bilden die Grundlage für die Musteridentifikation. Rekurrente Einheiten ergeben schließlich Kontextualisierungsprofile für verschiedene *gegen*-Verwendungen, die kulturellen Deutungsmustern entsprechen. Alle *gegen*-Belege aus dem Annotationskorpus wurden im Rahmen einer kulturanalytisch inspirierten Korpuslinguistik mithilfe statistischer Standardverfahren auf Musterhaftigkeit hin untersucht (vgl. Scharloth 2018, S. 71). Für weitere Korpusabfragen wurde das Gesamtkorpus herangezogen, das mit 1,12 Mio. Tokens gut dreimal so groß ist wie das Annotationskorpus.

Die HetWik-Korpora sind entlang der Metadaten Gattungs- und Akteurszugehörigkeit, Entstehungs- und Verbreitungszeit durchsuchbar. Kollaborative Textentstehung und Mitwirkung wurde nicht ausgezeichnet, ist aber anhand der Akteurszuordnung einer Partei, Organisation oder eines Bündnisses oft erschließbar. Nicht immer kann eindeutig rekonstruiert werden, welche Personen durch Austausch, Formulierungsvorschläge, Verweigerung der Unterschrift oder Editieren an der Textherstellung beteiligt waren.⁴ Jedoch erlaubt ein Vergleich der Kontextualisierungsleistung von *gegen*-Phrasen in den von Kollektiven verfassten Kommunikaten mit früheren Verwendungsweisen in Texten bürgerlicher, linker, kirchlicher, militärischer etc. Gruppierungen Rückschlüsse auf Einigungsprozesse.

5 Ergebnisse

Die korpuspragmatische Beschreibung der semantischen Polyvalenz der Präposition *gegen* beginnt mit der Erhebung über drei Zeitabschnitte. Zwischen 1930 und 1935 treten *gegen*-Phrasen am häufigsten auf (Tab. 1) und haben einen Anteil von 0,35 Prozent an den laufenden Wortformen für diesen Zeitraum. In der letzten

⁴ Bedenkenswert ist, dass Texte an sich polyphone Gebilde allein durch ihre intertextuellen Anschlüsse und ihr Rezipientendesign sind. Dies fällt jedoch nicht unter die Vorstellung der kollaborativen Textarbeit.

Phase sind es lediglich 0,21 Prozent. In der Anfangsphase weisen die Füller der rechtsseitigen Nominalslots hohe Varianz und Typefrequenz auf (Abb. 1). Zum Kriegsende verringert sich die Varianz und es verfestigen sich in der *gegen*-Phrase mit hoher Tokenfrequenz Nominalfüller mit dem Eigennamen *Hitler*.

Tab. 1: Vorkommen der APPR *gegen* im HetWik-Gesamtkorpus für drei Zeitabschnitte des Widerstands

Zeitraum	Tokens	APPR <i>gegen</i>	Anteil (%)
1930 ⁵ –1935	386.997	1.344	0,35
1936–1940	425.888	1.100	0,26
1941–1945	378.417	776	0,21
Summe	1.191.302	3.220	

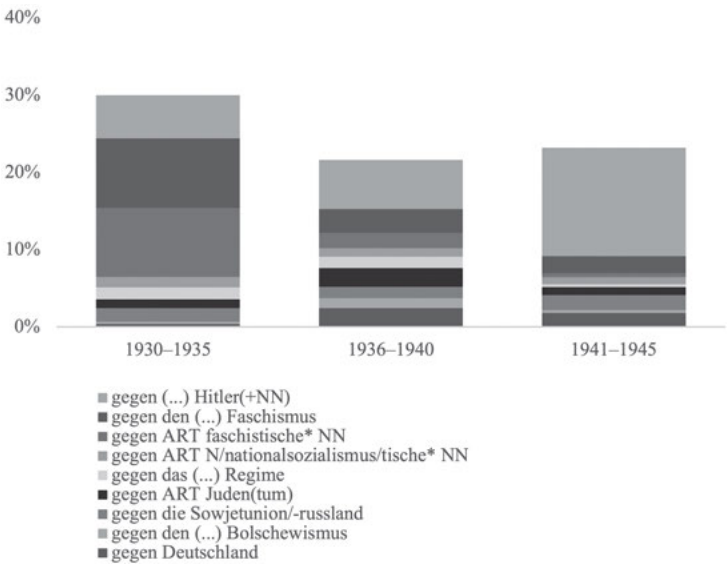


Abb. 1: Prozentuale Anteile spezifisch gefüllter *gegen*-Phrasen für drei Zeitabschnitte des Widerstands⁶

⁵ Ein Dokument entstand 1930, fünf stammen aus dem Jahr 1932.

⁶ Kein Beleg wurde doppelt gezählt. In den wenigen Überschneidungsfällen wie *gegen das faschistische Regime* wurde der Beleg jeweils dem umfangreicheren Konstruktionsmuster zugeordnet, in diesem Fall [*gegen ART faschistische* NN*].

5.1 Loyalitätshandlungen und gemeinsames Positionieren

Im Zeitraum von 1930 bis 1935 ist die Konkurrenz von *gegen* mit den Lexemen *Faschismus* bzw. *faschistisch* prävalent. Für das Konstruktionsmuster [*gegen den* (ADJA) *Faschismus*] und [*gegen ART faschistisch/e/n NN (Terror, Herrschaft, ...)*] gibt es in dieser frühen Phase der Diktatur im Gesamtkorpus 141 Belege. Die Phrase [*gegen* (ART ADJA) *Hitler(+NN; regime, diktatur, ...)*] tritt in absoluten Zahlen zwischen 1941 und 1945 mit dem EN *Hitler* in einer rechtsseitigen Vierwortumgebung 109 Mal mit vielfältigen Komposita auf, in denen u. a. Regimekritik expliziert wird (z. B. *Hitlerterror* und *Hitlertyrannei*). In der Verteilung dieses syntagmatischen Musters nach Gattungen ergibt sich ein Peak bei den Flugschriften gefolgt von Programm- und Tarnschriften (Abb. 2). Für die Akteursgruppen zeigt sich ein Ausschlag beim militärischen und sozialistisch-kommunistischen Widerstand (Abb. 3).

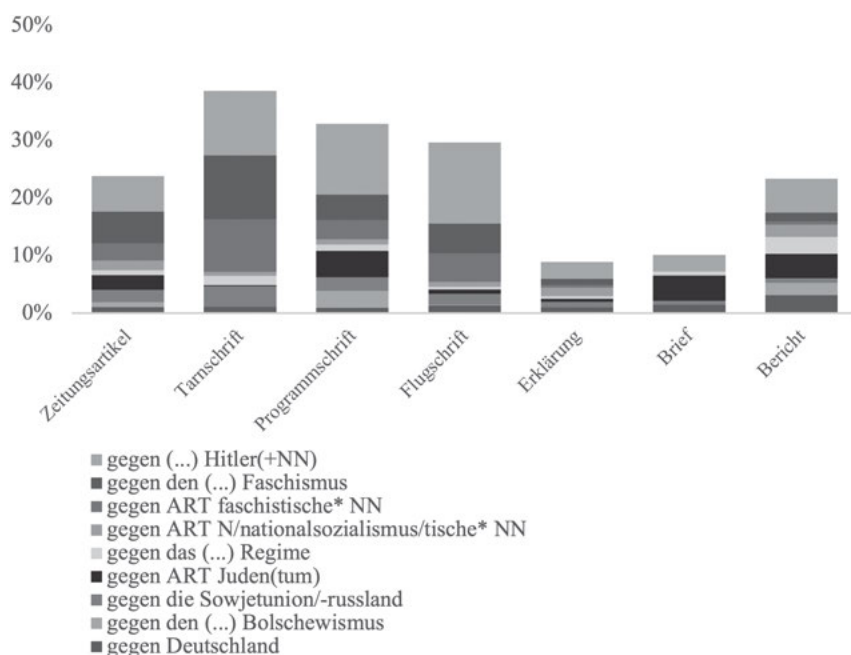


Abb. 2: Prozentuale Anteile spezifisch gefüllter *gegen*-Phrasen für verschiedene Widerstandsgattungen

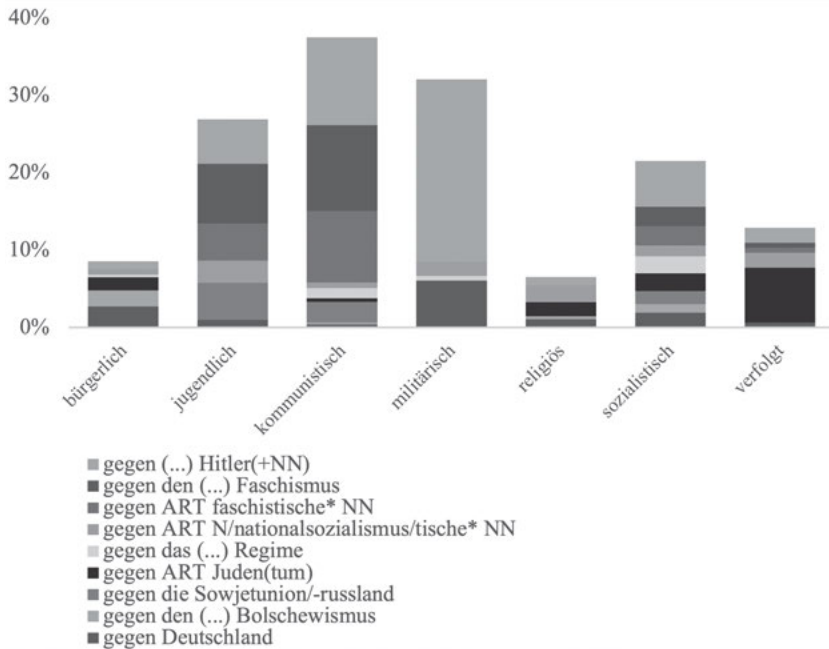


Abb. 3: Prozentuale Anteile spezifisch gefüllter *gegen*-Phrasen an allen *gegen*-Phrasen für die Akteursgruppen des Widerstands

Das soziokulturelle Profil der Konstruktion [*gegen* (ART ADJA) *Hitler*(+NN)] vollzieht für militärische Widerstandsakteure semantisch eine Distanzierung vom obersten Befehlshaber der Wehrmacht. Mit dem Eigennamen wird die Amtsbezeichnung bzw. das „nomen proprium“ *der Führer* abgelehnt (vgl. Braun 2007, S. 239), im Gesamtkorpus nur vereinzelt in Schriften konservativer Akteure oder in ironischer Lesart zu finden. In welchen Praktiken und mit welchem Kontextualisierungspotenzial die *gegen-Hitler*-Belege auftreten, ergibt sich im Einzelnen über die Annotationen.

Zunächst wurde statistisch für alle Annotationsebenen erhoben, wie oft die Präposition *gegen* in den markierten Segmenten auftritt (Abb. 4). Die Ebenen umfassen die Widerstandsargumentation, die Gegenwehrhandlungen Auffordern, Fordern, Warnen und Vorwerfen, die zeitlichen Sachverhaltsdarstellungen Zukunft entwerfen, Gegenwart beschreiben und über Vergangenes berichten, Selbstdarstellung, Adressierung mit Ein- und Ausschluss der angesprochenen Personen sowie Beziehungskonstitution durch Fremdgruppennomination. Unterschieden werden Fremdgruppen, mit denen sich Akteure solidarisieren, von solchen, gegenüber denen sie sich abgrenzen, und wiederum solchen, die sie als Gegner betrach-

ten. Der höchste Anteil an *gegen*-Belegen in den annotierten Daten liegt mit 55 Belegen bei den Aufforderungshandlungen.

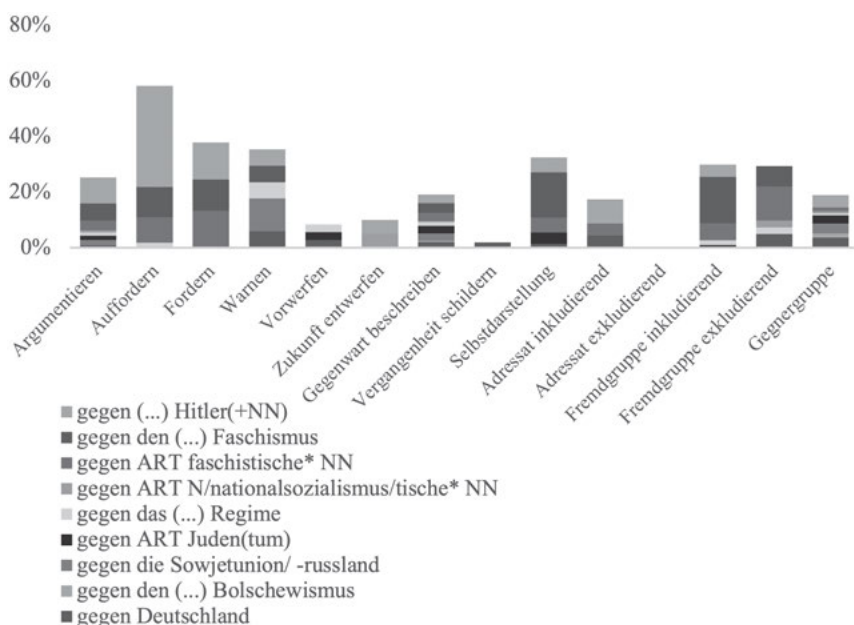


Abb. 4: Prozentuale Anteile spezifisch gefüllter *gegen*-Phrasen an allen *gegen*-Phrasen für die jeweilige Annotationsebene

Zu dieser Gipfelbildung tragen vor allem 20 Belege für [*gegen* (ART ADJA) *Hitler*(+NN)]-Phrasen bei, die überdies mit je sechs Belegen überlappend mit Fordern- und Argumentieren-Segmenten annotiert sind. Die folgenden Belege für Aufforderungshandlungen veranschaulichen die beschriebene Verfestigung für den späten militärisch-kommunistischen Widerstand und der Gattungsprägung der Flugschrift. Die Phrase *gegen Hitler* kookkurriert in einem imperativischen Umfeld mit dem Bezugsnomen *Kampf* (1–2), ist Komplement zum VV *zusammenschließen* (3) und zum Funktionsverbgefüge *Stellung nehmen* (4). Trotz dieser syntaktischen Variation sind lexikalisch mit dem Verbalkomplex *Stellung nehmen* sowie den NN *Kampf* und *Haltung* Aktivitäten angesprochen, die Entschlossenheit einfordern. Auch findet sich mit dem Imperativ *schließt euch zusammen* eine lexikalische Einheit, die das gemeinsame Vorgehen adressiert. In beiden Beispielen wird die *gegen-Hitler*-Phrase informationsstrukturell durch Ausklammerung hervorgehoben.

- (1) Schließt Euch zusammen zum Kampf **gegen Hitler** unter der Fahne des Nationalkomitees! (NKFD 1960, S. 248)
- (2) Wahre nationale Haltung, das bedeutet heute den Kampf **gegen Hitler** und die Nazis führen. Schluss mit dem verbrecherischen Krieg, Schluss mit der Hitler-Herrschaft (Soldatenkomitee Dänemark 1943, S. 363)
- (3) Deutsche, schliesst Euch zusammen **gegen Hitler**, gegen seine blutdürstige Leibgarde, [...] gegen das ganze mörderische Naziregime. (Knöchel 1942, S. 264)
- (4) Wir rufen dich auf! Nimm in allen deinen Schichten Stellung zu diesem Programm **gegen die Hitlerdiktatur**! (Tarnschrift 0308 1935, S. 29)

Die Konstruktionsähnlichkeiten der vier Belege aus den Flugschriften des Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD), dem Brüsseler Manifest von 1935 (4) und der von der KPD organisierten Knöchel-Gruppe stützen die Vermutung einer Verfestigung durch kollaborative Entstehung. Tatsächlich hatte Wilhelm Knöchel im Berliner Untergrund Funkkontakt nach Moskau (vgl. Steinbach/Tuchel 1994, S. 107). Er war nach einem mehrjährigen Aufenthalt im Amsterdamer Exil 1942 zurück nach Berlin gekommen und verfasste dort mit einigen Mitstreitern bis zu seiner Verhaftung im Januar 1943 zwölf Ausgaben der Zeitschrift „Der Friedenskämpfer“, die über nationalsozialistische Gewaltverbrechen und die wirkliche Kriegslage aufklärte (vgl. Sandvoß 2007, S. 474). Ebenfalls in der Nähe von Moskau wurde im russischen Krasnogorsk am 13. Juli 1943 das NKFD in einem Kriegsgefangenenlager auf Initiative der sowjetischen Führung mit dem Ziel eines sofortigen Friedensschlusses gegründet. Zu den Mitgliedern des Komitees zählten prominente kommunistische Emigranten, darunter Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Wilhelm Florin sowie deutsche Kriegsgefangene aus mehreren Mannschafts- und Offizierslagern (vgl. Steinbach/Tuchel 1994, S. 137).⁷

Die programmatische Linie dieses Bündnisses verdichtet sich in den Kriegsjahren. Bereits in frühen Exiltexten wird u. a. ein *Programm gegen die Hitlerdiktatur* (4) entworfen: 1935 trafen sich unter dem Tarntitel „Brüsseler Konferenz“ deutsche Kommunisten in Kunzewo bei Moskau, um aufgelöste Parteiinstanzen durch neue Kontaktpersonen zu ersetzen. Bereits das Brüsseler Manifest verbindet Positionen kommunistischer und sozialistischer Organisationen und Splitterparteien unter dem Dach der Volksfront. Die Gründung des Nationalkomitees knüpft an diese Versuche der 1930er Jahre an,

⁷ Inwieweit Kriegsgefangene ihre Beteiligung an diesem Bündnis als manipulativ oder als erzwungenen Eidbruch empfanden, lässt sich retrospektiv nur schwer klären (vgl. Steinbach 2001, S. 257–289).

eine einheitliche Front aller Gegner des NS-Regimes [...] aus unterschiedlichen Traditionen, Richtungen und Lebenszusammenhängen zu bilden. Insofern ist also die Bildung des NKFD als Fortsetzung der „Volksfront“-Strategie und als Unterbrechung der stärker auf kommunistische Aktivitäten bezogenen „antifaschistischen“ Arbeit zu deuten. (Steinbach 2001, S. 279)

In diesen Dokumenten der Gegenwehr erweisen sich *gegen-Hitler*-Konstruktionen im Aufforderungskontext als gemeinsamer sprachlicher Nenner der so unterschiedlichen Akteursgruppen des Militärs, der KPD und der Sozialdemokraten. Der EN *Hitler* löst in der *gegen*-Phrase eine Reihe von nominalen Füllern ab, die in einem politischen Sinne kontextualisierend sind. Anhand der quantitativen Entwicklung der Varianten lässt sich eine Verschiebung von Loyalitätslinien überprüfen. Dafür wird die Frequenzliste für Bi- und Trigramme mit *gegen* als linksseitigem Ausgangstoken herangezogen (Tab. 2).

Tab. 2: Die ersten 50 Bi- und Trigramme aus dem HetWik-Gesamtkorpus, ermittelt in AntConc 5.3.8

Rank	Frequency	Range (von 554 Texten)	Bi-/Trigramm
1	1108	267	gegen die
2	489	176	gegen den
3	264	132	gegen das
4	150	66	gegen hitler
5	115	37	gegen den faschismus
6	62	21	gegen die faschistische
7	43	38	gegen alle
8	43	30	gegen deutschland
9	42	37	gegen diese
10	39	22	gegen die sowjetunion
11	36	21	gegen die juden
12	36	34	gegen sie
13	34	20	gegen england
14	33	28	gegen eine
15	29	25	gegen uns
16	27	26	gegen ihn
17	26	14	gegen die tschechoslowakei

Rank	Frequency	Range (von 554 Texten)	Bi-/Trigramm
18	24	16	gegen den krieg
19	24	24	gegen ihre
20	23	22	gegen einen
21	23	23	gegen seine
22	22	16	gegen das regime
23	21	13	gegen die faschistischen
24	20	20	gegen diesen
25	20	18	gegen frankreich
26	19	17	gegen jeden
27	18	8	gegen polen
28	18	16	gegen sich
29	17	12	gegen den bolschewismus
30	17	14	gegen den faschistischen
31	17	15	gegen hitler und
32	17	8	gegen krieg
33	17	11	gegen rußland
34	16	12	gegen den nationalsozialismus
35	16	7	gegen die arbeitervklasse
36	16	11	gegen faschismus
37	16	8	gegen krieg und
38	15	15	gegen andere
39	15	11	gegen das system
40	14	12	gegen jede
41	13	8	gegen das faschistische
42	13	10	gegen faschismus und
43	12	3	gegen die kirche
44	12	9	gegen ein
45	11	9	gegen den gemeinsamen
46	11	11	gegen unsere
47	10	9	gegen den kommunismus

Rank	Frequency	Range (von 554 Texten)	Bi-/Trigramm
48	10	9	gegen die nationalsozialistische
49	10	7	gegen die nazis
50	10	10	gegen dieses

5.2 Warnungen vor Krieg und Isolation

In der Auflistung der Bi- und Trigramme ist die Hochfrequenz der Präpositionalphrase *gegen Hitler* mit 150 Belegen in 66 von 554 Texten des Gesamtkorpus erkennbar, hinzu kommen 105 Belege für *Hitler*-Komposita (Tab. 2). Weitere verfestigte Nominalfüller der von *gegen* regierten Nominalphrase sind *Faschismus*, *Deutschland*, *Sowjetunion*, *Juden* und *Krieg*. Semantisch handelt es sich um Füller für das Naziregime als Gegnergruppe (*Hitler*, *Faschismus*, *Regime* etc.), für bedrohte Eigen- und Fremdgruppen (*Juden*, *Arbeiterklasse*, *Kirche* etc.) und die am Krieg beteiligten bzw. davon betroffenen Länder (*Deutschland*, *Sowjetunion*, *England* etc.). In der Selbstkonstitution-Kategorie finden sich etliche für den linken Widerstand charakteristische Varianten mit den Lexemen *Faschismus* und *faschistisch*. Wer *gegen den Faschismus* bzw. *die faschistische Herrschaft* opponiert, tut dies aus einem sozialistisch-kommunistischen Selbstverständnis heraus. In der Opposition *gegen den Nationalsozialismus* bzw. das *nationalsozialistische Regime* und *gegen den Krieg* sind eher Mitglieder aus dem religiösen und konservativen Widerstand.

In den frühen Denkschriften des bürgerlichen und militärischen Widerstands ist der Füller *Deutschland* auf dem obersten Rang, gefolgt von *Tschechoslowakei*, *Frankreich*, *Russland* und *England*. Die Clusterbildung indiziert Kriegsberichte (5–7) und Warnungen über Allianzen gegen Deutschland (8–9). Einige Belege sind gleichzeitig unter *Warnen* annotiert.

- (5) Der Flirt hat begonnen, musste beginnen; denn: sofern London und Paris keine Ostfront **gegen Deutschland** zu bilden vermögen, kann die nächste internationale Erpressungsszene nun über die Bühne gehen (Fischer 1939, S. 291)
- (6) Unter gewissenhafter Berücksichtigung und Prüfung aller mir seitdem bekanntgewordenen weiteren Unterlagen besteht für mich heute kein Zweifel mehr, daß ein gewaltsames militärisches Vorgehen Deutschlands **gegen die Tschechoslowakei** zu einem sofortigen militärischen Eingreifen Frankreichs und damit auch Englands gegen uns führen würde. (Beck 1984, S. 31)

- (7) Es war vorauszusehen, daß Polen sich im Ernstfall niemals für Deutschland **gegen Frankreich** entscheiden würde, denn es hat ja mit Frankreich ein echtes Bündnisverhältnis. (Goerdeler 2003, S. 675)
- (8) Hitler will den Krieg **gegen die Sowjetunion**. Seine Friedensphrasen sollen nur das werktätige Volk täuschen. Die ungeheuren Kriegsrüstungen sprechen eine andere Sprache. (Tarnschrift 0308 1935, S. 23)
- (9) Hitlers beabsichtigter Krieg **gegen die Tschechoslowakei** wird kein so harmloser „Spaziergang“ werden wie der Einmarsch in Oesterreich. (Anonymer Zeitschriftenartikel 1938, S. 9)

Zwar wird auf die Gefahr der Kriegsführung verwiesen, der Nationalsozialismus selbst tritt jedoch sprachlich nicht als gegnerische Instanz auf. Agens ist in Bezug auf die militärischen Entscheidungen namentlich *Hitler* (8–9).

Die linken Akteursgruppen stilisieren bereits in der Weimarer Republik den *Faschismus* zum Feindbild. In Texten kurz nach der Machtübernahme wird das Lexem in den *gegen*-Syntagmen teilweise durch die Anklagedimension – mittels morphosyntaktischer Charakterisierungen *Mord*- (10–11), *blutige* (12) und *friedenstörende* (13) – ergänzt:

- (10) Der Bezirksvorstand der Roten Hilfe Deutschlands Berlin-Brandenburg appelliert an alle Genossen, verstärkter denn je den Widerstand gegen den Mordfaschismus und **gegen die faschistische Mordjustiz** zu organisieren (...) (Rote Hilfe 1978, S. 94)
- (11) **Gegen den faschistischen Mordterror**, Polizeiwillkür und Provokationen der Nazi- und Stahlhelmbanden! (KPD 1984, S. 49)
- (12) Wir sind verbunden im Kampf für die gemeinsamen Interessen des Proletariats und aller Werktätigen **gegen die Kapitaloffensive und gegen den blutigen Faschismus**, der zum Krieg treibt. (Tarnschrift 0304 1935, S. 22)
- (13) Das tschechoslowakische, französische und englische Volk (...) wird gezwungen sein, im Interesse seiner eigenen Verteidigung **gegen den friedienstörenden deutschen Faschismus** alle Konsequenzen zu ziehen. (Anonymer Zeitschriftenartikel 1938, S. 9)

Mit dem Kompositum *Hitlerfaschismus* vollzieht sich im linken Widerstand der Übergang zu *gegen-Hitler*-Konstruktionen, die den Einigungsprozess untereinander und die Kompromissbildung mit den militärischen Widerstandsakteuren signalisieren. Diese Strategie bricht mit den revolutionären Parolen der 1930er

Jahre, die das Bild von der KPD als einziger Alternative zum Faschismus stützen sollten.⁸

Linksseitig von *gegen* bilden sich verschiedene *nested constructions* heraus, jedoch mit geringer Tokenvarianz innerhalb der Attribution (Tab. 3).⁹ Darunter sind die Lexeme *Kampf*, *Widerstand*, *Krieg*, *Terror* und *Ausschreitungen* (*gegen* ART NN) und entsprechende Komposita wie *Bürgerkrieg* oder *Kampfprogramm*. In der Kombinatorik zeichnen sich verschiedene Bahnungen ab: So indiziert die komplexe NP *Kampf gegen den Faschismus* musterhaft Praktiken sprachlicher Gegenwehr, für den *Kampf gegen den Bolschewismus/die Arbeiterklasse* existiert jedoch kein Beleg.

Tab. 3: *Nested constructions* mit der Präposition *gegen* im HetWik-Gesamtkorpus

im/zum	Kampf/Kampfprogramm/ Widerstand	gegen	den Faschismus Bolschewis- mus Kommunismus Arbeiter- klasse Deutschland
	Krieg/Bürgerkriegsvorbe- reitungen		die Sowjetunion
	Terror/Hetze/Ausschrei- tungen		die Juden

5.3 Reflexion von NS-Feindbildern

Die Präpositionalphrasen *gegen die Juden*, *gegen den Bolschewismus* und *gegen den Kommunismus* rufen Gegnerschaften der NS-Akteure auf. Innerhalb der anno- tierten Segmente zur Charakterisierung der NS-Akteure finden sich 138 Belege für die Präposition *gegen*, 104 davon überlappen mit der Sachverhaltsdarstellung der Gegenwart, 62 indizieren die Inklusion einer Fremdgruppe und 22 fallen unter die Annotationskategorie der Vorwurfshandlung. Die Charakterisierungen der NS- Akteure verbinden sich mit Beschreibungen der politischen Lage. Unter Einsatz von *gegen*-Phrasen werden Feindschaften des Nationalsozialismus reflektiert oder als Begründung der eigenen Gegenwehr genannt. Der Berichtmodus hat aufklä- renden und anklagenden Charakter und bezieht einen ethischen Standpunkt, von

⁸ An eine „Abwehrfront“ mit SPD und Gewerkschaften war bis 1933 angesichts des agitatorischen Vorgehens kaum zu denken. Fatalerweise profitierte von diesem Konfrontationskurs gegen die Sozialdemokratie die NSDAP (vgl. Winkler 1987, S. 864).

⁹ Rund 80 Prozent aller *gegen*-Phrasen im HetWik-Gesamt- und Annotationskorpus werden attributiv verwendet.

dem aus das „entsetzliche(s) Vorgehen gegen das Christentum und Judentum“ (Harand 1935, S. 13), die „Justiz als Waffe gegen Andersdenkende und Missliebige“ (Anonymer Zeitschriftenartikel 1937, S. 2), die „Schikanen und Repressalien gegen die Gefangenen“ (Rote Hilfe 1978, S. 95) und die „zahllosen Verbrechen gegen Leib und Leben, gegen Eigentum und Ehre“ (Goerdeler 1944, S. 1) verurteilt werden.

Argumentative Reflexionen zur gegenwärtigen Lage thematisieren Feindschaften des NS, um sich von dessen Ressentiments zu distanzieren und für Verfolgte Partei zu ergreifen. In diesem Zusammenhang wird Propaganda oft sprachkritisch begleitet, z. B. durch Distanz markierende Anführungszeichen in der Warnung vor „wahnwitzige(n) Rache- und ‚Rasse‘kämpfe gegen Einwohner der fast ganz Europa umfassenden Gebiete“ (Bästlein 1998, S. 432).

Kommunistische Akteursgruppen tadeln sich für die einstige Frontstellung gegen den „Sozialfaschismus“, ebenso wie bürgerliche Kreise konzedieren, dass manchen Gleichgesinnten das „Dritte Reich“ einen willkommenen „Schutzwall“ gegen den Bolschewismus versprach. Von verschiedenen Seiten wird offengelegt, dass die Widerstandsrhetorik des NS und seine Gegnerschaften wie die Sowjetfeindschaft mitunter großen Anklang bei Industriellen fanden (14–16), denen die Abschaffung der Gewerkschaften entgegenkam (17). Und die „Abwendung der kommunistischen Gefahr“ haben neben Angehörigen der katholischen Kirche auch Sozialdemokraten begrüßt.

- (14) Noch leichteres Spiel hat die Diktatur im Inneren gehabt. Mit dem einfachen Mittel, die Kommunisten-Angst des Bürgertums **gegen den Sozialismus**, die Abscheu der breiten Massen vor der sozialen Reaktion gegen die bürgerliche Opposition auszuspielen, hat sie ihre Herrschaft zu stabilisieren vermocht. (Henrichsen 1936, S. 885)
- (15) Die unlösbare Aufgabe, vor die sich Hitlers ausländische Bewunderer in den vergangenen Jahren gestellt sahen, bestand darin, das Dritte Reich als Schutzwall **gegen den Bolschewismus** zu erhalten, ja zu kräftigen, dabei aber zu verhindern, dass der nationalsozialistische Staat den westeuropäischen Mächten über den Kopf wachse und ihnen seinen Willen aufzwingt. (Budzislawski 1939, S. 1082)
- (16) [...] insbesondere der deutsche Nationalsozialismus - sich für den Schutz und das Bollwerk **gegen den Bolschewismus** ausgibt: ein Propaganda-Betrug, dem tatsächlich ein erheblicher Teil der bürgerlichen Welt mindestens zeitweise zum Opfer gefallen ist. (Mann 1970, S. 155)
- (17) Die rechtsstehenden Kreise, insbesondere die City, sahen in ihm (= Hitler, N.W.) einen erfolgreichen Vernichter der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterbewegung, einen höchst willkommenen Vorkämpfer **gegen den Bolschewismus**. (Beck et al. 1984, S. 259)

Die Reflexion von *gegen*-Positionen trägt dabei keinerlei exkulpierende Züge. Sie ist durch ihren erklärenden Charakter als Plädoyer für Toleranz und Anerkennung lesbar. Erneut entsteht die Ausrichtung auf eine gemeinsame Gegnerschaft, die sich ausdrucksseitig in der Konstruktion *gegen Hitler* kristallisiert.

Einen weiteren Anhaltspunkt für das Kontextualisierungsprofil des kollaborativen Widerstands liefert die Verbindung der *gegen-Hitler*-Phrasen mit *für*-Phrasen. In dieser Kookkurrenz vollzieht sich oft an exponierter Stelle im Text ein appellativer Gegenentwurf. Unter den 45 Beispielen für das kookkurrente Auftreten von *gegen*- und *für*-Phrasen ist auch der elliptische Appell des NKFD-Flugblatts von 1944 (18) mit einer eindringlichen Anrede durch Hervorhebung der Pronomen und einer Anklageserie:

- (18) Auch DU mußt DICH rechtzeitig entscheiden! Mit Hitler in Tod und Verderben oder gegen Hitler für die Zukunft unseres Volkes! (NKFD 1978, S. 237)

Besonders plakativ wirkt die Verbindung in der Überschrift der Erklärung der SoPaDe zur Lutetia-Konferenz in Paris: *Für Deutschland – gegen Hitler!*, lautet der Titel der im *Neuen Vorwärts* am 2. Februar 1936 abgedruckten Erklärung der Sozialdemokraten im Exil.

6 Fazit

In der Korpusanalyse der soziopragmatisch annotierten *gegen*-Belege wurden zwei unterschiedliche und doch in einem größeren Kontextualisierungsrahmen aufeinander bezogene Konstruktionsmuster von *gegen*-Phrasen belegt: Ihre Füller unterscheiden sich durch Namen/Bezeichnungen für NS-Akteure und für Gegnergruppen des NS-Regimes.

Korpuspragmatisch wurde aus diversen kontextspezifischen Gegnerschaftsbezeichnungen wie *gegen das Regime/den Nationalsozialismus/den faschistischen Terror* etc. der hohe Anteil an Verbindungen aus *gegen* und *Hitler* als Kompromissbildungsstrategie rekonstruiert. Das Konstruktionsmuster tritt musterhaft in kollaborativen Texten auf, entstanden im Untergrund, in Kriegsgefangenschaft und im Exil. *Gegen-Hitler*-Phrasen verweisen auf die Herausbildung von Akteurskollektiven mit geeinten Positionierungen im Widerstand und stehen im Dienst der Aufklärung über die menschenverachtenden Gegnerschaften des NS. Sie sind Ausdruck einer Loyalitätshandlung gemeinsamer Gegenwehr und kookkurrieren teilweise mit *für*-Phrasen, die den Blick auf eine friedliche Zukunft werfen. Diese konsensindizierenden Kollokationen signalisieren gegenüber den zu mobilisie-

renden Adressat/-innen ein Einigsein im Dagegensein gegen die rassistische und mörderische Ausgrenzung.

Die Abgrenzungspraktiken zwischen den Widerstandsgruppierungen in den 1930er Jahren entwickeln sich in den kollaborativ verfassten Dokumenten zu einer textuellen Polyphonie, die als sprachlich-indexikalischer Vollzug der Forderung nach freiem Diskurs und Demokratisierung aufgefasst werden kann. So zeigen die gemeinsam verfassten Programm- und Flugschriften an ihren stilistischen Bruchstellen Prozesse von Austausch und Aushandlung, Verhandlung und Verständnis sowie Uneinigkeit bei gleichzeitigem Willen zum geeinten Vorgehen.

Wenn über Handlungen *gegen die Juden*, *gegen die Arbeiterklasse* etc. aufgeklärt wird, manifestiert sich in *gegen*-Konstruktionen ein Solidarisierungshandeln für verfolgte Gruppen. Indem die Widerstandsakteur/-innen gegen das, wogegen die Nazis sind, Klage führen, sagen sie indirekt auch, was sie verbindet. Dies ist eine oft widersprüchliche Mischung aus humanitären, liberalen, sozialpatriotischen, kultursozialistischen und marxistischen Werthaltungen, die von einem geteilten Willen zum Frieden geprägt sind.

Quellen

- Anonymer Zeitschriftenartikel (1937): Das Gesetz des deutschen Faschismus. In: Sozialistische Aktion. Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 12/1937, S. 1–2.
- Anonymer Zeitschriftenartikel (1938): Hitler kann nicht alles. In: Freiheit – Organ für Frieden, Freiheit, Recht und Wohlstand. Rhein-Ruhr Nordwest, 2. Jg., 15.6.1938, S. 4–10.
- Bästlein, Bernhard (1998): Rundbrief 1944: „Lieber Freund! Der Feind hört mit!“. In: Hochmuth, Ursel (Hg.): Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942–1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein. (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A 4). Berlin: Hentrich, S. 431–436.
- Beck, Ludwig (1984): Denkschrift 1938. In: Scheurig, Bodo (Hg.): Deutscher Widerstand 1938–1944. Fortschritt oder Reaktion? 2. Aufl. München: dtv, S. 32–34.
- Beck, Ludwig/Goerdeler, Carl/Leber, Julius/Leuschner, Wilhelm/Kaiser, Hermann (1984): Denkschrift 1944: „Der Weg“. In: Scheurig, Bodo (Hg.): Deutscher Widerstand 1938–1944. 2. Aufl. München: dtv, S. 217–277.
- Budzislowski, Hermann (1939): Die europäische Tragödie. In: Die neue Weltbühne 35, 35 (31.8.1939), S. 1081–1086.
- Fischer, Louis (1939): Am Vorabend? In: Die neue Weltbühne 30, 10 (9.3.1939), S. 288–293.
- Goerdeler, Carl (2003): Denkschrift zur Außenpolitik, 1938. In: Gillmann, Sabine/Mommsen, Hans (Hg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Bd. 2. München: Saur, S. 658–696.
- Goerdeler (1944): Entwurf einer Rundfunkansprache. Berlin. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, S. 1–2.
- Harand, Irene (1935): „Sein Kampf“ – Antwort an Hitler. Wien: Ephelant.

- Henrichsen, Karl (1936): Drei Jahre Hitler. In: Zeitschrift für Sozialismus Artikel 3, 28, 1/1936, S. 881–889.
- Knöchel, Wilhelm (1942): Der Friedenskämpfer. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, S. 261–267. Internet: www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_4.5_DE-2.Aufl_RZ-web.pdf (Stand: 16.9.2021).
- KPD (1984): Flugblatt 1933: Stürzt die Papen-Hitler-Hugenberg-Diktatur. In: Cartarius, Ulrich (Hg.): Opposition gegen Hitler: ein erzählender Bildband. Berlin: Siedler, S. 48–49.
- Mann, Thomas (1970): Das Problem der Freiheit. In: Mann, Thomas: Schriften zur Politik. Frankfurt a. M.: Fischer, S. 143–162.
- NKFD (1960): Das Nationalkomitee an Volk und Wehrmacht: 25 Artikel zur Beendigung des Krieges. In: Scheurig, Bodo: Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945. München: Nymphenburger Verlags-handlung, S. 243–249. [Ursprünglich erschienen 1944.]
- NKFD (1978): Flugblatt 1944: „Wir klagen an“. In: Pikarski, Magret/Uebel, Günter: Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933 bis 1945. Berlin: Dietz, S. 236–237.
- Rote Hilfe (1978): Flugschrift 1934: „Das Tribunal“. In: Pikarski, Magret/Uebel, Günter: Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933 bis 1945. Berlin: Dietz, S. 93–96.
- Soldatenkomitee Dänemark (1978): Flugblatt „Kameraden! Man verschweigt uns die Wahrheit!“. Nr. 182, März 1943. Verbreitet in Kopenhagen, Dänemark. In: Pikarski, Magret/Uebel, Günter: Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933 bis 1945. Berlin: Dietz, S. 363.
- Tarnschrift 0304 (1935): Laufen und Gehen. In Gemeinschaft mit dem Reichssportführer herausgegeben vom Propaganda-Ausschuß f. d. Olympischen Spiele Berlin 1936. (Kommunistische Organisation). Darin u. a.: Florin, Wilhelm: Wie stürzen wir Hitler? Der Weg zur Einheitsfront und zur antifaschistischen Volksfront in Deutschland. In: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 18.12.2019.
- Tarnschrift 0308 (1935): Wie unsere Kakteen richtig gepflegt werden müssen. Laß Blumen sprechen! Kakteen nicht vergessen! (Kommunistische Organisationen). Darin u. a.: Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KP Deutschland. An das werktätige deutsche Volk! In: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 18.12.2019.

Literatur

- Baker, Paul/Gabrielatos, Costas/Khosravinik, Majid/Krzyzanowski, Michal/Mcenery, Tony/Wodak, Ruth (2008): A useful methodological synergy? Combining critical discourse analysis and corpus linguistics to examine discourses of refugees and asylum seekers in the UK press. In: Discourse & Society 19,3, S. 273–306.
- Benz, Wolfgang (2018): Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler. München: Beck.
- Braun, Christian A. (2007): Nationalsozialistischer Sprachstil. Theoretischer Zugang und praktische Analysen auf der Grundlage einer pragmatisch-textlinguistisch orientierten Stilistik. (= Sprache – Literatur und Geschichte 32). Heidelberg: Winter.

- Broszat, Martin (1986): Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 34, 3, S. 293–309.
- Eitz, Thorsten/Engelhardt, Isabelle (2015): Diskursgeschichte der Weimarer Republik. Bd. 1. Hildesheim: Olms.
- Hausendorf, Heiko/Lindemann, Katrin/Ruoss, Emanuel/Weinzinger, Caroline (2015): Ko-Konstruktionen in der Schrift? In: Dausendschön-Gay, Ulrich/Gülich, Elisabeth/Krafft, Ulrich (Hg.): Ko-Konstruktionen in der Interaktion. Die gemeinsame Arbeit an Äußerungen und anderen sozialen Ereignissen. Bielefeld: transcript, S. 111–138.
- Ising, Erika (1988): Die Sprache im deutschen antifaschistischen Widerstand. In: Zeitschrift für Germanistik 9, 4, S. 404–421.
- Jesse, Eckhart (1987): Review. Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Herausgegeben von Hermann Graml, Klaus-Dieter Henke und Martin Broszat. In: Der Staat 26, 4, S. 619–621.
- Langkau-Alex, Ursula (2005): Deutsche Volksfront 1932–1939: Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. Berlin: Akademie-Verlag.
- Linell, Per (2005): The written language bias in linguistics. Its nature, origins and transformations. (= Routledge Advances in Communication and Linguistic Theory 5). London/New York: Routledge.
- Mehringer, Hartmut (1983): Die bayrische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Broszat, Martin/Mehringer, Hartmut (Hg.): Bayern in der NS-Zeit. Bd. V. Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. München/Wien: Oldenbourg, S. 283–432.
- Plum, Günter (1970): Volksfront, Konzentration und Mandatsfrage. Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933–1939. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 18, S. 410–442.
- Sandvoß, Hans-Rainer (2007): Die „andere“ Reichshauptstadt: Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945. Berlin: Lukas-Verlag.
- Scharloth, Joachim (2018): Korpuslinguistik für sozial- und kulturalanalytische Fragestellungen. In: Kupietz, Marc/Schmidt, Thomas (Hg.): Korpuslinguistik. (= Germanistische Sprachwissenschaft um 2020 5). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 61–80.
- Sinclair, John (2004): Trust the text: language, corpus and discourse. London/New York: Routledge.
- Spitzmüller, Jürgen/Flubacher, Mi-Cha/Bendl, Christian (2017): Soziale Positionierung als Praxis und Praktik. Einführung in das Themenheft. In: Wiener Linguistische Gazette 81, S. 1–18.
- Steinbach, Peter (2001): Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien. 2., wesentl. erw. Aufl. Paderborn/München: Schöningh.
- Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (1994): Lexikon des Widerstandes 1933–1945. München: Beck.
- van Dijk, Teun A. (2008): Discourse and power. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Weber, Hermann (2001): Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933–1945. (= Beiträge zum Widerstand 1933–1945 33). Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand e.V.
- Winkler, Heinrich August (1987): Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts 11). Berlin/Bonn: Dietz.

Friedrich Markewitz (Paderborn)

Argumentieren im Widerstand

Abstract: Widerstand gegen das NS-Regime war eine lebensbedrohliche, kräftezehrende und letztlich einsame Herausforderung für alle widerständischen Akteur/-innen. Abgelehnt von einer Mehrheit der NS-Volksgemeinschaft konnten Widerständler/-innen weder darauf bauen, dass ihre Haltungen und Handlungen verstanden noch als Vorbild wahrgenommen wurden. Zur Unterstützung und zum Verständlich-Machen ihrer Positionen bedurfte es kommunikativer Strategien der Überzeugung. Dahingehend ist es konsequent, dass dem Argumentieren in den verschiedenen widerständischen Textkommunikaten eine zentrale Rolle zukam. Anhand ausgewählter Texte des Widerstands ist es Ziel dieses Aufsatzes, das Argumentieren als widerständische kommunikative Praktik in ihrer Strukturiertheit sowie Komplexität darzustellen und hinsichtlich ihrer Akteurs-, Zeit- und Textsortengebundenheit zu reflektieren.

1 Einleitung

Widerstand, verstanden als eine „reaktive [...] Praktik, die ein *Wogegen* hat“ (Därman 2020, S. 8, Hervorh. i. O.) und sich anhand eines Dagegen-Seins wie -Handelns (vgl. Benz 2018, S. 19) auch sprachlich vollzieht, hat das ‚Dritte Reich‘ ab seinen Vorbereitungsbewegungen in den 1920er Jahren bis zu seinem katastrophalen Untergang 1945 begleitet. Trotz eines konstanten oppositionsdiskursiven Widersprechens blieb Widerstand aber eine Sache mutiger Einzelner, deren Stimmen nicht nur ungehört, sondern unverstanden blieben. Wer den Widerstand wählte, wählte „die Einsamkeit des Außenseiters und nahm das Unverständnis der Mehrheit auf sich“ (ebd., S. 10).

Weitestgehend besteht „Einigkeit darüber, daß der Widerstand nicht an Kategorien des äußeren Erfolges gemessen werden kann“ (Mommsen 1994, S. 4). Dies wurde von Widerstandsakteur/-innen selbst so verstanden, ging es doch vor allem darum, „ein Zeichen gegen die Barbarei zu setzen [...] und kaum einer konnte hoffen, [...] durch sein Widerstehen dem verhaßten System den Todesstoß zu versetzen“ (Steinbach 2001, S. 148). Widerstand wird so charakterisierbar durch ein moralisch-ethisches „Bewusstsein für das Unrecht, für die Verbrechen“ (Benz 2018, S. 481) und den damit verbundenen lebensbedrohlichen Kampf, auf den verbrecherischen Charakter des Regimes hinzuweisen und das deutsche Volk davon sowie vom Resistieren, Opponieren und Widerstehen zu überzeugen.

Aufgrund der (kommunikativen) Umstände, zum Widerstand nicht einfach auffordern zu können, sondern das unverständige deutsche Volk von diesem überzeugen zu müssen, bedurften widerständische Akteur/-innen kommunikativer Überzeugungsstrategien. Dies lässt die Relevanz rhetorischer Verfahren der Überzeugung für widerständische Kommunikation erkennbar werden. Eine in diesem Sinne Überzeugungs-Rhetorik (vgl. Perelman 1979, S. 63; Kopperschmidt 2018, S. 121) hat das Argumentieren zum „Kernprinzip“ (Kopperschmidt 2018, S. 233, Hervorh. i. O.). Daher soll in diesem Beitrag das Argumentieren als widerständische „kommunikative Praktik“ (Grundler/Rezat/Schmölzer-Eibinger 2020, S. 101) bestimmt werden, die zum Einsatz kommt, „wenn Strittiges in einer global strukturierten kommunikativen Einheit ausgehandelt oder offene Fragen kommunikativ bearbeitet werden“ (ebd., S. 101).

Argumentativ gestützte Überzeugungsarbeit findet sich insbesondere in textuellen Kommunikaten des Widerstands, die sich an eine breite(re) Öffentlichkeit richteten, wie das zweite Flugblatt der wohl bekanntesten jugendlichen Widerstandsgruppe *Weißer Rose*. In ihren an ein gebildetes Bürgertum gerichteten Texten (vgl. Benz 2018, S. 309) rufen die Autor/-innen „zum passiven Widerstand gegen den verbrecherischen Krieg des Hitler-Regimes auf“ (ebd.). Sie bedienen sich auch des Argumentierens, um von ihren Handlungen wie Haltungen zu überzeugen:

- (1) „Es ist falsch, wenn man von einer nationalsozialistischen Weltanschauung spricht, denn, wenn es diese gäbe, müsste man versuchen, sie mit geistigen Mitteln zu beweisen oder zu bekämpfen – die Wirklichkeit aber bietet uns ein völlig anderes Bild: schon in ihrem ersten Keim war diese Bewegung auf den Betrug des Mitmenschen angewiesen, schon damals war sie im Innersten verfault und konnte sich nur durch die stete Lüge retten“ (Scholl/Schmorell 2016 [1942], S. 1).

Relativ leicht erkennbar ist der argumentative Impetus: Zunächst finden sich z. B. Argumentationsindikatoren, wie *denn*, *wenn* (vgl. Eggs 2000, S. 407 f.) und *aber* (vgl. Strauß 1983, S. 28). Ausgehend von der unter den Bedingungen und Sagarkeitsnormen des herrschenden nationalsozialistischen Diskurses strittigen Behauptung – dass es falsch wäre, *wenn man von einer nationalsozialistischen Weltanschauung spricht* –, werden von Hans Scholl und Alexander Schmorell nun *Argumente* aufgeführt, die zu einer adressatenseitigen Akzeptanz der *Prämisse* führen sollen.

Die Aufgabe der Überzeugung eines unverständigen deutschen Volkes sowie z. T. anderer widerständischer Akteure/-innen, war eine konstante Herausforderung widerständischen kommunikativen Handelns. Die Relevanz des Argumentie-

rens ist daraus ableitbar und soll genauer ausgeführt werden. Dazu wird in einem ersten Schritt (Abschnitt 2) das Argumentieren als kommunikative Praktik theoretisch konturiert. Daran schließt sich (Abschnitt 3) die Analyse des Argumentierens im Widerstand an, wobei zunächst (3.1) schematische Elemente reflektiert werden, um daran anschließend (3.2) die Zeit-, Akteurs- und Textkommunikationsgebundenheit widerständischen Argumentierens näher zu beleuchten und (3.3) anhand einer beispielhaften argumentativen Einheit aus einem Text des militärischen Widerstandes die aufgenommenen Forschungsperspektiven zusammenzuführen.

2 Theoretische Konturierung des Argumentierens als widerständische kommunikative Praktik

Das Argumentieren kann trotz fehlender konsensualer Definitionen als eine komplex aufgebaute soziale (vgl. van Eemeren/Grootendorst/Kruijer 1987, S. 7) sprachliche Aktivität verstanden werden, mit der etwas durch die Berufung auf etwas Anderes begründet wird (vgl. Kopperschmidt 2000, S. 19).

Argumentieren ist dabei unmittelbar *situations- und kontextgebunden*, und es ist der situative wie diskursive Kontext, der einen Problemdruck evoziert, unter dem Äußerungen „fraglich, strittig, umstritten, kritisch, problematisch“ (ebd., S. 43) werden. Dies bedeutet auch, dass die Plausibilität, angefangen beim einzelnen argumentativen Schritt und endend beim vollständigen Argumentationsgang, vom Verwendungskontext abhängt und an diesen angepasst werden muss. Zugleich beeinflusst der Kontext argumentative Formen und Strukturen: Das Argumentieren als komplexe Sprachhandlung muss nicht immer vollständig explizit gemacht werden, sondern nur insofern es der Kontext benötigt. In dieser Hinsicht ist für alltags- und natürlichsprachliche Argumentationen davon auszugehen, dass diese nicht vollständig realisiert werden. Damit einher geht der Verzicht auf formallogische Gültigkeit (ebd., S. 10). Somit wird das Argumentieren als sozial-diskursive kommunikative Praktik mit dem Ziel der Überzeugung verstanden (vgl. Eggs 2006, S. 164) und zugleich als Teil einer Persuasionsrhetorik, in der die Rechtfertigung von Handlungen und Haltungen einen größeren Stellenwert einnimmt als das epistemische Beweisen von Wahrheit(en) (vgl. Klein 2019, S. 76). Argumentationen sind so „auf Überredung oder Überzeugung angelegt. Sie bestehen nicht aus gültigen und zwingenden Folgerungen, sondern sie stellen mehr oder minder überzeugende Argumente dar, die nie ausschließlich formal sind“ (Perelman 1980, S. 12). Sie sind aber nur in Bezug auf ein spezifisches und in dieser Spezifität zu berücksichtigendes Publikum überzeugend (vgl. Perelman 1979, S. 86).

Neben fehlenden konsensualen Definitionen, was als Argumentation gilt, herrscht im Forschungsdiskurs ebenfalls Uneinigkeit, nach welchen konstitutiven Strukturprinzipien sie aufgebaut ist. Um ein so flexibel wie möglich einsetzbares Analyseschema zur Verfügung zu haben, wird auf das argumentative Grundprinzip „p (gilt), weil q (gilt)“ (Kopperschmidt 2000, S. 55) zurückgegriffen und dies nur durch eine mögliche Konklusionshandlung ergänzt: Somit gilt als konstitutive Annahme die Schemastruktur ‚p (gilt), weil q (gilt) und daher r (gilt)‘, und es wird von den Struktureinheiten der *Prämisse*, des *Arguments* und der *Konklusion* ausgegangen, aus denen sich das Argumentieren im hier vertretenden persuasionsrhetorischen Sinne zusammensetzt. Weiterhin wird die Existenz von zwei konstitutiven Argumentationstypen, der Pro- und Contra-Form, angenommen (vgl. Klein 2019, S. 96 f.) – inwiefern also prototypisch von widerständischen Haltungen und Handlungen überzeugt werden soll (Pro) oder ns-diskursive Zusammenhänge bzw. Äußerungen widerlegt werden sollen (Contra).

3 Analyse des Argumentierens im Widerstand

3.1 Schematische Elemente des Argumentierens im Widerstand

An erster Stelle kommt der *Prämisse* als „heart of the argument“ (Stede/Schneider 2019, S. 75) besondere Bedeutung zu (vgl. Rudolph 1991, S. 78). Dies zeigt sich auch anhand des „HetWik“-Annotationskorpus (siehe zur Charakterisierung des Korpus den Beitrag Wilks i.d. Band), findet sich doch in jeder Argumentationseinheit mindestens eine *Prämisse* (95 % davon in den *Pro*- und 11 % in den *Contra-Formen*).¹ Sie wird als eine Behauptung in Form von zumeist Aussagesätzen verstanden, die ein wie auch immer geartetes, aber in jedem Fall strittiges Problem in sich birgt (vgl. Eggs 2000, S. 398), das im weiteren Verlauf argumentativ aufgelöst werden soll. Strittigkeit wird dabei, aufgrund der unterschiedlichen diskursiven Perspektiven auf der einen Seite der verschiedenen Widerstandsgruppen und auf der anderen Seite des NS-Regimes, in einem sehr weiten Sinne ausgelegt.

¹ Das Antreffen mehrerer *Prämissen* in einer argumentativen Einheit ist dabei nicht ungewöhnlich und wurde entsprechend reflektiert. „Where more than one premiss is offered in direct support of a conclusion, the premisses sometimes work together to support it and are in this sense linked, whereas at other times distinct subsets of them offer independently relevant reasons that „converge“ on the conclusion“ (Hitchcock 2015, S. 84).

Dergestalt erfasst thematisieren die *Prämissen* der *Pro-Form* vornehmlich die Schuld des Regimes am Zweiten Weltkrieg, die Gefahr, die von diesem Krieg für das deutsche Volk ausgeht, und die Notwendigkeit, dass Hitler und der Nationalsozialismus überwunden werden müssen. In dieser Hinsicht kommt auch *gegen-Präpositionalphrasen* (siehe zur Relevanz dieser Sprachform erneut den Beitrag Wilks) eine konstitutive Funktion zu, wie in den Belegen (3) und (4), die deutlich machen, *wogegen* gekämpft werden muss, **gegen** den Faschismus, und was auf dem Spiel steht, nämlich, dass sich die *zivilisierte Welt gegen das gesamte deutsche Volk zu richten droht*:

- (2) „Die Hitleristen haben das deutsche Volk in diesen schrecklichen Krieg gejagt; sie haben den Krieg mit Mitteln geführt, die alles, was die Menschheit bisher an grauenvollen Verbrechen kannte, in den Schatten stellt“ (Bästlein 1998, S. 432).
- (3) „Hitler und seine Beauftragten erzeugen durch ihre Methoden in der zivilisierten Welt einen Hass, der sich gegen das gesamte deutsche Volk zu richten droht“ (Hutten et al. 1938, S. 202).
- (4) „Der Krieg kann nicht verhindert, Hitler nicht gestürzt werden, wenn nicht alles getan wird, die Einheit des deutschen Volkes gegen den Faschismus zu schaffen“ (Anonymer Zeitschriftenartikel 1938, S. 10).

Im Gegensatz dazu stehen die *Prämissen* der *Contra-Form*, in denen entweder direkt zitierend (Beleg (6)) oder indirekt wiedergebend (Beleg (5)) Äußerungen von Akteuren des NS-Apparates angeführt werden, die im weiteren Verlauf des Argumentationsganges widerlegt werden sollen bzw. von deren epistemischen oder ethisch-moralischen Falschheit überzeugt werden soll:

- (5) „Am 1. Februar 1933 versprach Hitler dem deutschen Volk, er werde es nach vier Jahren zu einer freien Entscheidung aufrufen“ (Sopade 2009 [1936], S. 83).
- (6) „Am 3. Oktober verkündete Hitler vor seinem Reichstag: „Seit 2 Tagen ist die Wehrmacht zur letzten und entscheidenden Offensive in diesem Jahr angetreten““ (Knöchel 2016 [1942], S. 9).

Die strittig gewordenen Behauptungen werden dann durch verschiedene **Argumente** gestützt (*Pro-Form*) oder zurückgewiesen (*Contra-Form*). Dabei sind drei Hinweise zentral:

- a) Zunächst sind in einem terminologisch genauen Sinne auch *Argumente* (ebenso wie *Konklusionen*) Behauptungen; eigentlich „enthält eine Argumentation nur Behauptungen“ (Kopperschmidt 2000, S. 61). Dies zeigt sich anhand der verschiedenen Strukturformen der *Argumente*, die sich vielfach als Aussagesätze finden lassen und potenziell ebenfalls als zu begründende Behauptung verstanden werden können. Zur Einteilung der verschiedenen Behauptungssätze in *Prämissen*, *Argumente* und *Konklusionen* dient die Orientierung auf die thematische Progression des Argumentationsganges sowie die lineare Anordnung der einzelnen Äußerungen, der im Rahmen eines rhetorischen Argumentationsverständnisses größere Bedeutung zukommt (vgl. Perelman 1980, S. 148–150).
- b) Darüber hinaus müssen *Argumente* – anders als *Prämissen* – nicht systematisch realisiert werden. Sie können z. B. auch implizit in *Prämisse* oder *Konklusion* enthalten sein. Dies wird durch einen Blick auf die Quellen bestätigt, in denen *Argumente* nur in 79 % in expliziter Form anzutreffen waren, oft eingeleitet durch Argumentationsindikatoren wie *weil*, *sondern*, *da*, *denn*, *deshalb*, *darum* etc.
- c) Schließlich sind auch *Argumente* bereichsspezifisch wahrzunehmen (vgl. Kopperschmidt 2000, S. 108). Um der typologischen Vielfalt zumindest ansatzweise gerecht zu werden, wird von drei konstitutiven *Argumentationstypen* ausgegangen: Angeschlossen an die Dreiteilung von Eggs (2000, S. 398) sollen epistemische, deontische und ethische *Argumente* unterschieden werden. Dabei hat sich gezeigt, dass epistemische *Argumente* mit 42 % im annotierten Korpus überwiegen. An zweiter Stelle stehen ethische *Argumente* mit 20 % und an letzter Stelle deontische *Argumente* mit 17 %.

In epistemischen *Argumenten* der *Pro-Form* werden unterstützende Gründe für etwa die Behauptungen (als *Prämissen*) gegeben, dass der Krieg nicht zu gewinnen sei, oder dass die Erfolge des NS-Regimes in *Wirklichkeit* – dieser epistemische Marker wird argumentationseinleitend nur bei dieser Argument-Form verwendet und ist dahingehend charakteristisch – keine solche wären, da

- (7) „Die militärische Kraft dieser Völker [...] die Deutschlands um ein Vielfaches [übertrifft]“ (Anonymer Zeitschriftenartikel 1938, S. 9).
- (8) „die Wirklichkeit aber uns ein völlig anderes Bild [bietet]: schon in ihrem ersten Keim war diese Bewegung auf den Betrug des Mitmenschen angewiesen, schon damals war sie im Innersten verfault und konnte sich nur durch die stete Lüge retten“ (Scholl/Schmorell 2016 [1942], S. 1).

Auch die epistemischen *Argumente* der *Contra-Form* gehen in diese Richtung, dienen aber der Wiederlegung der Äußerungen von NS-Akteuren, deren Wahrheitsgehalt in Frage gestellt wird – erneut mit der das *Argument* einleitenden Verwendung epistemischer Marker, wie in Beleg (9), in der das Goebbelsche Ziel, „die Rede Hitlers vor dem Reichstag als das grösste Ereignis des 20. Jahrhunderts darzustellen“ (Tarnschrift 1935, S. 2) zurückgewiesen und der Sachverhaltskonstitution des Regimes eine Alternative entgegengesetzt wird:

- (9) „In Wirklichkeit ist diese Rede im Ausland mit merklicher Kühle aufgenommen worden“ (Tarnschrift 1935, S. 2).

Ungleich weniger, aber dennoch vorhanden sind ethische *Argumente*, die „zeigen wollen, dass eine Sache oder eine Handlung positiv oder negativ zu bewerten ist“ (Eggs 2000, S. 398). Im Rahmen sowohl der *Pro-* als auch *Contra-Form* wird – oft unter Verwendung eines moralisch-ethischen Hochwertvokabulars (*Anstand, Ehre, Gewissen, Sittlichkeit, Moral*) – die Amoralität des Regimes hervorgehoben:

- (10) „denn die Weltgeschichte wird auf keinen Fall ihren tieferen Sinn verlieren, und das Unmögliche wird nicht möglich dadurch, daß wir uns in Verkennung der Dinge bemühen, dem Verbrechen und dem Wahnwitz zum Siege zu verhelfen, nur, weil Verbrechen und Wahnwitz sich zur Zeit in Deutschland eingenistet haben (Schulze-Boysen 2016 [1942], S. 6) [*Pro-Form*].
- (11) „Er hat dieses Versprechen gebrochen“ (Sopade 2009 [1936], S. 83) [*Contra-Form*].

Oder, aber dies nur im Rahmen der *Pro-Form*, die Rechtmäßigkeit der Widerstandshandlungen betont:

- (12) „weil sie sich auf einer Grundlage vollzogen, die allen Beteiligten selbstverständlich und gemeinschaftlich war, nämlich der Grundlage gleichen Ehr- und Anstandsgefühl“ (Goerdeler 1969 [1943], S. 173).

Zuletzt finden sich – wenn auch nur wenige – deontische *Argumente*, die „die Durchführung einer bestimmten [...] Handlung anraten oder abraten“ (Eggs 2000, S. 398), so z. B., dass (in der *Pro-Form*)

- (13) „Es [...] vielmehr ihre Aufgabe [die Aufgabe der Sozialdemokratie; Anmerkung von FM] [ist], den Krieg zu verhindern“ (Sopade 1934, S. 2),

und in der *Contra-Form* begründet wird, warum man – entgegen der in den *Prämissen* (als Äußerungen des NS-Apparates) vorgebrachten Zusammenhänge – das Regime nicht unterstützen sollte, da

- (14) „... diese Einstellungen ein gefährliches Spiel bedeuten“ (Beck 2016 [1938], S. 5).

Vor dem Hintergrund der persuasiven Funktion des Argumentationsganges erscheint es nachvollziehbar, dass vor allem epistemische *Argumente* und damit Faktenbegründungen geliefert werden, um von widerständischen Haltungen, Handlungen und Perspektiven in Form strittiger *Prämissen* zu überzeugen (*Pro-Form*) oder die den Wirklichkeitskonstruktionen und Sagbarkeitsregeln des NS-Diskurses entsprechenden Äußerungen epistemisch zu dekonstruieren (*Contra-Form*). Interessant ist nun, dass die *Konklusionen* diese epistemische Ausrichtung längst nicht immer fortsetzen:

Konklusionen („daher r (gilt)“), die das Argumentieren zum Abschluss bringen können, finden sich in 91 % aller untersuchten Argumentationseinheiten. Dabei ist die Beziehung zwischen *Prämisse* und *Konklusion* kein zwingendes. Letztere muss

nicht wieder zur These zurück[kehren], sondern nimmt einen neuen Ort ein. Daher vergleiche ich die Argumentation gern mit einer Spirale. Von der These aus erweitert sich die Spirale in den Argumenten und biegt mit der Folgerung in einen gewissen Abstand in die Nähe der These (Rudolph 1991, S. 79).

Aufgrund der unterschiedlichen *Argumentationstypen* wird auch von drei *Konklusionstypen* ausgegangen:² epistemische, deontische und ethische *Konklusionen*, wobei sich deontische mit 49 % am häufigsten finden lassen, gefolgt von epistemischen mit 23 % und ethischen mit 19 %. Dies legt den Schluss nahe, dass die

² An dieser Stelle zwischen *Pro-* und *Contra-Formen* zu unterscheiden, erweist sich als überflüssig, da die *Pro-Formen* eh in widerständische Konklusionen münden und die *Contra-Form*, so wie sie hier verstanden wurde, dazu dient, aus widerständischer Perspektive die *Prämissen* des NS-Apparates zu widerlegen, so dass, nach widersprechenden *Argumenten* eine von der widerständischen Perspektive ausgehende *Konklusion* realisiert wird.

Widerständler, nachdem sie strittige *Prämissen epistemisch* durch Faktenangaben *gestützt* haben, *Konklusionen* in einem *deontischen* und damit *handlungsauffordernden* Sinne verwenden und *gegen Hitler* (Beleg (16)) in dem Sinne aufrufen, dass

- (15) „jetzt, da man sie erkannt hat, [...] es die einzige und höchste, ja heiligste Pflicht eines jeden Deutschen sein [muss], diese Bestien zu vertilgen!“ (Scholl/Schmorell 2016 [1942], S. 2).
- (16) „Auch DU [...] Dich rechtzeitig entscheiden [musst]! Mit Hitler in Tod und Verderben oder gegen Hitler für die Zukunft unseres Volkes“ (KPD 1978, S. 237).

Es finden sich aber auch epistemische oder ethische *Konklusionen*, die entweder faktische Konsequenzen aus dem zuvor Dargestellten ableiten, so etwa, dass

- (17) „Die Hitler gewährten Konzessionen [...] nur seine Kriegspolitik gefördert [haben]“ (Die Rote Fahne 1936, S. 1),

oder ethisch-moralische Konsequenzen mahnend prophezeien:

- (18) „Das ist der Bußtag, so sind wir dran“ (Gollwitzer 1938, S. 1).

3.2 Zeit-, Akteurs- und Textsortengebundenheit des Argumentierens im Widerstand

Das Argumentieren als widerständische kommunikative Praktik der Überzeugung von strittig gewordenen Zusammenhängen findet sich in vielen Texten des „HetWik“-Annotationskorpus. Dennoch hat die Auswertung bestimmte Schwerpunktsetzungen zu Tage treten lassen: Orientiert man auf die Parameter *Zeit*, *Akteursgruppe* und *Textsorte*, zeigt sich, dass *zeitbezogen* die Jahre **1936–1940**, *akteursbezogen* u. a. **militärische**, **bürgerlich-konservative** und **jugendliche** Widerständler/-innen und *textsortenbezogen* die **Denkschrift**, der **Zeitschriftenartikel**, die **Programmschrift** und der **Tagebucheintrag** höhere Frequenzwerte aufweisen. Deutlich wird dabei eine Interdependenz zwischen den Parametern.

Die zeitliche Ballung um die Jahre des Kriegsbeginns korreliert mit den während dieser Zeit zunehmenden Widerstandsbewegungen der militärischen sowie

bürgerlich-konservativen Funktionseliten: Die „Zeitspanne von 1939 bis 1941 gilt als eine der wichtigsten Phasen des militärischen Widerstands gegen Hitler“ (Ueberschär 1994, S. 345). Dabei können die eskalierende Kriegsrhetorik zwischen 1936 und 1938, der Kriegsbeginn 1939 und der weitere Kriegsverlauf 1940 als Gründe für die bürgerlich-konservativen und militärischen Widerstandsgruppen gesehen werden, ihre Kräfte zu sammeln sowie Positionen zu reflektieren, zu festigen, aber ebenso sich, ihre Gruppenmitglieder und das über die drohenden Gefahren eines eskalierenden Zweiten Weltkrieges von der NS-Propaganda im Dunklen gelassene deutsche Volk davon sowie der inhärenten Amoral des Regimes zu überzeugen.

Der Zusammenhang zwischen *Zeit-* und *Akteursgebundenheit* legt eine gewisse Milieu- bzw. Traditionsgebundenheit des Argumentierens zumindest nahe, entstammt doch z. B. die „gesamte Militäropposition einem relativ einheitlichen sozialen Milieu“ (Schieder 1994, S. 438). Dies trifft ebenso auf den bürgerlich-konservativen Widerstand zu, der vielfältige Überschneidungen mit dem militärischen aufweist. Zumindest teilweise betrifft dies auch den jugendlichen Widerstand, der oft einen zumindest kleinbürgerlichen und z. T. bildungsbürgerlichen Hintergrund aufweist – wie z. B. die Mitglieder der *Weißten Rose* (vgl. Benz 2018, S. 309–317). Diese zumindest tendenziell ableitbare Milieuanbindung des argumentativen Handelns findet sich auch bezogen auf die verwendeten *Texte*, gelten doch Textkommunikate wie z. B. die Denkschrift, die Programmschrift aber auch das Tagebuch als konstitutiv für die angesprochenen Akteursgruppen. Dabei ist es ebenso relevant, dass die verwendeten Textkommunikate textsortenstrukturell die Möglichkeit des Vollzugs der kommunikativen Handlung des Argumentierens zulassen; so verweist z. B. schon eine Definition der Denkschrift auf die ihr inhärenten „Analyse-, Konzeptions- und Argumentationspassagen“ (Schellenberg 1992, S. 249) und macht so deutlich, dass das Argumentieren ein wesentlicher Bestandteil dieses Textkommunikats ist.

3.3 Exemplarische Analyse des Argumentierens im militärischen Widerstand

Ausgehend von den in Abschnitt 3.2 gewonnenen Einsichten in die Zeit-, Akteurs- und Textsortengebundenheit des widerständischen Argumentierens sowie eingedenk der durch die in Abschnitt 3.1 gewählten Art der Darstellung fragmentarisierter Präsentation der argumentativen Strukturelemente soll in einem letzten Schritt eine vollständige Argumentationseinheit eines militärischen Widerstandsakteurs reflektiert werden. Zu diesem Zweck wurde der 1944 verfasste *Aufruf an die kriegsgefangenen deutschen Offiziere und Soldaten in der UdSSR und an das deutsche Volk* des sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befindenden Generalfeldmar-

schalls Friedrich Paulus als Grundlage verwendet, um exemplarisch eine im Aufruf enthaltende Argumentationseinheit aufzuarbeiten. Bevor es zur Aufarbeitung kommen kann, müssen aber die Bedingungen des militärischen Widerstands ebenso zumindest knapp skizziert werden, wie die konstitutiven Argumentationskategorien (vgl. Perelman 1980, S. 85) des Redners bzw. Argumentierenden, seines Verhältnisses zur heterogenen Zuhörerschaft und schließlich die Rede bzw. Argumentationseinheit selbst.

Militärischer Widerstand ist dabei „eigentlich eine besondere Ungewöhnlichkeit“ (Steinbach 2001, S. 375). Schon im 19. Jahrhundert wurde „immer fester fundiert, daß der Soldat seiner politischen Führung zu folgen hat“ (ebd., S. 376). So wurde soldatischer Ungehorsam insbesondere im ‚Dritten Reich‘ „als Ausdruck der Befehlsverweigerung oder gar der „Meuterei““ (ebd., S. 377) konzeptualisiert und bestraft. Daher ist es wenig verwunderlich, dass der Weg zum Widerstand ein oft schwieriger war und sich militärischer Widerstand „sowohl durch das Unvermögen zum Handeln als [aber auch] durch die entschlossene Aktion“ (Schiefer 1994, S. 438) charakterisieren lässt.

Neben verschiedenen Krisen und sich schon früh abzeichnenden Funktionskonflikten zwischen der militärischen Funktionselite und dem Regime – darunter die Röhm-Affäre (1934) und die Blomberg-Frisch-Krise (1937–1938) sowie Fragen der Autonomie des Militärs betreffend (vgl. Benz 2018, S. 415) – spielten aber auch ethisch-moralische Aspekte eine Rolle (vgl. ebd.) und sollten nach Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zunehmend relevanter werden: „Mehr und mehr schob sich der Gedanke in den Vordergrund, daß es einfach darum gehe, einen Krieg zu beenden, der täglich Hekatomben von Opfern forderte“ (Graml 2008, S. 96). Dieser Gedanke spiegelte sich auch in Überlegungen von Frontsoldaten wider, die nicht nur das unrechtmäßige und amoralische krieglerische Vorgehen des NS-Regimes unmittelbar erfuhren, sondern im Laufe der Kriegsentwicklungen die Aussichtslosigkeit soldatischen Kämpfens und Sterbens für eine verlorene und unrechte Sache erkannten (vgl. ebd., S. 90 f.) – so auch viele Soldaten und Offiziere, die sich nach der Niederlage in Stalingrad in Kriegsgefangenschaft befanden und so „aus grundsätzlichen Erwägungen bereit [waren], etwas zu unternehmen, um ihren Kameraden wie dem deutschen Volk ein ähnliches Schicksal wie das der 6. Armee zu ersparen“ (Fischer 1994, S. 965).

Aus dieser Motivationslage kam es zur Mitarbeit in der „von der Sowjetunion initiierte[n], zwischen dem Sommer 1938 und dem Herbst 1945 existierende[n] Sammlungsbewegung von kommunistischen deutschen Emigranten und kriegsgefangenen deutschen Offizieren und Soldaten“ (Fischer 2008, S. 258) mit dem Namen *NKFD* („Nationalkomitee „Freies Deutschland““). Die Bedeutung dieses Zusammenschlusses war lange Zeit umstritten (vgl. ebd.). Inzwischen besteht aber „kein Zweifel daran [...], daß sich viele militärische Mitglieder der Bewegung

„Freies Deutschland“ als Widerständler gegen Hitler und sein „Drittes Reich“ verstanden haben“ (Fischer 1994, S. 963 f.). Letztlich war „das Beispiel der Überlebenden aus der Schlacht von Stalingrad ausschlaggebend, die ihre soldatischen Tugenden von Hitler schändlich mißbraucht sahen“ (Fischer 2008, S. 258) und Widerstand gegen ihren obersten Befehlshaber sowie das NS-Regime rechtfertigbar machte.

Zu den prominenteren späten Mitarbeitern sollte auch der Oberbefehlshaber der in Stalingrad aufgeriebenen sechsten Armee selbst, Friedrich Paulus, werden, der sich nach langem Zögern zwei Tage nach dem Attentat des 20. Juli in einem Aufruf *an die kriegsgefangenen deutschen Offiziere und Soldaten in der UdSSR und an das deutsche Volk* wandte, um diese bzw. dieses mit argumentativen Mitteln (vgl. Benz 2018, S. 436) von der Aussichtslosigkeit der Weiterführung eines verlorenen Krieges zu überzeugen. Dabei adressiert er sein intendiertes Publikum unmittelbar mit dem als Überschrift des Aufrufes fungierendem ersten Satz und verweist daran anschließend auf seine Rolle als Oberbefehlshaber: „Bei Stalingrad hat die 6. Armee unter meiner Führung dem Befehl Adolf Hitlers folgend bis zum äußersten gekämpft“ (Paulus 1975 [1944], S. 233). Deutlich benennt er zudem das Ziel seiner Ansprache:

Deutschland muß sich von Adolf Hitler lossagen und sich eine neue Staatsführung geben, die den Krieg beendet und Verhältnisse herbeiführt, die es unserem Volke ermöglichen, weiter zu leben und mit unseren Gegnern in friedliche, ja freundschaftliche Beziehungen zu treten (ebd., S. 233).

Zur Unterstützung bedient er sich epistemisch ausgerichteten Argumentationen:

- (19) **„Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Fortsetzung des Krieges für Deutschland zu einem sinnlosen Opfer gemacht.** *Die Rote Armee geht auf breiter Front vor und hat die Reichsgrenze in Ostpreußen erreicht. Im Westen haben Amerikaner und Engländer die deutsche Abwehr am Westflügel durchbrochen und gehen in den offenen französischen Raum vor. Weder im Osten noch im Westen verfügt Deutschland über Reserven, die die Lage wieder herstellen könnten. Die feindliche Überlegenheit in der Luft und zur See ist so erdrückend, daß die Lage dadurch noch aussichtsloser wird. Der Krieg ist für Deutschland verloren*“ (ebd., S. 233, Hervorh. FM).³

³ Die Hervorhebungen dienen der Kenntlichmachung der argumentativen Struktureinheiten. Dagehend wurde die **Prämisse** fett markiert, die *Argumente* wurden kursiviert und die Konklusion wiederum wurde unterstrichen.

Er muss dabei – dies nimmt Bezug auf den diskursiven Kontext seines Aufrufs – sowohl gegen die Kriegs- als auch das NKFD gerichtete Propaganda des NS-Regimes angehen. Er beginnt daher seine Argumentationseinheit mit einer klaren Abkehr an NS-propagandistische Wirklichkeitskonstruktionen, indem er deutlich macht, dass der Krieg für Deutschland verloren sei. Unter den Bedingungen des NS-Diskurses muss diese Äußerung als strittige Behauptung verstanden werden, wurde doch das deutsche Volk über die tatsächliche Kriegsentwicklung vielfach im Unklaren gelassen. Auch viele Frontsoldaten wussten nicht um die Aussichtslosigkeit des Krieges. Um das Publikum zur Akzeptanz sowohl der *Prämisse* als auch der *Konklusion* zu bewegen, bedarf es des Beweises dieser Behauptung(en). Dazu führt Paulus epistemische *Argumente* auf, die die Aussichtslosigkeit aufzeigen sollen, darunter, dass die *Rote Armee auf breiter Front die Reichsgrenze Ostpreußens erreicht hat oder die Amerikaner und Engländer im Westen die deutsche Abwehr durchbrochen haben*. Aufgrund seines Status' als ehemaliger Oberbefehlshaber gewinnen seine *Argumente* noch zusätzlich an faktischer Kraft. Hier redet jemand, der weiß, wovon er spricht. Paulus fasst die Aufzählung in seinem letzten *Argument* nahezu zusammen, indem er darauf Bezug nimmt, dass *die Lage dadurch noch aussichtsloser wird*, und leitet zur ebenfalls epistemischen *Konklusion* über, dass *der Krieg für Deutschland verloren ist*. Sich dergestalt auf seine intendierte Zuhörerschaft einstellend, ist es konsequent, den Argumentationsgang anhand von *Faktenargumenten* zu einer epistemischen *Konklusion* zu führen. Dies zeigt die Relevanz des situativen wie kontextuellen Einlassens des Argumentierenden auf die Umstände seiner Argumentation und seines intendierten Publikums noch einmal deutlich auf.

4 Schlussbemerkungen

Widerständisches Dagegen-Sein bzw. -Handeln in seinen sprachlichen Ausprägungen zumindest skizzierend aufzuzeigen, war Ziel dieses Beitrages, in dem die kommunikative widerständige Praktik des Argumentierens fokussiert wurde. Ausgehend von einem politrhetorischen Argumentationsverständnis, in dem die Überzeugung eines intendierten Publikums als zentrales Ziel bestimmt wurde, wurde es als komplex strukturierte kommunikative Handlung in seinen Grundzügen vorgestellt. Ausgehend von den prototypischen Ausprägungen der *Pro-* und *Contra-Form* wurden die zentralen Struktureinheiten (*Prämisse*, *Argumente* und *Konklusion*) des widerständischen Argumentierens anhand des „HetWik“-Annotationskorpus' vorgestellt und reflektiert. Als charakteristisch hat sich dabei ein Argumentationsgang herausgestellt, bei dem auf die *Prämisse* epistemische *Argu-*

mente folgen, die in eine *deontische* Konklusion münden. Zugleich wurde die Zeit-, Akteurs- und Textsortengebundenheit des Argumentierens anhand der erhobenen Daten reflektiert und anhand eines Beispiels eine vollständige Argumentationseinheit vorgestellt. Dies soll einen Eindruck in die Komplexität und Vielgestaltigkeit widerständischen kommunikativen Handelns geben, innerhalb dessen dem Argumentieren eine zentrale Rolle zugesprochen werden kann.

Quellen

- Anonymer Zeitschriftenartikel (1938): Hitler kann nicht alles. In: Freiheit – Organ für Frieden, Freiheit, Recht und Wohlstand. Rhein-Ruhr Nordwest, 2. Jg., 15.6.1938, S. 4–10.
- Bästlein, Bernhard (1998): Rundbrief 1944: „Lieber Freund! Der Feind hört mit!“. In: Hochmuth, Ursel (Hg.): Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942–1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein. (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A 4). Berlin: Hentrich, S. 431–436.
- Beck, Ludwig (2016 [1938]): „Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Handlungen.“ In: Bundesarchiv/Militärarchiv (Hg.): Vortragsnotiz von Ludwig Beck vom 16. Juli 1938 mit Überlegungen zum Verhalten der obersten militärischen Führung angesichts der Gefahr eines Krieges mit der Tschechoslowakei. Nr. 28/4, Fol. 36–40. 2. Aufl. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand. https://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_8.1_DE-2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 17.8.2021).
- Goerdeler, Carl Friedrich (1969 [1943]): „Geheime Denkschrift (für die Generalität) über die Notwendigkeit eines Staatsstreiches“. In: Scheurig, Bodo (Hg.): Deutscher Widerstand 1938–1944. Fortschritt oder Reaktion? München: dtv, S. 170–196.
- Gollwitzer, Helmut (1938): Bußtagspredigt nach dem 9. November 1938. Berlin: Evangelisches Zentralarchiv. <https://de.evangelischer-widerstand.de/html/view.php?type=dokument&id=286&l=de> (Stand: 17.8.2021).
- Hutten, Ulrich von/Mann, Heinrich/Münzenberg, Willa/Spiecker, Carl (2009) [1938]: „Manifest der deutschen Freiheit“. In: Langkau-Alex, Ursula (Hg.): Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. Berlin: Akademie Verlag, S. 202–218.
- Knöchel, Wilhelm (2016 [1942]): Der Friedenskämpfer. In: Landesarchiv NRW (Hg.): Sonderausgabe der illegalen Flugschrift „Der Friedenskämpfer“ vom Juni 1942, verfasst von der Widerstandsgruppe um Wilhelm Knöchel und im Ruhrgebiet verbreitet. Nr. 12111, Fol. 261 ff. 2. Aufl. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, S. 261–267. https://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_4.5_DE-2.Aufl-RZ-web.pdf.
- KPD (1978): Flugblatt 1944: „Wir klagen an!“. In: Pikarski, Margret/Uebel, Günther (Hg.): Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933 bis 1945. Berlin: Dietz, S. 236–237.

- Paulus, Friedrich (1975 [1944]): „An die kriegsgefangenen deutschen Offiziere und Soldaten in der UdSSR und an das deutsche Volk“. In: Altmann, Peter/Brüdigam, Heinz/Mausbach-Bromberger, Barbara/Oppenheimer, Max (Hg.): Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933–1945. In Bildern und Dokumenten. Frankfurt a. M.: Röderberg, S. 233.
- Die Rote Fahne (1936): „Die Parole des Tages: Der Friede ist der größte Feind Hitlers!“. In: Die Rote Fahne. Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands 4/1936. https://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_4.4_DE-2.Aufl_RZ-web.pdf (Stand: 17.8.2021).
- Scholl, Hans/Schmorell, Alexander (2016 [1942]): Flugblätter der weißen Rose II. In: Bundesarchiv: Zweites Flugblatt der Weißen Rose verfasst von Hans Scholl und Alexander Schmorell, Juni 1942. 2. Aufl. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand. https://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_15.2_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 17.8.2021).
- Schulze-Boysen, Harro (2016 [1942]): „Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk“. In: Bundesarchiv: Flugschrift von Harro Schulze-Boysen unter Mitarbeit von John Sieg im Februar 1942 in mehreren hundert Exemplaren in Berlin versandt. 2. Aufl. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand. https://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_14.1_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf (Stand: 17.8.2021).
- Sopade (1934): Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. In: Sozialistische Aktion, 28.1.1934. https://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_4.2_DE-2.Aufl_RZ-web.pdf (Stand: 17.8.2021).
- Sopade (2009 [1936]): „Für Deutschland – gegen Hitler!“. In: Langkau-Alex, Ursula (Hg.): Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. Berlin: Akademie-Verlag, S. 83–89.
- Tarnschrift (1935): „Welt im Aufruhr. Welt im Aufbruch“. In: Benz, Wolfgang/Eckert, Brita/Wengst, Uta (Hg.): Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Online-Datenbank. Berlin/Boston: De Gruyter. <http://db.saur.de/DGO/login.jsf;jsessionid=41684330739025494a8089d1cd29> (Stand: 17.8.2021).

Literatur

- Beckmann, Susanne (1991): „So wie man is, is man“. Zur Funktion von Phraseologismen in argumentativen Zusammenhängen. In: Feldbusch, Elisabeth/Pogarell, Reiner/Weiß, Cornelia (Hg.): Neue Fragen der Linguistik. Bd. 2: Innovation und Anwendung. Tübingen: Niemeyer, S. 85–91.
- Benz, Wolfgang (2018): Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler. München: Beck.
- Därmann, Iris (2020): Undienlichkeit. Gewaltgeschichte und politische Philosophie. Berlin: Matthes & Seitz.

- Eemeren, Frans H. van/Grootendorst, Rob/Kruiger, Tjark (1987): *Handbook of argumentation theory. A critical survey of classical backgrounds and modern studies.* (= *Studies of argumentation in pragmatics and discourse analysis* 7). Dordrecht/Providence. Foris.
- Eggs, Ekkehard (2000): *Vertextungsmuster Argumentation: Logische Grundlagen.* In: Brinker, Klaus (Hg.): *Text und Gesprächslinguistik: Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung.* 1. Halbbd. (= *Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft* 16.1). Berlin: De Gruyter, S. 397–414.
- Eggs, Ekkehard (2006): *Die Theorie über das Argumentieren von Perelman und Olbrechts-Tyteca.* In: Kopperschmidt, Josef (Hg.): *Die Neue Rhetorik. Studien zu Chaim Perelman.* München: Fink, S. 135–209.
- Fischer, Alexander (1994): *Die Bewegung „Freies Deutschland“ in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht.* In: Schmädke/Steinbach (Hg.), S. 954–973.
- Fischer, Alexander (2008): *Nationalkomitee „Freies Deutschland“.* In: Benz, Wolfgang/Pehle, Walter H. (Hg.): *Lexikon des deutschen Widerstandes.* 3. Aufl. Frankfurt a. M.: Fischer, S. 258–268.
- Graml, Herrmann (2008): *Militärischer Widerstand.* In: Benz, Wolfgang/Pehle, Walter H. (Hg.): *Lexikon des deutschen Widerstandes.* Frankfurt a. M.: Fischer, S. 88–97.
- Grundler, Elke/Rezat, Sara/Schmölzer-Eibinger, Sabine (2020): *Positionierungen in argumentativen Gesprächen und Briefen der Schule.* In: *Zeitschrift für Angewandte Linguistik* 72, 1, S. 99–127.
- Hitchcock, David (2015): *The linked-convergent distinction.* In: van Eemeren, Frans H./Garssen, Bart (Hg.): *Reflections on theoretical issues in argumentation theory.* (= *Argumentation Library* 28). London: Springer, S. 83–91.
- Klein, Josef (2019): *Politik und Rhetorik. Eine Einführung.* Wiesbaden: Springer.
- Kopperschmidt, Josef (2018): *Wir sind nicht auf der Welt, um zu schweigen. Eine Einleitung in die Rhetorik.* Berlin/Boston: De Gruyter.
- Kopperschmidt, Josef (2000): *Argumentationstheorie zur Einführung.* Hamburg: Junius.
- Mommens, Hans (1994): *Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft.* In: Schmädke/Steinbach (Hg.), S. 3–23.
- Müller, Klaus-Jürgen (2000): *Struktur und Entwicklung der national-konservativen Opposition.* In: Vogel, Thomas (Hg.): *Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933 bis 1945.* 5., völlig überarb. und erw. Aufl. Hamburg/Berlin/Bonn: Mittler, S. 89–133.
- Perelman, Chaim (1979): *Logik und Argumentation.* Königstein Ts.: Athenäum.
- Perelman, Chaim (1980): *Das Reich der Rhetorik. Rhetorik und Argumentation.* (= Beck'sche schwarze Reihe 212). München: Beck.
- Rudolph, Elisabeth (1991): *Argumentative Strukturen in literarischen Dialogen.* In: Feldbusch, Elisabeth/Pogarell, Reiner/Weiß, Cornelia (Hg.): *Neue Fragen der Linguistik. Bd. 2: Innovation und Anwendung.* (= *Linguistische Arbeiten* 271). Tübingen: Niemeyer, S. 77–83.
- Schellenberg, Wilhelm (1992): *Textsorte Denkschrift – Eine linguistische Betrachtung über Texte im Spannungsfeld von Reminiszenz und Perspektive.* In: Pommer, Ulrich (Hg.): *Erziehung, Lehre und Wissenschaft zwischen Tradition und Innovation. Beiträge der Fachbereiche Erziehungswissenschaften und Germanistik der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen zu den Jubiläen 1250 Jahre Erfurt und 600 Jahre Alte Universität Erfurt.* Erfurt: Universitätsverlag, S. 245–257.

- Schieder, Wolfgang (1994): Zwei Generationen im militärischen Widerstand gegen Hitler. In: Schmäddecke/Steinbach (Hg.), S. 436–459.
- Schmäddecke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.) (1994): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Neuausg. München/Zürich: Piper.
- Stede, Manfred/Schneider, Jodi (2019): Argumentation mining. Toronto: Morgan & Claypool.
- Steinbach, Peter (2001): Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien. 2., wesentlich erw. Aufl. Paderborn/München/Wien: Schöningh.
- Strauße, Ursula (1983): Konnektive als Indikatoren für Bewertungen von Argumentationen. In: Danes, Frantisek/Viehweger, Dieter (Hg.): Ebenen der Textstruktur. (= Linguistische Studien A 112). Oberlungwitz: Akademia, S. 28–35.
- Ueberschär, Gerd R. (1994): Militäropposition gegen Hitlers Kriegspolitik 1939 bis 1941 – Motive, Struktur und Alternativvorstellungen des entstehenden militärischen Widerstands. In: Schmäddecke/Steinbach (Hg.), S. 345–367.

Noah Bubenhofer (Zürich)

Exploration semantischer Räume im Corona-Diskurs

Abstract: Im Corona-Diskurs prallen völlig unterschiedliche Meinungen und Positionen zur Rolle des Staates aufeinander. Die Studie untersucht diese Positionen mit korpuslinguistischen Methoden anhand der Berichterstattung von Medien und Kommentaren von Leserinnen und Lesern in der Deutschschweiz. Dabei werden auch rechte und Corona-skeptische Plattformen in die Analyse einbezogen. Grundlage des korpuspragmatischen Zugangs ist die Berechnung und Interpretation von Word Embeddings, einer Methode zur Modellierung von semantischen Räumen. Es zeigt sich, wie sich im Diskurs inkommensurable Semantiken entwickeln.

1 Einleitung

Diskurse prägen semantische Räume: Während der Corona-Pandemie werden die Maßnahmen der Regierungen unterschiedlich bewertet. Die einen bezeichnen das Verhalten der Regierung als fürsorgerisch und an Werten wie Solidarität und Zusammenhalt orientiert, andere sprechen von Eigenverantwortung, nach der sich die Bürgerinnen und Bürger richten sollen und Dritte wiederum bezeichnen den Staat als Diktatur oder totalitären Polizeistaat. Diese unterschiedlichen Bezeichnungen stehen für verschiedene diskursiv geprägte semantische Räume.

In Europa zeichnet sich das während der Corona-Pandemie gegenüber den epidemiologischen Maßnahmen kritische Lager durch Heterogenität aus. Positionen der Neuen Rechten vermischen sich mit jenen von Libertären und Impfgegner und Impfgegnerinnen, die wiederum selber höchst heterogen zusammengesetzt sind. Deshalb eignen sich Corona-Diskurse gut, um völlig unterschiedliche Positionen – und damit Semantisierungen – beim gleichen Großthema analysieren zu können.

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie mit datengeleiteten, korpuslinguistischen Methoden semantische Räume exploriert werden können. Dafür werden Methoden der distributionellen Semantik verwendet, sogenannte Word Embeddings nach dem word2vec-Verfahren (Mikolov et al. 2013; Lenci 2018). Als Basis

für die Analysen wird ein Korpus von Texten aus Orientierungsmedien, dazugehörigen Kommentaren von Lesern und Leserinnen, sowie von Online-Medien und Blogs sogenannter ‚alternativer Medien‘ verwendet, die die Corona-Pandemie thematisieren. Der Fokus liegt auf dem Deutschschweizer Corona-Diskurs, was sich in den Daten widerspiegelt. Da allerdings vor allem auch die maßnahmenkritischen ‚Skeptiker und Skeptikerinnen‘ international vernetzt sind und sich generell über deutschsprachige Medien informieren, werden auch Quellen aus Deutschland berücksichtigt.

Methodologisch soll untersucht werden, ob die Berechnung und Analyse von Word Embeddings dazu taugt, differente Semantisierungen gleicher Ausdrücke zu untersuchen. Während das über klassische Kollokationsanalysen gut möglich und bereits vielfach gezeigt worden ist (vgl. z. B. Belica/Perkuhn 2015; Evert 2009), böte sich mit den Word Embeddings die Möglichkeit, semantische Räume, bestehend aus einer Vielzahl von Ausdrücken, systematisch zu vergleichen.

2 Datengrundlage

Wie eingangs erwähnt, sollen die Daten möglichst heterogene Positionen im Corona-Diskurs mit Fokus auf der Deutschschweiz repräsentieren. Das Korpus besteht deshalb aus den folgenden Quellen:

1. **CH-Medien** – Schweizer Massenmedien (Orientierungsmedien): Neue Zürcher Zeitung NZZ (liberal-konservativ), Tages-Anzeiger (links-liberal), Blick (Boulevard), AZ-Medien (Medienverbund zahlreicher regionaler Zeitungen), 20 Minuten (Online- und Print-Gratiszeitung) – die Titel gehören zu den meistgelesenen Tageszeitungen der Deutschschweiz.
2. **Kommentare** – ‚User Generated Content‘ bei Online-Zeitungen: Kommentare zu Artikeln zu Corona auf den Online-Newsplattformen Blick Online (blick.ch), Nau.ch, Watson.ch, 20minuten.ch und des öffentlich-rechtlichen Radios und Fernsehens SRF (srf.ch). Blick Online und 20minuten.ch sind teilweise deckungsgleich mit ihren gedruckten Ausgaben, wobei hier nur die Kommentare zu den Artikeln Eingang in das Korpus gefunden haben.
3. **Skep-Medien** – Medien der Corona-Skeptiker und Skeptikerinnen und Neuen Rechten: Compact Online, KenFM.de, PI-News, Rubikon, Inside Corona, corona-transition.org, Zeitpunkt – die ersten vier gehören zu bekannten und einschlägigen Medien der Neuen Rechten, letztere beide sind vom Schweizer Journalisten und bekennenden Maßnahmenkritiker Christoph Pfluger heraus-

gegebene Organe.¹ ‚Inside Corona‘ ist eine Plattform von Stephan Rietiker, der sich während der Pandemie ebenfalls als Maßnahmenkritiker profiliert hat.²

Die Datensammlung umfasst für die Teilkorpora CH-Medien und Skep-Medien den Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Mai 2021. Das Kommentare-Teilkorpus enthält Daten ebenfalls vom 1. Januar 2020, jedoch nur bis 31. Januar 2021.

Als Suchausdrücke für die Artikel wurden folgende Zeichenketten verwendet (jeweils sowohl mit Groß- als auch Kleinbuchstaben): corona, covid, virus, pandemie, epidemie. Bei den Kommentaren mussten die Zeichenketten ‚corona‘, ‚covid‘ oder ‚virus‘ im Ausgangsartikel vorkommen.

Das Kommentare-Korpus wurde bereits in zwei Studien ausgewertet (Bubenhof 2021; Bubenhof et al. 2020) und für die vorliegende Studie mit den anderen Teilkorpora zu einem neuen ‚Corona-Korpus‘ vereinigt.

Tabelle 1 zeigt die genauen Angaben zu den Teilkorpora.

Tab. 1: Korpuszusammensetzung

Korpus	Anzahl Texte	Anzahl Tokens
CH-Medien (Corona)	43.147	30.902.449
AZ-Medien	14.567	
Blick	6.337	
NZZ	10.395	
Tages-Anzeiger	9.338	
20 Minuten	2.510	
Kommentare	840.926	30.251.840
20 Minuten	223.437	
Blick	226.365	
Nau	140.190	
Watson	168.967	
SRF	81.967	

¹ Im Impressum wird das Ziel der Plattform u. a. beschrieben mit: „Corona Transition macht auf öffentlich zugängliche, aber von Entscheidungsträgern kaum beachtete oder ignorierte Informationen zur Corona-Krise aufmerksam.“ (vgl. <https://corona-transition.org/uber>, Stand: 17.6.2021).

² Die beiden Quellen ‚Zeitpunkt‘ und ‚Inside Corona‘ wurden zwar für die Berechnung der Word-Embedding-Modelle genutzt, werden bei der Analyse der Verteilung der Cluster nicht berücksichtigt, da ihre Textanteile im Teilkorpus zu gering sind.

Korpus	Anzahl Texte	Anzahl Tokens
Skep-Medien	7.189	22.949.169
Compact Online	2.168	
Corona-Transition	2.511	
KenFM.de	421	
PI-News	1.247	
Rubikon	489	
Zeitpunkt	311	
Inside Corona	42	
Corona-Korpus Total	891.262	84.103.458

3 Methode

3.1 Grundlagen

Die angewendete Methode lässt sich in ein datengeleitetes, korpuslinguistisches Paradigma der Diskurslinguistik einordnen. Mit ‚datengeleitet‘ ist jedoch nicht gemeint, dass die Methode ohne Prämissen wäre. Im Gegenteil: Sie ist theoretisch begründet und trifft Vorannahmen, indem bestimmte Daten ausgewählt und aufbereitet werden.

Der theoretische Hintergrund der Methode ist im Kontextualismus und der Gebrauchssemantik begründet. Beide Theorien gehen davon aus, dass sich die Bedeutung von Ausdrücken im Gebrauch ergibt (Firth 1957). Damit sind diachrone und synchrone Perspektiven auf Gebrauchsveränderungen (z. B. im Rahmen einer ‚Historischen Semantik‘: Busse 1987) und Gebrauchsunterschiede (Spitzmüller/Warnke 2011) von Interesse. Methodisch wird diese gebrauchssemantische Perspektive als statistisches Phänomen greifbar: Typische Kontexte von Ausdrücken sind z. B. in Form von Kollokationen berechenbar (Evert 2009).

Mit der distributionellen Semantik wurde in den letzten Jahrzehnten ein Set von Methoden entwickelt, die auf der Basis großer Datenmengen Algorithmen des neuronalen Lernens nutzen und eine konsequente Weiterführung der klassischen Kollokationsanalyse darstellen (für einen Überblick und linguistische Einordnung: Lenci 2018). Eine dieser Methoden ist das sogenannte word2vec-Verfahren (Mikolov et al. 2013): Die über neuronales Lernen und über mehrere Abstraktionsebenen hinweg (‚Deep Learning‘) gelernten Vektoren repräsentieren die typischen Kontexte, in denen die Ausdrücke im Korpus auftreten. Ausdrücke mit ähnlichen

Vektoren sind also Ausdrücke, die in ähnlichen Kontexten auftreten und damit in semantischer Nähe zueinander stehen.

Auf der Basis des Corona-Korpus so berechneten sogenannten ‚Word-Embedding‘-Modells können nun für alle Types im Korpus die ‚nächsten Nachbarn‘ ausgegeben werden, also die Ausdrücke, die ähnliche Vektoren aufweisen. Für den Ausdruck *Maske* sind das mit abnehmender Ähnlichkeit: *Schutzmaske*, *Gesichtsmaske*, *Atemschutzmaske*, *Mundschutz*, *FFP2 Maske*, *Hygienemaske*, *Maskentragen*, *FFP2-Masken*, *FFP2*, *tragen*, *Maulkorb*, *Tragen*, *nichts nützen*, *Stoffmaske*, *Mund-*, *Nasenschutz*, *Maske tragen*, *OP-Masken*, *FFP 2* etc.

In Abbildung 1 ist dieser semantische Raum grafisch und reduziert auf drei Dimensionen dargestellt.

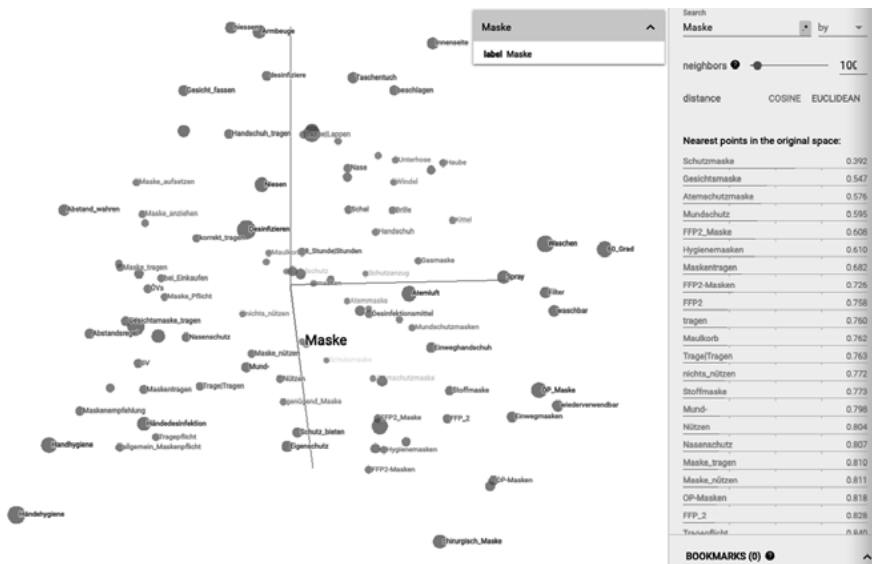


Abb. 1: Der semantische Raum um „Maske“ im Corona-Korpus

Die Liste der nächsten Nachbarn zu *Maske* macht deutlich, dass es sich bei den ersten Ausdrücken vielleicht um Synonyme oder Quasisynonyme handelt, mit Zunahme der Distanz (es handelt sich um den Winkel zwischen den Vektoren) treten jedoch auch Ausdrücke auf, die nicht mehr als Synonyme im engen Sinn akzeptiert würden – aber: Sie stehen zweifellos in einer semantischen Nähe, vor allem einer sehr kontextspezifischen, diskurspezifischen Nähe. Wenn nun auf der einen Seite es als Mangel der Methode verstanden werden kann, dass sie

semantische Relationen (auch z. B. Synonyme und Antonyme) vermischt, mitunter auch unterschiedliche Wortarten auftreten können, scheint es auf der anderen Seite aus gebrauchts- und diskurssemantischer Sicht gerade besonders interessant, dass ein semantisches Kontinuum von Ähnlichkeit deutlich wird. Diese Beobachtung einer diskursspezifischen „funktionalen semantischen Äquivalenz“ (Bubenhofer 2020) gilt es auch in der vorliegenden Studie zu prüfen.

Der gebrauchtssemantische theoretische Hintergrund würde nun postulieren, dass sich die semantischen Räume je nach Datengrundlage unterscheiden müssten, ähnlich wie sich zwei Kollokationsprofile des gleichen Ausdrucks in unterschiedlichen Daten unterscheiden. Dies ist auch in den Word-Embedding-Modellen der Fall. Das auf der Basis des Skep-Medien-Korpus berechnete Modell gibt für *Maske* die folgenden nächsten Nachbarn: *Mundschutz*, *Maulkorb*, *Tragen*, *tragen*, *Schutzmaske*, *Abstand*, *Gesichtsmaske*, *FFP 2*, *Alltagsmaske*, *Staubsaugerbeutel*, *Mund*, *Alltagsmasken*, *Nase*, *Maske tragen*, *Virenschleuder*, *FFP2*, *Atemschutzmaske*, *Maskentragen*, *FFP2-Masken*, *Lappen* etc.

Die beiden Listen ähneln sich, es gibt jedoch auch Unterschiede: *Maulkorb* ist ähnlicher zu *Maske* als im Gesamtkorpus und *Virenschleuder* oder *Lappen* sind nicht unter den 20 nächsten Nachbarn von *Maske* im Gesamtkorpus.

Die Unterschiede – so die Hypothese – müssten sich diskurslinguistisch deuten lassen und stehen für die verschiedenen semantischen Räume. Unterschiedliche Positionen im Corona-Diskurs führen also zu unterschiedlichen semantischen Räumen – und umgekehrt: Die Argumentationen bewegen sich innerhalb geschlossener semantischer Räume und konstituieren so die Positionen.

3.2 Ausgestaltung der Methode

Die grundlegenden Überlegungen machen deutlich, dass die Word-Embedding-Modelle für eine qualitative Analyse aufbereitet werden müssen. In der vorliegenden Studie wird ein Vorgehen gewählt, das die datengeleitet berechneten Modelle mit einer Mischung von quantitativer Aufbereitung und qualitativer Analyse nutzt.

Es kommen zwei Verfahren zur Anwendung. Das erste Verfahren versucht ein Word-Embedding-Modell qualitativ interpretierbar zu machen, indem es über ein Clustering-Verfahren strukturiert und dann die Verteilung ausgewählter Cluster über die Quellen analysiert wird:

1. In einem ersten Schritt wurde das Word-Embedding-Modell mit dem word2vec-Algorithmus und der Skip-gram-Option (Mikolov et al. 2013, S. 7) berechnet unter Verwendung des Python-Gensim-Pakets (Řehůřek/Sojka 2010). Es

wurden Modelle für alle Teilkorpora und das Gesamtkorpus berechnet. Der Berechnung wurde eine n-Gramm-Analyse vorgeschaltet, um häufige Wortkombinationen bis zu einer Länge von $n = 3$ zu identifizieren. Zudem wurden die Berechnungen auf Basis der Grundformen (Lemma) und nicht der Wortformen vollzogen.

2. Im Anschluss wird ein Clustering eingesetzt, um das Word-Embedding-Modell in kleinere semantische Räume zu gliedern: Das Clustering soll Gruppen von Ausdrücken identifizieren, die im Vektorraum nahe beieinander stehen. Dafür wird der K-means-Algorithmus verwendet (Arthur/Vassilvitskii 2006), bei dem die Anzahl gewünschter Cluster vorgegeben wird. Da das Corona-Korpus-Modell gut 24.000 Types enthält, wurden 2.000 Cluster vorgegeben, so dass im Schnitt 12 Types pro Cluster enthalten sind. Dies ist eine Granularität, die sich bereits bei vorherigen Analysen als brauchbar erwiesen hat (Bubenhofer 2020). Für jeden Cluster wird zudem ein Label vergeben, um ihn für die folgenden Analysen besser handhabbar zu machen. Dafür wurde der sogenannte Zentroid berechnet, also der Punkt, der im durch den Cluster beschriebenen Bereich im Vektorraum in der Mitte steht. Die drei diesem Punkt am nächsten liegenden Types bilden das Label.
3. Die so entstandenen Cluster können nun einer qualitativen Analyse unterzogen werden, wobei sie mit weiteren Daten angereichert sind: Zu jedem Cluster ist bekannt, wie viele Ausdrücke er enthält und wie häufig die Ausdrücke im Korpus sind. Die Cluster werden kategorisiert nach durch das Forschungsinteresse bestimmten Kriterien; im vorliegenden Fall liegt das Interesse bei Clustern mit thematischer Ähnlichkeit, bei denen jedoch unterschiedliche Semantisierungen sichtbar werden.
4. Manuell ausgewählte Cluster von Ausdrücken werden hinsichtlich ihrer Verteilung in den Daten visualisiert: Einerseits interessiert, wie häufig Ausdrücke des Clusters in den verschiedenen Quellen im Korpus verwendet werden, andererseits wie sie zeitlich verteilt sind (letzteres kommt in der folgenden Analyse nicht zur Anwendung).
5. Die vorhergehenden Schritte erlauben dann festzustellen, was quellenspezifische und gemeinsame semantische Räume sind; die Gründe dafür können diskurslinguistisch gedeutet werden.

Im zweiten Verfahren werden zwei Word-Embedding-Modelle verglichen mit dem Ziel, Ausdrücke zu finden, die in beiden Modellen vorkommen, jedoch unterschiedlich semantisiert sind (die Methode wurde mit Philipp Dreesen und Selena Calleri zusammen entwickelt und bereits in Bubenhofer/Calleri/Dreesen 2019 beschrieben):

1. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass zwei Ausdrücke in zwei Word-Embedding-Modellen dann unterschiedlich semantisiert sind, wenn sie unterschiedliche nächste Nachbarn aufweisen. Potenziell müssen jedoch die nächsten Nachbarn in einem Modell auch im anderen als Types vorhanden sein.
2. Für beide Modelle werden für alle Types die 100 nächsten Nachbarn berechnet.
3. Es wird für jeden Type ausgegeben, ob seine 100 nächsten Nachbarn auch Types im anderen Modell sind (die sogenannte Out-of-Vocabulary-Kennzahl) und wie groß die Überlappung mit den 100 nächsten Nachbarn des gleichen Ausdrucks im anderen Modell ist (die sogenannte Overlap-Kennzahl).
4. Von Interesse sind nun Ausdrücke, bei denen die Überlappung der 100 nächsten Nachbarn und die Out-of-Vocabulary-Kennzahl sehr klein sind. Zweites Kriterium ist, dass der Ausdruck in beiden Korpora, deren Modelle verglichen werden, häufig genug vorkommt (andernfalls handelt es sich um Ausdrücke, die zu spezifisch für das eine Teilkorpus sind). Die gefundenen Ausdrücke werden dann qualitativ evaluiert und gedeutet.

Im folgenden Kapitel werden nun ausgewählte Beispiele von Clustern und ihre Verteilungen über Quellen und den Zeitraum Januar 2020 bis Mai 2021 dargestellt und diskutiert sowie die im Vergleich des CH-Medien-Korpus-Modells mit dem Skep-Medien-Korpus-Modell auffälligen Ausdrücke analysiert.³

4 Analysen

4.1 Diktatur

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung titelt am 25. Februar 2021: „Die reichste Schweizer Unternehmerin hält ihr Land für eine Diktatur“.⁴ Damit ist die SVP-Politikerin Magdalena Martullo-Blocher gemeint, die in einem Interview mit der NZZ am 12. Februar 2021 meinte: „Der Bund hat eine Diktatur eingeführt. Er hat

³ Die vollständigen Daten der Analyse finden sich online auf: www.bubenhofer.com/publikationen/corona/ (Stand: 17.6.2021).

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/milliardaerin-aus-der-schweiz-haelt-ihr-land-fuer-eine-diktatur-17214698.html> (Stand: 17.6.2021).

die Demokratie ausgeschaltet“ und „Der Bund regiert mit Schreckensszenarien, damit er die Macht behalten kann“ (NZZ, 12.2.2021). Die Interpretation, den Bundesrat (die Exekutive) als Diktator zu bezeichnen, stößt auf große Kritik, zumal im Bundesrat auch die SVP (neben den anderen wählerstärksten Parteien) mit zwei von sieben Sitzen vertreten ist.

Die Lesart ist jedoch anschlussfähig an semantische Räume der Neuen Rechten und anderer Corona-Skeptiker und -Skeptikerinnen. Unter den semantischen Clustern finden sich einige, die den Staat thematisieren. Abbildung 2 zeigt sechs ausgewählte Cluster und ihre Verteilung auf die Quellen. Der prominenteste Cluster ist:

Label: demokratisch Staat, zentralistisch, totalitär Regime⁵ (Cluster 934)
 demokratisch (6924)⁶, regieren (3432), totalitär (1854), autoritär (1197), freiheitlich (813), diktatorisch (737), politisch_System (421), föderalistisch (415), undemokratisch (400), rechtsstaatlich (373), Bananenrepublik (329), Diktat (266), Gebilde (257), totalitär_Staat (207), zentralistisch (205), Rechtssystem (194), autokratisch (185), Staatsform (176), demokratisch_Staat (171), totalitär_System (169), souverän_Staat (141), Grundpfeiler (112), totalitär_Regime (101), Staatenbund (99), Gewaltentrennung (81)

Die Verteilung über die Quellen in Abbildung 2 zeigt nun deutlich, dass Ausdrücke des Clusters in den Skep-Medien deutlich häufiger verwendet werden. Die Kommentare (mit Ausnahme von 20 Minuten) liegen zusammen mit den CH-Medien NZZ und Tages-Anzeiger dazwischen. In den restlichen Quellen werden die Ausdrücke des Clusters seltener verwendet. Es muss berücksichtigt werden, dass mit *demokratisch* und *regieren* zwei Ausdrücke im Cluster vorhanden sind, die hinsichtlich eines politischen Standpunktes (in einer Demokratie) unauffällig sind. Die meisten der restlichen Ausdrücke jedoch sind Stigmawörter (Spitzmüller/Warnke 2011, S. 143) und kritisieren im Kontext der Corona-Pandemie die angeblich totalitäre Ausrichtung des Staates.

⁵ Wie in Abschnitt 3.2 erläutert, wurden Grundformen (Lemma) als Grundlage für die Berechnungen verwendet, weshalb auch in allen weiteren Angaben die Grundformen genannt werden.

⁶ Sortierung nach Häufigkeit absteigend, in Klammern Häufigkeit im Korpus (absolute Häufigkeiten).

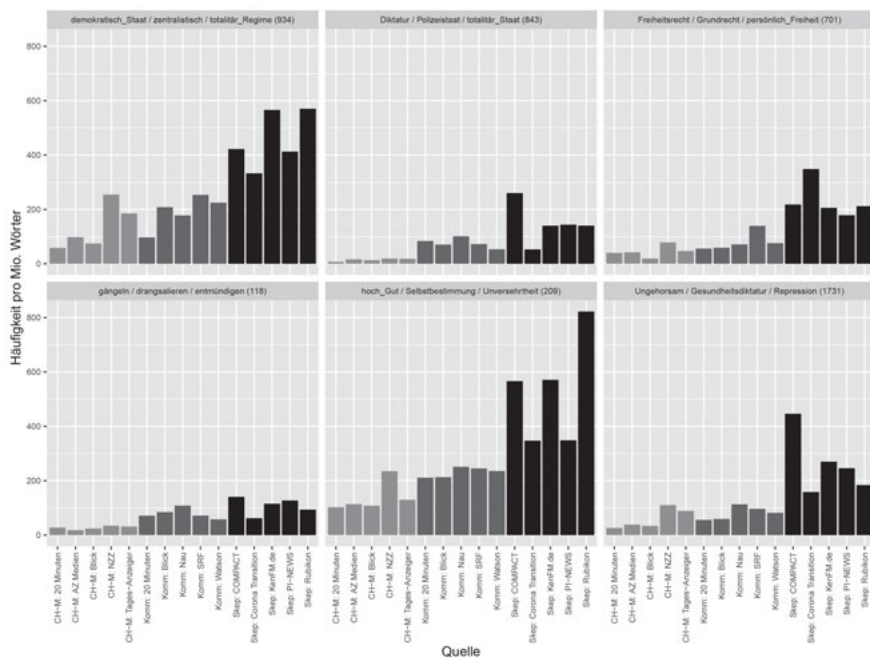


Abb. 2: Häufigkeiten semantischer Räume zur Beziehung zum Staat (Titel der Diagramme: Label des Clusters und Cluster-ID in Klammer)

Auch die Cluster 843 (*Diktatur, Polizeistaat, totalitär Staat*) und 1731 (*Ungehorsam, Gesundheitsdiktatur, Repression*) enthalten Stigmawörter für den Staat und werden in den Skep-Medien häufiger verwendet als in den anderen Quellen. Mit Cluster 118 (*gängeln, drangsaliieren, entmündigen*) ist ein Cluster vorhanden, das hauptsächlich Verben enthält und das Verhältnis zwischen Bürger und Bürgerinnen und Staat anspricht:

Label: gängeln, drangsaliieren, entmündigen (Cluster 118)

aufzwingen (690), bevormunden (548), erpressen (526), quälen (492), ohne_Rücksicht (417), drangsaliieren (417), schikanieren (374), grundlos (283), gefügig (265), gängeln (257), erdulden (212), aufdrücken (196), demütigen (194), Freiheit_einschränken (185), Geiselhaf (184), entmündigen (178), Freiheit_berauben (117)

Die Verteilung dieses Clusters über die Quellen (Abb. 2, unten links) zeigt, dass dessen Ausdrücke in den Kommentaren und den Skep-Medien ähnlich häufig verwendet werden, jedoch seltener in den CH-Medien.

Eine Diktatur oder ein totalitärer Staat ist wohl für die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner westlicher Demokratien eine unerwünschte Staatsform. Indem in den Texten der Corona-Skeptiker und -Skeptikerinnen und der Neuen Rechten jedoch die Schweiz (und Deutschland) als Diktatur(en) semantisiert wird (werden), ergibt sich ein semantischer Raum vieler daran anschließender Bezeichnungen und Verhaltensformen (vgl. die Verben wie *drangsalieren*, *bevormunden* etc.).

In den Kommentaren sind die Cluster aus Abbildung 2 mäßig vertreten – meist häufiger als in den CH-Medien, jedoch weniger als in den Skep-Medien. Das liegt wahrscheinlich daran, dass die Kommentarplattformen im Vergleich zu den Skep-Medien ein heterogeneres Meinungsspektrum ermöglichen. Die Textsorte ist von Dialog geprägt, und es sind in den Kommentaren intensive Diskussionen beobachtbar. Dies zeigt folgender Beleg zu einem Artikel vom 22. April 2020 auf blick.ch zum Entscheid des Schweizer Bundesrates, nur großen Geschäften eine komplette Öffnung zu ermöglichen, nicht jedoch den kleinen Läden.⁷ Im Folgenden ein Ausschnitt aus den Kommentaren:⁸

- (1) A: Ein **salomonischer Entscheid!** Und man hat damit rechnen müssen. Zum Glück lässt sich unser BR **nicht erpressen**
- B: Lasst den Bigler [Gewerbeverbands-Direktor Hans-Ulrich Bigler, NB] mal wettern, der Bundesrat **sagt wo es lang geht** und keine Profilierungsneurotiker!
- C: Befassen Sie sich mal mit seinen Argumenten, denn da hat er absolut Recht. Es ist ein Trauerspiel was abgeht wegen ein paar Risikogruppen. Es ist eine Weltweite Hysterie wegen eines recht Harmlosen Virus.
- D: **Der Virus diktiert**, was zu tun ist und sonst niemand. Der Bundesrat leistet solide Arbeit. Weiter so!
- [...]
- E: Der Bundesrat hat auf breiter Linie **versagt**. [...] Ein weiterer Angriff auf unsere **Freiheit** im Irrglauben, dass der Staat dann alles richten soll, ganz im Sinne der Linken mit dem Ruf nach mehr Staat
- [...]

⁷ Blick.ch: www.blick.ch/wirtschaft/unzufrieden-mit-shopping-kompromiss-des-bundesrats-gewerblern-geht-der-laden-runter-id15857215.html (Stand: 18.6.2021).

⁸ In allen Belegen: Originale Orthographie.

F: Irgendwem konnte man es sowieso nicht recht machen. **Der Bundesrat ist nicht perfekt**, niemand ist das. Er macht es trotzdem [sic!] gut und hat **vollstes Vertrauen**.

G: **Reine Machtdemonstration** des Bundesrats. Bezahlen wird es die Gesellschaft, als Folge der zugrunde gehenden Wirtschaft.

[...]

H: Tja, dass [sic!] ist nun das Resultat der Quänglerei. Dieser Bundesrat hat nun entschieden, dass bis auf weiteres niemand profitieren kann. [...] Und somit hat Er, zusammen mit den Lobbyisten, **das ganze Volk quasi in Geiselhaft** genommen [...]. Einfach nur noch ein Trauerspiel das ganze.

(Kommentare von Blick.ch: www.blick.ch/wirtschaft/unzufrieden-mit-shopping-kompromiss-des-bundesrats-gewerblern-geht-der-laden-runter-id15857215.html, Stand: 18.6.2021; Hervorh. NB).

Es ist deutlich, dass mit diesen Kommentaren diametral entgegengesetzte Positionen aufeinandertreffen, was sich auch auf Ausdrucksebene zeigt: Die in den Kommentaren verwendeten Bezeichnungen für die Regierung und ihr Handeln sind heterogener als in den Skep-Medien. Dort ist ein homogenerer semantischer Raum zu erwarten.

4.2 Totalversagen

Eng mit der Kritik an der Regierung verbunden ist der Topos des ‚Totalversagens‘ der politischen Führung. In Abbildung 3 sind vier Cluster aufgeführt, die diesen Topos teilweise bedienen.

Die beiden Cluster 285 (*komplett versagen, schlecht vorbereiten, verpennen*) und 1060 (*total Versagen, Totalversagen, Fehlentscheide*) verteilen sich auf die Quellen bezüglich Skep-Medien und Kommentaren mehr oder weniger gegenläufig, was sowohl an stilistischen (Kommentare vs. Mischung von redaktionellen Texten und Kommentaren) als auch nationalen Spezifika (eher Bezüge zur Schweizer Regierung vs. zur bundesdeutschen Regierung) liegt.

Beide Cluster enthalten meist Ausdrücke, die das Handeln der Regierung aufs Heftigste kritisieren (Cluster 285: *überfordert, wursteln, verpennen, verschlampen* etc.; Cluster 1060: *Unfähigkeit, Inkompetenz, Fehlleistung, Schlamperei* etc.). Diese Kritik ist in dieser ausgeprägten Form im CH-Medien-Korpus deutlich seltener zu finden, doch auch dort findet Kritik statt, wie der Cluster (*zaudern, lasche Maßnahme, überhasten*) zeigt.

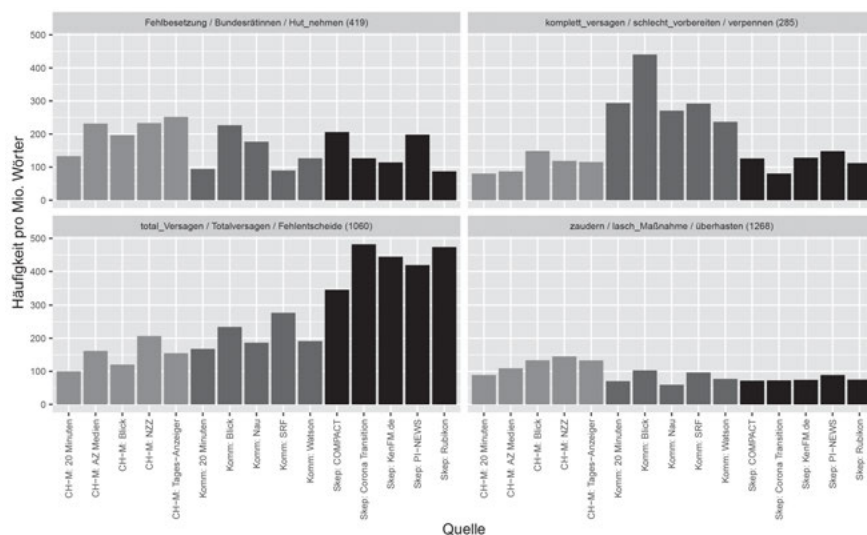


Abb. 3: Häufigkeiten semantischer Räume zu Regierungskritik (Titel der Diagramme: Label des Clusters und Cluster-ID in Klammer)

Cluster 419 (*Fehlbesetzung, Bundesrätinnen, Hut nehmen*) ist ziemlich gleichmäßig über die Quellen verteilt, was jedoch daran liegt, dass das Cluster eine recht heterogene Sammlung von Ausdrücken enthält: Einerseits Ausdrücke, die ebenfalls der Regierungskritik zuzuordnen sind, jedoch auch Bezeichnungen für die verschiedenen Funktionen einer Regierung (*Bundesrätinnen, Politikerin* etc.).

Im Skep-Medien-Korpus und auch in den Kommentaren bedeutet Kritik an der Regierung also Fundamentalkritik und mit dem Topos der 'überforderten Regierung' öffnet sich ein semantischer Raum vieler ähnlicher Ausdrücke.

4.3 Verschwörungserzählungen

Nicht überraschend finden sich im Word-Embedding-Modell eine Reihe von Clustern, deren Ausdrücke auf Verschwörungserzählungen (Butter 2018) verweisen. In Abbildung 4 sind fünf davon abgebildet, wobei vier davon eher von kritischen Auseinandersetzungen mit Anhängerinnen und Anhängern von Verschwörungserzählungen zeugen und nur Cluster 1262 tatsächlich Verschwörungserzählungen nennt:

Label: Weltregierung, Great Reset, neu Weltordnung (Cluster 1262)

global (7893), Revolution (2489), Transformation (954), Great Reset (852), NWO (597), Reset (533), neu Weltordnung (499), Geldsystem (307), Weltregierung (287)

Der Ausdruck *neue Weltordnung*, das Akronym NWO („New World Order“) und auch *Weltregierung* verweisen auf die bekannte Verschwörungserzählung einer angeblich im Aufbau begriffenen supranationalen Weltregierung durch Eliten.⁹ Die Bezeichnungen *Great Reset* und *Reset* verweisen allerdings auf eine Initiative des Weltwirtschaftsforums, die Corona-Pandemie als einen Neustart des Kapitalismus zu nutzen – sie wurden jedoch schnell in die Verschwörungserzählung der ‚neuen Weltordnung‘ integriert.¹⁰ Allerdings wird auch *global* diesem Cluster zugeordnet, was den frequentesten Ausdruck des Clusters darstellt und die Verteilung beeinflusst: Abbildung 4 zeigt eine Version der Verteilung ohne das Adjektiv *global*, denn ansonsten wären die Häufigkeiten des Clusters in der NZZ und in Corona Transition etwa 2,5 Mal höher. Dies zeigt jedoch, dass *global* im Kontext der Neuen Rechten und der Corona-Skeptiker und Skeptikerinnen tendenziell anders semantisiert und im Zusammenhang mit Verschwörungserzählungen genannt wird, während es für die liberal-konservative NZZ ein neutralerer Wirtschaftsterminus ist.

Die Verteilung der Cluster macht zudem deutlich, dass die Kontroversen um Verschwörungserzählungen etwas weniger im Skep-Medien-Korpus geführt werden, jedoch deutlich häufiger in den Kommentaren. Besonders Cluster 245 (*Stuss, wirr Zeug, panikmache* [sic!]) ist in den Kommentaren deutlich übervertreten. Auf der anderen Seite ist Cluster 1869 (*stigmatisieren, andersdenkend, verunglimpfen*) im Skep-Medien-Korpus am häufigsten vertreten: Dort wird der Topos gepflegt, dass das Vertreten von Minderheitsmeinungen vom ‚Mainstream‘ stigmatisiert würde.

⁹ Vgl. dazu Wikipedia: [https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Weltordnung_\(Verschwörungstheorie\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Weltordnung_(Verschwörungstheorie)) (Stand: 24.6.2021).

¹⁰ Vgl. dazu Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/The_Great_Reset (Stand: 24.6.2021).

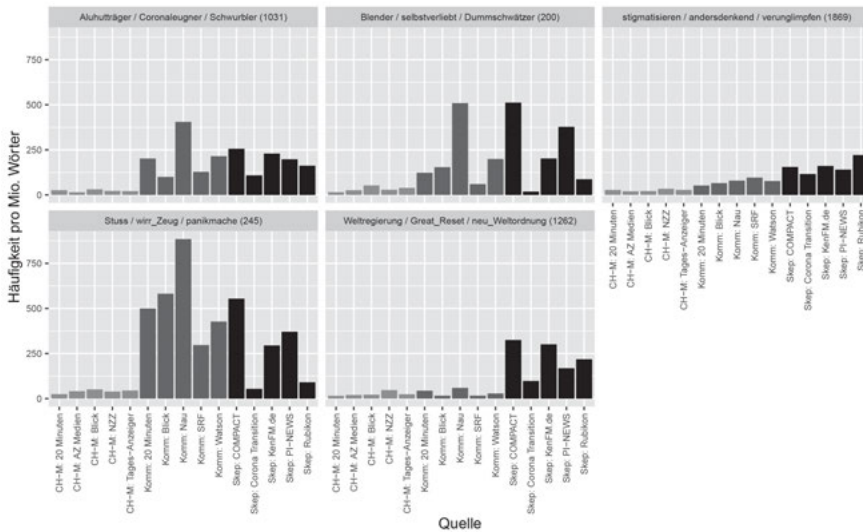


Abb. 4: Häufigkeiten semantischer Räume zu Verschwörungserzählungen (Titel der Diagramme: Label des Clusters und Cluster-ID in Klammer)

4.4 Unterschiedliche Semantisierungen

Ein systematischer Vergleich der Word-Embedding-Modelle des CH-Medien-Korpus und des Skep-Medien-Korpus soll nun zeigen, welche Ausdrücke in den beiden Quellentypen unterschiedlich semantisiert sind.

Für den Vergleich der CH-Medien- und Skep-Medien-Modelle ist die komplette Tabelle online verfügbar.¹¹ Dabei fällt zunächst auf, dass es keine Ausdrücke gibt, bei denen beide Kennzahlen (Overlap und OOV) null sind. Die Liste lässt sich nun aber filtern und es gilt, die richtige Balance zwischen den Kennzahlen zu finden. Werden Overlap und OOV niedrig gewählt, finden sich vor allem Ausdrücke, die in den beiden Korpora sehr unterschiedlich häufig auftreten.¹² Wenn Overlap und

¹¹ Vgl. www.bubenhofer.com/publikationen/corona/.

¹² Beispielsweise gibt es im CH-Medien-Korpus deutlich mehr Sportberichterstattung, in der die Pandemie am Rande auch häufig Thema ist. Dadurch ist die Semantik von Ausdrücken wie *Partie* oder *Team* jedoch im Vergleich zum Skep-Medien-Korpus viel stärker durch den Sport beeinflusst. Das Interesse liegt in der vorliegenden Studie jedoch auf Ausdrücken, die in beiden Korpora häufig verwendet werden.

OOV maximal bei 15 liegen, ergibt sich geordnet nach Häufigkeit absteigend im Skep-Medien-Korpus folgende Auswahl (erste 60 Ausdrücke):¹³

- (2) Bürger, Macht, angeblich, falsch, Wahrheit, Diktatur, Nazi, zerstören, Recht|Rechte, böse, Elite, Feind, hängen, Bill Gates, vermeintlich, kriminell, Lüge, sozialistisch, Zerstörung, illegal, Unsinn, lächerlich, Mainstream, jeglich, Herrschaft, erheben, Böse, befreien, mißbrauchen, entziehen, Arm|Arme, Vorgang, aggressiv, schreien, Verschwörung, Sklave, unterdrücken, Zensur, Unrecht, Versagen, Handlung, Vorwand, Mächtige, Menschlichkeit, Stalin, entlarven, Obrigkeit, Narrativ, Mitbürger, Unterdrückung, Andersdenkende, betrügen, selbsternannt, Selbstmord, befehlen, bösartig, Feststellung, Ausbeutung, attackieren, suggerieren

Anhand des Ausdrucks *Macht* sei der Unterschied der Semantisierung in den beiden Korpora gezeigt:

CH-Medien: Nächste Nachbarn (Top 35) zu *Macht* (absteigende Nähe, gerundet): Herrschaft (0.8), Sozialismus (0.8), politisch Elite (0.8), Demokratie (0.8), Revolution (0.8), frei Wahl (0.8), Militärdiktatur (0.8), freiheitlich (0.8), demokratisch Institution (0.7), allmächtig (0.7), totalitär (0.7), politisch System (0.7), Nationalist (0.7), liberal Demokratie (0.7), Westen (0.7), Multilateralismus (0.7), Reformier (0.7), Autokrat (0.7), Kommunist (0.7), kommunistisch (0.7), Innenpolitik (0.7), Populisten (0.7), unantastbar (0.7), Führer (0.7), Deutungshoheit (0.7), Sowjetunion (0.7), Vorherrschaft (0.7), Schalthebel (0.7), Nationalstaat (0.7), Rechtsstaat (0.7), verhaßt (0.7), populistisch (0.7), autokratisch (0.7), Islam (0.7), sozial Gerechtigkeit (0.7)

Skep-Medien: Nächste Nachbarn (Top 35) zu *Macht* (absteigende Nähe, gerundet): Schalthebel (0.8), Hebel (0.8), eigen Vorteil (0.8), Nutznießer (0.8), Herrschaft (0.8), Mächtige (0.8), verschwören (0.8), Knute (0.8), Idiologie [sic!] (0.8), Finanzelite (0.8), kapitalistisch System (0.8), Eigennutz (0.8), Geldadel (0.8), festigen (0.8), Machterhalt (0.8), Machtelite (0.8), Ausbeuter (0.8), Hierarchie (0.8), nützlich Idiot (0.8), Machtmittel (0.8), Herrscher (0.8), Ziel erreichen (0.8), Plutokrat (0.8), eigen Interesse (0.8), frei Marktwirtschaft (0.8), echt Demokratie (0.8), erringen (0.8), Großkapital (0.8), Weltherrschaft (0.8), Zwietracht (0.8), Besitzende (0.8), Weltfrieden (0.8), Ruhm (0.8), Mittel recht (0.8), über Leiche (0.8)

¹³ Vgl. für die vollständigen Angaben und eigene Möglichkeiten der Filterung die Begleitseite mit den Daten zur Studie (www.bubenhofer.com/publikationen/corona/).

Im CH-Medien-Korpus sind die semantisch ähnlichen Ausdrücke zu *Macht* im Vergleich deutlich weniger kritisch. Im Skep-Medien-Korpus befinden sich Ausdrücke wie *Schalthebel*, *eigenen Vorteil*, *Knute*, *Eigennutz*, *Machterhalt* etc. in ähnlichen Kontexten wie *Macht*, also Ausdrücke, die den Missbrauch von Macht beschreiben. Das Verb *verschwören* bringt explizit Verschwörungstheorien mit Macht in Verbindung und *nützlich[er] Idiot* verweist auf Dritte, die andere ausnutzen:

- (3) Doch Sven Román, einer der unterzeichnenden Ärzte, ist skeptisch gegenüber den offensichtlichen Verbindungen der Behörden zur Pharmaindustrie. Richard Bergström war beispielsweise zuvor der CEO der Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA).
 «[...] Die Schweden müssen erkennen, dass diese Menschen Interessenbindungen haben und nicht unparteiisch sind», twitterte Román über Bergström.
 [...] Für Sven Román sind viele Experten **nützliche Idioten** für die Pharmaindustrie.
 „Schwedische Ärzte warnen davor, Junge und Gesunde zu impfen“, in: Corona Transition, 2021-05-10.

Ein Vergleich der Kollokationsprofile von *Macht* in den beiden Korpora zeigt zwar auch Unterschiede, jedoch weniger deutlich.¹⁴ Im Hinblick auf die 50 signifikantesten Kollokatoren sind im Skep-Medien-Korpus *Antifa*, *Arroganz*, *Gier*, *Herrschaft*, *links* oder *Untergrund* beispielsweise statistisch signifikante Kollokatoren zu *Macht*. Auch im CH-Medien-Korpus gibt es negativ konnotierte Kollokatoren zu *Macht* (z. B.: *klammern*, *korrumpieren* oder *Verschwörung*), daneben jedoch weit mehr primär Macht spezifizierende Kollokatoren wie *Exekutive*, *Militär*, *militärisch*, *Nationalstaat*, *Partei*, *Politik* oder *wirtschaftlich*. Natürlich gibt es auch viele gemeinsame Kollokatoren wie *abgeben*, *ausüben*, *dunkel*, *Einfluss*, *Geld*, *missbrauchen*, *politisch*, *Reichtum* oder *Staat*. Es ist schwieriger, aufgrund der Kollokationsprofile Differenzen der Semantisierung von *Macht* zu identifizieren; der Vergleich der jeweils semantisch ähnlichen Ausdrücke in den beiden Korpora macht jedoch deutlich, dass in den Skep-Medien hinter der Kritik an Macht (die natürlich auch in den CH-Medien vorkommt) viel deutlicher eine Sicht steht, die hinter der Macht eine Verschwörung sieht.

¹⁴ Kollokationen auf Lemma-Basis, Kontext 5 Wörter links/rechts, Log Likelihood Ratio LLR.

Die weiteren Ausdrücke in der Belegliste (2) liefern bei genauerer Analyse ebenfalls Belege für diese Hypothese, so etwa beim Ausdruck *Bill Gates*: Dort verweisen dazu semantisch ähnliche Ausdrücke im CH-Medien-Korpus zwar explizit auf die Verschwörungserzählungen (*Fake-News*, *Verschwörung*, *Desinformation* etc.), im Skep-Medien-Korpus wird anhand der semantisch ähnlichen Ausdrücke jedoch deutlich, dass dort die Verschwörung tatsächlich erzählt wird: *Rockefeller*, *Soros*, *Schwab*, *Big Pharma*, *Musk*, *Rothschild* etc.

Der Ausdruck *Narrativ* soll an dieser Stelle noch genauer untersucht werden: In den beiden Modellen sind nur *Halbwahrheit*, *instrumentalisiert*, *Massenmedium*, *Populismus* und *Verschwörung* semantisch ähnliche Ausdrücke, die in beiden Modellen vorkommen. Ansonsten unterscheiden sich die Modelle deutlich. Nächste Nachbarn wie *Angsterzeugung*, *aufbauschen*, *böse Absicht*, *dahinter stecken*, *Fiktion*, *infam*, *Inszenierung*, *krampfhaft*, *Leugnung*, *Lügenpropaganda*, *Massenpsychologie*, *psychologische Kriegsführung*, *Unwahrheit*, *Wahn* oder *Weltverschwörung* zeichnen einen semantischen Raum, bei dem *Narrativ* als bösertige Manipulation semantisiert ist. Im CH-Medien-Korpus gibt es ebenfalls Ausdrücke, die diese Semantisierung nahelegen, jedoch auch andere wie *westliche Demokratie*, *Ideologie*, *Deutungshoheit* oder *politische Debatte*, die der sozialwissenschaftlichen Definition von *Narrativ* als sinnstiftende Erzählung näher kommen (Lyotard 2015).

Die beiden Beispiele *Macht* und *Narrativ* zeigen, wie die Neuen Rechten und Corona-Skeptiker und -Skeptikerinnen diese Ausdrücke systematisch anders semantisieren als es in den Orientierungsmedien geschieht. In beiden Fällen ist die bösertige Manipulation, teilweise als Verschwörung aufgefasst, der dominante Hintergrund der Lesart.

5 Diskussion und Fazit

Die Analysen sind ein Versuch, in einem Wechsel von datengeleiteter, quantitativer Prozessierung und qualitativer Analyse systematische Differenzen in der Ausgestaltung der semantischen Räume in unterschiedlichen Diskursausschnitten zu identifizieren. Die Verwendung von Word-Embeddings stellt dabei eine Methode dar, die theoretisch über den Kontextualismus und die Prämissen einer Gebrauchssemantik mit diskursiver Prägung begründbar ist und auf einer abstrakten Ebene Semantik fasst. Im Zentrum steht nicht die Gebrauchsbedeutung einzelner Ausdrücke, sondern eine umfassende Analyse verschiedener Ausdrücke, die ähnlich kontextualisiert werden.

Wichtig ist dabei, die berechneten Modelle ‚lesbar‘, also einer qualitativen Analyse zugänglich zu machen. Das Clustering der Modelle und die Analyse der Verteilung der Cluster in den Korpora, jedoch auch der systematische Vergleich hinsichtlich unterschiedlicher Semantisierungen sind Versuche, dies zu erreichen.

Der Einsatz von Word Embeddings für gebrauchssemantische Fragestellungen ist vielversprechend, wie auch bereits Arbeiten von Kozłowski/Taddy/Evans (2018) und auch eigene Analysen gezeigt haben (Bubenhofer 2020, 2021; Bubenhofer/Calleri/Dreesen 2019; Bubenhofer et al. 2020). Sie zeigen über die Verwendung von einzelnen Ausdrücken hinausgehend, dass diese Teil eines semantischen Raums sind, der in sich schlüssig aber inkommensurabel zu anderen semantischen Räumen ist.

Damit kann im Anschluss an Joachim Scharloth (vgl. seinen Beitrag in diesem Band) von einer ‚Schließung rechter Diskurswelten‘ gesprochen werden: Die systematisch im Vergleich zu anderen Diskursen differenten Kontextualisierungen führen zu eigenen semantischen Räumen, die Kommunikation innerhalb desselben Kommunikationssystems, hier also der Corona-Skeptikerinnen und -Skeptiker, problemlos anschließbar macht, Anschlüsse an andere Kommunikationssysteme jedoch erschwert. Eine besondere Stellung nehmen die relativ breit konsumierten Newsplattformen ein: Über die Kommentare dort interagieren Akteure und Akteurinnen miteinander, die in den anderen Medien seltener aufeinandertreffen. Prinzipiell wäre dort deshalb auch der Dialog zwischen den verschiedenen Positionen möglich, allerdings bewegt sich ein Teil der Akteurinnen und Akteure in inkommensurablen semantischen Räumen, was einen Dialog verunmöglicht. Statt Dialog werden bloß Meinungen geäußert.

Wo ein Dialog nicht mehr stattfindet, sind neurechte politische Positionen kaum mehr an andere Positionen anschließbar und gleichzeitig wirken für die Insider und Insiderinnen die entstehenden semantischen Räume in sich schlüssig.

Literatur

- Arthur, David/Vassilvitskii, Sergei (2006): k-means++: the advantages of careful seeding. Technical Report Nr. 2006–13. In: SODA '07: Proceedings of the Eighteenth Annual ACM-SIAM Symposium on Discrete Algorithms. Stanford: InfoLab, S. 1027–1035.
- Belica, Cyril/Perkuhn, Rainer (2015): Feste Wortgruppen/Phraseologie I: Kollokationen und syntagmatische Muster. In: Haß, Ulrike/Storjohann, Petra (Hg.): Handbuch Wort und Wortschatz. (= Handbücher Sprachwissen 3). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 201–225. DOI: 10.1515/9783110296013-009.

- Bubenhofer, Noah (2020): Semantische Äquivalenz in Geburtserzählungen: Anwendung von Word Embeddings. In: *Zeitschrift für germanistische Linguistik* 48, 3, S. 562–589. DOI: 10.1515/zgl-2020-2014.
- Bubenhofer, Noah (2021): Masken und Küsschen: Korpuslinguistische Exploration des Corona-Diskurses in der Deutschschweiz. In: *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes* 68, 2, S. 127–140.
- Bubenhofer, Noah/Calleri, Selena/Dreesen, Philipp (2019): Politisierung in rechtspopulistischen Medien: Wortschatzanalyse und Word Embeddings. In: *OBST (Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie)* 95, S. 211–242.
- Bubenhofer, Noah/Knuchel, Daniel/Sutter, Livia/Kellenberger, Maaïke/Bodenmann, Niclas (2020): Von Grenzen und Welten: Eine korpuspragmatische COVID-19-Diskursanalyse. In: *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* 16, 2–3, S. 156–165.
- Busse, Dietrich (1987): *Historische Semantik. Analyse eines Programms.* (= Sprache und Geschichte 13). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Butter, Michael (2018): »Nichts ist, wie es scheint«. Über Verschwörungstheorien. Berlin: Suhrkamp.
- Evert, Stefan (2009): Corpora and collocations. In: Lüdeling, Anke/Kytö, Merja (Hg.): *Corpus Linguistics. An international handbook*. Bd. 2. (= Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (HSK) 29.2). Berlin/New York: De Gruyter, S. 1212–1248.
- Firth, John Rupert (1957): Modes of meaning. In: Firth, John Rupert: *Papers in Linguistics 1934–1951*. London: Oxford University Press, S. 190–215.
- Kozłowski, Austin C./Taddy, Matt/Evans, James A. (2018): The geometry of culture: analyzing meaning through word embeddings. In: *American Sociological Review* 84, 5, S. 905–949. CoRR. abs/1803.09288.
- Lenci, Alessandro (2018): distributional models of word meaning. In: *Annual Review of Linguistics* 4, 1, S. 151–171. DOI: 10.1146/annurev-linguistics-030514-125254.
- Lyotard, Jean-François (2015): *Das postmoderne Wissen: ein Bericht*. 8., unveränd. Aufl. Wien: Passagen.
- Mikolov, Tomas/Chen, Kai/Corrado, Greg/Dean, Jeffrey (2013): Efficient estimation of word representations in vector space. In: arXiv:1301.3781 [cs].
- Řehůřek, Radim/Sojka, Petr (2010): software framework for topic modelling with large corpora. In: *Proceedings of the LREC 2010 Workshop on New Challenges for NLP Frameworks*. Valletta, Malta. Malta: University of Malta, S. 45–50.
- Spitzmüller, Jürgen/Warnke, Ingo H. (2011): *Diskurslinguistik: eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*. Berlin/New York: De Gruyter.

Joachim Scharloth (Tokio)

Faltungen: Die Schließung des rechten Kommunikationssystems aus korpuspragmatischer Perspektive

Abstract: Der Beitrag untersucht linguistische Prozesse, die bei der operativen Schließung politischer Kommunikationssysteme wirksam sind. Am Beispiel rechter Online-Medien während der sogenannten europäischen Flüchtlingskrise werden Praktiken der Umsemantisierung identifiziert und daraufhin befragt, wie sie an der rekursiven Organisation des rechten Kommunikationssystems mitwirken. Anhand von Aggregationen und Subjektprädikativen werden Prozesse der Umkonfigurierung konventioneller begrifflicher Relationen illustriert. Für (Um-)Semantisierungen, die zur operativen Schließung von Kommunikationssystemen beitragen, wird der Begriff der *Faltung* entwickelt.

1 Einleitung

Der Wandel öffentlicher Debatten im Kontext der sogenannten europäischen Flüchtlingskrise und des Wiedererstarkens rechter Parteien wird in der Forschung oft als „Diskursverschiebung nach rechts“ (z. B. Krzyżanowski 2020), eine Erweiterung der „Grenzen des Sagbaren“ (Niehr 2019) und/oder „Normalisierung rechter Positionen“ (Wodak 2018) beschrieben. Solche Beschreibungen nehmen vor allem den Einfluss rechter Positionen auf den öffentlichen Diskurs in den Blick. Seltener wird gefragt, wie sich rechte Positionen bilden und zu einem mehr oder weniger geschlossenen Weltbild formieren können, das im politischen Diskurs zwar kaum mehr anschlussfähig an andere Positionen ist, gleichwohl aber im Sinne einer Metapolitik¹ Einfluss auf den öffentlichen Diskurs gewinnen kann.

In diesem Beitrag will ich einige sprachliche Mechanismen und Prozesse vorstellen, die zur Formierung eines geschlossenen ideologischen Systems beitragen. Anhand eines Korpus aus rechten Online-Medien und -Kommentaren soll unter-

¹ Beim Begriff der Metapolitik handelt es sich um ein Handlungskonzept der Neuen Rechten, das auf der Annahme beruht, dass die Erlangung kultureller Hegemonie die Basis für eine Errin-

sucht werden, welche sprachlichen Mechanismen die Formierung eines mehr oder weniger geschlossenen rechten Kommunikationssystems in den Jahren 2013 bis 2017 mitverursacht haben, also in jenen Jahren, in denen sich die neue Rechte im politischen Diskurs der Bundesrepublik etablierte.

Aus linguistischer Sicht hat Wolf-Andreas Liebert (2019) vorgeschlagen, geschlossene Weltbilder, die er unter den Begriff des *Extremismus* fasst, als Ausdruck einer „totalen Ideologie“ ihrer Träger zu konzipieren und als ihr sprachliches Korrelat eine Sprache der Verkündigung.² Den Begriff der *totalen Ideologie* bestimmt er im Sinne Karl Mannheims als Absolutierung einer Partialsicht (vgl. Liebert 2019, S. 3), derentwegen sich die Träger/-innen dieser Ideologie die Rolle einer Avantgarde anmaßen. Ihrem Selbstbild gemäß fällt dieser angemäßen Avantgarde die Aufgabe zu, die „mit Gewissheit erkannte Wahrheit über das vermeintlich marode gegenwärtige politische System zu verkünden und die neue politische Ordnung mit aller Macht, auch mit Gewalt und außerhalb demokratischer Regeln durchzusetzen“ (ebd., S. 4). Der gesamte Sprachgebrauch der Gruppe werde diesem Ziel angepasst und könne als Sprache der Verkündigung gefasst werden.

Diese Perspektive macht Sprache zu einem Epiphänomen der Ideologie, denn Sprache dient der Repräsentation und Durchsetzung einer vorher vorhandenen extremistischen Weltanschauung. Im Gegensatz dazu will ich Sprache als Medium begreifen, das aufgrund seiner Beschaffenheit Prozesse der Schließung von Weltbildern begünstigt.

Ich gehe davon aus, dass das rechte Kommunikationssystem ein geschlossenes System darstellt, das sich im Medium sprachlicher Praktiken weitgehend autopoietisch konstituiert. Bei der Bildung dieses Systems tragen Umsemantisierungen wesentlich dazu bei, die Möglichkeiten aussageförmiger Anschlüsse zu beschränken (vgl. Schade 2021, S. 117–147). Die Konsequenz davon ist, so meine Hypothese, dass die so entstandenen alternativen Gebrauchsmöglichkeiten reokkurenzhaltige Anschlüsse erzeugen, die eine zirkuläre Verstärkung bedingen und so zu einer Stabilisierung des rechten Diskurses beitragen.³

gung politischer Macht ist und daher in den Worten des rechten Theoretikers Alain de Benoist (2019, S. 223) gilt: „an ideological majority is more important than a parliamentary one and that the former always heralds the latter“ (vgl. auch de Benoist 1985). In diskursanalytischer Perspektive ist Metapolitik die „Produktion eines Interdiskurses mit dem Anspruch, Applikationsvorgaben für nichts Geringeres als den ‚Sinn des Lebens‘ zu liefern“ (Schobert 2002, S. 25).

² Für eine kritische Reflexion auf das Konzept des Extremismus und eine alternative Sicht auf die Sprache politischer Extreme vgl. Ebling et al. (2013). Für eine diskurslinguistische Sicht auf das Konzept der Radikalisierung vgl. Schnick (2018, S. 155–163).

³ Vgl. hierzu die grundlegenden Überlegungen bei Schade (2021, S. 285–299).

2 Faltungen

Im Folgenden werde ich mit korpuspragmatischen Methoden⁴ einen Mechanismus der Sprache in rechter Online-Kommunikation in den Blick nehmen, der einen wesentlichen Beitrag zur operativen Schließung und autopoietischen Stabilisierung des Kommunikationssystems leistet.

Dieser Mechanismus ist wohl am augenfälligsten in der Wortbildung, beispielsweise in Ad-hoc-Komposita wie *Anarcho-Wohlfühl-Multi-Kulti-Pädo-Land*. Mit der Ideologie der Neuen Rechten wenig vertraute Leser/-innen dürften kaum verstehen, welcher Zusammenhang zwischen Anarchie, Multikulturalismus, sexueller Misshandlung von Kindern und Wohlbefinden besteht und was sie zu Charakteristika Deutschlands machen. Ebenso schwer verständlich dürfte ein Kompositum wie *Swingerklub-Love-Parade-Jesus-ist-schwul-Theaterstück-serielle-Monogamie-Frauen-sind-das-starke-Geschlecht-Patchworkfamilie-Europa* sein, in dem die Themen Love Parade, sexuelle Freizügigkeit, Partnerschafts- und Familienmodelle, Homosexualität, die Emanzipation der Frau und Europa zusammengeführt werden. Dennoch finden sich solche Komposita in großer Vielfalt in Texten und Kommentarspalten auf neurechten Plattformen, ohne dass ihre Bedeutung metasprachlich thematisiert oder gar problematisiert würde. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sie von den Rezipient/-innen verstanden werden. Die in solchen Ausdrücken verbundenen lexikalischen Einheiten verweisen auf kulturelle Entitäten⁵, denen im neurechten Kommunikationssystem offenbar gemeinsame semantische Merkmale zugeschrieben werden, die Gebrauchsweisen ermöglichen, die in anderen Kommunikationssystemen nicht möglich sind. Diese semantischen Merkmale lassen sich auf Grundunterscheidungen zurückführen, die an der operativen Schließung des Kommunikationssystems beteiligt sind.

Zur Bezeichnung dieses Mechanismus der Verschaltung sprachlicher Ausdrücke schlage ich die Metapher der Faltung vor. Dabei mache ich mir die Akt-Objekt-Ambiguität des Ausdrucks *Faltung* zunutze. Unter *Faltungen* verstehe ich einerseits den Prozess der differenzgetriebenen Konventionalisierung neuer Gebrauchsmöglichkeiten, die es erlauben, durch (Re-)Konfigurationen sprachlicher Ausdrücke kulturelle Entitäten zu konstruieren. Andererseits verstehe ich unter *Faltungen* auch die Resultate von Faltungsprozessen, die selbst wieder Bedingungen für die Informationsverarbeitung des Systems und Voraussetzungen künftiger Kommunikationsereignisse sind.

⁴ Zu Begriff und Methode vgl. Scharloth (2018).

⁵ Zum Konzept der kulturellen Einheit und seiner Rolle für eine semantisch orientierte Kulturanalyse vgl. Scharloth (2005, S. 124–126).

Die Metapher der Faltung ist in mehrfacher Hinsicht produktiv. So wie zwei von einander entfernte Punkte auf einer zweidimensionalen Fläche dadurch in unmittelbare Nachbarschaft gebracht werden können, dass man die Fläche durch Faltung um eine weitere Dimension erweitert, so können sprachliche Ausdrücke, die bislang in keinem diskursiven, argumentativen oder semantischen Zusammenhang standen, durch Hinzufügung propositionaler, evaluativer und/oder affektiver Bedeutungsdimensionen ebenso miteinander verknüpft werden wie die mit ihnen referenzierten kulturellen Entitäten. Komposita wie *Bio-Gutmenschen-Mainstream-Political-Homo-Mist-Gesellschaft* sind hierfür sprechende Beispiele.

Produktiv ist die Metapher aber auch insofern, als Faltungen nicht nur Entitäten zusammenbringen, sondern auch neue, zumeist verdichtete Strukturen hervorbringen, in denen Teile der ursprünglichen Struktur verdeckt sind. Dies trifft auch auf sprachliche Faltungen zu. Das angeführte Kompositum beispielsweise verdeckt die semantischen Beziehungen der Kompositionsglieder.

Schließlich ist die Metapher der Faltung auch insofern dem Gegenstand adäquat, als für bestimmte Typen von Faltungen, etwa im Bereich der Proteinformierung oder der akustischen Signalverarbeitung, gilt, dass sich aus dem Ergebnis einer Faltung eine ursprüngliche Struktur mit Gewissheit nicht ermitteln lässt. Vielmehr ist jede Rekonstruktion lediglich eine Rückprojektion. Diese Unschärfe ist auch für den linguistischen Umgang mit Faltungen hochgradig relevant – auch hier ist die Beschreibung von Faltungsprozessen eine interpretative Modellierung, die noch dadurch erschwert wird, dass die semantische Unterbestimmtheit und/oder Polysemie der sprachlichen Einheiten eine Bedingung der Möglichkeit ihrer Faltung ist.

Faltungsprozesse können sich mittels einer ganzen Reihe von sprachlichen Praktiken vollziehen, die in der Linguistik und auch speziell in der Politolinguistik schon theoretisiert wurden. Etwa im Bereich der Nomination. Kulturelle Entitäten werden in Kommunikationsakten überhaupt erst intersubjektiv verfügbar gemacht, sprachliche Konzeptualisierung und Gegenstandskonstitution gehen also Hand in Hand (vgl. Wengeler 2017, S. 28). Die sprachliche Gegenstandskonstruktion verdankt sich dabei den Perspektivierungsprinzipien (Köller 2004) des Hiding und Highlighting (Spieß 2017, S. 99), des Verbergens bzw. Hervorhebens bestimmter Aspekte im Medium der Bezeichnung. Eine Bezeichnung wie Messermänner für Geflüchtete schreibt diesen Eigenschaften wie Gefährlichkeit und Maskulinität zu und macht andere – wie etwa Flucht und Heimatlosigkeit – unsichtbar. Auch wird in Ausdrücken wie *Merkel-Kriminelle*

die für die Bedeutung von Komposita wichtige semantische Relation der Kompositionsglieder (im Beispiel: Situation-Urheber) eingefaltet.⁶

Komposita können unter bestimmten Umständen auch als Reduktionsform eines Topos gedeutet werden (vgl. Hinzmann 2020, S. 310). Topoi der öffentlich-politischen Argumentation nämlich realisieren nur einzelne Bestandteile der Argumentation explizit, andere sind hingegen nur über Implikaturen zugänglich. In der für die Alltagsinteraktion typischen enthymemischen Argumentation wird ein Topos „zumeist nicht explizit ausgesprochen [...]. Er muss also erst interpretativ aus den sprachlich realisierten Bestandteilen der Argumentation erschlossen werden“. Dies gilt auch für die öffentlich-politische Argumentation, für die das „Zielen auf Plausibilität und die mangelnde Explizitheit der Argumentation“ geradezu charakteristisch sind (Wengeler 2003, S. 62). Topoi werden also durch Faltungen unsichtbar gemacht, stützen aber gleichwohl implizit das Argument.

Saliente Sätze (vgl. Klein 2013, 2017) sind ein weiteres politolinguistisches Phänomen, in dem Faltungen realisiert werden. Sie werden in politischen Debatten als *pars pro toto* für einen komplexen Diskurszusammenhang verwendet (Jacob 2016), der in die eigene Argumentation eingebaut und je nach Kontext unterschiedliche Bedeutungen übernehmen oder sogar vollständig umsemantisiert werden kann. So ist etwa immer dann, wenn in neurechten Diskursen auf Angela Merkels Diktum von den *Menschen, die schon länger hier leben* Bezug genommen wird, die Unterstellung eingefaltet, die Bundeskanzlerin leugne die Existenz eines deutschen Volkes. Dies zeigt sich auch in Verfremdungen wie dem sarkastischen Kompositum *von-jetzt-an-noch-länger-hier-Lebende* in Bezug auf Geflüchtete oder im verschwörungsmythischen *nicht-mehr-lange-hier-Lebende* in Bezug auf Deutsche.

Die Diskurslinguistik hat zudem herausgearbeitet, dass gesellschaftliche Narrative als Speicher und Konstituenten kultureller Wissensordnungen in narrative Konzepte und narrative Schemata gefaltet werden. So geht der diskurslexikografisch begründete Narrativ-Begriff davon aus, dass komplexe narrative Deutungsschemata in einzelnen sprachlichen Ausdrücken verdichtet werden können (vgl. Gredel/Mell 2018, S. 21); im stärker narratologisch orientierten Narrativ-Begriff von Bubenhofer/Scharloth/Müller (2014) fungieren transphrasatische sprachliche Muster als Kontextualisierungshinweise für kulturelle Narra-

⁶ Zum diskursanalytischen Nutzen einer semantischen Klassifikation der Relationen zwischen Kompositionsgliedern vgl. Scharloth et al. (2010, S. 111f). Die hier verwendete Klassifikation von Nominalkomposita ist die von Fandrych/Thurmair (1994).

tive, in denen die Konstitution, Formation und Vermittlung kultureller Wissensordnungen erfolgt, ohne dass diese detailliert expliziert werden müssten.

Im Folgenden sollen zwei weitere Praktiken der Faltung vorgestellt und auf ihre Funktion für die Schließung neurechter Diskurse befragt werden: die Aggregation durch Aufzählung und die Umsemantisierung durch Subjektprädikative.

3 Untersuchungskorpus

Die empirische Basis der Untersuchung bildet ein Textkorpus aus rechten Online-Medien. Ihre Zusammenstellung wurde von der Innensicht der an der rechten Diskursformation beteiligten Akteure geleitet. Das Thüringer AfD-Mitglied und Mandatsträger Wolfgang Prabel veröffentlichte 2017 in seinem persönlichen Blog eine „Hitparade“ vermeintlicher „APO-Blogs“.⁷ Dabei handelte es sich um eine Liste jener Blogs und Nachrichtenseiten, die von Prabel als einer außerparlamentarischen Opposition zugehörig betrachtet wurden. Sie wurden nach der Häufigkeit der Seitenaufrufe gerankt, wobei die Aufrufstatistik offenbar auf Zahlen beruhte, die vom Webtracker *Sur.ly* erhoben wurden.

Von den 25 top gerankten Blogs und News-Seiten wurden die folgenden 18 für die vorliegende Untersuchung komplett mitsamt Userkommentaren aus dem Internet heruntergeladen, von HTML- und Javascript-Code gereinigt sowie maschinell mit Hilfe des TreeTaggers (Schmid 1999) lemmatisiert und mit Wortarteninformationen annotiert: *PI News*, *Epochtimes*, *DWN*, *Hartgeld*, *MM News*, *Kopp Info*, *Achgut*, *Tichys Einblick*, *Jouwatch*, *Philosophia perennis*, *Politikstube*, *Opposition24*, *Hadmut Danisch*, *Bachheimer*, *Inselpresse*, *Michael Mannheimer*, *Freie Welt* und *Geolitico*. Von den top 25 Webseiten unberücksichtigt blieben die *Junge Freiheit* als traditionelles Printmedium, das *Gelbe Forum* als reines Diskussionsforum, *Unzensuriert* wegen seines Fokus auf Österreich, *Net News Express* als eher unspezifische Nachrichtenagentur, *Goldseiten* und *Cashkurs* wegen ihres Schwerpunktes auf Anlagetipps sowie *Der Postillon* wegen offensichtlicher Nicht-Zugehörigkeit zur interessierenden diskursiven Formation neurechter Online-Medien. Darüber hinaus wurden die Seiten des *Compact-Magazins*, das Blog seines Mitgründers Jürgen Elsässer, *anonymousnews.ru*, das Blog von Akif Pirinçci, *eigentlich frei*, *Journalalternativmedien*, *Propagandafront*, *Propagandaschau*, *Sezession Online*, *Quotenqueen* und *zuwanderung.net* dem Korpus hinzugefügt. Insgesamt umfasst das Untersuchungskorpus damit 29 rechte Online-Medien, von denen jeweils bis Ende 2017 alle Texte erfasst wurden. Das Korpus ist mit rund 182 Millionen Wörtern entsprechend umfangreich.

7 Vgl. <https://www.prabelsblog.de/2017/05/die-hitparade-der-apo-blogs-2017/> (Stand: 1.6.2021).

4 Faltung als Aggregation durch Aufzählung

Die Aufzählung wird häufig als nicht-relationales Nebeneinanderstellen von Wörtern verstanden, d. h. als Reihung, deren Elemente sich unterscheiden. So stellen Ägel/Hennig (2012, S. 388) für die aggregative Koordination fest, dass „die im zweiten Konjunkt implizit gebliebene Kategorie nicht identisch ist mit der expliziten Kategorie im ersten Konjunkt“. Bei genauerem Hinsehen allerdings ist es so, dass Aufzählungen durchaus benutzt werden, um kategoriale Relationen zwischen den Einzelelementen zu konstruieren. Im Untersuchungskorpus sind die häufigsten Aufzählungen mit ethnisierenden und rassifizierenden Konjunkten *Türken und Araber*, *Neger und Araber*, *Türken und Kurden*, *Rumänen und Bulgaren*, *Moslems und Neger* und *Araber und Afrikaner*. Obwohl sich die Konjunkte jeweils unterscheiden, ist die Rekurrenz der jeweiligen Ethnisierungen bzw. Rassifizierungen und ihre Kombinierbarkeit ein Beleg dafür, dass sie durch die Aufzählungen zu einer Klasse verschmolzen werden. Und auch wenn die verbindende semantische Relation nicht explizit gemacht wird, so sind die Rezipient/-innen wohl in der Lage, sie aus dem Co- oder Kontext zu erschließen, wenn sie nicht gar als konventionelle Implikatur kodiert sind.

Anja Lobenstein-Reichmann (2013, S. 82–87) vertritt entsprechend die Ansicht, dass Aufzählungen sowohl eine distinktiv unterscheidende als auch eine relational-subsumierende Funktion haben. Letztere habe das Potenzial, die Konjunkte einer gemeinsamen Prädikation zu unterwerfen.

Für die Untersuchung von Faltungen ist die subsumierende Funktion der Aufzählung besonders interessant. Denn die Subsumption unter eine bestimmte Klasse, der die Einheiten einer Aufzählung zugehören, hat das Potenzial, sie einer gemeinsamen Prädikation zu unterwerfen und sie zu partiellen Synonymen zu machen. Zählt man die Nomen-Aufzählungen im Korpus rechter Online-Medien aus, dann erhält man zunächst eine schlichte Frequenzliste, die auch viele Aufzählungen enthält, die nicht typisch für rechte Diskurse sind. Berechnet man allerdings, welche Aufzählungen signifikant häufiger in rechten Online-Medien als in einem Korpus mit Texten von *tagesschau.de* aus dem gleichen Zeitraum vorkommen, dann erhält man eine Liste mit jenen Aufzählungen, die den Debatten auf rechten Online-Medien ihre Typizität verleihen.

Tabelle 1 listet jene Reihungen aus den 500 Aufzählungen mit der höchsten Signifikanz auf, die aufgrund der Rekurrenz ihrer Konjunkte und sinnverwandter Ausdrücke als Kandidaten für Faltungsprozesse identifiziert werden können. Sie kommen im Referenzkorpus selten oder gar nicht vor, und ihre Konjunkte weisen im Hinblick auf ihre Proposition zunächst einmal nur vage semantische Relationen auf.

Das betrifft:

- die Reihung von Politik (Regierung, Parteien, Politiker, Staat) und Medien (Journalisten, Presse),
- die Reihung von ethnisierenden und rassifizierenden Ausdrücken und solchen, die religiöse Zugehörigkeiten zuschreiben und
- die Reihung von Linken bzw. linker Ideologie⁸ und Muslimen bzw. Islam.

Tab. 1: Nach Signifikanz geordnete Liste der Aufzählungen (lemmatisiert), die im Korpus neurechter Online-Medien signifikant häufiger auftreten als in einem Korpus der Texte von *tagesschau.de* im gleichen Zeitraum. relfreq Ref: relative Frequenz je 1 Millionen Wörter im *tagesschau.de*-Korpus (Referenzkorpus); relfreq KROM: relative Frequenz im Korpus rechter Online-Medien.

Rang	Aufzählung (lemmatisiert)	relfreq KROM	chi ² -Wert
1	„Politik und Medium“	10.12	159.30
5	„Medium und Politik“	3.78	63.03
15	„Türke und Araber“	1.98	36.17
17	„Neger und Araber“	1.93	35.23
22	„Politiker und Medium“	2.46	31.69
26	„Medium und Politiker“	1.65	28.23
44	„Araber und Afrikaner“	0.99	18.05
47	„Moslem und Neger“	0.95	17.36
52	„Rumäne und Bulgare“	0.89	16.29
54	„Neger und Moslem“	0.88	16.17
64	„Araber und Neger“	0.82	14.91
74	„Afrikaner und Araber“	0.78	14.22
78	„Politik und Presse“	0.74	13.59

⁸ Dass sich in der Liste das Konjunkt *Nationalsozialismus* findet, hat seinen Grund darin, dass dieser in neurechten Debatten wegen seines Determinatums häufig als linke Ideologie bezeichnet wird.

Rang	Aufzählung (lemmatisiert)	relfreq KROM	chi ² -Wert
79	„Araber und Türke“	0.74	13.59
97	„Politiker und Journalist“	1.56	11.75
108	„Linke und Moslem“	0.59	10.82
135	„Islam und Demokratie“	0.52	9.44
142	„Türke oder Araber“	0.48	8.87
143	„Presse und Politik“	0.59	8.80
151	„beherrscht Medium und Politik“	0.47	8.55
164	„Türke und Kurde“	1.08	8.05
174	„Neger und Mohammedaner“	0.41	7.55
175	„Bulgare und Rumäne“	0.41	7.55
181	„Neger und Musel“	0.40	7.30
220	„Moslem und Afrikaner“	0.35	6.35
224	„Musel und Neger“	0.34	6.23
225	„Partei und Medium“	0.34	6.23
248	„Regierung und Medium“	0.42	5.82
252	„Medium und Altpartei“	0.32	5.79
280	„Moslem und Linke“	0.29	5.35
306	„Politik und Massenmedium“	0.27	4.91
313	„Neger oder Araber“	0.26	4.78
340	„Mohammedaner und Neger“	0.24	4.40
352	„Neger und Musel“	0.23	4.21
364	„Altpartei und Medium“	0.33	4.16
367	„Neger und Sarazenen“	0.23	4.15
382	„Islam und Sozialismus“	0.22	4.03
393	„Neger und Orientale“	0.22	3.96
406	„Orientale und Afrikaner“	0.21	3.84
412	„Islam und Nationalsozialismus“	0.21	3.77
414	„Neger und Kuffnucke“	0.21	3.77
428	„Türke und Deutsche“	0.20	3.65
465	„Neger oder Moslem“	0.19	3.40
469	„Sozialismus und Islam“	0.19	3.40
471	„Muslim und Nicht-Muslim“	0.19	3.40

Visualisiert man die 1000 häufigsten Konjunkt-Kombinationen im Korpus neurechter Online-Medien in einem Graph, in dem die Konjunkte die Knoten und ihr gemeinsames Auftreten in einer Aufzählung die Kanten repräsentieren, dann zeigen sich einige Verdichtungsgebiete (vgl. Abb. 1).

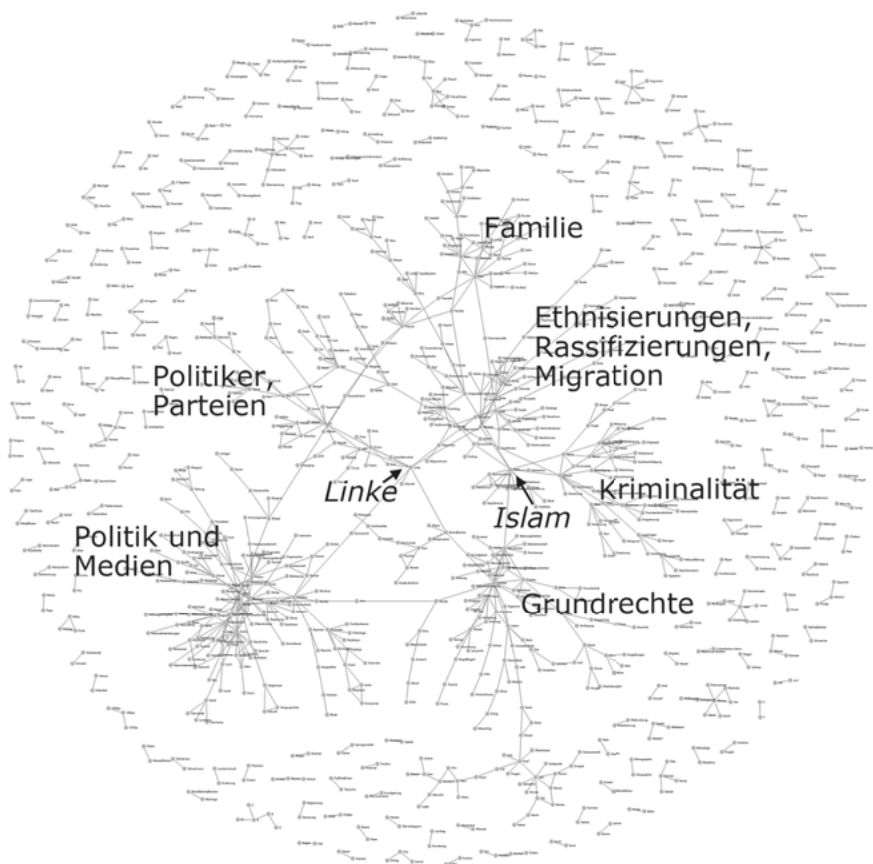


Abb. 1: Visualisierung der 1000 häufigsten Konjunkt-Kombinationen im Korpus neurechter Online-Medien. Knoten: Konjunkte; Kanten: gemeinsames Auftreten

Bei diesen Verdichtungsbereichen handelt es sich um Cluster von Ausdrücken, die in wechselnden Konstellationen immer wieder in Aufzählungen verwendet werden. Aus der Perspektive der subsumierenden Funktion von Aufzählungen können diese Cluster als Klassen von Ausdrücken gelten, die einer gemeinsamen Prädikation unterworfen werden. Diese Cluster formieren sich um:

1. die Ausdrücke *Politik* und *Medien*
2. Ausdrücke, die einzelne Politiker und Parteien bezeichnen
3. Ausdrücke aus dem Wortfeld ‚Familie‘
4. ethnisierende, rassifizierende und migrationsbezogene Ausdrücke
5. Ausdrücke, die Kriminalität bezeichnen
6. Ausdrücke aus dem Bereich Grundrechte

Daneben finden sich mit *Islam* und *Linke* zwei Konjunkte, die mit mehreren Clustern verbunden sind und daher vom Force-directed-Algorithmus der d3-Bibliothek, die für die Visualisierung verwendet wurde, im Zentrum platziert werden. Das Konjunkt *Islam* ist mit den Clustern Kriminalität, Grundrechte sowie dem Cluster Ethnisierungen, Rassifizierungen und Migration verbunden, das Konjunkt *Linke* mit beinahe allen Clustern. Dies lässt darauf schließen, dass es sich bei ihnen um Ausdrücke handelt, die kulturelle Entitäten bezeichnen, die für die Ideologie der untersuchten Diskursformation von zentraler Bedeutung sind. Sie sind über das Konjunkt *Moslem* miteinander verbunden.

Die datengeleitete Analyse sämtlicher Aufzählungen im Korpus liefert also weitere Indizien für die Faltung von Politik und Medien, die Faltung von bestimmten ethnisierten, rassifizierten und religiösen Gruppen und die Faltung von Linken bzw. linker Ideologie und Muslimen bzw. Islam in neurechten Online-Diskursen. Die gemeinsame Prädikation, denen die Ausdrücke und die mit ihnen bezeichneten kulturellen Entitäten unterworfen sind, lässt sich anhand der Analyse von Kollokationen erschließen.⁹ Aufzählungen aus dem um die Ausdrücke *Politik* und *Medien* formierten Cluster haben Verbkollokationen, die auf die kommunikativen Handlungen des VERHARMLOSENS (*herunterspielen*, *schönreden*, *kleinreden*), VERSCHWEIGENS (*ausblenden*, *auslassen*, *tabuisieren*, *verleugnen*) und LÜGENS (*veräppeln*, *verarschen*, *weismachen*, *belügen*) verweisen (vgl. Tab. 2).

⁹ Die folgenden Listen der Verbkollokationen wurden aus Platzgründen gekürzt.

Tab. 2: Verbkollokationen frequenter Aufzählungen aus dem Cluster Politik und Medien

Aufzählung	Kollokationen
„Politik und Medium“	<i>ausblenden, geißeln, beweinen, befeuern, einschätzen, verklären, blenden, herunterspielen, anfeinden, anprangern, einhämmern, bestärken, kriminalisieren, streuen, verwirren, kleinreden, kolportieren, vorlügen, vorgaukeln</i>
„Medium und Politiker“	<i>zucken, messen, auslassen, schönreden, jubeln, veräppeln, hinstellen, dämonisieren, reiben, tabuisieren, verteufeln, verarschen, verheimlichen, weismachen, aufgreifen, belügen, suggerieren</i>
„Politik und Presse“	<i>verspotten, überraschen, verleugnen, ersticken, verraten, verachten, lügen, verschweigen, wegschauen, beschäftigen</i>
„Politiker und Journalist“	<i>übersehen, beschönigen, aushöhlen, verfassen, zeichnen, formulieren, argumentieren, verharmlosen, ignorieren, lügen</i>
„Partei und Medium“	<i>abtun, zuweisen, orientieren, leugnen, verharmlosen, verschweigen, vergessen, meinen, versuchen, unterstützen</i>
„Regierung und Medium“	<i>lügen, behaupten, berichten, unterstützen, glauben, nennen</i>

Bei der Zuschreibung ethnisierender, rassifizierender und religionsbezogener Zugehörigkeiten treten Verben auf, die den Bereichen des Ausnutzens (*durchfüttern, zahlen, kassieren*), der Gewaltanwendung (*zusammenschlagen, überrennen, metzeln, vergewaltigen, belästigen, plündern*), der massenhaften Migration (*fluten, überfluten, reinlassen, einquartieren, schleusen, ansiedeln, strömen, vollstopfen*) und der sexuellen Aktivität (*vögeln, vermehren*) entstammen (vgl. Tab. 3). Die Kollokationsanalyse liefert somit einen Beleg für die zuvor formulierte These von der Negativierung der in Aufzählungen verwendeten Lexeme und der Abwertung der mit ihnen referenzierten Gruppen.

Tab. 3: Verbkollokationen frequenter Aufzählungen von ethnisierenden, rassifizierenden und religionsbezogenen Zugehörigkeiten

Aufzählung	Kollokationen
„Türke und Araber“	<i>mobben, pampern, spannen, durchfüttern, zusammenschlagen, zunehmen, herumlaufen, verschärfen, vermuten, ergießen, prügeln, anfangen, verachten, fluten, erziehen, heiraten, jagen, hassen</i>
„Neger und Araber“	<i>überfluten, verballern, reinlassen, einquartieren, lungern, durchfüttern, überrennen, strömen, ansiedeln, einlassen, kürzen, plündern, fluten, locken, jagen, importieren, belästigen, bereichern, flüchten, abschieben, vergewaltigen</i>
„Araber und Afrikaner“	<i>schleusen, auftauchen, überrennen, explodieren, ansiedeln, fluten, passen, verteilen, ersetzen, vergewaltigen, aufnehmen, zahlen</i>
„Moslem und Neger“	<i>vollstopfen, metzeln, vermehren, einfallen, strömen, scheißen, ansiedeln, untergehen, verkommen, fluten, importieren, belästigen, verschweigen, vergewaltigen, abschieben, ermorden</i>
„Rumäne und Bulgare“	<i>kassieren, infizieren, beziehen, integrieren, warnen</i>
„Neger und Mohammedaner“	<i>fluten, verlangen, verfolgen, wünschen, brauchen</i>
„Neger und Musels“	<i>vögeln, vermehren, bekommen, fordern</i>
„Neger, Araber und Zigeuner“	<i>durchfüttern, abschieben</i>
„Neger und Zigeuner“	<i>durchfüttern, abschieben, retten</i>

Das Verbindende von Linken und Islam sehen rechte Autor/-innen im gemeinsamen Kampf und einer vermeintlichen Zusammenarbeit, zumindest legen dies die Verbkollokationen der Aufzählungen nahe (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Verbkollokationen frequenter Aufzählungen von Linken und Moslems

Aufzählung	Kollokationen
„Linke und Moslem“	<i>hassen, stören, rufen, verhindern, kämpfen, versuchen, handeln, glauben</i>
„Linke und Migranten“	<i>zusammenschließen</i>
„Linke und Islamisten“	<i>zusammenschließen, zusammenarbeiten, zerstören</i>
„Islam und Sozialismus“	<i>zusammentun, zusammenführen, herrschen</i>

Dass es sich hier um Prozesse der Faltung handelt, belegen auch die zahlreichen meist nebenordnenden Komposita (Kopulativkomposita), die sich im Korpus zu allen drei genannten Phänomenbereichen finden: Für die Faltung von Medien und Politik beispielsweise die Adjektiv-Adjektiv-Komposita *medialpolitisch*, *medial-links-politisch* und *politisch-medial-akademisch* oder Nominalkomposita wie *Politisch-Medialer-Komplex*, *Medien-Polit-Mafia*, *Polit-Medien-Kaste* und *Politik-Medienkartell*; für die Faltung von ethnisierenden, rassifizierenden und religionsbezogenen Ausdrücken die Adjektiv-Adjektiv-Komposita *muselmanisch-orientalisch*, *arabischnordafrikanisch*, *türkisch-arabisch-moslemisch* oder *nordafrikanisch-arabisch-moslemisch* und die Nominalkomposita *Arabermusels*, *Musel-Afrikaner*, *Afro-Arab-Asia-Moslems* oder *Moslemzigeunernegerkötermischvolk*; für die Faltung von linker Ideologie und Islam Komposita wie *linksgrünislamversifft*, *links-islamistisch-ökofeministisch*, *linksbuntislamverstrahlt* oder *Islamo-Linke*, *Links-Islam-Faschismus* und *Linksislamismus*.

Die Analyse zeigt, dass Aufzählungen als Praktiken der Faltung aufgefasst werden können, weil in ihnen sprachliche Ausdrücke, die vorher in keinem nennenswerten diskursiven, argumentativen oder semantischen Zusammenhang standen, durch implizite Prädikation einer Klasse zugeordnet werden. Durch den rekurrenten Gebrauch dieser Ausdrücke als Konjunkte in Aufzählungen kann dies dazu führen, dass sie zu Elementen einer neu konstruierten Klasse oder im Extremfall gar zu partiellen Synonymen werden. Dass etwa Aufzählungen mit den Konjunkten *Politik* und *Medien* im Untersuchungskorpus häufiger als alle anderen Aufzählungen vorkommen, zeigt, dass die mit ihnen bezeichneten kulturellen Entitäten in neurechten Diskursen nicht etwa als voneinander unabhängige Gewalten eines demokratischen Verfassungsstaates gelten, sondern zu einer Einheit gefaltet sind.

5 Die Prädikationsmatrix als Bedingung für Faltungsprozesse: Subjektprädikative

Während durch Aufzählungen sprachliche Ausdrücke implizit derselben Prädikation unterworfen werden, soll im Folgenden eine explizite Form der Prädikation im Fokus stehen, nämlich die Prädikation durch Konstruktionen mit Kopulaverben und Subjektprädikativen.

Bei diesen Konstruktionen handelt es sich um ein über die sprachliche Oberfläche relativ leicht identifizierbares Phänomen, das für Umsemantisierungsprozesse von großer Bedeutung ist. Zifonun/Hoffmann/Strecker (1997, S. 1072) definieren die Prädikative allgemein als Ausdrücke, die über die semantische Funktion verfügen, über einen Gegenstand unter Zuschreibung von Eigenschaften zu präzisieren. Sie denotieren also Eigenschaften oder Charakteristika. Dabei sind die Prädikativkomplemente¹⁰ von besonderem Interesse, denn durch sie werden sprachlich konstruierten Gegenständen Eigenschaften explizit zugeschrieben. Sie weisen die mit dem Subjekt bezeichneten Gegenstände als Elemente oder Teilmengen einer Klasse aus. Damit haben sie auch das Potenzial, Gegenstände einer neuen Klasse zuzuschreiben und – im Fall ihrer rekurrenten Verwendung – einen Prozess der Faltung von Klasse und Gegenstand auszulösen.

Merkel ist Volksfeind Nr. 1, Medien sind Handlanger der Islamisierung, Migration ist eine Waffe oder *die Grünen sind ein Krebsgeschwür* sind Beispiele aus dem Untersuchungskorpus, mit denen Angela Merkel zu einem Element der Klasse der Volksfeinde, Medien zu einer Teilmenge der Klasse der Handlanger, Migration zu einem Element der Klasse Waffen und die Grünen zu einer Teilmenge der Klasse potenziell letaler Krankheiten erklärt werden. Es dürfte kaum überraschen, dass sich keines dieser Subjektprädikative im Referenzkorpus mit Texten von *tagesschau.de* findet.

Werden unterschiedliche Ausdrücke wiederholt mittels gleicher Subjektprädikative zu Vertretern einer Klasse gemacht, dann ermöglicht dies ihre Faltung. Ziel der folgenden Abschnitte ist es, Muster in der Prädikation mittels Subjektprädikativen zu finden und so eine Prädikationsmatrix zu rekonstruieren, die die Faltungslogik in rechten Diskursen verstehbar macht.

Nun sind Subjektprädikative zwar kein übermäßig häufiges, aber doch ein salientes Phänomen, wenn es um die Frage diskursspezifischer Umsemantisierungen geht. Das Untersuchungskorpus enthält immerhin rund 22.000 Subjekt-

¹⁰ Weinrich (1993, S. 118) nennt sie *Prädikats-Nomen* und schreibt ihnen die Funktion der „klassifikatorischen Feststellung“ zu.

prädikative. Die Prädikativkomplemente, die als Klassenbezeichnungen für die folgenden Überlegungen von besonderem Interesse sind, lassen sich einerseits nach ihrer Häufigkeit, andererseits aber auch nach der Anzahl unterschiedlicher Subjekte, die sie präzisieren, ordnen. Tabelle 5 zeigt, dass so heterogene Ausdrücke wie *Religion*, *Problem*, *Frieden*, *Kaserne* und *Gefahr* am häufigsten in der Funktion von Prädikativkomplementen verwendet werden, von denen sich aber bei Weitem nicht alle in der Liste jener Komplemente finden, die bei der Prädikation vieler unterschiedlicher Subjekte zum Einsatz kommen.

Tab. 5: Distribution der Subjektkomplemente in den Subjektprädikativen im Korpus neurechter Online-Medien. Links: Komplemente nach Frequenz geordnet. Rechts: Komplemente nach der Anzahl unterschiedlicher Subjekte (Types), mit denen sie als Subjektkomplemente gebraucht werden.

Komplement	Frequenz als Komplement	Komplement	Anzahl Subjekt-Types
<i>Religion</i>	604	<i>Problem</i>	119
<i>Problem</i>	504	<i>Gefahr</i>	79
<i>Frieden</i>	459	<i>Feind</i>	65
<i>Kaserne</i>	277	<i>Mensch</i>	49
<i>Gefahr</i>	226	<i>Schande</i>	46
<i>Mensch</i>	217	<i>Nazi</i>	40
<i>Feind</i>	210	<i>Opfer</i>	39
<i>Ideologie</i>	187	<i>Verbrechen</i>	38
<i>Opfer</i>	150	<i>Schuld</i>	36
<i>Schande</i>	144	<i>Islam</i>	34
<i>Teil</i>	133	<i>Mann</i>	33
<i>Volk</i>	130	<i>Waffe</i>	33
<i>Nazi</i>	129	<i>Mittel</i>	30
<i>Islam</i>	119	<i>Ende</i>	29
<i>Ende</i>	115	<i>Bedrohung</i>	26
<i>Macht</i>	107	<i>Katastrophe</i>	26
<i>Verbrechen</i>	105	<i>Grund</i>	26
<i>Geld</i>	102	<i>Ideologie</i>	25
<i>Schuld</i>	101	<i>Witz</i>	25
<i>Freund</i>	100	<i>Religion</i>	24
<i>Bedrohung</i>	96	<i>Lüge</i>	24
<i>Pflicht</i>	92	<i>Politiker</i>	24

Komplement	Frequenz als Komplement	Komplement	Anzahl Subjekt-Types
<i>Bundesstaat</i>	91	<i>Gut</i>	23
<i>Partei</i>	90	<i>Volk</i>	22
<i>Mörder</i>	90	<i>Moslem</i>	22

Für die Rekonstruktion der Prädikationsmatrix wurden nun jene Ausdrücke, die im Korpus neurechter Online-Medien am häufigsten, mindestens aber fünf Mal in Subjektposition auftreten, daraufhin analysiert, welche Prädikativkomplemente mit ihnen verwendet werden. Dabei war der Gedanke leitend, dass diese 402 Ausdrücke besonders häufig Ziel von expliziten Prädikationen und damit potenziell von Umsemantisierungen sind. Umgekehrt gilt freilich auch: Je häufiger ein Ausdruck als Prädikativkomplement mit einem zu präzisierenden Ausdruck gebraucht wird, desto relevanter sind die mit dem Ausdruck zugeschriebenen Prädikate für das Kommunikationssystem. Sie formieren sich zu einer Prädikationsmatrix. Die Ausdrücke in Subjektposition wiederum treten normalerweise mit mehreren Prädikativkomplementen auf und lassen sich abhängig von der Menge gleicher und unterschiedlicher Prädikativkomplemente gruppieren. Ausdrücke, die eine ähnliche Prädikationsstruktur haben, sind Kandidaten für Faltungen.

Für die Rekonstruktion der Prädikationsmatrix wurden nur solche Prädikativkomplemente ausgewählt, die mit mindestens fünf unterschiedlichen Subjektausdrücken verwendet wurden. Ihre Zahl ist mit 355 jedoch immer noch recht groß. Sie wurden daher mittels einer Clusteranalyse auf der Basis ihrer Subjekt-Kookkurenzen vorgruppiert, wobei einzelne Elemente im Nachgang aufgrund mangelnder semantischer Passung in andere Gruppen verschoben wurden bzw. zu neuen Gruppen formiert wurden. Insgesamt entstanden so 33 Gruppen: Problematisches, Abwertendes, Krankheiten, Selbstabschaffung, Völkermord und Selbstabschaffung, Diktator/Diktatorin, Quellen des Übels, Feind/Gegner, Ehrlose Personen(gruppen), Straftaten, Kriminelle/Täter, Moslems, Formen von Aggression, Islam/Muslimischer Glaube, Wirklichkeit/Normalität, Religion/Ideologie, Regierungssysteme, Rasse und Rassenmischung, Rechte, Pflichten und Tugenden, (Vermeintlich) Positives, Faschismus/Rechts/Nazi, Wirtschaftliches, Sprachliches, Zeichen, Beispiel und Symbol, Grundlagen und Ergebnisse, Forderungen an Migranten, Falschheiten, Menschengruppen, Schuldige und Helfershelfer, Linker Mainstream, Lächerliche Personen(gruppen), Schimpfwörter für Frauen, Personen.

Abbildung 2 zeigt die Prädikationsmatrix, in der die Zuschreibungen ethnisierender, rassifizierender und religiöser Zugehörigkeiten mit jenen Prädikativkomplemente-Klassen verbunden sind, mit denen sie häufig in Subjektprädikativkonstruktionen verwendet werden. In der Visualisierung wird deutlich, dass viele dieser Bezeichnungen dominant mit Prädikativkomplementen aus den Klassen *Problem*, *Kriminelle/Täter*, *Wertlose* und *Schädlinge* und *vermeintlich Positives* prädiiziert werden¹¹.

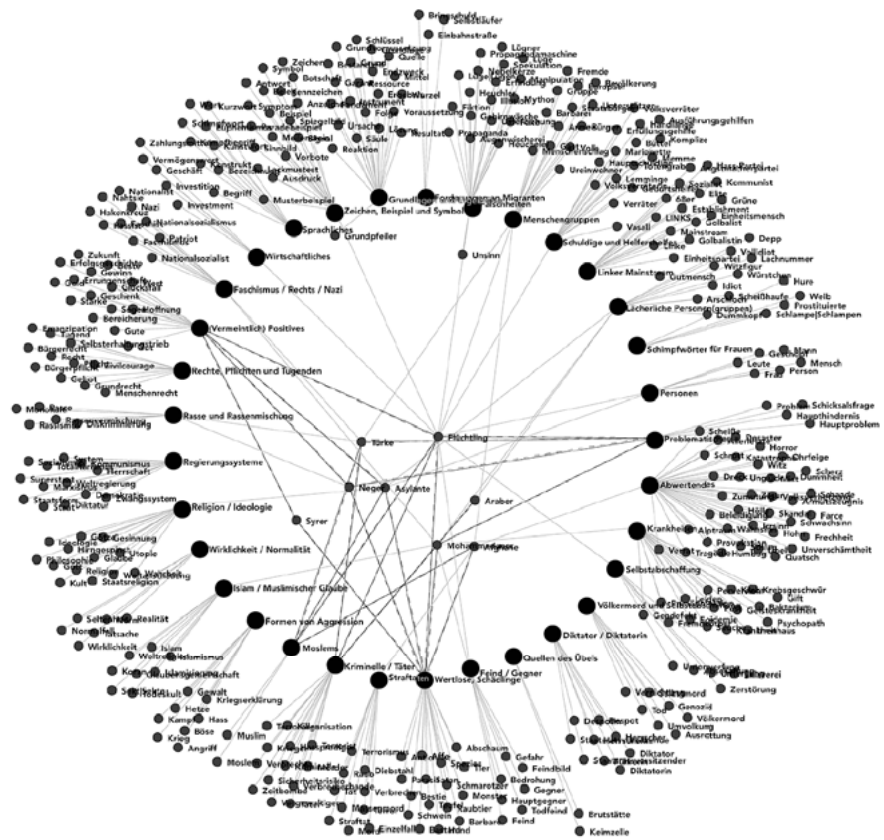


Abb. 2: Prädikationsmatrix mit ethnizierenden, rassifizierenden und religionsbezogenen Ausdrücken. Hervorgehobene Verbindungen zeigen besonders häufige Prädikationen mit den Prädikativkomplementen aus der jeweiligen Klasse.

11 Weiteres ist auf die Bezeichnung *Goldstücke* zurückzuführen, die in neurechten Online-Medien sarkastisch zur Bezeichnung von Migrant/-innen benutzt wird.

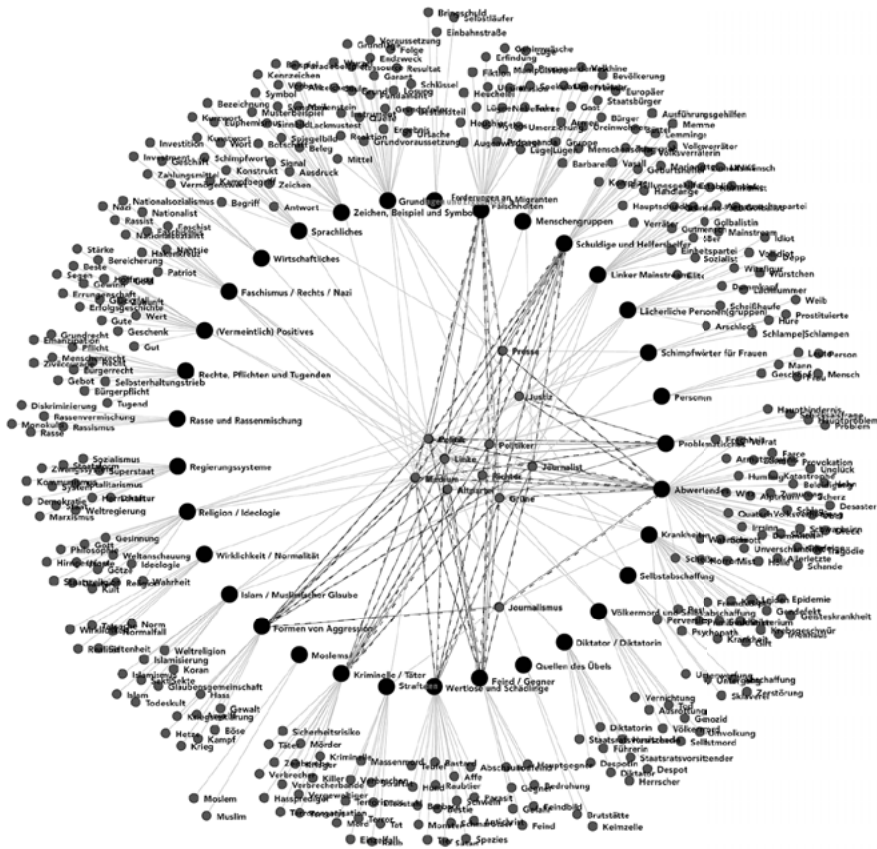


Abb. 3: Prädikationsmatrix mit Ausdrücken aus dem Bereich Politik und Medien. Hervorgehobene Verbindungen zeigen besonders häufige Prädikationen mit den Prädikativkomplementen aus der jeweiligen Klasse.

Politik und Medien werden ebenso mit Prädikativkomplementen aus den Klassen *Problem*, *Kriminelle* und *Wertlose und Schädlinge* prädiert. Hinzu kommen allerdings auch noch Komplemente aus den Klassen *Falschheiten*, *Schuldige und Helfershelfer* sowie *Feind/Gegner* (vgl. Abbildung 3). Diese Prädikationen machen es offenbar möglich, Politik und Medien als Elemente einer nicht näher spezifizierten Klasse zusammenzufassen. Diese Prädikationen decken sich größtenteils mit jenen, die im vorangegangenen Abschnitt aus den Kollokationen zu Aufzählungen abgeleitet werden konnten.

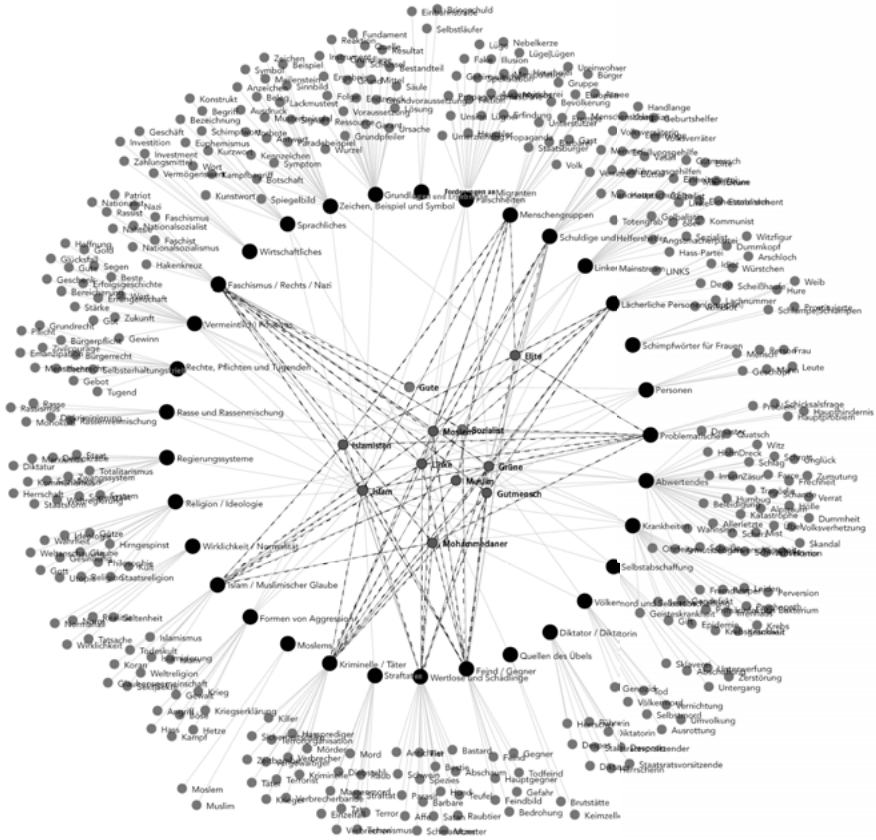


Abb. 4: Prädikationsmatrix mit Ausdrücken aus den Bereichen Islam und Linke. Hervorgehobene Verbindungen zeigen besonders häufige Prädikationen mit den Prädikativkomplementen aus der jeweiligen Klasse.

Bei Lexemen, die den Islam und die Linke bezeichnen, finden sich die meisten der Prädikationen, die sich auch bei Politik und Medien finden. Allerdings treten noch die Prädikativkomplemente-Klassen des Faschismus und Nationalsozialismus hinzu (vgl. Abb. 4).

6 Fazit

Die aus der Analyse von Subjektprädikativen destillierte Prädikationsmatrix ist das Ergebnis von Kommunikationsakten, in denen rekurrente Sprachgebrauchsmuster zirkuläre Verstärkungen bedingen. Die Matrix ist damit Teil des autopoietischen Reproduktionsmechanismus des Kommunikationssystems. Sie steuert, wie Elemente, die von Außen kommen, prädiziert und so durch das System angeeignet werden. Ähnliche Prädizierungen ermöglichen wiederum die Faltung der prädizierten Elemente, denn die durch die Prädizierung ermöglichten Gebrauchsweisen erzeugen reokkurrenzhaltige Anschlüsse. Es kommt zu einer zirkulären Verstärkung, die zur operativen Schließung des Kommunikationssystems beiträgt.

Eine datengeleitete Korpuspragmatik kann diese Prozesse der Formierung und Stabilisierung von Kommunikationssystemen rekonstruieren und nachvollziehbar machen.

Literatur

- Ägel, Vilmos/Hennig, Mathilde (Hg.) (2012): *Grammatik aus Nähe und Distanz. Theorie und Praxis am Beispiel von Nähetexten 1650–2000*. Tübingen: Niemeyer.
- Bubenhof, Noah/Müller, Nicole/Scharloth, Joachim (2014): Narrative Muster und Diskursanalyse: Ein datengeleiteter Ansatz. In: *Zeitschrift für Semiotik* 35, 3–4, S. 419–444.
- de Benoist, Alain (1985): *Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite*. Krefeld: Sinus.
- de Benoist, Alain (2019): Antonio Gramsci. In: de Benoist, Alain: *View from the right. A critical anthology of contemporary ideas*. Vol. III: *Controversies and viewpoints*. Translated by Roger Adwan. London: Arktos, S. 207–223.
- Ebling, Sarah/Scharloth, Joachim/Dussa, Tobias/Bubenhof, Noah (2013): Gibt es eine Sprache des politischen Extremismus? In: Liedtke, Frank (Hg.): *Die da oben – Texte, Medien, Partizipation (= Sprache – Politik – Gesellschaft 10)*. Bremen: Hempen, S. 43–67.
- Fandrych, Christian/Thurmair, Maria (1994): Ein Interpretationsmodell für Nominalkomposita: linguistische und didaktische Überlegungen. In: *Deutsch als Fremdsprache* 31, 1, S. 34–44.
- Gredel, Eva/Mell, Ruth M. (2018): Narrative – diskursiv und digital. Zum Einsatz digitaler Tools und Ressourcen für Diskursanalysen von Narrativen und von narrativen Konzepten. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 48, 2, S. 331–355.
- Hinzmann, Maria (2020): *Topik zwischen Modellierung und Operationalisierung. Topoi deutschsprachiger Indienreiseberichte um 1900*. Bielefeld: transcript.
- Jacob, Katharina (2016): Das diskurslinguistische Potential salienter politischer Sätze. In: Beßlich, Barbara/Felder, Ekkehard (Hg.): *Geschichte(n) fiktional und faktual. Literarische und diskursive Erinnerungen im 20. und 21. Jahrhundert*. Bern: Lang, S. 331–353.

- Klein, Josef (2013): Der saliente politische Satz – ein Kristallisationspunkt kollektiven Wissens. In: Kilian, Jörg/Niehr, Thomas (Hg.): Politik als sprachlich gebundenes Wissen. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 8). Bremen: Hempen Verlag, S. 137–158.
- Klein, Josef (2017): Saliente Sätze. In: Roth, Kersten Sven/Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft. (= Handbücher Sprachwissen 19). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 139–164.
- Köller, Wilhelm (2004): Perspektivität und Sprache. Zur Struktur von Objektivierungsformen in Bildern, im Denken und in der Sprache. Berlin/New York: De Gruyter.
- Krzyżanowski, Michał (2020): Discursive shifts and the normalisation of racism: imaginaries of immigration, moral panics and the discourse of contemporary right-wing populism. In: Social Semiotics 30, 4, S. 503–527.
- Liebert, Wolf-Andreas (2019): Zur Sprache totaler Ideologien. Wie die Linguistik zum Verstehen extremistischen Denkens und Sprechens beitragen kann. In: SPRACHREPORT 1/2019, S. 1–12.
- Lobenstein-Reichmann, Anja (2013): Sprachliche Ausgrenzung im späten Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. (= Studia linguistica Germanica 117). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Niehr, Thomas (2019): Sprache – Macht – Gewalt. Oder: Wie man die Grenzen des Sagbaren verschiebt. In: SPRACHREPORT 3/2019 S. 1–7.
- Schade, Thomas (2021): Differenz und Limitation: Skizze zu einer systemtheoretischen Revision sprachrelativistischer Grundannahmen. Diss. Dresden: Technische Universität Dresden. Internet: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa2-733866> (Stand: 1.6.2021).
- Scharloth, Joachim (2005): Die Semantik der Kulturen. Diskurssemantische Grundfiguren als Kategorien einer linguistischen Kulturanalyse. In: Busse, Dietrich/Niehr, Thomas/Wengeler, Martin (Hg.): Brisante Semantik. Neuere Konzepte und Forschungsergebnisse einer kulturwissenschaftlichen Linguistik. (= Reihe Germanistische Linguistik 259). Tübingen: Niemeyer, S. 119–135.
- Scharloth, Joachim (2018): Korpuspragmatik. In: Hagemann, Jörg/Staffeldt, Sven (Hg.): Pragmatiktheorien II. Diskursanalysen im Vergleich. (= Stauffenburg-Einführungen 34). Tübingen: Stauffenburg, S. 139–170.
- Scharloth, Joachim/Gerber, Christian/Glättli, Balthasar/Studer, Michel/Bubenhofer, Noah/Ebling, Sarah/Vola, Saskia (2010): Die Schweiz in der Krise: Korpuspragmatische Untersuchungen zur sprachlichen Konstruktion und Diffusion von Krisensemantiken. In: Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur 2, S. 99–120.
- Schmid, Helmut (1999): Improvements in part-of-speech tagging with an application to German. In: Armstrong, Susan/Church, Kenneth W./Isabelle, Pierre/Manzi, Sandra/Tzoukermann, Evelyne/Yarowsky, David (Hg.): Natural language processing using very large corpora. (= Text, speech and language technology 11). Dordrecht: Kluwer, S. 13–25.
- Schnick, Michaela (2018): Entwertungs-Handlungen im Zuge diskursiver Radikalisierung – „Wir sind auf verschiedenen Seiten der Barrikade“. In: Klinker, Fabian/Scharloth, Joachim/Szczek, Joanna (Hg.): Sprachliche Gewalt. Formen und Effekte von Hassrede, Pejorisation und verbaler Aggression. Stuttgart: Metzler, S. 155–182.
- Schobert, Alfred (2002): Netze, Viren, Ströme – Wurzeln und das Reich oder Wie Alain de Benoist mit Carl Schmitt der „Dampfwalze der Globalisierung“ trotzen will. In: kultuRRevolution – Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie 44, S. 23–33.

- Spieß, Constanze (2017): Metaphern. In: Roth, Kersten Sven/Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft. (= Handbücher Sprachwissen 19). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 94–115.
- Wengeler, Martin (2003): Argumentationstopos als sprachwissenschaftlicher Gegenstand. Für eine Erweiterung linguistischer Methoden bei der Analyse öffentlicher Diskurse. In: Geideck, Susan/Liebert, Wolf-Andreas (Hg.): Sinnformeln. Linguistische und soziologische Analysen von Leitbildern, Metaphern und anderen kollektiven Orientierungsmustern. Berlin/New York: De Gruyter, S. 59–82.
- Weinrich, Harald (1993): Duden: Textgrammatik der deutschen Sprache. Mannheim: Dudenverlag.
- Wengeler, Martin (2017): Wortschatz I: Schlagwörter, politische Leitvokabeln und der Streit um Worte. In: Roth, Kersten Sven/Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft. (= Handbücher Sprachwissen 19). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 22–46.
- Wodak, Ruth (2018): Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. In: Politische Vierteljahresschrift 59, S. 323–335.
- Zifonun, Gisela/Hoffmann, Ludger/Strecker, Bruno (1997): Grammatik der deutschen Sprache. 3 Bde. (= Schriften des Instituts für deutsche Sprache 7). Berlin/New York: De Gruyter.

Ekkehard Felder (Heidelberg)/Marcus Müller (Darmstadt)

Diskurs korpuspragmatisch: Annotation, Kollaboration, Deutung am Beispiel von Praktiken des Moralisierens

Abstract: Der Beitrag behandelt methodische Fragen der Korpuspragmatik im Bereich der politischen Sprache am Beispiel sprachlicher Praktiken der Moralisierung im Deutschen Bundestag. Wir stellen einen Ansatz zur Erarbeitung pragmatischer Strukturmuster – ‚Pragmeme‘ – des Moralisierens vor, der auf kollaborativer Annotation basiert. Den Datensatz bildet das linguistisch aufbereitete Korpus der Plenarprotokolle des Deutschen Bundestags 1949–2017. Zur Eruierung geeigneter Beobachtungspassagen wurde ein Thesaurus von Moralwörtern erarbeitet und deren Verteilung gemessen. Dadurch haben sich drei Beobachtungsperioden für Pilotkorpora ergeben: 1949, 1983 und 2015. In diesen Beobachtungsperioden wurden Zufallsstichproben von Sätzen mit Moralwörtern gezogen und annotiert. Im Beitrag stellen wir die einzelnen Schritte und vorläufigen Ergebnisse des Projekts vor und diskutieren Möglichkeiten und Grenzen des Verfahrens.

1 Einleitung

In öffentlichen Debatten spielt schon seit einiger Zeit das Phänomen der Moralisierung eine zentrale Rolle. Als Beleg sei exemplarisch auf den von Christian Neuhäuser und Christian Seidel (2020) herausgegebenen Sammelband „Kritik des Moralismus“ verwiesen, in dem folgende Frage formuliert wird: „Was unterscheidet Moralismus von berechtigter moralischer Kritik?“ Wir modifizieren die Frage ganz leicht und formulieren: „Wo ist die Grenze zwischen Moral und Moralisierung bzw. zwischen dem Referieren auf moralische Werte und der rhetorischen Strategie des Moralisierens?“ Vor diesem Hintergrund behandelt unser Beitrag methodische Fragen der Korpuspragmatik im Bereich der politischen Sprache. Als Beispiel dient die Analyse sprachlicher Praktiken der Moralisierung im Deutschen Bundestag. Sprachliche Praktiken der Moralisierung sollen mit einem spezifisch korpuspragmatischen Zugang analysiert werden – nämlich der kollaborativen Annotation von Sprachhandlungspraktiken in einen Korpus mit allen Bundestagsplenarprotokollen aus den Jahren 1949 bis 2017. Der Ansatz bedient sich deskriptiver Verfahren. Die Ergebnisse, sofern sie überzeugen, können auch für gesellschaftspolitische Argumentationszusammenhänge genutzt werden. In

diesem Sinne verfolgt der Beitrag einen politisch aufklärerischen Anspruch im Bereich Sprache und Politik bzw. öffentliche Kommunikation in der Demokratie, wenngleich aber keinen partei- oder interessenpolitischen.

Um das hier behandelte Phänomen leichter zugänglich und verständlich zu machen, beginnen wir mit zwei jüngeren Debattenbeiträgen zur Corona-Pandemie: „Die Propagandisten einer baldigen Schulöffnung müssen nur eine Frage beantworten: Wie viele Tausend Tote sind ihnen die Vermeidung später behebbarer Lerndefizite wert?“ (Jürgen Trittin auf Twitter; zitiert nach Stieber/Pauli 2021). Zum anderen sei zur Verdeutlichung unseres Erkenntnisinteresses die folgende Feststellung zitiert: „Aber der Trend der öffentlichen Debatte, mit moralischen Verurteilungen statt mit rationalen Argumenten zu operieren, ist immer noch da. Dieser Spin hat sich jetzt auf die Corona-Diskussion übertragen.“ (Wagenknecht 2021).

Wir gehen davon aus, dass sowohl die Frage als auch der Aussagesatz nicht im Sinne eines Fahnenwortes erkennbar für eine politische Richtung stehen, sondern von vielen Politikern und Politikerinnen unterschiedlicher Couleur hätten geäußert werden können. Und damit sind wir bei unserem methodischen Interesse, das – wie eingangs erwähnt – ein bestimmtes pragmatisches Phänomen betrifft. Dieses Phänomen benennen wir mit einer Alltagsvokabel, der eine negative Konnotation inhärent ist. Wir wollen diesen Terminus hier aber als einen deskriptiven Beschreibungsterminus stark machen. Aus pragmalinguistischer Sicht konzentrieren wir uns also auf sprachliche Praktiken des Moralisierens. Zunächst skizzieren wir das pragmatische Phänomen, anschließend die quantitativ-qualitativen Verfahren seiner Identifizierung und Beschreibung. In diesem Beitrag werden nicht die moralischen Argumente oder der Verweis auf Werte inhaltlich diskutiert, sondern nur die Form bzw. die Art und Weise, wie diese Überzeugungen vorgetragen werden. Dementsprechend präsentieren wir einen methodologischen Beitrag im Paradigma der deskriptiven Linguistik. Wir wollen mit linguistischen Mitteln die Grenzen zwischen Referenz auf moralische Werte einerseits und dem Moralisieren als einer rhetorischen und pragmalinguistisch beschreibbaren Debattenstrategie andererseits ausleuchten. Moralisierungspraktiken liegen vor, wenn bestimmte Themenaspekte – aus Sicht des Sprechers – auf Grund der Gültigkeit bestimmter Werte nicht weiter diskutiert werden sollen. Ob der Verweis auf moralische Werte angemessen ist oder nicht, ist für unsere linguistische Herangehensweise nicht von Belang. Gleichmaßen enthalten wir uns einer inhaltlichen Bewertung, ob die Moralisierungsstrategie in dem von uns definierten Sinne legitim ist. Unsere Aufmerksamkeit gilt Form-Funktions-Korrelationen. Ihre Beschreibung und kategoriale Zubereitung sollen einen linguistischen Beitrag zur Durchleuchtung politischer Debattenkultur leisten, an deren Ende jede Person sich selber ein Bild machen kann, was sie in Bezug auf die beiden deskriptiv zu beschreibenden Phänomene der Moral und der Moralisierung für angemessen hält.

In unserem Ansatz wird ‚Moral‘ methodisch als deskriptiver Terminus verstanden, mittels dessen auf gesellschaftlich konventionalisierte ethisch-sittliche Werte, Normen und Grundsätze verwiesen wird (Konzeptualisierung moralischer Werte wie z. B. Individualinteresse versus Gemeinwohl bei Fragen der Steuergerechtigkeit). Mit dem noch zu präzisierenden Terminus ‚Moralisierung‘ hingegen sollen diskursstrategische Verfahren (pragmatischer bzw. rhetorischer Art) operationalisiert werden, in denen die Beschreibung von Streitfragen und erforderlichen Handlungen mit moralischen Begriffen enggeführt werden. Unser Erkenntnisinteresse fokussiert zum einen Pluriformität und Ambivalenz des Phänomens der Moralisierung und dürfte von interdisziplinärem Interesse sein – sie steht in unmittelbarem Kontext zur strukturellen Dialogizität (Felder 2020).

Zum anderen konzentriert sich unser Erkenntnisinteresse auf die Kombination qualitativer und quantitativer Verfahren – wie wir sie im Rahmen der korpuspragmatischen Kontextualisierungsforschung (Müller 2015, 2020; Müller/Mell 2021) und der pragma-semiotischen Textarbeit (Felder 2012, 2015) bereits vorgelegt haben. Sie sind angetrieben vom Zusammenhang zwischen ausdrucksseitigen Oberflächenphänomenen als sprachlichen Mustern einerseits und inhaltsseitiger Funktionsbestimmung pragmatischer Routinen andererseits. Als Resultat unserer Analyse sollen die Abstraktion der Ergebnisse und die Modellierung von Praktiken der Moralisierung als ‚Pragmem‘ stehen. Unter einem Pragmem verstehen wir nach Capone (2005, S. 1355) eine verfestigte pragma-syntaktische Kopplungsform von Ausdrucksmuster, Wertzuschreibung und Situationstyp, die diskursfunktional bestimmt ist (siehe Kap. 3.1). Im Zentrum befinden sich die folgenden Ausgangsfragen:

1. In welchen Kotexten werden Sachverhalte „moralisiert“, also durch den Bezug auf Werte als unstrittig und unhintergebar assertiert?
2. Anhand welcher prototypischen Oberflächenphänomene linguistischer Provenienz (sprachlich-(kon)textueller Art) ist dieser Umstand dingfest zu machen?
3. Durch welche korpuspragmatischen Verfahren können solche Moralisierungspraktiken (als pragmatische Kategorien innerhalb einer Diskursanalyse) durch kollaborative Annotationen von Korpora identifiziert und anschließend gedeutet werden?

Im begrenzten Rahmen dieses Beitrags wird dargelegt, wie wir mit der Methode der kollaborativen Annotation das diffuse Alltagssprachliche Konzept ‚Moralisierung‘ als Terminus der deskriptiven Linguistik operationalisieren. Wir werden zwar erste empirische Befunde und Beispiele für die Modellierung verschiedener Moralisierungspraktiken als Pragmeme zeigen, können aber an dieser Stelle keine ausführliche Darstellung, Einordnung und Interpretation unserer Ergebnisse leisten.

2 Annotation in der Korpuspragmatik

Neben der gesellschaftspolitischen Relevanz haben wir diese Untersuchungsfrage auch deswegen hier aufgebracht, weil sich die sprachliche Praxis des Moralisierens hervorragend als Lackmustest für korpuspragmatische Verfahren eignet: Moralisieren ist erstens in der öffentlichen Debatte eine vage und unbestimmte Kategorie. Zweitens wird ‚Moralisieren‘ oft als ein negativ besetzter Begriff verwendet, der von politischen Akteuren aller Couleur selbst im politischen Diskurs funktionalisiert wird. Drittens ist die Varianz sprachlicher Ausdrücke, mit denen moralisiert wird, sehr hoch. Man kann also nicht einfach von sprachlichen Mustern auf Moralisierungspraktiken schließen. Mit unserem deskriptiven Ansatz wollen wir das Werkzeug zu Einordnung und Unterscheidung verschiedener Arten des moralischen Debattierens liefern. Das hier geschilderte korpuspragmatische Annotationsverfahren dient also dazu, datengestützt einen methodisch kontrollierbaren linguistischen Arbeitsbegriff aus dem diffusen Alltagsbegriff von Moralisieren herauszupräparieren. Dazu wenden wir das Verfahren der kollaborativen manuellen Annotation an.

Annotationen machen aber nicht nur pragmatische oder auch semantische Kategorien auffindbar, sie haben auch einen heuristischen Eigenwert in der Diskursanalyse: Annotationen machen Interpretationen explizit, sie unterstützen die Vergleichbarkeit, Überprüfbarkeit und Übertragbarkeit interpretativer Verfahren. Außerdem tragen Annotationen dazu bei, dass man interpretative Forschung in Gruppen durchführen und so unterschiedliche Expertisen und Disziplinen zusammenführen kann (Bender 2020; Bender/Müller 2020, S. 15–22). Annotationen sind in der Korpuspragmatik auf sequenzielle Einheiten in Gesprächen angewendet worden; man hat soziopragmatische Informationen zu Sprecherinnen und Sprechern annotiert, um sprachliche Routinen und Strategien in Abhängigkeit dazu untersuchen zu können (Archer/Culpeper/Davies 2008). Weisser (2018) hat eine korpuspragmatische Studie vorgelegt, in der er Sprechakte annotiert hat. Der am stärksten rezipierte korpuspragmatische Annotations-Ansatz ist wohl die von Biber/Connor/Upton (2007) vorgeschlagene Move-Analyse, bei der textpragmatische Kategorien auf Textpassagen annotiert werden, um so komplexe Handlungsmuster z. B. in Wissenschaftstexten zu untersuchen. Im Rahmen des Projekts *Europäische Diskursgemeinschaft: Perspektivenfrieden und Perspektivenstreit*, das von Vahram Atayan und Ekkehard Felder in Heidelberg geleitet wird, werden rhetorische Strategien und Konfliktlinien in Diskursen rund um das Thema Impfen in fünf europäischen Sprachen untersucht (Atayan et al. 2020). Die Studie gibt also unserer momentanen täglichen Zeitungslektüre über das Impfen eine zeithistorische und europäische Tiefendimension. Annotiert werden auf mehreren Ebenen Argumentationsmuster, Emotionsmarkierungen und agonale Zentren,

also antagonistische Konzepte. Der Annotation des mehrsprachigen Textkorpus kommt dabei die Rolle zu, die im Projekt erarbeiteten Diskursparameter sehr flexibel zur Textsegmentierung von Mehrebenen-Tagsets anzuwenden und diese damit für multilinguale Diskursanalysen technisch nutzbar zu machen. Im Projekt *Heuristische Textpraktiken* (Bender/Müller 2020) werden Formulierungsverfahren untersucht, mit denen in institutionell verankerten Routinen neues Wissen generiert und an vorhandenes Wissen angeschlossen wird, z. B. ‚die Relevanz eines Forschungsthemas markieren‘, ‚einen Begriff definieren‘ oder ‚eine Aussage argumentativ stützen‘. Die Forschungsfrage lautet dabei, in welchem Ausmaß, in welcher Verteilung und mit welcher Kombinatorik solche Textpraktiken in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen vorkommen und welche Effekte fachkulturelle Kontexte auf heuristische Textpraktiken haben. In diesem Rahmen wurden knapp 3.000 Sätze aus Einleitungskapiteln von 65 Dissertationen annotiert, mit denen in einem Folgeprojekt mit der Computerlinguistin Maria Becker ein Annotations-Experiment mit einem künstlichen neuronalen Netz (RNN) durchgeführt wurde (Becker/Bender/Müller 2020). Dabei wurden im Vergleich mit ähnlichen computerlinguistischen Experimenten gute Ergebnisse erzielt.¹ Das war deshalb überraschend, weil erstens der verwendete Datensatz wesentlich kleiner war als bei neuronalen Klassifikatoren üblich und zweitens unser Annotationsschema viel komplexer war als die Tagsets in vergleichbaren Studien. Das lag unter anderem daran, dass außergewöhnlich viel Zeit für Kategorienentwicklung, Erstellung von Guidelines und Schulung von Annotatorinnen und Annotatoren aufgewendet wurde.

Solche Automatisierungsexperimente bieten einerseits die Perspektive, komplexe diskurspragmatische Phänomene mit hoher ausdrucksseitiger Varianz in großen Datensätzen auffindbar zu machen (wobei hier eine Reihe von Vorsichts- und Kontrollmaßnahmen zu bedenken ist, siehe Kap. 3.4). Sie haben aber eine unmittelbar wirksame Funktion; sie entfalten nämlich eine disziplinierende Wirkung auf den Prozess der Annotation und dienen so der kategorialen Schärfung und intersubjektiven Nachvollziehbarkeit interpretativer Analysen. Automatisierung erfordert nämlich zwingend einige Klärungen, die in jeder interpretativen Analyse wünschenswert sind: In welchem Verhältnis stehen die zu annotieren-

¹ Das Tagset der beiden Studien besteht aus insgesamt 17 verschiedenen Labels auf drei verschiedenen Ebenen mit unterschiedlicher Granularität. Das Automatisierungs-Experiment wurde mit einem für die Sprachverarbeitung gängigen Recurrent Neural Network (RNN) zur Satzklassifikation durchgeführt. Die bei der Evaluation erzielten Accuracy-Werte sind auf Ebene 0 (5 Labels) 0.83, auf Ebene 1 (11 Labels) 0.75 und auf Ebene 2 (2 Labels) 0.92. Zur Interpretation und Einordnung der Ergebnisse auf der Basis von Vergleichsstudien vgl. Becker/Bender/Müller (2020, S. 450–455).

den Kategorien zueinander (hierarchisch, komplementär, multiperspektivisch)? Ist das Kategoriensystem distinktiv und exhaustiv? Auf welche sprachlichen Segmente werden Kategorien angewendet (z. B. Phrase, Teilsatz, Satz)? In welchem Maße wird Kontext bei der Subsumption von Segmenten unter Kategorien einbezogen (Tiefe des interpretatorischen Zugriffs)?

3 Moralisierung: Phänomen, Annotierbarkeit, Modellierung

3.1 Moralisierung als Pragmem – eine Operationalisierung

Das Ziel der hier vorgestellten Analyse besteht in der Suche sprachlicher Oberflächenphänomene, die eine Sprachhandlung der Moralisierung indizieren. Wir wollen Form-Funktions-Korrelationen aufzeigen und somit anhand von Beispielen verdeutlichen, wie bestimmte Formen beschreibbare distinktive Funktionen in einer Äußerung oder gar in Diskursen übernehmen können. Dies ist unser methodisches Interesse im Paradigma der Korpuspragmatik (Felder/Müller/Vogel (Hg.) 2012).

Das Phänomen der Moralisierung grenzen wir zunächst definitorisch von ‚Moral‘ ab: ‚Moral‘ wird hier – wie in der Einleitung erwähnt – unter methodischen Gesichtspunkten als deskriptiver Terminus verstanden. Mit ihm wird auf gesellschaftlich konventionalisierte ethisch-sittliche Werte, Normen oder Grundsätze verwiesen (Konzeptualisierung eines Wertes wie z. B. Gerechtigkeit im Diskurs und dessen Funktion bei der Aushandlung). Vor diesem theoretischen Hintergrund verstehen wir unter ‚Moralisierung‘ zunächst die Einschreibung von moralischen Kategorien und Bewertungen in Debatten und den daraus erwachsenden diskursstrategischen Verweis auf eine Form der Unhintergebarkeit (Letztbegründung) eines Sachverhalts, der seine tatsächliche oder vermeintliche Gültigkeit dadurch erhält, dass er als moralischer Wert keiner weiteren Begründung oder Rechtfertigung bedarf. Mit der Diskursivierung bestimmter moralischer Werte – also dadurch, dass Werte mobilisiert werden – geht der (implizierte) Anspruch einher, dass diese Werte unstrittiger Bestandteil eines öffentlichen Reflexions- und Argumentationsprozesses sind bzw. werden sollen. Er soll quasi der diskursiven Aushandlung enthoben, um nicht zu sagen als universal gültig transzendiert werden. Im Aufmerksamkeitsfokus steht die folgende Frage: In welchen Kontexten werden Werte „moralisiert“, also als unstrittig assertiert oder von Institutionen deklariert, und anhand welcher prototypischen Oberflächenphänomene

linguistischer Provenienz (sprachlich-(kon)textueller Art) ist dieser Umstand dingfest zu machen? Und diesen Gedanken weiterführend fragen wir: Welche Lebenssachverhalte werden mit als unstrittig geltenden Werten verknüpft, insofern über die Gültigkeit des Wertes die Geltung des Lebenssachverhalts „letztbegründet“ wird (als Handlungsgebot/Handlungsablehnung, als Verhaltensgebot/-ablehnung oder als Haltungsgebot/-ablehnung)?

Eine Praktik der Moralisierung liegt vor, wenn in einer Akteursaussage ein explizierter, implizierter oder präsupponierter Wert mit folgenden Eigenschaften identifiziert werden kann:

- Ein Wert wird als unhintergebar dargestellt.
- Ein Wert beansprucht Letztbegründungscharakter.
- Ein Wert verspricht, präsupponiert Eigentlichkeit.
- Ein Wert behauptet die Gültigkeit aus sich selbst heraus, ohne weitere Weise, es liegt also eine Transzendenzpräsupposition vor.²

Um das pragmatische Phänomen handhabbar zu machen, fassen wir Praktiken des Moralisierens mit dem von Capone (2005, S. 1355) geprägten Terminus ‚Pragmem‘:

A pragmeme is a situated speech act in which the rules of language and of society combine in determining meaning, intended as a socially recognized object sensitive to social expectations about the situation in which the utterance to be interpreted is embedded.

Konkret verstehen wir unter Pragmemen pragmasyntaktische Muster, die diskursfunktional bestimmt sind. Mit dem Terminus ‚Pragmem‘ wollen wir in Anlehnung an die Termini *Phonem*, *Graphem*, *Morphem*, *Lexem* usw. eine Sprachbeschreibung zugrunde legen, die mittels etischer (materiell bzw. ausdrucksseitig erfassbarer) versus emischer (funktioneller bzw. wirkungsspezifischer) Sprachbetrachtung eine Analyse pragmatischer Phänomene vornimmt – also die Ebene gesellschaftlich erzeugter soziokultureller Systeme durchleuchtet. Ein Pragmem fördert kategorial ein pragma-linguistisches Phänomen intentionaler, funktionaler oder symbolisch relevanter Art durch die Rückführung (Erfassbarkeit und Identifizierung) auf sprachliche Zeichenmanifestationen zu Tage, die sich mit den gängigen linguistischen Beschreibungsebenen erfassen lassen (von der Phonologie/Graphematik bis zur Textebene wie z. B. bei der Höflichkeit/Politeness). Pragmeme als klassifizierte Kategorien müssen sich in identifizierbaren Zeichen

² Wie z. B. in dem folgenden Auszug aus dem Plenarprotokoll des Jahres 1949: „[...] schon von jeher verwirklicht waren, ohne daß dazu erst eine Gesetzgebung notwendig ist.“ – Fritz Mensing (CDU/CSU), 27.7.1950.

und ihrem regelhaften Gebrauch in spezifischen Kontexten niederschlagen (siehe das Zwiebelmodell der Kontextualisierung in Müller 2015, S. 76–79) bzw. als Form-Funktions-Korrelationen zeigen lassen (Manifestation einer funktionalen Einheit in Zeichen und ihrem kontextspezifizierten Gebrauch).

Wir kategorisieren Äußerungspraktiken der Moralisierung als Pragmem – und zwar zur transparenten Vermittlung der Charakteristika moralisierender Sprachhandlungen. Das Pragmem der Moralisierung ist wie folgt charakterisiert: Der deskriptive Terminus ‚Moralisierung‘ verweist auf rhetorische, strategische und pragma-linguistisch zu identifizierende Äußerungsformen, die als eine situierte, situational mit-instruierte Sprachhandlung regelhaft mit sprachlichem Zeichengebrauch korrelieren und mit außersprachlichen (gesellschaftlichen, sozio-kulturellen) Wirkungen verschmelzen und zusammenwirken, um eine Bedeutung zu erzielen, die als ein soziales Objekt zu sehen und zu deuten ist. Von besonderer Bedeutung ist die (feste) Kopplung von Wertzuschreibung und Situationstyp, welche die Äußerung unter anderem charakterisiert.

Moralisierung haftet den Illokutionen als Zusatzkomponente an, es handelt sich quasi um ein Sprachhandlungssupplement zweiter Ordnung im Paradigma der Searle’schen Oberklassen. Das bedeutet konkret: Aussagen mit Referenz- und Prädikationspotenzial auf Moral annotieren wir pragmatisch mit den Sprachhandlungsklassen *Assertiva*, *Deklarativa*, *Direktiva*, *Expressiva*, *Kommissiva* sowie den Zusatzmerkmalen der Moralisierung und modellieren die entsprechenden Praktiken in Pragmemen der Moralisierung.

Aus diesen Überlegungen und Herleitungen ergibt sich nun eine Checkliste für die manuelle Annotation. Erforderlich ist ein klarer Konnex zwischen politischer Forderung und Hochwertkonzept – damit wollen wir die suggerierte Deontik und Unhintergebarkeit von Hochwertwörtern/-konzepten erfassen. Eine Hilfestellung beim Annotieren ist das Zugrundelegen folgender Frage: Wie direkt ist die referierte Forderung mit dem Hochwertkonzept verknüpft? Daraus ergeben sich folgende Annotationskriterien:

1. Auf welche Forderung wird referiert (Handlung, Verhalten, Haltung)? Dabei ist zu beachten: Wie explizit ist die Forderung ausgedrückt (per Autosemantika, Proformen, Konnektoren wie z. B. *dagegen*)?
2. Welcher unhintergehbare Wert mit Letztbegründungscharakter wird versprachlicht oder impliziert und mit der Forderung von Frage 1 verknüpft?
3. Ist mit der Sprachhandlung ein absoluter Geltungsanspruch verknüpft?
4. Kann man der Aussage widersprechen, ohne dem Hochwertkonzept auch widersprechen zu müssen? Dann liegt keine Moralisierung vor.
5. Welche Searle’schen Oberklassen werden durch das Verb oder durch Prädikate indiziert (Moralisierung ist ja eine Sprachhandlung zweiter Ordnung, die als Ergänzung andockt)?

Damit verfolgen wir das Ziel, die Grenze zwischen Moral und Moralisierung transparent zu machen – also den Übergang vom Verweisen auf moralische Werte im Aushandlungsduktus einerseits hin zu einem Moralisieren als unhintergehbare Letztbegründung andererseits.

3.2 Detektion und Annotation von Praktiken der Moralisierung

Unsere Analyse basiert auf den Plenarprotokollen des Deutschen Bundestags aller abgeschlossenen Wahlperioden, also der Wahlperioden 1 bis 18.³ Wir greifen auf die mit Metadaten, Strukturinformationen und linguistischer Basisannotation angereicherte Korpusversion der Daten zurück, die im Rahmen unseres Projektes *Discourse Lab* entstanden und in der Korpusanalyseumgebung CQPWeb (Hardie 2012) gespeichert ist.⁴ Den Arbeitsablauf beschreiben wir im Folgenden näher: Als erster heuristischer Schritt wurden Moralisierungsvokabeln zusammengestellt. Dazu wurden einerseits die Fachliteratur (z. B. Neuhäuser/Seidel (Hg.) 2020) und Spezialwortschätze (z. B. Dornseiff 2004) ausgewertet und andererseits verschiedene Recherchen im Korpus der Plenarprotokolle selbst durchgeführt. Dabei ist eine Liste von 71 Lexemen entstanden.⁵ Die Messung dieser Ausdrücke im Korpus ist natürlich keine lexikografische Studie; die Wörter sind ja in den unterschiedlichsten Gebrauchskontexten belegt und entsprechend polysem. Es wurde aber an jedem Eintrag in der Liste am Korpus verifiziert, dass der jeweilige Ausdruck bei aller Bedeutungsvielfalt einen moralischen Bedeutungsaspekt im eingeführten Sinne hat.

³ www.bundestag.de/services/opendata (Stand 6.5.2021).

⁴ www.discourselab.de/cqpweb/ (Stand 6.5.2021).

⁵ Allgemeinwohl, Altruismus, Anrecht, Anstand, Anständigkeit, Aufrichtigkeit, Bewegungsfreiheit, Bündnissolidarität, Ehrlichkeit, Emanzipation, Entscheidungsfreiheit, Ethik, Fairness, Fairplay, Frauenrecht, Friedenspolitik, Gemeinwohl, Generationensolidarität, Generationengerechtigkeit, Gerechtigkeit, Gesamtverantwortung, Gesamtwohl, Gewissenhaftigkeit, Glaubwürdigkeit, Gleichstellung, Frieden, Informationsfreiheit, Integrität, Kindeswohl, Klimaschutz, Lauterkeit, Meinungsfreiheit, Menschlichkeit, Menschenrecht, Menschenverstand, Menschenwürde, Moral, Naturrecht, Naturschutz, Objektivität, Opferbereitschaft, Pressefreiheit, Rechtsfrieden, Rechtsgefühl, Rechtsgleichheit, Rechtsgrundsatz, Rechtsprinzip, Rechtsstaatsprinzip, Redlichkeit, Schutzverantwortung, Selbstbestimmung, Selbstlosigkeit, Seriosität, Staatswohl, Stabilität, Tapferkeit, Tierschutz, Umweltschutz, Unbescholtenheit, Uneigennützigkeit, Verlässlichkeit, Versammlungsfreiheit, Vernunft, Vertrauen, Volkssolidarität, Wahrheit, Wahlfreiheit, Wahrhaftigkeit, Willensfreiheit, Würde, Zukunftsfähigkeit, Zuverlässigkeit.

Dabei gibt es einige Fallstricke: Zum Beispiel ist das Substantiv *Würde* sicherlich ein Hochwertwort, nicht aber die homonyme Konjunktivperiphrase *würde*. Manche Hochwertwörter verlieren ihre moralische Nebenbedeutung, wenn sie in Routineformeln vorkommen, wie z. B. *ich habe die Ehre, mit dem Mut der Verzweiflung* oder *ich nehme mir die Freiheit*. Daher haben wir die Anfragen so gestellt, dass solche Verwendungen ausgeschlossen waren. *Demokratie* ist nur eindeutig ein Hochwertwort mit einer Reihe evaluativer Adjektive.⁶

Auf dieselbe Weise wurden negative Moralvokabeln erhoben. Diese nennen wir Delimitationswörter. Das sind solche Wörter, die die Grenze des moralischen Fundaments der Gemeinschaft von außen markieren. Der moralische Konsens verlangt also eine Ablehnung, Überwindung, Bekämpfung der entsprechenden Konzepte und Sachverhalte wie etwa *Aggression*, *Armut*, *Antidemokrat*, aber auch *Fundamentalismus*, *Klimawandel* oder *Krieg*. Es ergibt sich eine Liste von 66 Lexemen.⁷ Wenn man Hochwertwörter und Delimitationswörter im Korpus misst, lassen sich interessante Befunde ausmachen (Abb. 1): Beide Wortklassen werden ab Anfang der 1950er Jahre immer seltener gebraucht, bis sich der Trend in den frühen 1960er Jahren umkehrt. Die Kurven verlaufen parallel bis ins erste Drittel der 1980er Jahre. Während die Hochwertwörter dann wieder abnehmen und ihr Gebrauch sich ab ca. 1990 auf einem Niveau einpendelt, nehmen die Delimitationswörter beständig zu.

Es zeigen sich drei Ausreißer nach oben, die aber klar auch jeweils im Trend liegen. Dieselben drei Ausreißer ergeben sich im Übrigen auch durch eine Messung der aggregierten Wortlisten: 1949, also die ersten vier Monate des Deutschen Bundestags, 1983, das erste Jahr mit den Grünen im Bundestag und Helmut Kohls erstes volles Amtsjahr als Bundeskanzler, und 2015, das Jahr der sogenannten Flüchtlingskrise.

6 ([word="Würde"&pos="NN"])([lemma="deutsch|heilig|national|patriotisch|politisch|soldatisch"])[word="Ehre"])([lemma="Mut"])[word!="Verzweiflung"])([lemma="gesund|lebendig|frei|offen|selbstbewusst|wahr|weltoffen|wirklich"&pos="ADJA"])[lemma="Demokratie"]).

7 *Aggression, Armut, Anarchie, Antidemokrat, Antisemit, Antisemitismus, Antiziganismus, Ausbeutung, Autokrat, Demagoge, Demokratiefeind, Demokratiefeindlichkeit, Diktatur, Diskriminierung, Dogma, Dogmatismus, Egoismus, Extremismus, Extremist, Faschismus, Hunger, Hungersnot, Hypernationalismus, Gewaltbereitschaft, Ideologie, Fanatismus, Flucht, Fluchtursache, Fundamentalismus, Islamismus, Klimawandel, Klimakatastrophe, Krieg, Kriegsautomatismus, Manipulation, Menschenfeindlichkeit, Menschenverachtung, Nationalsozialismus, Nazi, Nazismus, Nihilismus, Populismus, Propaganda, Rechtspopulismus, Stalinismus, Sexismus, Staatsverachtung, Radikalismus, Rassismus, Rechtlosigkeit, Stalinismus, Terror, Terrorist, Terrorismus, Terrorherrschaft, Totalitarismus, Ungerechtigkeit, Unmoral, Unterdrückung, Todesstrafe, Umweltverschmutzung, Umweltzerstörung, Unrecht, Verantwortungslosigkeit, Vertreibung, Willkür.*

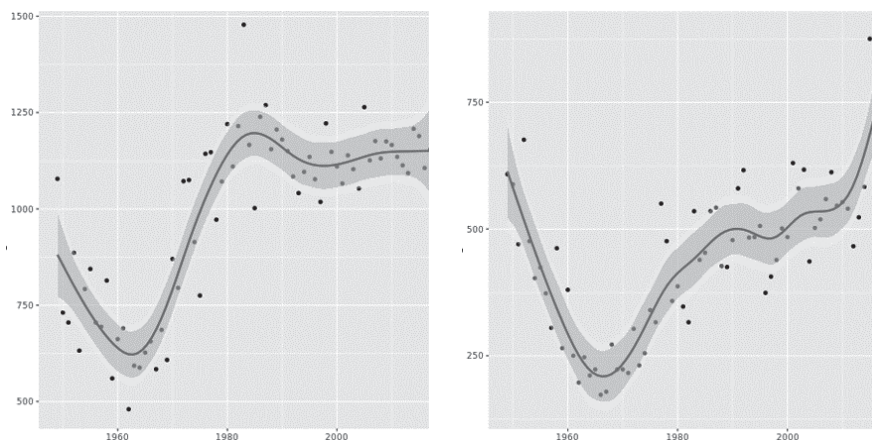


Abb. 1: Verteilung der Hochwertwörter (links) und Delimitationswörter (rechts) im Korpus⁸

Da diese Messung aber noch keinen Aufschluss über sprachliche Praktiken rund um das Moralvokabular gibt und wir – wie beschrieben – auf einen bestimmten Typus von Moralthematisierung abgezielt haben, wurde eine qualitative Kategorisierung unternommen. Wir haben dafür ein Annotationsschema entwickelt, das sich neben der Basisunterscheidung zwischen Moralisierungen und dialogischen Moralthematisierungen (vgl. zur strukturellen Dialogizität Felder 2020) nach den fünf Searle’schen Sprechaktklassen richtet (Abb. 2). Diese können jeweils direkt sprachlich ausgedrückt oder aber indirekt durch eine Erwähnung eingeführt werden. Auch diese Fälle haben wir durch die Kategorie ‚Sprechakt_reported‘ eingefangen.

Auf der Basis der oben dargestellten Annotationsrichtlinien wurden mit dem Annotationstool INCEpTION in einem ersten Datensatz von 70 Sätzen unabhängig voneinander doppelt annotiert.⁹

⁸ Peaks-and-Troughs-Analyse nach Gabrielatos et al. (2012); f pro Mio. Wörter. Konfidenzintervalle zur Identifikation von statistischen Ausreißern sind als dunkler Schatten (95%) und heller Rand (99%) um die Kurve dargestellt.

⁹ INCEpTION ist für kollaborative Annotationen entwickelt worden und unterstützt neben der Tagsetentwicklung und Messung eines Inter-Annotator-Agreements auch den Einsatz von Machine-Learning-Algorithmen und die Integration von Wissensdatenbanken (Klie et al. 2018).

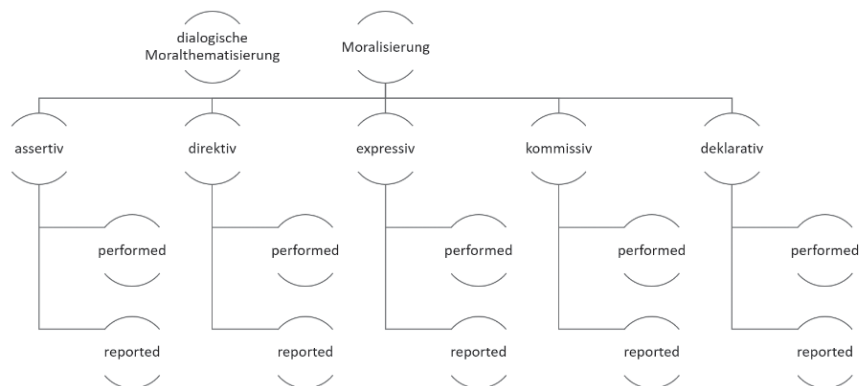


Abb. 2: Annotationsschema

Die erste Annotationsrunde erbrachte ein zufriedenstellendes Ergebnis, wenn man bedenkt, dass Moralisierung ein vages, wertbehaftetes und weltanschaulich durchdrungenes Konzept ist (vgl. Tab. 1). Der statistische Agreement-Wert berücksichtigt, dass Übereinstimmungen ja auch zufällig erfolgen können (Artstein 2017). Die abweichenden Beispiele wurden dann diskutiert und die Guidelines entsprechend erweitert. In der zweiten Runde ist die Übereinstimmung dann allerdings nicht besser, sondern deutlich schlechter geworden. Es wurde deutlich, dass die Kriterien noch sehr stark von der Satzbedeutung und der gemutmaßten Sprecherintention ausformuliert waren und stark auf Kontexten basierten. Kontexte waren beim Annotieren aber gar nicht präsent, weil ja extrahierte Einzelsätze annotiert wurden. Wir haben daher die Guidelines ein weiteres Mal überarbeitet und diesmal auf Oberflächenindikatoren geachtet, formale Richtlinien erstellt und die Kategorie der Moralisierungspraktiken stark eingeschränkt. Auf diese Weise haben wir bei der dritten Messung ein Ergebnis erzielt, das auch in der computerlinguistischen Literatur als exzellente Übereinstimmung bezeichnet wird (Becker/Bender/Müller 2020, S. 442). Auf dieser Basis haben wir einzeln weitere Sätze annotiert, so dass ein Korpus von 300 annotierten Sätzen pro Untersuchungsperiode, also von insgesamt 900 Sätzen, entstand. Davon wurden 208 als Moralisierungen annotiert.

Tab. 1: Agreement-Statistik

Wert	1. Messung	2. Messung	3. Messung
Cohen's Kappa	0.47	0.40	0.82

Eine erste Auswertung ergibt, dass der Anteil der Moralisierungen an den Moralthematisierungen in den Stichproben abnimmt (Abb. 3). Während also das Moralvokabular insgesamt in den Jahren 1983 und 2015 wesentlich höher ist, sind im Jahr 1949 anteilig nicht dialogische Moralisierungen am häufigsten. Wir messen jeweils einen signifikanten Unterschied zwischen den Jahren.

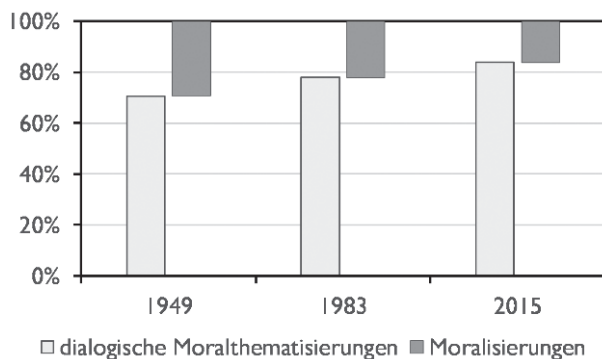


Abb. 3: Anteil der Moralisierungspraktiken an Moralthematisierungen

Zur Illustration seien hier für jede der Untersuchungsperioden ein Beispiel für moralisierende Sätze in unserem Sinne genannt:

- (1) Wo die Wahrheit nicht ist, gibt es auch keine Gerechtigkeit. (Anton Besold, Bayernpartei, 27.9.1949)
- (2) Wir wissen, Kinder brauchen Vertrauen und Liebe und keine Pershing II und keine SS 20. (Renate Schmidt, SPD, 22.11.1983)
- (3) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Kultur und Medien stärkt, stärkt die Freiheit. (Martin Dörmann, SPD, 25.11.2015)

In allen drei Sätzen wird ein deontisch unhintergehbare Sachverhalt (*Gerechtigkeit, Vertrauen und Liebe, Freiheit*) auf ein explizit oder implizit gefordertes Handeln, Verhalten oder eine Haltung bezogen (‘die Wahrheit sagen’, ‘abrüsten’, ‘Kultur und Medien stärken’). Bei allen drei Beispielen handelt es sich um assertive Sprechakte, in denen sich eine Deontik durch den Moralbezug ergibt. Tatsächlich macht dieser Typus 95 der 208 identifizierten Moralisierungen aus.

Die diachrone Auswertung der Sprechakttypen ergibt, dass assertive Sprechakte über die Jahre etwa gleich verteilt sind, direktive Sprechakte im Jahr 1949 aber deutlich häufiger vorkommen. Erwähnungen von Moralisierungen finden sich nur vereinzelt in der Stichprobe, auch Kommissiva und Expressiva spielen

keine Rolle. Insgesamt ist natürlich zu bedenken, dass hier eine sehr kleine Stichprobe mit bedingter Aussagekraft ausgewertet wurde.

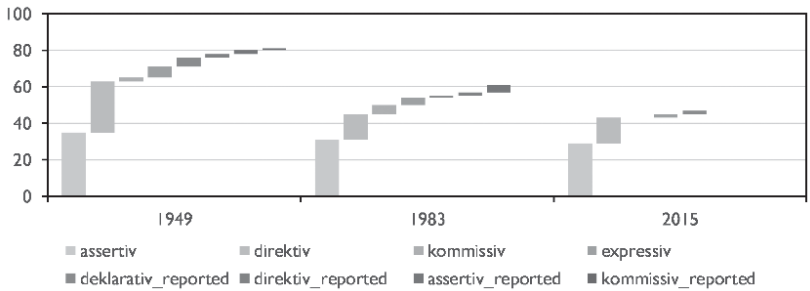


Abb. 4: Moralisierungssätze in der Stichprobe nach Sprechakttypen

Wenn man das Vokabular der Moralisierungssätze auswertet (hier nur die Substantive), sieht man, dass die großen Moralvokabeln *Krieg*, *Frieden*, *Freiheit* und *Gerechtigkeit* sich durchziehen, wenn sich auch die Kontexte und damit die Bedeutungen ändern: 1949 geht es um Nachkriegsdebatten, Wiederaufrüstung, die Westanbindung, die Aussöhnung mit Frankreich und die Auseinandersetzung mit der Nazizeit; ein bestimmender Handlungsträger in Moralisierungssätzen ist entsprechend *das deutsche Volk*, während 1983 in den Debatten um Nachrüstung, Umweltschutz und internationale Zusammenarbeit das *Land* im Fokus steht. 2015 in der Flüchtlingsdebatte wird in Moralisierungssätzen dann von *Menschen* gesprochen.



Abb. 5: Vokabular in Praktiken der Moralisierung

3.3 Modellierung: Pragmeme der Moralisierung

Wir stehen nun vor einer Entscheidung; entweder entwickeln wir aus den Darbietungen vieler Beispielsätze die Herleitung unserer Deutungen, oder wir präsentieren deduktiv im Fokus der erarbeiteten Ordnungskategorien die Charakteristika moralisierender Sprachhandlungen. Aus Platzgründen müssen wir den zweiten Weg wählen. Dessen ungeachtet verdeutlichen wir die Kriterienentwicklung an Beispielsätzen aus den Bundestagsprotokollen. Aus der induktiven Analyse zahlreicher Beispielsätze mit moralisierenden Sprachhandlungen haben wir hervorstechende Merkmale herausgearbeitet und interpretierend angeordnet. Die Zusammenstellung und Anordnung der Merkmale haben folgendes Schema ergeben:

Tab. 2: Pragmeme des Moralisierens – Modell

Relationsgefüge (affirmativ/negiert)	Performative Assertionen	Personenadressierung
1. konditional	1. Relevanz	1. Individuen
1a implizit	2. Intention	(z. B. <i>Minister P</i>)
1b explizit	3. Existenzbedingung	2. Gruppen
2. graduell	4. Präsupposition	(z. B. <i>diejenigen, die...</i>)
	5. Wissen	3. Gattung
	6. Erfahrung	(z. B. <i>die Menschheit</i>)
	7. Konsens	

Die Modellierung erfolgte, indem wir aus der Sichtung der identifizierten Moralisierungssätze die für Moralisierung konstitutiven Elemente identifiziert haben und die Sätze in einem weiteren Annotationsschritt mit dieser Information angereichert haben.

- <sv> – Unhintergebarer Sachverhalt: Sachverhalt in der Satzaussage, der deontisch unhintergebar ist (worauf auch in negierter Form verwiesen werden kann).
- <av> – Abhängige Variable: die politische Forderung als gefordertes Handeln, Verhalten oder eine Haltung (Sachverhalt/Referenzobjekt).
- <rg> – Relationsgefüge zwischen <sv> und <av>: Grundlage eines jeden Moralisierungssatzes (= Proposition mit absolutem Geltungsanspruch durch Explizierung eines unhintergebaren Wertes mit Letztbegründungscharakter, der mit einer Forderung (Handeln, Verhalten, Haltung) verknüpft, also in Relation gesetzt wird). Dieses Relationsgefüge kann in Moralisierungssätzen unterschiedlich explizit oder auch implizit sein.

- <v> – Verantwortlichkeit: Mitunter kann die Verantwortlichkeit für die Existenz des Relationsgefüges expliziert sein (z. B. „die Regierung“).
- <pa> – Fakultativ hinzukommen kann eine Personenadressierung, die sich auf konkrete Individuen (z. B. der Abgeordnete Renner) oder Personengruppen (z. B. Mütter, Friedensaktivisten) oder alle Menschen (z. B. „jeder und jede“) beziehen kann.
- <perf> – Performative Assertionen liegen vor, wenn Redner in einem performativen Matrixsatz den Assertionstyp zum Gegenstand des Redeinhalts machen, ihn also explizieren. Die ermittelten Typen performativer Assertionen sind in der mittleren Spalte von Tabelle 2 aufgeführt.

Aus diesen Elementen können wir nun Pragmeme der Moralisierung modellieren, also pragmasyntaktische Muster. An dieser Stelle können wir nur zwei Beispiele geben:

a) Konditionales Relationsgefüge

Pragmem: $NS_{\text{WERT}} \rightarrow_{\text{KOND}} HS_{\text{SACHVERHALT}}$

Beispiel:

<v>Eine Regierung</v>, die <av>gegenüber einem wiederaufkommenden Antisemitismus nicht klar und deutlich macht</av>, <av>daß dieser</av> nach allem, was in Deutschland und Europa den Juden angetan worden ist, in dieser Auswirkung <av>sich für das deutsche Volk als Fluch erwiesen hat</av>, <rg>verletzt</rg> <sv>das Recht und die Gerechtigkeit<sv> und <rg>handelt</rg> <sv>dem Interesse unseres Volkes</sv> <rg>zuwider</rg>. – Helene Wessel, Zentrum, 22.9.1949

Erläuterung:

Ein abzulehnender Sachverhalt <av> existiert, wenn ein (deontisch wirksamer) Wert unberücksichtigt bleibt; die Verantwortlichkeit <v> für das Relationsgefüge <rg> ist expliziert (hier: „eine Regierung, die“). Die Konditionalrelation bleibt hier implizit. Nicht annotiert werden die Präpositionalphrasen *nach allem, was in Deutschland und Europa den Juden angetan worden ist* und *in dieser Auswirkung*. Diese bieten zwar eine kausale bzw. modale Spezifikation der Relation und sind im Beleg eine relevante Komponente der Moralisierungspraktik, ihre Annotation würde aber zu einer Überspezifikation des Modells auf Kosten der Auswertbarkeit in der Empirie führen.

b) Graduelles Relationsgefüge

Pragmem: $NS_{\text{SACHVERHALT}} \rightarrow_{\text{GRAD}} HS_{\text{WERT}}$

Beispiel:

<rg>Je mehr</rg><av>Gesetze <v>die Regierung</v> gibt</av>, <rg>umso mehr gerät sie in Versuchung</rg>, <sv>die persönliche und sittliche Freiheit<sv> <rg>zu gefährden</rg>. – Heinrich Leuchtgens, FDP, 22.9.1949

Erläuterung:

Der Ausweitung eines abzulehnenden Sachverhalts <av> steht die Geltung eines deontisch wirksamen Werts <sv> entgegen. Die Verantwortlichkeit <v> für das graduelle Relationsgefüge <rg> ist expliziert (hier „die Regierung“).

3.4 Automatisierung – eine Skizze

Diese ersten Erkenntnisse wurden an einem recht schmalen Datensatz von 900 annotierten Sätzen gewonnen. Ein wichtiger Folgeschritt ist demnach die Verbreiterung der Datenbasis. Die obigen Beispiel-Annotationen der modellierten Pragmeme zeigen schon die Herausforderung: Es ist mit diskontinuierlichen Segmenten umzugehen (wie z. B. dem graduellen Relationsgefüge im Beleg b) und mit Segmenten, die in anderen enthalten sind („nesting“, z. B. <v></v> in <av></av> in Beispiel b). Einige relevante Segmente sind leicht zu finden (z. B. *je mehr*, *desto/umso*); die Kandidaten für deontisch wirksame Wertausdrücke können erst einmal als Wortliste detektiert und dann über im Annotationsprozess identifizierte Kontextspezifika in einem ersten Schritt spezifiziert werden. Aus den annotierten Pragmem-Modellierungen werden Formalisierungen mittlerer Abstraktionsebene (also unterhalb des Abstraktionsgrades von Pragmemen) erarbeitet, die im Annotationstool als komplexe Suchanfragen in der Abfragesprache CQL operationalisiert werden („annotation by query-approach“; vgl. Eckart de Castilho/Bartsch/Gurevych 2012; Müller/Bartsch/Zinn 2021). So können möglichst treffsicher geeignete Kandidaten gefunden werden, die dann auf einen Schlag annotiert werden können. Mit wachsender Datenbasis kann dann ein Recommender-System eingesetzt werden. Das ist in unserem Fall ein Algorithmus, der alle annotierten Segmente im Hinblick auf das Auftreten von Wortformen in den Sätzen auswertet und auf dieser Basis eigenständig annotiert, was bestätigt werden muss (Klie et al. 2018). Das Recommender-System lernt inkrementell auf der Basis jeder bestätigten Annotation. Wenn auf diese Weise ein noch größerer Datensatz erstellt wurde, kann ein rekurrentes neuronales Netz auf ganzen Texten trainiert und evaluiert werden (Becker/Bender/Müller 2020). Das ist ein selbstlernender Algorithmus, der selbstständig Klassifikationsentscheidungen trifft und dabei im Gegensatz zum Recommender auch die Wortreihenfolge in Sätzen und die Reihenfolge der Satzverarbeitung berücksichtigen kann.

Was die Analysen angeht, so sind im Folgenden die Position und die Funktion der Moralisierungen in den Redebeiträgen zu berücksichtigen. Es sieht so aus, als kämen viele der Moralisierungen zum Einstieg von Redebeiträgen zum Tragen und hätten die Funktion, erst einmal den moralischen Common Ground zu markieren, bevor dann dialogisch argumentiert wird.

4 Schlussbetrachtungen

In der dargelegten Untersuchung verfolgten wir das Ziel, Moralisierungsprozesse in gesellschaftlichen Debatten zu erfassen, systematisch zu beschreiben und hinsichtlich ihrer Form-Funktions-Korrelationen transparent zu machen. Dabei verstehen wir die beiden Termini „Moral“ und „Moralisierung“ ungeachtet ihres alltagssprachlichen Konnotationspotenzials deskriptiv – und zwar Moral als ethisch-sittliche Werte, Normen sowie Grundsätze und Moralisierung als eine Redestrategie, die moralische Werte als unhintergebar und ohne Explikation als unstrittig insinuiert und dadurch die – mit dem Wert als Hochwertkonzept verbundene – politische Forderung als allseits gültig assertiert.

Im Aufmerksamkeitsinteresse stand die Grenze zwischen Moralthematisierungen im Sinne struktureller Dialogizität (also dem Referieren und Prädisieren moralischer Werte) auf der einen Seite und Moralisierungsstrategien mit debattenbeendendem Letztbegründungscharakter auf der anderen Seite. Im Anschluss an Müller (2012 – vom „Wort zur Gesellschaft“ und vom Kontext in das Korpus) und Felder (2012 – Handlungsspezifika von Diskursakteuren in der „pragmasemiotischen Textarbeit“) bestand das Untersuchungsziel im Durchleuchten von Ko(n)texten der Moralisierung, um (ausdrucksseitige) Muster und (pragmatische) Routinen in ihrem korrelativen Vorkommen zu verdeutlichen. Wir präsentieren damit einen linguistischen Beitrag mit deskriptivem Impetus: zugrunde gelegte Kategorien sollen übersubjektiv valide und annotierbar sein, damit auf dieser Daten- und Faktenbasis Deutungsangebote mit Bezug auf Zeichenverwendungspraktiken eingebracht werden können.

Dazu haben wir das pragmatische Konstrukt des Pragmems eingeführt und an den Bundestagsdebatten exemplarisch annotiert. Pragmeme als klassifizierte Kategorien müssen sich in identifizierbaren Zeichen und ihrem regelhaften Gebrauch innerhalb spezifischer Kontexte nachweisen lassen. Sie manifestieren sich als eine funktionale Einheit von Zeichen und ihrem kontextspezifizierten Gebrauch. Die Auseinandersetzung mit assertierten Geltungsansprüchen in politischen Äußerungskontexten scheint uns besonders eindrucksvoll zu zeigen, wie sprachwissenschaftliche Verfahren einen politisch fruchtbringenden Beitrag zu

gesellschaftlichen Debatten und deren Formen leisten können. Hier hat uns der Annotationsansatz dazu verholfen, aus dem diffusen Alltagsbegriff des Moralisieren einen linguistischen Beschreibungsterminus zu destillieren. Dazu hat maßgeblich das Inter-Annotator-Agreement und nicht zuletzt das Disziplinierungspotenzial der Automatisierungsperspektive beigetragen, die klare Festlegungen im Hinblick auf Interpretationstiefe, Segmentierung und Hierarchisierung von Annotationskategorien erfordern. Denn politisch interessant, aber linguistisch nicht zu beantworten ist die Frage, welche Formen der Moralthematisierung legitim und welche zweifelhaft erscheinen. Inhaltlich kann die deskriptiv inspirierte Linguistik zu dieser Frage keinen Beitrag leisten; Sprachwissenschaft kann aber sehr wohl einen Beitrag zur Reflexion von Debattenformaten und Äußerungsstrategien beisteuern und damit etwas über Diskurskulturen sagen. In diesem Sinne soll unser Ansatz metareflexive und meta-pragmatische Diskursüberlegungen befruchten, so dass politisch Interessierte mit linguistischem Instrumentarium selbstbestimmt und autonom kommunikativ handlungsfähig sind.

Literatur

- Archer, Dawn/Culpeper, Jonathan/Davies, Matthew (2008): Pragmatic annotation. In: Lüdeling, Anke/Kytö, Merja (Hg.): *Corpus linguistics. An international handbook*. Bd. 1. (= Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (HSK) 29.1). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 613–641.
- Artstein, Ron (2017): Inter-annotator agreement. In: Ide, Nancy/Pustejovsky, James (Hg.): *Handbook of linguistic annotation*. Dordrecht: Springer, S. 297–313.
- Atayan, Vahram/Felder, Ekkehard/Fetzer, Bettina/Mattfeldt, Anna/Moretti, Daniele/Straube, Annika/Wachter, Daniel (2020): Europäische Diskursgemeinschaft: Projektskizze einer sprachvergleichenden Diskursanalyse. In: *Linguistik Online* 103, 3. Internet: <https://doi.org/10.13092/lo.103.7113> (Stand: 3.8.2021).
- Becker, Maria/Bender, Michael/Müller, Marcus (2020): Classifying heuristic textual practices in academic discourse: a deep learning approach to pragmatics. In: *International Journal of Corpus Linguistics* 25, 4, S. 426–460. Internet: <https://doi.org/10.1075/ijcl.19097.bec> (Stand: 3.8.2021).
- Bender, Michael (2020): Annotation als Methode der digitalen Diskurslinguistik. In: *Diskurse digital. Theorien – Methoden – Fallstudien* 2, 1, S. 1–35. Internet: <https://doi.org/10.25521/diskurse-digital.2020.140> (Stand: 3.8.2021).
- Bender, Michael/Müller, Marcus (2020): Heuristische Textpraktiken in den Wissenschaften. Eine kollaborative Annotationsstudie zum akademischen Diskurs. In: *Zeitschrift für Germanistische Linguistik* 48, 1, S. 1–46.
- Biber, Douglas/Connor, Ulla/Upton, Thomas A. (2007): *Discourse on the move: using corpus analysis to describe discourse structure*. (= *Studies in Corpus Linguistics* 28). Amsterdam/Philadelphia: Benjamins.

- Capone, Alessandro (2005): Pragmemes (a study with reference to English and Italian). In: *Journal of Pragmatics* 37, 9, S. 1355–1371.
- Dornseiff, Franz (2004): *Der deutsche Wortschatz nach Sachgruppen*. 8., vollst. neubearb. u. mit einem alphabet. Zugriffsreg. vers. Aufl. Berlin/New York: De Gruyter.
- Eckart de Castilho, Richard/Bartsch, Sabine/Gurevych, Iryna (2012): CSNIPER – annotation-by-query for non-canonical constructions in large corpora. In: Zhang, Min (Hg.): *Proceedings of the ACL system demonstrations*. Jeju Island, Republic of Korea. Stroudsburg: Association for Computational Linguistics, S. 85–90.
- Felder, Ekkehard (2012): Pragma-semiotische Textarbeit und der hermeneutische Nutzen von Korpusanalysen für die linguistische Mediendiskursanalyse. In: Felder/Müller/Vogel (Hg.), S. 115–174.
- Felder, Ekkehard (2015): Lexik und Grammatik der Agonalität in der linguistischen Diskursanalyse. In: Kämper, Heidrun/Warneke, Ingo (Hg.): *Diskurs – interdisziplinär. Zugänge, Gegenstände, Perspektiven*. (= *Diskursmuster – Discourse Patterns* 6). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 87–121.
- Felder, Ekkehard (2020): Strukturelle Dialogizität. In: Vogel, Friedemann/Deus, Fabian (Hg.): *Diskursintervention. Normativer Maßstab der Kritik und praktische Perspektiven zur Kultivierung öffentlicher Diskurse*. Wiesbaden: Springer VS, S. 29–37.
- Felder, Ekkehard/Müller, Marcus/Vogel, Friedemann (Hg.) (2012): *Korpuspragmatik. Thematische Korpora als Basis diskurslinguistischer Analysen*. (= *Linguistik – Impulse und Tendenzen* 44). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Gabrielatos, Costas/McEnery, Tony/Diggle, Peter J./Baker, Paul (2012): The peaks and troughs of corpus-based contextual analysis. In: *International Journal of Corpus Linguistics* 17, 2, S. 151–175. DOI: 10.1075/ijcl.17.2.01gab (Stand: 3.8.2021).
- Hardie, Andrew (2012): CQPweb – combining power, flexibility and usability in a corpus analysis tool. In: *International Journal of Corpus Linguistics* 17, 3, S. 380–409.
- Klie, Jan-Christoph/Bugert, Michael/Boullosa, Beto/Eckart de Castilho, Richard/Gurevych, Iryna (2018): The inception platform: machine-assisted and knowledge-oriented interactive annotation. In: Zhao, Dongyan (Hg.): *Proceedings of the 27th International Conference on Computational Linguistics: System Demonstrations*. Santa Fe, New Mexico. Stroudsburg: Association for Computational Linguistics, S. 5–9. Internet: <http://tubiblio.ulb.tu-darmstadt.de/106270/> (Stand: 3.8.2021).
- Müller, Marcus (2012): Vom Wort zur Gesellschaft: Kontexte in Korpora. Ein Beitrag zur Methodologie der Korpuspragmatik. In: Felder/Müller/Vogel (Hg.), S. 33–82.
- Müller, Marcus (2015): Sprachliches Rollenverhalten. Korpuspragmatische Studien zu divergenten Kontextualisierungen in Mündlichkeit und Schriftlichkeit. (= *Sprache und Wissen* 19). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Müller, Marcus (2020): Schlüsselkonzepte im deutschen Mediendiskurs zum Klimawandel. Eine korpuslinguistische Verlaufsstudie der Diskursverschiebungen ab 2003. In: OBST (Osna-brücker Beiträge zur Sprachtheorie) 97, Special Issue: Klima in der Krise – Kontroversen, Widersprüche und Herausforderungen in Diskursen über Klimawandel, S. 167–196.
- Müller, Marcus/Mell, Ruth M. (2021): ‚Risk‘ in political discourse. A corpus approach to semantic change in German Bundestag debates. In: *International Journal of Risk Research*, S. 1–16. Internet: <https://doi.org/10.1080/13669877.2021.1913631> (Stand: 3.8.2021).
- Müller, Marcus/Bartsch, Sabine/Zinn, Jens O. (2021): Communicating the unknown. An interdisciplinary annotation study of uncertainty in the coronavirus pandemic. In: *International Journal of Corpus Linguistics* (online first). Internet: <https://doi.org/10.1075/ijcl.21096.mul> (Stand: 8.10.2021).

- Neuhäuser, Christian/Seidel, Christian (Hg.) (2020): Kritik des Moralismus. Berlin: Suhrkamp.
- Stieber, Benno/Pauli, Ralf (2021): Virusmutation legt Schulstart lahm. In: taz, 27.1.2021. Internet: <https://taz.de/Schuldebatte-in-Baden-Wuerttemberg/!5747814/> (Stand: 5.5.2021).
- Wagenknecht, Sahra (2021): „Im Mittelpunkt unserer Politik müssen soziale Themen stehen“. Sahra Wagenknecht im Interview mit der WELT, erschienen am 31.1.2021. In: sahra-wagenknecht.de. Internet: www.sahra-wagenknecht.de/de/article/3013.im-mittelpunkt-unserer-politik-m%C3%BCssen-soziale-themen-stehen.html (Stand: 5.5.2021).
- Weisser, Martin (2018): How to do corpus pragmatics on pragmatically annotated data. (= Studies in Corpus Linguistics 84). Amsterdam/Philadelphia: Benjamins.

Henrike Helmer/Arnulf Deppermann (Mannheim)

Verständlichkeit und Partizipation in den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21

Abstract: Der vorliegende Beitrag untersucht aus interaktionslinguistischer Perspektive, wie Prinzipien deliberativer Demokratie in den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21 umgesetzt wurden. Wir konzentrieren uns dabei auf Interventionen, in denen der Schlichter Heiner Geißler die Wahrung von Verständlichkeit und Interessen der Bürger/-innen anmahnt, sowie Verletzungen der Wahrheitsnorm sanktioniert. Wir zeigen, wie Bürger/-innen sowie Normen und Werte rhetorisch als Ressource für das Einhalten von Verfahrensregeln genutzt werden, aber auch den Interessen des Schlichters selbst dienen. Dabei werden die Verfahrenswerte nicht immer einheitlich priorisiert. Die zugrunde liegende politische Diskussion wird zu Gunsten der Durchsetzung des Konstrukts ‚Faktenschlichtung‘ ausgeklammert.

1 Einleitung

Die Proteste gegen das Projekt ‚Stuttgart 21‘ im Jahr 2010 zeigen aufschlussreich, wie ein Konflikt eskalieren kann, wenn politische Entscheidungsfindung über die Köpfe von Bürger/-innen hinweg geschieht. Der Konflikt wurde daher mit einer Krise der repräsentativen Demokratie in Verbindung gebracht (z. B. Conradi 2010).

In Abgrenzung zur repräsentativen Demokratie formulierten im 20. Jahrhundert Politikwissenschaftler/-innen und Philosoph/-innen Begründungen, Ideale und mögliche Umsetzungen deliberativer Demokratie (Barber 1984; Habermas 1992; Rawls 1993; Gutmann/Thompson 1996; Young 2000). Deliberative Modelle betonen die Relevanz der Partizipation von Bürger/-innen und postulieren deren Meinungs- und Willensbildung als Grundlage für politische Entscheidungen.

Das für eine breite Öffentlichkeit im Fernsehen übertragene Schlichtungsverfahren zu Stuttgart 21 wurde vor allem zur Befriedung des Konflikts eröffnet, damit einhergehend aber auch, um der als postdemokratisch empfundenen Politik mit mehr Partizipation in Form von informierter Meinungsbildung der Bürger/-innen zu begegnen. Dabei orientiert sich der Schlichter Heiner Geißler an verschiedenen Idealen deliberativer Demokratie, etwa am Zugänglichmachen und der Verständlichkeit aller Informationen für alle sowie an einem rationalen und in Bezug auf Beteiligungsrechte fairen Austausch von Argumenten und Gegenargumenten.

Etwas mehr als zehn Jahre nach dem Schlichtungsverfahren untersucht der vorliegende Beitrag aus interaktionslinguistischer Perspektive, wie der Schlichter Heiner Geißler sich in seinem sprachlichen und gesprächsorganisatorischen Handeln an diesen deliberativen Prinzipien orientiert und ob ihm dies konsequent gelingt.

Wir geben zunächst einen Überblick über den Anlass, die Teilnehmerkonstellation und die Struktur der Schlichtungsgespräche (Kap. 2). Daraufhin skizzieren wir die Grundprinzipien deliberativer Demokratie sowie Forschungsergebnisse zu den Schlichtungsgesprächen und zu Schlichtungen, Mediationen und politischen Debatten im Allgemeinen (Kap. 3). Nach der Skizzierung der Fragestellung (Kap. 4) und der Datengrundlage (Kap. 5), bildet den Hauptteil des Beitrags die Analyse der Rolle des Schlichters Heiner Geißler und seiner Orientierung an deliberativen Prinzipien (Kap. 6). Die Ergebnisse werden abschließend mit Hinblick auf linguistisch-pragmatische Aspekte sowie auf die Bewertung der Umsetzung deliberativer Elemente diskutiert.

2 Anlass, Teilnehmerkonstellation und Struktur der S21-Schlichtungsgespräche

Das Verkehrs- und Städtebau-Projekt ‚Stuttgart 21‘ zur Neuordnung des Eisenbahnknotens Stuttgart, dessen Planung bereits in den 1990er Jahren begonnen wurde, erregte erst ab Februar 2010 mit dem Baubeginn die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit. Aufgrund finanzieller und ökologischer Bedenken sowie einer kritischen Bewertung der als hegemonial und postdemokratisch empfundenen Entscheidungsfindung (von Staden 2020, S. 90 f.) starteten bundesweit wahrgenommene Proteste, bei denen es am ‚Schwarzen Donnerstag‘ am 30. September 2010 mehrere hundert Verletzte gab (ebd. 2020, S. 99).

Kurz darauf wurde von der baden-württembergischen Landesregierung im Oktober ein öffentliches Schlichtungsverfahren eingeleitet, das vom Schlichter Heiner Geißler als demokratisches Experiment¹ und eine neue Form der Kommu-

¹ So etwa am Vormittag des zweiten Schlichtungstags.

nikation zwischen Regierungen und Zivilgesellschaft (DIE ZEIT 2010) bezeichnet wurde. Die Schlichtung fand vom 22. Oktober bis 30. November 2010 in neun Schlichtungssitzungen statt und wurde live in SWR und Phoenix mit beträchtlichen Einschaltquoten übertragen.²

An den neun Schlichtungssitzungen nahmen insgesamt etwa 70 Personen teil. Als Schlichter und Vorsitzender war Heiner Geißler für die Einhaltung des zeitlichen und strukturellen Ablaufs jeder Sitzung verantwortlich, er übertrug das Rederecht und formulierte am Ende der Verhandlungen einen – rechtlich nicht bindenden – Schlichterspruch.

Neben Geißler gab es je sieben Teilnehmende seitens der Projektbefürworter sowie der Projektgegner. Es handelte sich um politische Vertreter/-innen der CDU-Landesregierung bzw. der Opposition (DIE GRÜNEN und SPD) oder diesen nahestehende Funktionäre. Jede Seite konnte anlass- und themenbezogen Expert/-innen einladen, die mit Präsentationen zur Diskussion beitrugen. Darüber hinaus gab es weitere Teilnehmende, wie neutrale Wirtschaftsprüfer, Assistent/-innen, Stenograph/-innen und Journalist/-innen (vgl. Reineke 2016, S. 65–75).

Durch die öffentliche Übertragung im Fernsehen adressierten in Diskussionen die Teilnehmenden nicht nur einander, sondern auch das Publikum vor den Fernsehern (ebd., S. 72). Da Hauptziele der Schlichtung die Befriedung des Konflikts und informierte Meinungsbildung waren, ist das zuschauende Publikum immer zugleich auch indirekter Adressat („indirect target“, Levinson 1988, S. 197) von Wortbeiträgen. Für die Mitglieder der beteiligten Parteien bot die Schlichtung daher auch die Möglichkeit zur parteipolitischen Auseinandersetzung mit Blick auf den Wahlkampf (vgl. von Staden 2020, S. 132; Eisele 2011, S. 135).

Der idealtypische Ablauf der einzelnen Sitzungen sah Präsentationen zu spezifischen Themen sowie moderierte Diskussionsslots vor, in denen Geißler eine Rednerliste führte. Nur der Schlichter war autorisiert die Sprechenden zu unterbrechen.

² Die durchschnittlichen Einschaltquoten beim Nachrichtensender Phoenix lagen bei ca. 2 %, beim SWR sogar bei ca. 5,2 %, womit pro Tag etwa 60.000 Zuschauer/-innen einschalteten (vgl. Krause 2010).

3 Forschungsüberblick

3.1 Deliberative Demokratie

Der Konflikt um Stuttgart 21 kann als „beispielhaft für die hegemoniale Logik in postdemokratischen Zeiten angesehen werden“ (von Staden 2020, S. 16). Auch um diesem Problem zu begegnen, orientiert sich das Schlichtungsverfahren an Elementen und Werten deliberativer Demokratie. Deliberative und partizipatorische Demokratiemodelle werden in Politologie und Philosophie in Abgrenzung oder als Ergänzung zu aggregativen Demokratiemodellen wie der repräsentativen Demokratie diskutiert (z. B. Barber 1984; Gutmann/Thompson 1996; Young 2000), bei denen Wahlen den primären Akt politischer Beteiligung darstellen und gewählte Vertreter/-innen für die Bürger/-innen sprechen und entscheiden (Barber 1984, S. 146; Young 2000, S. 22). Dies hat direkte Auswirkungen auf die Bewertung politischer Entscheidungen als (il)legitim und (in)akzeptabel durch die Bevölkerung (Young 2000, S. 21), so wie es etwa in den Protesten gegen Stuttgart 21 sichtbar wurde.

Deliberative und partizipatorische Demokratiemodelle hingegen betonen die Relevanz von Partizipation durch öffentliche Diskurse mit für alle zugänglichen Informationen und der Ermöglichung des rationalen Austauschs von Argumenten zwecks öffentlicher Meinungs- und Willensbildung als Grundlage für politische Entscheidungen (vgl. Habermas 1992).

Die Grundidee deliberativer Demokratiemodelle ist die, dass Dissens nicht durch Wahlen gelöst, also nicht die Minderheitenmeinung gegenüber der zahlenmäßig stärkeren Mehrheitsmeinung ignoriert wird. Dissens soll im öffentlichen und vernünftigen Austausch und mit einvernehmlich akzeptierten Entscheidungen konstruktiv bearbeitet und aufgelöst werden (Gutmann/Thompson 1996, S. 1). Dabei ist Reziprozität im Sinne wechselseitigen Respekts vor und des Zuhörens von anderen Personen unentbehrlich (Gutmann/Thompson 1996, Kap. 2; Dobson 2014, Kap. 4). Im Rahmen des offenen dialogischen argumentativen Austauschs über Probleme, Konflikte und (Eigen-)Interessen werden zudem Inklusion, politische Gleichheit und Vernunft betont (Habermas 1992; Rawls 1993; Knight/Johnson 1997; Young 2000, S. 22). Für die Sicherung guter Entscheidungen ist die Rechenschaftspflicht (*accountability*) bzw. Verantwortlichkeit der Beteiligten im Rahmen dieser Grundprinzipien unabdingbar, nicht nur gegenüber Gleichgesinnten, sondern auch gegenüber anderen Gemeinschaften sowie zukünftigen Generationen (vgl. Gutmann/Thompson 1996, Kap. 4; vgl. auch Habermas 1992, Kap. 8).

Eine grundlegende und nicht unumstrittene Prämisse dieser Vorstellungen ist die, dass nicht das quantitativ dominierende Argument gewinnt, dem die meis-

ten Personen zustimmen, sondern das qualitativ überzeugende Argument, das aus Sicht der Gemeinschaft das beste und vernünftigste ist (Habermas 1992, S. 367 f.; Young 2000, S. 23). Einige Vertreter/-innen deliberativer Demokratiemodelle stellen damit einen normativen theoretischen Zusammenhang zwischen Demokratie, Vernunft und Gerechtigkeit her (z. B. Young 2000, S. 27 f.).

Beim Aufeinandertreffen von Ideal und Realität zeigt sich, dass die „Einheits-suggestion“ (Thaa 2013, S. 12) nicht unproblematisch ist: Wenn Bürger/-innen sich auf das vermeintlich beste Argument einigen, wird im Zweifel eine Mehrheit postuliert, die es nicht gibt. Als Konsequenz werden abweichende Ansichten eher exkludiert als inkludiert, was umso problematischer ist, je unterschiedlicher die Werte, Perspektiven und Vorschläge sind und je größer der Konflikt von (Teil-) Gruppen ist (Young 2000, S. 40 f.) – so wie es auch in den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21 der Fall ist.

Problematisch ist auch, dass strukturelle und kommunikative Ungleichheiten zu nur vermeintlicher Einigkeit führen können, etwa durch die Privilegierung von eher gebildeten und rhetorisch geschulten Personengruppen aufgrund ihres Kommunikations- und Argumentationsstils (Young 2000, S. 38; Knight/Johnson 1997). Auch dieser Umstand zeigt sich in den S21-Schlichtungsgesprächen, in denen erfahrene Führungspersönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft auf teils weniger rhetorisch versierte Personen trafen.

3.2 Forschung zu den S21-Schlichtungsgesprächen

Nur wenige linguistische Untersuchungen befassen sich schwerpunktmäßig mit Phänomenen in den S21-Schlichtungsgesprächen (etwa Deppermann 2015 zu Aushandlungen des Ökologie-Begriffs; Reineke 2016 zu Wissenszuschreibungen; Helmer 2021 zu Interpretations-Praktiken und Helmer i. Dr. zu Strategie- und Intentionszuschreibungen).

Forscher/-innen aus den Politik-, Rechts- und Kommunikationswissenschaften sowie der Philosophie haben sich hingegen ausführlich mit der Schlichtung zu Stuttgart 21 beschäftigt (etwa Conradi 2010; Eisele 2011; Brettschneider 2011; Geis 2012; Brettschneider/Schuster (Hg.) 2013; Nagel 2016). Ein Schwerpunkt ist die Bewertung des Schlichtungsverfahrens im Kontext von repräsentativer sowie deliberativer Demokratie. Dabei werden die Transparenz und die Bereitstellung von Informationen für die breite Öffentlichkeit hervorgehoben, mit der der Sach- und Fachverstand der interessierten Bevölkerung wuchs (von Staden 2020, S. 124; Conradi 2010, S. 231; Eisele 2011, S. 115; Geis 2012, S. 152). Zudem wurde gewürdigt, dass die Schlichtung als Korrektiv politisch gefällter Entscheidungen fungierte (Conradi 2010; Brettschneider 2013; Thaa 2013).

Die Forschung zeigt jedoch auch die Gefahren und Probleme des Formats (Conradi 2010; Eisele 2011; Geis 2012; Thaa 2013; von Staden 2020). Thaa (2013) verweist auf „strukturelle Ungleichheiten hinter dem kommunikativen Prozess des Austauschs von Argumenten und Gegenargumenten“ (ebd., S. 12). Moniert wird auch, dass die öffentliche Übertragung eine Offenlegung aller Interessen aller Beteiligtegruppen verhinderte, wie es in einer echten Mediation in der sogenannten ‚Interessensphase‘ möglich gewesen wäre (Eisele 2011). Auch die Tatsache, dass das Ziel des Verfahrens nicht klar definiert wurde und der Schlichterspruch zwar nicht bindend war, aber faktisch enormen Druck zur Annahme erzeugte, wurde kritisiert (Eisele 2011; Thaa 2013; von Staden 2020). Kritisch wurde zudem diskutiert, dass Befriedung und Versachlichung durch die Reduzierung des Konflikts auf einen Sach- und Fachkonflikt mit Entpolitisierung einherging (Geis 2012).

3.3 Die Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 – Schlichtung, Mediation oder politische Debatte?

Das öffentliche und medial vermittelte Streitbeilegungsverfahren zu Stuttgart 21 hat Ähnlichkeiten mit verschiedenen Gattungen. Mit der Gattung der ‚Schlichtung‘, wie die Gespräche offiziell genannt wurden, haben sie etwa die große Gestaltungsfreiheit des Schlichters und die Fällung eines Schlichterspruchs am Ende des Verfahrens gemein (Eisele 2011; vgl. auch Reineke 2016, S. 65–75). Auch als ‚Mediation‘ wurden die Gespräche in den Medien bezeichnet (etwa Zielcke 2010). Dass Heiner Geißler sich zwar Elementen der Mediation bedient, aber diese Gattungszuordnung formal nicht korrekt ist, zeigt Eisele (2011). Elemente beider außergerichtlicher Verfahren zeigen sich in der prinzipiellen Freiwilligkeit und Ergebnisoffenheit des Verfahrens und in der für Schlichtungen und Mediationen typischen Gesprächsorganisation, nach der das Rederecht nach jedem Beitrag wieder an den Schlichter Heiner Geißler zurückfällt (Garcia 1991; Nothdurft (Hg.) 1995). Er nutzt dies zum Teil strategisch, um detailliertere oder verständlichere Informationen zu elizitieren und um Diskussionen konstruktiv abubrechen (Helmer 2021). Auch andere Handlungen entsprechen der typischen Mediator/-innen- bzw. Schlichter/-innenrolle, wie sie in konversationsanalytischer Forschung untersucht wurden: Neben der strikten Einhaltung und teilweise expliziten Bezugnahme auf seine Neutralität und Rationalität (Nothdurft/Spranz-Fogasy 1986; Greatbatch/Dingwall 1990; Jacobs 2002) wendet Geißler Strategien an, Neutralität anlassbezogen zu umgehen und Stellung zu nehmen, ohne seine Unparteilichkeit zu verlieren (Greatbatch/Dingwall 1990 zu „selective facilitation“; s. a. Nothdurft (Hg.) 1997; Reitemeier/Spranz-Fogasy 2003). Ebenso nutzt er

bestimmte Frageformate oder Reformulierungen, um mit Widerstand von Teilnehmenden und eskalativen Momenten umzugehen (Greatbatch/Dingwall 1994; Nothdurft (Hg.) 1997; Jacobs 2002; Reitemeier/Spranz-Fogasy 2003; Stokoe/Sikvealand 2016).

Das Verhalten der übrigen Teilnehmenden hingegen rückt die öffentliche Schlichtung bisweilen in die Nähe zu öffentlichen politischen Debatten und politischen Talkshows mit entsprechenden rhetorischen Strategien zur Selbst- und Fremdpositionierung und Publikumsbeeinflussung (vgl. Atkinson 1984; Heritage/Greatbatch 1986; Hutchby 2006). Ein großer Unterschied etwa zu politischen Talkshows ist jedoch, dass die Öffentlichkeit zwar konstitutiv für das Verfahren ist (Reineke 2016, S. 65–75), die Schlichtung aber nicht als ‚Spektakel‘ für das Publikum gerahmt wird (wie Hutchby 2006 es für Talkshows beschreibt) – im Vordergrund steht der Informationswert des Verfahrens für die Öffentlichkeit, nicht die Eskalation. Der Schlichter Heiner Geißler versucht die Auseinandersetzungen konsequent zu befrieden und dabei Sach- und Fachinformationen für das Publikum verständlich werden zu lassen.

4 Fragestellungen

Um einschätzen zu können, wie Geißler die Ansprüche an das Verfahren zu gewährleisten und zur Befriedung, Transparenz und informierten Meinungsbildung beizutragen versucht, beschäftigen wir uns mit zwei Fragestellungen:

- Wie versucht der Schlichter, Verständlichkeit für die breite Öffentlichkeit in den Schlichtungssitzungen zu sichern, und welches Bild von Wissen und Interessen der Öffentlichkeit wird dabei von ihm zugrunde gelegt?
- Wann und wie sanktioniert Geißler Teilnehmende, und welche Kommunikationsideologien/-werte werden dabei in Anspruch genommen?

5 Datengrundlage

Grundlage der Untersuchung sind vier vollständige Schlichtungsgespräche, die in der Datenbank für Gesprochenes Deutsch (dgd.ids-mannheim.de) als Video und vollständig transkribiert vorliegen. Heiner Geißlers Sprecherbeiträge wurden in diesen ca. 21,5 Stunden exhaustiv nach verschiedenen Kriterien annotiert.³

³ Wir danken Mojenn Schubert herzlich für ihre wertvolle Hilfe.

Annotiert wurden z. B. alle Momente, in denen Geißler Reformulierungen vorheriger Sprecher/-innen vornimmt, in denen er Teilnehmende unterbricht oder auf deren Vorschläge reagiert. Für die vorliegende Studie sind die Momente zentral, in denen Geißler in seinen Beiträgen auf das Publikum bzw. die Öffentlichkeit verweist – häufig im Rahmen eines Appells für Verständlichkeit – und in denen er Teilnehmende sanktioniert – häufig mit dem Verweis auf grundlegende Werte und Normen des Schlichtungsverfahrens. Alle Stellen in den untersuchten Gesprächen, in denen entsprechende Aktivitäten vorkommen, haben wir in Einzelfallanalysen im Detail betrachtet.

6 Die Rolle des Schlichters in den S21-Schlichtungsgesprächen

Im Folgenden stellen wir anhand von vier Ausschnitten exemplarisch dar, wie der Schlichter Geißler in Bezug auf zentrale demokratietheoretisch relevante Verfahrenskriterien agiert. Im Einzelnen zeigen wir,

- wie er Interventionen mit Interessen und Verstehensvoraussetzungen, die er den Bürger/-innen zuschreibt, rechtfertigt (6.1),
- wie er Kriterien von Wahrheit und Verfahrensgerechtigkeit benutzt, um Redner/-innen zu sanktionieren (6.2).

6.1 Verständlichkeit und Interessen

Ein wesentliches Element eines deliberativen Demokratieverständnisses ist die Ausrichtung politischer Aushandlungsprozesse an den Verstehensvoraussetzungen und Interessen der Bürger/-innen. Im Schlichtungsverfahren kommen aber lediglich die geladenen Parteienvertreter/-innen und Expert/-innen zu Wort. Andere Bürger/-innen haben selbst keine Möglichkeit sich am Verfahren aktiv zu beteiligen – sie sind jedoch als rhetorische Ressource in den Argumentationen der Parteien und des Schlichters präsent. Während Projektbefürworter/-innen und -gegner/-innen sich auf Interessen der Bürger/-innen berufen, um bestimmte Agendapunkte durchzusetzen bzw. andere auszuschließen, agiert der Schlichter Geißler oft als Sachwalter der Sicherung der Verständlichkeit der Verhandlungen für die Bürger/-innen.

Vor allem in Darstellungen von Expert/-innen interveniert Geißler des Öfteren, indem er Verständlichkeitsdefizite anmahnt und eine alltagssprachliche Formu-

lierung bzw. Erläuterung von Sachverhalten einfordert. Er tut dies durch verschiedene Arten der Reparaturinitiierung (Egbert 2009, S. 98–105; Birkner et al. 2020, S. 356–364), mit denen Formulierungen als für die Bürger/-innen unverständlich problematisiert werden.

In Ausschnitt 1 präsentiert Klaus Arnoldi (KA; ContraS21, Vorsitzender Verkehrsclub Deutschland) das Alternativprojekt ‚K21‘ (Kopfbahnhof 21). Er bezeichnet dabei das Konzept von K21 auf seinen Folien und im Vortrag als „modulares“ (Z. 005):

Ausschnitt 1: FOLK_E_00068_T03_329-365 (01:10:23-01:11:23)

- 01 KA °hh Anschließend möchte ich dann (.) die
modernisierung des KOPFbahnhofs
erläutern?
02 (0.46)
03 KA °h dAnn noch mal (.) AUsführen was (.)
herr conradi schon ANgedeutet hat-
04 (0.68)
05 KA stuttgart (.) kopfbahnhof einundzwanzig
(0.2) ist ein modulares (0.2) konzEpt (0.2)
das STufenweise ausgebaut werden kann,

Hiernach unterbricht Geißler (HG) den Vortrag mit einer Reparaturinitiierung: „WAS für_n konzept.“ (Z. 6). Arnoldi wiederholt daraufhin zunächst zweimal den Ausdruck „MOdulares“ (Z. 10); Reparaturinitiierung und Wiederholung erfolgen nochmals (Z. 13/15). Arnoldi behandelt Geißlers Nachfrage also als akustisches Problem (vgl. Selting 1987, S. 72–85). Erst als Geißler in Zeile 17 mit „was“ verdeutlicht, dass es sich nicht um ein akustisches, sondern ein semantisches Problem handelt, liefert Arnold mit „BAUsteine“ (Z. 19) ein Synonym:

- 06 HG WAS für_n konzept. (.)
07 KA ein sch
08 (0.35)
09 XM (BAUsteine)
10 KA MOdulares konzept?
11 (0.29)
12 KA °h
13 HG wie?
14 (0.7)
15 KA [ein] MOdulares konze[pt de-]
16 HG [mo] [moduL]Ares.
17 was [s]
18 PC [baustein]GRUNDl[age-]
19 KA [BAUst]eine.

20 HG ja ICH kapiert das schon.
 21 KA h° ha tschuldigung °h ha °h °h °h (.)
 ((schmatzt)) aso l
 22 HG also sAgen se_s do den LEUten.

In den Zeilen 20/22 macht Geißler klar, dass nicht er selbst ein Verstehensproblem hat, sondern dass er stellvertretend ein Verstehensproblem anzeigt, das er dem Publikum („den LEUten“, Z. 22) unterstellt. Geißler agiert als Anwalt eines prototypischen Rezipienten, dem die Bedeutung des fachsprachlichen Ausdrucks ‚modular‘ nicht bekannt ist, der aber Anspruch auf Verständlichkeit hat. Arnoldi zeigt mit seiner umgehenden Entschuldigung in Zeile 21, dass auch er sich der Norm verpflichtet fühlt, für Laien verständlich zu formulieren. Nun produziert er nicht mehr lediglich ein Synonym, sondern liefert eine sachbezogene, für den angenommenen Laien angepasste Erläuterung, die konkret auf die Planungen von K21 bezogen ist:

22 HG also sA[gen se_s do] den L[EUten.]
 23 KA [kopf] [kopf]bahnhof
 einundzwanzig besteht aus fünf großen
 BAUsteinen? (.)
 24 °h °h die nacheinander und nach bedArf
 (0.36) AUSgebaut werden können,
 25 °h sodass man also nicht zEhn jahre WArten
 muss bis alles fErtig is wie bei stuttgart
 einundzwanzig,
 26 °h sondern man hat mit jedem AUsbau (0.35)
 direkt auch schon einen NUTzen (.) für den
 BAHNkun[den.]
 27 HG [ja] (.) so is RECHT- (0.39)
 28 KA °h <<behaucht>>OKAY;> ((Lachansatz)) °h h°
 °hh
 29 zum Abschluss möchte ich dann noch_n
 vergleich machen (.) zwischen stuttgart
 einundzwanzig un KOPFbahnhof. h°

Arnoldis Erklärung nimmt Teile seines Vortrags vorweg. Er verweist dabei selbst explizit auf den Nutzen des Konzepts K21 für die Bürger/-innen („man“, Z. 25/26). Die Reparatursequenz wird von Geißler mit einer positiven Bewertung abgeschlossen („so is RECHT“, Z. 27), ähnlich wie in schulischen Frage-Antwort-Bewertungssequenzen (Margutti/Drew 2014). Er verdeutlicht damit, dass er die deontische Position des Verfahrenswalters beansprucht und die Einhaltung der Spielregeln überwacht und bewertet.

Dieser Fall ist repräsentativ für zahlreiche Interventionen Geißlers, in denen Unverständlichkeit angemahnt wird. Als prototypischer Rezipient wird ein unwissender Laie angenommen, der das normative Kriterium für angemessene, verständliche Darstellungen abgibt. Das Demokratieideal einer informierten Meinungsbildung auf Basis transparenten Wissens wird in solchen Interventionen als fraglose Handlungsorientierung der Schlichtung zugrunde gelegt, die selbst keiner weiteren Begründung bedarf.

Wie in Arnolds Erläuterung deutlich wurde, ist neben ‚Verständlichkeit‘ das ‚Interesse der Bürger/-innen‘ ein zweites Kriterium, mit dem Bezüge auf das Publikum motiviert werden. Die Parteien und der Schlichter argumentieren dabei oft mit divergierenden Interessen der Bürger/-innen. Dadurch wird deutlich, dass die Interessen der Bürger/-innen, die in der Schlichtung geltend gemacht werden, keine Repräsentationen der faktischen Interessen der Bürger/-innen sind, sondern rhetorische Konstruktionen der Sprecher/-innen.⁴ Sowohl die Parteien als auch der Schlichter mobilisieren diese zur Stützung eigener Positionen und für gesprächssteuernde Zwecke.

Eine solche antagonistische Zuschreibung von Interessen an die Bürger/-innen geschieht im Ausschnitt 2. Tanja Gönner (TG, ProS21, Umwelt- und Verkehrsministerin BW) moniert, dass eine Bewertung des Konzepts K21 und damit ein Vergleich mit S21 nicht möglich seien, da die Präsentationen von K21 zu dürftig seien. Als sie das Betriebskonzept von K21 kritisieren will, wehrt Geißler ab (Z. 4/6).

Ausschnitt 2: FOLK_E_00068_T10_122-181 (01:59:20-02:02:02)

- 01 TG °h (.) uns wurde heute morgen ein
betriebskonzept vorgestellt (.) des
[funktionieren] Solle? (.)
- 02 HG [aber da (.) zu]
- 03 TG des fun[ktionie<<all>ren soll ich würde es
gern> °h ja herr geißler ich würde diesen]
gedanken gern AUSführen.
- 04 HG [wir kommen zum betriebskonzept
SPäter.]
- 05 TG °h [uns wurde ein betriebs]konzept
ausgeführt das auf einer grundlage ka
einunzwanzig baSIERT?

⁴ Natürlich sind die impliziten Zuschreibungen der Verstehensfähigkeiten des Publikums ebenso eine Konstruktion Geißlers (siehe allgemeiner dazu Deppermann/Schmidt 2016). Anmahnungen der Verständlichkeit eröffnen aber weniger Chancen, bestimmte Positionen in der Schlichtung geltend zu machen. Sie werden daher nicht problematisiert und ihr konstruierter Charakter wird nicht sichtbar.

06 HG [ja des GEHT nich;]
 07 TG (.) die so AUSSieht also mit zehn
 ZUlaufgleisen;=
 08 =des bedeutet aber dass ich dann ziemlich
 viel infrastruktur BAUen muss?
 09 °h un dArüber müssen wir uns unterhalten
 weil DES die menschen draußen interessiert.
 10 HG ja wir müssen uns überHAUPT unterhalten;=
 11 =un_öh und zwar über des was jetzt im moment
 zur deBATte steht. °h

Gegen Geißlers Zurückweisung legitimiert Gönner ihr Insistieren auf dem Thema ‚Betriebskonzept K21‘ mit dem Interesse der „menschen draußen“ (Z. 9). Deren Betroffenheit durch den Bau von Infrastruktur dient ihr als Begründung, von der Themenordnung abzuweichen, deren Einhaltung Geißler in den Zeilen 4/6 fordert. Der Schlichter akzeptiert diese Themensetzung nicht (Z. 10/11). Nach einer Zusammenfassung der Position von K21 (im Transkript ausgelassen), mahnt Geißler, zur grundsätzlichen Frage, welches Konzept besser sei, zurückzukehren.

47 HG °h äh und äh dann ko_ma noch zu den
 EINzelheiten da kann man dann sagen-
 48 °h äh die KOSTen sind so un so-
 49 und DAS geht nich-
 50 und DAS geht nich-
 51 °h aber die müssen doch mal die möglichkeit
 habeN dass sie °h darstellen können wie im
 prinzip °h nich wahr dieser (.) ka
 EINunzwanzig °h (.) bahnhof °h f
 funktionieren soll (.) im vergleich zu es
 EINunzwanzig.
 52 °h des interessiert die LEUTE nämlich.=
 53 =DARum geht es.
 54 °h (.) wir streiten net um_n zehntes oder
 neuntes GLEIS?=
 55 =sondern wir streiten DARum,
 56 °h wAs (.) ist (.) BESSer.
 57 (0.55)
 58 HG so.=DAS is der punkt.
 59 (0.42)
 60 HG wAs is BESSer.
 61 (0.46)
 62 HG WIRTschaftlich;
 63 (.) verKEHRlich; °h
 64 (0.38)
 65 HG KOSTenmäßig;

66 (0.55)
 67 HG es EINunzwanzig oder kA EINunzwanzig.
 68 (0.52)
 69 HG DAS is der punkt um den_s geht. (.)

Geißler verfügt, dass die „Einzelheiten“ (Z. 47) erst später zu diskutieren seien, zunächst dagegen das Konzept K21 als solches dargestellt werden solle (Z. 51). Er begründet diese Priorität mit dem Interesse der „LEute“ (Z. 52). Während Gönner mit dem Interesse der Menschen für eine detaillierte Diskussion des Betriebskonzepts argumentierte, konstatiert Geißler, dass die Leute am Vergleich der generellen Leistungsfähigkeit der Konzepte S21 vs. K21 interessiert seien (Z. 53–63). Geißlers Argumentation impliziert, dass das von ihm zugeschriebene Interesse der Bürger/-innen vorrangig sei, ohne aber einen expliziten Bezug zu Gönners vorangegangener Inanspruchnahme der Bürger/-innen herzustellen. Geißler benutzt das Publikum hier für die Legitimation einer Komplexitätsreduktion auf die einfache Frage: „wAs ist BESser“ (Z. 56/60).

Verweise auf die Bürger/-innen werden in den Schlichtungsgesprächen in zweierlei Hinsicht benutzt:

- a) um die Verständlichkeit von Beiträgen durch vereinfachte Darstellung und größere Explizitheit zu verbessern. Hier ist eine Orientierung am Ideal der informierten Entscheidungsfindung und der maximalen Transparenz für alle, ungeachtet der unterschiedlichen Wissensvoraussetzungen, leitend. In dieser Weise wird nur vom Schlichter auf das Publikum Bezug genommen.
- b) Die Relevanz von Themensetzungen (und damit der Möglichkeit, bestimmte Standpunkte und begründende Fakten vorzubringen) wird mit den Interessen der Bürger/-innen als Betroffenen begründet. In dieser Weise wird sowohl von den Parteienvertreter/-innen als auch vom Schlichter auf das Publikum Bezug genommen.

In beiden Fällen wird auf die Bürger/-innen stets generisch, mit Allaussagen referiert. Auf spezifischere Untergruppen (wie Anwohner/-innen) wird kaum Bezug genommen. Indem die Bürger/-innen als homogene Gruppe behandelt werden, werden sie als Mehrheitstopos, der argumentative Autorität beansprucht, in Anspruch genommen (vgl. Kienpointner 1992, S. 393 f.; Walton 1999). ‚Die Bürger/-innen‘ sind eine rhetorische Konstruktion, die interessenbezogen und ohne interne Differenzierungen vorgenommen wird. Der Inanspruchnahme der Bürger/-innen wird an keiner Stelle widersprochen, doch sie kann, wie in Abschnitt 2, übergangen werden. In den Bezugnahmen des Schlichters auf die Bürger/-innen wird das Dilemma deutlich, dass einerseits hinreichende Informiertheit, andererseits Komplexitätsreduktion Verfahrensziele sind. Die Schlich-

tung wird damit zum Balanceakt zwischen expertischer Überkomplexität und tendenziell populistischer Simplifizierung (Deppermann 2015). Letztere tendiert immer dazu, einzelne Sachverhalte und damit entsprechende Parteienstandpunkte zu bevorzugen und andere auszublenden.

6.2 Wahrheitsanspruch und Verfahrensgerechtigkeit

Ein weiteres Element des deliberativen Demokratieverständnisses ist der Austausch von Informationen und Argumentationen, bei dem alle Beteiligten die gleichen Beteiligungsrechte und -chancen haben und die besseren Argumente gewinnen (Habermas 1992, S. 367 f.; Young 2000, S. 23). Der i. d. R. agonale Charakter politischer Auseinandersetzungen, der mit Parteieninteressen und der Anwendung rhetorischer Strategien einhergeht, wie es auch für die S21-Schlichtungssprache charakteristisch ist (vgl. Thaa 2013, S. 12), steht dem rationalen und gerechten Austausch von Argumenten entgegen.

Wenn Geißler hierdurch die Verfahrensregeln der Schlichtung gefährdet sieht, kann er Verstöße sanktionieren. Während er Sanktionierungen wenig persönlich formuliert, wenn er das Verständnis seitens der Bürger/-innen gefährdet sieht, sind Geißlers Sanktionierungen deutlich persönlicher und moralisierender, wenn Beteiligte fundamentale Verfahrensregeln verletzen, wie etwa die Wahrheitsnorm.

Dies ist zum Beispiel der Fall in Ausschnitt 3. Florian Bitzer (FB, ProS21, Ingenieur) hatte in seinem Vortrag und einer anschließenden Wortmeldung behauptet, die neuen Strecken für Stuttgart 21 seien komplett planfestgestellt, der Bauplan sei also für alle Teile der Strecken verbindlich geklärt und festgelegt. Die Projektgegnerin Brigitte Dahlbender (BD, ContraS21, Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz) moniert und korrigiert Bitzers Äußerungen zur Planfeststellung:

Ausschnitt 3: FOLK_E_00064_T02_c200-225 (01:12:29-01:14:22)

- 01 BD herr bitzer wenn sie sAgen (.) es
einundzwanzig un_die neubaustrecke seien
komplett f planfestgestellt °h (.) wissen
sie dass das !FALSCH! is.
- 02 °h die gesAmte strecke zwischen rohrer
kurve und flughafen °h ist zum beispiel
NICHT plange festgestellt.
- 03 und °h es gilt NACH wie vor die aussage (.)
- 04 da ham sie in der letzten woche beim
letzten gespräch nICht ALle nicht drauf
geantwortet,
- 05 °h die aussage dass erst ge mit dem bau

- begonnen s äh werden soll vom aufsichtsrat
der de be a ge °h wEnn alles gerichtspfest
PLANge fehestgestellt is.
- 06 °h un_ich bin nIch bereit diese
falschaussagen in nebensätzen (.) immer
wieder so STEhen zu lassen.
- 07 °h und das bitt ich auch zur kEnntnis zu
nehmen und da bei der WAHRheit zu bleiben.

Brigitte Dahlbender formuliert eine Wissenszuschreibung an Florian Bitzer (vgl. dazu sowie ausführlich zu diesem Beispiel Reineke 2016, S. 151–155) und wirft ihm damit vor, er habe bezüglich der Planfeststellung bewusst falsche Behauptungen aufgestellt. Sie verwendet mit „falschaussagen“ (Z. 6) einen juristischen Begriff, der explizit auf die Verletzung der Wahrheitsnorm Bezug nimmt, dabei jedoch einen persönlichen Angriff vermeidet.⁵

Dennoch wiegt dieser Vorwurf der Unehrllichkeit, der auch auf die Persönlichkeit zielt (Deppermann 2005, S. 122–141; Luginbühl 1999), stärker als etwa der Vorwurf des Nutzens einer rhetorischen Strategie, der auch auf (positiv konnotierte) Eloquenz hindeuten kann.

Heiner Geißler reagiert zunächst neutral und versucht, die Korrektheit von Dahlbenders Vorwurf zu klären:

- 09 HG herr BITzer;
10 (0.41)
- 11 HG sie ham vorhin gesagt es sei
PLANfestgestellt.
- 12 FL °h also (.) damit hab ich [über]HAUPT kein
problem darauf hinzuweisen und zuzustimmen
dass einzelne abschnitte noch NICH
planfestgestellt sind;
- 13 HG [ja-]
14 ((Gelächter und Tischklopfen))
- 15 HG ja;
16 FL meine (.) meine damen und HERRN; (.)
17 das spielt (.) das spielt überhaupt keine
ROLle.
- 18 °h denn (.) die [a al]le abschnitte
beFINDen sich in der planfeststellung;
- 19 XM [(xxx xxx)]

⁵ Andere Fälle von gegenseitigen Vorwürfen zeigen, dass der Ausdruck ‚Lüge‘ (als stärkerer Angriff auf die Persönlichkeit des Gegenübers) bewusst vermieden wird, der juristische Ausdruck ‚Falschaussage‘ jedoch i. d. R. nicht sanktioniert wird.

- 20 FL und allen bürgerinnen und bürgern die sich
dafür intressieren is SONnenklar (.) WO (.)
auf den zentimeter genau °h diese strecke
zum LIEgen kommen soll;
21 °h bei (.) den alternativvorschlägen is das
den bürgern NICH klar.
22 und sie SAgen es den bürgern auch nich,
23 deswegen ham WIR das übernommen.

Geißler fordert zunächst mittels einer Deklarativsatzfrage mit indirekter Redewiedergabe eine Stellungnahme von Florian Bitzer ein (Z. 9–11). Durch diese Reaktion präsentiert er sich in der Rolle als neutraler Moderator, der klären will, ob es für die Diskrepanz in Bitzers Aussage und der Realität der Planfeststellung eine unschuldige Erklärung gibt oder ob es sich tatsächlich um einen Täuschungsversuch seitens Bitzers handelt.

Während Geißlers neutrale Eingangsfrage eine inhaltliche Erklärung oder gar Entschuldigung ermöglicht, reagiert Bitzer mit einer Rechtfertigung und einem Gegenvorwurf (Z. 12–23). Er konzediert die Richtigkeit von Dahlbenders Vorwurf (vgl. Schwitalla 1996, S. 309 f.), um dann mit *extreme case formulations* (Pomerantz 1986; „überHAUPT kein problem“ und „überhaupt keine ROLle“) dessen Irrelevanz zu behaupten (vgl. Reineke 2016, S. 153 f.). Bitzer verweist in seinem Gegenvorwurf auf die informierten Bürgerinnen und Bürger (Z. 20–22), für die die Streckenverläufe des Alternativkonzepts, K21, nicht klar seien. Bitzer stellt sich also als Agent der Öffentlichkeit dar.

Mit der Relevanzabstufung behandelt Bitzer einen der Zentralwerte der Schlichtung, nämlich Wahrheitsorientierung, lokal als irrelevant. Zudem positioniert er sich als die Instanz, die über diese (Ir-)Relevanz entscheiden darf, was einen klaren Verstoß gegen das Verfahren und eine Anmaßung in Bezug auf Geißlers Rolle darstellt.

Geißler reagiert mit einer persönlichen Sanktionierung:

- 25 HG ja aber (.) lieber herr BITzer nich wahr;
26 des GEHT nich; (.)
27 dass sie sagen es is was °h
PLANfestgestellt was noch gar nich
PLANfestgestellt is;
28 °h muss ich jetzt generell einfach SAgen.
29 °hh nicht, äh (.) sonst kriegen wir
30 (0.97)
31 HG ich sag_s nOch mal (.) UNfrieden.
32 (0.31)
33 HG muss nicht äh °hh äh (.) noch mal die
TEXTstelle (.) zitieren;
34 des GEHT nicht.

Geißler geht nicht auf die von Bitzer angeschnittene sachbezogene Diskussion ein und übergeht seine Themenverschiebung auf mangelnde Informationen zum Alternativkonzept K21. Er moniert die Verletzung des Wahrheitsanspruchs und richtet sich mit „lieber herr BITzer“ (Z. 25) direkt an diesen. Die namentliche Adressierung, obwohl der Adressat ohnehin eindeutig ist, projiziert moralische Kritik (Schwitalla 1995; Clayman 2010), die gleich darauf in Form einer persönlichen und starken Sanktionierung und der moralischen Zurechtweisung „des GEHT nicht“ (Z. 26/34) folgt. Geißler behandelt damit Bitzers Verstoß gegen die Wahrheitspflicht als inakzeptabel.

Geißler wirft Bitzer vor, dass dessen Verhalten dem übergeordneten Ziel der Schlichtung, der Befriedung des Konflikts, entgegenstehe (Z. 29/31). Er verweist auf eine Textstelle aus dem Matthäus-Evangelium, die er zu Beginn der Sitzung zitiert hatte („Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden“, Mt 5, 9). Diese ‚höhersymbolische‘ (Schütze 1996) religiöse Überhöhung der normativen Aussage und die formelhafte Wendung wirken gemeinplatzartig und konsensverpflichtend (Drew/Holt 1998). Der Deontik des Bibelverweises ist schwer zu widersprechen, und sie ist nicht verhandelbar. Beim Verweis auf den potenziellen Unfrieden nickt Bitzer einlenkend.

Der persönlichen Sanktionierung Bitzers folgen generische deontische Formulierungen („generell einfach Sagen“ (Z. 28), „wir“ (Z. 29)). Geißler wendet die persönliche Kritik an Bitzer in einen Appell an alle Teilnehmenden, sich an für alle verbindliche und nützliche Werte zu halten. Diese Appelle führt er im Folgenden fort:

- 35 HG °hh ja,=weil wir uns sonst äh
 36 wir müssen doch äh (.) wir müssen doch äh
 (.) FAIR;
 37 (0.48)
 38 HG FAIR und EHRlich miteinander umgehen-
 39 °h äh und und äh äh nich behauptungen
 aufstellen die die eigene po position
 unterMAUern.
 40 °h aber die möglicherweise gar nich RIChtig
 sind.
 41 °hh nich da tun sie sich selber keinen
 geFAlLen.
 42 # (0.45)
 #Abb. 1
 43 HG °h so jetzt gehen wer aber mal WEIter?
 44 (1.62)
 45 HG °hh äh und äh jetzt äh gebe ich äh das wort
 dem herrn (0.41) KRETSCHmann.

Geißler setzt die moralische Sanktionierung mit Bezug auf allgemeine Normen der Schlichtung (Z. 36–41) fort. Mit der 1. Pers. Pl. (Z. 35/36) schließt er in seinem Appell alle Teilnehmenden ein, grundlegende Normen und Werte wie Frieden, Ehrlichkeit und Fairness zu respektieren. Während damit impliziert ist, dass Bitzer gegen genau diese Werte verstoßen hat, formuliert Geißler diese Zurechtweisung nicht mehr als explizit persönlich, sondern nutzt Bitzers Verstoß als Ressource für eine Ermahnung aller Anwesenden.

Wie auch in anderen Momenten der Schlichtung, appelliert Geißler hier mit der suggestiven Abschlussformel „da tun sie sich selber keinen geFALlen“ (Z. 41) an das Eigeninteresse des Übeltäters, sich an die Norm zu halten. Ein weiterer persönlicher Angriff wird damit vermieden und stattdessen auf das Wohl des einzelnen und damit auch aller abgezielt. Bitzer hebt an dieser Stelle konzedierend die Hände (vgl. Abb. 1).



Abb. 1.: Florian Bitzer hebt nach Geißlers Sanktionierungen einlenkend die Hände
(©SWR – Stuttgart 21 – Die Schlichtung – 4.11.2010)

Geißler wendet in Ausschnitt 4 mit der dreischrittigen Frage-Antwort-Evaluation-Sequenz ein aufwändiges interaktives Verfahren an, um Bitzer dazu zu bringen, seine Position öffentlich darzulegen und diese auf Basis seiner eigenen Worte zu diskreditieren (Deppermann 2005, S. 188–197). Damit vermeidet Geißler zum einen, sich nur auf seine eigene Erinnerung des Gesagten zu stützen, und zum anderen, so zu erscheinen, als unterstütze er direkt und parteiisch Dahlbenders Gegenposition. Geißler gibt Bitzer die Möglichkeit, seine Position selbst zu revi-

dieren oder sich zu entschuldigen und somit einer Maßregelung zuvorzukommen. Indem dieser auf seiner Position beharrt, produziert er die Evidenz für sein Verhalten, die im Folgenden sanktioniert werden kann. Geißler kann somit anlassgebunden Position beziehen, ohne seine Unparteilichkeit bzw. Neutralität zu riskieren (vgl. Greatbatch/Dingwall 1990). Wie hier tritt Geißler auch an anderen Stellen oft als Agent von normativen Werten auf und legitimiert damit Eingriffe in laufende Diskussionen, ohne seine Neutralität zu gefährden.

Ausschnitt 3 hat gezeigt, dass Geißler den Wahrheitsanspruch als für die Einhaltung der Verfahrensregeln fundamentale Norm behandelt, dem die (von Bitzer behauptete) Irrelevanz bestimmter Sachverhalte untergeordnet ist. Dieser normative Wahrheitsanspruch wird jedoch flexibel gehandhabt, wenn Geißler selbst Inhalte als irrelevant erachtet, wie es im folgenden Ausschnitt 4 der Fall ist. Ein weiterer Unterschied zum vorherigen Ausschnitt 3 besteht darin, dass der Sanktionierte nicht wie Bitzer nachgibt, sondern mehrmals auf seinem Standpunkt beharrt und damit Geißlers Autorität in Frage stellt. Dies zieht eine regelrechte Sanktionierungskaskade nach sich. Der Ausschnitt zeigt, welche Folgeerwartungen Geißler in seiner Rolle als Schlichter und Moderator nach Sanktionierungen hat – nämlich das Einlenken der Verursacher/-innen im Dienste der Verfahrensregeln.

Ausschnitt 4 stammt aus einer Diskussion um ein kurz nach der Währungsumstellung entstandenes DB-internes Dokument namens BAST. In ihm machte die Deutsche Bahn Angaben, aufgrund derer die Projektgegner/-innen vermuten, dass die Projektplaner/-innen schon früh davon wussten, dass die Kosten für S21 deutlich höher als öffentlich behauptet sein würden. Zu Beginn der Sitzung hatte Volker Kefer (VK, ProS21, Vorstandsmitglied der DB AG) einen Geldbetrag mit dem Verweis auf einen Tippfehler bei der Währungsangabe nach unten korrigiert (laut ihm hätte der Betrag in DM statt in EUR angegeben werden müssen). Michael Holzhey (MH, ContraS21, Wirtschaftswissenschaftler) verwendet in seinen Folien weiterhin den EUR-Betrag, der auch offiziell im BAST-Dokument steht, und argumentiert, dass die DB die Öffentlichkeit bewusst getäuscht haben muss. Volker Kefer moniert nun die Verwendung der Zahlen, die er zuvor als Tippfehler korrigiert hatte.

Ausschnitt 4: FOLK_E_00070_T04-05_c726-050 (02:35:17-02:37:56)

```

01   VK   herr HOLZhey;
02         zweitausendZWEI der wert;
03         (.) die vier ZWANZig;
04         wo kommen die HER;
05         (1.05)
06   MH   bast;
07         (0.55)

```


08 VK das is der wert den ich vorhin
RIChtiggestelltha[be.]
09 MH [ja;]
10 (0.32)
11 MH ich SAG j[a;]
12 VK [a]HA.
13 MH [(der aktuelle)]
14 VK °h[des heißt als]o mit falschen zAhlen
wern falsche arguMENTe auf[gebaut.]
15 MH [<<ff>nein>,]
16 ich habe

Aus Volker Kefers Sicht beharrt Holzhey wider besseres Wissen auf einer Position, die bereits widerlegt wurde. Kefer formuliert durch die Konstatierung, er habe den Geldbetrag zuvor korrigiert (Z. 8), einen indirekten Vorwurf, vorherige Diskussionen ignoriert zu haben. Er diskreditiert Holzhey damit als unaufrichtig und unglaubwürdig (vgl. Luginbühl 1999; Deppermann 2005). Kefers Unterstellung, Holzhey nutze falsche Prämissen für sein Argument (Z. 14), suggeriert gar, Holzhey halte dies Wissen aus strategischen Gründen absichtlich zurück (Helmer i. Dr.). Holzhey weist den Vorwurf hier (Z. 15) und im Folgenden zurück:

17 MH ich habe Offen gesagt ich habe hier den
BAST wert eingetragen;=
18 =ich hab sogar gesagt dass ich NICHT
station und service drin habe;
19 VK ich hatte grade ausgeführt dass des DE mark
warn un nicht EUro.
20 MH ich hatte ausgeführt dass ich ihnen nicht
GLAUbe.
21 °h und ich da steht jetzt (.) erst mal
aussage gegen AU[Ssage,]
22 HG (grade) [na GUT ab]er
23 aber des GEHT nicht;
24 (.) nich wahr;=des ham wer ja nun erÖRtert-
25 ((Unruhe, Zwischenrufe))

Holzhey verweist auf die Transparenz seiner Darstellung und sogar deren Übererfüllung (Z. 17–18) und insistiert auf dem EUR-Betrag, während Kefer auf dem DM-Betrag beharrt (Z. 19).

Im weiteren Schlagabtausch geht Holzhey durch die strukturelle Übernahme von Kefers Formulierung „ich hatte ausgeführt“ (Z. 19/20) maximal in Opposition zu Kefer (Goodwin 1990; Coulter 1990). Zudem greift er Kefer durch die Weigerung, dessen Ausführungen als wahr zu akzeptieren, sehr explizit in seiner Glaubwür-

digkeit an und impliziert mit der juristischen Formulierung „aussage gegen Aussage“ (Z. 21), es gebe in der aktuellen Situation kein Entscheidungskriterium für die Wahrheit.

An dieser Stelle interveniert Geißler und sanktioniert Holzhey, wie zuvor Florian Bitzer in Ausschnitt 3, mit der deontischen Aussage „des GEHT nicht“ (Z. 23), die auf die Verletzung einer allgemeingültigen normativen Regel hinweist. Geißler beruft sich darauf, dass die Währung des Geldbetrags zuvor thematisiert wurde (Z. 24) und impliziert damit, dass Unglauben kein hinreichendes Argument sein könne.

Nach einer kurzen Unterbrechung durch einen weiteren Teilnehmer fährt Geißler mit seiner Maßregelung fort:

- 41 HG entschul
 42 (.) nein moMENT-
 43 (.) äh verstehen sie;=
 44 =ich hab sie (.) äh vorhin schon °h
 unterBROCHen;
 45 (.) äh sie bewegen sich genauso im bereich
 der spekulaTION jetzt.
 46 MH nein.
 47 HG nich des (.)
 48 ja sie behaupten einfach (.)nich wahr des
 seien DE mark beträge gewesen.
 49 (0.69)
 50 HG ja (.) oder EUro f öh
 51 u_und der druckfehler sei dem
 52 °h das hat im moment (.) !Ü!berhaupt keine
 bedEUTung.
 53 (0.63)
 54 HG ob die bahn (.) im jahre zweitausendzwei °h
 äh f (.) äh irgendetwas falsch geSCHRIEBen
 hat-
 55 oder i Irgendjemanden falsch informMIERT
 hat-
 56 °h des is höchstens ein (.) psychologisch
 moralisches argument das sie ANführen
 können,
 57 °h zur begründung dass die nich richtig
 rechnen oder die leute nich richtig
 informMIERN.
 58 °hh aber wir kommen (.) in dEm punkt net
 WEIter.
 59 °h verSTEHen sie;

Geißler sanktioniert Holzhey, indem er dessen Beitrag als Spekulation (Z. 45) und einfache Behauptung (Z. 48) bezeichnet und damit bezüglich seiner (potenziellen) epistemischen Geltung abwertet.

Im Folgenden zielt er auf die Ausklammerung des Themas der Währungsungereimtheiten ab. Er verwendet hierfür eine *extreme case formulation* („!Ü!berhaupt keine bedEutung“ in Z. 52) sowie Irrelevanz indizierende Indefinitpronomen („irgendetwas“, „Irgendjemanden“; Z. 54–55), die die von ihm so bewertete Irrelevanz unterstützen. Er verortet die von Holzhey ausgeführten (potenziellen) Verfehlungen der DB auf einer „psychologisch moralische[n]“ (Z. 56) Ebene, die für die laufende Diskussion unerheblich sei.

Damit argumentiert er genau im Gegensatz zu seinen Ausführungen im vorherigen Ausschnitt 3. Während er dort Wahrheit als unbedingte Norm ansetzt und Florian Bitzers Irrelevanz-Argument zurückweist, argumentiert Geißler hier, dass aufgrund der von ihm konstatierten Irrelevanz des Sachverhalts die Wahrheit nicht geklärt werden müsse.

Geißler fährt mit seiner Sanktionierung fort und bezieht sich dabei auch auf Kefers vorherige Stellungnahme:

060 HG des is vo (.) von ihnen eine °h eine
!AB!solute vermutung-
61 mit den äh vier komma zwei millLIarden-
62 °h des hat (.) nun der herr kefer wirklich
°h nach meiner auffassung plausibel
beANTwortet-
63 es fra [°h]
64 XM [((unverständlich))]
65 HG <<f>plauSibel->
66 der herr conradi hat die frage geSTELLT,=
67 es muss ja niemand °h GLAUben-
68 aber für mich war des plauSibel-
69 °h un hat jetzt im moment mit der
schlichtung NIX zu tun.

Geißler kontrastiert hier Holzheys „!AB!solute vermutung“ (Z. 60) mit der Plausibilität von Kefers Stellungnahme (Z. 62/68). Dessen Beteuerung zu Beginn der Sitzung, es handle sich lediglich um einen Tippfehler, wird von Geißler von Beginn an als glaubwürdig verteidigt, ohne dass Kefer einen Beleg für seine Behauptung vorbrachte.⁶ Geißler misst bei der Bewertung von Holzheys und Kefers Äußerun-

⁶ vgl. Geißlers Verteidigungen Kefers nach Kritik an diesem aus dem Plenum: „des kann ja SEIN.“, „der herr kefer sagt sie ham sich verTIPPT.“ (FOLK_E_00070_T01_c622 und 628)

gen mit zweierlei Maß: Während unbelegte Beteuerungen in der einen Situation ausreichen, werden in der anderen Situation ähnliche Beteuerungen als unangemessene Spekulation zurückgewiesen.

Auf Geißlers Zurückweisung von Holzheys Sicht und die erneute Betonung der Irrelevanz des angesprochenen Sachverhalts erfolgt eine weitere Gegenrede Holzheys:

- 082 MH herr doktor geißler äh (.) jetzt (.) muss
ich wirklich darum BITten.=
- 083 =wenn sie über (0.28) zwAnzig jahre
bahnpolitik verFOLgen.=
- 084 =und sie stoßen immer wieder auf das
gleiche phänoMEN. °h
- 085 HG ja aber des [war bis jetzt] nun (.)
- 086 MH [wir reden]
- 087 HG [entSCHULDigung.]
- 088 MH [äh moment wir re]den über das
GLAUBwürdigkeitsthema.
- 089 glaubwürdigkeit is logisch (.) is
erFAHRungsbasiert.=
- 090 =sonst (.) ka_man nich über
glaub[würdigkeit]
- 091 HG [nich aber wir mach]en eine
FAKtenschlichtung und nich eine
spe[kulaTIO]NSSchlichtung.
- 092 MH [RICHTig.]
- 093 (0.42)
- 094 TG (glaubwürdig) ((unverständlich))
- 095 HG h°
- 096 (0.16)
- 097 HG also jetzt geh mer mal WEIter? nich wahr;
- 098 MH [bei k bei köln]
- 099 HG [(so) und wir warten jetzt immer noch auf]
die FAKten.
- 100 MH bei köln frankfurt kamen vorher geNAU die
gleichen argumente.
- 101 wir ham sechzig ingeNIEURbüros <<all>und so
weiter.=also>
- 102 (0.22)
- 103 MH das kann man s so nich HINnehmen.
- 104 (0.37)
- 105 MH °h <<h>gut-> äh
- 106 (0.51)
- 107 HG also jetzt machen sie bitte wei (.) äh ich
verstehen sie ich hab gar nix (.) äh gegen
ihren VORtrag;=

- 109 =aber °h ich wehre mich jetzt dagegen dass
 sie die zeit verschwenden mit spekulaTION.
 110 (0.43)
 111 MH <<t>ja.>
 112 (0.42)
 113 HG BITte schön-
 114 (0.4)
 115 MH ich mei (.) meine dass die öffen äh öff
 öffentlichkeit en ANrecht darauf hat. °h
 116 HG aber aber nicht auf spekulaTION.

Holzhey insistiert auf der Infragestellung der Glaubwürdigkeit der Angaben der DB und lenkt nicht ein wie viele andere Teilnehmende (vgl. die Ausschnitte 1–3). In seiner Replik wirft er der DB habituelle Unglaubwürdigkeit vor (Z. 82–90) und verweist als Beleg auf die letzten 20 Jahre Bahnpolitik (Z. 83). Er macht explizit, dass es ihm um erfahrungsbasierte (Un-)Glaubwürdigkeit der DB geht (Z. 89).

Geißler unterbricht Holzhey und kontrastiert die von ihm angestrebte und usuell als solche bezeichnete „FAktenschlichtung“ mit der Ad-hoc-Kategorisierung „spekulaTIONSSchlichtung“ (Z. 91), der er Holzheys Beitrag zurechnet und die als inadäquat ausgeschlossen wird. Stattdessen möchte er mit der Diskussion unter Ausklammerung des Themas ‚(Un-)Glaubwürdigkeit der DB‘ fortfahren (Z. 97).

Holzhey wiederum akzeptiert die Ausklammerung erfahrungsbasierter Argumente für die Unglaubwürdigkeit der DB nicht: Simultan zu Geißlers Aufforderung, Fakten zu liefern (Z. 99), verweist Holzhey auf Erfahrungen mit anderen Großprojekten (Z. 98/100–101), um die Relevanz des Sachverhalts für die Diskussion zu legitimieren.

Nach einer Herunterstufung seiner Sanktionen als nicht persönlich gemeint (Z. 108), stigmatisiert Geißler Holzheys Ausführungen erneut als Spekulation sowie als Zeitverschwendung (Z. 109). Holzhey gibt abermals nicht nach, sondern stellt sich als Agent und Aufklärer der Öffentlichkeit dar (Z. 115), was von Geißler wiederum mit erneutem Verweis auf Spekulation unterbunden wird (Z. 116).

Wie hier geriert Geißler sich regelmäßig als Agent normativer Werte und legitimiert damit Eingriffe in laufende Diskussionen, etwa mit der Begründung, dass bei mangelnder Faktizität, also mangelnder Güte oder Verlässlichkeit von Argumenten, Verfahrensregeln gefährdet seien und eine Diskussion darüber irrelevant sei.

Bei einer Gesamtbetrachtung der Schlichtungsgespräche ist dies oft nicht sachgerecht. Zum einen wird an vielen Stellen die Orientierung an der Wahrheit als Norm deklariert; aber die Diskussionen demonstrieren oft genug, dass es die

absolute Wahrheit nicht gibt bzw. sie im Kontext der Verhandlung nicht festgestellt werden kann. Das Ausspielen von angemessenen Fakten gegenüber unangemessener Spekulation erscheint damit zumindest zu simplifizierend.

Zum anderen äußern Teilnehmende der Schlichtung sich auch in anderen Kontexten im Laufe der Schlichtung notgedrungen spekulativ. Viele Präsentationen und Argumente enthalten Spekulationen im Sinne von Annahmen, Vorhersagen und statistischen Erwartungen, etwa was Kosten und geologische bzw. ökologische Risiken angeht – dies wird jedoch sonst i. d. R. nicht als Spekulation sanktioniert oder als irrelevant ausgeschlossen. Im Laufe seines Vortrags bringt Holzhey mehrere erfahrungsbasierte Belege dafür an, dass die DB in der Vergangenheit mit zu gering angesetzten Kosten agierte, um Projekte durchsetzen zu können. Diese faktischen Belege aus der Vergangenheit sind tatsächliche Erfahrungswerte. Dennoch werden sie in ihrer Aussagekraft von Geißler als unfundiert behandelt, im Gegensatz zu Erwartungswerten auf Basis von Statistiken, deren Faktizität ebenfalls zweifelhaft ist, die in anderen Momenten der Schlichtung aber akzeptiert werden.

Als politische Schlichtung sind Aspekte wie Glaubwürdigkeit und Erfahrungen mit vergleichbaren Projekten unverzichtbar zur Entscheidungsfindung. Der Begriff ‚Faktenschlichtung‘ und die Nutzung des Stigmaworts ‚Spekulation‘ erscheinen vor diesem Hintergrund als rhetorische Konstruktionen, die den Schlichtungsfall moralisch reinigen sollen, um ihn interaktiv überhaupt bearbeitbar zu machen und einen explosiven Konflikt durch das Offenlegen von unterschiedlichen Parteieninteressen auszuschließen. Damit wird die Veranstaltung im Grunde aber für politisch Interessierte delegitimiert, und wesentliche Ursachen der Proteste und somit auch der Schlichtung (etwa undurchsichtige Entscheidungsprozesse und erwartbare Kostensteigerungen von Großprojekten) werden damit übergangen.

Insgesamt verlaufen Sanktionierungen durch den Schlichter Geißler unterschiedlich. Dies ist zum einen davon abhängig, was sanktioniert wird: Sanktionen einer Ausführung als irrelevant aufgrund einer zu hohen (technischen) Detailgenauigkeit werden i. d. R. schneller abgehandelt als etwa Sanktionen aufgrund von Verstößen gegen die Wahrheitsnorm, wie sie hier im Fokus standen. Der Verlauf hängt zum anderen aber auch maßgeblich davon ab, wie die sanktionierten Personen selbst reagieren. Gestehen Personen ihr Fehlverhalten ein, werden persönliche Sanktionen häufig zu allgemeingültigen deontischen Appellen, an denen alle Teilnehmenden ihr zukünftiges Handeln orientieren sollen. Verteidigten Personen ihr Verhalten und stellen damit Geißlers Autorität in Frage, werden anschließende Interventionen Geißlers hingegen schärfer und persönlicher – eine für Auseinandersetzungsprozesse typische Eskalationsdynamik (Deppermann 2005, Kap. IV.2 und 4).

7 Diskussion

Unsere Untersuchung zielte darauf ab, aus interaktionslinguistischer Sicht zu prüfen, wie Prinzipien deliberativer Demokratie in den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21 umgesetzt wurden. Die Untersuchung fokussierte auf das Handeln des Schlichters Heiner Geißler, da dieser als Verfahrenswalter und für die Gesprächsorganisation Verantwortlicher die Instanz ist, welche in erster Linie für die Einhaltung solcher Prinzipien sorgen kann.

In unseren Untersuchungen zeigte sich, dass Geißler regelmäßig im Dienste von Verständlichkeit und Bürgerinteresse agiert. Er interveniert in sehr komplexe, unstrukturierte oder fachsprachliche Darstellungen von Expert/-innen und Parteienvertreter/-innen durch Reparaturinitiiierungen. Dies geschieht in Form von auf Vereinfachung abzielenden Fragen und Reformulierungen (Helmer 2021), durch Veranlassung von Begriffsklärungen und Erläuterungen sowie durch Initiativen zur transparenten Strukturierung der Diskussion. Seine Interventionen dienen dem Demokratieideal der informierten Meinungsbildung: Das Schlichtungsverfahren wird so gestaltet, dass es alle Beteiligten auf den gleichen Wissensstand bringen soll. Dies hat eine Komplexitätsreduktion von Inhalten und Verfahren zur Folge, mit der sich ein Balanceakt zwischen Expertisierung des Publikums und Simplifizierung der Sachverhalte verbindet (Deppermann 2015). Die Bürger/-innen werden rhetorisch als homogene Masse von Laien behandelt und damit als argumentative Ressource der Interaktionssteuerung und Durchsetzung der eigenen Agenda des Schlichters geltend gemacht.

Neben vollständiger und verständlicher Information orientiert sich Geißler an weiteren Normen und Werten deliberativer Demokratie, namentlich der Sicherstellung gleicher Beteiligungsrechte der Parteien und der Realisierung und Einhaltung einer quaestio-bezogenen Argument-Gegenargument-Struktur, die Transparenz und die Möglichkeit der Stellungnahme der Parteien zu allen quaestiones garantiert.

Diese Normen und Werte sind aber nicht einfach nur faktische Leitlinie für Geißlers Handeln. Er stellt sie auch rhetorisch in den Dienst seiner eigenen Interessen der Verfahrensdurchführung, etwa um Konflikte zu unterbinden oder Themen auszugrenzen. Geißler bringt normative Kriterien teilweise uneinheitlich zur Geltung, z. B. was die Zulassung von Plausibilitätsargumenten oder die Priorisierung von Verfahrenswerten angeht. So gewichtet er manchmal Wahrheits- und Präzisionsansprüche höher als Themenrelevanz, in anderen Fällen ist es umgekehrt. Sanktionierungen und kommunikative Freiheitsgrade der Beteiligten sind nicht uniform: Rhetorisch versierte, höfliche und Geißlers Autorität markiert respektierende Sprecher/-innen erfahren weniger (harsche und moralisierende) Sanktionierungen und haben größere Beteiligungschancen.

In den Schlichtungsverhandlungen findet sich also sowohl eine faktische Umsetzung einiger zentraler Elemente deliberativer Demokratie als auch ihre rhetorische und interessengebundene Nutzung als rhetorische Ressource der Gesprächssteuerung, sowohl durch den Schlichter als auch durch die Parteienvertreter/-innen und Expert/-innen. Während aber vor allem das Ideal der informierten Meinungsbildung sehr umfassend umgesetzt wird, wird die genuin politische Motivation des Schlichtungsanlasses weitestgehend ausgeklammert. Mit dem Konstrukt der ‚Faktenschlichtung‘ werden die Bürger/-innen zu Expert/-innen für Fachthemen, wobei die politische Diskussion des Wünschenswerten und Abgelehnten aus dem Verfahren ausgeklammert wird. Der Schlichterspruch jedoch, der aus dieser Faktenschlichtung resultierte, wurde ohne weitere politische Diskussion als maßgeblich akzeptiert. Hier zeigt sich eine grundlegende Paradoxie des Verfahrens: Der Versuch, die Auseinandersetzung durch die Beschränkung auf verifizierbare Fakten zu befrieden, entzieht dem Verfahren gerade die Dimension, die es im Vorfeld motivierte. Damit aber droht das Verfahren genau nicht die gegensätzlichen Interessen zu adressieren, die die Schlichtung selbst notwendig machten.

Literatur

- Atkinson, J. Maxwell (1984): *Our masters' voices. The language and body language of politics.* London/New York: Methuen.
- Barber, Benjamin (1984): *Strong democracy.* Berkeley: University of California Press.
- Birkner, Karin/Auer, Peter/Bauer, Angelika/Kotthoff, Helga (2020): *Einführung in die Konversationsanalyse.* Berlin/Boston: De Gruyter.
- Brettschneider, Frank (2011): *Kommunikation und Meinungsbildung bei Großprojekten.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ)* 44–45, S. 40–47.
- Brettschneider, Frank (2013): *Die „Schlichtung“ zu „Stuttgart 21“ – Wahrnehmungen und Bewertungen durch die Bevölkerung.* In: Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hg.): *Stuttgart 21: Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz.* Wiesbaden: Springer VS, S. 185–208.
- Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hg.) (2013): *Stuttgart 21: Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz.* Wiesbaden: Springer VS.
- Clayman, Steven E. (2010): *Address terms in the service of other actions. The case of news interview talk.* In: *Discourse & Communication* 4, 2, S. 161–183.
- Conradi, Elisabeth (2010): *Zivilgesellschaft und Demokratie. Die Bedeutung der Öffentlichkeit im Konflikt um das Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“.* In: *Zeitschrift für politische Theorie* 1, S. 221–232.
- Coulter, Jeff (1990): *Elementary properties of argument sequences.* In: Psathas, George (Hg.): *Interaction competence. (= Studies in ethnomethodology and conversation analysis 1).* Washington: University Press of America, S. 181–203.

- Deppermann, Arnulf (2005): Glaubwürdigkeit im Konflikt. Rhetorische Techniken in Streitgesprächen. Prozessanalysen von Schlichtungsgesprächen. Zugl. Diss. [1997]. Radolfzell: Verlag für Gesprächsforschung.
- Deppermann, Arnulf (2015): Gleiche Wörter – inkommensurable Bedeutungen. Zur interaktiven Entstehung von Undurchschaubarkeit in politischen Diskussionen am Beispiel von „Ökologie“ in den Schlichtungsgesprächen zum Bahnprojekt „Stuttgart 21“. In: Tuomarla, Ulla/Härmä, Juhani/Tiittula, Liisa/Sairio, Anni/Paloheimo, Maria/Isosävi, Johanna (Hg.): *Miscommunication and verbal violence/Du malentendu à la violence verbale/Misskommunikation und verbale Gewalt*. (= *Mémoires de la Société Néophilologique de Helsinki* 93). Helsinki: Société Néophilologique, S. 25–41.
- Deppermann, Arnulf/Schmidt, Axel (2016): Partnerorientierung zwischen Realität und Imagination. Anmerkungen zu einem zentralen Konzept der Dialogtheorie. In: *Zeitschrift für germanistische Linguistik* 44, 3, S. 369–405.
- DIE ZEIT (2010): Stuttgart 21. Schlichtung unter Vorbehalt. In: ZEIT ONLINE, 15.10.2010. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-10/stuttgart-21-schlichtung> (Stand: 30.4.2021).
- Dobson, Andrew (2014): *Listening for democracy. Recognition, representation, reconciliation*. Oxford: Oxford University Press.
- Drew, Paul/Holt, Elizabeth (1998): Figures of speech. Idiomatic expressions and the management of topic transition in conversation. In: *Language in Society* 27, 4, S. 495–522.
- Egbert, Maria (2009): *Der Reparatur-Mechanismus in deutschen Gesprächen*. Mannheim: Verlag für Gesprächsforschung, URL: <http://verlag-gespraechsforschung.de/2009/pdf/reparaturen.pdf> (Stand: 3.8.2021).
- Eisele, Jörg (2011): Öffentliche Streitbeilegungsverfahren – Zwischen Mediation, Schlichtung, Moderation und Schaulaufen der Akteure. In: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 44, 4, S. 113–116.
- Garcia, Angela (1991): Dispute resolution without disputing. How the interactional organisation of mediation hearings minimizes argument. In: *American Sociological Review* 56, S. 818–835.
- Geis, Anna (2012): Das „Schlichtungsverfahren“ zu „Stuttgart 21“. Die neueste demokratische Errungenschaft? In: Asbach, Olaf/Schäfer, Rieke/Selk, Veith/Weiß, Alexander (Hg.): *Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft: Festschrift für Michael Th. Greven zum 65. Geburtstag*. Wiesbaden: Springer VS, S. 143–163.
- Goodwin, Marjorie Harness (1990): *He-said-she-said. Talk as social organization among black children*. Bloomington: Indiana University Press.
- Greatbatch, David/Dingwall, Robert (1990): Selective facilitation. Some preliminary observations on a strategy used by divorce mediators. In: *Law and Society Review* 23, 4, S. 613–641.
- Greatbatch, David/Dingwall, Robert (1994): The interactive construction of interventions by divorce mediators. In: Folger, Joseph P./Jones, Tricia S. (Hg.): *New directions in mediation. Communication research and perspectives*. Thousand Oaks: SAGE, S. 84–109.
- Gutmann, Amy/Thompson, Dennis (1996): *Democracy and disagreement. Why moral conflict cannot be avoided in politics, and what should be done about it*. Cambridge, MA/London: Balknap Press of Harvard University Press.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Helmer, Henrike (2021): "Can I infer from this...". Interpretation practices in a publicly televised mediation. In: *Journal of Pragmatics* 178, S. 127–145.
- Helmer, Henrike (i. Dr.): Strategy ascriptions in public mediation talks. In: Deppermann, Arnulf/Haugh, Michael (Hg.): *Action ascription. Interaction in context*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Heritage, John/Greatbatch, David (1986): Generating applause. A study of rhetoric and response at party political conferences. In: *American Journal of Sociology* 92, 1, S. 110–157.
- Hutchby, Ian (2006): *Media talk: Conversation analysis and the study of broadcasting*. Maidenhead: Open University Press.
- Jacobs, Scott (2002): Maintaining neutrality in dispute mediation. Managing disagreement while managing not to disagree. In: *Journal of Pragmatics* 34, 10–11, S. 1403–1426.
- Kienpointner, Manfred (1992): *Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*. (= *Problemata* 126). Stuttgart/Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.
- Knight, Jack/Johnson, James (1997): What sort of equality does deliberative democracy require? In: Bohmann, James/Rehg, William (Hg.): *Deliberative democracy. Essays on reason and politics*. Cambridge, MA/London: MIT Press, S. 279–319.
- Krause, Frank (2010): Der Sender der Live-Demokratie. In: *Stuttgarter Nachrichten*, 30.11.2010. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.phoenix-der-sender-der-live-demokratie.f88715cb-51dd-42b7-a43b-5e719170358a.html> (Stand: 30.4.2021).
- Levinson, Stephen C. (1988): Putting linguistics on a proper footing. Explorations in Goffman's concepts of participation. In: Drew, Paul/Wootton, Anthony (Hg.): *Goffman. Exploring the interaction order*. Cambridge: Polity Press, S. 161–227.
- Luginbühl, Martin (1999): *Gewalt im Gespräch. Verbale Gewalt in Politischen Fernsehdiskussionen am Beispiel der „Arena“*. (= *Zürcher germanistische Studien* 54). Bern/Berlin/Frankfurt a. M.: Lang.
- Margutti, Piera/Drew, Paul (2014): Positive evaluation of student answers in classroom instruction. In: *Language and Education* 28, 5, S. 436–458.
- Nagel, Melanie (2016): *Polarisierung im politischen Diskurs. Eine Netzwerkanalyse zum Konflikt um „Stuttgart 21“*. Wiesbaden: Springer VS.
- Nothdurft, Werner (Hg.) (1995): *Schlichtung. Bd. 1: Streit schlichten. Gesprächsanalytische Untersuchungen zu institutionellen Formen konsensueller Konfliktregelung*. (= *Schriften des Instituts für Deutsche Sprache* 5.1). Berlin/New York: De Gruyter.
- Nothdurft, Werner (Hg.) (1997): *Schlichtung. Bd. 2: Konfliktstoff. Gesprächsanalyse der Konfliktbearbeitung in Schlichtungsgesprächen*. (= *Schriften des Instituts für Deutsche Sprache* 5.2). Berlin/New York: De Gruyter.
- Nothdurft, Werner/Spranz-Fogasy, Thomas (1986): Der kulturelle Kontext von Schlichtung. Zum Stand der Schlichtungsforschung in der Rechtsanthropologie. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 7, 1, S. 31–52.
- Pomerantz, Anita (1986): Extreme case formulations. A way of legitimizing claims. In: *Human Studies* 9, S. 219–229.
- Rawls, John (1993): *Political liberalism*. (= *The John Dewey essays in philosophy* 4). New York: Columbia University Press.
- Reineke, Silke (2016): *Wissenszuschreibungen in der Interaktion. Eine gesprächsanalytische Untersuchung impliziter und expliziter Formen der Zuschreibung von Wissen*. (= *OraLingua* 12). Heidelberg: Winter.

- Reitemeier, Ulrich/Spranz-Fogasy, Thomas (2003): Konfrontative Positionierung in Schlichtungsgesprächen. In: *Jahrbuch Deutsch als Fremdsprache* 29, S. 135–166.
- Schütze, Fritz (1996): Organisationszwänge und hoheitsstaatliche Rahmenbedingungen im Sozialwesen. Ihre Auswirkungen auf die Paradoxien des professionellen Handelns. In: Combe, Arno/Helsper, Werner (Hg.): *Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns.* (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1230). Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 183–275.
- Schwitalla, Johannes (1995): Namen in Gesprächen. In: Eichler, Ernst/Hilty, Gerold/Löffler, Heinrich/Steger, Hugo/Zgusta, Ladislav (Hg.): *Namenforschung. Ein internationales Handbuch zur Onomastik.* 1. Halbbd. (= Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 11.1). Berlin/New York: De Gruyter, S. 498–504.
- Schwitalla, Johannes (1996): Beziehungsdynamik. Kategorien für die Beschreibung der Beziehungsgestaltung sowie der Selbst- und Fremddarstellung in einem Streit- und Schlichtungsgespräch. In: Kallmeyer, Werner (Hg.): *Gesprächsrhetorik. Rhetorische Verfahren im Gesprächsprozeß.* (= Studien zur Deutschen Sprache 4). Tübingen: Narr, S. 279–350.
- Selting, Margret (1987): Verständigungsprobleme. Eine empirische Analyse am Beispiel der Bürger-Verwaltungs-Kommunikation. (= *Linguistische Arbeiten* 181). Tübingen: Niemeyer. <http://www.verlag-gespraechsforschung.de/2013/selting.html>.
- Staden, Julia von (2020): *Stuttgart 21 – eine Rekonstruktion der Proteste. Soziale Bewegungen in Zeiten der Postdemokratie.* (= *Soziale Bewegung und Protest* 3). Bielefeld: transcript.
- Stokoe, Elizabeth/Sikveland, Rein O. (2016): Formulating solutions in mediation. In: *Journal of Pragmatics* 105, S. 101–113.
- Thaa, Winfried (2013): „Stuttgart 21“ – Krise oder Repolitisierung der repräsentativen Demokratie? In: *Politische Vierteljahresschrift* 54, 1, S. 1–20.
- Walton, Douglas N. (1999): *Appeal to popular opinion.* Philadelphia: Pennsylvania State University Press.
- Young, Iris Marion (2000): *Inclusion and democracy.* Oxford: Oxford University Press.
- Zielcke, Andreas (2010): *Stuttgart 21: Schlichtung und Wahrheit: Heiner Geißler – wenig Mumm.* In: *Süddeutsche Zeitung*, 3.12.2020. URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/heiner-geissler-und-stuttgart-21-die-lizenz-zur-vollstreckung-1.1031587> (Stand: 30.4.2021).

Methodenmesse

Roman Schneider/Christian Lang/Sandra Hansen (Mannheim)

Das Vokabular von Songtexten im gesellschaftlichen Kontext – ein diachron-empirischer Beitrag

Abstract: Der Beitrag untersucht den Stellenwert gesellschaftlich relevanter Thematiken in deutschsprachigen Songtexten der zurückliegenden fünf Jahrzehnte. Dabei zeigt sich, dass neben individuellen Befindlichkeiten auch politische, sozialkritische oder umweltbezogene Themen signifikant angesprochen werden. Wir kontrastieren Songtexte mit anderen Textsorten und wenden dabei quantitative Methoden auf umfangreiche, breit stratifizierte Datensamples an, um die Phänomenbeschreibungen präzisierbar, generalisierbar und reproduzierbar zu machen. Das longitudinale Korpusdesign bietet Potenzial für diachrone Vergleiche. Im Sinne eines erweiterten „Mixed Methods“-Ansatzes exploriert die Studie zudem ausgewählte Aspekte qualitativ und bettet sie in den zeitlichen Kontext ein.

Das fachwissenschaftliche Potenzial deutschsprachiger Songtexte wird in der germanistischen Forschung gelegentlich kontrovers diskutiert (Achermann/Naschert 2005; von Ammon/von Petersdorff 2019). Obwohl Popmusik konstitutiver Bestandteil vieler Alltagssituationen (Storey 2010; Schneider 2019) und in Anglistik oder Amerikanistik bereits etablierter Forschungsgegenstand ist (vgl. exemplarisch die multidimensionale diachrone Registeranalyse in Werner i. Ersch.), finden sich in der sprachwissenschaftlichen Germanistik bislang erst vereinzelte Untersuchungen, etwa zur Phraseologismendichte (Lenk 2011) oder zu Hip-hop als soziolinguistisch informativer Ausdrucksform mit Bezügen zu Jugend-/Migrantensprache (Androutsopoulos 2003; Ross et al. 2018). Politolinguistisch dominant sind Analysen vergleichsweise kleiner Datenmengen, etwa zum Vokabular populärer Subgenres (Psutka/Grassel 2018), zu verbaler Gewalt in Texten ausgewählter Alben (Bloching/Landschoff 2018) oder dem Protestcharakter deutschsprachiger Popsongs (Blühdorn 2003). Korpusbasierte Analysen wiederum ausschließlich englischsprachiger Popsongs erweitern das Spektrum um quantitative Aussagen zu semantischen Begriffsfeldern (Motschenbacher 2016), geschlechtsspezifischen Stereotypen (Kreyer 2015) oder hochfrequenten Inhaltswörtern und N-Grammen (Brett/Pinna 2018; Nishina 2017).

Nachfolgend streben wir eine systematische thematische Erfassung des lexikalischen Inventars deutschsprachiger Songtexte seit Anfang der 1970er Jahre an, also seit dem Zeitpunkt, als medial erfolgreiche Veröffentlichungen (auch) poli-

tisch wurden. Diese Politisierung von Popsongs ist zwar ein immer wieder in der medialen Öffentlichkeit sowie der sozialwissenschaftlich orientierten Medienwissenschaft aufgegriffenes Thema (z. B. Kleiner 2016), aber auf breiterer empirischer Basis kaum belegt. Unsere kontrastiv zu anderen Textsorten zu validierende Hypothese lautet, dass Songtexte entgegen zuweilen bestehender Vorurteile nicht durchgehend triviale Themenkreise wie Konsum, Genuss oder Vergnügen behandeln, sondern signifikant auch politische, sozialkritische, umweltbezogene Themen.

Das der Studie zugrunde liegende Songtextkorpus (SK) verfolgt das langfristige Ziel einer Abdeckung wesentlicher Ausprägungen moderner Popmusiktexte. Es ist in thematische und autorenspezifische Archive unterteilt. Enthalten sind die kommerziell erfolgreichsten deutschsprachigen Songs der offiziellen west- bzw. gesamtdeutschen Singlecharts von 1970 bis 2020 sowie der DDR-Jahreshitparaden bis 1990. Damit wird den Kriterien Popularität und zeitliche Streuung Rechnung getragen sowie subjektiver Voreingenommenheit bei der Auswahl („personal bias“) entgegengetreten; die Bandbreite der Subgenres reicht von Schlager über Neue Deutsche Welle bis Hip-hop. Weiterhin enthält das Korpus die Werke prominenter Liedermacher und Bands wie Udo Lindenberg, Konstantin Wecker, Stoppok, Ulla Meinecke, Hannes Wader und Element of Crime. Die derzeit ca. 3.500 Songs sind umfassend linguistisch annotiert und mit TEI-konformen Metadaten versehen (Schneider 2020).

Songtexte liegen zwar medial schriftlich vor, weisen aber charakteristische Merkmale sowohl konzeptioneller Schriftlichkeit als auch konzeptioneller Mündlichkeit auf. Unsere Vergleichskorpora repräsentieren deshalb ebenfalls graduell abgestufte Ausprägungen in diesem konzeptuellen Kontinuum und umfassen DEREKO-Archive (Kupietz et al. 2018) mit zudem mutmaßlich unterschiedlich ausgeprägtem gesellschaftlich-politischem Wortschatz: Parlamentsreden (PP), Agenturmeldungen (DPA) und Belletristik des 20./21. Jahrhunderts (LOZ). Als Referenz ziehen wir ein hinsichtlich Region, Register, Medium und Domäne stratifiziertes allgemeinsprachliches Korpus (AK) hinzu. Aus jeder dieser Sammlungen wurde eine zufällige Textstichprobe mit 12 Millionen lemmatisierten und Wortart-annotierten Wörtern extrahiert.

Zur thematischen Beurteilung des lexikalischen Inventars von Songtexten dienen Keywordanalysen (Bondi 2010), also die Feststellung von SK-Begriffsfrequenzen relativ zu den Vergleichskorpora. Als Kriterium erstellen wir eine Keywordliste sämtlicher im Untersuchungszeitraum von der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) publizierten „Wörter des Jahres“ (jeweils erster bis dritter Rang) sowie deren paradigmatischen Profile, berechnet unter Zuhilfenahme von DERE-KoVecs-Ähnlichkeitsmaßen (Fankhauser/Kupietz 2019). Um zusätzlich auch einschlägiges Institutionsvokabular – *Parlament, Regierung, Bundespräsident* usw. –, domänenspezifische Eigennamen und Fachvokabular abzubilden, nehmen wir per TextRank-Algorithmus (Mihalcea/Tarau 2004) ermittelte Top-Begriffe aller Artikelüberschriften des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ seit 1970 in die Liste auf. Jedes Keyword wird einem oder mehreren der nachfolgenden Themenfelder zugeordnet (unabhängige manuelle Annotation mit Feststellung der Interrater-Reliabilität):

- **Bildung/Wissenschaft:** *Abitur, Ausbildung, Labor, Lehrer, Schule, Universität, ...*
- **Gesundheit/Drogen:** *Alkohol, Arznei, Dealer, Krankenhaus, Nikotin, Pandemie, Suizid, ...*
- **Gewalt/Krieg/Kriminalität:** *Atombombe, Auschwitz, Folter, Gangster, Geiselnahme, Mord, ...*
- **Liebe/Partnerschaft:** *Ehe, Erotik, Freier, Geliebte, Porno, Romanze, Tinder, Viagra, ...*
- **Kultur/Medien:** *Abendblatt, Berlinale, DSDS, Facebook, Fernsehen, Schlagzeile, ...*
- **Politik/Justiz/Religion:** *CDU, Fundamentalist, Merkel, Vatikan, Verfassungsgericht, ...*
- **Sport:** *Beckenbauer, Bundesliga, Nationalspieler, Stadion, Training, Turnschuh, Yoga, ...*
- **Umwelt/Naturschutz:** *Atomkraft, Endlager, Fukushima, GAU, Klimaschutz, Wackersdorf, ...*
- **Wirtschaft/Soziales:** *Arbeitsplatz, BASF, Dienstwagen, Euro, Fabrik, Privatisierung, ...*
- **Reisen/Geografie:** *Bahnhof, Bergsteiger, Lufthansa, Mallorca, Titicacasee, Urlaub, ...*

Die finale Liste umfasst ausschließlich Nomina und Eigennamen (NN/NE). Nicht aufgenommen werden mehrfach ambige und dadurch eingeschränkt spezifische Begriffe wie *Abstieg, Absturz, Abseits, Abwehr, Apparat, Anschluss* usw.

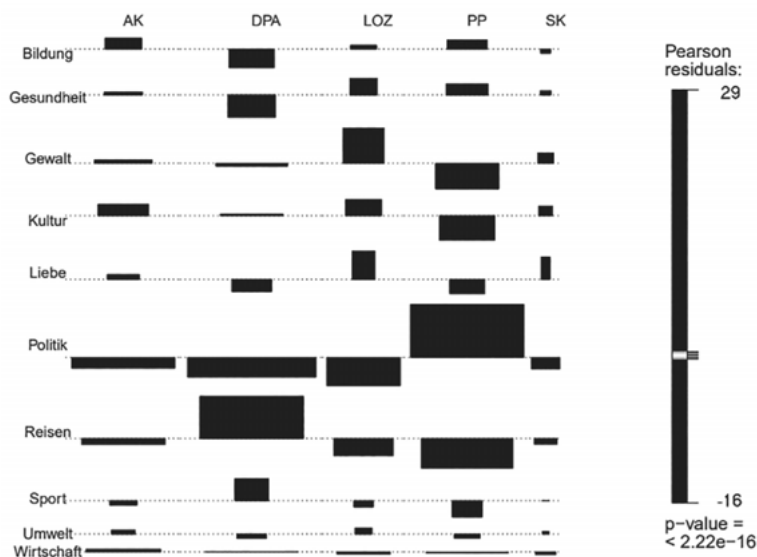


Abb. 1: Assoziationsplot für Themenfelder und Korpora

Abbildung 1 visualisiert standardisierte Abweichungen zwischen beobachteten und erwarteten Häufigkeiten (Pearson-Residuen) der themenspezifischen Keywords als Tokens oder Lemmata in den Korpus-Stichproben. Die Balkenbreite korrespondiert jeweils mit den erwarteten Häufigkeiten, die Balkenhöhen mit dem Grad der Abweichung nach oben bzw. unten. Es wird deutlich, dass im Songtextkorpus nicht nur der Themenbereich Liebe/Partnerschaft (erwartbar) im Fokus steht, sondern beispielsweise auch Gewalt/Krieg/Kriminalität, Gesundheit/Drogen oder Kultur/Medien. Insgesamt deutet diese erste Übersicht auf bemerkenswerte Ähnlichkeiten in der thematischen Gewichtung zwischen Songtextkorpus und belletristischer Textsammlung, aber auch dem allgemeinsprachlichen Korpus hin.

Um systematisch zu überprüfen, inwieweit sich die thematische Bandbreite des lexikalischen Inventars in den verschiedenen Korpora unterscheidet, führen wir binär logistische Regressionsanalysen durch (vgl. Jaeger 2008) und ermitteln Wahrscheinlichkeiten für das Vorkommen der Themenfelder gemäß folgender Modellspezifikation¹:

$$P(\text{THEMA} = 1) = \text{logit}^{-1} (\beta_0 + \text{korporusdpa} * \beta_1 + \text{korporusloz} * \beta_2 + \text{korporuspp} * \beta_3 + \text{korporusk} * \beta_4)$$

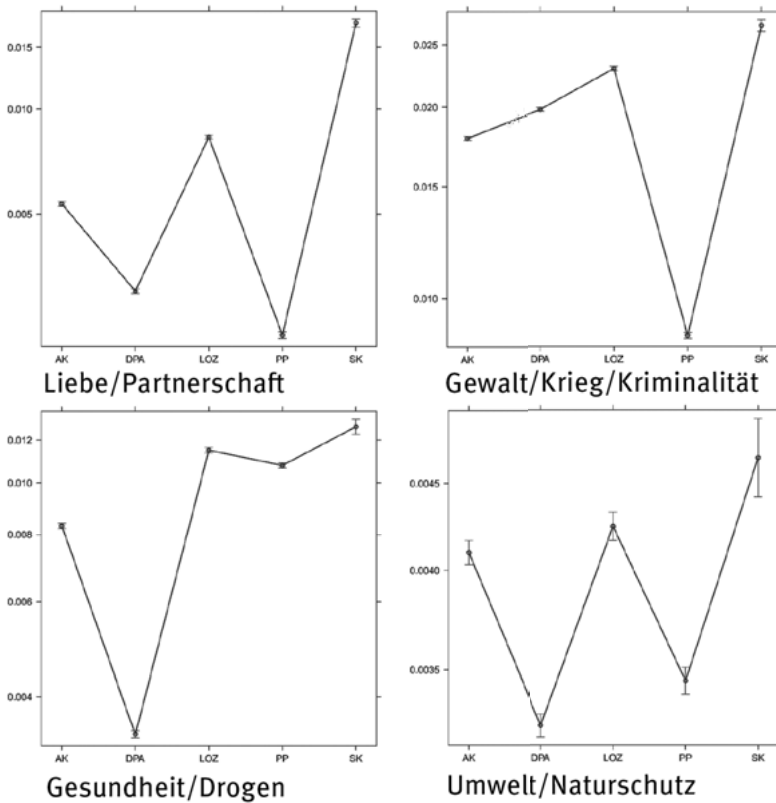


Abb. 2: Regressionsanalysen für ausgewählte Themenfelder

¹ THEMA steht hier als Platzhalter für die jeweiligen Themenfelder. Für jedes Themenfeld (= Kriteriumsvariable) wurde eine Regressionsanalyse berechnet.

Abbildung 2 visualisiert die geschätzten Werte ausgewählter statistischer Modelle als Effektplots; die Koeffizienten der Regressionsanalysen finden sich in Tabelle 1. Sowohl Liebe/Partnerschaft, Gewalt/Krieg/Kriminalität, Umwelt/Naturschutz als auch Gesundheit/Drogen weisen im SK signifikant höhere Wahrscheinlichkeiten als in den anderen Textsorten – inkl. dem AK – auf, wobei sich notabene der erstgenannte Themenbereich keineswegs auf „Herz-Schmerz“-Begriffe reduzieren lässt.

Tab. 1: Koeffizienten der Regressionsanalysen (Themenfeld-Bezeichnungen abgekürzt)

	z value Liebe	Pr(> z) Liebe	z value Gewalt	Pr(> z) Gewalt	z value Umwelt	Pr(> z) Umwelt	z value Gesund- heit	Pr(> z) Gesund- heit
(inter- cept)	-712.67	<2e-16 ***	- 992.06	<2e-16 ***	-655.98	<2e-16 ***	-811.70	<2e-16 ***
DPA	-51.70	<2e-16 ***	20.30	<2e-16 ***	-19.95	<2e-16 ***	-90.76	<2e-16 ***
LOZ	44.01	<2e-16 ***	44.23	<2e-16 ***	2.82	0.005 **	39.35	<2e-16 ***
PP	-64.08	<2e-16 ***	-102.20	<2e-16 ***	-13.83	<2e-16 ***	33.13	<2e-16 ***
SK	76.16	<2e-16 ***	34.44	<2e-16 ***	4.55	5.33e- 06 ***	24.56	<2e-16 ***

Ein genauerer Blick auf die Daten deutet unterschiedliche Ausschöpfungen der Keyword-Vokabulare an: Während etwa das Themengebiet Gesundheit/Drogen in Songtexten in der Mehrzahl der Fälle durch Aufputschmittel abgedeckt wird (*Bier*, *Kokain* etc.), sind in den anderen Korpora eher Begriffe aus dem Gesundheitsbetrieb dominant (*Medikamente*, *Krankenhaus*, *Pflege* etc.). Unregelmäßige Häufungen („Clumpiness“) von Keywords lassen sich anhand von Dispersionsmaßen nachweisen: Selbst ein vergleichsweise frequenter Begriff wie *Krieg* tritt mit einem DP-Wert (Gries 2008) von 0,939 nur in vergleichsweise wenigen Songtexten auf.

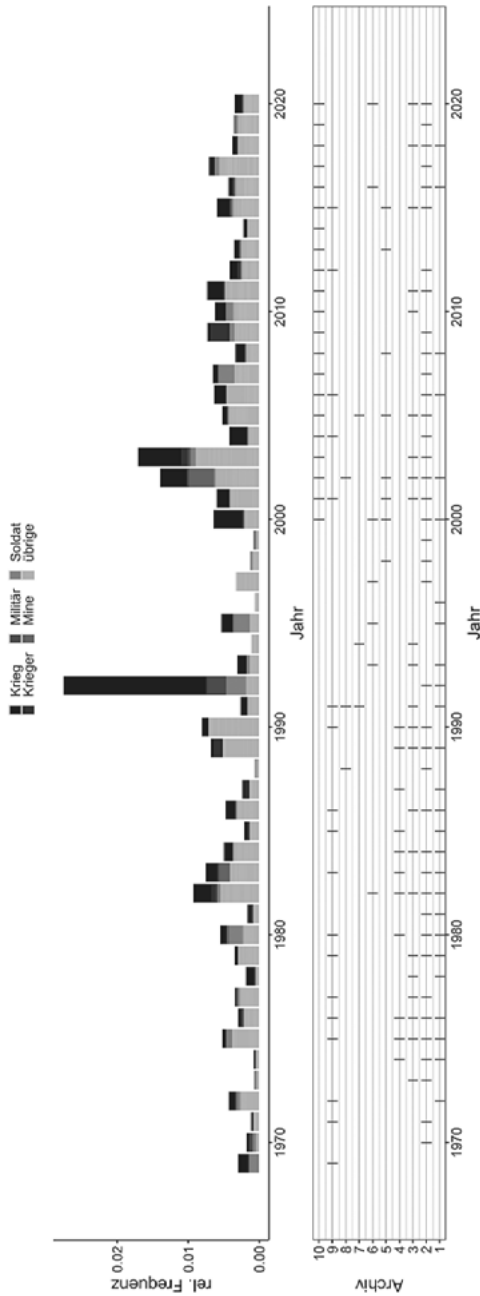


Abb. 3: Diachrone Frequenzen ausgewählter Keywords zur Thematik Gewalt/Krieg/Kriminalität

Am Beispiel des Themengebiets Gewalt/Krieg/Kriminalität lässt sich unter Zuhilfenahme diachroner Analysen nachvollziehen, dass prägende Ereignisse aus der realen Welt mutmaßlich ihre Spuren in Songtexten hinterlassen. Abbildung 3 visualisiert eine Teilmenge der einschlägigen Keywords. Der Spitzenwert im Jahr 1992 legt eine Verbindung zum zweiten Golfkrieg, der Anstieg Anfang der 2000er-Jahre Bezüge zum „Krieg gegen den Terror“ nahe. Ein Blick in die Verteilung über die SK-Archive belegt, dass hier neben den Liedermachern speziell das Charts-Archiv als prominenter Datengeber auftritt.

Zusammenfassend bestätigt die Studie unsere eingangs formulierte Hypothese. Es lässt sich zeigen, dass in Songtexten nicht allein der Themenbereich Liebe/Partnerschaft dominiert, sondern weitere Thematiken mit gesellschaftlich-politischer Relevanz nicht nur sporadisch aufgegriffen werden, zum Teil sogar deutlich häufiger als in allgemeinsprachlichen Texten. Dabei bleiben Texte, in denen eine solche Relevanz gar nicht durch Keywordanalysen fassbar ist, zwangsläufig außen vor. Diese Beschränkung des Ansatzes könnten ergänzende Sentimentanalysen oder Topic Modelling kompensieren, ebenso wären Untersuchungen zur Verteilung von Modalverben (Ermittlung dominanter Modalitäten) oder Satztypen (Quantifizierung von Frage-/Aufforderungscharakter) zur Erhöhung der Deskriptivität denkbar. Die im Rahmen der Studie generierten Keywordlisten und Ergebnisse werden unter <https://songkorpus.de> zur Verfügung gestellt, sodass zukünftige übergreifende Bestandsaufnahmen für den betrachteten Sprachausschnitt nachhaltig auf empirisch abgesicherte Daten zurückgreifen können.

Literatur

- Achermann, Eric/Naschert, Guido (2005): Songs, Besonderheit von Liedern und Lyrik. (= Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 2). Bielefeld: Aisthesis.
- Ammon, Frieder von/Petersdorff, Dirk von (Hg.) (2019): Lyrik / Lyrics. Songtexte als Gegenstand der Literaturwissenschaft. Göttingen: Wallstein.
- Androutsopoulos, Jannis (Hg.) (2003): HipHop: Globale Kultur – lokale Praktiken. Bielefeld: transcript.
- Bloching, Sven/Landschoff, Jöran (2018): Diffamierungen, Humor und Männlichkeitskonstruktion. Eine linguistische Perspektive auf Farid Bangs und Kollegahs Album JBG3. In: SPRACHREPORT 4/2018, S. 14–27.
- Brett, David/Pinna, Antonio (2018). Words (don't come easy): The automatic retrieval and analysis of popular song lyrics. In: Suhr, Carla/Nevalainen, Terttu/Taavitsainen, Irma (Hg.) (2019): From data to evidence in english language research. (= Language and Computers 83). Amsterdam/Leiden: Brill, S. 307–325.

- Blühdorn, Annette (2003): Pop and poetry – pleasure and protest: Udo Lindenberg, Konstantin Wecker and the Tradition of German Cabaret. (= German Linguistic and Cultural Studies 13). Oxford/Bern/Berlin: Lang.
- Bondi, Marina (2010): Perspectives on keywords and keyness. An introduction. In: Bondi, Marina/Scott, Mike (Hg.): Keyness in texts. Amsterdam/Philadelphia: Benjamins, S. 1–18.
- Fankhauser, Peter/Kupietz, Marc (2019): Analyzing domain specific word embeddings for a large corpus of contemporary German. In: International Corpus Linguistics Conference. Cardiff, 2019. DOI: www.doi.org/10.14618/ids-pub-9117 (Stand: 3.8.2021).
- Gries, Stefan Th. (2008) Dispersions and adjusted frequencies in corpora. In: International Journal of Corpus Linguistics 13, 4, S. 403–437. DOI: www.doi.org/10.1075/ijcl.13.4.02gri (Stand: 3.8.2021).
- Jaeger, Florian T. (2008): Categorical data analysis: Away from ANOVAs (Transformation or not) and towards logit mixed models. In: Journal of Memory and Language 59, 4. Special Issue: Emerging Data Analysis. S. 434–446. DOI: www.doi.org/10.1016/j.jml.2007.11.007 (Stand: 3.8.2021).
- Kleiner, Marcus S. (2016): Flüchtlinge und deutsche Popmusik. In: POP. Kultur und Kritik 5, 2, S. 40–44. DOI: www.doi.org/10.25969/mediarep/1538 (Stand: 3.8.2021).
- Kreyer, Rolf (2015): „Funky fresh dressed to impress”: A corpus-linguistic view on gender roles in pop songs. In: International Journal of Corpus Linguistics 20, 2, S. 174–204.
- Kupietz, Marc/Lüngen, Harald/Kamocki, Paweł/Witt, Andreas (2018): The german reference corpus DeReKo: New developments – new opportunities. In: Proceedings of the 11th International Conference on Language Resources and Evaluation (LREC 2018), Miyazaki. Paris: ELRA, S. 4353–4360.
- Lenk, Hartmut E. H. (2011): Phraseologismen im Austropop-Klamauk. Ihre spielerische Verwendung in den Texten der ERSTEN ALLGEMEINEN VERUNSICHERUNG. In: Lenk, Hartmut E. H./Stein, Stephan (Hg.) (2011): Phraseologismen in Textsorten. (= Germanistische Linguistik 211/212). Hildesheim/Zürich/New York: Olms. S. 255–280.
- Mihalcea, Rada/Tarau, Paul (2004): TextRank: bringing order into text. In: Proceedings of the Conference on Empirical Methods in Natural Language Processing (EMNLP 2004), Barcelona. ACL. S. 404–411. Internet: www.aclanthology.org/W04-3252.pdf (Stand: 3.8.2021).
- Motschenbacher, Heiko (2016): A corpus linguistic study of the situatedness of English pop song lyrics. In: Corpora 11, 1, S. 1–28.
- Nishina, Yasunori (2017): A study of pop songs based on the Billboard Corpus. In: International Journal of Language and Linguistics 4, 2, S. 125–134.
- Psutka, Christine/Grassel, Marco (2018): Porno-Rap. Möglichkeiten sprachlich-subversiver Strategien der Umwertung verletzender Sprachhandlungen im deutschsprachigen Rap. In: SPRACHREPORT 4/2018, S. 28–39.
- Ross, Andrew/Rivers, Damian (Hg.) (2018): The sociolinguistics of hip-hop as critical conscience. Dissatisfaction and dissent. Palgrave Macmillan. Internet: www.digitale-objekte.hbz-nrw.de/storage2/2018/09/05/file_12/8148562.pdf (Stand: 3.8.2021).
- Schneider, Roman (2020): A corpus linguistic perspective on contemporary german pop lyrics with the multi-layer annotated „Songkorpus“ In: Proceedings of The 12th Language Resources and Evaluation Conference (LREC 2020), Marseille. Paris: ELRA, S. 835–841. Internet: www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2020/pdf/2020.lrec-1.105.pdf (Stand: 3.8.2021).

- Schneider, Roman (2019): „Konservenglück in Tiefkühl-Town“ — Das Songkorpus als empirische Ressource interdisziplinärer Erforschung deutschsprachiger Poptexte. In: Proceedings of the 15th Conference on Natural Language Processing (KONVENS 2019), Erlangen. GSCL. S. 229–236.
Internet: www.corpora.linguistik.uni-erlangen.de/data/konvens/proceedings/papers/KONVENS2019_paper_15.pdf (Stand: 3.8.2021).
- Storey, John (2010): Music. In: Storey, John: Cultural Studies and the Study of Popular Culture. Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 118-137.
- Werner, Valentin (i. Ersch.): Catchy and conversational? A register analysis of pop lyrics. In: Corpora 16, 2.

Christian Fandrych (Leipzig)/Elena Frick/
Julia Kaiser (Mannheim)/Cordula Meißner (Innsbruck)/
Annette Portmann (Leipzig)/Thomas Schmidt (Mannheim)/
Matthias Schwendemann (Leipzig)/Franziska Wallner (Leipzig)/
Kai Wörner (Hamburg)

ZuMult: Neue Zugangswege zu Korpora gesprochener Sprache

1 Einleitung

ZuMult („Zugänge zu multimodalen Korpora gesprochener Sprache – Vernetzung und zielgruppenspezifische Ausdifferenzierung“) ist ein Kooperationsprojekt zwischen drei Partnern mit großen Sammlungen mündlicher Korpora der deutschen Sprache: dem Archiv für gesprochenes Deutsch (AGD) am IDS Mannheim, dem Hamburger Zentrum für Sprachkorpora (HZSK) an der Universität Hamburg und dem Herder-Institut der Universität Leipzig (GeWiss-Korpus). Ziel des Projekts ist zum einen die Ausarbeitung einer gemeinsamen Software-Architektur für den Zugang zu mündlichen Korpusdaten an verschiedenen Standorten. Zum anderen sollen auf Grundlage dieser Architektur neue und auf spezifische Nutzergruppen (wie z. B. Fremdsprachendidaktiker/-innen oder Diskurs- und Variationsforscher/-innen) zugeschnittene Möglichkeiten des Korpuszugriffs entwickelt werden.

Grundlage für den Bedarf an solchen innovativen nutzungsbezogenen Zugängen waren eigene Erfahrungen mit intendierten Zielgruppen bestehender (Gesprächs-)Korpora, die darauf hindeuteten, dass die dort vorhandenen Potenziale für viele Sprachforschungs- und Sprachvermittlungszwecke nur zu einem kleinen Teil auch wirklich in der Praxis genutzt wurden und so der beabsichtigte Transfer in wichtige berufliche und wissenschaftliche Kontexte in zu geringem Ausmaß stattfinden konnte. Aus diesem Grund wurde im Vorfeld des Projekts eine Nutzungsstudie durchgeführt (vgl. Fandrych et al. 2016), die u.a. ergab, dass viele interessierte Nutzer/-innen einerseits über geringe spezialisierte korpuslinguistische (Recherche-)Kenntnisse verfügten und so vielfältige vorhandene Werkzeuge nicht nutzten. Gleichzeitig wurden Nutzungswünsche geäußert, die bisher so als Recherchemöglichkeit nicht oder nur in (zu) komplexen Verfahren umsetzbar waren. Als zwei zentrale Nutzungsszenarien erwiesen

sich die Gesprächslinguistik und die (Fremd-)Sprachendidaktik.¹ ZuMult setzte sich auf dieser Grundlage das Ziel, im Rahmen der von der DFG vorgegebenen Förderrichtlinien insbesondere Zugänge, Recherche- und Anwendungsmöglichkeiten zu schaffen, die in der (Fremd-)Sprachendidaktik, aber auch in verschiedenen weiteren Anwendungsfeldern, von besonderem Interesse sind.

Dafür wurde in einem ersten Schritt abgeglichen, welche dieser Anwendungsszenarien mithilfe von prinzipiell in den Korpora schon vorhandenen oder ermittelbaren Informationen auf möglichst intuitive Weise ermöglicht werden können. Hierzu gehören u.a. so unterschiedliche Aspekte wie Gesprächsart, Themen, Dauer, Region der Aufnahme und Herkunft der Sprecher/-innen, die teils relativ einfach in den hier interessierenden Gesprächskorpora (zunächst FOLK und GeWiss) über Metadaten abrufbar sind; zentral aus fremdsprachendidaktischer Sicht ist aber auch der Faktor der sprachlich-kommunikativen Schwierigkeit, für den es keine einfache Operationalisierung gibt.² Um sich diesem Faktor dennoch im Rahmen der im Projekt möglichen Entwicklungen anzunähern, wurden verschiedene in den Korpusdaten „versteckt“ angelegte Kriterien identifiziert, die mithilfe unterschiedlicher Verfahren operationalisierbar und sichtbar gemacht werden können: Abgleich von Wortschatzumfang, Ermittlung des orthografischen Normalisierungsaufwands als vorläufiges Maß der „Standardnähe“, Sprechgeschwindigkeit, Überlappungsrate und Phänomendichte verschiedener für das Mündliche typischer Ausdrücke. Daneben wurden verschiedene weitere Such- und Arbeitsoptionen und -architekturen entwickelt, die es ermöglichen, zielgerichtet und anwendungsbezogen mit dem Korpus zu arbeiten. Diese werden im Folgenden kurz vorgestellt.

2 ZuMal

ZuMal (Zugang zu Merkmalsauswahl von Gesprächen) ermöglicht eine Vorauswahl an Sprechereignissen aus den beiden Korpora FOLK und GeWiss nach sprachdidaktisch relevanten und schwierigkeitsbezogenen Kriterien. Hierfür werden zum einen Kriterien genutzt, die auf die Metadaten der Sprechereignisse zurückgehen. Dazu zählen der Gesprächstyp, der nach Interaktionsdo-

¹ Zum Nutzungsszenario Fremdsprachendidaktik vgl. ausführlicher Fandrych/Schwendemann/Wallner (2021).

² Allgemein ist das Thema „Schwierigkeit/Komplexität“ viel diskutiert und sicher auch kein rein linguistisch festzulegendes Konstrukt.

mäne wie privat, institutionell, öffentlich, nach Lebensbereich wie Bildung, Behörden, Medizin und teilweise auch nach Aktivität wie etwa Unterricht, Prüfung, Fahrstunde spezifiziert werden kann.³ Weitere Kriterien sind die Sprache,⁴ die Art des Gesprächs (beispielsweise Telefongespräch, Gespräch beim Arbeitsamt, Tischgespräch), die Gesprächsthemen, die Sprachregion und die Dauer. Zum anderen wird auf Informationen zurückgegriffen, die mit digitalen Methoden automatisch aus den Korpusdaten berechnet werden können. Dazu gehören der Wortschatz und dessen Zugehörigkeit zu den Niveaustufen des gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens sowie sein Verhältnis zu frequenzbezogenen Wortschatzlisten, die Standardnähe/-ferne, die Sprechgeschwindigkeit, die Anzahl an Überlappungen verschiedener Sprecher/-innen sowie das Vorkommen ausgewählter Mündlichkeitsphänomene und Wortarten. Die genannten Kriterien können als Auswahlfilter genutzt werden, wobei sich auch mehrere Filter miteinander kombinieren lassen. So ist es möglich, eine zielgruppenspezifische Auswahl an Sprechereignissen zu treffen, wie etwa Sprechereignisse aus der hessischen Sprachregion, die möglichst viele Klitisierungen enthalten und deren Wortschatz für Lernende auf dem Niveau B1 zu mindestens 90% bekannt ist, oder auch möglichst standardnahe Verkaufsinteraktionen von maximal 5 Minuten Länge und mit einer eher geringeren Sprechgeschwindigkeit. Alle Sprechereignisse, die den jeweiligen Auswahlkriterien entsprechen, werden in einer tabellarischen Ergebnisliste dargestellt. Zudem wird in einem Streudiagramm die Treffermenge im Hinblick auf zwei frei wählbare, schwierigkeitsbezogene Auswahlkriterien visualisiert. Sowohl aus der tabellarischen Ergebnisliste als auch über das Streudiagramm kann ein gewünschtes Sprechereignis ausgewählt und im Transkriptbrowser ZuViel aufgerufen werden. Die folgende Abbildung zeigt einen Screenshot von ZuMal mit den zur Verfügung stehenden Auswahlfiltern (links), der tabellarischen Ergebnisliste und der Visualisierung der Ergebnisse im Streudiagramm. Ausgewählt wurden Sprechereignisse mit maximal 30 Minuten Länge und deren Wortschatz zu 90% mit der B1 Wortschatzliste übereinstimmt.

³ Dieses Kriterium steht nur für die FOLK-Daten zur Verfügung.

⁴ Dieses Kriterium steht nur für die GeWiss-Daten zur Verfügung.

3 ZuRecht

ZuRecht (Zugang zu Recherchen auf Transkripten) ist ein experimentelles Werkzeug für eine MTAS-basierte Korpusrecherche. Das Lucene-basierte Java Search Engine Framework, das unter dem Namen MTAS (Multi Tier Annotation Search, Brower et al. 2017) am Meertens Instituut (Amsterdam, Niederlanden) zum Indizieren und Durchsuchen großer Textkorpora entwickelt wurde, wird in ZuRecht erstmals für Daten gesprochener Sprache verwendet. Als Ergebnis ist eine KWIC-Konkordanz-Software entstanden, die es möglich macht, Korpora gesprochener Sprache mit Hilfe einer speziell für Korpusrecherche entwickelten Suchanfragesprache zu durchsuchen.

Die von MTAS und ZuRecht unterstützte Suchanfragesprache ist eine modifizierte Form von CQP, der Suchanfragesprache vom Corpus Query Processor der IMS Corpus Workbench (vgl. <http://cwb.sourceforge.net/>, Stand: 3.8.2021). In Kombination mit den Transkripten im XML-basierten ISO/TEI Format (ISO 24624:2016) ermöglicht CQP komplexe und anspruchsvolle Suchanfragen, unter anderem auf neue oder bisher nicht zugängliche Annotationen der AGD-Korpora wie z. B. Code-Switching und Diskurskommentierungen des GeWiss-Korpus.

Darüber hinaus zeichnet sich der neue Prototyp durch eine Vielzahl von Suchmöglichkeiten aus, die sowohl für Gesprächsforschung als auch für DaF/DaZ-Lehre von besonderem Interesse sein können:

- Suche nach zeitbasierten und sprecherübergreifenden Annotationen, nach Sprecherüberlappungen und Sprecheturns, nach unbestimmten Tokens, Wiederholungen, Pausen und anderen verbalen und non-verbalen Elementen;
- Nutzung von Vergleichsoperatoren (z. B. für die Suche nach Pausen mit einer bestimmten Länge oder Stellen mit einer niedrigen Normalisierungsrate);
- Suche mit Vokabellisten zu einem z. B. für den Sprachunterricht relevanten Thema.

Diese und viele andere Suchoptionen machen ZuRecht zu einem zweckmäßigen Ergänzungswerkzeug der Datenbank für Gesprochenes Deutsch.

4 ZuViel

ZuViel (Zugang zu Visualisierungselementen für Transkripte) ist der Prototyp zum Anzeigen von und Arbeiten mit Transkripten. Er wird von den anderen Prototypen aufgerufen, zum Beispiel, wenn über ZuMal ein Transkript ausgewählt wurde, oder um aus ZuRecht den Kontext zu einem Suchergebnis anzuzeigen. ZuViel kann aber auch unabhängig von den anderen Prototypen für Präsentationszwecke oder für qualitative Transkript-Analysen genutzt werden.

An zentraler Stelle im Interface wird das Transkript in Listennotation angezeigt; weitere Komponenten gruppieren sich um das Transkript herum:

- Eine Lemmaliste führt alle im Transkript vorkommenden Lemmata mit ihren Frequenzen auf. Die Liste kann mit verschiedenen Referenzwortlisten, zum Beispiel den Wortschatzlisten des Goethe-Instituts, abgeglichen werden.
- Der Density Navigator gibt eine kompakte Übersicht über die zeitliche Anordnung der Gesprächsbeiträge der verschiedenen Sprecher/-innen. Damit lassen sich beispielsweise Passagen mit verstärkter Interaktivität auf einen Blick von eher monologischen Passagen unterscheiden.
- Ein oder mehrere Audio- und Videoplayer dienen zum Navigieren in den Aufnahmen. Das Videobild kann dabei mit Untertiteln versehen werden.

Alle Komponenten sind so miteinander synchronisiert, dass eine Navigation in einer Komponente (z. B. der Aufnahme) eine entsprechende Aktualisierung der anderen Komponente (z. B. dem Transkript oder dem Density Viewer) zur Folge hat. Transkriptanzeige und Playback sind auf vielfältige Weise parametrisierbar. Beispielsweise kann bei den anzuzeigenden Wortformen zwischen transkribierter und normalisierter Form gewechselt werden, oder die Abspielgeschwindigkeit kann verringert werden, um das Gesprochene einfacher verständlich zu machen. Im Transkript lassen sich durch Auswahl von Start- und Endpunkten beliebige Ausschnitte markieren. Transkript, Audio und Video sowie Metadaten zu diesem Ausschnitt können dann in verschiedenen Formaten heruntergeladen werden.

5 ZuHand

Der Prototyp ZuHand (Zugang zu Handlungen und Themen) bietet einen Zugang zu annotierten Handlungssequenzen und themenbasierten Gesprächsausschnitten, die mit Transkript und Audiodatei heruntergeladen und im handlungsorientierten DaF/DaZ-Unterricht verwendet werden können. Es handelt sich dabei um manuell und selektiv aus dem FOLK-Korpus ausgewählte Ausschnitte aus unterschiedlichen privaten, institutionellen und öffentlichen Interaktionen (vgl. Kaiser/Schedl 2021). Diese beinhalten erstens Sequenzen von Gesprächseröffnungen und -beendigungen mit verschiedenen Formen zur Begrüßung und Verabschiedung, aber auch Gesprächsein- und -ausstiege ohne solche explizite Grußformen. Zweitens finden sich Sequenzen mit verschiedenen Modalverb-Verwendungen im Präsens. Diese Sequenzen wurden für die Annotation mittels einer der folgenden kombinierten, zusammengefassten Bezeichnungen für Sprachhandlungen grob vor-kategorisiert: *Frage/Bitte/Aufforderung* bezüglich Hilfe, Informationen oder Objekten; *Vorschlag/Angebot* bezüglich Aktivitäten, Dienstleistungen oder Objekten; *Ratschlag/Empfehlung/Instruktion/Anweisung* bezüglich Informationen oder Handlungen. Über die Filter ist eine gezielte Suche nach den einzelnen Handlungssequenz-Kategorien und den in ihnen enthaltenen Formaten möglich. Die Formate und darauffolgende Reaktionen werden im Transkript-Prototypen ZuViel in der angezeigten Sequenz durch Unterstreichungen markiert.

Die Themenausschnitte beinhalten Wortschatz zu den drei Themenbereichen *Schule und Ausbildung*, *Essen*, *Haus und Wohnung* (vgl. auch die Wortschatzlisten im ZuRecht-Prototypen). Es finden sich auch Ausschnitte, die sowohl Wortschatz aus einem der drei Themenbereiche als auch eine annotierte Handlungssequenz aus einer der drei o.g. Kategorien abdecken. Über die Filter ist eine gezielte Suche möglich. Die Ausschnitte werden mit ihren jeweiligen Maßen zur Wortschatzabdeckung etc. (vgl. den ZuMal-Prototypen) aufgeführt und im Transkript-Prototypen ZuViel angezeigt.

6 Zusammenfassung

Mit den hier vorgestellten ZuMult-Prototypen werden der Fremdsprachendidaktik und anderen Disziplinen neue Zugangswege zu mündlichen Daten eröffnet. Die Prototypen sind über www.zumult.ids-mannheim.de mit einer DGD-Registrierung nutzbar und ab Version 2.16 der DGD auch aus dieser heraus abrufbar. Die Projektseite befindet sich unter www.zumult.org.

Literatur

- Brouwer, Mattis/Brugman, Henni/Kemps-Snijders, Marc (2017): MTAS: A solr/lucene based multi-tier annotation search solution. In: Selected papers from the CLARIN Annual Conference 2016, Aix-en-Provence. Linköping: Linköping University Electronic Press. Internet: www.ep.liu.se/ecp/136/002/ecp17136002.pdf (Stand: 3.8.2021).
- Fandrych, Christian/Frick, Elena/ Hedeland, Hanna et al. (2016): User, who art thou? User Profiling for Oral Corpus Platforms. Proceedings of the 10th International Conference on Language Resources and Evaluation (LREC 2016), S. 280–287. Internet: www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2016/pdf/210_Paper.pdf (Stand: 3.8.2021).
- Fandrych, Christian, Meißner, Cordula, Wallner, Franziska (2021): Gesprochene Sprache im DaF/DaZ-Unterricht: Zugänge zu authentischem sprachlichem Handeln mit ZuMult. In: Hinzmann, Friederike/Storz, Coretta/Thielmann, Winfried (Hg.): Beiträge der FaDaF-Jahrestagung an der TU Chemnitz. Göttingen: Göttinger Universitätsverlag.
- Kaiser, Julia/Schedl, Evi (2021): Das Forschungs- und Lehrkorpus Gesprochenes Deutsch als Ressource für den handlungsorientierten DaF-Unterricht – Potentiale und Herausforderungen. In: Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht 26, 1, S. 45–83. Internet: www.tu-journals.ulb.tu-darmstadt.de/index.php/zif (Stand: 3.8.2021).

Annamária Fábián (Klagenfurt)/Torsten Leuschner (Gent)/
Igor Trost (Passau)

Der internationale Arbeitskreis „Sprache, Geschichte, Politik und Kommunikation“ (SGPK)

1 Entstehungsgeschichte des Arbeitskreises

Die Initiative zur Gründung des internationalen Arbeitskreises „Sprache, Geschichte, Politik und Kommunikation“ (SGPK) 2016 entstand im Rahmen der „Internationalen Konferenz zur politischen Sprache im Schnittpunkt von Pragmatik, Grammatik und Kultur“, die vom 22. bis zum 23. Oktober 2015 an der Universität Passau von Annamária Fábián und Igor Trost veranstaltet wurde. Die auf dieser Konferenz verfolgte Idee einer interdisziplinären Erforschung sprachlicher Erscheinungen im politischen, historischen und kommunikationswissenschaftlichen Kontext ist im Anschluss sukzessive über die ursprünglich vor allem interteildisziplinäre germanistisch-sprachwissenschaftliche Ausrichtung hinausgewachsen, indem die interdisziplinären Bezüge der germanistischen Politolinguistik zu den Sprachwissenschaften der Fremdsprachenphilologien wie der Anglistik, Romanistik und Slavistik sowie zu den Geschichts-, Politik- und Kommunikationswissenschaften stärker in den Vordergrund traten. Als Forum wählte der Arbeitskreis offene Konferenzen und begründete eine internationale peer-reviewte Publikationsreihe beim Verlag J.B. Metzler (Part of Springer). In dieser Reihe können auch Autorinnen und Autoren Forschungsergebnisse veröffentlichen, die nicht dem Arbeitskreis angehören.

2 Ziele, Untersuchungsgegenstände und Methoden

Das Ziel des Arbeitskreises ist es, politische Kommunikation sowohl in ihrer sprachlichen Erscheinung als auch in ihrem historischen Kontext interdisziplinär und/oder transdisziplinär zu erforschen.

Der Arbeitskreis möchte den wissenschaftlichen Austausch zwischen den Einzelsprachwissenschaften der Germanistik, der Anglistik, Romanistik, Slavistik und Hungarologie sowie der Politik-, der Geschichts- und der Kommunikationswissenschaft fördern, um kontrastive, kultur- und disziplinenübergreifende Projekte, die insbesondere die Sprache im Untersuchungsfokus haben, zu ermöglichen. Als Grundvoraussetzung solcher Projekte soll im Rahmen des Arbeitskreises der wissenschaftliche Kontakt zwischen Sprachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Historikerinnen und Historikern, Politik-, Kommunikations- und Medienwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern intensiviert werden, um erfolgversprechende gemeinsame interdisziplinäre und/oder transdisziplinäre Forschungsinteressen zu benennen sowie eine Forschungszusammenarbeit anzustoßen. Auf diesem Wege sollen die unterschiedlichen methodischen Traditionen der beteiligten Fächer gewinnbringend miteinander verbunden und zu inter- und transdisziplinären Methoden weiterentwickelt werden.

Dabei möchte der Arbeitskreis auch die politische Kommunikation aus der Zeit vor 1914 berücksichtigen, die in der Forschung bisher selten Beachtung fand.

Im thematischen Fokus des Arbeitskreises stehen somit Sprache – sowohl diachron als auch synchron – und Politik im interdisziplinären, d. h. historischen und medialen bzw. kommunikationswissenschaftlichen Kontext. Zudem sind Beiträge aus den sprachwissenschaftlichen Einzelphilologien willkommen, die interteildisziplinäre Bezüge zwischen Grammatik, Pragmatik, Sprachgeschichte und Varietätenlinguistik aufweisen und sowohl empirisch (z. B. korpuslinguistisch) wie auch theoretisch arbeiten.

Ein weiteres Ziel des Arbeitskreises ist die Internationalisierung durch die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem nicht-deutschsprachigen Ausland. Um auch nicht-deutschsprachige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einzubinden, fungiert deshalb neben Deutsch auch Englisch als Arbeitssprache bei einzelnen Projekten oder einzelnen Sektionen von Tagungen des Arbeitskreises. Bei der Zusammenarbeit unter deutschsprachigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern soll Deutsch als Wissenschaftssprache verwendet werden.

3 Struktur des Arbeitskreises

Um die Qualität der interdisziplinären Zusammenarbeit zu gewährleisten, erfolgt die Arbeit in und zwischen Sektionen, deren Zuschnitt sich an den beteiligten Fachwissenschaften und deren Überschneidungsbereichen orientiert. Der Arbeitskreis bildet ohne Vereinsstruktur eine gemeinsame Ziele verfolgende Vereinigung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die auf dem Gebiet der Sprache, Geschichte, Politik und Kommunikation inter- und/oder transdisziplinär arbeiten wollen bzw. an vergleichenden Ansätzen interessiert sind. Auch Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler, die interteildisziplinär, also auf dem Gebiet von mehreren linguistischen Teildisziplinen wie der Lexikologie, der Pragmatik, der Diskursanalyse, aber auch der Grammatik, der Sprachgeschichte, der Varietäten- oder der Kulturlinguistik tätig sind, sind willkommen.

4 Vorstand und wissenschaftlicher Beirat

Bereits in der Organisationsstruktur des Arbeitskreises zeigt sich die inter- und transdisziplinäre Ausrichtung des Arbeitskreises. Sein Vorsitzender ist der Deutsche Sprachwissenschaftler Prof. Dr. Igor Trost (Passau), stellvertretender Vorsitzender ist der Historiker Prof. Dr. Armin Owzar (Sorbonne Nouvelle – Paris 3). Weitere Mitglieder des Vorstands sind die Geschäftsführung sowie die Sektionsleitungen. Erste Geschäftsführerin ist Annamária Fábián, M.A. (Deutsche Sprachwissenschaft und Kommunikationswissenschaft, Klagenfurt), die auch die Hungarologie betreut, den Posten der zweiten Geschäftsführerin übernahm Dr. Stefanie Ullmann (Englische Sprachwissenschaft und Computerlinguistik, Cambridge). Sektionsleiter für die Germanistik und Anglistik ist Prof. Dr. Torsten Leuschner (Gent), Sektionsleiterin für die Romanistik Prof. Dr. Judith Visser (Bochum) sowie Sektionsleiter für die Geschichts-, Politik- und Kommunikationswissenschaft Dr. habil. Ralf Göllner (Regensburg).

Den Vorstand berät ein wissenschaftlicher Beirat. Dieser besteht aus den germanistisch-linguistischen Mitgliedern Prof. Dr. Peter Ernst (Wien), Prof. Dr. Hans-Werner Eroms (Passau), Prof. Dr. Heiko Girnth (Marburg), Prof. Dr. Michel Lefèvre (Montpellier 3), Prof. Dr. Roberta Rada (ELTE Budapest), Prof. Dr. Sibylle Sauerwein (Paris Nanterre – Paris 10) sowie Prof. Dr. Sven Staffeldt (Halle). Die Anglistik vertritt im Beirat Prof. Dr. Richard Ingham (Birmingham/London Westminster), die Romanistik vertreten Prof. Dr. Sabine Heinemann (Graz), Prof. Dr. Uta Helfrich (Göttingen), Prof. Dr. Antje Lobin (Mainz) sowie zusätzlich zur Germanistik Prof. Dr.

Sibylle Sauerwein (Paris Nanterre – Paris 10), die Slavistik betreuen Frau Dr. Aleksandra Salamurović (Jena) und ebenso Prof. Dr. Roberta Rada (ELTE Budapest).

5 Tagungen

Die Reihe der Konferenzen des Arbeitskreises „Sprache, Geschichte, Politik und Kommunikation“ wurde 2018 mit einer Tagung zum Thema „Auto- und Heterostereotypie in der politischen Kultur Europas im langen 19. Jahrhundert“ an der Université Sorbonne Nouvelle/Paris 3 eröffnet, die von Annamária Fábián, Armin Owzar und Igor Trost organisiert wurde. Der Sammelband hierzu befindet sich im Druck.

Die zweite Tagung des Arbeitskreises fand im April 2021 zum Thema „National, Transnational, Anational: Konzepte der NATION im europäischen Kontext im 21. Jahrhundert“ online statt und wurde an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von Aleksandra Salamurović veranstaltet, wobei insbesondere auch – ganz aktuell – die neuen Nationalismen und das hieraus resultierende Framing der *Nation* in den EU-Ländern, auf dem Balkan und in Großbritannien im Rahmen des Corona-Diskurses beleuchtet wurden. Auch hier wird ein begutachteter inter- und multidisziplinärer Sammelband erscheinen.

Wie bisher werden auch bei der nächsten Tagung bei der Auswahl der Plenarvortragenden systematisch alle am Arbeitskreis beteiligten Einzeldisziplinen berücksichtigt werden.

6 Reihen

Neben den Tagungen hat sich der Arbeitskreis ein Forum in Form der Buchreihe *Linguistik in Empirie und Theorie/Empirical and Theoretical Linguistics* geschaffen, die beim Verlag J.B. Metzler (Part of Springer) erscheint und auch die Unterreihe *Sprache, Geschichte, Politik und Kommunikation* umfasst. In der Reihe sind Publikationen auf Deutsch und Englisch möglich. Als Herausgeberinnen und Herausgeber fungieren Igor Trost (Schriftleitung), Annamária Fábián, Torsten Leuschner, Armin Owzar und Judith Visser. Mehrere Monografien sind inzwischen erschienen, weitere sind in Vorbereitung. Sowohl die linguistisch ausgerichtete Hauptreihe (<https://www.springer.com/series/16336>) als auch die interdisziplinäre Unterreihe (<https://www.springer.com/series/16337>) stehen auch Nicht-Mitgliedern des Arbeitskreises offen.

7 Publikationsprojekte

Die Mitglieder des Arbeitskreises initiieren neben den Tagungsbänden auch weitere thematische Publikationsprojekte. Als aktuelles Beispiel sei hier das von Annamária Fábián betreute Projekt „The Representation of ‘Refugees’ and ‘Migrants’ in European Press Discourses since 2015 – a Comparative Approach“ aufgeführt, das nach einem erfolgreich abgeschlossenen doppelten Peer-Review-Verfahren kurz vor dem Abschluss steht. In dreizehn Länderkapiteln wird die Presseberichterstattung über den Diskurs über *Flucht* und *Migration* kontrastiv untersucht. Neben der Analyse der Lexik, der Framesemantik, der Metaphern und der Konstruktionen werden auch die kommunikativen Strategien und sprachlichen Praktiken der Selbst- und Fremdpositionierung in der Berichterstattung eingehend beleuchtet. Dabei gelang es, länder- und sprachenübergreifend im Pressediskurs sprachliche Musterhaftigkeiten aufzuzeigen, die die Wahrnehmung von *Flucht* und *Migration* subtil steuern. Erste Ergebnisse aus ausgewählten Buchkapiteln wurden von den am Projekt beteiligten Forscherinnen und Forschern bereits 2018 in einer eigenen Sektion (Sektionsleitung: Annamária Fábián/Klagenfurt und Prof. Dr. Laura Calabrese/Brüssel) auf dem von der europäischen Union finanzierten Jean-Monnet-Kongress „Controversial Approaches to European Solidarity – From Burden Sharing to Integration“ in Brüssel präsentiert.

Eva Gredel (Duisburg-Essen)/

Leonie Bröcher/Angelika Storrer (Mannheim)

Wikilog@bw: Linguistische Analysen zum Gender Bias in der Online-Enzyklopädie Wikipedia

Die kollaborativ erstellte Online-Enzyklopädie Wikipedia gilt als eines der ältesten und erfolgreichsten Projekte des „Social Web“ (vgl. Ebersbach/Glaser/Heigl 2016, S. 22). Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 sind über 55 Millionen Einträge in 310 aktiven Sprachversionen entstanden (WP_Wikipedia 2021). Als ein Projekt des freien Wissens bietet die Wikipedia nicht nur viele Partizipationsmöglichkeiten, sondern stellt die Daten unter Creative-Commons-Lizenzen zur Verfügung. Dadurch wird es möglich, Korpora zu verschiedenen Sprachen und zu verschiedenen Schreibformen – redigierte Artikeltexte vs. schriftliche Diskussionen – aufzubauen, wie es das Leibniz-Institut für Deutsche Sprache (IDS) mit seiner Wikipedia-Korpusfamilie anbietet (Lüngen/Kupietz 2020). Das Forschungsprogramm der linguistischen Wikipedistik (vgl. Gredel/Herzberg/Storrer 2018), dem auch das hier dargestellte Projekt Wikilog@bw verpflichtet ist, nutzt die Wikipedia und die daraus generierten Korpora als Ressource, um die Besonderheiten digitaler Diskurse, multimodaler Hypertexte und kollaborativer Schreib- und Aushandlungsprozesse aus linguistischer Perspektive zu untersuchen. Dabei kommen Ansätze der Text- bzw. Interaktionsanalyse (vgl. Storrer 2018), der digitalen Diskursanalyse (vgl. Gredel 2020), der Korpuslinguistik (vgl. Herzberg/Storrer 2019) sowie der Digital Methods (Rogers 2013; Gredel 2018) zum Einsatz.

Wikilog@bw untersucht als Teilprojekt des Forschungsverbundes „Digilog@bw – Digitalisierung im Dialog“¹, wie Qualität, Glaubwürdigkeit und Neutralität von Informationen und deren Quellen in Wikipedia ausgehandelt werden, welche Leitlinien und Konventionen es für die Qualitätssicherung bei der kollaborativen Artikelerstellung gibt und wie diese in den Diskussionen argumentativ eingesetzt werden. Ein thematischer Fokus liegt auf dem sogenannten „Gender Bias“ in der Wikipedia, worunter wir die Verzerrungen in der Darstellung von Wissen in

¹ Digilog@bw ist ein Verbundprojekt, das seit 2019 durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg gefördert wird (vgl. <https://digilog-bw.de>).

den Wikipedia-Artikeln aufgrund der Unterrepräsentanz von Frauen bei den Wikipedia-Autor/-innen (vgl. WMDE 2013, WP_GvidW 2021) und somit eine Abweichung von der gewünschten Qualität und Neutralität der Wikipedia verstehen. Wir interessieren uns für drei Aspekte des Gender Bias: (1) Die multimodale Ausgestaltung der Wikipedia-Artikel zu männlichen und weiblichen Prominenten, (2) die Verwendung des generischen Maskulinums bzw. geschlechtergerechter Alternativformen in Wikipedia-Artikeln sowie (3) auf einer übergeordneten Ebene die Optionen von Wissenschaftler/-innen, mit ihren Forschungsergebnissen in die Online-Gemeinschaft der Wikipedia hineinzuwirken.

(1) Im Rahmen der kollaborativen Textproduktion in Wikipedia ist es möglich, Bild-, Ton- und Videomaterial zu integrieren. Daraus ergibt sich für Sprach- und Diskursanalysen die Notwendigkeit, diese multimodalen Textrealitäten der Online-Enzyklopädie angemessen zu erfassen, d.h. neben sprachlichen Mustern auch Bildinventare und Text-Bild-Relationen zu betrachten (vgl. Gredel 2019). Qualitative Fallstudien zu den Wikipedia-Einträgen von prominenten (Ehe-)Paaren bzw. zu Nobelpreisträger/-innen geben Hinweise darauf, dass Frauen im Gegensatz zu Männern in der Wikipedia mit relationalen Termini wie *Mutter* oder *Ehefrau* beschrieben werden, was sie auf ihre familiären Rollen reduziert. Dies steht den Wikipedia-Leitlinien entgegen (vgl. WP_Gender-Bias 2021) und wird in genderlinguistischen Arbeiten zu medialen Diskursen sogar als Marginalisierung gedeutet (vgl. Caldas-Coulthard 1995, S. 226f.). Diese Marginalisierung durch Reduktion auf familiäre Rollen wird in den Bildinventaren fortgesetzt, wenn prominente Frauen nicht zentral auf den Bildern in den Wikipedia-Einträgen zu ihrer Person zu sehen sind, sondern zusammen mit ihren (männlichen) Partnern oder Verwandten.

(2) In der Wikipedia-Community wurde in zwei sogenannten Meinungsbildern² diskutiert, ob in den enzyklopädischen Artikeln neben dem generischen Maskulinum für Berufs- und Funktionsbezeichnungen (also z. B. „der Gärtner“ als Bezeichnung für männliche und weibliche Personen, die diesen Beruf ausüben) auch geschlechtergerechte Alternativformen, wie beispielsweise das Binnen-I oder der Gender-Stern, zulässig sind. Beide Meinungsbilder wurden mehrheitlich abgelehnt. Die Beidnennung von movierter und maskuliner Form („Gärtnerinnen und Gärtner“) wird in den Richtlinien zum Verfassen von Artikeln zwar nicht explizit ausgeschlossen; eine Analyse von Wikipedia-Artikeln zu Berufsbezeichnungen zeigt allerdings, dass das generische Maskulinum domi-

² Meinungsbilder dienen in der deutschsprachigen Wikipedia dazu, Konsens über kontrovers diskutierte Fragen im Zusammenhang mit der Arbeit an der Enzyklopädie zu erzielen (vgl. WP_Meinungsbilder 2021).

niert. Nur in Artikeln zu Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, finden sich vereinzelt Beidnennung oder auch nur die movierte Form, z. B. in Bildunterschriften zu Bildern, auf denen nur weibliche Personen abgebildet sind. Da die Richtlinien nur für die Artikeltexte, nicht aber für die Diskussionsbereiche der Wikipedia gelten, untersucht eine weitere Studie, wie häufig Alternativformen zum generischen Maskulinum in den Diskussionskorpora der Wikipedia-Korpusfamilie des IDS (Lüngen/Kupietz 2020) verwendet werden. Zusätzlich werden die schriftlichen Beiträge, die rund um das zweite Meinungsbild 2019 verfasst wurden, im Hinblick auf die Argumentationsmuster und Haltungen analysiert, die zur Ablehnung des Meinungsbildes geführt haben.

(3) Die im Forschungsverbund Digilog@bw vertretenen Wissenschaftler/-innen haben den Anspruch, eine Voice im Sinne von Blommaert (Spitzmüller/Warneke 2011, S. 111) im gesamtgesellschaftlichen Diskurs zur Digitalisierung zu beanspruchen. Es geht darum, Akteur/-innen unterschiedlichster Gruppen etwa durch Ausstellungen, Diskussionen, Vorträge und einen Blog³ am Dialog zu Digitalisierung zu beteiligen. Neben der sogenannten Digilog-Lounge, bei der Wissenschaftler/-innen in einem Livestream über ihre aktuellen Forschungsergebnisse sprechen, ist Digilog@bw auch auf den gängigen Social Media-Kanälen, etwa Twitter oder Facebook, präsent. Im Teilprojekt Wikilog@bw möchten wir zudem ausloten, ob und wie es Wissenschaftler/-innen möglich ist, die Rolle einer Voice im digitalen Metadiskurs rund um die „Mitmach-Enzyklopädie“ einzunehmen, um mit wissenschaftlichen Ergebnissen zu geschlechtergerechter Sprache und zum multimodalen Gender Bias in die Online-Gemeinschaft der Wikipedia hineinzuwirken.

Quellen

WMDE (2013): Gender – Diversität – Wikipedia. Vielfalt gemeinsam gestalten.

Internet: https://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/gutz/Sonstige_Veroeffentlichungen/Arbeitspapier_Gender-Diversity-Wikipedia.pdf (Stand: 17.5.2021).

WP_Wikipedia (2021): Seite „Wikipedia“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 14.5.2021, 12:42 UTC. Internet: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Wikipedia&oldid=211944868> (Stand: 16.5.2021).

WP_GvidW (2021): Seite „Geschlechterverteilung in der Wikipedia“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 25.2.2021, 12:15 UTC. Internet: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Geschlechterverteilung_in_der_Wikipedia&oldid=209189254 (Stand: 16.5.2021).

3 <https://digilog-bw.de/blog>.

- WP_Meinungsbilder: Seite „Wikipedia:Meinungsbilder“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 25.2.2021, 12:15 UTC. URL: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Wikipedia:Meinungsbilder&oldid=211773610> (Stand: 17.5.2021).
- WP_Gender-Bias (2021): Countering Systemic Gender Bias. URL: https://en.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:WikiProject_Gender_Studies/Countering_Systemic_Gender_Bias#Biased_Language (Stand: 17.5.2021).

Literatur

- Caldas-Coulthard, Carmen Rosa (1995): Man in the news: the misrepresentation of women speaking in news-as-narrative-discourse. In: Mills, Sara (Hg.): Language and gender. Interdisciplinary perspectives. London: Routledge, S. 226–240.
- Ebersbach, Anja/Glaser, Markus/Heigl, Richard (2016): Social Web. 3. überarbeitete Auflage. Konstanz/München: UVK/UTB.
- Gredel, Eva (2018): Digitale Methoden und Werkzeuge für Diskursanalysen am Beispiel Wikipedia. In: Huber, Martin/Krämer, Sybille (Hg.): Wie Digitalität die Geisteswissenschaften verändert. Neue Forschungsgegenstände und Methoden. (= Sonderband der Zeitschrift für digitale Geisteswissenschaft, 3). Internet: www.zfdg.de/sb003_005 (Stand: 4.8.2021)
- Gredel, Eva (2019): Multimodalität in verschiedenen Sprachversionen der Wikipedia: Eine kontrastive Analyse von Bildinventaren und Text-Bild-Relationen in digitalen Diskursen. In: Giessen, Hans/Lenk, Hartmut/Tienken, Susanne/Tiittula, Liisa (Hg.): Medienkulturen – Multimodalität und Intermedialität. (= Sprache in Kommunikation und Medien). Bern: Lang, S. 261–276.
- Gredel, Eva (2020): Digitale Diskursanalysen: Das Beispiel Wikipedia. In: Marx, Konstanze/Lobin, Henning/Schmidt, Axel (Hg.): Deutsch in Sozialen Medien. Interaktiv, multimodal, vielfältig. (= Jahrbuch des Instituts für Deutsche Sprache 2019). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 247–264.
- Gredel, Eva/Herzberg, Laura/Storrer, Angelika (2018). Linguistische Wikipedistik. Zeitschrift für Germanistische Linguistik 46, 3, S. 480–493.
- Herzberg, Laura/Storrer, Angelika (2019): Investigating OKAY across genres, modes and languages: A corpus-based study on German and French. In: Cahiers du Laboratoire de Recherche sur le Langage (CLRL) 8, S. 149–176.
- Lüngen, Harald/Kupietz, Marc (2020): IBK- und Social Media-Korpora am Leibniz-Institut für Deutsche Sprache. In: Marx, Konstanze/Lobin, Henning/Schmidt, Axel (Hg.): Deutsch in Sozialen Medien. Interaktiv, multimodal, vielfältig. (= Jahrbuch des Instituts für Deutsche Sprache 2019). Berlin/Boston: De Gruyter, S. 319–344.
- Rogers, Richard (2013): Digital Methods. Cambridge: MIT Press.
- Spitzmüller, Jürgen/Warnke, Ingo H. (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Storrer, Angelika (2018): Web 2.0: Das Beispiel Wikipedia. In: Birkner, Karin/Janich, Nina (Hg.): Handbuch Text und Gespräch. Berlin/Boston: De Gruyter, S. 387–417.

Silke Reineke/Thomas Schmidt (Mannheim)

Das Archiv für Gesprochenes Deutsch und das Forschungs- und Lehrkorpus für Gesprochenes Deutsch

Audiovisuelle Dokumentation von Sprachgebrauch in
Gesellschaft und Politik

1 Einleitung

Im Folgenden stellen wir das Archiv für Gesprochenes Deutsch (AGD) und das Forschungs- und Lehrkorpus für Gesprochenes Deutsch (FOLK) als Ressourcen für die sprachwissenschaftliche Forschung vor. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf deren Potenzial für die sprachwissenschaftliche Forschung zu Sprachgebrauch in Gesellschaft und Politik.

2 Das Archiv für Gesprochenes Deutsch

Im Archiv für Gesprochenes Deutsch (AGD, Stift/Schmidt 2014) werden Korpora und Datensammlungen archiviert, die mündlichen Sprachgebrauch in verschiedensten gesellschaftlichen Kontexten über einen Zeitraum von den 1950er Jahren bis heute dokumentieren. Darunter zählen etwa das Korpus „Belgische TV-Debatten“ (BETV, 2012), ein Korpus der Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 (STUT, 2010), das Korpus „Ausbildung im Bergbau“ (BERG, 1980er), das Korpus „Jugendkommunikation“ (JK, 1998 bis 2000) oder die Bonner Längsschnittstudie des Alterns (BOLSA, 1960er bis 1980er).

Die meisten Daten aus dem AGD werden online über die Korpus-Plattform „Datenbank für Gesprochenes Deutsch“ (dgd.ids-mannheim.de) zur Verfügung gestellt und sind so für Online-Browsing und -Recherchen zu unterschiedlichen Forschungszwecken zugänglich. Aktuell bietet die DGD 39 für eine Nachnutzung aufbereitete Korpora mit einem Umfang von gut 4.400 Stunden Audio-Aufnahmen und mehr als 200 Stunden Videoaufnahmen sowie 19 Millionen transkri-

bierter Tokens an. Weitere Korpora befinden sich in der Aufbereitung oder sind über den persönlichen Service des AGD erhältlich.¹

Im AGD finden sich im Wesentlichen drei Arten von Korpora: Variationskorpora (zu Varietäten des Deutschen im deutschsprachigen Kerngebiet und zu extraterritorialen Varietäten wie Russlanddeutsch), Interviewkorpora (vornehmlich narrative biografische Interviews) und Gesprächskorpora (wie FOLK, siehe den folgenden Abschnitt). Besonderes Potenzial für die Forschung zu Sprachgebrauch in Gesellschaft und Politik haben ihrer thematischen Ausrichtung wegen die Interviewkorpora, von denen wir im Folgenden einige exemplarisch vorstellen.

- Das „Berliner Wendekorpus“ (BW) wurde in den 1990er Jahren unter der Leitung von Norbert Dittmar an der FU Berlin erhoben. Es besteht aus 50 Interviews mit Ost- und Westberliner/-innen, die zu ihren persönlichen Erlebnissen am Tag des Mauerfalls 1989 befragt wurden. Das Korpusdesign ermöglicht zum einen sozio- oder variationslinguistisch orientierte Vergleiche zwischen dem Sprachgebrauch in Ost- und Westberlin. Zum anderen bietet es durch die in den Erzählungen realisierten unterschiedlichen Perspektiven auf das gleiche Ereignis ergiebiges Material für Fragestellungen aus der Oral History. Ein kürzlich erschienener Sammelband (Dittmar/Paul 2019) fasst eine Reihe von Artikeln zusammen, die die Bandbreite der anhand des Korpus untersuchbaren Fragestellungen illustrieren.
- Die Korpora „Emigrantendeutsch in Israel“ (IS), „Emigrantendeutsch in Israel: Wiener in Jerusalem“ (ISW) und „Zweite Generation deutschsprachiger Migranten in Israel“ (ISZ), alle unter Leitung von Anne Betten zwischen 1989 und 2019 erhoben, „Flucht und Emigration nach Großbritannien“ (FEGB, Eva Thüne, 2017) sowie „Fluchtgeschichten aus Ostpreußen“ (FGOP, Lucia Cinato 2015/17) bilden eine mit über 350 Interviews und mehr als 560 Stunden Audio- und Videoaufnahmen sehr umfangreiche Sammlung von narrativen Interviews mit einem gemeinsamen thematischen Kern – Erlebnisse von Flucht und Emigration in Zusammenhang mit der Shoah und dem Zweiten Weltkrieg. Auch diese Daten eignen sich einerseits zur sozio- oder variationslinguistischen Untersuchung des gesprochenen Deutsch unter dem Vorzeichen der Migration (z. B. sprachliche Identität, Veränderung der Sprache unter Bedingungen der Mehrsprachigkeit), andererseits unter dem Zeitzeugenaspekt auch als äußerst ergiebige Quelle zur Oral-History-Forschung. Eindrucksvoll belegt sind die vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten etwa durch die umfassende „Bibliographie zum Israelkorpus“, die unter www.zotero.org/groups/2219390/israelkorpus/library fortwährend erweitert wird.

¹ Für eine Übersicht aller Korpora siehe agd.ids-mannheim.de/korpus_index.shtml.

- In der „Bonner Längsschnittstudie des Alterns“ (BOLSA) wurden zwischen 1965 und 1980 biografische Interviews in sehr großem Umfang erhoben. Ursprünglich auf Fragestellungen aus der Psychologie und Medizin zum „erfolgreichen Altern“ ausgerichtet, ist die BOLSA als Longitudinalstudie angelegt, in der weibliche und männliche Personen aus zwei Alterskohorten (geboren zwischen 1880 und 1885 bzw. 1900 und 1905) in bis zu acht Wellen medizinisch-psychologisch untersucht und in Interviews zu ihren persönlichen Lebensumständen und -einstellungen und Veränderungen in ihrem Leben befragt wurden. Von den resultierenden Audio-Aufnahmen sind knapp 3.000 Stunden erhalten und konnten in einer Kooperation des AGD mit dem Historischen Datenzentrum Sachsen-Anhalt digital verfügbar gemacht werden.² Das sprachwissenschaftliche Potenzial dieser Daten reicht von sozio-/variationslinguistischen oder gesprächsanalytischen Fragestellungen an Typen von Sprecher/-innen, für die sonst nur sehr wenig natürliches Sprachmaterial verfügbar ist, bis zu korpuslinguistischen Untersuchungen zur Veränderung von Sprache im Alter. Da zu den Aufnahmen noch keine Transkripte vorliegen, bleibt die Erschließung dieses Potenzials eine Aufgabe für die Zukunft, der sich das AGD in einer Pilotstudie ab 2022 erstmalig annehmen wird. Außerhalb der Sprachwissenschaften haben die Daten ihren bemerkenswerten Nachnutzungswert bereits unter Beweis gestellt, beispielsweise in der Oral-History-Untersuchung zum „anderen Achtundsechzig“ (von Hodenberg 2018).

3 Das Forschungs- und Lehrkorpus

Gesprochenes Deutsch – Aktueller mündlicher Sprachgebrauch in Gesellschaft und Politik

Auch das „Forschungs- und Lehrkorpus Gesprochenes Deutsch“ (FOLK) gehört zu den in der DGD verfügbaren Korpora. Das Ziel von FOLK ist die wissenschafts-öffentliche Bereitstellung einer großen, nach aktuellen Standards erschlossenen, breit diversifizierten Datenbasis für die Untersuchung gesprochener Sprache in natürlicher Interaktion. Als Gesprächskorpus (vgl. Schmidt 2018) ist FOLK in seinem Datenverständnis vor allem von gesprächsanalytischen Forschungsansätzen wie der Konversationsanalyse und der Interaktionalen Linguistik geprägt:

2 www.bolsa.uni-halle.de

Das Korpus bildet ‚natürliche‘ Interaktionen ab, d. h. solche Interaktionen, die nicht durch Forscher elizitiert wurden, also auch ohne deren Zutun stattgefunden hätten.

Das Korpus umfasst aktuell (Version 2.16, Mai 2021) 374 Gesprächsaufnahmen (rund 314 Stunden Audio-Aufnahmen, davon 140 Stunden auch als Video-Aufnahmen), die unterschiedlichste Bereiche des gesellschaftlichen Lebens (z. B. Dienstleistungsinteraktionen, Besprechungstermine, private Tischgespräche, private Telefongespräche etc.) abbilden. Diese Daten werden für FOLK nach zeitgemäßen Standards erschlossen (transkribiert, annotiert und dokumentiert, vgl. Schmidt 2017) und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit über die DGD zur Verfügung gestellt. Annotationen der Daten auf vier Ebenen (Transkription, Normalisierung, Lemmatisierung, Part-of-Speech-Tagging) ermöglichen gezielte Recherchen auf den insgesamt 2,9 Millionen transkribierten Wörtern. Über die Funktionalitäten der Video- und Transkriptanzeige der Datenbank für Gesprochenes Deutsch (DGD) ist auch ein freies Explorieren der Daten möglich.

Die primäre Zielgruppe des Korpus sind Forschende, Lehrende und Studierende aus Gesprächsforschung und Korpuslinguistik. Aufgrund der breiten Abdeckung³ unterschiedlichster Interaktionstypen bietet FOLK aber auch Ansatzpunkte für Forschungen anderer Fachgebiete oder spezieller Fragestellungen sprachwissenschaftlicher Forschung. Dies soll im Folgenden am Beispiel von politischen Interaktionen gezeigt werden.

- FOLK enthält zum Beispiel unter anderem einige Aufnahmen der Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21, die 2010 unter Leitung des Schlichters Heiner Geißler wegen des Konfliktes zwischen Landesregierung, Deutscher Bahn AG und den Bürger/-innen und Interessengruppen zum Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 stattfanden. Es dokumentiert damit nicht nur eine bis dahin seltenere Form der öffentlichen Schlichtung, sondern auch die neue Form einer gleichzeitig vollständig über das Fernsehen medial breit vermittelten Form der politischen Kommunikation.⁴ In FOLK integriert sind Videoaufzeichnungen und Transkripte von vier Schlichtungstagen mit einem Umfang von rund 20 Stunden und 200.000 Tokens. (Für Analysen, die auf diesen Schlichtungsgesprächen beruhen, siehe Deppermann 2015 zur interaktiven Entstehung von Undurchschaubarkeit des Begriffs „Ökologie“, Reineke 2016 zu Wissens-

³ Das Korpus bildet bereits viele unterschiedliche Lebensbereiche und Aktivitäten sowie unterschiedliche Sprecher/-innenmerkmale ab und strebt eine immer breitere Stratifikation an (vgl. Deppermann/Hartung 2012; Kaiser 2018).

⁴ Siehe Reineke (2016, S. 65–74) für eine ausführliche Beschreibung der spezifischen Interaktionsbedingungen der Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21.

zuschreibungen, Helmer 2021 zu Interpretationspraktiken des Schlichters, Helmer/Deppermann i. d. Bd. zu Verständlichkeit und Partizipation).



Abb. 1: Video und Transkript zu einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in der DGD⁵

- Eine weitere interessante Form aktueller politischer Interaktion in FOLK ist eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestages. Das Korpus enthält eine fünfstündige Aufnahme aus dem Plenarsaal. In diesem Datum – das auch nach dem Aspekt der Interaktivität ausgewählt wurde, die in unterschiedlichen Sitzungen des Bundestages unterschiedlich ausgeprägt ist – ist eine Plenarsitzung mit Regierungsbefragung und einer Debatte zur Wohnraumpolitik dokumentiert. Auch hier können die Nutzer/-innen Videos und Transkripte dieser Debatte explorieren oder durchsuchen. Da Bundestagsdebatten auch protokolliert werden, ist hier sogar ein Vergleich der offiziellen Protokolle mit der transkribierten Interaktion, die den Vorgaben einer „demütigen“ Verschriftung“ (Deppermann 2008, S. 40) folgt, möglich. Die Protokolle werden in der DGD als Zusatzmaterial zu den Daten bereitgestellt. Darüber hinaus enthält FOLK Aufnahmen von drei Ausschuss-Sitzungen des Bundestages mit einer Dauer von insgesamt 5 Stunden und ca. 46.500 Tokens

⁵ Bildquellen: IDS, Datenbank für Gesprochenes Deutsch; ©Videobild: Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages.

Transkript. Diese Daten zeigen u.a. eine Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat mit einer Expertenanhörung zur Stärkung der direkten Demokratie im Grundgesetz.

- In FOLK ebenfalls abgebildet sind weitere Formen politischer Kommunikation: So enthält FOLK auch die Aufnahme einer konstituierenden Sitzung eines Studierendenrates (3 Stunden), in der u.a. Mitglieder aufgestellt und gewählt werden, sowie mehrere Podiumsdiskussionen mit Bürgerbeteiligung und schließlich eine Fernsehdebatte von Kandidatinnen und Kandidaten einer Bürgermeisterwahl im deutschsprachigen Teil Belgiens.

Für in der DGD angemeldete Wissenschaftler/-innen sind alle hier aufgeführten Gesprächsereignisse in einem virtuellen Korpus zusammengestellt unter www.tinyurl.com/sfwnjs34.

3 Fazit

Die hier schlaglichtartig vorgestellten Ressourcen zeigen das große Potenzial, das mündliche Korpora für sprachwissenschaftliche Untersuchungen zum Sprachgebrauch in Gesellschaft und Politik haben. Dass dieser Aspekt bei der Erhebung und Erschließung der Korpora nicht unbedingt im Vordergrund stand oder steht, belegt einen der Werte, den Forschungsdatenzentren wie das AGD mit ihrer Arbeit zur Aufbereitung, Bewahrung und Bereitstellung von Sprachressourcen schaffen: Durch die dauerhafte Archivierung und die Integration in Auswertungsplattformen wie die DGD werden vielfältige, neuartige und interdisziplinäre Nachnutzungsmöglichkeiten für aufwändig erhobene mündliche Korpora geschaffen.

Literatur

- Deppermann, Arnulf (2008): *Gespräche analysieren. Eine Einführung*. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deppermann, Arnulf/Hartung, Martin (2012): Was gehört in ein nationales Gesprächskorpus? Kriterien, Probleme und Prioritäten der Stratifikation des „Forschungs- und Lehrkorpus Gesprochenes Deutsch“ (FOLK) am Institut für Deutsche Sprache (Mannheim). In: Felder, Ekkehard et al. (Hg.): *Korpuspragmatik*. Berlin: de Gruyter, S. 414–450.
- Deppermann, Arnulf (2016): Gleiche Wörter – inkommensurable Bedeutungen: Zur interaktiven Entstehung von Undurchschaubarkeit in politischen Diskussionen am Beispiel von „Ökologie“ in den Schlichtungsgesprächen zum Bahnprojekt „Stuttgart 21“. In: Tuomarla, Ulla/Härmä, Juhani/Tiittula, Liisa/Sairio, Anni/Paloheimo, Maria/Isosävi,

- Johanna (Hg.): *Miscommunication and verbal violence: Du malentendu à la violence verbale: Misskommunikation und verbale Gewalt*. Helsinki: Société Néophilologique, S. 25–41.
- Dittmar, Norbert/Paul, Christine (Hg.) (2019): *Sprechen im Umbruch. Zeitzeugen erzählen und argumentieren rund um den Fall der Mauer im Wendekorpus*. Mannheim: IDS-Verlag. DOI: <https://doi.org/10.14618/dittmar-paul-2019> (Stand: 4.8.2021).
- Helmer, Henrike (2021): “Can I infer from this...”: Interpretation practices in a publicly televised mediation. In: *Journal of Pragmatics* 178. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.pragma.2021.03.002> (Stand: 4.8.2021).
- von Hodenberg, Christiane (2018): *Das andere Achtundsechzig: Gesellschaftsgeschichte einer Revolte*. München: Beck.
- Kaiser, Julia (2018): Zur Stratifikation des FOLK-Korpus: Konzeption und Strategien. In: *Gesprächsforschung* 19, S. 515–552.
- Reineke, Silke (2016): *Wissenszuschreibungen in der Interaktion. Eine gesprächsanalytische Untersuchung impliziter und expliziter Formen der Zuschreibung von Wissen*. (= *OraLingua* 12). Heidelberg: Winter.
- Schmidt, Thomas (2017): Construction and dissemination of a corpus of spoken interaction – tools and workflows in the FOLK project. In: *Corpus Linguistic Software Tools, Journal for Language Technology and Computational Linguistics (JLCL)* 31, 1, S. 127–154. Internet: www.jlcl.org/content/2-allissues/5-Heft1-2016/jlcl-2016-1-7Schmidt.pdf (Stand: 4.8.2021).
- Schmidt, Thomas (2018): Gesprächskorpora. In: Kupietz, Marc/Schmidt, Thomas (Hg.): *Korpuslinguistik*. (= *Germanistische Sprachwissenschaft um 2020*, 5). Berlin/Boston: de Gruyter, S. 209–230. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110538649-010> (Stand: 4.8.2021).
- Stift, Ulf-Michael/Schmidt, Thomas (2014): Mündliche Korpora am IDS: Vom Deutschen Spracharchiv zur Datenbank für Gesprochenes Deutsch. In: *Institut für Deutsche Sprache (Hg.): Ansichten und Einsichten. 50 Jahre Institut für Deutsche Sprache*. Mannheim: Institut für Deutsche Sprache, S. 360–375. Internet: www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh39-31795 (Stand: 4.8.2021).

Sascha Wolfer/Alexander Koplenig/Frank Michaelis/
Carolyn Müller-Spitzer/Jan Oliver Rüdiger (Mannheim)

Wie können wir den Einfluss der Corona-Pandemie auf die Verteilungen im deutschen Online-Pressewortschatz messen und explorieren?

Schon bald nachdem die ersten Coronavirus-Infektionsfälle auch in Deutschland bestätigt wurden, deutete sich an, dass die gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie immens sein würden. Es war daher teilweise vorauszusehen, dass die Pandemie auch ihren Niederschlag in der Sprache finden würde. Und doch ist erstaunlich, wie weitreichend und tiefgreifend das Pandemiegeschehen und die gesellschaftlich-politischen Reaktionen Einfluss auf unseren Sprachgebrauch übten und üben, insbesondere auf der Ebene des Wortschatzes. Wir stellen zwei interaktive Ressourcen (*cOWIDplus Viewer* und *OWIDplusLIVE*) vor, die einen explorativen Zugang zur Erforschung dieses Einflusses bieten. Damit sollen der sprachwissenschaftlichen Forschungsgemeinschaft zwei Instrumente an die Hand gegeben werden, mit denen sich sprachliche Entwicklungen in der Zukunft möglichst unmittelbar entdecken und anhand von Frequenzverläufen nachzeichnen lassen.

Das zugrundeliegende Korpus besteht aus Titeln und kurzen Einführungstexten (sog. RSS-Feeds) zu Artikeln aus (derzeit) 13 deutschsprachigen Online-Quellen und umfasst am 4. Oktober 2021 ca. 53 Millionen Token und ca. 791.000 Types. Die Daten sind auch in Form von täglichen Unigramm- und Bi-Gramm-Frequenzlisten (inkl. Wortarten-Tagging) frei auf *OWIDplus* (www.owid.de/plus/cowid-plus2020) verfügbar.

cOWIDplus Viewer

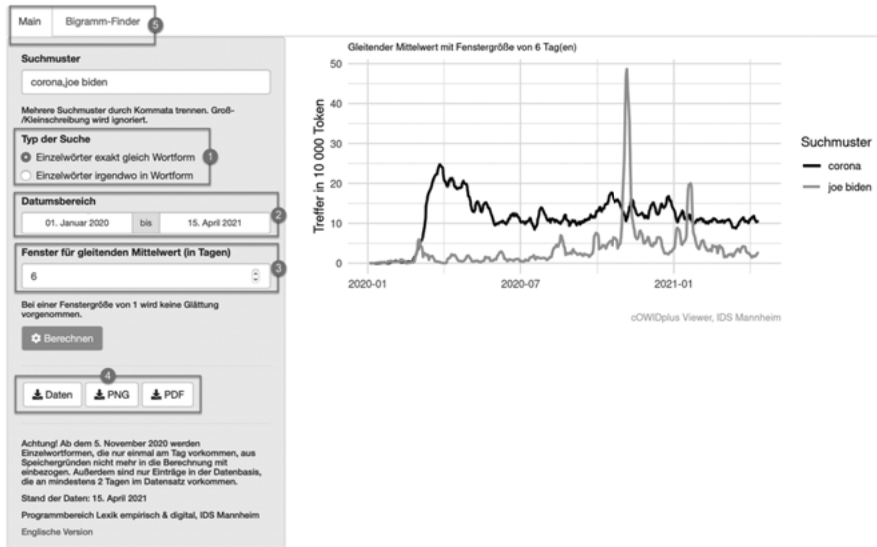


Abb. 1: Startseite des cOWIDplus Viewer (mit hervorgehobenen Bereichen, auf die wir im Text Bezug nehmen)

Der *cOWIDplus Viewer* (<http://www.owid.de/plus/cowidplusviewer2020/>) bietet die Möglichkeit, mit einem Web-Interface (siehe Abb. 1) Uni- und Bi-Gramm-Frequenzen im RSS-Korpus zu explorieren. Neben einer tagesgenauen Selektion der zu untersuchenden Zeitperiode (in Abb. 1 durch 2 hervorgehoben), verschiedenen Such- (1) und Glättungsmodi (3) können die Ergebnisse auch in Tabellen- und Abbildungsform heruntergeladen (4) werden. Eine Bi-Gramm-Suche (5) erlaubt es zudem, potentiell interessante Bi-Gramme über deren Einzelkomponenten aufzufinden, um im zweiten Schritt deren Frequenzverlauf zu visualisieren. Für weitere Informationen zum *cOWIDplus Viewer* sowie beispielhafte Auswertungen siehe Müller-Spitzer et al. (2021) und Wolfer et al. (2020). Der *cOWIDplus Viewer* basiert auf *Shiny* (Chang et al. 2020), einer Technologie, die relativ unkompliziert die Erstellung interaktiver dynamischer Webapplikationen erlaubt. Allerdings ist *Shiny* nicht auf die Anforderungen des immer weiterwachsenden Datenbestands ausgelegt. Zudem konnten wir aufgrund dieser Beschränkungen einige Funktionalitäten, die uns sinnvoll erschienen, nicht umsetzen. Deshalb haben wir uns dazu entschieden, die Ressource in technologisch veränderter und deutlich erweiterter Form fortzuführen.

OWIDplusLIVE wurde mit dem Ziel entwickelt, eine flexible und performante Lösung unabhängig vom Gegenstand COVID-19 zu bieten. Dabei erstreckt sich die Flexibilität auf die Bereiche (1) zusätzliche Annotations-Layer, nämlich Lemma und Wortart (Part-of-Speech, POS), (2) größere N-Gramme (aktuell Tri-Gramme, aber auch die Möglichkeit N-Gramme größer 3 zu erfassen) sowie (3) die Möglichkeit zusätzlicher Visualisierungen. Dafür wurden sowohl die webbasierte Oberfläche als auch das dahinter liegende Daten-Backend von Grund auf neu entwickelt. Die bestehende Feed-Verarbeitungspipeline konnte ohne größere Änderungen übernommen werden.

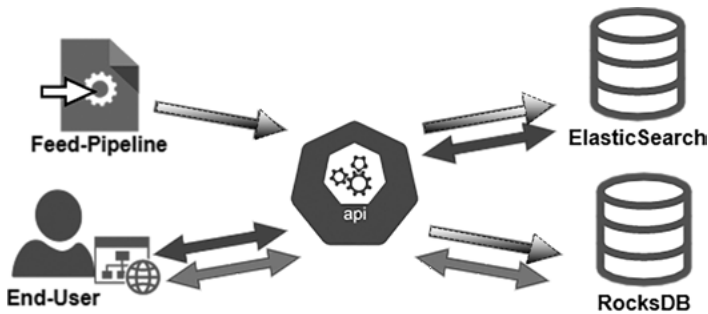


Abb. 2: OWIDplusLIVE verteiltes Konzept

Zentral für den Ansatz hinter *OWIDplusLIVE* ist die gezielte Verzahnung von Technologien, die es ermöglichen, die Anwendung einfach mit neuen Daten (und ggf. Analysemöglichkeiten) zu erweitern, die Berechnungen über mehrere Server zu verteilen sowie Anfragen so effizient wie möglich zu verarbeiten. Abbildung 2 visualisiert diese Verzahnung. Weitere Informationen und technische Details sind unter <https://www.owid.de/plus> verfügbar.

Die Abfrage durch die Nutzer/-innen erfolgt auch weiterhin über eine webbasierte Oberfläche. Ein Großteil der Berechnungen und Visualisierungen findet im Browser der Nutzer/-innen statt. *OWIDplusLIVE* ist verfügbar unter <https://www.owid.de/plus/live-2021>. Sowohl die API als auch die webbasierte Oberfläche stehen als OpenSource (unter der AGPL-3.0 Lizenz) auf <https://github.com/notesjor/OWIDplusLIVE> zur Verfügung.

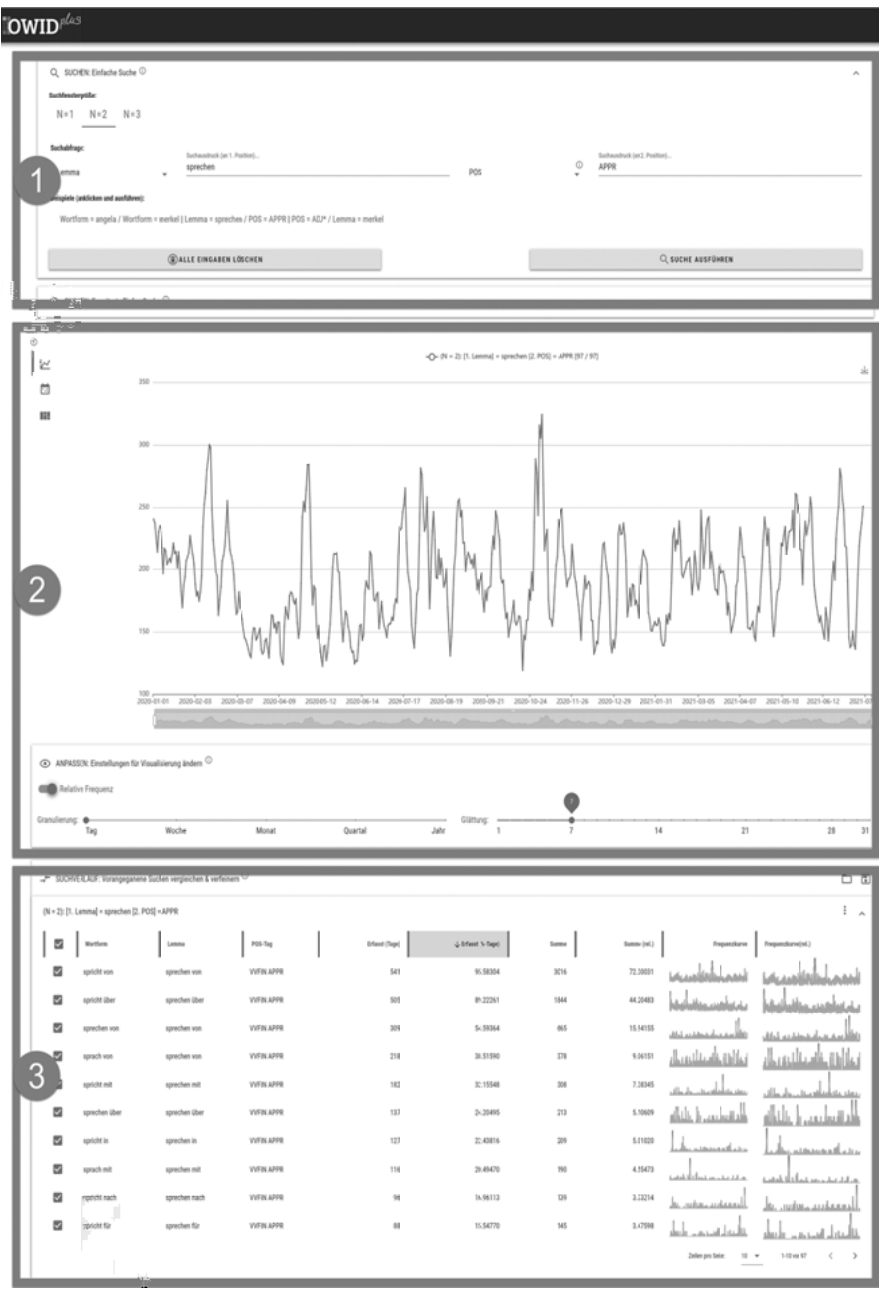


Abb. 3: Übersicht OWIDplusLIVE (inkl. manueller Hervorhebungen)

Abbildung 3 zeigt eine Übersicht der gesamten *OWIDplusLIVE* Web-Oberfläche. Ganz oben auf der Seite (Bereich 1) ist die Suche verortet. Wie Abbildung 4 zeigt, können Abfragen auf unterschiedlichen Layern erfolgen. Auf eine komplexe Such-Syntax wurde bewusst verzichtet, Platzhalter wie ‚?‘ und ‚*‘ sind jedoch möglich. Neben einer einfachen Suche auf unterschiedlichen Layern ist zudem eine erweiterte Tiefen-Suche integriert. Diese erlaubt es, pro N-Gramm-Position auf mehreren Layern zu suchen. Kombiniert mit Platzhaltern lassen sich so z. B. alle Lemmata finden, die die Zeichenfolge **bayer** enthalten und auf dem POS-Layer als Nomen annotiert wurden (Bsp.: *nordbayer*, *bayern*). Der Bereich 2 (Detail siehe Abb. 5) zeigt einen Zusammenschnitt der drei aktuell verfügbaren Visualisierungen¹. Der Bereich 3 (Detail siehe Abb. 6) zeigt den Suchverlauf inkl. einer Detail-Tabelle. Hier können einzelne Datenpunkte aus der Visualisierung ausgeschlossen werden.

Q SUCHEN: Einfache Suche ⓘ

Suchfenstergröße:

N=1 N=2 N=3

Suchabfrage:

Lemma 2 Suchausdruck (an 1. Position)... sprechen 3 POS 4 Suchausdruck (an 2. Position)... APPR 5

Beispiele:

Wortform = angela / Wortform = merkel | Lemma = sprechen / POS = APPR | POS = ADJ* / Lemma = merkel

Q SUCHE AUSFÜHREN

Abb. 4: Suche nach Bi-Gramm: 1. Lemma = sprechen / 2. POS = APPR (inkl. manueller Hervorhebungen)

Abbildung 4 illustriert eine einfache Suche nach Bi-Grammen auf unterschiedlichen Layern. Zuerst (1) wurde die Suchfenstergröße *N=2* (Bi-Gramm) gewählt. An der ersten Position des Bi-Gramms wird auf dem Layer ‚Lemma‘ (2) nach ‚sprechen‘ (3) gesucht. An der zweiten Position wird auf dem POS-Layer (4) nach APPR (5) gesucht (APPR steht für die Wortart ‚Präposition; Zirkumposition links‘). Diese Abfrage ergibt somit Bi-Gramme wie „sprechen mit“, „spricht über“, „sprachen aufgrund“ usw.

¹ Für die Visualisierungen wurde die Bibliothek ECharts (Li et al. 2018) verwendet.

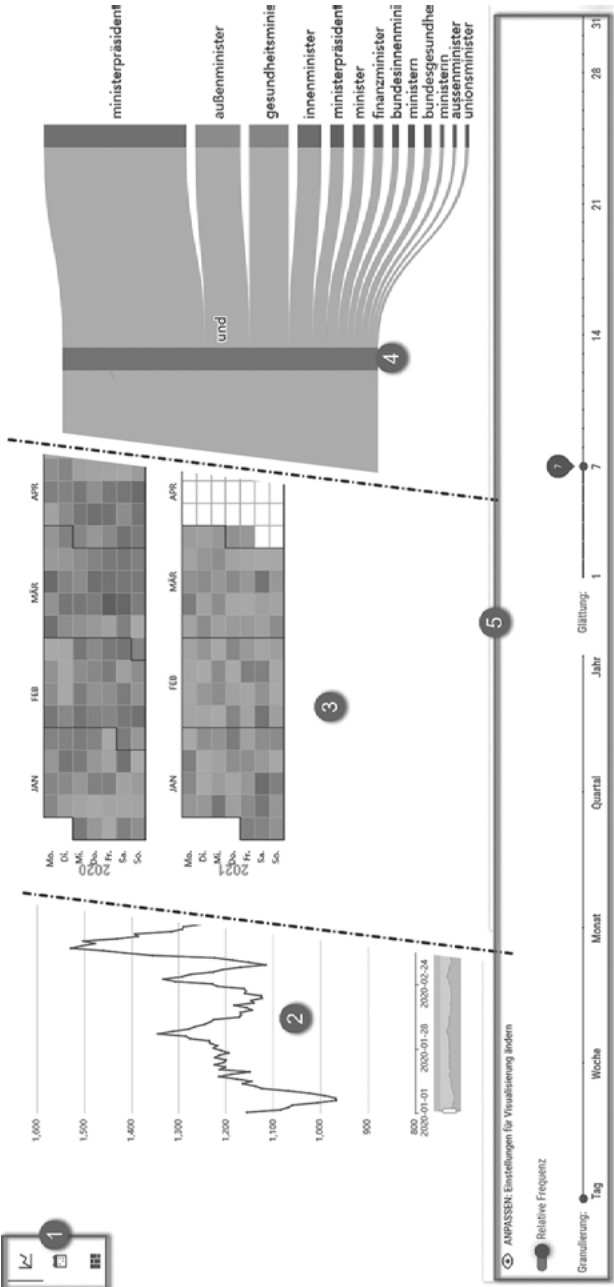


Abb. 5: Manueller Zusammenschnitt unterschiedlicher Visualisierungen (inkl. manueller Hervorhebungen)

Abbildung 5 zeigt, kompakt zusammengeschnitten, die aktuell verfügbaren Visualisierungen. Diese können unter Bereich (1) gewählt werden. Zur Verfügung steht ein tagesbasierter Frequenzverlauf (2), eine Kalenderansicht (3) und ein Sankey-Diagramm (4). Die Visualisierungen können über den unteren Bereich (5) angepasst werden. Es ist z. B. möglich, absolute und relative Frequenzen auszuwerten, eine Granulierung (Auswertung pro Tag, Woche, Monat, Quartal und Jahr) und davon abhängig einen gleitenden Mittelwert (zur Glättung) zu wählen.

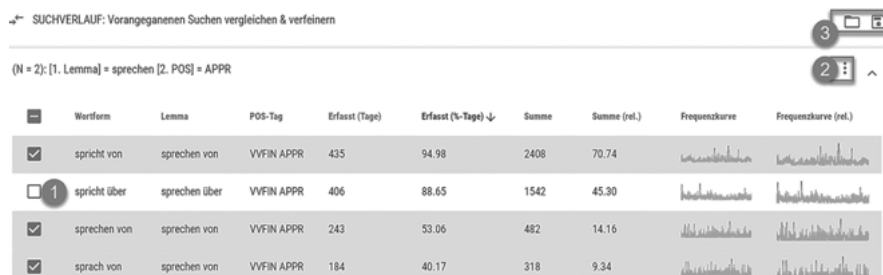


Abb. 6: Auszug des Suchverlaufs (inkl. manueller Hervorhebungen)

Der Auszug der Detail-Ergebnisse im Suchverlauf (siehe Abb. 6) ermöglicht eine selektive Auswahl (1) der Ergebnisse. Die gesamten Daten einer einzelnen Suchabfrage können über das Dreipunkt-Menü (siehe Bereich 2) als JSON, TSV und URL exportiert werden, um die Daten weiterzugeben bzw. auch um die Daten mit anderen Programmen auszuwerten und zu visualisieren. Außerdem ist es möglich, den gesamten Suchverlauf (siehe Bereich 3), also alle Suchabfragen, als JSON zu exportieren und einen gespeicherten Suchverlauf wiederherzustellen.

OWIDplusLIVE stellt bereits jetzt eine Ressource für die tagesaktuelle Analyse sprachlicher Daten in RSS-Newsfeeds deutscher Online-Presse dar. Trotzdem gibt es an einigen Stellen Potential zur Weiterentwicklung. So könnten die analysierten Zeitabschnitte noch flexibler gestaltet werden, um auch Entwicklungen zu erfassen, die kleinteiliger als ein Tag (z. B. für die Analyse von Social-Media-Sprachdaten) oder grobkörniger als ein Jahr (z. B. für diachrone Analysen) sind. Außerdem sind zusätzliche Visualisierungen denkbar, die unterschiedliche Blickwinkel auf die Daten ermöglichen würden. Funktionale Ergänzungen wären bspw. die Integration von vordefinierten Visualisierungen in Homepages oder in Lernmanagementsysteme (z. B. Moodle).

Literatur

- Chang, Winston/Cheng, Joe/Allaire, Joseph J./Sievert, Carson et al. (2020): Shiny: Web application framework for R (Version 1.4.0.2). Internet: www.CRAN.R-project.org/package=shiny (Stand: 10.8.2021).
- Li, Deqing/Mei, Honghui/Shen, Yi/Su, Shuang/Zhang, Wenli/Wang, Junting/Zu, Ming/Chen, Wei (2018): ECharts: A declarative framework for rapid construction of web-based visualization. In: *Visual Informatics* 2, 2, S. 136–146.
DOI: <https://doi.org/10.1016/j.visinf.2018.04.011> (Stand: 10.8.2021).
- Müller-Spitzer, Carolin/Koplenig, Alexander/Michaelis, Frank/Wolfer, Sascha (2021): Wochenaktuelle lexikalische Spuren der Corona-Krise in deutschen Online-Nachrichtmeldungen. In: *Deutsche Sprache* 49, S. 1-23.
DOI: <https://doi.org/10.37307/j.1868-775X.2021.01.02> (Stand: 10.8.2021).
- Wolfer, Sascha/Koplenig, Alexander/Michaelis, Frank/Müller-Spitzer, Carolin (2020): Tracking and analyzing recent developments in German-language online press in the face of the coronavirus crisis: cOWIDplus Analysis and cOWIDplus Viewer. In: *International Journal of Corpus Linguistics* 25, 3, S. 347–359. DOI: <https://doi.org/10.1075/ijcl.20078.wol> (Stand: 10.8.2021).

Sprache ist politisch, und politisches Handeln vollzieht sich nie ohne Sprache. Sprachgebrauch bzw. sprachliches Handeln stehen dabei in einer unauflösbaren Wechselbeziehung mit der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit. Diese Wechselbeziehung aus verschiedenen Perspektiven zu analysieren und zugleich die Rolle der Sprachwissenschaft zu reflektieren, ist das Ziel der in diesem Band versammelten Beiträge.



9 783110 774252

www.degruyter.com

ISBN 978-3-11-077425-2

ISSN 0537-7900